

MITTWOCH, 6. MAI 2009

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) - Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich - Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006: Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über

– den Bericht von Petya Stavreva im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (KOM(2009)0038 – C6-0051/2009 – 2009/0011(CNS)) (A6-0259/2009),

– den Bericht von Eugenijus Maldeikis im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (KOM(2009)0035 – C6-0049/2009 – 2009/0010(COD)) (A6-0261/2009)) und

– den Bericht von Reimer Böge im Namen des Haushaltsausschusses über den geänderten Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung im Hinblick auf den mehrjährigen Finanzrahmen (KOM(2009)0171 – C6-0508/2008 – 2008/2332(ACI)) (A6-0278/2009). <BRK>

Petya Stavreva, Berichterstatter. – (BG) Im Europäischen Parlament werden wir heute eine wichtige Debatte über die Gewährung zusätzlicher Mittel aus dem europäischen Haushalt für ländliche Gebiete innerhalb der Gemeinschaft in Gang setzen, um diesen bei der Bewältigung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu helfen. Hervorzuheben ist, dass 1,02 Milliarden EUR den Agrarsektor der Europäischen Union in diesen schweren Zeiten unterstützen werden. Ich bin davon überzeugt, dass nicht nur die Landwirte sondern auch die Bevölkerung in der Gemeinschaft diese Mitteilung als Bereitstellung finanzieller Mittel zur zusätzlichen Unterstützung verstehen wird.

Der Betrag, den jedes Land erhalten wird, ist für die Entwicklung des Breitband-Internets und zur Bewältigung neuer Herausforderungen bestimmt, die in der regelmäßigen Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik des Jahres 2008 festgelegt wurden. Ich bin der Meinung, dass Investitionen in Internet-Infrastrukturen, die Umstrukturierung des Milchsektors, erneuerbare Energiequellen, der Schutz der Biodiversität und Wasservorkommen Schlüssel zur Lösung eines Großteils der Probleme in diesen Regionen sind und den dort lebenden Menschen Alternativen bieten.

In meinem Bericht schlage ich bezüglich der für den Haushalt 2009 vorgesehenen Mittel vor, der Haushaltslinie zur Entwicklung des ländlichen Raums zusätzliche 250 Millionen EUR bereitzustellen. Infolge dieser Änderung würde die Höhe der für 2009 verfügbaren Finanzmittel annähernd 850 Millionen EUR erreichen. Aufgrund der Notwendigkeit, rasch auf die derzeitige Wirtschaftskrise zu reagieren, wäre es ratsam, mit den für 2010 und 2011 geplanten Zahlungen bereits 2009 zu beginnen.

Hervorheben möchte ich die Möglichkeit, die Finanzmittel den spezifischen Anforderungen entsprechend auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Dank dieser Flexibilität können die einzelnen Länder diese Finanzmittel je nach Bedarf ihrer Landwirte und Bewohner der ländlichen Gebiete nutzen.

Angesichts der beschränkten Verfügbarkeit von Krediten während einer Finanzkrise und unter Berücksichtigung der Hürden, die die Verwendung von Fonds aus den Programmen zur ländlichen Entwicklung unterbinden, ist es meines Erachtens eine gute Gelegenheit, einen Teil dieser Finanzmittel zweckgebunden als Mittel zur Vergabe von Krediten oder Kreditgarantien bereitzustellen. So können wir wirklich den Menschen helfen, die Projekte verwirklichen möchten, ohne über das erforderliche Startkapital zu verfügen.

Für Mitgliedstaaten ist es wichtig, am geplanten Zeitrahmen festzuhalten und den Programmen zur ländlichen Entwicklung zusätzliche Aktivitäten hinzuzufügen und dadurch die Verwendung der Finanzmittel zu ermöglichen. Je schneller das Geld die Landwirte und Regionen erreicht, desto größer ist der Nutzen dieser Finanzhilfe. Eine weitere wichtige Bedingung für den erfolgreichen Einsatz der Finanzmittel besteht darin, den lokalen und regionalen Behörden und den potenziellen Begünstigten relevante, leicht zugängliche Informationen über neue Projektmöglichkeiten innerhalb der überprüften Programme zur ländlichen Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte noch hervorheben, wie viel Vergnügen es mir bereitet hat, an einem Bericht zu arbeiten, der die Aufmerksamkeit auf aktiven Ansatz und unmittelbare Unterstützung seitens der europäischen Institutionen zugunsten des landwirtschaftlichen Sektors und der ländlichen Gebiete der Gemeinschaft lenkt. Ich war immer der Auffassung, dass Hilfe dann am wertvollsten ist, wenn sie von den Menschen am meisten gebraucht wird. In ländlichen Gebieten werden heute mehr Finanzmittel für Entwicklung und Modernisierung benötigt. Dies ist der einzige Weg, der Migration Einhalt zu gebieten, die Natur zu schützen und Beschäftigung und neue Arbeitsplätze zu sichern.

Zum Abschluss möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, die an der Erstellung dieses Berichts beteiligt waren, sowie den Vertretern der Europäischen Kommission und des Rates für ihre konstruktive Zusammenarbeit danken. Ich möchte auch den Organisationen des Sektors für deren Vorschläge danken. Ich ersuche Sie, diesen Bericht zu unterstützen, damit wir der Entwicklung des ländlichen Raums in der Europäischen Union neuen Auftrieb geben können.

Eugenijus Maldeikis, *Berichterstatter*. – (LT) Die Kommission hat ein außerordentlich wichtiges Wirtschaftsrettungspaket im Bereich der Energieprojekte vorgelegt, das so bedeutend ist, weil die Wirtschaftskrise eine Herausforderung für die europäische Energie darstellt.

Das Paket setzt sich aus drei Teilen zusammen. Der erste Teil bezieht sich auf die Gas- und Strominfrastruktur und Projekte mit besonders wichtigen Strom- und Gasverbindungen. Wir wissen, dass es sich dabei um ein sehr heikles und altes Problem handelt. Angesichts der derzeitigen Krise würde die Finanzierung von Projekten zum Zusammenschluss von Netzen die regionale Entwicklung von Energie und die interregionale Kooperation ankurbeln und die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Energiemarktes unterstützen.

Der zweite Teil des Pakets ist den Projekten über Offshore-Windkraftanlagen gewidmet, und der dritte Teil den Projekten über Kohlenstoffbindung und -speicherung, die den Bedarf in Bezug auf Klimawandel und erneuerbare Energien berücksichtigen, da ich der Ansicht bin, dass der europäische Energiesektor angesichts der Wirtschaftskrise seine Strukturen und Systeme grundlegend erneuern muss. Dies wäre wirklich ein sehr günstiger Zeitpunkt, die derzeitige Lage zu beurteilen und viele Energieprobleme zu überdenken.

Ich glaube, dass dieses Paket, diese drei Programme, in der Lage sind, den europäischen Energiesektor entscheidend zu stärken, Auswirkungen auf andere Sektoren zu entwickeln und zur Erholung der Wirtschaft in Europa beizutragen.

Meines Erachtens sind die 3,9 Milliarden in diesem Paket ein riesiger Betrag, mit dem die besonders dringenden Probleme der europäischen Energiesicherheit gelöst werden könnten. Wegen der Auswirkungen der Energiekrise gepaart mit sozioökonomischen Konsequenzen besteht ein großes politisches Risiko, dass einzelne europäische Länder vor einem Problem bezüglich der Gasversorgung stehen. Bis heute bleibt dieses Risiko sehr hoch.

Die Finanzierung von Projekten zur Verbindung der Netze würde zur Stärkung der Position Europas und Gewährleistung zusätzlicher Versorgungssicherheit führen. Ich möchte noch ergänzen, dass das Europäische Parlament während der Debatte über dieses Dokument vorschlug, dem Paket Nachfolgendes hinzuzufügen.

Erstens konzentrierte sich das Parlament auf die mögliche Umverteilung von Finanzmitteln, die nicht für Projekte genutzt wurden. Da wir vorschlugen, sehr strenge Fristen für die Vorbereitung und Entwicklung von Projekten vorzuschreiben, sind wir der Meinung, dass im Falle von ungenutzten Finanzmitteln diese auf Projekte umverteilt werden sollten, die auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtet sind.

Innerhalb kürzester Zeit fand ein Trilog statt, und wir waren in der Lage, mit dem Rat eine Einigung zur erzielen. Der Rat prüfte die Vorschläge des Parlaments und nahm sie in dieses Paket mit auf. Das freut mich sehr und ich möchte den Vertretern des Rates, der tschechischen Ratspräsidentschaft und dem Kommissar Piebalgs für ihre enge und erfolgreiche Zusammenarbeit danken. Es ist uns gelungen, innerhalb kürzester Zeit ein gutes Ergebnis zu erlangen.

Reimer Böge, Berichterstatter. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Direkt nach der Einigung für den Haushalt 2009 hat die Kommission einen Vorschlag über die Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens zur Finanzierung der transeuropäischen Energienetze und der Breitbandinfrastrukturprojekte im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms vorgelegt.

Wir müssen im Nachhinein sicherlich sagen: Das hat einerseits das Verfahren erschwert, denn einige Tage nach der Verständigung über den Haushalt neue Vorschläge vorzulegen, haben wir nicht als richtig und passend empfunden. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass eine Verständigung mit dem Rat sowohl über die Lebensmittelfazilität als auch über diese Elemente des Konjunkturpakets zusammengenommen beim Abschluss zum Haushalt 2009 schwer möglich gewesen wäre. Mit diesem Ursprungsvorschlag, fünf Milliarden durch eine Revision der Finanziellen Vorausschau aufgeteilt in zwei Tranchen – 3,5 Milliarden im Jahre 2009 und 2,5 Milliarden im Jahre 2010 – bereitzustellen, hat die Kommission auch aus dem haushaltsrechtlichen Desaster des Vorschlags zur Lebensmittelfazilität gelernt. Denn das, was die Kommission damals vorgelegt hatte, entsprach nicht den haushaltsrechtlichen Vereinbarungen. Dies ist hier noch einmal festzustellen.

Ich begrüße auch, dass die Kommission die Anregung aus dem Haushaltsausschuss aufgegriffen hat, die wir in der ersten Aussprache gegeben haben, nämlich die Revision begrenzter zu halten und das, was mit ländlichem Raum und Breitbandverkabelung und Modernisierung dieser Strukturen im ländlichen Raum zu tun hat, in der Rubrik 2, im Agrarhaushalt, zu belassen und nicht in die Rubrik 1a zu überführen. Dies war die Übernahme einer richtigen Anregung, die aus diesem Hause gekommen ist.

In der zweiten Runde haben wir erlebt, dass es der Rat war, der ursprünglich gesagt hat: Bei der Lebensmittelfazilität kann die Kommission diesen Vorschlag nicht vorlegen, sondern es ist im Prinzip eine Revision. Der Rat wollte sich an den haushaltsrechtlichen Bedingungen und Vereinbarungen schlichtweg vorbeimogeln. Das haben wir im Zuge der Verhandlungen und im Zuge des Trilogs vom 2. April richtigerweise korrigiert. Ich glaube, dass wir mit dem Gesamtanschlag, 2,6 Milliarden in einer ersten Stufe zu finanzieren, im Jahre 2009 die Mittel der Teilrubrik 1a um zwei Milliarden aufzustocken und die Mittel von Rubrik 2 um den selben Betrag zu senken, sowie 600 Millionen ab 2009 für die ländliche Entwicklung vorzusehen, den ersten richtigen Schritt getan haben. Wir werden uns bemühen, die verbleibenden 2,4 Milliarden durch einen Ausgleich bei der Konzertierung der Haushaltsverfahren 2010 und gegebenenfalls 2011 sicherzustellen, indem alle – und ich zitiere, weil es wichtig ist – „indem alle in dem betreffenden Rechtsrahmen vorgesehenen Mittel verwendet werden, ohne dass die Mittelausstattung der im Mitentscheidungsverfahren beschlossenen Programme oder das jährliche Haushaltsverfahren beeinträchtigt werden.“

Uns war es auch wichtig, dass eingegangene Verpflichtungen quer durch die Rubriken nicht tangiert und gekürzt werden. Deswegen war die Aufteilung, wie wir sie hier beschlossen haben, das Mögliche, was in diesem Zeitrahmen verhandelbar war, weil wir uns alle in der Pflicht gesehen haben, noch in dieser Wahlperiode das Thema der Energiesolidarität und der Modernisierung der Netze im ländlichen Raum – einschließlich der Maßnahmen des *health check* – voranzubringen.

Es macht aber auch deutlich, dass das, was wir als Plenum des Europäischen Parlaments am 25. März zur Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens gesagt haben, umso dringlicher auf der Tagesordnung zu stehen hat. Unser Appell an die Kommission ist, alle diese Überlegungen zur Flexibilität, zu einer verbesserten Verhandlungsführung im Rahmen der Haushaltspolitik jährlich und mehrjährig auch bei den Überlegungen zur Revision der mehrjährigen Finanzplanung im Herbst zu berücksichtigen. Denn dieses – ich sage es so drastisch – Gewürge der jährlichen Verhandlungen mit dem Rat um dieselben Themen, bei denen wir uns festbeißen, weil die eine Seite sich nicht bewegt, muss ein Ende haben, weil das draußen niemand mehr verstehen kann. Wir brauchen mehr Flexibilität, mehr Beweglichkeit im Rahmen des mehrjährigen Haushaltsverfahrens. Die Kommission ist hier gefordert, diese Erfahrungen aus den letzten zwei bis drei Jahren zu nutzen und im Herbst entsprechende Vorschläge vorzulegen. Das erwarten wir!

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, der derzeitige Konjunkturabschwung bedarf auch auf EU-Ebene eines Stimulus. Seit Beginn der Krise im letzten Jahr ist dies unsere einhellige Überzeugung.

Im November 2008 schlug die Europäische Kommission einen Plan zum Wirtschaftsaufschwung vor, den die Staats- und Regierungschefs im Dezember befürworteten. Hierauf aufbauend wurde Ende Januar vorgeschlagen, unverzüglich ein „Fünf-Milliarden-Stimulus-Paket“ in die EU-Wirtschaft zu injizieren. Das Paket lenkt diesen Stimulus in Richtung Schlüsselziele wie beispielsweise Breitbandentwicklung, Energiesicherheit und kohlenstoffarme Technologien.

Die Kommission begrüßt die nach zähen aber konstruktiven Diskussionen innerhalb eines sehr engen Zeitrahmens getroffene Vereinbarung bezüglich des Pakets.

Dem Parlament möchte ich für die Unterstützung unseres Entwurfs sowie für seine Flexibilität und die bei den institutionenübergreifenden Diskussionen an den Tag gelegte Kompromissbereitschaft danken. Dieser Fall zeigt deutlich, dass die EU in der Lage ist, schnell zu reagieren, wenn eine Krise eine sofortige Antwort erfordert.

Bezüglich des Haushalts - und jetzt spreche ich im Namen des Vizepräsidenten Kallas - kann die Kommission die Lösung, auf die sich die drei Institutionen geeinigt haben, akzeptieren, obwohl dieser Ansatz von unserem ursprünglichen Vorschlag vom Dezember 2008 abweicht. Wir sind überzeugt, dass die Projekte planmäßig durchgeführt werden.

Außerdem möchte ich bestätigen, dass die Kommission die Erwartungen des Parlaments bezüglich der Haushaltsüberprüfung und der Bewertung der Arbeitsweise der interinstitutionellen Vereinbarungen zur Kenntnis genommen hat. Wie Sie wissen arbeiten wir daran, und im Herbst oder spätestens Ende des Jahres werden wir unsere Schlussfolgerungen vorlegen.

Ich komme jetzt zu meinem Thema: Energie. Die Verordnung über Energieprojekte ist ein wichtiges Hilfsmittel, mit dem zwei Ziele erreicht werden sollen: Die Reaktion auf wesentliche Sicherheitsfragen und umweltpolitische Herausforderungen im Energiesektor und gleichzeitig die Beteiligung an der Genesung unserer Wirtschaft. Das Paket ist auch ein Beispiel für die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Insbesondere die Gaskrisen bedurften einer raschen Antwort.

Nie zuvor hat die Europäische Union zugestimmt, einen derart hohen Betrag Schlüsselprojekten im Energiebereich zu widmen.

Ich weiß, dass einige unter Ihnen lieber Maßnahmen in Projekten über erneuerbare Energien und Energieeffizienz in diesem Paket gesehen hätten, aber ich bin der Auffassung, dass der hier letztendlich gefundene Kompromiss gut ist. Die Kommission versichert in einer umfassenden Erklärung, dass sie die Lage 2010 erneut erwägen wird. Dabei verweist sie ausdrücklich auf die Möglichkeit eines Vorschlags, nicht gebundene Mittel für Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz und Quellen erneuerbarer Energien zu nutzen. Die Erklärung wurde dem Parlament zugesandt und wird zusammen mit der Verordnung im Amtsblatt veröffentlicht. Aus diesem Grund lese ich sie nicht hier vor.

Ich begrüße die Tatsache, dass auch auf die Regel, nach der neue Projekte vorgeschlagen werden, wenn wir ernste Risiken bei der Durchsetzung gegenwärtiger Projekte erkennen, in den Erwägungen und den Artikeln der Verordnung Bezug genommen wird.

Darüber hinaus kann ich Ihnen versichern, dass wir gemäß unserer Erklärung rasch mit den zahlreichen anderen Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienz fortfahren.

Nach dem erfolgreichen und raschen Abschluss der Gesetzgebungsverfahren wird die Kommission sich auf die Durchführung des Pakets konzentrieren. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir hinsichtlich der Energieprojekte Ende Mai die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Gang setzen und Ende dieses Jahres die ersten Entscheidungen über Unterstützungen erwarten.

Ganz besonderen Dank gilt den Berichterstattern, Frau Stavreva, Herrn Maldeikis und Herrn Böge, für ihr Engagement, denen es gelungen ist, eine rasche Lösung für diesen äußerst wichtigen Vorschlag zu finden.

Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich werde nur den Teil des Pakets ansprechen, bei dem es um ländliche Entwicklung geht. Erst einmal möchte ich, wie bereits Herr Piebalgs, dem Parlament, insbesondere aber dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, für die Zusammenarbeit danken. Im Laufe der vergangenen Monate fand ein hervorragender und konstruktiver Dialog statt und es ist offensichtlich, dass Ihre Unterstützung ausschlaggebend für ein erfolgreiches Ergebnis ist.

Gesetze müssen so schnell wie möglich verabschiedet werden, sodass das Geld 2009 in ländliche Entwicklung fließen kann und das Geld auch ausgegeben werden kann, d.h. sowohl Programmierung als auch Ausgabe von Geld.

Der endgültige Kompromiss lässt uns etwas weniger Geld für ländliche Entwicklung als gewünscht. Ursprünglich hatten wir 1,5 Milliarden EUR gefordert, erhalten letztendlich aber 1,02 Milliarden EUR. Der Handlungsspielraum für Breitband in ländlichen Gegenden wurde erweitert, und die Mitgliedstaaten haben jetzt die freie Wahl zwischen Breitband und neuen Herausforderungen. Ich bin der Meinung, dass es eine recht gute Idee ist, die Menschen, die in einigen Teilen der Europäischen Union in neuen Herausforderungen gewisse Schwierigkeiten sehen, nicht einzuschränken.

Die Kommission nimmt die Änderungen ebenfalls zur Kenntnis. Sie bitten um Erweiterung des Handlungsspielraums für geeignete Breitbandvorgänge wie IKT-Ausbildung und Investitionen in IKT-verbundene Dienstleistungen und Anlagen. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Investitionen und Unternehmungen bereits im großen Umfang sowohl innerhalb der Strukturfonds als auch innerhalb der Fonds für die ländliche Entwicklung gefördert werden. Breitband steht im Brennpunkt, da es einerseits die technische Entwicklung und andererseits das Wachstum bestmöglich ankurbelt.

Hinsichtlich der Förderung des Wirtschaftsrettungspakets stimmt die Kommission dem Bedarf zu, ist jedoch der Auffassung, dass dies mit den bereits für die ländliche Entwicklung vorhandenen Instrumenten geschehen kann. Der aktuelle politische Rahmen ermöglicht es auch, Geldmittel bereits 2009 für Projekte zu verwenden.

Wir haben auch den Vorschlag geprüft, die 250 Millionen EUR, die das Parlament im letzten Jahr in seiner letzten Abstimmung dem Haushalt 2009 für ländliche Entwicklung hinzufügte, bereits jetzt einzubeziehen. Dieser Vorschlag war nicht Teil der Vereinbarung über die Finanzierung des Rettungspakets, zu der beim Trilog eine Einigung erzielt wurde. Um Verzögerungen bei der endgültigen Verabschiedung des Pakets zu vermeiden, sollten wir im späteren Verlauf des Jahres hierauf zurückkommen, wenn Einigung über den Rest der Finanzierung des Rettungspakets erzielt werden muss.

Da dies die letzte Plenarsitzung vor den Parlamentswahlen ist, möchte ich mich für die hervorragende Zusammenarbeit und den Meinungsaustausch bedanken. Trotz ab und an reichlich auftretendem Patriotismus und ausgiebiger Dynamik war es ein Vergnügen. Denjenigen, die sich nicht zur Wiederwahl stellen, möchte ich sagen, dass es eine Freude war, mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Präsident. – Vielen Dank Kommissarin Fischer Boel. Es ist sehr nett von Ihnen, dies zu erwähnen. Es war und ist immer ein Vergnügen mit Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Kommission zusammenzuarbeiten. Selbstverständlich gibt es Meinungsverschiedenheiten, aber mit Ihnen und Kommissar Piebalgs war es immer eine Freude. Deshalb möchte ich Ihnen im Namen des Parlaments und auch ganz persönlich danken.

Mario Mauro, *Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, am 2. April wurde anlässlich des Trilogs endlich eine Einigung zwischen dem Parlament und der tschechischen Ratspräsidentschaft erzielt. Als Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses bin ich sehr erfreut über diese Einigung, die es ermöglichte, das Rechtsetzungsverfahren des Rettungsplans innerhalb des erhofften Zeitrahmens fortzusetzen.

Die Finanzierungsmethoden für das Jahr 2009 sind eindeutig: von insgesamt 3,98 Milliarden EUR werden 2 Milliarden EUR für Energie anhand von Vergütungen der Rubrik 2, „Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“ bereitgestellt. Über die verbleibenden, für Energie bereitgestellten 1,98 Milliarden EUR wird als Teil des Haushalts 2010 beschlossen und gegebenenfalls ergibt sich das Ergebnis mit dem Haushaltsverfahren für das Jahr 2011.

Meiner Meinung nach ist es jedoch wichtig, dass die für verschiedene Rubriken geltenden Ausgleichsmechanismen nicht das Finanzpaket der Mitentscheidungsverfahren oder die jährliche Haushaltsprozedur aufs Spiel setzen. Ich bin auch der Ansicht, dass angesichts des Defizits, das die derzeitige interinstitutionelle Vereinbarung hervorhob, wir dieses Thema vertiefen müssen, um die Vereinbarung flexibler und somit geeigneter für weiteren Finanzbedarf zu gestalten.

Vicente Miguel Garcés Ramón, *Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses.* – (ES) Herr Präsident! Ich überbringe die Meinung des Haushaltsausschusses, dessen Stellungnahmen ich bezüglich des Vorschlags zur Änderung der Verordnung über die Unterstützung ländlicher Entwicklung durch den Europäischen

Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums verfasste. Der Vorschlag ist Teil des Europäischen Wirtschaftsrettungsplans.

Der Ende März 2009 abgehaltene Europäische Rat beantragte, dem Energiesektor 3,98 Milliarden EUR und dem Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums 1,02 Milliarden EUR, zur Schaffung neuer Breitbandinfrastruktur in ländlichen Gegenden, zur Verbesserung bestehender Infrastrukturen und als Antwort auf neue Herausforderungen zuzuteilen: Klimawandel, erneuerbare Energie, Biodiversität und Umstrukturierung des Milchsektors.

Der Haushaltsausschuss hat einstimmig beschlossen, dass der im Gesetzentwurf angegebene Referenzbetrag mit der Obergrenze der Rubrik 2 des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013 vereinbar ist.

VORSITZ: FAU ROURE

Vizepräsidentin

Rumiana Jeleva, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung. – (BG) Als Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung möchte ich sagen, wie sehr ich mich über die endgültige Fassung des Europäischen Energieprogramms zur Konjunkturbelebung freue. Das Parlament hat während der Verhandlungen mit dem Rat eine starke Haltung verteidigt und das bestmögliche Ergebnis für die Bürger Europas erzielt.

Das Energieprogramm zur Konjunkturbelebung ist für die Zukunft unserer europäischen Wirtschaftssysteme extrem wichtig. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise gefährdet zahlreiche Programme auf dem Gebiet der Energiesicherheit, was für unser zukünftiges Wirtschaftswachstum und unseren zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg nachteilig ist.

Im Ergebnis besteht der richtige Ansatz darin, zusätzliche finanzielle Anreize für Projekte im Energiesektor zu vergeben, die bei der Stärkung unserer Wirtschaft sowie der Förderung der Energieversorgungssicherheit helfen werden und auch Treibhausgasemissionen senken sollen.

Dieses neue Programm wird dank der Bereitstellung von Mitteln für die Nabucco-Gasleitung sowie für unsere Verbindung zu Infrastrukturnetzwerken in Griechenland und Rumänien die Energiesicherheit auch in meinem Land, Bulgarien, wirksam stärken. Dies wird uns im Verlauf von Krisen wie in jener, die wir im vergangenen Winter erlebt haben, weniger anfällig machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere europäischen Wirtschaftssysteme und unsere Infrastruktur hängen von einem guten Zugang zu Energie ab. In dieser Hinsicht ebnet das Europäische Energieprogramm zur Konjunkturbelebung den Weg für eine wirksamere und effizientere Energieinfrastruktur in Europa. Deswegen möchte ich erneut die Notwendigkeit für eine gemeinsame Energiepolitik der EU betonen. Nur gemeinsam werden wir größeren Erfolg erzielen und unseren Bürgern die verdiente Energiesicherheit geben können. Ich möchte schließlich der Berichterstatterin für ihre gute Arbeit gratulieren.

Domenico Antonio Basile, Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für regionale Entwicklung wurde vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zur Verfassung einer Stellungnahme über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Förderung der ländlichen Entwicklung durch den europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), der nun im Rahmen des allgemeineren 5-Milliarden-Paketes den Plenarsaal zur Aussprache erreicht hat, aufgefordert.

Die fragliche Maßnahme kann als schnelle Reaktion der Kommission auf die zusammenhängenden Bedürfnisse des gefassten Beschlusses zur Billigung eines europäischen Konjunkturprogramms betrachtet werden, der vom Rat am 11. und 12. Dezember 2008 übernommen wurde. Dieser enthält besondere Maßnahmen in vielen Sektoren der gemeinschaftlichen und nationalen Kompetenz zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, in die europäischen Märkte seit 2007 verwickelt sind.

Im Bereich der ländlichen Entwicklung schlägt die Kommission Maßnahmen zur Einführung angemessener Aktualisierungen der Verordnung des Rates Nr. 1698/2005 vor, welche die Leitlinien des besagten europäischen Programms umsetzen sollen.

Der Kommissionsvorschlag sorgt dafür, dass ein Budget von 1,5 Milliarden EUR über den europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums allen Mitgliedstaaten zur Entwicklung des Breitband-Internetzugangs im ländlichen Raum sowie zur Bearbeitung der in der Bewertung der im November

2008 beschlossenen mittelfristigen Reform der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik neu erkannten Herausforderungen verfügbar gemacht wird. Insgesamt gesehen hat er die volle Unterstützung des Ausschusses für regionale Entwicklung, der spürt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen – wenn sie schnell und vollständig umgesetzt werden – sicherlich dazu beitragen können, die nationalen Wirtschaftssysteme zu beleben und wieder Vertrauen der Verbraucher in das System zu schaffen. Gleichzeitig werden auch die Ziele territorialer und sozialer Konvergenz in den Regionen der Union wirksam verfolgt. All dies gilt insbesondere, wenn die Maßnahmen mit der vom Rat deutlich gemachten Notwendigkeit verbunden werden, die Ausgabemöglichkeiten in den ersten Jahren zu maximieren.

Mit dieser Stellungnahme hat sich der Ausschuss nicht auf eine einfache Beurteilung der von der europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen beschränkt, sondern sich entschlossen, mit der Einbindung gewisser Änderungsvorschläge in den vorgelegten Text seinen eigenen Vorschlag zu machen. Der Hauptaspekt, den der Ausschuss für regionale Entwicklung hervorheben wollte, bezieht sich auf die Notwendigkeit, Transparenz und Informationen über die im Zeitraum 2009–2011 erreichten Ergebnisse zu verstärken und angemessene Instrumente für die Koordinierung der vom ELER und vom Strukturfonds im Zusammenhang mit der Infrastruktur für Breitband-Internet finanzierten Aktionen zu bieten.

Er hat dies getan, indem er die Kommission aufforderte, in Form eines in den Text der vorgeschlagenen Maßnahme eingefügten besonderen Änderungsvorschlags, einen Abschnitt einzufügen, der sich speziell mit der Prüfung von Ergebnissen befasst, die in Zusammenhang mit dieser Aktivität aus dem jährlichen Monitoring-Bericht hervorgehen. Diesen verlangt der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Romana Jordan Cizelj, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (SL) Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein bedeutender Test für die Einheit und Solidarität Europas. Wir müssen zwei Dinge zeigen: erstens, dass wir abgestimmt handeln und daraus Nutzen ziehen werden und zweitens, dass wir die strategischen Schwerpunktthemen, die wir in den letzten Jahren aufgestellt haben, aufrecht erhalten können: also Schwerpunktthemen, die eine Umstellung auf eine wissensbasierte und innovative Gesellschaft mit niedrigem Niveau von Treibhausgasemissionen erleichtern.

Ich freue mich zu sehen, dass Europa auf diese Herausforderung schnell und geeint reagiert hat. Wir haben uns gegen Protektionismus ausgesprochen und den Binnenmarkt als eine der wichtigen Errungenschaften Europas, die auch zu Krisenzeiten bewahrt werden muss, etabliert. Dabei haben wir es auch geschafft, unsere Vision zu erhalten und zu agieren, ohne unsere langfristigen Herausforderungen, zu denen sicherlich auch der Klimawandel gehört, aus dem Blick zu verlieren.

Lassen Sie mich auch kurz Projekte aus dem Energiebereich erwähnen. In relativ kurzer Zeit haben wir zusätzliche Finanzmittel gesichert, die wir für die zukünftige Entwicklung neuer, sauberer Technologien sowie zum Zweck der Steigerung einer sicheren Energieversorgung vorsehen wollen. Hier ist es wichtig, dass wir in dieses Paket Technologien für Kohlenstoffbindung und -speicherung, die Förderung von Offshore-Windkraftanlagen sowie den Zusammenschluss von Gas- und Stromübertragungsnetzwerken einschließen.

Dennoch möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass trotz der Anzahl guter Projekte, für die zusätzliche Hilfe bereitgestellt werden soll, einige wichtige Projekte in der Akte fehlen. Aus diesem Grund möchte ich darum bitten, dass diese Projekte sorgfältig beobachtet werden, dass ihre Durchführung überwacht wird, und dass wir auch zusätzliche Mittel finden, mit denen Projekte finanziert werden sollen, welche die effiziente Nutzung von Energie und anderen erneuerbaren Energiequellen fördern.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch hinzufügen, dass Erdwärme sicherlich eine weitere wichtige Möglichkeit ist, die unerschlossen bleibt. Ich halte dies für eine unserer wichtigsten Aufgaben zu Beginn unseres nächsten Mandats.

Hannes Swoboda, im Namen der PSE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es scheint ja fast Weihnachtsfrieden ausgebrochen zu sein, so friedlich geht hier alles vor sich. Aber ein paar Wermutstropfen darf ich doch in diese Situation einbringen!

Denn immerhin hat der Rat – er ist ja heute auch nicht hier – Monate gebraucht, um die Vorschläge der Kommission zu überarbeiten, zu überdenken, zu einer Lösung zu kommen. Und das in einer Situation, in der wir eine große, steigende Arbeitslosigkeit haben. Es liegt also nicht am Parlament – in diesem Fall waren die Budget-Leute sogar früher dran als wir im Energiebereich, das hat uns ja das Leben sonst nicht ganz leicht

gemacht, normalerweise sind Sie ja immer die Blockierer, aber dann haben wir versucht, eine Lösung zu finden. Und der Kommissar war sehr hilfreich dabei. Aber der Rat war stur!

Unser Anliegen ist – und das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein –, dass alle Mittel des EU-Haushaltsplans, die nicht ausgegeben werden können, in Projekte der Arbeitsplatzbeschaffung fließen, und zwar in Vorhaben mit dem Ziel der Energiesicherheit, der Energieeffizienz, des Energiesparens. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein! Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger fragen, ob sie dafür sind, dass das Geld, das nicht ausgegeben wird, genau in diese Bereiche geht, dann werden sie mit großer Mehrheit zustimmen. Nur der Rat hat noch nicht erkannt, dass das eigentlich das Gebot der Stunde ist. In diesem Sinn sollten wir darauf beharren – auch die Abgeordneten des neuen Parlaments –, dass das wirklich genau so umgesetzt wird.

Ich hoffe – ich weiß ja nicht, ob Herr Piebalgs noch Kommissar und für diesen Bereich zuständig sein wird –, dass auch die Kommission der Meinung ist, dass wir so vorgehen müssen, dass alle Mittel, die nicht ausgegeben werden können, in anderen Bereichen auf beschäftigungsorientierte Projekte im Zusammenhang mit Energieeffizienz und Energiesicherheit übertragen werden.

Zum Abschluss möchte ich auch namens meiner Fraktion den beiden Kommissaren für die Zusammenarbeit herzlich danken! Ob es immer ein Vergnügen war, ist eine andere Frage, aber es war immer eine klare Dialogbereitschaft bei Ihnen vorhanden, und ich hoffe, Sie können das auch von uns sagen. Wir haben ja Wahlkampf, bei Ihnen ist es jetzt ein bisschen ruhiger, doch ich denke, Sie können auch ohne uns Parlamentarier leben.

Donato Tommaso Veraldi, im Namen der ALDE-Fraktion. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Vorschlag, den wir gerade diskutieren, ist Teil eines Pakets über 5 Milliarden EUR, die für das Europäische Konjunkturprogramm vorgesehen sind. Davon sind 1 040 EUR für den Bau und die Endfertigung von Infrastrukturen für eine Breitband-Internetabdeckung ländlicher Gegenden sowie für Entwicklung in Zusammenhang mit neuen Herausforderungen, die bei der Zustandsprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik aufgedeckt worden sind, vorgesehen.

Um auf die gegenwärtige Finanzkrise zu reagieren, müssen wir vor allem in ländlichen Gegenden handeln und dabei Mittel verwenden, die diesen Gegenden helfen sollen, aus der strukturellen Isolierung, in der sie sich befinden, herauszukommen. Es ist deswegen entscheidend, die Nutzung verfügbarer Gemeinschaftsmittel zu gewährleisten und so ihre Wirksamkeit und ihren Mehrwert zu steigern. Auf dem Gebiet der ländlichen Entwicklung muss jede verfügbare Taktik angewandt werden, um größere finanzielle Flexibilität und Effizienz zu gewährleisten.

Ich bin davon überzeugt, dass es für die Kommission wesentlich ist, Mitgliedstaaten bei der Einführung nationaler Strategien und ländlicher Entwicklungsprogramme zur Förderung von Beschäftigung zu unterstützen. Ich muss dennoch sagen, dass gemäß den Regeln des Fonds für ländliche Entwicklung Breitbanddurchführungsprojekte hauptsächlich von öffentlichen Verwaltungen – Regionen, Stadtverwaltungen und Berggemeinden – verwaltet werden. Diese können jedoch Mehrwertsteuer in ihre Buchhaltung nicht aufnehmen. Dies passiert bei anderen Programmen, bei anderen Verordnungen zur Stärkung der Strukturfonds nicht, bei denen Ausgaben durchaus berechtigt sind.

Die Wirtschaftskrise hat Schwierigkeiten, die es für diese lokalen Behörden bereits gab, einfach betont. Damit ist das Auftreten von Mehrwertsteuer in mit der Durchführung zahlreicher Arbeiten verbundenen Budgets so hoch, dass das Risiko besteht, dass öffentliche Behörden nicht investieren und die unverbrauchten Mittel zum Gemeinschaftshaushalt zurückkehren. Schließlich bin ich, was die Ressourcenverteilung angeht, davon überzeugt, dass wir uns auf die Verwendung historischer Kriterien, wie es von der Kommission vorgeschlagen wurde, konzentrieren müssen.

Guntars Krasts, im Namen der UEN-Fraktion. – (LV) Danke Frau Präsidentin. Ich bin davon überzeugt, dass die erreichte Einigung zur langfristigen Unterstützung der Energiepolitik der Europäischen Union, die kurzfristige Anreize für die Konjunkturerholung schafft, beide Ziele erreicht. Die einzige Ausnahme, die kurzfristig keine Wirtschaftlichkeit bieten kann, besteht in der Förderung von Kohlenstoffbindung und -speicherung. Dennoch geht dies zweifelsohne langfristige Herausforderungen der Energiepolitik an, indem die Wettbewerbsfähigkeit der Technologien von EU-Unternehmen auf den Weltmärkten gesteigert wird, auf denen alternative Energieformen nicht in der Lage sein werden, die Kohlefeuerung in absehbarer Zukunft zu ersetzen. Ich heiße die Verwendung der mehrheitlichen Förderung für europäische Projekte zur Zusammenschaltung der Energienetzwerke willkommen. Ich freue mich, dass bedeutende Mittel für die Integration in europäische Stromnetzwerke der baltischen Staaten, welche die isoliertesten Regionen Europas

sind, vorgesehen sind. Obwohl diese Investitionen nicht zur vollen Integration der Märkte dieser drei baltischen Staaten in europäische Netzwerke führen, ist dies dennoch ein wichtiger, stärkender Faktor, der Energieversorgungssicherheit fördern wird. Ich hoffe, dass dies den baltischen Staaten als Anreiz dienen wird, die Durchführung struktureller Reformen ihrer Energiesysteme fortzusetzen und Marktbedingungen zu schaffen, welche die Lage von Energieverbrauchern in dieser Region verbessern werden. Danke.

Claude Turmes, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, dies ist ein trauriger Tag für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Das Konjunkturpaket, über das wir abstimmen werden, ist in Wirklichkeit ein Anti-Konjunkturprogramm, das fast gar keinen sofortigen Wirtschaftsanreiz begründen wird. Wir haben Monate mit teilweise intensiven Verhandlungen mit dem EU-Rat verbracht. Leider haben sich die Mehrheit dieses Parlaments sowie die Kommission einfach den Forderungen von Regierungen etwa aus Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich gebeugt, anstatt ihnen entgegenzustehen.

Dieses Ergebnis ist sehr schlecht und hätte vermieden werden können. Wir hätten ein wirkliches Solidaritätsinstrument schaffen können, in dem die große Mehrheit der Mittel an jene Wirtschaftssysteme gegangen wäre, die sie am meisten benötigen: an unsere Freunde in Osteuropa. Wir hätten die wirtschaftliche Wirkung dieses Pakets durch die Verwendung innovativer Finanzinstrumente, wie Darlehensgarantien und öffentliche Banken oder die Europäische Investitionsbank steigern können. Dies hätte die 5 Milliarden EUR in 50-80 Milliarden EUR in Investitionen verwandeln können, die wir derzeit für die europäische Wirtschaft benötigen. Wir hätten unsere Investitionen auf Bereiche mit direkter Arbeitsplatzschaffung konzentrieren können, wie etwa auf europäische Städte, die eine Renovierung von Gebäuden und von öffentlichen Transportmitteln prüfen, oder auf unabhängige Energiekonzerne, die in erneuerbare Energiequellen investieren oder auf unsere Industrien in Europa, die in Ökotechnologien investieren. Stattdessen haben Sie sich entschlossen, den Großteil dieser 5 Milliarden EUR auf altmodische Staatshilfe für jene zu konzentrieren, die es am wenigsten nötig haben: die großen Energie-Oligopole im Vereinigten Königreich, Deutschland und Frankreich.

Anstatt ein starkes Zeichen zu setzen, machen wir das Fehlen politischen Mutes deutlich: rückgratlose europäische Institutionen, die sich den Launen national engstirniger Regierungen gebeugt haben.

Leider haben wir keinen mutigen und visionären Kommissionspräsidenten. Leider waren die Liberalen und Sozialisten in diesem Parlament nicht bereit, mit den Grünen zu kämpfen, um dieses Konjunkturpaket zu einem echten ersten Schritt auf dem Weg zu einem grünen New Deal zu machen. Bevor es in Europa Veränderung geben kann, müssen wir den Kommissionspräsidenten wechseln. Um diese Veränderung zu erreichen, müssen wir die Mehrheiten im Europäischen Parlament ändern. „Barroso Halt – Los grüner New Deal“: Das ist mehr denn je der richtige Slogan für die anstehenden europäischen Wahlen.

Pedro Guerreiro, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Mit Blick auf das so genannte 5-Milliarden-Paket der Europäischen Union für das europäische Konjunkturprogramm ist es nützlich, an die von diesem Parlament verabschiedete Entschließung zur Halbzeitbilanz des Finanzrahmens 2007-2013 zu erinnern. Diese Entschließung besagt Folgendes: dass die Eigenmittelobergrenze 1,24 % des Bruttonationaleinkommens der EU in Zahlungen ausmacht und dass dies tatsächlich unter 1 % lag; dass jedes Jahr bedeutende Margen unter der von dem mehrjährigen Finanzrahmen aufgestellten Obergrenze mit 29 Milliarden EUR in Zahlungen in den vergangenen drei Jahren bleiben; und dass große Spielräume zwischen der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens und der Obergrenze der EU-eigenen Mittel mit über 176 Milliarden EUR von 2010 bis 2013 bestehen.

In diesem Hinblick müssen wir uns fragen: Woran liegt es, dass wir in Anbetracht der sich verschlechternden Wirtschaftslage nicht wenigstens die von dem mehrjährigen Finanzrahmen zur Verfügung gestellten Mittel nutzen?

Warum entscheidet sich die Europäische Union dafür, 2 Milliarden EUR von der Landwirtschaftsmarge abziehen, wenn tausende Landwirte immer größeren Schwierigkeiten gegenüberstehen?

Benötigen Landwirte mehr Unterstützung für die Bewältigung von steigenden Produktionskosten und für den Produzenten sinkenden Preisen oder für Breitband-Internet?

Von welcher anderen Haushaltslinie werden fast 2 Milliarden EUR abgezogen, um zu gewährleisten, dass diese Änderung neutral ist? Wird dieser Betrag von der Kohäsion abgezogen?

Wie werden sie mit der Verteilung der fast 4 Milliarden EUR für Projekte auf dem Gebiet der Energie sowie 1 Milliarde EUR für – offensichtlich –den Breitbandausbau in ländlichen Gegenden umgehen? Wie wird dieser unfaire Austausch umgesetzt werden?

Wo ist letztlich die laut herausposaunte Solidarität in der Europäischen Union? Oder wird aus dem Elefanten schließlich wieder eine Mücke?

Patrick Louis, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Wunsch nach einem Konjunkturprogramm ist eine gute Sache. Eine keynesianische Wiederbelebung ist als Reaktion auf einen konjunkturellen Abschwung notwendig, dies ist jedoch eine Strukturkrise. Das Mittel ist also unangemessen.

Mittel erneut in eine zügellose Wirtschaft zu pumpen ist als ob man Geld einfach den Abfluss hinunter spült. Eine Wirtschaft zu stärken, ohne zunächst Gemeinschaftspräferenz an unseren Grenzen wiederhergestellt zu haben, ist so, als würde man versuchen, ein Haus zu heizen, während alle Fenster offen bleiben müssen. In der Folge geht der Heizkessel aus und die Heizkostenabrechnung in die Luft.

Nach diesen eingehenden Bemerkungen habe ich drei Kommentare zu machen. Erstens ist ein Energiemarkt nicht relevant. Auf diesem Gebiet reduziert der Wettbewerb die Preise nämlich nicht, weil sie von den Kosten der Betriebsmittel bestimmt werden. Wir sind deswegen davon überzeugt, dass es wesentlich ist, in wirklich effiziente Energiequellen zu investieren, die Falle von größtenteils subventionierten Energiequellen, wie Windkraft, zu vermeiden und sich für Solar- und Atomenergie zu entscheiden.

Zweitens gibt es in einem Binnenmarkt für Strom keine Effizienz. Auf langen Strecken steht der Energieverlust im Verhältnis zur zurückgelegten Strecke. Die Wahrscheinlichkeit von Pannen und Ausfällen steigt mit der geografischen Komplexität der Infrastruktur. Deswegen sollte die Zusammenschaltung der Stromnetzwerke Europas auf ihren ursprünglichen Zweck zurückkommen, der darin besteht, an den Grenzen als Backup-Ressourcen zu dienen und Energieaustausch - aber nur im Hintergrund - zu ermöglichen. Diese Arbeit sollte unsere Priorität sein.

Drittens empfehlen wir wie für den Podimata-Bericht, der mit dem vorliegenden Bericht zusammenhängt, nicht nur die für die Arbeit mit einem Produkt nötige Energie zu berücksichtigen, sondern auch Informationen über die für die Herstellung des Produktes nötige Energiemenge zu erwägen.

Die Übermittlung dieser Informationen an Verbraucher wird das Ansehen von Produkten mit hohem Mehrwert und niedrigem Energiebedarf steigern. Die Aufnahme dieser Informationen wird unseren Wirtschaftssystemen, die zu stark von unfairer globalem Wettbewerb bedroht sind, einen dringend benötigten Wettbewerbsvorteil geben.

Sergej Kozlík (NI). – (SK) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach haben das Europäische Parlament und der Rat einige außergewöhnliche aber wirksame Entscheidungen getroffen, indem sie nebst der Summe von 4 Milliarden EUR zur Auflösung einiger Engpässe im europäischen Energienetzwerk 5 Milliarden EUR ungenutzter Mittel von 2008 bis 2009 an ein Belegungspaket übertragen haben, um die Auswirkungen der Finanzkrise zu lindern. Andererseits war die Rede von Herrn Turmes in vielerlei Hinsicht, insbesondere bezüglich des Fondsmanagements, richtig.

Ich halte es für wichtig, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten flexibel reagieren und dass alle für die Jahre 2009-2011 vorgesehenen Mittel ausgegeben und zwar möglichst effektiv ausgegeben werden. Die Krisenlage in der Gasversorgung zu Beginn des Jahres nach dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat gezeigt, wie empfindlich ein wesentlicher Teil Europas in Krisensituationen ist. Die mit diesem Paket durchgeführten und finanzierten Maßnahmen sollten deswegen dazu beitragen, eine Wiederholung dieser Krise zu vermeiden.

Agnes Schierhuber (PPE-DE). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kommissare, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein erster Dank gilt Frau Stavreva, die einen sehr guten Bericht verfasst hat. Es ist unbedingt notwendig, dass dieses Konjunkturprogramm, das wir heute insgesamt beschließen, auch für den ländlichen Raum zur Verfügung steht. Breitband ist für die ländlichen Regionen, besonders auch in Österreich, ein unverzichtbares Kommunikationsmittel für neue und moderne Arbeitsplätze sowie für rasche Informationsmöglichkeiten. Es darf nicht übersehen werden, dass immerhin mehr als 50 % der Bevölkerung der Europäischen Union im ländlichen Raum lebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beende meine politische Tätigkeit. Ich möchte mich heute ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit mit allen Kolleginnen und Kollegen, aber auch mit der Kommission und allen Institutionen der Europäischen Union ganz herzlich bedanken, vor allem auch bei den Beamten

und Mitarbeitern. Letztendlich bedanke ich mich bei den Dolmetschern, die mein österreichisches Deutsch zu übersetzen hatten.

Ich bin überzeugt, dass es auch in Zukunft ganz klar sein muss, dass die gemeinsame Agrarpolitik mit ihren zwei Säulen für die Gesellschaft der Europäischen Union unverzichtbar ist. Die Bauern sind sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft sicher bewusst. Aber ich erwarte auch, dass sich die Gesellschaft der Europäischen Union der Verantwortung gegenüber jenen bewusst ist, die ihre Lebensgrundlagen sichern. In diesem Sinn wünsche ich der Europäischen Union eine gute Zukunft!

(Beifall)

Gábor Harangozó (PSE). – (HU) Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn Frau Stavreva für ihre Kooperation danken und ihr zu ihrer hervorragenden Arbeit gratulieren, welche die einhellige Unterstützung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erhalten hat.

Im Anschluss an die im Rat geführte Debatte verfügen wir über 1,02 Milliarden EUR, um die schmerzlichen Auswirkungen der Krise auf den ländlichen Raum zu lindern. Wir haben erfolgreich eine Situation geschaffen, in der das Geld im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag viel flexibler in einem passend großen Rahmen zur Entwicklung von Breitband-Internetzugang in ländlichen Gebieten sowie zur Bewältigung der neuen Herausforderungen verwendet werden kann, die bei der Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik aufgetaucht sind.

Die Pläne der Mitgliedstaaten zur Entwicklung des ländlichen Raums müssen so schnell wie möglich überarbeitet werden, damit die nun bestimmten Beträge so schnell wie möglich verfügbar gemacht werden können. Dies ist für die ländliche Bevölkerung vielleicht der wichtigste Aspekt, da mit Hilfe dieser Entwicklungen neue Arbeitsplätze, neue Ausbildungsgänge und neue Märkte zugänglich werden können, was gleichzeitig zu einer Reduzierung von Kosten und zur Entwicklung von neuen, innovativen Technologien führen kann.

Ländliche Einwohner sind die empfindlichsten Opfer der Wirtschaftskrise. Wenn man die Zukunft betrachtet, kann man in der Tat sagen, dass über die Wirtschaftskrise hinaus auch ein Risiko für zusätzliche territoriale und wirtschaftliche Ausgrenzung besteht. Bereits vor Ausbruch der Krise mussten zahlreiche Mitgliedstaaten fortlaufendem Rückgang in ländlichen Gegenden entgegenstehen. Unsere Verantwortung besteht darin, die notwendigen Maßnahmen zur Absicherung unserer ländlichen Werte so schnell wie möglich zu entwerfen und durchzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da nicht erwartet wird, dass meine Partei bei den Wahlen gut genug abschneiden wird, dass ich in den nächsten fünf Jahren mit Ihnen weiterarbeiten werde, möchte ich Ihnen auch für Ihre hervorragende Kooperation, die ich in diesem Parlament genossen habe, danken. Als junger Politiker kann ich nur jedem jungen Politiker das Glück wünschen, in einer so hervorragenden Organisation zu lernen, wie europäische Politik funktioniert.

Lena Ek (ALDE). – (SV) Frau Präsidentin, es gibt derzeit in Europa und auf der Welt drei Krisen: die Finanzkrise, die daraus folgende Arbeitsmarktkrise und die Klimakrise. Maßnahmenpakete sollten darauf gerichtet sein, Lösungen für alle drei Krisen zu finden, aber es fällt mir schwer zu erkennen, dass dies in diesem Paket der Fall ist. Marilyn Monroe sagte einst: „Führe mich nicht in Versuchung, ich finde sie selbst.“ So scheinen die Regierungen der Mitgliedstaaten bezüglich der Verwendung von Geldern gehandelt zu haben, die wir gemeinsam für dieses Wirtschaftspaket freigeben konnten. Es kann dafür, dass es sich mit den alten Energietypen befasst, sowie insbesondere hinsichtlich des Zeitfaktors kritisiert werden. Die in dem Paket enthaltenen Maßnahmen liegen so weit in der Zukunft, dass sie eher in der nächsten Rezession als in dieser Arbeitsplätze schaffen werden. Unsere Absicht bestand darin, zu versuchen, neue Technologien und neue Ideen sowie Maßnahmen zur Arbeitsplatzschaffung *jetzt* während dieser Rezession in Europa einzurichten. Wir werden deswegen (hoffentlich, wenn wir wiedergewählt werden) weiterhin beobachten, was die Kommission über Kommissar Piebalgs versprochen hat, nämlich saubere, zuverlässige Überwachung der Durchführung sowie Aufsicht.

Schließlich, Frau Präsidentin, möchte ich Kommissarin Fischer Boel für die extrem konstruktive Arbeit, die sie geleistet hat, sowie Kommissar Piebalgs danken, der sehr eng mit dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie zusammengearbeitet hat und, was das Energiepaket und das Klimapakete betrifft, sowie für das, was wir in den vergangenen fünf Jahren erreicht haben, persönlich extrem wichtig war. Ich möchte dem Berichterstatter, der eine gute Arbeit geleistet hat, sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in diesem Parlament

danken. Schließlich denke ich wirklich, dass wir die Arbeit des Europäischen Parlaments in Straßburg einstellen und uns in Zukunft an einem einzigen Ort versammeln sollten.

Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, unabhängig von ihrer Form ist die Unterstützung ländlicher Gegenden eine sehr wichtige Aktivität. Umso mehr, wenn diese Unterstützung in Form einer massiven Einführung neuer Technologien in ländliche Gebiete stattfindet. Dennoch ruft die Prioritätenrangfolge in meinen Gedanken Zweifel hervor. Was ist im Moment - insbesondere während der Krise - für die Entwicklung von städtischen Gebieten wichtiger: Breitband-Internet, weitere Modernisierung und Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur oder Maßnahmen, die mit der Zunahme von Arbeitsplätzen in ländlichen Gegenden zusammenhängen?

Für mich ist es offensichtlich, dass die für die Einführung von Breitband-Internet und das Angehen des Klimawandels in ländlichen Gebieten notwendigen Gelder hauptsächlich den Unternehmen und Firmen, die diese Arbeiten ausführen, zur Verfügung gestellt werden und nicht Landwirten oder Bewohnern des ländlichen Raums. Vielleicht hätte dieses Geld der Reduzierung des Missverhältnisses von Subventionen für mittlere Landwirtschaftsbetriebe insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten zugewiesen werden sollen? Die Europäische Union gibt Landwirten im Moment Breitband-Internet zu immensen Kosten, anstatt wichtigere Bedürfnisse zu stillen, wie Bauernhöfe und nicht landwirtschaftliche Konzerne zu mehr Erfolg zu führen.

Konstantinos Droutsas (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, das Ziel des 5-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramms besteht darin, durch Förderung kapitalistischer Restrukturierungen in strategischen Sektoren wie Energie oder elektronische Kommunikation die kapitalistische Krise zu nutzen und dem Kapital zu helfen, seine Ziele zu erreichen.

Breitband-Internet und Netzwerke sind für die Entwicklung ländlicher Gebiete notwendig, sie sind aber keine Priorität. Wenn das Einkommen der Eigner von kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben konstant schrumpft und sie der Bedrohung der Vertreibung von ihrem Land und Arbeitslosigkeit gegenüber stehen, wenn die Wirtschaft von ganzen Landstrichen aufgrund der GAP und der Vorschriften der Welthandelsorganisation in einer Krise stecken, wird der Ausbau von Netzwerken nicht zu ländlicher Entwicklung beitragen; es ist ein Scherz auf Kosten armer Landwirte. Im Grunde wurden 1,5 Milliarden EUR für die Entwicklung von elektronischen Kommunikationsunternehmen, nicht für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vorgesehen.

Genau dasselbe gilt für die 3,5 Milliarden EUR, die für die Fertigstellung eines integrierten Elektroniknetzwerkes sowie eines Binnenmarktes für Strom, die Erleichterung von Privatisierungen, Fusionen und von durch das dritte Liberalisierungspaket geförderten Übernahmen sowie Kohlenstoffbindung und -speicherung, diesem unverschämt teuren und nicht umweltfreundlichen Plan, vorgesehen sind, der gemacht ist, um Profit zu steigern und anhaltende Verschmutzung durch Produktionseinheiten zu erlauben.

Die Arbeiter und Landwirte verstehen, dass diese Maßnahmen getroffen werden, um Kapital und Monopole zu stärken. Deswegen lehnen sie diese ab und bekämpfen sie und fordern, dass grundlegende Änderungen stattfinden, damit sie nicht zu den Lasttieren dieser Krise werden.

Helga Trüpel (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass die Europäische Union versucht, in dieser großen Finanz- und Wirtschaftskrise einen eigenen Beitrag zu leisten. Und auch, dass sie den Anspruch hat – gerade was die Breitbandverkabelung in den ländlichen Gebieten betrifft –, einen wirklichen Beitrag dazu zu leisten, dass die digitale Spaltung der Gesellschaft überwunden wird und mehr Menschen die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen und den inneren Zusammenhang in der Europäischen Union zu stärken.

Aber als Haushaltspolitikerin möchte ich darauf hinweisen, dass zwar einerseits ein solches Programm öffentlichkeitswirksam angekündigt wird, aber andererseits nicht klar ist, wo das Geld denn wirklich herkommen soll. Das ist ein Stück weit unseriös. Das kann ich nicht gutheißen, und wenn der Rat solche Entscheidungen trifft, und wenn die Kommission durch Herrn Barroso so etwas in die Welt setzt, dann muss ernsthaft dafür Sorge getragen werden, dass klar ist, wo das Geld herkommt. Nur das ist eine wirklich überzeugende Politik, mit der wir auch vor die Bürger treten können. Im Moment ist das Geld leider noch nicht da. Auch die Mitgliedstaaten müssen sich noch einmal bewegen, damit wir wirklich klarmachen können, dass dies ein Beitrag zu einer besseren Strukturpolitik und zu mehr Solidarität in Europa ist. Und man muss dann gemeinsam dazu beitragen, damit es auch verwirklicht werden kann.

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin, die Europäische Union hat zwar Förderungen für ländliche Regionen eingeführt, gleichzeitig aber der Landflucht durch die Maastricht-Vorgaben grenzlosen Liberalisierungseifer und dem damit einhergehenden Abbau der ländlichen Infrastrukturen Vorschub geleistet.

Nach dem Chrysler-Sterben und der Schließung von Polizeistationen und Schulen werden dank EU-verordneter Deregulierung bald auch die Postämter schließen. Die Kommission will nun offenbar weiter Sterbehilfe leisten. Sollten tatsächlich ab 2014 die Förderkriterien unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft und Landflucht wegfallen, dann könnte dies vielen benachteiligten Gebieten den Todesstoß versetzen. Das ist meines Erachtens ein Anschlag auf alle Landregionen, den wir nicht durchgehen lassen sollten. Wir brauchen gleichwertige Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land, sonst sind in Europa bald nicht mehr nur einzelne Landstriche, sondern ganze Täler verwaist.

Förderkürzungen sind da sicherlich der falsche Weg, wenn wir einen vitalen ländlichen Raum und kleinbürgerliche Strukturen sichern wollen. Der ländliche Raum kann aber nicht allein durch Agrarförderungen am Leben erhalten werden. Das Bauernsterben der letzten Jahre beweist dies mehr als deutlich. Die Förderungen für benachteiligte Gebiete sind nicht zu kürzen, sondern zu erhöhen. Klein-, Mittel- und Biobauern müssen überleben und die Lebensmittelsouveränität sollte unbedingt aufrechterhalten werden. Wenn die EU sich nicht bald davon abbringen lässt, primär die Massentierhaltung und Großgrundbesitzer – wie etwa die britische Queen – zu fördern, dann ist es höchste Zeit für eine Renationalisierung oder eine zumindest teilweise Renationalisierung der Landwirtschaft.

Neil Parish (PPE-DE). - Frau Präsidentin, darf ich dem Kommissar sehr dafür, uns dies heute Vormittag gezeigt zu haben, sowie Frau Stavreva sehr für ihren Bericht danken?

Es ist sehr wichtig, dass wir uns mit diesem „5-Milliarden“-Paket befassen. Darf ich der Kommission recht offen sagen, dass wenn sie in Zukunft ein 5-Milliarden-Paket angehen, sie wahrscheinlich etwas mehr Zustimmung vom Rat erhalten sollten, bevor wir soweit kommen. Ich verstehe, dass es nicht immer einfach ist, den Rat dazu zu bringen, dem Geld zuzustimmen, wir müssen aber wissen, ob dieses Geld am Ende kommen wird. Ich vermute, es wird, und ich denke, es kann tatsächlich sehr gut genutzt werden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Landwirtschaft für das Land sehr wichtig ist, aber es gibt dort draußen auch viele andere Betriebe. Insbesondere im Fall von kleineren Bauernhöfen braucht man ein zusätzliches Einkommen. Gerade Breitband bedeutet, dass viele kleine Unternehmen in ländlichen Gebieten entwickelt werden können. Sobald Breitband verfügbar ist, können die Verbindungen in einigen der ländlichsten Gegenden der Europäischen Union sehr gut sein. Breitband könnte auch wesentlich sein, um Unternehmen zu helfen, in Landwirtschaft, Tourismus und all jenen Geschäftsfeldern voranzugehen, die mit dem Internet verbunden sind.

Zu diesem Zeitpunkt einer echten Rezession in der Europäischen Union ist dies ein Belebungspaket, dass – wenn wir das Geld rechtzeitig in die richtigen Gebiete bringen können – einen echten Unterschied ausmachen wird, weil wir die Geschäftswelt stimulieren müssen. Landwirtschaft ist wichtig, aber andere Geschäftsfelder sind für den ländlichen Raum auch wichtig, und dieses Paket kann helfen.

Also wünsche ich der Kommission mit dem ganzen Projekt alles Gute. Ich hoffe, dass Sie das Geld bekommen, aber – wie gesagt – denke ich, dass wir in Zukunft wahrscheinlich auf einheitlichere Art und Weise vorgehen müssen.

Catherine Guy-Quint (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, im November 2008 hat die Kommission ein Konjunkturprogramm vorgestellt, das weder im Umfang noch inhaltlich auf der Höhe der Aufgabe war. Sechs Monate später muss man zugeben, dass die Umsetzung dieses Konjunkturprogramms fast nicht gegeben ist, und ich möchte herausfinden, was mit diesen 30 Milliarden EUR Konjunkturtherilfe passiert.

Was ist mit den für neue Aktionen ausgeschriebenen und der Europäischen Investitionsbank anvertrauten 15 Milliarden EUR passiert? Wie kann man einen durch den Strukturfonds und den Kohäsionsfonds angekündigten Anreiz von 7 Milliarden EUR und einen angekündigten strukturellen Haushalt von 10 Milliarden EUR für 2009, der nicht in Anspruch genommenen wurde, miteinander vereinbaren?

Schließlich möchte ich bezüglich der heute hier diskutierten 5 Milliarden EUR vier Bemerkungen machen. Trotz des Drucks aus dem Europäischen Parlament war der Rat der Finanzminister nicht in der Lage, die 5 Milliarden EUR für 2009 freizugeben, und stellt nur 2,6 Milliarden EUR zur Verfügung.

Wir sind deswegen gar nicht sicher, ob der Rat die fehlenden 2,4 Milliarden EUR für 2010 aufbringen können wird. Das Parlament ist bereit, alle möglichen Lösungen durch Regulierungsinstrumente ausfindig zu machen.

Dennoch dürfen die anderen politischen Prioritäten unter keinen Umständen in Frage gestellt werden. Das wird das Parlament nicht zulassen. Umschichtung können wir nicht akzeptieren; Das ist eine rote Linie, die wir nicht überschreiten werden.

Es wird schwer sein, diese 2,4 Milliarden EUR ausfindig zu machen, weil wir aufgrund der Präsentation des Haushaltsplanvorentwurfs der Kommission wissen, dass maximal 1,7 Milliarden EUR verfügbar sein werden. Außerdem muss der Rat der Freigabe dieser Marge noch zustimmen. Es ist deswegen jedenfalls wichtig, dass die vielen Mitgliedstaaten dieses ganze Konjunkturprogramm nicht länger im Namen kurzfristiger orthodoxer Haushaltsführung sowie im Namen einer rechtlichen Herangehensweise an Haushaltsregeln aufhalten können.

Ein starker Haushalt muss für die Zukunft der Union aufrecht erhalten werden, und wir können sehen – und dies ist meine vierte Bemerkung – dass ihr Umfang sowie die Art und Weise, wie die neuesten finanziellen Perspektiven verhandelt und angenommen wurden, Europas Zukunft erheblich benachteiligt.

Jan Mulder (ALDE). - (NL) Frau Präsidentin, beim Anhören dieser Aussprache bekomme ich das Gefühl, dass die meisten von uns zufrieden sind, aber trotzdem habe ich den starken Eindruck, dass dies ein mageres Paket ist. Ich denke, die hauptsächliche Besorgnis bestand hier darin, das Gesicht von Präsident Barroso und der Kommission zu wahren. Die angestrebten Maßnahmen werden zweifelsohne nützlich sein, die Finanzierung bleibt jedoch noch immer unsicher.

Obwohl der Landwirtschaftshaushalt unvorhergesehene Situationen auch im Fall eines Mehrbetrages berücksichtigen muss, habe ich einige Einwände dagegen, dass er ständig als Goldesel zur Deckung jedweder unvorhergesehener Ereignisse genutzt wird. Ich bin der Meinung, dass es der Kommission und der Europäischen Union misslungen ist, viel aus den Ausbrüchen von ansteckenden Tierkrankheiten, die in der Vergangenheit vorkamen, zu lernen. Wenn sie wieder auftreten, müssten wir sie aus dem Landwirtschaftshaushalt finanzieren.

Ich möchte Folgendes wissen: Wo liegen unsere Prioritäten? Bei der Finanzierung von Maßnahmen im Kampf gegen Tierkrankheiten oder bei der Finanzierung dieses Pakets, das noch in Ordnung gebracht werden muss? Es gibt hier weiterhin eine große Unsicherheit, aber ich verstehe, dass Einkommensunterstützung jedenfalls immer verfügbar sein wird, und das beruhigt mich.

Was die eigentlichen Maßnahmen betrifft, so variieren sie von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat, sie sind aber zweifelsohne nützlich. Auch ich bin für Energiesicherheit und denke, dass alles, was wir in dieser Beziehung tun, nützlich sein wird.

Abschließend möchte ich den beiden Kommissaren zu der von ihnen geleisteten Arbeit und insbesondere Frau Fischer Boel, mit der ich in den vergangenen fünf Jahren eine sehr enge Zusammenarbeit genossen habe, gratulieren.

Inese Vaidere (UEN). – (LV) Meine Damen und Herren! Eine Initiative über insgesamt 5 Milliarden EUR ist eine gute Grundlage sowohl für die weitere Entwicklung der gemeinsamen Energiepolitik der Europäischen Union, als auch für langfristige ländliche Entwicklung. Die Verstärkung interner Netzwerke ist auch wichtig, genau wie die Schaffung von Zusammenschaltungen, die Einzelnetzwerke bilden. Meiner Meinung nach sollte Energieeffizienz und Diversifizierung der Energieversorgung durch die Schaffung echter Anreize für die Nutzung von Offshore-Windenergie, Erdwärme und anderen erneuerbaren Energiequellen stärker betont werden. Die Programme der Mitgliedstaaten, auch der großen Staaten wie Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich, müssen in Abstimmung mit der gemeinsamen Energiepolitik der Europäischen Union entwickelt werden. Für die von der Wirtschaftskrise besonders schlimm betroffenen Staaten sollte eine Obergrenze der Kofinanzierung von 50 % festgelegt werden. Wirkliche Unterstützung muss lokalen und regionalen Initiativen gegeben werden, die erneuerbare Energien einführen und ihre Nutzung unterstützen sollen. Mit Blick auf ländliche Entwicklung muss die tatsächliche Situation stärker berücksichtigt werden als historische Indikatoren. Es wird nicht nur von der Einführung von Breitband, sondern beispielsweise auch von der Schaffung von Landstraßen gesprochen. Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sollten für die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten besonders zugänglich gemacht werden. Danke.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, verehrte Kommissare! Dieses so genannte Konjunkturprogramm ist insgesamt kein Meisterstückchen. Vor allen Dingen für den ländlichen Raum bleibt nicht viel übrig. Es bedeutet auch eine Verschiebung vom Agrarhaushalt in die ländliche

Entwicklung. Und, Frau Kommissarin, es führt auch zu keiner eigenständigen Regionalentwicklung für den ländlichen Raum, sondern es folgt wieder einer Ausgleichslogik.

Vor allen Dingen ist es den Mitgliedstaaten anheim gestellt, hier Ausgleichsprogramme zu schaffen. In Deutschland ist der Bereich Milchfonds betroffen. Bei 15 Cent, die wir im Milchbereich pro Kilogramm verloren haben, sind das allein für Deutschland 4,2 Milliarden EUR, die den Milchbäuerinnen und -bauern in Deutschland fehlen. Jetzt soll mit 100 Millionen EUR ein Ausgleich geschaffen werden. Ich sage es deutlich, Frau Kommissarin: Das ist ein Fliegenschiss, aber kein Konjunkturprogramm!

Maria Petre (PPE-DE). – (RO) Ich möchte zu allererst Frau Stavreva zur Qualität des Berichtes, den sie uns heute vorgestellt hat, gratulieren.

Ich unterstütze die von der Berichterstatterin vorgeschlagenen Änderungsanträge wie die Bereitstellung von 250 Millionen EUR für mit der Bewältigung der neuen Herausforderungen verbundene Aktivitäten, obwohl wir, wie die Kommissarin sagte, darüber erneut nachdenken müssen. In Anbetracht der Notwendigkeit einer schnellen Reaktion auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise wäre es hilfreich - wie wir alle wohl wissen - wenn Zahlungen, die schon im Laufe des Haushaltsjahres 2009 gemacht werden können, geleistet werden. Dieser Ansatz spiegelt die vom Vorsitz des Europäischen Rates am 12. Dezember 2008 erreichten Schlussfolgerungen wider.

Ein wichtiger Aspekt der aktuellen Wirtschaftskrise besteht in der Reduzierung der allgemein verfügbaren Mittel und Kredite zusammen mit strengeren, für die Vergabe von Krediten von Banken auferlegten Bedingungen. Im Ergebnis unterstütze ich den Vorschlag der Berichterstatterin, dass Mitgliedstaaten Mittel verwenden können sollen, die durch Darlehen und Kreditbürgschaften verfügbar gemacht wurden. Dies würde es den relevanten Parteien im ländlichen Raum ermöglichen, in diesen schwierigen Zeiten Investitionen zu tätigen.

In Anbetracht der weiten Zerstreuung der Bevölkerung und der hohen Kosten in manchen Landgemeinden hätten nicht alle Bürger persönlichen Zugang zum Breitbandanschluss. Meiner Meinung nach sollten Mitgliedstaaten deshalb zusätzlich zu den vorgeschlagenen Infrastrukturbetrieben die Möglichkeit haben, öffentliche Internetzugangspunkte in ländlichen Gemeinden so wie in öffentlichen Bibliotheken oder Rathäusern zu unterstützen.

Folglich stimme ich dem zu, dass besondere Information für die Allgemeinheit und lokale Behörden verfügbar gemacht werden, die für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich sind. Um die effektivste Verwendung der verfügbaren Mittel zu gewährleisten und der Entwicklung von Breitband-Internetzugang im ländlichen Raum erheblichen Aufschwung zu geben, denke ich, dass die aktuellen Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten in Sachen Breitbandabdeckung als Richtschnur für Differenzierungen bei der Vergabe dieser Mittel genutzt werden sollten.

Jutta Haug (PSE). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun trennen uns weniger als zwei Stunden von der endgültigen Beschlussfassung zum so genannten *European Economic Recovery Plan*. Fünf Monate haben wir gebraucht – fast überflüssig zu erwähnen, dass das der Klügelei im Rat geschuldet war –, fünf Monate, um zu einer Einigung für das nun vorliegende Paket zu kommen.

Wenn wir alle miteinander den Titel dieses Pakets ernst nähmen, hätten wir viel schneller sein müssen. Das Paket für sich ist ja in Ordnung, ohne Frage, aber ob es wirklich der wirtschaftlichen Erholung Europas in der jetzigen Krise dienen kann, möchte ich doch sehr bezweifeln. Kann das vorgesehene Geld wirklich in der vorgesehenen Zeit für die vorgesehenen Projekte abfließen?

Es ist gut, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem Industriausschuss auch diese Zweifel hatten und die Erklärung der Kommission ausgehandelt haben, nicht verausgabte Mittel in Projekte der Energieeffizienz zu stecken. Die gleich zu beschließenden 2,6 Milliarden EUR haben also die Chance, vernünftig verwendet zu werden. Aber werden wir es auch schaffen, die restlichen 2,4 Milliarden EUR, die am 5-Milliarden-Recovery Plan noch fehlen, im Herbst mit dem Rat zu vereinbaren?

Die 5 Milliarden EUR auf zwei Jahre sind Ausdruck europäischer Solidarität. Okay! Viel effektivere Hilfe für die gesamte europäische Wirtschaft allerdings kommt aus der gemeinsamen Regional- und Strukturpolitik: 38 Milliarden EUR – nur in diesem Jahr! Diese Mittel sind unsere europäische Konjunkturlokomotive!

Roberts Zile (UEN). – (LV) Frau Präsidentin, sehr geehrte Kommissare! Der Kompromiss, diese 5 Milliarden EUR nicht den Geberstaaten zurückzugeben, sondern sie für ländliche Entwicklungsprojekte im Bereich von Energie und Breitband zu verwenden, trägt die folgende wichtige politische Botschaft: Sie zeigt, dass sogar

in Krisenzeiten europäische Solidarität nicht vollkommen verschwunden ist. Ich verstehe, was einige wenige meiner Kolleginnen und Kollegen im Parlament darüber gesagt haben, dass das meiste Geld einfach an jene Staaten und ihre Energieprojekte zurückgegangen ist, aber ich bin davon überzeugt, dass das Solidaritätsprinzip in diesem Vorschlag deutlich ist. Ich denke auch, dass die Einleitung eines langfristigen Projektes im Bereich der Energie, wie der Anschluss der baltischen Staaten an die nordischen Stromnetzwerke auch das richtige Zeichen setzt, da es eher den Mitgliedstaaten überlassen ist, unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Situationen Probleme zu lösen, um die kurzfristige Krise zu überwinden. Ein weiterer Punkt, mit dem wir meiner Meinung nach vorsichtig umgehen müssen, besteht darin, dass diese kurzen Fristen für die Einführung des Projektes zu großer Verbitterung führen können, wenn die in dem Vorschlag enthaltenen Projekte nicht abgeschlossen werden. In diesem Punkt müssen wir alle in sehr verantwortlicher Weise zusammenarbeiten. Danke.

Esther de Lange (PPE-DE). - (NL) Frau Präsidentin, dies ist das dritte Jahr unserer finanziellen Vorausschau, und es ist auch das dritte Jahr, dass wir uns hier zusammenfinden, um über ihre mittelfristige Anpassung zu sprechen. 2007 hatten wir Galileo, was sich ganz leicht erklären ließ. 2008 hatten wir 1 Milliarde EUR Agrarsubventionen, als wir nach allen Regeln der Kunst die Finanzierung sicherstellen mussten, weil sie innerhalb der Grenzen der vorhandenen Kategorien finanziert werden mussten, obwohl wenig Raum für ihre Unterbringung übrig war. Nun sprechen wir über ein Paket zur Wirtschaftsförderung, das sicherlich ein willkommener Beitrag zu nationalen Bemühungen auf diesem Gebiet ist und hoffentlich ein Anreiz für Projekte aus den Bereichen Energie und Breitband im Norden meines Landes sein wird.

Dennoch fühle ich mich erneut verpflichtet, in dieser Beziehung zwei Vorbehalte deutlich zu machen. Ich freue mich zu sehen, dass wir uns an die Regeln halten und die finanzielle Vorausschau anpassen. Wir mussten aber zu Fummelei greifen, um für die Haushaltspläne von 2010 und wahrscheinlich auch 2011 einen Aufruf zu machen. Natürlich ist es gut zu wissen, dass dies die Mitentscheidungsprogramme nicht beeinflussen wird. Aber was ist mit Landwirtschaft, die, wie wir wissen, noch immer nicht in den Bereich der Mitentscheidung fällt? Was passiert, wenn – wie bereits suggeriert wurde – eine weitere Tierkrankheit ausbricht oder wenn wir eine schwere Marktkrise erleben und diese Finanzhilfen noch immer für die Landwirtschaft benötigen? Kann die Kommission uns versichern, dass sie sich nicht vor diesen Verantwortungsbereichen drücken wird?

Mein zweiter Vorbehalt besteht darin, dass wir die Ausgaben, über die wir gemeinsam entscheiden, kontrollieren können müssen. Vor zwei Wochen hat meine Delegation die Entlastung für den Haushalt 2007 aufgrund von mit Aufsicht und finanzieller Verantwortung zusammenhängenden Problemen abgelehnt. Dieses Paket darf in keinem Fall zu einer Verschlechterung von Verantwortung und Aufsicht führen. Probieren geht über Studieren, und ich denke, dass dieser Plan nur dann ein Erfolg sein wird, wenn wir alle Bedingungen erfüllen.

Ich weiß, dass meine Redezeit vorbei ist, aber ich möchte weitere drei Sekunden in Anspruch nehmen, um dem Kommissar dafür zu danken, viele lange Abende hier mit uns bei der Diskussion der Dinge, nach Ende der Aussprache über Landwirtschaft, zu verbringen. Also danke, Herr Kommissar, für Ihre Verfügbarkeit und Kooperation.

Costas Botopoulos (PSE). - (EL) Frau Präsidentin, der Bericht und die Initiative im Allgemeinen, die wir heute diskutieren, sind notwendig, aber ich fürchte sie sind von zweifelhafter Effektivität. Es ist mehr ein Motivationsschub als eine Therapie. Europa musste etwas tun, weil dies eine schwere Krise ist, und es etwas tun musste, aber ich denke, dass dies den Anforderungen nicht gerecht wird. Erstens ist es für die Krise, die wir erleben, nicht viel Geld, und es gibt keine Garantie, dass das Geld jene erreichen wird, die es am meisten benötigen. Sowohl Energie als auch Breitband-Internet sind wichtige Sektoren, wir können aber nicht sicher sein, dass sie die vorrangigsten Sektoren sind und, was noch wichtiger ist, dass es die Sektoren sind, welche die benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze und Wachstum erzeugen werden.

Zweitens wissen wir – wie alle meine Kolleginnen und Kollegen gesagt haben – noch immer nicht, ob, wann und woher ein Großteil des Geldes, etwa 2,4 Milliarden EUR, kommen wird. Neulich haben wir im Haushaltsausschuss mit Kommissar Kallas gesprochen, der uns derzeit keine Antwort darauf geben kann, wo die Bewilligungen herkommen werden.

Drittens – und das ist vielleicht am wichtigsten – bieten wir Lösungen an, die uns nicht helfen werden, die Probleme langfristig zu lösen. Es ist keine Lösung, weiterhin Geld zu nehmen, das bei der Agrarpolitik übrig bleibt; es ist keine Lösung, das darunter liegende Gleichgewicht zwischen Agrar- und Regionalpolitik sowie anderen Bedürfnissen der Union zu verschieben. Europa braucht in Anbetracht der Krise ein Gesamtprogramm,

das es derzeit nicht zu haben scheint. Ich fürchte, dass diese Gelegenheit für die Europäische Union verloren ist, und ich fürchte, dass sie hauptsächlich durch die Kommission selbst verloren wurde.

Salvador Garriga Polledo (PPE-DE). – (ES) Frau Präsidentin, Kommissare, amtierender Ratspräsident (wo immer er sein mag, da er nicht hier ist)! In diesem Parlament sind Worte wichtig: 5 Milliarden EUR ein „Europäisches Konjunkturprogramm“ zu nennen zeugt vom Humor der Europäischen Kommission, hat aber nichts mit der Realität zu tun; es ist einfach eine Haushaltsablenkung, die bescheiden, von begrenztem Umfang und begrenzter Wirkung ist.

Dennoch sollten wir es begrüßen, nicht so sehr aufgrund der Mittelzuweisung, sondern aufgrund der Bedeutung in politischer und haushaltsmäßiger Hinsicht: Es bedeutet zunächst eine Anerkennung der Tatsache, dass der aktuelle Finanzrahmen, den wir für den Zeitraum 2007-2013 verabschiedet haben, nicht über die angemessenen Instrumente verfügt, mit denen eine wirtschaftliche Krisenlage bewältigt werden kann. Um 5 Milliarden EUR zu finden war es – wie Reimer Böge sagte – notwendig, sich einen Weg durch die Haushaltsverfahren zu bahnen, die Interinstitutionelle Vereinbarung zu strapazieren, und die drei Institutionen mussten sechs Monate lang arbeiten; und all das, wie oft gesagt wurde, um die Hälfte der Mittel dem Risiko eines weiteren Schlichtungsverfahrens zu überlassen.

Es ist auch eine seltsame Art und Weise, die Landwirtschaft der Gemeinschaft zu schützen. Lassen Sie uns keinen Fehler machen: Es läuft darauf hinaus, dass Extragelder aus der gemeinsamen Agrarpolitik die unangemessenen Bewilligungen anderer Ausgabekategorien finanzieren. Dies ist eine direkte Folge der Fehler, die bei der Verhandlung des Finanzrahmens gemacht wurden. Wir werden sehen, was die Folgen sein werden, wenn wir das nächste Agrarabkommen 2013 aushandeln müssen.

Ich begrüße deswegen die Ziele des Paketes, hoffe aber, dass wir in Zukunft nicht gezwungen sein werden, die Mittel, die wir verwendet haben, zu bereuen.

Glenis Willmott (PSE). - Frau Präsidentin, unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, ihnen in diesen schwierigen Zeiten echte Hilfe zu bieten. Die uns vorliegenden europäischen Konjunkturmaßnahmen stellen ein wichtiges Paket dar, und ich spende der starken Betonung von grünen Arbeitsplätzen und Technologien Beifall, die helfen werden, unsere Kohlenstoffemissionen zu reduzieren und Energiesicherheit zu fördern.

Ich freue mich natürlich auch, dass mein eigenes Land bis zu 500 Millionen EUR Finanzhilfen zur Unterstützung von Projekten für Offshore-Windenergie sowie für Kohlenstoffbindung und -speicherung erhalten wird. Dennoch ist es klar, dass es dem vorgeschlagenen Gesamtpaket sowohl an Größe als auch an Ambition mangelt. Ich möchte einen größeren Schwerpunkt in Sachen Jugendarbeitslosigkeit sehen. Wir müssen der jüngeren Generation Hoffnung für die Zukunft geben. Trotzdem ist das, was uns hier heute vorliegt, zweifelsohne besser, als gar nichts zu tun. Labour-Abgeordnete unterstützen deshalb diese Maßnahmen, obwohl wir deutlich machen, dass ein neues Konjunkturprogramm nötig ist.

Ich hoffe, die anwesenden Konservativen in diesem Parlament werden auch trotz des passiven Ansatzes ihres isolationistischen Anführers, David Cameron, der konsequent Labour-Maßnahmen im Vereinigten Königreich abgelehnt hat, die den am schwersten Betroffenen echte Hilfe bieten, für eine Unterstützung dieser Maßnahmen stimmen.

Oldřich Vlasák (PPE-DE). – (CS) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Europäische Staaten verabschieden gerade Milliarden teure Notrettungspakete, um ihre Finanzinstitutionen und Industriesektoren zu retten. Auch die Europäische Union als Ganzes versucht, in die europäische Wirtschaft zu investieren. Der debattierte Vorschlag, die Konjunktur mit Gemeinschaftsfinanzhilfen für Projekte im Energiesektor zu unterstützen, ist Teil eines Europäischen Konjunkturprogramms, das die Vergabe einer Gesamtsumme von 30 Milliarden EUR ins Auge fasst. Dieses 5-Milliarden-Programm für öffentliche Investitionen richtet sich zunächst an Energieinfrastruktur, Hochgeschwindigkeits-Internetzugang und Umstrukturierung der Landwirtschaft. Es sollte verstanden werden, dass europäische Diplomaten mehrere Wochen damit verbracht haben, die spezifische Form des Paketes zu diskutieren. Der Ratsvorsitz hat, angeführt von der Tschechischen Republik und der Kommission, mit diesem Paket einen verantwortungsbewussten Versuch gemacht, unter anderem auf die Erdgaskrise zu reagieren und dabei einige sensible Fragen insbesondere in Zentral- und Osteuropa zu entschärfen. Tatsache ist, dass einige der Probleme ungelöst bleiben. Einige Mitgliedstaaten, die Mittel langsamer abrufen, bezahlen vielleicht den Preis, indem sie nicht in der Lage sein werden, alle ihre Projekte bis zum nächsten Jahr vorzubereiten. Zweifel bleiben auch an der Finanzierung des Paketes. Trotzdem rechtfertigen es diese Tatsachen meiner Meinung nach nicht, dass wir diesen mühsam errungenen Kompromiss ablehnen. Eine Ablehnung könnte schließlich nicht nur einen Mangel an Geld für energiesparende Projekte, sondern auch einen Fehlen von Mitteln zur Sicherung einer zuverlässigen Erdgasversorgung unserer

Wohnungen verursachen. Und die Wähler würden es uns sicherlich negativ anrechnen, wenn es zu einer erneuten Erdgaskrise kommt.

Margaritis Schinas (PPE-DE). - (EL) Frau Präsidentin, die heutige Aussprache wird von zwei wichtigen Parametern bestimmt. Erstens von unserem unwiderlegbaren Bedürfnis, in Europa mehr für Stromverbindung und Breitband-Internet zu tun. Zweitens wirft die heutige Aussprache indirekt die sehr wichtige Frage der Gegenwart und Zukunft von Agrarausgaben im Gemeinschaftshaushalt auf.

Die positive Nachricht besteht natürlich darin, dass Europa den Gemeinschaftshaushalt als ein Mittel gegen die Krise verwendet. Das ist positiv und wir müssen daran festhalten. Die fünf Milliarden sind nicht viel. Aber unsere systematische Methode, den Gemeinschaftshaushalt als Mittel im Kampf gegen neue Probleme zu verwenden, ist die richtige Methode und genau das ist der Grund, warum die Staats- und Regierungschefs sie bei dem kürzlichen Gipfel gebilligt haben, wo sie diese Herangehensweise hochgehalten haben. Dennoch müssen wir vorsichtig sein. Wenn uns diese systematische Methode zu der vereinfachenden, schlussfolgernden Annahme führt, dass Landwirtschaft immer ungenutzte Fördermittel haben wird, mit denen für neue Bedürfnisse bezahlt werden kann, und aus der wir im Vorfeld der wichtigen Debatten über die Zukunft der Landwirtschaft nach 2013 schließen, dass Landwirtschaft bereits mehr als nötig hat, wäre dies ein großer strategischer Fehler für Europa. In anderen Worten sollten wir nicht denken, dass wir an der Landwirtschaft sparen können, weil der Haushalt bewiesen hat, dass wir, bis 2013, immer Geld hatten, das wir für Galileo, Energie und Breitband-Internet nahmen.

Landwirtschaft braucht Mittel und wird auch nach 2013 immer noch Mittel benötigen. Gleichzeitig müssen wir etwas in der Europäischen Union klarstellen, das offensichtlich ist: Neue Prioritäten werden immer neue Mittel benötigen.

Lutz Goepel (PPE-DE). - Frau Präsidentin, lieber Graefe zu Baringdorf, der Fliegenschiss hat immerhin dazu geführt, dass in meinem kleinen Dorf mit 450 Einwohnern auf vollen Touren an der Behebung der Breitbandlücke gearbeitet wird. Und ich glaube, in spätestens 3 bis 4 Monaten werden wir das haben.

Frau Stavreva, recht schönen Dank. Das war ein guter Bericht.

Meine Damen und Herren! Fünfzehn Jahre konnte ich in diesem hohen Haus an der Entwicklung der Landwirtschaft mitarbeiten, möglicherweise sie mitgestalten, und das unabhängig von Betriebsgröße und Rechtsform. Nun ist es an der Zeit, etwas anderes zu tun. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, Beamten, beim Herrn Kommissar und ganz besonders bei Ihnen, Frau Fischer Boel!

Atanas Paparizov (PSE). - (BG) Ich möchte zu allererst dem Berichterstatter, Herrn Maldeikis, danken und die Bedeutung der mit Energiesicherheit verbundenen Projekte betonen. Sie werden durch die Diversifikation der Gasversorgungssysteme und tatsächlichen Lieferanten saubere Bedingungen für größere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten schaffen.

Ich möchte erwähnen, dass mein Land, das am härtesten von der Energiekrise zu Beginn des Jahres getroffen wurde, nach diesen Verhandlungen einige Mittel erhalten hat und Verbindungen mit den Systemen in Griechenland und der Türkei geschaffen wurden. Die für Nabucco und einen Gasvorrat vorgesehenen Mittel werden auch zur Sicherheit in Südosteuropa beitragen.

Ich denke, dass diese Maßnahmen von der Kommission und diese Vorschläge erst der Anfang der Entwicklung einer Energiesicherheitspolitik sind. Ich erwarte in nächster Zeit eine Strategie für die Verbesserung der Gasversorgungsrichtlinie sowie den Entwurf einer gemeinsamen Energiepolitik.

Margarita Starkevičiūtė (ALDE). - (LT) Ich möchte über die makroökonomischen Auswirkungen dieses Paketes sprechen. Wir sagen oft, dass wir die Bankenprobleme lösen und Banken mehr Liquidität, mehr Mittel geben müssen. Dieses Paket ist wichtig, weil es die Liquidität unseres Binnenmarktes stärkt. Während Kapital aufgrund der Krise in den Ländern im Umlauf ist – das ist ein natürlicher Vorgang in der Wirtschaftsentwicklung – haben Unternehmen in vielen Ländern den Betrieb aufgrund von Geldmangel eingestellt.

Solch ein Paket wird nicht als eine Art Subvention oder Hilfe benötigt. Es wird zur Unterstützung unseres geeinten europäischen Marktes, unserer Integration, benötigt, die wir viele Jahre lang aufgebaut haben.

Paul Rübig (PPE-DE). - Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich bedanken bei den Kommissaren Fischer Boel und Piebalgs. Ein gutes Zeichen: Landwirtschaft und Energie auf einer Bank mit gemeinsamer Kraft. Das gilt auch im Parlament für die Abgeordneten Schierhuber und

Karas, die sich für die Landwirtschaft sowie für kleine und mittlere Betriebe sozusagen auf die Schienen werfen. Das ist ein gutes Zeichen. Diese Debatte um die fünf Milliarden zeigt, dass wir die richtige Stoßrichtung haben und dass es uns vor allem darum geht, die Kaufkraft im ländlichen Raum zu stärken. Es ist gerade in einer Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise eine prioritäre Herausforderung, dass wir das Geld, das wir für Energie brauchen, nicht den russischen Oligarchen oder den Ölmagnaten senden, sondern dass wir das Geld in Europa halten und hier die ländlichen Räume dementsprechend stärken.

Ich möchte zu dieser Initiative gratulieren und freue mich ganz besonders, dass wir das heute noch beschließen können.

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Auch ich möchte unseren Berichterstattern gratulieren. Dieses Dokument ist wichtig, da die Zusammenschaltung der Energieinfrastruktur eine Priorität sein muss.

Dennoch denke ich, dass mehr in die Modernisierung der Infrastruktur für die Produktion und den Transport elektrischer Energie investiert werden muss. Wenn ich dies sage, denke ich an den Stromausfall vor einigen Jahren, der viele europäische Staaten betroffen hat. Ich denke jedoch, dass dem Nabucco-Projekt mehr Geld zugewiesen werden muss. Es ist trotzdem gut, dass die Bedeutung dieses Projektes erneut in diesem Dokument anerkannt wird.

Mit Blick auf die Energieeffizienz in Gebäuden finden wir im Vergleich zur Mitteilung der Kommission von Oktober, in der 5 Milliarden EUR für diesen Bereich vorgesehen wurden, in diesem Dokument nichts über die Mittel. Wir haben diese Bestimmung über intelligente Städte, aber die Mittel können nur genutzt werden, wenn nicht ausgegebene Mittel übrig sind. Ich denke, dass diese Situation inakzeptabel ist, weil Arbeitsplätze geschaffen werden müssen und dieser Sektor ein großes Potential hat.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich sehe breite Unterstützung für unseren Vorschlag, und ich denke es ist sehr wichtig, sich daran zu erinnern, wo wir uns zu Beginn dieses Parlamentes befanden.

Wir haben mehr oder weniger 27 nationale Energiepolitiken und 27 Märkte mit unterschiedlichen Liberalisierungsstadien. Kooperation unter Mitgliedstaaten in Energiefragen war ziemlich kompliziert. Wir haben für die sehr wichtigen gemeinsamen Werte gesorgt, nämlich das Maßnahmenpaket Energie und Klimawandel sowie die Stärkung der europäischen Dimension des europäischen Energiebinnenmarkts. Aber die Frage, wo das Geld herkommt, war stets da, und bis jetzt haben wir Energie nicht wirklich beträchtliche Summen gewidmet. Aufgrund der Finanzkrise stehen wir gerade Verzögerungen in vielen energie- und kapitalaufwändigen Projekten gegenüber. Zusätzlich hat uns die Gaskrise zu Anfang dieses Jahres erneut daran erinnert, wie empfindlich Europa hinsichtlich seiner Energieversorgung ist, und wie schlecht wir miteinander verbunden sind. Dies macht es uns schwer, den Rahmen der Europäischen Union zu nutzen. Der Löwenanteil dieses Paketes geht tatsächlich an diese dringend benötigte Zusammenschaltung.-

Herr Paparizov hat Bulgarien erwähnt. Wenn Bulgarien drei zusätzliche Zusammenschaltungen hätte, gäbe es in Bulgarien weniger Leid, und es kostet nicht viel Geld. Die Frage ist, warum sie nicht entwickelt wurde. Es gibt viele Faktoren. Zusammenschaltung wird nicht nur von einem Mitgliedstaat entwickelt: Man braucht dafür mindestens zwei. Man braucht auch Unternehmen, die sich damit befassen. Dieses Paket sorgt auch für politische Werte. Die Baltischen Staaten sprachen viel von Kooperation und Netzkupplung mit dem nordischen Markt, aber bis zur Formulierung dieses Paketes haben wir irgendwie aufgrund fehlender wirklicher Entwicklung im Bereich der baltischen Netzkupplung angehalten. Ein kürzliches Treffen baltischer Premierminister und die dort getroffenen Entscheidungen sind so entscheidend wichtig, dass die baltischen Staaten nicht länger eine Energieinsel sein werden.

Ich bin davon überzeugt, dass das Paket genau das bietet, wonach das Parlament sucht, um drei Ziele zu erreichen: Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und EU-Wettbewerbsfähigkeit. Also möchte ich die Abgeordneten dieses Parlaments bitten, diesen Vorschlag zu unterstützen, weil er wirklich eine bedeutende Veränderung in der europäischen Energiepolitik ist.

Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich habe aufmerksam den vielen positiven, konstruktiven Bemerkungen während der heutigen Aussprache hier zugehört.

Zuallererst müssen wir, wie einige von Ihnen gesagt haben, es sehr deutlich machen, dass wir keiner Situation gegenüber stehen werden, in der es im Agrarhaushalt keinen Spielraum gibt. Wir haben einen Überschuss, weil wir keine außergewöhnlichen Ausgaben hatten - wir hatten sehr niedrige Interventionskosten und sehr niedrige Kosten für Ausfuhrerstattungen - und deswegen können wir diese besondere Situation bewältigen.

Aber wir bringen uns nicht in eine Situation, in der wegen der von Herrn Mulder genannten Gründe kein Spielraum mehr im Haushalt ist. Ich kann hier heute garantieren, dass wir im Fall von Tierkrankheiten keine Situation erleben werden, in der kein Geld oder zu wenig Geld vorhanden sein wird, um diese Lage zu bewältigen.

Es ist auch wichtig, die Solidarität bei der Verteilung von Geldern zu betonen. Wenn Sie die ländliche Entwicklung betrachten, ist es offensichtlich, dass es entsprechend den im Haushalt für ländliche Entwicklung verfügbaren Geldern für verschiedene Mitgliedstaaten neu verteilt wurde, was die neuen Mitgliedstaaten de facto bevorteilt.

Es ist auch wichtig, diese Geldspritze als etwas Einmaliges zu betrachten. In ländlicher Entwicklung wird sie einfach die Lücke schließen, die wir 2009 haben, weil der Gesundheitscheck erst am 1. Januar 2010 in Kraft tritt und wir uns deswegen in einer Situation befanden, in der wir kein Geld mehr hatten, um den neuen Herausforderungen zu begegnen. Jene Herausforderungen sind mit den Ideen meines lieben Kollegen Herrn Piebalgs ziemlich in Einklang: über erneuerbare Energien im ländlichen Raum, die Verwendung neuer Technologien, die Nutzung von Abfall aus dem Agrarsektor als Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen, Klimawandel, Wasser, Biodiversität und die Herausforderungen, die wir nun im Milchsektor in Europa angehen.

Schließlich stimme ich dem vollkommen zu, dass Breitband von Vorteil ist - nicht nur für den Agrarsektor, sondern für jeden. Es ist jedoch sehr wichtig, dass wir eine Verbindung zum Breitbandnetzwerk in ländlichen Gebieten gewährleisten, um kleine und mittlere Unternehmen zu fördern und es Leuten leichter zu machen, hinauszuziehen und weiterhin ihre Computer zu verwenden - vielleicht einen oder zwei Tage pro Woche, um sich um einen Arbeitsplatz zu kümmern, der sich vielleicht in der Stadt befindet. Also ist Breitband eines der Themen für die Zukunft.

Im Allgemeinen und abschließend denke ich, dass es breite Unterstützung gab und ich hoffe, dass die Investition, die wir mit dieser Einmalzahlung machen, sich als gute Ausgabe erweisen wird.

Petya Stavreva, *Berichterstatterin*. – (BG) Ich möchte Ihnen für Ihre positive Einstellung sowie die zum Ausdruck gebrachten Empfehlungen und Meinungen danken. Ich möchte auch Kommissarin Boel für ihre positive Herangehensweise und die Unterstützung, die sie weiterhin Landwirten und Bewohnern des ländlichen Raums gibt, danken. Ich möchte Herrn Parish, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, sowie unserem Koordinatoren, Herrn Goepel, für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen besonderen Dank aussprechen.

Wenn wir heute die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und die Gelegenheit für angemessene Unterstützung diskutieren, ist es sehr wichtig zu sagen, dass hunderte Millionen europäische Bürger in ländlichen Gebieten leben, die einen großen Prozentsatz des Gemeinschaftsgebietes abdecken. Sie benötigen Unterstützung durch unsere Solidarität.

Ich freue mich sehr, dass all diese Berichte, die wir in den vergangenen Monaten hier im Europäischen Parlament in Straßburg mit der gemeinsamen Agrarpolitik als ihr Hauptthema diskutiert haben, in demselben Sinn entworfen wurden und dieselbe Hauptaussage haben: dass wir die Bedürfnisse und Chancen von Landwirten und Bewohnern ländlicher Gebiete aller Mitgliedstaaten berücksichtigen und anerkennen.

Als Vertreter von Bulgarien, einem der jüngsten Mitgliedstaaten, meine ich, dass es für die europäischen Institutionen und insbesondere das Europäische Parlament vorrangig ist, den Einwohnern der Gemeinschaft heute eine deutliche Nachricht der Unterstützung zu übermitteln, um zu zeigen, dass wir da sind, um in den schwierigen Zeiten einer Wirtschaftskrise zu helfen. Es ist am Vorabend der Europawahlen für europäische Institutionen wichtig zu zeigen, dass sie nah bei den Menschen sind, und dass sie ihnen in den schwierigen Zeiten, die wir gerade erleben, helfen wollen.

Eugenijus Maldeikis, *Berichterstatter*. – (LT) Ich möchte all meinen Kolleginnen und Kollegen für ihre Unterstützung danken. Diese Debatte hat gezeigt, dass das Paket von enormer Bedeutung ist und wir einfach nicht vergessen können, wie kompliziert es für die Kommission war, es vorzubereiten und zu gewährleisten, dass das Abkommen verabschiedet wird. Ich denke, wir müssen die Tatsache schätzen, dass die Mitgliedstaaten in sehr kurzer Zeit eine Einigung erreichen konnten, dieses Dokument dem Parlament vorliegt und morgen darüber abgestimmt wird.

Ich denke, es war sehr schwer, ein geographisches Gleichgewicht für die Förderung dieser Projekte zu finden, Konjunkturmaßnahmen zu bewerten (womit ich meine, wie sehr sie makroökonomische Vorgänge und

einzelne Sektoren beeinflussen werden) und verschiedene Projekte der Energieteilsektoren zur Finanzierung zu verwenden. So bin ich davon überzeugt, dass die Zusammensetzung, die wir nun haben, ein Ergebnis erzielen muss und war heute sehr froh, Kommissar Piebalgs Bemerkung zu hören, dass Ausschreibungen vor Ende Mai gemacht werden sollten. Dies zeigt, dass wir wissentlich der Sensibilität dieser ganzen Frage auf ausreichend strategische Art und Weise reagieren.

Ich denke, dieses Paket ist auch in der Hinsicht sehr wichtig, dass Investitionsvorgänge in der Europäischen Union in Anbetracht der Wirtschaftskrise deutlich nachlassen. Dieses Paket wird ein sehr guter Anstoß und ein Zeichen sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für Energiegesellschaften sein, ihre Investitionstätigkeiten fortzusetzen, damit unsere strategischen Energieziele in der Europäischen Union erreicht werden können.

Erneut danke ich allen für ihre Unterstützung und bitte Sie dringend, abzustimmen und dieses Paket zu unterstützen.

Präsidentin. – Die gemeinsame Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet heute statt.

*
* *

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Sie hatten mich beim *Catch the eye* übersehen. Das ist sicherlich auch Ihr Recht, aber dann will ich jetzt nach der Geschäftsordnung eine persönliche Erklärung abgeben.

Präsidentin. – Es ist nicht möglich, Herr Graefe zu Baringdorf. Die Aussprache ist beendet. Sie wissen sehr gut, dass im System des Augenkontakts fünf Minuten zur Verfügung stehen und dass Abgeordnete, die in der Aussprache nicht gesprochen haben, vorrangig sind. Ich kann Ihnen deswegen nicht erlauben, jetzt zu sprechen. Die Aussprache ist beendet. Es tut mir leid.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Adam Gierek (PSE), schriftlich. – (PL) Die Verordnung schafft ein Hilfsprogramm für die EU-Wirtschaft während dieser Krise. Diese Hilfe Energieprojekten zuzuweisen wird zu Wirtschaftsaufschwung, größerer Sicherheit in der Energieversorgung und zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen führen. Zumindest wird vermutet, dass dies geschehen wird.

Eine Summe von 3,5 Milliarden EUR wurde dafür bereitgestellt.

Wird das Programm dazu beitragen, die Krise zu überwinden? Ich zweifle daran. Nicht viele Arbeitsplätze werden mit dem Geld sofort geschaffen. Zeit ist nötig, um jedes der Projekte vorzubereiten, so dass sie die Wirtschaftslage erst nach einer Verzögerung verbessern. Die Projekte unterscheiden sich in ihrer Bedeutung. Am wichtigsten sind jene, welche die Verbindung von Energienetzwerken betreffen. Dies wird die Kohäsion in der EU stärken.

Dennoch sollten die Projekte meiner Meinung nach Energiezusammenschaltungen zwischen Polen und Deutschland einschließen.

Im Bereich der Technologie von Kohlenstoffbindung und -speicherung sind die Auswahlkriterien zu hoch, und es wird davon ausgegangen, dass diese Technologie bereits so umfassend entwickelt wurde, obwohl dies tatsächlich nicht der Fall ist.

Die lässige Art und Weise, mit der die Kommission Gemeinschaftsgelder verschwendet, ist verblüffend, und ich denke, sie ist das Ergebnis sowohl geringen Urteilsvermögens als auch der hinter dem Ansatz stehenden Lehre. Sicherlich wird Geld den Abfluss hinuntergespült. Ich meine, in CCS-Installationen gestecktes Geld hätte mehr zur Bewältigung der Krise beigetragen, wenn es für eine groß angelegte Renovierung und Isolierung von Gebäuden oder für den Bau von hunderten Biogastankstellen verwendet worden wäre. Die Umwelt hätte ebenfalls davon profitiert.

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN), schriftlich. – (PL) In der Debatte zum Bericht über die Haushaltsdisziplin und eine wirtschaftliche Haushaltsführung was den mehrjährigen Finanzrahmen (2007-2013) betrifft, möchte ich auf drei Themen aufmerksam machen.

1. Wir sollten die Vergabe von 5 Milliarden EUR zur Finanzierung von Energieprojekten 2009 und 2010 sowie zur Finanzierung der Entwicklung von Internetinfrastruktur im ländlichen Raum unterstützen. Wir sollten 3,5 Milliarden EUR an das Energienetzwerk und 1,5 Milliarden EUR an die Internetinfrastruktur im ländlichen Raum vergeben.

2. Nachdem ich meine Unterstützung deutlich gemacht habe, möchte ich meine Besorgnis ausdrücken, dass sich die Quelle dieses zusätzlichen Geldes in Rubrik 2 befindet, das heißt in der gemeinsamen Agrarpolitik, wo die jährlich für die finanzielle Vorausschau für 2007 bis 2013 vorgesehene Obergrenze 2009 um 3,5 Milliarden EUR und 2010 um 2,5 Milliarden EUR reduziert wird. Das ist besonders verstörend, wenn die Ernährungssicherheit der Europäischen Union bedroht ist.

3. Ich muss auch meine Besorgnis über die Tatsache ausdrücken, dass diese Art der grundlegenden Änderung in der finanziellen Vorausplanung für 2007 bis 2013 zwei Monate vor Ende der aktuellen Legislaturperiode in großer Hast und ohne die Möglichkeit einer objektiven Debatte über das Thema durchgeführt wird.

James Nicholson (PPE-DE), schriftlich. – Als Teil des europäischen Konjunkturprogramms wurde über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zusätzlich 1 Milliarde EUR für die Entwicklung der Breitband-Internetinfrastruktur im ländlichen Raum vorgesehen.

Als jemand, der sich auf Agrarthemen und Fragen zum ländlichen Raum konzentriert, begrüße ich diese Initiative herzlich. In vielen Mitgliedstaaten, einschließlich meines eigenen, genießen Landwirte und Bewohner des ländlichen Raums nicht dasselbe Niveau von Breitbandzugang. Damit erleiden sie eine Benachteiligung im Vergleich zu Menschen, die in Städten und Großstädten leben.

Wir sollten uns daran erinnern, dass diese Initiative Teil eines Pakets ist, das nachlassende europäische Wirtschaftssysteme stimulieren soll. In diesem Zusammenhang hoffe ich, dass verbesserter Breitbandzugang helfen wird, kleine und mittlere Unternehmen in ländlichen Gebieten zu fördern.

Sirpa Pietikäinen (PPE-DE), schriftlich. – (FI) Es ist hervorragend, dass das von der Kommission ganz zu Beginn der Wirtschaftskrise versprochene Fünf-Milliarden-Paket endlich verabschiedet worden ist. Das Geld wurde dringend benötigt, und ich denke, dass sich die von der Kommission ausgewählten Prioritäten, Energie und den ländlichen Raum zu unterstützen, was insbesondere die Entwicklung von Breitbandnetzwerken bedeutet, lohnen. Die für das Estlink 2 Unterwasserkabelprojekt bewilligten 100 Millionen werden besondere Auswirkungen auf Finnland haben. Es ist hervorragend, dass das Estlink-Projekt auf der Liste und die Summe seit der ersten Vorstellung des Vorschlags durch die Kommission unverändert geblieben ist.

Die Prioritäten für das Energierückgewinnungspaket sind jedoch wirklich sehr irritierend - die Tatsache, dass die ursprüngliche Idee der Kommission ganz einfach Stromleitungen, Kohlenstoffbindung und -speicherung (CSS) sowie Offshore-Windprojekte zu fördern, sich unterwegs nicht änderte. Stromleitungen und küstennaher Wind haben natürlich zusätzliche Gelder verdient. Die unvernünftige Betonung von Kohlenstoffbindung und -speicherung ist jedoch unverständlich, insbesondere zumal dies wahrscheinlich mit Einnahmen aus dem Emissionshandel erheblich gefördert wird.

Andere Projekte für erneuerbare Energie hätten sicherlich auch eine gleiche Chance haben sollen, um sich neben jenen für Windkraft um zusätzliche Wiederaufbaufonds zu bewerben. Anstatt in CSS-Technologie zu investieren, was ein unsicheres Wagnis ist, hätte die Betonung auf erneuerbaren Energiequellen liegen sollen. Insbesondere die verschiedenen Sonnenenergieprojekte hätten es verdient, Finanzierungshilfen zu erhalten.

Es gab eine Äußerung, die mit dem Paket einherging, der zufolge ungenutzte Mittel an Projekte zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen geleitet werden könnten. In den ursprünglichen Plänen der Kommission wären die Mittel für Energieeffizienz vorgesehen worden, anstatt irgendwelche Krümel zu verwenden, die dafür übrig bleiben könnten. Es ist auch sehr unglücklich, dass die ursprünglich für „intelligente Städte“ geplante Komponente schließlich aus dem Wiederaufbaupaket entfernt wurde.

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Frau Präsidentin! Das Europäische Konjunkturprogramm, das auch als 5-Milliarden-Paket bekannt ist, hängt mit der Entwicklung ländlicher Gebiete in der EU zusammen. Wir werden eine zusätzliche Summe von über 1 Milliarde EUR der Verbesserung des Internetzugangs in ländlichen Gebieten und den neuen, bei der Überarbeitung der gemeinsamen Agrarpolitik genannten Herausforderungen zuweisen. Es ist schade, dass das verfügbare Geld etwas reduziert wurde, aber nun ist es am wichtigsten, das ganze Rechtssetzungsverfahren so schnell wie möglich abzuschließen. Dieses Handeln wird es uns erlauben, das Missverhältnis zwischen ländlichen und städtischen

Gebieten in der Entwicklung von Breitband-Internetinfrastruktur sowie in mit neuen Technologien zusammenhängenden Dienstleistungen zu reduzieren. Das Internet ist nicht nur eine Art Fenster zur Welt und ein Werkzeug für den Austausch von Meinungen sowie zur Wissensbildung, sondern es ist auch ein Mittel, viele Verwaltungsangelegenheiten zu erleichtern.

Mit der Annahme dieses Pakets wird die EU ein positives Zeichen an unsere ländliche Gesellschaft senden. Landwirtschaft spielt in ländlichen Gebieten eine wichtige Rolle, aber es gibt im ländlichen Raum auch viele Arten von Kleinbetrieben, wie Geschäfte, Werkstätten und Lager. Ich bin davon überzeugt, dass die Entwicklung des Internets in diesen Gebieten zur Entwicklung von Bildung und von Kleinbetrieben, auch von Tourismusdienstleistungen, beitragen wird. Insbesondere in kleinen Familienbetrieben kann es auch für zusätzliches Einkommen sorgen.

Vladimir Urutchev (PPE-DE), schriftlich. – (BG) Meine Damen und Herren! Die Wahl des Zeitpunkts für das Europäische Programm zur Förderung des Wirtschaftsaufschwungs mit einer Investition von fast 4 Milliarden EUR in Energieprojekte ist ideal, und es wird zumindest eine doppelte positive Wirkung haben: die Erholung von wichtigen Sektoren der Wirtschaft und die Lösung von erheblichen Energieproblemen.

Die kürzliche Gaskrise zeigte ganz deutlich, dass die Sicherheit der Energieversorgung direkt von der Zusammenschaltung von Energieinfrastrukturen zwischen Mitgliedstaaten abhängt, ohne die den betroffenen Ländern nicht geholfen werden kann. Ohne die Einrichtung guter Verbindungen zwischen den Systemen in wichtigen Staaten ist es weder möglich, einen geeinten Energiemarkt zu schaffen, noch das Solidaritätsprinzip in der EU anzuwenden.

Die Wirtschaftskrise verlangt schnelle Lösungen. Deswegen unterstütze ich das vorgeschlagene Programm, während ich mir klar darüber bin, dass die Art und Weise, wie Projekte ausgewählt und Mittel verteilt werden, nicht besonders fair ist.

Ich möchte die Unterstützung für die Nabucco-Gasleitung einzeln betonen, weil es für die EU höchste Zeit ist, mehr Bemühungen in dieses Projekt zu investieren, wenn wir nicht die Gelegenheiten verpassen wollen, Gas aus dem Kaspischen Meer zur Diversifizierung unserer Quellen zu nutzen. Ich halte die Kommission an, viel aktiver einzugreifen, um so schnell wie möglich echte Ergebnisse und Fortschritte in Sachen Nabucco zu erreichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

3. Banken: Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement - Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung

Präsidentin. – Der nächste Punkt ist die gemeinsame Aussprache über:

- den Bericht (A6-0139/2009) von Herrn Karas im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneten Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement (KOM(2008)0602 – C6-0339/2008 – 2008/0191(COD)), und

- den Bericht (A6-0246/2009) von Karsten Friedrich Hoppenstedt im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Auflegung eines Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung (KOM(2009)0014 – C6-0031/2009 – 2009/0001(COD)).

Othmar Karas, Berichterstatter. – Herr Kommissar, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe heute die Möglichkeit, Ihnen nicht nur das Ergebnis des Ausschusses für Wirtschaft und Währung vorzustellen, sondern das Ergebnis langwieriger Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission, wo wir uns letzte Woche in einem Trilog auf eine gemeinsame Vorgangsweise zur Neugestaltung des Finanzmarktrahmens geeinigt haben.

Ich sage Ihnen, ich ersuche Sie, diese Vorschläge, die wir heute debattieren als Gesamtpaket zu betrachten, denn manche von uns wollten mehr, manche von uns wollten weniger, in diesem Haus, im Rat und in der Kommission. Ich kann Ihnen sagen, wir haben uns nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt, sondern den Versuch unternommen, uns auf mehr als den größten gemeinsamen Nenner zu einigen.

Und wir haben die Linie für die nächsten Schritte vorgegeben, weil es ja nur ein erster Schritt sein kann. Wir sind mit der Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht fertig! Aber wir einen neuen Schritt, einen Durchbruch in Richtung Neugestaltung des Finanzmarktrahmens, der zu einer Vereinfachung der Finanzmarktregulierung und zu einer Europäisierung führt, der Sicherheit am Finanzmarkt schafft, Stabilität für alle Marktteilnehmer, der eine Weiterentwicklung des Finanzmarktes darstellt und eine Reaktion auf die Finanzkrise ist und den dezentralen Sektor sichert.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei Madame Berès und Madame Bowles und den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Fraktionen für die Unterstützung recht herzlich bedanken und vor allem beim Sekretariat und allen Mitarbeitern.

Dieser Vorschlag führt zu mehr Transparenz, mehr Rechtssicherheit und zu mehr Stabilität und schafft daher mehr Vertrauen in Zeiten des Vertrauensverlustes. Es ist nicht das einzige Gesetzeswerk, das wir vorschlagen! Wir haben ja bei der letzten Plenarsitzung die Regelung der Ratingagenturen beschlossen, wir haben die neuen Aufsichtsstrukturen des Versicherungssektors beschlossen, die Kommission hat einen neuen Vorschlag für die Hedgefonds vorgelegt. Es ist ein weiteres Paket, mit dem wir die Vorreiterrolle wahrnehmen.

Es geht um fünf Punkte: erstens um die Finanzmarktaufsicht. Hier haben wir die Rolle von CEPS gestärkt und jene der europäischen Zentralbank, die Balance zwischen HOME- und HOST-Aufsehern gestärkt, als einen ersten Schritt. Der zweite Schritt ist, dass wir jetzt zu einer stärkeren europäischen Integration der Finanzmarktaufsicht kommen müssen. Hier sind alle Vorgaben in diesem Bericht enthalten, weil wir eine integrierte europäische Aufsichtsstruktur benötigen, um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können.

Der zweite Bereich sind die Verbriefungen, die Weitergabe von Krediten. Hier führen wir zum ersten Mal ein, dass ein Kredit nur dann weitergegeben werden kann, wenn der Kreditgeber einen Selbstbehalt in den eigenen Büchern behält. Hier haben wir einmal mindestens 5 Prozent vorgesehen, aber den Auftrag an CEPS gegeben, dass man überprüft, ob eine Erhöhung sinnvoll ist und in einem Review der Kommission bis Ende des Jahres das Ergebnis unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen veröffentlicht. Das ist ein wichtiges Signal an den Markt: ohne Selbstbehalt geht nichts! Der Selbstbehalt führt zu Transparenz, der Selbstbehalt führt auch zur besseren Kontrolle!

Wir haben drittens die Vergabe von Großkrediten geregelt im Verhältnis Eigenmittel zu Risiko. Kein Großkredit darf mehr als 25 Prozent der Eigenmittel einer Bank ausmachen. Und wenn es zur Vergabe von Krediten zwischen den Banken kommt, dann darf die Summe von 150 Millionen EUR nicht überstiegen werden.

Der vierte Punkt ist: Wir beschäftigen uns mit einer stärkeren Qualität von Eigenkapital und Hybridkapital. Hier nehmen wir aber auf die bestehenden gesetzlichen Regelungen in den Mitgliedstaaten Rücksicht, weil wir keine prozyklischen Effekte während der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wollen. Das ist vor allem für die Genossenschaften, für die Sparkassen, für die stillen Einlagen in Deutschland ein wichtiger Punkt, dass wir hier eine korrekte und professionelle Übergangsregelung geschaffen haben. Es ist trotzdem viel zu tun.

Einen möchte ich als fünften Punkt herausgreifen: die Prozyklizität.

Es steht in diesem Bericht, dass die Kommission sehr rasch die prozyklischen Effekte der bestehenden Richtlinien klar beim Namen nennen muss und wir schauen müssen, wie es bis Herbst zu der notwendigen Änderung kommen.

Ich ersuche Sie diesen Bericht, den Vorschlag der Einigung mit dem Trilog anzunehmen, damit wir die Vorreiterrolle bei der Neuordnung des Finanzmarktes als Europäische Union, als Europäisches Parlament aufrecht erhalten können und dass wir alle Vorgaben an die künftige Entwicklung in die Tat umsetzen, damit wir die Tür für einen verbesserten, stabileren, vertrauensvolleren europäischen Finanzmarkt aufschlagen können und eine starke Rolle bei den nächsten Gesprächen bei G20 weiter einnehmen können. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung!

VORSITZ: HERR MAURO*Vizepräsident*

Karsten Friedrich Hoppenstedt, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Fehlen einer einheitlich agierenden europäischen Finanzaufsicht und das Versagen des Systems auf internationaler sowie auf europäischer Ebene sind ein Teil der Gründe der nun herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir müssen daher im System der Aufsichten dafür sorgen, dass die Informationen in koordinierter Weise zusammengeführt werden und ein Austausch der einzelnen Organisationen stattfindet, um von vornherein eine weitere Krise zu verhindern.

Da muss die gute Aufsicht in einigen Mitgliedstaaten für alle 27 Mitgliedstaaten entsprechend optimiert werden, um einen guten Informationstransfer leisten zu können. Um dies zu gewährleisten, werden vor allem Finanzmittel benötigt. Wir müssen die Krise jetzt lösen und jetzt die Mittel bereitstellen. Genau dies vollzieht sich in dem Dossier Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung.

Ich begrüße es, dass die Kommission den Forderungen des Europäischen Parlaments nachgekommen ist und vorschlägt, die Gemeinschaft im Finanzdienstleistungssektor und in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie die Tätigkeiten bestimmter europäischer und internationaler Einrichtungen finanziell zu unterstützen, um die Wirksamkeit der Gemeinschaftspolitiken auf diesem Gebiet zu gewährleisten. Hiermit soll ein neues Gemeinschaftsprogramm aufgelegt werden, das direkte Beiträge zur Finanzierung dieser einzelnen Einrichtungen aus dem Gemeinschaftshaushalt ermöglicht.

Eine solche Kofinanzierung der Ausschüsse, der Aufsichtsbehörde, kann in großem Maße dazu beitragen, dass sie ihre Aufgaben unabhängig und effizient wahrnehmen. Es muss sichergestellt werden, dass genügend Geld und Flexibilität in diesem Programm enthalten ist, um dem Bedarf insbesondere der Level-3-Ausschüsse – sie sind zum Teil genannt worden: CESR, CEIOPS und CEBS – zu decken. Der Kommissionsvorschlag lag 40 % unter dem, was die Level-3-Ausschüsse für die nächsten vier Jahre als notwendig erachtet haben. Im Rat gab es nur wenig Appetit auf eine substantielle Budgeterhöhung, obwohl immer klar und deutlich eine starke Verbesserung der Finanzmarktaufsicht gefordert wurde.

Am Ende der Verhandlungen sind wir jedoch bei knapp 40 Millionen EUR über die vier Jahre gelandet: 500 000 EUR für die Level-3-Ausschüsse bereits für das Jahr 2009, und von 2010 bis 2013 weitere 38,7 Millionen, wovon 13,5 Millionen für diese Ausschüsse vorgesehen sind. Was die Gremien im Bereich der Rechnungslegung und Abschlussprüfung betrifft, war der ursprüngliche Kommissionsvorschlag zu weich in der Forderung zur Reform dieser Organisation. Das heißt also, wir haben als Parlament hier Verbesserungen vornehmen können, und nach den Trilog-Verhandlungen sind wir zu einem akzeptablen Ergebnis gekommen, was die einzelnen Größenordnungen der Finanzierung und die Finanzierungszeiträume anbelangt. Aufgrund der neuesten Ergebnisse der de Larosière-Gruppe und des Berichtes bestanden auch gute Gründe dafür, dass die Kommission spätestens am 1. Juli 2010 im Europäischen Parlament und im Rat einen Bericht und die notwendigen Gesetzesvorschläge zur weiteren Reform der Regulierung und der Aufsicht der europäischen Finanzmärkte vorzulegen hat, um dieses Programm den gegebenen Änderungen anzupassen.

Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise erscheint es unumgänglich, dass dem Ausbau der aufsichtsrechtlichen Konvergenz und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung und Abschlussprüfung höchste Priorität eingeräumt wird.

Ich habe bereits vor 14 Tagen im Plenum zu Solvency II gesagt, dass es wichtig ist, dass Europa Signale setzt, die in der Welt auch wahrgenommen werden. Ich glaube, dass wir in diesen Wochen Signale gesetzt haben – auch mit dem Bericht von Herrn Karas zu den Rating-Agenturen –, dass wir von unseren Partnern, die weltweit agieren, ernst genommen werden können, und dass wir nicht wie in den letzten Jahrzehnten nur Beifahrer sind. Dieses Signal ist gut.

Ich darf mich bedanken bei meinen Schattenberichterstattern, Frau Bowles und Frau Berès. Da das mein letzter Redebeitrag ist in diesem Parlament, darf ich mich auch ganz herzlich bedanken bei der Kommission, bei allen Kolleginnen und Kollegen sowie beim Rat für die gute Zusammenarbeit. Diese gute Zusammenarbeit darf ich mit einem erfreulichen Ergebnis verdeutlichen. Die tschechische Ratspräsidentschaft hat vor 30 Minuten beschlossen, dass sie unser in den Trilog-Verhandlungen ausgehandeltes Ergebnis akzeptiert. Wir haben hier eine Vorlage, der wir heute zustimmen können, und ich bin sicher, dass die großen Fraktionen in diesem Parlament auch diesen Vorschlägen zustimmen werden.

Herzlichen Dank noch einmal für die gute Zusammenarbeit!

Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, zwei Wochen nach unserer letzten Aussprache über Maßnahmen gegen die Finanzkrise begrüße ich diese Gelegenheit, mit Ihnen weitere Maßnahmen zu diskutieren, die gemeinsam getroffen wurden, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Heute freue ich mich besonders, die Aussicht auf eine Einigung über zwei Schlüsselmaßnahmen nach erster Lesung zu begrüßen: das Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung von bestimmten Aktivitäten im Bereich der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung sowie die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD). Sie würden beide einen wichtigen Beitrag leisten - nicht nur zu Bemühungen um den Wirtschaftsaufschwung, sondern in entscheidender Weise zur langfristigen Wirksamkeit der Finanzaufsicht und zur Stärke des EU-Finanzsektors.

Zunächst möchte ich die Änderungsanträge des Parlaments zum Vorschlag eines Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung bestimmter Aktivitäten im Bereich der Aufsicht, Rechnungslegung und Abschlussprüfung begrüßen. Die Finanzkrise hat die Notwendigkeit deutlich gemacht, EU-Aufsichtsregelungen weiter zu stärken. Sie hat uns auch an die Bedeutung von Transparenz und Unabhängigkeit der im Bereich von Standards für Rechnungslegung und Abschlussprüfung aktiven Institutionen erinnert.

Die Kommission ist der Ansicht, dass eine wesentliche Handlung zum Erreichen jener Ziele in der Verstärkung der Rolle von auf diesem Gebiet entscheidenden Institutionen besteht, jedoch auf europäischer und internationaler Ebene. Deswegen hat die Kommission vorgeschlagen, ihnen finanzielle Unterstützung zu geben.

Wir sind davon überzeugt, dass Einigkeit darüber besteht, dass all diese Institutionen stabile, diversifizierte und angemessene Finanzierung benötigen. Wenn das Programm verabschiedet ist, wird es ihnen ermöglichen, ihre Aufgabe unabhängiger und effizienter zu erfüllen. Für die drei Aufsichtsausschüsse wird das Programm ein erster Schritt zur Stärkung ihres Potentials in Übereinstimmung mit den Empfehlungen aus dem de Larosière-Bericht sein.

Es würde ihnen die Gelegenheit bieten, Projekte zu entwickeln, welche die Aufsichtskonvergenz in Europa sowie die Zusammenarbeit von nationalen Aufsichtsbehörden verbessern. Insbesondere wird der Austausch von Informationen durch die Schaffung neuer Informationstechnologiewerkzeuge leichter werden. Gemeinsame Aus- und Weiterbildung von nationalen Aufsichtsbeamten wird die Schaffung einer gemeinsamen Aufsichtskultur ermöglichen.

Das Programm wird auch die Grundlage für weitere Schritte der Aufsichtsreform vorbereiten, mit welcher sich die Kommission in den kommenden Wochen befassen wird. Wir müssen auch für hohe Qualität bei Regeln für Rechnungslegung und Abschlussprüfung sorgen, die auf internationaler Ebene harmonisiert sind. Wir müssen sichergehen, dass es gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Nutzer gibt, und diese Regeln werden durch Entwickler von Normen geschaffen.-

Dies ist gerade in der aktuellen Wirtschaftslage eine wichtige Bedingung für die Schaffung von für Unternehmen günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Indem wir es vermeiden, dass sich die IASC-Stiftung, die Europäische Beratergruppe für Rechnungslegung und die internationale Aufsichtsbehörde für freiwillige Finanzierung auf nicht diversifizierte potentielle Interessenten verlassen, können wir die Qualität und die Glaubwürdigkeit des Normbestimmungsprozesses verbessern.

Indem wir die Europäische Beratergruppe für Rechnungslegung stärken, werden wir der Europäischen Union stärkere Beratung bieten, wenn internationale Rechnungslegungsnormen vom International Accounting Standards Board (IASB) entwickelt werden. Indem wir der Internationalen Öffentlichen Aufsichtsbehörde helfen, ihre Aufsichtsmöglichkeiten zu verbessern, versuchen wir sicherzustellen, dass die internationalen Standards für Abschlussprüfung den Qualitätsanforderungen der EU entsprechen werden, wenn wir sie anwenden.

Die vorgeschlagenen Änderungen passen den Kommissionsvorschlag an die Art und Weise an, wie die Gelder unter den Begünstigten aufgeteilt werden sollten. Wir sind damit nicht völlig zufrieden. Insbesondere hätten wir es vorgezogen, dass keine Beträge aus der Europäischen Beratergruppe für Rechnungslegung (EFRAG) an aufsichtsbehördliche Ausschüsse der EU verteilt werden.

Die EFRAG ist eine europäische Behörde. Sie ist ein wesentliches Element des Einflusses der EU auf die Schaffung von Standards durch die IASC-Stiftung. Die Verteilung der Beträge über die EFRAG an europäische Behörden setzt nicht das richtige Zeichen. Jedoch erkennen wir die Tatsache an, dass nur ein sehr begrenzter Betrag von der EFRAG an die aufsichtsbehördlichen Ausschüsse der EU vergeben wird.-

Wir sind auch davon überzeugt, dass wir noch die meisten unserer Ziele aus dem Programm erreichen können, und aus diesen Gründen können wir die Änderungen unterstützen. Wie Herr Hoppenstedt gesagt hat, freue ich mich, diese Gelegenheit zu ergreifen, um anzukündigen, dass der Ausschuss der Ständigen Vertreter die vorgeschlagenen Änderungen heute morgen angenommen hat. Dies bedeutet, dass sowohl Rat als auch Kommission den Parlamentsvorschlag nun unterstützen können.

Bezüglich der Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie freue ich mich, die allgemeine Unterstützung der Kommission für die Änderungen des Parlamentes auszudrücken. Allgemeine Unterstützung, aber nicht volle Unterstützung, da die Kommission noch immer einige Bedenken bezüglich der Verbriefung hegt.

Der von der Kommission im letzten Oktober angenommene Vorschlag ist das Ergebnis umfassender Konsultation. Dieses Verfahren hat vor der Finanzkrise begonnen. In vielerlei Hinsicht hat sich die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie als eine schnelle und stabile erste Reaktion auf die Krise herausgestellt.

Das Europäische Parlament hat verdientvoll mit einem Sinn für Dringlichkeit reagiert, damit dieser Vorschlag bei erster Lesung verabschiedet wird. Im Ergebnis haben wir nun knappere Prinzipien für das Liquiditätsrisikomanagement, strengere Regeln für die Risikoverteilung, eine gestärkte Aufsicht, eine bessere Kapitalgrundlage und sind uns unserer tragenden Rolle bewusst. Gleichzeitig gibt es gebotene Sorgfaltspflichten für Verbriefungen. Das ist auf alle Fälle ein bedeutender Fortschritt.

Bezüglich der nun bekannten fünf Prozent Verbriefungsrückhalt freue ich mich zu sehen, dass das Parlament der Forderung der Industrie widerstanden hat, das abzuschaffen, was sie erst letztes Jahr als völligen Unsinn bezeichnet haben. Ich möchte sagen, dass sich die Rückhaltregel als etwas abgezeichnet hat, das kein Unsinn, sondern vollkommen vernünftig ist. Sie wird nun von den G20 als Schlüsselmaßnahme zur Stärkung des Finanzsystems anerkannt. In Zukunft wird die Kommission zweifelsohne alle weiteren Bemühungen, den Text sogar noch hieb- und stichfester zu machen, unterstützen.

Die Kommission war an der Spitze der globalen Initiativen zur Bewältigung der Krise. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht wird nachziehen. Ich begrüße deswegen die Klausel sehr, aus der sich eine vom Europäischen Parlament angeregte Überprüfung bis Ende 2009 ergibt. Der Ausschuss wird die Notwendigkeit gesteigerten Rückhaltungsbedarfs erwägen und dabei internationale Entwicklungen berücksichtigen.

Ich freue mich auch zu sehen, dass das Parlament den Forderungen aus der Industrie nach weniger strengen Regeln für Interbankrisiken widerstanden hat. Erinnern wir uns nur daran, dass Banken nicht risikofrei sind. Das ist eine entscheidende Lehre der Finanzkrise. Angemessene Diversifizierung und Sicherheit sind für die Gewährleistung finanzieller Stabilität entscheidend.

Bezüglich der Eigenmittel verstehe ich die Zurückhaltung einiger Abgeordneter, dass das Parlament die Rückstufung gewisser nationaler Instrumente erwägen könnte, welche die Auswahlkriterien für Core Tier 1 nicht erfüllen. Lassen Sie mich präziser werden. Ich verstehe die Zurückhaltung, aber nur aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage. Viel Aufschwung ist auf dem Weg. Die Kommission engagiert sich sehr für die weitere Verbesserung der Qualität von Eigenmitteln, wie sie auf dem G20-Gipfel vereinbart wurde.

Was die Verbriefung betrifft, erwägt die Kommission weiterhin, dass es in einigen Aspekten wert wäre, die Art und Weise, wie die fünfprozentige Rückhaltung berechnet wird, weiter zu klären und zu bestimmen. Ich verstehe, dass das Europäische Parlament unter Zeitdruck gearbeitet hat und freue mich, dass die Kommission eine zweite Chance erhalten hat, den Text in einem bis Ende 2009 fälligen Bericht zu straffen.

Die zwei Berichte, über die Sie heute abstimmen werden, zeigen, dass eine schnelle und wirksame Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen möglich ist, wenn Abgeordnete, Finanzminister und Kommissare fortschrittlich denken und politische Führung leisten. Beide heute diskutierten Maßnahmen werden erheblich zur Vorbereitung einer Neufassung des Finanz- und Aufsichtsrahmens der EU beitragen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen haben wir vergangenen Mittwoch ein Paket entscheidender Initiativen zur Reaktion auf die Finanzkrise über alternative Investmentfonds, Vergütungsstrukturen und praktische Anlageprodukte für Kleinanleger vorgestellt.

Nicht zuletzt wird eine Mitteilung der Kommission in drei Wochen ihre Ansichten über Folgeaktionen zu Empfehlungen des de Larosière-Berichtes über Finanzaufsicht darlegen. Nach Billigung durch den Europäischen Rat im Juni werden weitere Gesetzesvorschläge im Herbst vorgestellt.

Gary Titley, *Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses*. – Herr Präsident, ich melde mich zum Bericht von Herrn Hoppenstedt zu Wort, um die Meinung des Haushaltsausschusses darzustellen. Wie für Herrn Hoppenstedt wird dies nach 20 Jahren meine letzte Rede vor diesem Parlament sein.

Der Haushaltsausschuss erkennt die Bedeutung dieser Vorschläge sowie ihre Dringlichkeit an. Es ist recht deutlich, dass einige entscheidende EU-Politiken ohne richtige Finanzierung untergraben werden und deswegen freuen wir uns, den Vorschlag zu unterstützen. Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass diese Gelder aus der Flexibilitätsmarge von Rubrik 1a stammen, so dass die Marge reduziert werden wird. Deswegen wird die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für andere Projekte, die zukünftig wichtig sein können, reduziert. Wir sollten daran denken.

Zweitens sollten wir auch sicherstellen, dass diese Organisationen in keiner Weise Agenturen werden, denn wenn sie dies täten, würden sie natürlich der interinstitutionellen Vereinbarung über Agenturen unterliegen.

Schließlich möchten wir nicht, dass die Meinung des Haushaltsausschusses in irgendeiner Weise vom Ansturm auf diese Vorschläge untergraben wird. Deswegen war der Haushaltsausschuss froh, Herrn McCreevys Vorschlag am Montagabend für Überbrückungsgelder zu unterstützen, damit wir gewährleisten können, dass richtige finanzielle Abwicklung und ein richtiger Trilog über die finanziellen Auswirkungen dieser Vorschläge stattfinden.

Präsident. – Danke, Herr Titley, für die 20 Jahre, die Sie der europäischen Sache gewidmet haben.

John Purvis, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, wir scheinen eine Reihe von Veteranen zu sein, die sich zu Wort melden, aber ich wäre froh, meine letzte Rede im Europäischen Parlament nicht in der schlimmsten Wirtschaftslage meines Lebens zu halten - und dieses Leben begann in den verdorbenen 30er Jahren - und ich wäre auch froh, nicht in einer Debatte über ein Stück Europarecht zu sprechen, das leider nicht vollkommen zufrieden stellend ist: die Eigenkapitalrichtlinie.

Ich und meine Fraktion werden den von Berichterstatter Karas mit großem Können und Geduld unter enormem Zeitdruck und in der aktuellen fiebernden Wirtschaftslage erreichten Kompromiss unterstützen. Aber ich hoffe, dass meine Kolleginnen und Kollegen, die nach der Wahl hierher zurückkehren, zum vollen Mitentscheidungsverfahren zurückkehren werden, das unsere Rechtsgebung wirklich vollständig prüfen und verfeinern kann. Ich fürchte, dass vieles an dieser überhasteten Rechtsgebung unbeabsichtigte und bedauerliche Folgen haben wird. Beispielsweise fürchte ich, dass diese von Kommissar McCreedy gelobten und von echten Bedenken hinsichtlich des Gegenparteirisikos veranlassten Regeln für Großkredite es so viel schwieriger machen werden, den Interbankengeldmarkt wieder zu seinem vollen und wünschenswerten Umfang zu bringen. Ich fürchte, dass die neue Rückhaltungsregeln, die auch von Kommissar McCreedy gelobt wurden, in Wirklichkeit die Wiederbelebung von Verbriefungen behindern werden, die ein wesentlicher und in erster Linie günstiger Mechanismus für die Finanzierung von Hypotheken, Autokrediten und Konsumausgaben sind.

All die von staatlicher Seite her geförderten Reize, über die man nachdenken könnte, können einen sterbenden Verbriefungsmarkt nicht ersetzen. Deswegen hoffe ich, dass zum Zeitpunkt der Überarbeitung dieser Richtlinie die notwendigen Folgeabschätzungen vorgenommen werden, weise Berater konsultiert werden, der globale Zusammenhang ordentlich und vollkommen berücksichtigt wird und vollkommen angemessene Regeln schließlich umgesetzt werden.

Pervenche Berès, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (FR) Herr Kommissar, ich bedaure die Abwesenheit der Ratspräsidentschaft. Herr McCreedy, Sie haben aus Ihrem Mandat als Kommissar für den Binnenmarkt einen regulativen Stillstand gemacht. Leider - ich weiß nicht, wie ich es sagen soll - hätten Sie Ihre Meinung ändern sollen und schließlich den Rat der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament annehmen sollen, die Ihnen bei der Vorstellung von Herrn Katiforis Bericht sagte, dass Rechtsgebung über Ratingagenturen nötig sei. Oder Sie hätten auf unseren Berichterstatter, Herrn Rasmussen, hören sollen, der Ihnen sagte, dass Rückhalt auf Verbriefung in den Banksektor eingeführt werden müsse.

Schließlich hätten Sie auch entscheiden sollen, Garantien für Bankeinlagen einzuführen. Sie sehen, der regulative Urlaub ist nichts Neues. Zum Glück werden wir diese Themen mit Ihnen in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr besprechen müssen. Ich sage dies, weil der letzte Vorschlag, den Sie uns zu alternativen Fonds und Investmentfonds unterbreitet haben, unzumutbar war. Die Tatsache, dass Sie nicht einmal bereit sind, ihn mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung zu diskutieren, beweist dies.

Was den Bericht von Herrn Karas angeht, denke ich, dass es ein wichtiger Bericht ist, den wir heute billigen sollten, weil er in der Union dem Bankensektor und all unseren G20-Partnern zeigt, dass Rückhalt für Verbriefung eingeführt werden muss. Eigenmittel müssen besser definiert werden. In Zukunft wird transnationalere Aufsicht von Gruppen und integrierte Finanzmarktaufsicht entsprechend des Berichtes von Jacques de Larosière nötig sein. Schließlich müssen wir Clearingstellen für Derivate und Credit Default Swaps organisieren.

Ich möchte Herrn Karas auch für die Art und Weise danken, wie wir den Trilog wieder eröffnen konnten. Dadurch werden wir vor In-Kraft-Treten dieser Richtlinie die Selbstbehaltsschwelle überarbeiten können. Wir haben Studien angefordert und dem Ausschuss der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden ein Mandat gegeben, festzustellen, unter welchen Bedingungen dieser Selbstbehalt fachmännisch geplant werden sollte. Danach konnten wir prüfen, ob die Schwelle in Höhe von fünf Prozent, über die wir heute abstimmen werden, angemessen war. Dies gilt jetzt umso mehr, da wir den Rahmen des Selbstbehaltes korrigiert haben, indem wir meiner Meinung nach die richtige Wahl trafen und uns der von Herrn Purvis ausgelesenen Garantien entledigten.

Was Herrn Hoppenstedts Bericht betrifft, möchte ich ihm aufrichtigst danken, da ich davon überzeugt bin, dass wir uns hier nützlich und positiv engagieren. In der Vergangenheit hätte uns die Kommission gesagt, dass die Ebene 3-Ausschüsse nicht finanzieren könne; heute ist es sogar möglich bevor diese Ausschüsse Agenturen werden. Wir begrüßen dies. Auf Veranlassung des Berichterstatters werden sowohl Betriebskosten als auch Projektkosten förderfähig sein, und das Parlament wird einen klaren Einblick in die Art des Projekts haben, das so finanziert wird. Wir können dies nur begrüßen; es führt in die richtige Richtung.

Schließlich haben wir in Zusammenhang mit Grundsätzen der Rechnungslegung und den Bedingungen, unter denen internationale Organisationen zu ihren Entwürfen beitragen, Druck auf diese Organisationen ausgeübt, so dass sie ihre Kontrolle verbessern und ihre Rollen besser definieren. Ich bin davon überzeugt, dass auch auf diesem Gebiet das Europäische Parlament mit Herrn Hoppenstedts Bericht eine nützliche Arbeit geleistet hat, und ich möchte allen Berichterstattern sowie diesem Parlament danken, wenn es, wie ich hoffe, später diese beiden Berichte mit großer Mehrheit verabschiedet.

Sharon Bowles, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, ich bin auch der Ansicht, dass der vereinbarte Text der Eigenkapitalrichtlinie in Sachen Kernkapital, Kredite und Aufsicht ein guter Schritt vorwärts ist. Die Verbriefungsregelung - nun mit verhältnismäßigen Strafen für Sorgfaltsmängel - ist nicht perfekt, erfüllt aber ihren Zweck: den Zweck, Vertrauen wieder aufzubauen und den Verbriefungsmarkt wieder instand zu setzen. Die Überarbeitung am Ende dieses Jahres bezüglich des Selbstbehaltprozentsatzes bedeutet, dass wir alle Grundlagen, auch die internationale Zusammenarbeit, abgedeckt haben.

Europäische Probleme mit Verbriefung kamen von der Käuferseite aus den USA, aber aus Angst ist unsere eigene Verbriefung verdorrt. Banken haben das Hauptinstrument verloren, mit dem sie ihre Kredite verkauft haben - ein wichtiges Instrument, weil es Kapital für weitere Kredite freigesetzt hat und ein wesentlicher Wachstumsantrieb war. 2006-2007 machten europäische Verbriefungen 800 Milliarden EUR aus: 526 Milliarden EUR unterstützten europäische Hypotheken und zig Milliarden jeweils Autokäufe, Kreditkartenausgaben und Kleinkredite - ja, auch etwa 40 Milliarden EUR deutscher Kleinkredite. Dies sind genau die Gebiete, auf denen die Kreditverknappung am härtesten einschlägt. Das ist kein Zufall. Weil wir der Tatsache ins Auge sehen müssen, dass Bankkredite durch ihr Kapital begrenzt sind und feststecken, bis entweder mehr Kapital aufgebracht oder der Kredit weiter verkauft wird. Also je schneller wir Europas Qualitätskontrollen für Verbriefungen zum Laufen bringen, umso besser.

Es kann scheinen, dass wenn fünf Prozent Selbstbehalt gutes Verhalten von Banken garantieren, zehn Prozent dies noch besser garantieren würden. Aber der einbehaltene Teil zieht Kapitalkosten an und reduziert so das Kapital, das dann freigesetzt werden kann, und beschränkt damit die Kreditvergabe. Ein 10 %-Schlag in Zeiten andauernder Kapitalbelastung würde nur Kreditnehmern und Unternehmen wehtun, nicht Banken. Deswegen neigen auch andere Foren, die ebenfalls mit höheren Selbstbehaltvorschlägen begonnen haben, dazu, sich auf fünf Prozent einzulassen.

Schließlich wird intelligente Wachsamkeit bei der Aufsicht in Zukunft neue Missbräuche eher vermeiden, als Regelungen für alte und vergangene. In Ebene 3-Ausschüssen können wir sehen, dass das Parlament trotz der Probleme und Misserfolge der Aufsicht besser als die Mitgliedstaaten erkannt hat, dass die Löcher nicht ohne Mittel gestopft werden können. Es hat danach mehr Mittel für diese Ausschüsse gefordert. Internationale Einrichtungen für Buchhaltung und Abschlussprüfung werden auch von diversifizierterer neutraler Finanzierung profitieren, und die EU kann dabei führend sein, allerdings nicht unbegrenzt, wenn andere

Länder nicht mitmachen. Ich freue mich, dies geklärt zu haben. Finanzierung sollte auch von der Nutzerseite, wie etwa von Investoren, angestrebt werden.

Konstantinos Droutsas, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (EL) Herr Präsident, die aktuelle Wirtschaftskrise ist eine Krise der Überproduktion und von zu viel angesammeltem Kapital. Sie ist, wie nun jeder zugibt, eine Krise des kapitalistischen Systems selbst. Bemühungen, diese Krise als eine Finanzkrise, als eine Liquiditätskrise darzustellen, sollen Arbeitnehmer irreführen und die Erkennung der wahren Ursachen, die zu gesteigerter Arbeitslosigkeit, reduzierten Einkommen, flexiblen Arbeitsverhältnissen führen sowie die scharfe Attacke gegen sie verhindern.

Die getroffenen Maßnahmen zur Aufsicht von Rechnungswesenstandards zusammen mit Kontrollen von Krediten und Eigenmitteln scheitern nicht nur dabei, die Zügellosigkeit von Banken einzuschränken; im Wesentlichen sind dies Maßnahmen, die sich Banken selbst wünschen, um diese Zügellosigkeit unter oberflächlicher Aufsicht und Kontrolle zu sichern. Diese Kontrolle wird, anstatt die Interessen von Kleinanlegern zu schützen, die aufgrund der Wirtschaftskrise gefährdet waren und weiterhin sind, die Wettbewerbsbedingungen von Banken sichern und die Verwendung neuer Werkzeuge zur Steigerung ihres Profits ermöglichen.

Der Vorbehalt, den die Banken sogar gegenüber ihrer Kofinanzierung durch den Staat als Gegenleistung für sogar minimale Kontrollen gezeigt haben, ist typisch für ihren Standpunkt – einen Standpunkt der Zügellosigkeit, der im Marktdschungel erneut zu gesteigerten Profiten und Preisen führt, während die Arbeitnehmer erneut aufgefordert werden, die Kosten der Krise zu begleichen. Die Arbeitnehmer lassen sich nicht von den Entscheidungen der Europäischen Union zur Beendigung der Krise täuschen oder verwirren. Sie wissen, dass diese Entscheidungen ihnen das gesamte Gewicht der Krise auferlegen und versuchen, sogar noch größeren Profit für Kapital sicherzustellen.

Nils Lundgren, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (SV) Danke, Herr Präsident! Wir haben nun einen globalen finanziellen Zusammenbruch erlebt, und er verursacht uns weiterhin Probleme. Wir müssen nun analysieren, warum dies geschehen ist, bevor wir anfangen, auf EU-Ebene zu agieren. Ich möchte das Folgende sagen. Erstens haben wir einen herrenlosen Kapitalismus. Die großen Unternehmen werden nicht länger von ihren Aktionären, sondern von Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften und anderen Fondstypen verwaltet. Dies führt zu einer Situation, in der Funktionäre regieren können, wie sie es wünschen, und sie tun dies auf eine Art und Weise, die ihren eigenen Interessen zugute kommt, was die Risiken enorm steigert. Das Ergebnis ist unsere aktuelle Lage. Es gibt Banken, die zum Scheitern zu wichtig sind, wie man sagt. Das Glas-Steagall-Gesetz sollte dies verhindern, wurde in den USA jedoch abgeschafft. Wir sollten darüber nachdenken, ob dies nicht Teil der Lösung sein könnte. Wir haben Einlagensicherungen für kleine und sogar für große Anleger. Das bedeutet, dass Leute, die Geld in Banken hinterlegen, sich herzlich wenig darum kümmern, ob die Banken sicher sind, da sie wissen, dass die Steuerzahler sie schützen werden. Das ist ein Problem. Die Leiter der Zentralbanken bringen die Blasen nicht zum Zerplatzen, sondern werden eher gelobt, wenn sie andauernd dafür sorgen, dass die Blasen weiter *endlos* wachsen können.

Alan Greenspan hat sich einen sehr guten Ruf für etwas verdient, das in der Praxis eine aussagekräftige Erklärung dafür ist, warum die Dinge so schlimm geworden sind. Subprime-Kredite waren der Anfang davon und ein wesentlicher Anteil. Sie wurden von Politikern eingeführt, die nun sagen, dass wir diese Probleme lösen werden, indem wir dem Markt mehr Einfluss nehmen. Ich bezweifle das. Das Regulierungssystem von Basel II wurde mittels Shadow Banking umgangen. Nun sprechen wir über neue Regeln für Kapital. Wenn das noch mehr Shadow Banking bedeutet, wird es nicht helfen. Ich bin deswegen davon überzeugt, dass wir dies anders angehen und fragen sollten, was getan werden sollte. Dann werden wir entdecken, dass sehr wenig auf EU-Ebene getan werden sollte. Das ist ein globales Problem und sollte woanders bearbeitet werden.

Sergej Kozlík (NI). – (SK) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach war die Entscheidung letzten Jahres über die Notwendigkeit genauer Bestimmungen und größerer Stabilität im Finanzsystem eine der besten Leistungen des Europäischen Parlaments in der aktuellen Legislaturperiode. Es ist schade, dass dies nicht drei Jahre früher geschah. Die Einreichung eines Richtlinienentwurfs über Eigenkapital ist ein weiterer praktischer Erfolg in diesem Zusammenhang. Die Finanzkrise hat die Aufmerksamkeit auf die Mängel der Aufsichtsmechanismen, auch von konsolidierter Aufsicht, gezogen.

Ich stimme dem zu, dass der Ausgangspunkt für die Lösung des Problems in der Schaffung eines dezentralisierten europäischen Systems von Bankenaufsichtsbehörden auf Grundlage des Modells der Europäischen Zentralbanken bestehen sollte. Ich bin auch für strengere Verbriefungsregeln. Auftraggeber

sollten einen gewissen Prozentsatz des Risikos tragen, das aus den von ihnen verbrieften Engagements hervorgeht, und gebührende Sorgfalt sollte vom Investor gefordert werden. Nur so kann Fortschritt erzielt werden.

Zsolt László Becsey (PPE-DE). – (HU) Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich möchte den Berichterstatter und den Schattenberichterstatter der Fraktion für den erreichten Kompromiss danken. Obwohl viele von uns finden, dass zahlreiche Argumente weit davon entfernt sind, ideal oder nützlich zu sein, halte ich es für wichtig, dass diese Verordnung jetzt vor den Wahlen ausgearbeitet wird.

Ich möchte einige Bemerkungen machen. 1. Als für Mikrokredite verantwortlicher Berichterstatter begrüße ich die Tatsache, dass der Bericht, wie auch mein Bericht, die Anforderung deutlich macht, dass ein Risikomanagementsystem entwickelt werden muss, das Mikrokreditmerkmale, wie keine traditionelle Sicherheit und Überschuss, wiedergibt. Ich hoffe, dies wird so bald wie möglich geschehen. Ich möchte Frau Berès für ihren Änderungsantrag zum Vorschlag danken. 2. Ich war sogar während der Aussprache über die Änderung von 2005 sehr kritisch gegenüber der Aufsichtsgestaltung. Dies gilt insbesondere für die Aufsicht von Muttereinrichtungen, die nämlich verfassungsmäßige Bedenken zur Schaffung von Tochtergesellschaften in demselben Land aufwirft, obwohl sich Tochtergesellschaften im Allgemeinen in den neuen Mitgliedstaaten befinden.

Diese Anfälligkeit wird vom System der Kollegialität reduziert, wenn nicht sogar gestoppt. Dieses System ist meiner Meinung nach nur ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht die wirkliche Lösung. Trotzdem betrachte ich die Lage um des Kompromisses willen als Fortschritt: hauptsächlich weil der gegenwärtige Kompromiss auch die schnelle Schaffung eines Verordnungsentwurfs über das integrierte Aufsichtssystem aufgrund des Materials von De Larosière vertritt, was unserer Meinung nach bereits gut sein und sehr bedeutenden Nutzen für die Vergemeinschaftung bringen wird.

Ich möchte meinen ganz besonderen Dank für die gegenüber Ländern außerhalb der Eurozone gezeigte Solidarität in Verbindung mit der Änderung von Artikel 154(3) ausdrücken. Mit der Annahme meines Vorschlags wird nämlich die Prämie für voneinander unabhängige Risiken bis Ende 2015 nicht auf Kredite für diese Länder anwendbar sein, die sie im Allgemeinen in Euros aus Staatsfinanzen oder von der Zentralbank erhalten haben. Unter Berücksichtigung all dieser Punkte schlage ich eine geschlossene Stimmenabgabe für den Kompromiss inklusive des 5 % Selbstbehalts vor, da dies selbst das Maß einigen Fortschritts kennzeichnet.

Schließlich möchte ich – da dies meine letzte Rede ist – Ihnen, Frau Präsidentin, und all meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament für die Arbeit, die ich hier in den vergangenen fünf Jahren leisten konnte, danken.

Elisa Ferreira (PSE). – (PT) Dieses Jahr wird der europäische Vermögensstand um 4 % sinken, und die Arbeitslosigkeit wird auf 26 Millionen steigen. Die Welt und die Europäische Union hätten bezüglich der Regulierung der Finanzmärkte mehr, besser und früher agieren sollen.

Ich begrüße die von diesem Parlament geleistete Arbeit. Vieles davon ist in einer Atmosphäre der Dringlichkeit geschehen. Aber ich möchte den Beitrag der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament betonen, die zu geeigneter Zeit mehr Anerkennung hätte erhalten sollen.

Ich bedaure, dass die Reaktion der Kommission langsamer, fragmentarischer und begrenzter war, als die Situation es verlangte und verlangt, was an dem jüngsten Vorschlag zu Hedgefonds deutlich wurde.

Die Verabschiedung einer Richtlinie zu Eigenmittelanforderungen ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Wir wissen, dass dies nicht ambitioniert genug ist und den Erwartungen nicht entspricht, aber das wichtigste ist heute, den Finanzinstitutionen und Märkten ein deutliches Zeichen zu senden, dass der gewohnte Zustand beendet ist. Ich spende der Arbeit des Berichterstatters und der Schattenberichterstatter, insbesondere Pervenche Berès, für ihre Kompromissuche Beifall.

Diese Richtlinie führt klare Regeln ein. Aber während der nächsten Überarbeitung wird noch viel an einigen der umstritteneren Fragen, insbesondere an der Höhe des Selbstbehalts für Verbriefungszwecke, gearbeitet werden müssen.

Heute ist es entscheidend, dass dieses Parlament die Verabschiedung dieser Richtlinie gewährleistet und so eine deutliche Nachricht an die europäischen Bürgerinnen und Bürger sendet, dass sich die Dinge ändern und weiterhin ändern werden, und dass wir davon besonders betroffen sind.

Wolf Klinz (ALDE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass der Finanzmarktraum der Europäischen Union neu gestaltet werden muss. Meine Fraktion unterstützt die

in den Trilog-Verhandlungen entwickelten Vorschläge, insbesondere den einer neuen Eigenkapitalrichtlinie für die Banken. Die Risikoorientierung wird zunehmen, die missbräuchliche Nutzung von Zweckgesellschaften verschwinden und die Qualität strukturierter Produkte wird sich wegen des fünfprozentigen Selbstbehalts bei Verbriefungen verbessern. Ich bedaure allerdings, dass die Regelung für unterjährige Interbankenkredite sehr restriktiv ausgefallen ist und dass stille Einlagen nur noch für eine Übergangszeit als vollwertiges Eigenkapital akzeptiert werden.

Die bei der Neugestaltung des Finanzmarktrahmens erzielten Fortschritte sind gut, aber sie sind noch nicht ausreichend. Die Arbeiten werden also weitergehen. Ich hoffe, dass sich die Banken bei diesen Arbeiten in Zukunft kooperativer zeigen werden als in den letzten Monaten, in denen ich sie mehr in der Rolle des Bremsers als in der eines zukunftsweisenden Lösungen suchenden Partners erlebt habe.

Werner Langen (PPE-DE). - Herr Präsident! Ich möchte zuerst einmal sagen, dass wir mit diesem zweiten Projekt, das wir heute behandeln, angefangen haben, die Finanzmarktregulierung auf normale Füße zu stellen. Die Finanzmarktkrise ist zum Teil auf ein Marktversagen und zum Teil auf ein Regulierungsversagen zurückzuführen. Wir haben eine Liste von Maßnahmen, die unbedingt von den Rating-Agenturen geregelt werden müssen. Wir haben Beschlüsse gefasst zur Eigenkapitalrichtlinie, zur Managerbesoldung, zu den Hedge Fonds, den Bilanzierungsvorschriften und der europäischen Aufsichtsstruktur. Wir sind heute beim zweiten Punkt.

Es ist hier verhandelt worden auf der Grundlage eines Ausschussvotums, nicht im normalen Verfahren der ersten Lesung, sondern aufgrund einer Vereinbarung zwischen Rat, Kommission und Parlament vor der ersten Lesung des Parlaments. Der Kollege Karas hat hier vielfältige Dinge durchgesetzt, das möchte ich ausdrücklich anerkennen. Aber mit mir ist eine Reihe von Kollegen in zwei Punkten – Herr Klinz hat es angesprochen – unterschiedlicher Meinung. Und dies betrifft in erster Linie den Risikovorbehalt. Der Verbriefungsmarkt und die Finanzmarktkrise sind nicht zuletzt deshalb entstanden, weil Finanzmarktprodukte ohne eigenes Risiko kreiert wurden. Deshalb trauen sich die Banken heute gegenseitig auch nicht mehr, weil niemand Papiere hat, für die er mit Risiko einsteht. Hier werden fünf Prozent vorgeschlagen. Nach meiner Meinung sind zehn Prozent weitaus sachgerechter und deshalb habe ich hier einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Ich bin sicher, dass der Rat, wenn er alle anderen Dinge akzeptiert, auch über diese zehn Prozent nachdenken müssen. Wir als Parlament haben die Verantwortung, den Bürgern zusätzliche Sicherheiten zu geben, dass sich eine solche weltweite Finanzmarktkrise nicht wiederholen kann.

Deshalb schlage ich vor und bitte darum, dass wir den von Herrn Karas erarbeiteten Kompromiss annehmen, mit der Ausnahme des zehnprozentigen Selbstbehalts und der weiteren Anrechnung der stillen Einlagen.

Ieke van den Burg (PSE). - Herr Präsident, ich stehe hier mit gemischten Gefühlen in meiner letzten Aussprache in diesem Parlament. Ich bin sehr zufrieden mit der Entscheidung, die wir über den Hoppenstedt-Bericht zur Steigerung der Finanzierung von Ebene-3-Ausschüssen getroffen haben. Dies ist ein Schritt auf eine starke europäische Aufsicht der Finanzmärkte zu, die sich weit über die nationalen Grenzen hinaus entwickelt haben. Ich war ein großer Anhänger davon und ich hoffe, dass die Debatte darüber in der nächsten Legislaturperiode sehr intensiv weitergeführt wird.

Die andere Akte zur Eigenkapitalrichtlinie (CRD) ist meiner Meinung nach ein gutes Beispiel für bessere Rechtssetzung nach der Lamfalussy-Methode, die wir in den 10 Jahren, in denen ich aktiv war, entwickelt haben. Ich werde die Ergebnisse unterstützen, weil wir ein starkes Zeichen an den Markt senden müssen, aber ich hätte einen prinzipienbasierteren Ansatz und transparentere Konsultierung im politischen Prozess bevorzugt. Das war der Druck, dieses hastige Ergebnis zu erhalten. Ich hoffe, dass am Ende dieses Jahres, wenn es eine umfassendere Überarbeitung der CRD geben wird, die Lamfalussy-Methode auch richtig berücksichtigt werden wird. Ich empfehle dringend, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Währung diese Methode wieder einführt.

In meiner letzten Rede möchte ich mich auch an das, was Frau Berès gesagt hat, anschließen und Herrn McCreevy sagen, dass es bedauerndswert ist, dass das, was er getan hat, um diese Finanzmärkte zu regulieren, wirklich zu wenig und zu spät ist. Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Wirtschaft und Währung meine Anerkennung für ihre Kooperation in diesen vergangenen 10 Jahren ausdrücken. Ich hoffe, sie bekommen in der neuen Legislaturperiode einen Kommissar, der sich ausschließlich den Finanzmärkten widmet und ein Ressort verwaltet, das sich wirklich auf dieses sehr wichtige Thema konzentriert, das uns in diese ernste Notlage heutzutage brachte, und der sich wirklich der Regulierung und europäischen Aufsicht der Finanzmärkte widmen wird.

Udo Bullmann (PSE). - Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen! Wenn man einen Sumpf trockenlegen will, dann darf man nicht die dicksten Frösche fragen, wie sie es gerne hätten! Genau das ist das Problem mit dem Bericht zur Eigenkapitalrichtlinie, der heute auf dem Tisch liegt. Wenn wir in zehn oder zwanzig Jahren nicht auch noch *Bad Banks* gründen wollen, dann müssen wir die Banken und Finanzinstitute heute daran beteiligen, dass sie ein Geschäftsrisiko übernehmen, das nennenswert ist, wenn sie weiter mit kritischen Produkten handeln. Fünf Prozent sind nicht nennenswert!

Kommissar McCreevy hat 15 Prozent ins Gespräch gebracht, hat sich dann durch die Industrie auf 5 Prozent herunterhandeln lassen, und der Rat hat mitgemacht – dabei hat dieses Europäische Parlament nicht wirklich eine gute Figur gemacht! Wir deutschen Sozialdemokraten werden für einen höheren Selbstbehalt stimmen, so wie wir auch für die Weiterführung der stillen Einlage stimmen werden, weil es eine unfaire Wettbewerbspolitik ist, hier ein Geschäftsmodell zu attackieren, und nichts mit Bankensanierung zu tun hat.

Ich wünsche mir, dass wir hier einen vernünftigen Beschluss fassen, und dass wir nach dem 7. Juni auf jeden Fall ein Parlament haben werden, das mit mehr Courage und mit mehr Mumm eine klare Sprache bei der Sanierung des Finanzmarkts spricht.

Antolín Sánchez Presedo (PSE). – (ES) Herr Präsident! Als erste Reaktion auf die Finanzkrise von August 2007 sollte die Verabschiedung dieser Richtlinie nicht verzögert werden. In Anbetracht der Umstände sollte sie mit Vorsicht angewandt werden, um Kehrtwenden zu vermeiden, und sie sollte von einer ambitionierteren Überarbeitung in Übereinstimmung mit internationalen Entwicklungen begleitet werden.

Die Finanzinstitutionen verlangen eine solide Kapitalgrundlage und müssen in ausgeglichener Art und Weise durch eine harmonisierte Definition von Eigenmitteln, insbesondere von hybriden Instrumenten, sowie durch eine angemessene Stärkung des Managements von Hauptrisiken miteinander konkurrieren. Es ist entscheidend, für mehr Transparenz zu sorgen und die Interessen von Originatoren und Investoren am Verbriefungsverfahren anzugleichen. Ein Selbstbehalt von mindestens fünf Prozent der verbrieften Produkte auf der Bilanz, die Vermeidung von Mehrfachverwendung solcher Produkte sowie die Sorgfaltspflicht von Investoren sind Schritte in diese Richtung. Ein Kollegium der Aufsichtsbehörden für grenzüberschreitend tätige Gruppen zu schaffen und die Rolle des Ausschusses der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden robuster zu machen, sind Schritte in Richtung einer stärker integrierten europäischen Aufsicht.

Margarita Starkevičiūtė (ALDE). – (LT) Auch ich möchte meinen Kollegen für fünf Jahre hervorragender Zusammenarbeit danken, obwohl ich sagen muss, dass es noch ungelöste Fragen für die nächste Legislaturperiode gibt. Vor allem löst diese Richtlinie nicht das Problem der Bewertung der Aktivitäten von Banken.

Der risikobasierter Ansatz erfüllte nicht seinen Zweck, und wir müssen wirklich über eine andere Art der Bewertung nachdenken, vielleicht über die als leistungsbezogenen Ansatz bekannte Lösung. Darüber hinaus haben wir noch immer nicht entschieden, wer bezahlen wird. Die Steuerzahler welchen Landes werden ihr eigenes Geld riskieren, wenn große europäische Gruppen Probleme haben?

Wird ein besonderer Fond auf europäischer Ebene eingerichtet werden? Werden zahlreiche Staaten zu einem gemeinsamen Fonds beitragen? Bis wir die Antwort haben, können wir nicht sagen, dass wir eine starke und gut vorbereitete Regulierung des Finanzsektors haben.

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL). – (CS) Herr Präsident! Ich bin fest davon überzeugt, dass die Maßnahmen, die wir hier debattieren, auch präventiver Natur sein sollten, da die Lage sehr schlimm ist. Das Volumen von Finanzderivaten auf dem Weltmarkt ist fünf Mal größer als das weltweite Bruttoinlandsprodukt, und das ist eine Blase, die platzen wird, mit dem Risiko, dass das Bruttoinlandsprodukt, insbesondere in den Vereinigten Staaten, dramatisch fallen wird. Die ganze Welt, auch die europäischen Staaten, würde darunter leiden. Es besteht auch die Gefahr der galoppierenden Inflation, da die vorherrschende Idee, insbesondere in den Vereinigten Staaten, darin zu bestehen scheint, dass alle Probleme durch das Einflößen von mehr Geld in das System gelöst werden können, obwohl diese Strategie ernste Mängel hat. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass der präventive Aspekt extrem wichtig ist, und dass einige der strittigeren Instrumente, die auf den Finanzmärkten verwendet werden, wie beispielsweise Shadow Banking, ganz einfach verboten werden sollten.

Präsident. – Bevor Kommissar McCreevy das Wort ergreift, halte ich es, weil mehrere Abgeordnete heute zum letzten Mal im Parlament gesprochen haben, für meine Pflicht, Ihnen nicht nur im Namen der Abgeordneten, sondern im Namen aller europäischen Bürger und Wähler für ihr Engagement über die Jahre

zu danken. Ich bin davon überzeugt, dass ihre gewählte Aufgabe, zu versuchen, die Dinge zu verbessern, die Dankbarkeit all unserer Mitbürger verdient.

Charlie McCreevy, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident! Zunächst möchte ich insbesondere den Berichterstattern Herrn Karas und Herrn Hoppenstedt sowie anderen für ihren Einsatz bei der Suche nach Kompromissen in diesen beiden besonderen Bereichen danken.

Was den Hoppenstedt-Bericht betrifft, ebnet das positive Ergebnis des Ausschusses der Ständigen Vertreter heute Morgen den Weg für eine Verabschiedung in erster Lesung. Eine Einigung über diese strategische Initiative ist sehr willkommen, weil sie das richtige Zeichen setzt: ein Zeichen unserer Entschlossenheit, auf die Finanzkrise zu reagieren, die Finanzaufsicht zu stärken und das standardmäßige Bewertungsverfahren für Rechnungslegung und Abschlussprüfung zu verbessern. Aber es ist nur ein erster Schritt auf einem sehr langen Weg. In den kommenden Monaten freue ich mich darauf, diese Arbeit mit Ihnen im neuen Parlament fortzusetzen.

Was Verbriefung betrifft, stimmen wir alle dem zu, dass die Anforderung eines fünfprozentigen Selbstbehalts ein erster Schritt ist. Der Baseler Ausschuss wird an einem quantitativen Selbstbehalt arbeiten. Das wurde von den G20 gefordert. Die Europäische Union ist fortschrittlich, und wir werden dazu beitragen, mehr Beständigkeit auf globaler Ebene zu schaffen.

Lassen Sie mich etwas über Verbriefung sagen. Frau Bowles hat in dieser Beziehung einen recht starken Beitrag gemacht. Sie ist sehr für Verbriefung und hat die guten Aspekte davon deutlich gemacht. Sie hat auch die Geldmenge aufgezeigt, die zu den Kapitalmärkten für kleine und mittlere Unternehmen beigetragen wird und an Darlehensgeber im Allgemeinen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geht. Falls der Eindruck besteht, dass ich die Vorteile von Verbriefung über die Jahre nicht erkenne, darf ich sagen, dass ich das gewiss tue! In meiner vorhergehenden Funktion und lange bevor ich hierher kam, war ich mir der Vorteile von Verbriefungen bewusst. Jedoch besteht die Frage darin, welchen Anteil der Originator in dieser bestimmten Angelegenheit halten sollte. Ich akzeptiere, was Frau Bowles sagte: dass in Zukunft eine Beteiligung von irgendeinem Prozentsatz Kapitalkosten herbeiführen wird. Man kann nicht gewiss sein, wann die aktuelle Finanzkrise enden wird. Aber unabhängig davon, wann sie enden wird, denke ich, können wir absolut sicher sein, dass in den zukünftigen Jahren von Finanzinstitutionen auf allen Ebenen erwartet wird, ihre Kreditgewährung mit bedeutenderem und besserem Kapital auszugleichen. Ich nicht, aber viele von Ihnen werden hier sein, aber egal wie es endet, wird dies ein unvermeidliches Ergebnis dieser besonderen Finanzkrise sein – nicht sofort, vielleicht auch nicht mittelfristig, aber langfristig ist das gewiss. Wenn ich in meine Kristallkugel sähe, würde ich dies in den kommenden Jahren sehen. Also wird der Prozentsatz debattiert. Man kennt meine Meinung dazu. Ich habe lange Zeit sehr starke Ansichten hierzu gehabt.

Zahlreiche Änderungsanträge wurden während des Ministerratstadiums und mit dem Europäischen Parlament über verschiedene Oppositionen gegen das eine oder andere vorgebracht. Meine Beamten sind auf meine Bitte sehr, sehr stark dagegen, weil ich stark von dem Vorschlag überzeugt bin, dass 5 % von etwas besser sind als 55 % von nichts. Je mehr Oppositionen es gibt – wir können 5 %, 10 %, 15 % haben – 15 % von null ist immer noch null. Deswegen begrüße ich die Gelegenheit, dass die Kommission in ihrem Bericht bis Ende dieses Jahres auf dieses bestimmte Thema zurückkommen wird, um sicherzustellen, dass der Wortlaut ordentlich gestrafft wird. Ich teile diese Ansicht sehr, weil ich keine bestimmten Oppositionen sehen will. Aber ich erkenne bereitwillig an, was Frau Bowles und andere bezüglich der Vorzüge von Verbriefungen für den Kapitalmarkt gesagt haben. Ich hoffe, ich habe nie den Eindruck erweckt, dies nicht zu tun.

Schließlich darf auch ich mich dem Präsidenten anschließen und jenen Abgeordneten, die ausscheiden, alles Gute für ihre zukünftigen Karrieren wünschen, was sie auch immer tun werden. Ich habe die meisten von ihnen in der einen oder anderen Funktion während meiner fünf Jahre hier kennen gelernt und schätze ihre Beiträge, obwohl ich mit ihnen nicht immer einer Meinung war. Ich nehme an, ich sollte keine bestimmte Person herausgreifen, aber ich möchte in dieser Beziehung Herrn Purvis besonders erwähnen. Ich fand seinen Rat immer weise, maßvoll, bedacht und nicht rechthaberisch, und ich wünsche insbesondere ihm eine sehr erfolgreiche Zukunft.

Othmar Karas, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal für die grundsätzliche Unterstützung, für das Signal, das wir heute an die Sparer, Unternehmen, Banken und die Finanzwelt geben, bedanken.

Die Debatte war sehr offen. Sie hat auch die Schwächen und die Notwendigkeit der Weiterentwicklung deutlich gemacht. Ich kann Ihnen sagen, dass alle Wünsche, aber auch die Kritik und die Bedenken in den Verhandlungen eine Rolle gespielt haben, dass wir versucht haben, sie in *Recitals* und in den Auftrag an

Reviews einzuarbeiten. Es gibt keinen Punkt, der hier gesagt wurde, der nicht auch in der vorgelegten Einigung eine Rolle spielt – manchen zu wenig stark, aber alles spielt eine Rolle.

Daher ist auch völlig klar, dass das ein wichtiger Schritt nach vorne ist, aber nicht der letzte Schritt, weil wir selbst weitere Schritte in dieser Einigung ankündigen, einmahnen und fordern und die Richtung für diese Debatte festlegen. Das heißt, die Debatte geht weiter, sie muss weitergehen, aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir jetzt noch in dieser Wahlperiode ein klares Signal setzen, dass wir handlungsfähig sind, dass wir Vertrauen, Sicherheit und Stabilität schaffen wollen, dass wir schnell agieren und dass wir wissen, was in Zukunft weiter zu tun ist. Daher bitte ich, diesen Schritt gemeinsam und mit großer Mehrheit zu gehen.

Ein herzliches Danke für die Debatte!

Karsten Friedrich Hoppenstedt, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich habe ja beim ersten Durchgang der Reden schon meine Meinung zu bestimmten Dingen gesagt. Ich will aber nochmals sehr deutlich sagen, dass die Welt – und das sind unsere Partner in Amerika, in China und an anderer Stelle – auf die Europäische Union, auf den Rat, auf die Kommission und das Parlament schaut, um zu sehen, wie wir auf die Krise reagieren? Und ich habe das vorhin auch schon ausgeführt, dass da schon eine Reaktion vorhanden ist, wie man an bestimmten Regeln merkt, die neu aufgestellt werden – in Amerika zur Rückversicherungsrichtlinie und Ähnliches mehr, die *collaterals*, hier bewegt sich etwas. Und die alte Weisheit ist, wenn wir als Europäer nichts Konkretes in der Hand haben, reagieren die anderen Partner nicht.

Denn wir haben im letzten Monat und in diesem Monat hier Entscheidungen getroffen und auf den Weg gebracht und gemeinsam mit dem Rat vernünftige Lösungen erzielt.

An dieser Stelle möchte ich nochmals die Gelegenheit ergreifen, um mich zu bedanken – und zwar bei der Kommission – sie war manchmal ein bisschen schwerfällig –, beim Rat – hier haben wir in Nachtsitzungen und in vielen Trilog-Sitzungen versucht, vernünftige Lösungen zu finden –, weil sie ja nun vor einer Stunde auch dem vernünftigen Kompromiss zugestimmt haben, den wir gefunden haben.

Und ich bedanke mich natürlich auch bei den Mitstreitern im ECON-Ausschuss, bei Frau Berès, bei Frau Bowles und anderen, aber auch bei den Mitarbeitern, die ja einen Großteil der Last zu tragen haben.

Und ich glaube, dass es wichtig ist, vielleicht auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass ich ja an der Einführung des europäischen Binnenmarktes an der Diskussion als Koordinator bei der Einführung des Euros und Ähnliches mehr beteiligt war. Das sind Stationen, die natürlich hier diese Arbeit und auch die Politik geprägt haben. Insofern hat es Spaß gemacht, mit Ihnen allen zusammenzuarbeiten, deshalb bedanke ich mich noch einmal bei allen Kolleginnen und Kollegen, bei der Kommission, beim Rat, das sagte ich schon, für die gute Zusammenarbeit. Ich wünsche allen, die nicht wieder freiwillig hier antreten, alles Gute für die Zukunft.

Es gibt viele Aufgaben, auch die Aufgabe, weiterzugeben, wie wichtig die Europäische Union ist, wie wichtige Aufgaben das Europäische Parlament leistet. Und das ist auch wichtig für die Wahlen – am 7. Juni in Deutschland, wo anders vom 4. bis 7. Juni –, dass man darauf aufmerksam macht, wie wichtig unsere Arbeit ist. Ich hoffe, dass dann auch eine große Beteiligung gegeben ist! Noch einmal herzlichen Dank an alle und alles Gute für die Zukunft, weil es ja meine letzte Rede ist, wie ich ja schon gesagt hatte!

Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet heute, Mittwoch, den 6. Mai 2009 statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Paolo Bartolozzi (PPE-DE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Änderung der Richtlinien über Kreditinstitute, ihre Eigenmittel, Großkredite, Aufsichtsmechanismen und Krisenmanagement bewegt sich die Europäische Union auf eine allgemeine Neuausrichtung des ganzen Systems zu.

Die geänderte Richtlinie würde das Ermessen der Mitgliedstaaten über ihre Eigenmittel beseitigen, was die Harmonisierung der Aufsicht und lautere Wettbewerbspraktiken zwischen Banken behindern würde. Diese Diskrepanzen müssen mit gemeinsamen Regeln überwunden werden, die es Prüforganen und Zentralbanken ermöglichen, sich der möglichen Insolvenz des Bankensystems, insbesondere in Euro-Ländern, zu stellen. Die Änderungen betreffen die Notwendigkeit, die Aufsicht von grenzüberschreitenden Bankengruppen zu verschärfen.

Die Wiederaufnahme interinstitutioneller Verhandlungen über die zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielte Einigung betraf die minimale Schwelle, die dem Nominalwert der Verbriefungen zugewiesen werden soll. Dies bezieht sich auf die Risikomenge, die Banken in ihren eigenen Bilanzen beibehalten müssen, wenn sie „strukturierte“ Produkte mit Sparern anlegen.

Im Rat stimmten alle Mitgliedstaaten für die Beibehaltung einer Schwelle von 5 %. Sie zu erhöhen, würde es für den Verbriefungsmarkt unmöglich machen, sich zu erholen und würde nicht dabei helfen, die Märkte wieder sicher zu machen.

(Die Sitzung wurde um 11.50 Uhr unterbrochen und um 12.05 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin! Ich beziehe mich auf Artikel 145 der Geschäftsordnung. In der Sitzung vom 24. April hat der Abgeordnete Hans-Peter Martin in meiner Abwesenheit während der Abstimmungen behauptet, es würde von meinem Platz von einer unbefugten Person widerrechtlich mit einer Stimmkarte abgestimmt. Das Präsidium hat das sofort als unrichtig zurückweisen können.

Ich verstehe nunmehr, dass gegenwärtig im Wahlkampf manche der Kollegen nervös werden. Dieser Vorgang kommt jedoch dem Vorwurf der Täuschung, des Betrugs und der ungerechtfertigten Bereicherung durch meine Person gleich. Das ist ein Vorwurf eines schweren strafrechtlichen Vergehens. Nachdem der Kollege Hans-Peter Martin dieses Haus, seine Mitglieder, sogar die Beamten und speziell seine österreichischen Kollegen immer wieder in der Öffentlichkeit mit Verzerrungen, Halbwahrheiten und Unwahrheiten diffamiert, denunziert und verleumdet, ist das Maß des Erträglichen für mich überschritten. Ich verlange eine Zurücknahme dieser Beschuldigung, eine Entschuldigung und eine Verurteilung durch das Präsidium!

(Beifall)

Präsidentin. – Danke, Herr Mölzer. Wie die Kolleginnen und Kollegen bereits wissen, wurde die Maschine letztes Mal überprüft und es wurde keine andere oder unangemessene Verwendung der Maschine festgestellt, somit hat sich diese Angelegenheit geklärt.

Ich sehe, dass Herr Hans-Peter Martin das Wort haben möchte. Ich erteile es Ihnen kurz.

(Ablehnendes Murmeln)

Hans-Peter Martin (NI). - Frau Präsidentin! Können Sie bitte für angemessene Ruhe im Saal sorgen?

(Heiterkeit)

Oder werde ich mit Tagegeldentzug bestraft, wenn ich es wage, hier zu rufen: Volksabstimmung?

Ich habe das Recht auf eine persönliche Bemerkung nach Artikel 149. Was der Kollege eben von sich gegeben hat, weise ich in aller Entschiedenheit zurück. Ich verweise darauf, was ich hier im Plenum in Abwesenheit eines Großteils der rechtsradikalen und der braunen Brut hinter mir tatsächlich gesagt habe. Dazu stehe ich. Und wenn mir Vorwürfe gemacht werden

(Zwischenrufe)

Sie hören hier noch ganz andere Zwischenrufe, die so grausig sind, dass ich sie hier nicht öffentlich wiedergeben will. Aber so sind die Rechtsradikalen. Das wissen wir aus der Geschichte, und das ist die ganz große Gefahr, die vor uns liegt.

Was den Vorwurf der Unrechtmäßigkeit meines Tuns betrifft, weise ich darauf hin, dass es zwar verschiedene Versuche der Kriminalisierung meiner Person gegeben hat, aber niemals je irgendwelche strafrechtlichen Ermittlungen, und zwar nicht, weil die österreichischen Richterinnen und Richter oder Staatsanwälte befangen gewesen wären, sondern weil sie gesehen haben, wie haltlos diese Anschuldigungen sind. Wenn Rechtsradikale jetzt mit solchen Argumenten in die Auseinandersetzung gehen, so muss es der Wähler bewerten.

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Präsidentin. – Wir haben Ihnen zugehört. Ich habe gesagt, die Angelegenheit wurde geklärt. Das reicht. Vielen Dank.

*

* *

Beniamino Donnici (ALDE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren - Frau Präsidentin, wie Ihnen bereits bekannt ist, jedoch vielen meiner Kollegen auf Grund eines extremen Informationsmangels seitens des Vorsitzes in dieser Angelegenheit, über die Stillschweigen bewahrt wird, hat der Europäische Gerichtshof schließlich ein Urteil in dem langen Disput gefällt, bei dem ich leider in Opposition zum Europäischen Parlament und Herrn Occhetto befinde.

Das Gericht hat den Beschluss, der von diesem Haus am 24. Mai gefällt wurde, mein Mandat nach der Proklamation der nationalen Behörden nicht zu bestätigen, widerrufen und das Europäische Parlament wurde angewiesen, die Kosten für das Verfahren zu übernehmen. Die rechtzeitige Entscheidung des Gerichts war die Wiederherstellung der legitimen Zusammensetzung des Parlaments, bevor das Mandat beendet war, aber Präsident Pöttering gab dieser Kammer am 4. Mai um 17 Uhr eine einseitige, zweideutige und verwirrende Sicht der Angelegenheit und rief erneut den Ausschuss zur Bestätigung meiner Befugnisse auf, obgleich er sich sehr wohl bewusst war, dass dies nur eine Notation war. Nicht nur dies, sondern er hat zudem keine außerordentliche Sitzung der Kommission anberaumt, da dies die letzte Sitzung der Amtsperiode des Parlaments war, sofern er sich nicht entscheidet, mein Mandat in die nächste Amtsperiode zu verlängern.

Ich ersuche den Vorsitz daher, diesen weiteren groben Fehler bis morgen zu korrigieren, um dem Urteil des Gerichtshofes zu entsprechen. Frau Präsidentin, ich hätte dem Europäischen Parlament gern diese große juristische Niederlage erspart, und trotz allem möchte ich Ihnen und meinen Kolleginnen und Kollegen meine Empfehlungen aussprechen.

Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Donnici. Ihre Anmerkungen wurden vermerkt und natürlich hat der Präsident eine Aussage am Montagnachmittag gemacht. Ihre Anmerkungen werden an die Vorstandssitzung heute Nachmittag weitergegeben.

4. Abstimmungsstunde

Präsident. – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die Abstimmung.

(Für die Ergebnisse und andere Einzelheiten zur Abstimmung: siehe das Sitzungsprotokoll.)

4.1. Zuständigkeiten der ständigen Ausschüsse (B6-0269/2009)

4.2. Zahl der interparlamentarischen Delegationen, der Delegationen in den gemischten parlamentarischen Ausschüssen, der Delegationen in den parlamentarischen Kooperationsausschüssen sowie in den multilateralen parlamentarischen Versammlungen (B6-0268/2009)

- Vor der Abstimmung:

Francis Wurtz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, meine Gruppe möchte eine separate Abstimmung über die letzte Einrückung des Absatzes 1 (a) mit dem Titel, und ich zitiere: „Delegation für Beziehungen mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo“. Unserer Meinung nach kommt dies *de facto* einer Anerkennung der Existenz des Kosovo gleich, was wir inakzeptabel finden.

Ich möchte daher, dass es uns möglich ist, über diesen Abschnitt separat abzustimmen.

Präsident. – Dieser Antrag geht außerhalb der Antragsfrist ein, aber wenn er angenommen wird ... Gibt es Einwände?

Bernd Posselt, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich habe schwere Einwände. Dieses Haus hat sich mit einer Dreiviertelmehrheit für die Unabhängigkeit des Kosovo ausgesprochen, wie die Kommission und fast alle Mitgliedstaaten. Ich finde das inakzeptabel!

(Das Parlament lehnte den Antrag auf eine getrennte Abstimmung ab.)

4.3. Aufhebung einer Richtlinie sowie 11 überholter Entscheidungen und Beschlüsse im Bereich der Gemeinsamen Fischereipolitik (A6-0203/2009, Philippe Morillon)

4.4. Aufhebung von 14 überholten Verordnungen im Bereich der Gemeinsamen Fischereipolitik (A6-0202/2009, Philippe Morillon)

4.5. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (A6-0259/2009, Petya Stavreva)

4.6. Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf das Petitionsverfahren (A6-0027/2009, Gérard Onesta)

4.7. Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006: Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens (A6-0278/2009, Reimer Böge)

4.8. Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2009 (A6-0281/2009, Jutta Haug)

4.9. Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2009 (A6-0282/2009, Jutta Haug)

4.10. Kennzeichnung von Fernsehgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch (B6-0260/2009)

4.11. Kennzeichnung von Haushaltskühlgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch (B6-0259/2009)

4.12. Jahresprogramm 2009 für das thematische Programm „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“ (Teil II: gezielte Vorhaben) (B6-0285/2009)

4.13. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (A6-0273/2009, Richard Corbett)

– Vor der Abstimmung über den Änderungsantrag 9:

Monica Frassoni, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, ich stelle den Antrag auf Rückführung in den Ausschuss, und ich würde gern den Grund dafür erklären. Bei der Diskussion über diese Gesetzgebung haben wir viel über Wirkungsabschätzungen gesprochen. Das heißt: jedes Mal, wenn Sie eine neue Regel einführen, müssen Sie in der Lage sein, ihre Wirkung zu prognostizieren. Bezüglich der neuen Regeln im Corbett-Bericht, über die wir heute abstimmen werden, verstehen wir die Folgen dieser drastischen Änderung unserer Gesetzgebung nicht, mit der wir zulassen, dass Ausschüsse und eine Vielzahl von Berichterstatteuren anwesend sein dürfen und einander vollkommen widersprechende Verfahren und Änderungen für die Abstimmung im Plenarsaal vorstellen können.

Daher verlangt die Verts/ALE-Fraktion eine Rückführung in den Ausschuss, nicht nur, weil wir glauben, dass wir die Situation nicht verbessern können, sondern weil dies das Durchboxen einer Reform beinhaltet, durch die unsere Gesetzgebung künftig sehr schwierig sein wird.

(Beifall)

Jo Leinen (PSE), *Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen*. – Frau Präsidentin! Die Reform der Europäischen Union ist schon schwer, aber die Reform des Europäischen Parlaments scheint noch schwerer zu sein. Ich muss allerdings der Kollegin Frassoni sagen, dass dieser Reformprozess jetzt zweieinhalb Jahre gedauert hat. Wir hatten eine Reformgruppe, der Monica Frassoni selbst angehört hat. Unser Ausschuss ist

den Schlussfolgerungen der Reformgruppe Punkt für Punkt gefolgt. Das heißt, wir legen hier dem Plenum etwas vor, das zweieinhalb Jahre beraten, diskutiert und entschieden wurde. Deshalb gibt es keinen Grund, diesen Punkt wieder zurückzuverweisen. Wir sollten heute diesen Schlussakt setzen und uns auf die neue Wahlperiode mit vielen Verbesserungen für unsere Arbeit vorbereiten. Also stimme ich gegen den Antrag von Monica Frassoni.

Richard Corbett, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, ich denke nicht, dass ich hier etwas ergänzen muss, außer dass die Rechtfertigung von Monica Frassoni in Bezug auf bestimmte Änderungsanträge einen Grund für sie darstellen kann, gegen diese Änderungsanträge zu stimmen. Sie sind ganz bestimmt kein Grund, die ganze Angelegenheit zurück an den Ausschuss zu geben, was die Annahme der für heute angesetzten Änderungsanträge ausschließen und äußerst unglücklich sein würde.

(Das Parlament lehnte den Antrag ab.)

– Vor der Abstimmung über die Änderungsanträge 49 und 67:

Richard Corbett, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, bevor Sie mit der Abstimmung über die Änderungsanträge 49 und 67 fortfahren, dürfte ich Sie bitten, die Abstimmungsreihenfolge zu ändern und zunächst die Abstimmung zum Änderungsantrag 67 durchzuführen? Es handelt sich dabei um einen späteren Kompromiss, der nach der Abstimmung im Ausschuss entstand. Ich denke, es wäre für uns hilfreicher, wenn wir so verfahren würden.

(Das Parlament gibt dem Antrag statt.)

(Die Sitzung wurde kurz unterbrochen.)

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

5. Ansprache des Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Wochen – zwischen dem 4. und 7. Juni – werden die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das Europäische Parlament neu wählen. Zum ersten Mal werden 375 Millionen Menschen aus allen 27 Mitgliedstaaten gemeinsam an den Europawahlen teilnehmen können.

Für viele von Ihnen ist dies die letzte Straßburg-Woche. Genauso ist es für mich die letzte Woche, in der ich den Vorsitz der Plenartagungen innehaben darf.

Wir alle wissen, dass Demokratie ihre Kraft auch aus dem steten Wandel schöpft. Dies gilt auch für jeden von uns. Gemeinsam haben wir eine gute Strecke des Weges zurückgelegt, aus dem ein zukunftsfähiges europäisches Gemeinwesen erwächst. Gemeinsam haben wir sehr viel erreichen können.

Wir waren erfolgreich, dies nicht allein in den letzten zweieinhalb Jahren meiner Amtszeit, sondern auch in der Amtszeit meines Vorgängers Josep Borrell Fontelles. Was wir in den letzten fünf Jahren erreicht haben, ist unser aller Leistung.

Ihnen allen möchte ich für Ihren großen Einsatz, für Ihre Leidenschaft für unsere gemeinsame europäische Sache von Herzen danken.

Als Europäisches Parlament sind wir die direkt gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, verkörpern die Vielfalt unseres europäischen Kontinents und spiegeln durch unsere politischen Familien die Mannigfaltigkeit der Überzeugungen und Standpunkte wieder. Mehr noch: Vor einigen Tagen haben wir den fünften Jahrestag der historischen Erweiterung der Europäischen Union, die Wiedervereinigung unseres Kontinents auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte gefeiert. „Wir sind zu unserem Glück vereint“, wie es so schön in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 heißt.

(Beifall)

Die erfolgreiche Integration der Abgeordneten der neuen 2004 und 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten und die Anpassung unserer parlamentarischen Arbeiten an ein größer und vielfältiger gewordenes Europäisches Parlament zählen sicherlich zu den bedeutenden Erfolgen dieser Wahlperiode.

Wir, die 785 Abgeordneten, haben gelernt aufeinander zuzugehen, voneinander zu lernen und so besser miteinander zu arbeiten. Das Europäische Parlament hat in dieser Zeit an Erfahrung, Stärke und kulturellem Reichtum dazu gewonnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neue Abgeordnete werden bald die Arbeit des Europäischen Parlaments beleben. Sie werden sich jenen anschließen, die im Juni wiedergewählt werden. Ich wünsche uns allen auch in Zukunft den Respekt voneinander, der uns über alle politischen und nationalen Grenzen hinweg verbindet.

In meiner Arbeit in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren habe ich mich von diesem Grundgefühl der parlamentarischen Arbeit leiten lassen. Ich habe für vielerlei Unterstützung, Ermutigung und Rat herzlich zu danken. Der Präsident ist verantwortlich für die Einhaltung aller Regeln des Europäischen Parlaments und muss sicherstellen, dass diese Regeln für alle Mitglieder gleich gelten und gleich angewandt werden, und dass die Würde unseres Parlaments stets gewahrt bleibt. Darum habe ich mich bemüht.

(Beifall)

Und ich möchte denjenigen, die ins Parlament kommen, sagen: Wir sind nur überzeugend, wenn wir die Würde dieses Europäischen Parlaments aufrechterhalten und sie immer auf der Grundlage unseres gemeinsamen Rechts verteidigen!

Heute werden nur sehr wenige Beschlüsse in der Europäischen Union ohne ausdrückliche Zustimmung und Mitwirkung des Europäischen Parlaments gefasst. In zunehmendem Maße hat sich das Europäische Parlament zum entscheidenden Ort der politischen Kompromissfindung auf europäischer Ebene entwickelt. Dies zeigte sich in den vergangenen Jahren zum Beispiel bei der Dienstleistungsrichtlinie und der Chemikalien-Verordnung „REACH“.

Auch bei der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 war die Mitgestaltung des Europäischen Parlaments wegweisend. Das Europäische Parlament hat es bewirkt, dass für die Programme zur Förderung der jungen Generation, wie Erasmus, die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt wurden. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben auch die Bekämpfung des Klimawandels ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dass wir zu einem annehmbaren Ergebnis gekommen sind, hat der Europäischen Union für die Verhandlungen auf der Kopenhagener Konferenz im Dezember große Glaubwürdigkeit verliehen.

Heute sind wir in unserem Bestreben nicht mehr allein: Die neue amerikanische Regierung mit Präsident Barack Obama ist dabei, viele unserer Vorschläge zu unterstützen. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die anderen Partner in der Welt für den Klimaschutz zu gewinnen. Oft hört man, dass andere die Führung übernehmen. Wir haben die Führung beim Kampf gegen den Klimawandel übernommen, und wir können stolz darauf sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Genauso ist die zurzeit stattfindende Reform der Finanzmarktordnung auf europäischer Ebene in vielerlei Hinsicht auf Initiative des Europäischen Parlaments erfolgt. Seit 2002 hat das Europäische Parlament eine bessere Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte gefordert. Alle Gesetzgebungsverfahren für eine bessere Banken- und Finanzaufsicht wie auch zur Regulierung der Hedgefonds und Managergehälter sollten so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

Mit seinen Beschlüssen hat das Europäische Parlament schon viele wichtige Zeichen gesetzt. Viel Arbeit liegt aber noch vor uns, und das neu gewählte Europäische Parlament wird diese Arbeit engagiert und entschlossen fortsetzen müssen, um auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft, wie sie im Vertrag von Lissabon definiert ist, Wege aus der Krise zu finden und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Rahmen der Globalisierung sozial zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die überwältigende Mehrheit des Europäischen Parlaments sieht sich als Motor des europäischen Einigungsprozesses. Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren die Debatte um die institutionelle Reform wiederbelebt und den Prozess, der zum Abschluss des Reformvertrags von Lissabon führte, vorangetrieben. Es ist uns dabei gelungen, dass die Grundprinzipien, die wir immer vertreten haben, auch im Lissabonner Vertrag erhalten bleiben.

Der Vertrag von Lissabon enthält die zentralen Reformen, um die europäischen Institutionen demokratischer, transparenter und handlungsfähiger zu gestalten. Wir sollten gemeinsam alle Kraft darauf verwenden, dass der Vertrag von Lissabon Anfang kommenden Jahres in Kraft treten kann. Wir hoffen heute auf ein positives Ergebnis im tschechischen Senat in Prag.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Wochen jährt sich der dreißigste Geburtstag des Europäischen Parlaments als direkt gewählte demokratische Institution der Europäischen Union; und heute steht dieses Europäische Parlament im Zentrum einer europäischen parlamentarischen Demokratie, von der wir 1979 nur träumen konnten. Gemeinsam haben wir die parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union und darüber hinaus vorangetrieben.

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute Partner. Unsere Arbeit ergänzt sich. Wir haben unsere Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten vertieft und regelmäßige Treffen abgehalten, um gemeinsam die wichtigen aktuellen Fragen voranzutreiben.

Zugleich ist die Entwicklung unserer Beziehungen zu den Parlamenten in Drittstaaten ein Kernanliegen unseres Bemühens gewesen. Heute ist das Europäische Parlament ein geachteter Partner in der Welt, ein Anwalt für Menschenrechte und Demokratie. Und so muss es auch in Zukunft sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich darum bemüht, dass das Europäische Parlament durch seinen Präsidenten und durch Vertreter der politischen Fraktionen in den für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft wichtigen Gremien vertreten ist. Wir können feststellen, dass der Präsident des Europäischen Parlaments jetzt an den jährlichen Treffen der Parlamentpräsidenten der G8 ebenso wie an den Gipfeltreffen mit Drittländern wie EU-Afrika, EU-Lateinamerika und EU-USA teilnimmt. Morgen früh werde ich in Prag am Troika-Gipfel über Beschäftigung und morgen Nachmittag am Gipfel zum Start der Östlichen Partnerschaft teilnehmen.

Es ist auch eine Errungenschaft dieser Wahlperiode, dass sich die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der Europäischen Räte nicht mehr allein auf die Eröffnungsrede des Präsidenten des Europäischen Parlaments beschränkt. Mittlerweile nimmt das Europäische Parlament auch an den institutionellen und konstitutionellen Beratungen der Gipfel teil. Bei der Regierungskonferenz, die zur Einigung über den Lissabonner Vertrag führte, war das Europäische Parlament auf Ebene der Staats- und Regierungschefs durch seinen Präsidenten und in der Regierungskonferenz selbst durch eine aus drei Abgeordneten bestehende Delegation vollständig mitbeteiligt. Dies ist ein großer Fortschritt.

Und nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Reform unserer eigenen Arbeiten: Ein bedeutendes Vorhaben war und ist die Reform der Arbeitsmethoden und Verfahren unseres Europäischen Parlaments. Die Konferenz der Präsidenten hat hierzu eine mit einem detaillierten Mandat ausgestattete Arbeitsgruppe eingesetzt, in der alle Fraktionen vertreten waren. Die Arbeiten sind erfolgreich zum Abschluss gekommen. Vieles – ungefähr 80 Prozent dessen, was von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wurde – ist verwirklicht und umgesetzt worden. Dazu gehören die Neugestaltung der Plenardebatten, die Reform des Gesetzgebungsprozesses, die Verbesserung der Ausschussarbeit mit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen sowie die Möglichkeit legislativer Initiativberichte oder abweichender Beschlüsse.

Ganz besonders möchte ich heute der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Dagmar Roth-Behrendt, und ihren – unseren – Kolleginnen und Kollegen für ihren besonderen Einsatz herzlich danken.

(Beifall)

Gemeinsam ist es uns gelungen, die Arbeitsmethoden des Europäischen Parlaments an die veränderten politischen Gegebenheiten anzupassen. Jetzt verfügen wir über modernisierte Verfahren und neu gestaltete Arbeitsmethoden, und das ist eine gute Grundlage für die Arbeit in der neuen Wahlperiode.

Darüber hinaus haben wir uns im Präsidium des Parlaments bemüht, die Verwaltung des Europäischen Parlaments zu verbessern, die alltägliche Arbeit der Abgeordneten zu erleichtern sowie die Kommunikationswege zu den Bürgerinnen und Bürgern mit der Einführung des Web-TV oder der Jugend-, Bürger- und Journalisten-Preise zu modernisieren.

Mit der neuen Wahlperiode tritt das Abgeordnetenstatut in Kraft, an dem wir viele Jahre gearbeitet haben. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Ordnung der uns als Abgeordnete betreffenden Finanzen, zu Transparenz und Öffentlichkeit.

Ebenso ist die Annahme eines klaren und transparenten juristischen Statuts für Assistenten ein wichtiger Fortschritt und Erfolg, den wir allen unseren parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute den Kerngedanken abschließend wiederholen und bekräftigen, der für mich das Werk der europäischen Einigung bestimmt: Wir sind der Würde jedes einzelnen Menschen verpflichtet. Sie ist der höchste Wert. Sie verbindet uns in der Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Die Würde des Menschen stets zu achten – das ist die ethische Antwort auf die moralischen Krisen in Europas Vergangenheit.

(Beifall)

Daraus leitet sich für uns das Gebot des unbedingten Schutzes der Menschenwürde und der Förderung des Dialogs der Kulturen ab, die auch Leitlinien während meiner Amtszeit gewesen sind.

Bleibende Impulse sind von dem Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs ausgegangen, sei es der Dialog im Rahmen der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung, die Begegnungen junger Menschen verschiedener Glaubensgemeinschaften – auch aus Israel und Palästina – oder die arabischen und afrikanischen Wochen, die im Europäischen Parlament abgehalten wurden.

Wir haben das Fundament eines auf Dauer angelegten Dialogs gelegt, der uns auch in Zukunft weiterhin orientieren, inspirieren und verpflichten muss.

Der friedliche Ausgleich im Nahen Osten ist auch für das friedliche Zusammenleben zwischen Christen, Juden und Muslimen und den Menschen in der Europäischen Union und auf der ganzen Welt ausschlaggebend. Gaza und die Westbank sind nicht irgendwo, sondern liegen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft am Mittelmeer. Wir müssen als Europäische Union international selbstbewusster auftreten und unseren Beitrag zum Frieden und zur Stabilität im Nahen Osten leisten.

Als Parlamentarier können wir eine zusätzliche Perspektive in den Beziehungen zum Nahen Osten anbieten, weil wir außerhalb der herkömmlichen diplomatischen Wege denken und handeln können. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich mich für die Gründung einer neuen sich mit dem Nahen Osten befassenden Arbeitsgruppe eingesetzt. Gerade angesichts neuer Entwicklungen im Nahen Osten ist es wichtig, dass wir uns entschlossen für die Zwei-Staaten-Lösung einsetzen – Israel in sicheren Grenzen und ein Staat Palästina in sicheren Grenzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Prinzipien in Frage gestellt werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend sagen: In unserer alltäglichen Arbeit befassen wir uns mit einer Vielfalt von Themen, manchmal mit sehr fachspezifischen Angelegenheiten. Dabei sollten wir aber niemals unsere Wurzeln vergessen und die Werte, die uns verbinden, niemals aus den Augen verlieren. Es hat lange gedauert, ehe die heutige freie, friedliche und sozial verpflichtete Europäische Union entstanden ist.

Die Fundamente, auf die sich die Europäische Union gründet, müssen wir mit Leben erfüllen. Deshalb bin ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders dankbar, dass Sie meine Initiative für den Aufbau eines „Hauses der Europäischen Geschichte“ so ermutigend unterstützt haben und weiter unterstützen. Ich möchte insbesondere dem Vizepräsidenten Miguel Angel Martínez Martínez für seine stete Unterstützung dabei danken, aber auch Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses „Haus der Europäischen Geschichte“ soll als Ort der Erinnerung und der Erneuerung unseres europäischen Selbstverständnisses dienen. Heute sind die grundlegenden Entscheidungen für die Gründung dieses Hauses getroffen.

Gestern fanden die konstituierenden Sitzungen der zwei Aufsichtsgremien statt. Ich werde mich mit Ihrer Unterstützung – und natürlich falls ich am 7. Juni als Abgeordneter wiedergewählt werde – der Aufgabe widmen, dass das „Haus der Europäischen Geschichte“ bis zum Ende der nächsten Wahlperiode im Jahre 2014 verwirklicht wird.

2014 erinnern wir uns des einhundertsten Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges. Einhundert Jahre später leben wir in einem erneuerten Europa des Friedens, der Freiheit und der Einheit.

In unserem stetigen Streben werden wir von vielen unterstützt. Ganz besonders danke ich an dieser Stelle ausdrücklich allen so engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung des Europäischen Parlaments, insbesondere auch unserem neuen Generalsekretär Klaus Welle und seinem Stellvertreter David Harley, ohne deren Einsatz, Sachkenntnis und Engagement unsere politische Arbeit nicht möglich wäre.

(Beifall)

Sie verdienen unseren Dank, unsere Unterstützung und unsere Wertschätzung!

Ich danke auch herzlich meinen persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kabinett, vor allem aber danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir hatten eben noch eine Sitzung der Konferenz der Präsidenten, wir hatten am Montagabend eine Sitzung des Präsidiums, und wir werden heute noch eine weitere Sitzung haben. Wenn es um wirkliche Substanzfragen der europäischen Demokratie ging, hat es kaum strittige, wirklich kontroverse Entscheidungen gegeben, sondern in den Grundfragen waren wir uns einig. Es ist ein Band des Vertrauens entstanden, und dafür möchte ich von Herzen danken.

Wir haben zusammen vieles erreicht und müssen nun erneut das Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler erwerben. Wir tun dies in tiefer Überzeugung über den historisch richtigen Weg, den wir mit der europäischen Einigung gehen. Der vor uns liegende Europawahlkampf gibt uns die Chance, mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber zu sprechen, warum die Europäische Union notwendig ist. Ich möchte alle Bürgerinnen und Bürger auffordern, sich an den Wahlen zu beteiligen und ihre Stimme für eine gute Zukunft Europas im 21. Jahrhundert abzugeben.

Viel Arbeit wartet auf das neu zu wählende Parlament: ein Beitrag zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Verwirklichung einer europäischen Energiepolitik, der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft, mehr Sicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, Frieden und Stabilität weltweit. Das neu gewählte Europäische Parlament kann auf eine gute Bilanz unserer Arbeit aufbauen.

Die Arbeit in den vergangenen zweieinhalb Jahren als Präsident des Europäischen Parlaments war eine große Herausforderung, die ich mit sehr großer Freude und auch mit viel Hingabe erfüllt habe und bis zum 14. Juli weiterhin erfüllen werde. Europa zu dienen, ist ein großes Privileg.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Vertrauen und für jeden Moment dieser gemeinsamen Arbeit am Werk der Einheit Europas! Ich wünsche Ihnen persönlich für die Zukunft von Herzen alles Gute!

(Anhaltender Beifall)

Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, mein lieber Herr Pöttering, meine Damen und Herren, dieses Parlament ist die Stimme von 500 Millionen Europäern und sie sind sich dessen nicht in ausreichendem Maß bewusst.

Sie sind sich sogar noch weniger dessen bewusst, dass dieses Parlament über ein Herz und eine Seele verfügt. Herr Pöttering, während der zweieinhalb Jahre Ihres Vorsitzes waren Sie nicht nur der Sprecher der Bürger, sondern haben auch das Herz, die Großzügigkeit und die Solidarität von Europa repräsentiert. Einige sagen, es sei nicht möglich, sich in Europa zu verlieben; Sie haben das Gegenteil bewiesen.

Obgleich diese Amtsperiode des Parlaments zu einem Ende kommt, möchte ich betonen, wie weit die europäische Integration fortgeschritten ist und wie maßgeblich unser Parlament unter Ihrer Führung dazu beigetragen hat. Ich werde nur die bemerkenswertesten Beispiele dafür erwähnen, auf die Sie sich bereits bezogen haben: Das Energie- und Klimawandelpaket, die Dienstleistungsrichtlinie, die Finanzperspektive 2007-2013 und unlängst die Regulierung der Finanzmärkte.

Statt mich allerdings durch eine lange Liste von Richtlinien und Vorschriften zu kämpfen, möchte ich lieber betonen, welche große Bedeutung unserer Arbeit – die häufig sehr technische Gesetzgebung, über die wir debattieren und die wir hier annehmen – hat. Diese Bedeutung liegt im allgemeinen Interesse aller Europäer. Es wird oft gesagt, dass sich Europa von seinen Bürgern entfernt hat, aber sind Angelegenheiten, wie die Sicherheit von Spielzeug, die Erforschung der Vorbeugung seltener Krankheiten oder der Alzheimer-Krankheit, Verbraucherschutz, Umweltschutzmaßnahmen und der Kampf gegen die globale Erwärmung, die Energiepolitik oder die Verteidigung der Menschenrechte überall auf der Welt dem täglichen Leben der Bürger wirklich so fern?

Unter Ihrem Vorsitz hat dieses Parlament andere wesentliche Fortschritte erlebt. Ich denke an die interne Reform, die Sie zur Reife gebracht haben, und die unsere Institution transparenter und effektiver machen wird, und an die neue Satzung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und ihre Assistenten. Während Ihrer Präsidentschaft hat dieses Parlament die Initiativen im Rahmen des europäischen Jahrs des interkulturellen Dialogs vervielfältigt, um so der großen Vielzahl der Kulturen und Glaubensrichtungen in unserer Gesellschaft gerecht zu werden und das bestmögliche Image von Europa auszusenden: das von Offenheit und Toleranz. Während Ihrer Präsidentschaft hat das Parlament die Bedeutung gesehen, die der Zukunft der Mittelmeerregion und seinem Wunsch nach Frieden im Nahen Osten zukommt.

Herr Präsident, am 25. März 2007 haben Sie in unserem Namen die Berliner Erklärung zum Gedenken an 50 Jahre Europäische Union unterzeichnet. Diese Erklärung ist eine Erinnerung für all diejenigen, die das Ziel in unserer täglichen Arbeit aus den Augen verloren haben - mit anderen Worten, die Integration eines freien, demokratischen, toleranten Europas, das die Rechtsstaatlichkeit achtet. Indem Sie die Initiative zum Bau eines Hauses der europäischen Geschichte ergriffen haben, geben Sie der Arbeit, die Sie selber und Ihre Vorgänger geleistet haben sowie von all diejenigen, die in ihrer eigenen Art zu unserer gemeinsamen Geschichte beigetragen haben, eine bleibende Dimension.

Für alle dies möchte ich mich einfach bei Ihnen bedanken, Herr Präsident.

(Beifall)

Martin Schulz, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Tag, zu danken, Ihnen für Ihre Arbeit zu danken, Herr Präsident. Ich will im Namen meiner Fraktion sagen: Sie haben Ihr Amt mit großer Würde ausgeübt. Sie haben durch die Art, in der Sie den Vorsitz in diesem Hause geführt haben, dem Parlament Würde verliehen.

Es ist nicht die Stunde, Bilanz über Ihre Arbeit zu ziehen. Auch die Bilanz eines Präsidenten des Europäischen Parlaments unterliegt immer politischen Bewertungen. Man kann mit dem einen oder anderen einverstanden sein oder nicht. Die Bilanz an einem solchen Tag muss sich darauf konzentrieren: Was hat der Präsident für den Erfolg dieses Hauses beigetragen? Sie haben Ihre Bilanz vorgetragen. Dieser Bilanz gibt es nichts hinzuzufügen. Also bleibt die Frage: Was hat die Persönlichkeit für das Haus getan? Hierzu ist für mich und meine Kolleginnen und Kollegen in unserer Fraktion festzustellen, dass Sie diesem Haus Würde verliehen haben – Würde nach innen und Würde nach außen.

Dieses Haus trägt sich nicht immer würdig. Das ist aber in allen Parlamenten dieser Welt so. Die Würde einer multinationalen Parlamentarierversammlung, einer Versammlung von weit über 700 Abgeordneten aus 27 Staaten, die acht verschiedenen parlamentarischen Gruppierungen angehören, die unterschiedlichen Religionen angehören, die unterschiedliche Hautfarben haben, die aus unterschiedlichen politischen Traditionen kommen, die unterschiedliche historische Entwicklungen erlebt haben, muss gewahrt werden. Diese zusammenzufügen und ihnen durch die eigene Repräsentanz eine Einheit zu verleihen, ist schwer. Genau das haben Sie gut gemacht. Dafür gebührt Ihnen unser großer Dank!

(Beifall)

Herr Präsident, es gibt viele Aktivitäten, die Sie in dieser zweieinhalbjährigen Amtszeit in Angriff genommen haben. Ich will zur Untermauerung dessen, was ich über Ihre Amtsführung gesagt habe, für unsere Fraktion einen Punkt herausgreifen, an dem wir zu hundert Prozent Ihrer Meinung waren und wo Sie weit über die Grenzen der politischen Gräben hinaus diesem Haus eine Stimme verliehen haben – und damit entrechteten Menschen in dieser Welt eine Stimme verliehen haben –, an einem Ort, der ebenso zusammengesetzt ist, wie ich es gerade beschrieben habe. Sie haben auch in Zeiten, als das nicht opportun war, Ihre Stimme erhoben gegen den Ort der Schande in Guantánamo. Das, Herr Präsident, wird eine bleibende Wegmarke in Ihrer Amtszeit bleiben! Damit haben Sie gezeigt, dass Sie Ihrem selbst gesetzten Anspruch, auf der einen Seite ein toleranter und weltoffener Mensch zu sein und auf der anderen Seite Ihrem christlichen Grundverständnis verpflichtet zu sein, gerecht werden!

Aber die Gesamtheit der Menschenwürde, ob sie aus der Tradition der Aufklärung oder – wie bei Ihnen – aus einer religiösen Orientierung kommt, in den Mittelpunkt Ihres Handelns zu stellen, hat Sie als einen guten Präsidenten des Europäischen Parlaments qualifiziert, und als ein solcher werden Sie uns in Erinnerung bleiben. Vielen Dank!

(Starker Beifall)

Graham Watson, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Ihre Worte heute waren ein typisches Beispiel für Ihre Zeit als Präsident. Unsere Gruppen mögen nicht immer einer Meinung sein, aber während Ihres Mandats haben Sie sich als ein ehrlicher, fairer und einigender Mensch erwiesen, der seine vielen Leistungen hinter einer großen Bescheidenheit verbirgt.

Sie wurden auf der Basis Ihres Gelöbnisses, unser Haus in den interkulturellen Dialog einzubringen, gewählt, aber Ihre Leistungen reichen weit darüber hinaus. Bezüglich der Entschädigungen der Mitglieder haben Sie die von Pat Cox begonnene wichtige Arbeit zu Ende geführt. Bei den parlamentarischen Verfahren haben Sie die Reformen, die viele von uns schon lange verlangt haben, überwacht und durch Initiativen wie Europarl TV haben Sie moderne Wege zur Kommunikation mit unseren Bürgern gefördert. Das ist ein

Leistungsnachweis, auf den Sie stolz sein können, und ein Vermächtnis, auf das Ihre Nachfolger aufbauen sollten.

Ich hoffe, Sie werden über Ihre Erfahrungen und Eindrücke schreiben. Sie sind zu interessant, um einfach so in Vergessenheit zu geraten. Darüber hinaus gibt es, wie der Dichter Emerson uns gelehrt hat, so etwas wie Geschichte nicht, nur Biographie. Dieses Parlament ist über die Jahre immer mächtiger geworden. Unter dem Vertrag von Lissabon, falls und wenn dieser schließlich ratifiziert wird, wird es noch mächtiger sein. Es wird interessant sein zu sehen, welche Pläne die künftigen Präsidenten einbringen werden, um die Rolle, die Sie gespielt haben, noch zu erweitern und dabei die allgemeinen Werte und Prinzipien, die wir hochhalten, zu projizieren.

Aber heute denke ich, dass ich im Namen vieler spreche, wenn ich sage, dass Sie sich unseren Respekt und unsere Zuneigung verdient haben. Wie bei Ihnen ist dies meine letzte Plenarsaalrede in meiner gegenwärtigen Funktion. Ich habe meine Gruppe seit 2002 angeführt und spüre nun das, was wir auf Englisch "The Seven-Year Itch" nennen - das Jucken nach sieben Jahren. Obgleich ich nicht mehr auf diesem Platz sitzen werde, weiß ich, dass Sie sich der Tatsache bewusst sind, dass ich gern einmal dort sitzen würde, wo Sie jetzt sitzen. Herr Präsident, im Namen meiner Fraktion möchte ich Ihnen danken. Ich danke den Sitzungsdiensten und den Dolmetschern und allen Mitarbeitern, die zu der guten Arbeit beigetragen haben, die Sie als Präsident unseres Hauses geleistet haben.

(Beifall)

Cristiana Muscardini, im Namen der UEN-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in dieser Amtsperiode hat das Parlament - besonders unter Ihrer Präsidentschaft, seine Fähigkeiten verstärkt, einen politischen Einfluss auf die Zukunft der Union zu nehmen, obgleich wir noch auf den neuen Vertrag warten müssen, um die Realisierung der ehrgeizigen Ziele derer, die stets an die Notwendigkeit einer stärkeren legislativen Macht für unsere Institution geglaubt haben, zu erleben, was durch die Wahl der Bürgern aus 27 Ländern weltweit einzigartig ist.

Ereignisse - in vielen Fällen tragische - sind einander in dieser Amtsperiode dicht auf dicht gefolgt, und in vielen Fällen, insbesondere während der letzten zweieinhalb Jahre, war das Parlament durch Sie, Herr Präsident, in der Lage, eine wesentliche Rolle bei den Mediationsvorschlägen zu spielen. Uns kommt eine immer offensichtlichere politische Rolle zu, die uns helfen muss, die Parteidifferenzen, die uns in unseren eigenen Ländern spalten, zu überwinden, sodass wir gemeinsame Ziele im allgemeinen Interesse unserer Völker erreichen und so für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit in der Welt sorgen können.

Als die Amtsperiode des Parlaments begann, haben wir endlich erlebt, dass uns Nationen beitraten, die Ihrer Freiheiten viele Jahre lang beraubt waren, und die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien während der Amtsperiode des Parlaments hat das Image, das die Welt von Europa hat, gestärkt, das Image eines Europas, das in der Lage ist, Einheit durch die Achtung von Unterschieden zu erreichen.

Wir beschließen die Amtsperiode des Parlaments inmitten einer Wirtschaftskrise, die uns verdeutlicht hat, dass wir es mit einer systemischen Krise zu tun haben. Daher muss das neue Parlament auch als Antriebskraft fungieren, durch die die Gesellschaft die Werte wieder entdeckt, die heutzutage so häufig vernachlässigt werden. Jetzt mehr denn je stellt die parlamentarische Demokratie in Europa und auf nationaler Ebene eine Garantie für Freiheit dar.

Herr Präsident, ich möchte Ihnen im Namen meiner Fraktion und persönlich für Ihr Engagement danken – Sie haben uns alle vertreten – sowie für den großartigen Beitrag, den Sie für den Aufbau des Rufs unserer Institution geleistet haben, für den wir nicht nur immer mehr Transparenz verlangen, sondern auch gebührende Aufmerksamkeit von bestimmten Teilen der Medien, die sich nur deshalb für Europa interessieren, um kleinliche, vergebliche Debatten anzukurbeln, statt zum Wachstum des allgemeinen Bewusstseins und des gemeinsamen Fortschritts beizutragen.

Herr Präsident, nach den 20 Jahren, die ich in diesem Parlament zugebracht habe, halte ich es für meine Pflicht, mich Ihnen, der Sie mich in dieser Kammer so großartig vertreten haben, anzuschließen und den Millionen europäischen Bürgern zu danken, die durch ihre tägliche Mühen und ihren Respekt für die Grundsätze der Solidarität, Gerechtigkeit und der Wurzeln unserer Vergangenheit zur Entwicklung einer Gesellschaft beitragen, die die Rechte mehr achtet und sich der Pflichten stärker bewusst ist.

Monica Frassonì, im Namen der Vets/ALE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren - Herr Präsident, Sie hatten das immense Privileg, den Vorsitz über die originellste Institution der Welt zu führen,

und wir in der Gruppe der Grünen/der Europäischen Freien Allianz sind uns sicher, dass Sie dies mit Motivation und Leidenschaft getan haben, und wir danken Ihnen dafür.

Als ich vor zweieinhalb Jahren im Namen meiner Fraktion gegen Sie für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments kandidiert habe, war es mir äußerst wichtig, dass der Präsident des Parlaments eine Institution frei von den Interessen der Mitgliedstaaten und dem Druck der Finanzlobbys vertritt, um eine gleichermaßen freie Administration, die auf der Basis des Verdienstes und nicht der politischen Loyalität gewählt ist, zu leiten und um in der Lage zu sein, zu einer immer stärker geteilten und gleichgültigen Öffentlichkeit zu sprechen. Zu jener Zeit haben wir die gemeinsame Entscheidung von Ihnen und der sozialistischen Gruppe im Europäischen Parlament, jeden Versuch für eine Wiederaufnahme der konstitutionellen Debatte nach den Volksabstimmungen von 2005 auszuschließen, heftig kritisiert, ein enormer Fehler, der es den Staaten leichter machte, den Prozess der europäischen Reform wieder an sich zu bringen.

Zweieinhalb Jahre später beurteilen wir von der Grünen/ ALE-Fraktion Ihre Arbeit, Präsident Pöttering, als eine Arbeit mit ihren Höhen und Tiefen. Wir haben Ihre Arbeit im Nahen Osten gebilligt und unterstützt, insbesondere Ihre Arbeit im Vorsitz der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer. Wir haben Ihren unerschütterlichen pro-europäischen Glauben, das Konzept eines Parlaments, das seinen Bürgern, Gruppen, Verbänden und den mutigsten kulturellen Initiativen offen steht sowie Ihre Standfestigkeit bezüglich der Statuts für Assistenten geschätzt.

Ebenfalls als positiv haben wir Ihr entschlossenes Engagement für die Grundrechte selbst an Orten, die nicht komfortabel zusammen mit der Mehrheit des Europäischen Parlaments sitzen, von Russland bis China, erachtet, wie auch Ihre neuen grünen Empfehlungen, die sich vor kurzem durch Ihre Kommentare zum Klimawandel noch bestätigt haben.

Und doch ist auch klar, Herr Präsident, dass unser Parlament unter Ihrem Vorsitz seine graduelle Wandlung von einer Institution, die Demokratie fordert und dafür kämpft, zu einer Versammlung, die allzu häufig unterwürfig ist und vorsichtig darauf achtet, nicht diese oder jene Regierung aufzuschrecken, fortgesetzt hat. Es hat sich damit abgefunden, diesen Kampf nicht zu wagen, bzw. nur in privilegierten Bereichen, je nachdem, worin die Wähler Einblick haben, für Transparenz zu sorgen – man denke nur an den gesamten orchestrierten Misserfolg des Arbeitsausschusses zu Lobbys, dessen Arbeit heute ein Ende gefunden hat, ohne etwas zu erreichen, außer eine äußerst explizite Resolution, die vor einem Jahr genehmigt wurde, oder das Schweigen in der Angelegenheit der beiden Sitze in Straßburg und Brüssel und in der Angelegenheit der Verschwendung von Geld und CO₂, die für unsere Wählerschaft einfach unverständlich ist.

Herr Präsident, ich komme nun zum Ende. Durch die aufeinander folgenden Reformen der Bestimmungen hat Ihre Präsidentschaft, was die Förderung der Arbeit der Ausschüsse und die Funktion der einzelnen MdEPs anbelangt, auch die Schirmherrschaft über die allmähliche Zentralisierung in die Hände einiger weniger in unserer Institution übernommen.

Herr Präsident, vielleicht wird es im neuen Parlament eine neue Mehrheit geben, aber über eines sind wir uns jedoch sicher: der lange Kampf für eine starke, geachtete, pluralistische und mitfühlende europäische Demokratie ist nicht vorüber, und wenigstens darin werden wir Sie stets an unserer Seite wissen.

Francis Wurtz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Ihre Präsidentschaft – wie Sie gerade selber ausgeführt haben – zeichnete sich durch Ereignisse von maßgeblicher politischer Bedeutung aus, die mehr als nur ein Mal eine Herausforderung für Europa und gleichzeitig für unser Parlament darstellten.

Einige davon sind unionsintern, insbesondere, was viele als die institutionelle Krise bezeichnen, und die ich statt dessen als zusätzliches Symptom einer Vertrauens- oder Legitimitätskrise in Bezug auf das aktuelle europäische Modell bei einer wachsenden Anzahl unserer Mitbürger deuten würde.

Andere haben eine internationale Dimension, wie der Konflikt im Nahen Osten, den Sie erwähnten. Letzterer ist noch weit von einem gerechten und nachhaltigen Frieden entfernt und verschlechtert sich vor unseren Augen. Er vergiftet die internationalen Beziehungen und bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaften.

Andere Krisen erschüttern schließlich den gesamten Planeten, wie die Umweltkrise und letztendlich auch die Finanz-, Wirtschaftskrise, die gesellschaftliche und die politische Krise, die uns bestimmte gesellschaftliche oder in der Tat zivilisationsbedingte Wahlen aufdrängen.

In diesem außergewöhnlich komplexen Kontext mussten Sie das Europäische Parlament leiten und es vor unseren Mitgliedstaaten und vor den Augen der Welt vertreten. Meine Fraktion und ich sind der Ansicht, dass Sie Ihre Pflicht ehrenvoll erfüllt haben.

Natürlich sind unsere politischen Wahlen ganz offenkundig anders und differieren gelegentlich. Aber es ist genau diese Fähigkeit, die notwendigen und gesunden Konflikte und Konzepte in Einklang zu bringen und dabei jeden zu achten, angesichts derer der Inhaber eines so hohen Amtes, wie dem Ihren, beurteilt wird.

Ich als Vorsitzender einer Minderheitengruppe, die laut Meinung vieler Menschen Ideen außerhalb der aktuellen und etablierten Hauptrichtung äußert, kann sagen, dass ich mich während Ihrer Präsidentschaft wohl gefühlt habe. Besser noch, zwar lassen sich unsere politischen Differenzen naturgemäß nicht beilegen, aber unsere Beziehung als Menschen wurde dadurch merklich bereichert.

Herr Präsident, wir kennen einander nun seit 30 Jahren. Wir haben uns in den letzten 10 Jahren unserer hervorragenden Zusammenarbeit in der Konferenz der Vorsitzenden erst richtig kennen gelernt. Ich weiß Ihre persönliche Ethik, die es Ihnen ermöglicht hat, zu erkennen – zumindest denke ich dies – dass es möglich ist, gleichzeitig ein Kommunist, ein Demokrat, ein Europäer und ein Humanist zu sein. Vielen Dank.

(Beifall)

Der Präsident. – Herzlichen Dank, Francis Wurtz! Sie werden mir gestatten, liebe Kolleginnen und Kollegen, Francis Wurtz, der seit 1979 dem Parlament angehört und das Parlament nun verlassen wird, in Ihrer aller Namen zu danken. Unser Dank gilt ebenso drei weiteren Kollegen, die seit 1979 hier sind und ausscheiden werden: Klaus Hänsch, unser früherer Präsident, Ingo Friedrich, früherer Vizepräsident und Quästor, und Karl von Wogau, ehemaliger Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses, jetzt des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung. Ich möchte diesen vier und allen ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen in Ihrer aller Namen ein herzliches Wort des Dankes für ihr großes Engagement sagen. Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Nigel Farage, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – Herr Präsident, die Fraktion für Unabhängigkeit und Demokratie hat versucht, über die gesamte Amtsperiode des Parlaments hilfreich, positiv und konstruktiv zu sein.

(Gemischte Reaktionen)

Ja, denn wir waren die Stimme der Opposition und in einer Demokratie ist Opposition äußerst wichtig. Lebenswichtig. Aber leider sind Sie, wie Präsident Václav Klaus bei seinem Besuch hier bereits sagte, nicht wirklich der Ansicht, dass es eine alternative Ansicht geben sollte, und somit war Ihre Präsidentschaft durch eine Weise gekennzeichnet ist, die von starken Vorurteilen in Bezug auf die Behandlung der Mitglieder dieses Hauses, die aufgestanden sind und sich gegen die Verfassung/den Vertrag von Lissabon ausgesprochen haben, geprägt.

Der entscheidende Augenblick für mich in diesem Haus war, als die Franzosen „Nein“ sagten, die Niederländer „Nein“ sagten und die Iren „Nein“ sagten und dieses Parlament die Wünsche des Volkes weiterhin absichtlich ignorierte. Sie begreifen es einfach nicht, oder? „Nein“ bedeutet „Nein“, und es ist einfach unglaublich, dass 499 Mitglieder dieses Hauses dafür abstimmten, die „Nein“-Stimme der Iren zu ignorieren und mit dem Vertrag fortzufahren. Was für ein Parlament ist das? Wenn Sie an Demokratie glaubten, hätten Sie diese drei Volksentscheidungsresultate nicht einfach beiseite gefegt.

Schlimmer noch, Sie fürchten nun die öffentliche Meinung so sehr – Sie wissen, dass Sie den Streit verlieren – dass Sie nun so tief gesunken sind, um Missbrauch zu betreiben. Herr Watson sagte, ich würde mich wie ein englischer Fußballrowdy benehmen, dabei habe ich nur vorsichtig darauf hingewiesen, dass Kommissar Barrot ein überführter Veruntreuer ist. Gary Titley meinte, ich sei ein paranoider Reaktionär, der am Rand der Gesellschaft leben würde. Da ist vielleicht etwas dran, ich weiß es nicht; aber Danny Cohn-Bendit, der bedeutende Verfechter der Redefreiheit, sagte, dass die Gegner des Vertrags geistig krank seien, und Martin Schulz, der Anführer der Sozialisten, sagte nach einer der „Nein“-Abstimmungen, dass wir uns nicht dem Populismus unterwerfen dürften, und dass die „Nein“-Abstimmungen dem Faschismus die Tür öffnen würden.

Ich hoffe, dass die Wähler in Europa in den nächsten vier Wochen in dieser Kampagne das wahre Gesicht dieses Projekts erkennen werden. Sie sind nationalistisch; Sie drangsalieren; Sie bedrohen; Sie sind antidemokratisch; Sie sind ein reiner Poser!

(Beifall)

Präsident. – Dass Sie hier eine solche Rede halten können, zeigt, dass es sich hier um ein freies und demokratisches Europäisches Parlament handelt!

(Beifall)

Daniel Hannan (NI). – Herr Präsident, einige meiner Kolleginnen und Kollegen finden es möglicherweise schwer zu glauben, aber ich werde Sie vermissen. In all der Zeit, die ich Sie kenne, zunächst als Anführer der Christdemokraten, dann als Präsident dieses Parlaments, sind Sie ein Muster an Würde, Selbstbeherrschung und Höflichkeit gewesen. Sie sind sowohl anglophil als auch europhil, und Sie repräsentieren das absolut Beste der integrationalistischen Tradition. Sie werden jedoch sehr erleichtert sein zu hören, dass ich mich nicht daran erinnern kann, je mit Ihnen übereingestimmt zu haben.

(Lachen)

Aber in der Karriere, die wir beide gewählt haben, wissen wir, dass ideologisches Engagement eine Seltenheit ist, und wir wissen es zu schätzen, selbst wenn wir es bei einem Gegner finden.

Sie werden sich daran erinnern, wie wir über Ihre Deutung der Geschäftsordnung dieses Hauses aneinander gerieten. Die von uns, die Volksentscheide zum Verfassungsvertrag wollten, hatten unseren Standpunkt in friedlichen Abstimmungserklärungen vertreten. Unser diesbezügliches Recht war eindeutig in der Geschäftsordnung verankert. Sie beschlossen willkürlich, diese Bestimmungen zu negieren – Sie haben nicht versucht, sie zu ändern; dies hätte einige Zeit in Anspruch genommen, Sie haben sie einfach missachtet. Dies ist jedoch nicht der Zeitpunkt, diese Auseinandersetzung nochmals aufzurollen. Lassen Sie mich stattdessen Folgendes sagen: der Präsident dieser Kammer sollte das ganze Haus verkörpern, einschließlich derjenigen, die Minderheitenansichten ausdrücken, und wenn Sie uns unterschiedlich behandeln, öffnen Sie dem Despotismus Tür und Tor. So gibt es beispielsweise fast jeden Monat Demonstrationen hier über dies oder das, und sie werden geduldet. Als wir jedoch unsere Plakate mit dem Wort „Volksentscheid“ hochhielten, haben Sie die Platzanweiser hinein geschendet, um uns unsere Spruchbänder zu entwenden und viele von uns wurden später mit einer Strafe belegt.

Ich kann verstehen, warum das Wort „Volksentscheid“ so viel Unruhe in dieser Kammer verursacht: Die Wahlberechtigten von drei Nationen hatten Ihr Verfassungsmodell abgelehnt. Sie fühlten sich verletztlich, und das macht Sie reizbar, und da Sie ja kaum die Wähler direkt angreifen konnten, ließen Sie Ihren Frust an uns, der sichtbaren Euroskeptiker-Minderheit in dieser Kammer, aus.

Kolleginnen und Kollegen, ich erwarte nicht, dass Sie es sich anders überlegen, was die Erwünschtheit der Machtzentralisierung in Brüssel anbelangt. Aber von meinem Standpunkt aus möchte ich Sie drängen, in Ihrem Handeln gegenüber uns, die wir eine Minderheit darstellen, ein wenig ausgewogener zu sein. Wenn Sie nur Ihre reflexartige Abneigung gegenüber uns überwinden könnten, würden Sie möglicherweise feststellen, dass Ihre eigene demokratische Legitimation davon profitieren würde. Alle Organisationen brauchen ihre Kritiker. Ihr Insistieren, dass die EU etwas absolut gutes ist, und dass jegliche Kritik an ihr entweder unehrlich oder fremdenfeindlich ist, hat Ihnen keinen Gefallen getan, da die Institutionen in Brüssel ohne kritische Überprüfung aufgeblasen, selbstsüchtig und korrupt werden.

Meine Freunde, ich hoffe, dass im Juli viel mehr von uns *Souverainisten* hier sein werden. Zum ersten Mal seit 50 Jahren wird dieses Parlament so etwas wie eine offizielle Opposition haben. Es wird dann Ihrem Nachfolger, Hans-Gert, obliegen, mit dieser Opposition fertig zu werden, aber ich hoffe, dass er den Wert der Toleranz hochhalten wird, deren sich diese Kammer rühmt.

(Beifall)

Der Präsident. – Wir nehmen das so zur Kenntnis.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Gelegenheit, einige Worte zur Präsidentschaft und zum Rat sagen zu dürfen, als Antwort auf Ihren Beitrag und auf die Interventionen von den Vertretern der politischen Gruppen. Es ist für uns besonders wichtig, dass die fünf Jahre dieser Legislaturperiode mit den ersten fünf Jahren der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union, sowie der von anderen Ländern, die zu dieser Zeit beigetreten sind, zusammenfällt. Mehr noch, weil die Tschechische Republik das Privileg der Ratspräsidentschaft hatte, während sich diese Legislaturperiode dem Ende zuneigt.

Ich möchte Ihnen, Herr Präsident, zunächst meinen Tribut zollen für die beispiellose Weise, in der Sie diese Institution in den letzten zweieinhalb Jahren geleitet haben. Es ist ein mächtiges Zeugnis Ihrer Qualitäten, insbesondere von Fairness und Integrität, dass Ihnen dieses Parlament so viel Achtung entgegenbringt, die die parteipolitischen Differenzen deutlich überbrückt. Als einer von verhältnismäßig wenigen Abgeordneten, die zum ersten Mal 1979 gewählt wurden, konnten Sie umfassende Erfahrung, Weisheit und Wissen in dieses Amt einbringen. Insbesondere im Namen des Vorsitzes kann ich nur sagen, dass wir bei den Kontakten, die wir sowohl vor als auch während Ihres Vorsitzes hatten, all Ihre Qualitäten sehr zu schätzen gewusst haben. Im Namen des Rates möchte ich Ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen.

Ich hoffe, Sie werden mir bei unserem kleinen Rückblick auf die letzten fünf Jahre erlauben, auch Ihrem Vorgänger, Herrn Borrell meinen Tribut zu zollen, der dieselben positiven Eigenschaften in puncto Unparteilichkeit und Führungsqualitäten zeigte. Sie haben beide gewährleistet, dass dieses Präsidentenamt respektiert und geschätzt wird. Dieses Parlament und im allgemeineren Kontext die Union haben allen Grund, Ihnen beiden dankbar zu sein.

Im Lauf der letzten fünf Jahre hat dieses Parlament seine Befugnisse und Vorrechte wirksam eingesetzt, nicht zuletzt in dem wichtigen Bereich der Mitbestimmung, wenn sich Rat und Parlament auf verschiedenen Seiten des Tisches treffen, oft mit stark divergierenden Ansichten und Zielen. Trotz dieser Differenzen arbeiten beide Institutionen zusammen, um sicherzustellen, dass das System Ergebnisse liefert. Wir können verschiedener Meinung sein, und wir mögen konstruktive Diskussionen führen, aber wir tun dies innerhalb einer Rahmenstruktur aus vereinbarten Regeln und Verfahren. Ich denke, dass beide Institutionen ein wenig stolz auf unser gemeinschaftliches Engagement, für das Funktionieren des Systems zu sorgen, sein können und die letzten fünf Jahre haben anhand einer Vielzahl von Beispielen gezeigt, dass es funktioniert und dies äußerst effektiv.

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder, in weniger als drei Monaten wird ein neues Parlament seine Amtsperiode antreten. Es wird viele neue Mitglieder geben. Sie werden einen neuen Präsidenten wählen und ein anderer Mitgliedstaat wird den Vorsitz übernehmen, der den Rat vertritt. Ich bin sicher, dass sie alle im Lauf der nächsten fünf Jahre mit Dankbarkeit und Respekt auf das Vermächtnis zurückblicken werden, dass Sie, Herr Präsident, dieser Institution hinterlassen haben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. – Herr Präsident! Unter Ihrer Präsidentschaft haben sich die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission sehr gut – um nicht zu sagen, reibungslos – entwickelt. Es ist Ihr persönliches Verdienst, dass auch in Wahlkampfzeiten, wenn das Potenzial für Konflikte bekanntlich am größten ist, die normale politische Debatte zu keinem Zeitpunkt in eine Krise zwischen den Institutionen mündete.

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung: Ich möchte Ihnen herzlich für Ihren allzeit freundlichen und zuvorkommenden Arbeitsstil danken. Sie haben höflich agiert, aber auch korrigierend eingegriffen, wenn es nötig war. Aber immer waren Sie *gentlemanlike*. Ich möchte auch unterstreichen, wie wichtig es für dieses Parlament und die gesamte Europäische Union war, dass Sie den Mut und die Bereitschaft hatten, die demokratischen Prinzipien und Vorrechte dieses Parlaments zu verteidigen, wenn nötig auch gegenüber Staatschefs.

(Beifall)

Und natürlich möchte ich Ihnen auch zu 30 Jahren als gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments gratulieren. Ihre Persönlichkeit hat diese Jahrzehnte sehr geprägt und Sie haben die Entwicklung des Parlaments entscheidend mitgestaltet.

Präsident Barroso wäre heute sehr gerne selbst gekommen, aber leider ist er, wie Sie wissen, auf dem EU-Kanada-Gipfel in Prag. Im Namen des Präsidenten und der ganzen Kommission erlaube ich mir deshalb, Ihnen ganz herzlich für Ihre erfolgreiche Präsidentschaft zu danken! Danke schön!

(Beifall)

Der Präsident. – Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen herzlich für die überwiegend freundlichen Bewertungen. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen, die nicht wieder kandidieren, eine gute Zukunft und dass wir uns begegnen. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen, die wieder kandidieren und wieder gewählt werden, gemeinsam – sofern ich denn gewählt werden sollte, was ich hoffe – eine gute Fortsetzung unserer Arbeit. Das, was die Fraktionsvorsitzenden heute gesagt haben, ist

für mich eine Ermutigung, den gemeinsamen europäischen Weg auch in Zukunft zu gehen. Ihnen allen ein herzliches Wort des Dankes, und ich hoffe, wir sehen uns alle wieder! Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

Thomas Mann (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Ich habe eine Frage zur Ordnung im Saal. Kurz bevor wir Abgeordneten vorhin abstimmen konnten, als die Sitzung nur kurz unterbrochen war, gelang es offenbar einem Mitglied unseres Hohen Hauses, eine Kandidatin für das Parlament einzuschleusen, eine paar kecke Werbefotos mit ihr zu machen und – aus meiner Sicht – unser Gremium zu missbrauchen. Ist es nicht notwendig, diesen Kandidaten zur Rechenschaft zu ziehen?

Präsidentin. – Danke, Herr Mann. Das wird untersucht werden.

6. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)

Präsidentin. – Wir setzen jetzt die Abstimmung fort.

6.1. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: Verarbeitung personenbezogener Daten und Schutz der Privatsphäre (A6-0257/2009, Malcolm Harbour)

- Vor der Abstimmung:

Hanne Dahl (IND/DEM). - Frau Präsidentin, ich muss eines zu der Abstimmung bemerken, die wir jetzt gleich abhalten. Von der Abstimmungsliste her scheint es, dass wir zuerst über den Kompromisstext des Ausschusses abstimmen, nicht über die Änderungsanträge. Normalerweise hätte ich erwartet, dass wir zuerst über die weitreichendsten Änderungsanträge abstimmen würden, daher würde ich Sie ersuchen, die Ihnen gemäß Artikel 19 der Geschäftsordnung gegebene Gewalt zu benutzen und die Reihenfolge der Abstimmungen zu ändern, damit wir über die Änderungsanträge abstimmen. Das betrifft die Änderungsanträge für die Bürgerrechte. Das ist sowohl für den Harbour- als auch den Trautmann-Bericht sehr wichtig.

Präsidentin. – Frau Dahl, so weit ich mir dessen bewusst bin, gibt es da kein Problem. Ich sehe hinsichtlich des Harbour-Berichts kein Problem mit der Abstimmungsreihenfolge. Wir werden so wie in der Tagesordnung vorgesehen vorgehen.

6.2. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: gemeinsamer Rechtsrahmen (A6-0272/2009, Catherine Trautmann)

- Vor der Abstimmung:

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich habe mich gemeldet, weil ich mit der Reihenfolge der Abstimmung über den Bericht Trautmann nicht einverstanden bin. Ich würde Sie bitten, mir zu einer Begründung einer veränderten Abstimmungsreihenfolge vor dem Kompromissantrag Nummer 10 erneut das Wort zu erteilen.

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 10:

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich möchte für meine Fraktion beantragen, dass wir die Reihenfolge der Abstimmung jetzt ändern, und dass wir über eine ganze Reihe von gleichlautenden Anträgen verschiedener Fraktionen, die zur Abstimmung nach dem Kompromissantrag 10 vorgesehen sind, vor Änderungsantrag 10 abstimmen.

Ich begründe das wie folgt: Meiner Meinung nach gehen diese Änderungsanträge verschiedener Fraktionen in dem Punkt „Schutz der Bürgerrechte gegenüber Eingriffen in die Internetzugänge oder Kappung der Internetzugänge“ weit über den Kompromissänderungsantrag hinaus. Und ich glaube, dass es diesem Parlament, das sich ja zu dem grandios bekannt gewordenen Änderungsantrag Bono/Cohn-Bendit so klar

bekannt hat, gut ansteht, sich an dieser Stelle erneut zugunsten des höchsten Schutzes von Bürgerrechten auszusprechen.

Ich bedaure, dass ich dies am Ende einer sehr, sehr guten Beratung mit der Kollegin Frau Trautmann nicht einvernehmlich beantragen kann, aber diese gute einvernehmliche Beratung, das gute Ergebnis des Telekom-Paketes sollte nicht am Ende dazu führen, dass wir ein passant Bürgerrechte beschneiden.

(Beifall)

Alexander Alvaro, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Gestützt auf Artikel 154 und 155 Absatz 2 der Geschäftsordnung möchte sich die Liberale Fraktion dem Antrag der Grünen in dieser Frage anschließen, die Reihenfolge der Änderungsanträge zu ändern, dass nämlich erst über die Änderungsanträge 1 c, p, 2, 5, 6 und 9 abgestimmt wird, vor dem Kompromiss 10. Das hängt unter anderem auch damit zusammen – vielleicht steht auf Ihren Abstimmungslisten etwas anderes –, dass nach dem Fraktionsbeschluss unserer Fraktion von gestern der Kompromissantrag 10 von der Liberalen Fraktion nicht mehr mitgetragen wird. Für das Abstimmungsverfahren wird in Artikel 154 erläutert, welcher Änderungsantrag bei korrespondierenden oder kollidierenden Anträgen zuerst behandelt wird. Für uns ist entscheidend, dass es vorher einen richterlichen Beschluss geben muss, bevor in das Verhalten von Menschen eingegriffen werden kann. Deshalb haben wir den Änderungsantrag zurückgezogen.

Angelika Niebler, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich spreche nicht in meiner Funktion als Ausschussvorsitzende, sondern als Berichterstatterin für meine Fraktion zum Bericht Trautmann. Ich bitte nachdrücklich darum, den Geschäftsordnungsantrag abzulehnen und in der von Ihnen in den Abstimmungslisten vorgeschlagenen Reihenfolge abstimmen zu lassen.

Liebe Kollegin Harms, kein Mensch in diesem Hause will das Recht auf freien Internetzugang beschränken. Wir haben diesen Aspekt in den Kompromiss aufgenommen, über den über viele Monate zusammen mit der tschechischen Ratspräsidentschaft beraten wurde. Es waren alle politischen Parteien in diese Beratungen intensiv eingebunden. Ich bitte, bei der vorgeschlagenen Reihenfolge zu bleiben und der Änderung der Abstimmung, wie jetzt von der Fraktion der Grünen und der Liberalen Fraktion vorgeschlagen wurde, nicht zuzustimmen!

Catherine Trautmann, *Berichterstatterin*. – (DE) Frau Präsidentin, zuerst würde ich gern feststellen, im Zusammenhang mit dem Antrag auf Änderung der Abstimmungsliste, wenn ich das richtig verstanden habe, falls der Kompromiss von den Diensten miteinbezogen wurde, unter Benutzung von deren gesundem Menschenverstand, bevor Fraktionen den Änderungsantrag einbrachten, dann geschah das deshalb, weil er weiter geht als Änderungsantrag 46. Er beinhaltet Klauseln, die sich nicht nur auf die Einschränkung des Internetzugangs beziehen, sondern die auch alle Mittel mit einschließen, die Benutzerrechte negativ beeinflussen könnten.

Zweitens möchte ich den Abgeordneten auch gerne sagen, dass dieser Kompromiss in Artikel 1 eingebracht wurde und sich auf den Anwendungsbereich bezieht, und dass er deshalb eine alles umspannende Wirkung hat, während der Änderungsantrag, der von den Fraktionen eingebracht wurde, sich auf Artikel 8 bezieht, welcher die Ziele der nationalen Regulatoren betrifft.

Während der Verhandlungen zu diesem Kompromiss habe ich konsequent und harmonisch mit allen Fraktionen gearbeitet. Ich möchte feststellen, Frau Präsidentin, dass gerade in diesem Moment eine der Fraktionen ihre Unterschrift zu diesem Kompromiss zurückgezogen hat. Daher würde ich gerne zu Ihnen sagen, dass ich als Berichterstatterin natürlich weiterhin diesen Kompromiss unterstütze, und dass ich auch für den Änderungsantrag 46 gestimmt habe.

Ich möchte feststellen, dass in Anbetracht der Umstände, unter denen wir diese Aussprache halten, es für unser Haus mehr Sinn macht, über die Reihenfolge der Abstimmung zu entscheiden als diese Entscheidung der Berichterstatterin allein zu überlassen. Allerdings möchte ich dieses Ersuchen sehr direkt an Sie stellen, da verstanden werden muss, was als Nächstes geschieht, sollte die Abstimmung umgekehrt werden.

Wenn die Abstimmung nicht umgekehrt wird, bleibt die Liste die gleiche. Wenn die Abstimmung umgekehrt wird, ist der Änderungsantrag 46 angenommen, solange er die notwendige Mehrheit erhält. In diesem Fall, Frau Präsidentin, würde ich Sie auch ersuchen, den Kompromiss – der weiter geht als Änderungsantrag 46 – nach Beendigung dieser Abstimmung zur Abstimmung zu bringen. Sollte Änderungsantrag 46 nicht die notwendige Mehrheit erhalten, werden wir zu diesem Zeitpunkt dann über den Kompromiss abstimmen und daher wird unser Haus seine Wahl klar gemacht haben.

Präsidentin. – Ich habe von mehreren Sprechern gehört und ziehe alles, was unsere Berichterstatterin gesagt hat, sehr sorgfältig in Betracht.

Ich habe mich vor dieser Abstimmung von den Diensten beraten lassen und habe sehr genau angehört, was gesagt worden ist. Als Präsidentin habe ich gemäß Artikel 155 Absatz 2 die Autorität, über die Abstimmungsreihenfolge zu entscheiden. Mir scheint, dass diese Frage von solcher Wichtigkeit ist, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Hauses, dass es Sinn macht, über die früheren Änderungsanträge abzustimmen, aber ich tue das auch auf vorgangstechnischer Basis, wonach, wie ich es verstanden habe, Änderungsantrag 10 ein Kompromiss war, der erst nach der Kommissionsabstimmung eingebracht wurde. Daher erscheint mir, dass es sowohl vorgangstechnische wie auch andere Gründe gibt, warum wir die Reihenfolge der Abstimmung umkehren sollten.

(Das Parlament nahm Rebecca Harms Antrag an.)

(Beifall)

6.3. Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (A6-0271/2009, Pilar del Castillo Vera)

–Bezüglich des Trautmann-Berichts (A6-0272/2009)

Catherine Trautmann, Berichterstatterin. – (DE) Frau Präsidentin, ich habe ersucht, dass wir auch über den Kompromiss abstimmen können, da er einen größeren Anwendungsbereich als Änderungsantrag 46 allein hat. Sie haben entschieden, nicht über diesen Kompromiss abstimmen zu lassen ohne uns irgendeine Erklärung zu geben und ohne der Berichterstatterin zu antworten. Ich wollte, dass Sie sich bewusst sind, dass ich es bedaure, dass unserer Empfehlung nicht Folge geleistet wurde, genau so wie im Falle der Empfehlung der Berichterstatterin bei der Abstimmung in unserem Haus.

Ich möchte weiter gerne sagen - um die Abstimmung, die gerade stattgefunden hat, zu erklären - dass, wenn irgendein Teil dieses gesamten Kompromisses nicht angenommen wird, dann wird das gesamte Paket Gegenstand des Ausgleichs. Das ist die Konsequenz der heute stattfindenden Abstimmung.

Präsidentin. – Danke vielmals, Frau Trautmann, ich denke das Haus versteht die Konsequenzen dessen, was es getan hat, aber ich danke Ihnen trotzdem dafür, dass Sie das hervorgehoben haben. Es wäre nicht angemessen gewesen, den anderen Kompromiss anzunehmen und, in der Tat, die Abstimmung war mehr als klar.

*

* *

6.4. Frequenzbänder für Mobilfunkdienste (A6-0276/2009, Francisca Pleguezuelos Aguilar)

6.5. Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben (A6-0258/2009, Astrid Lulling)

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 14:

Astrid Lulling, Berichterstatterin. – (FR) Frau Präsidentin, ich habe Herrn Cocilovo beigestimmt, der Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten war, die folgende Klausel in diesen wichtigen Artikel 6 einzusetzen: „Wenn die Gesetzgebung eines Mitgliedstaates keine obligatorische Zugehörigkeit im Sozialversicherungssystem für selbstständig Erwerbstätige festsetzt, dann wird die Zugehörigkeit auf Ersuchen dem mitarbeitenden Ehepartner gewährt.“

Ich erkläre Ihnen, was ich damit meine. Wir bestehen darauf, dass mitarbeitende Ehepartner verbindlich versichert werden, wie das bei Selbstständigen der Fall ist. Allerdings können wir in einem Land, in dem die Selbstständigen nicht verbindlich versichert sein müssen, nicht verlangen, dass dies für deren Ehepartner der Fall ist, da Letztere nicht einem Versicherungssystem angehören können, das es nicht gibt. Daher muss der zusätzliche Absatz angenommen werden. Ich handle in dieser Sache auch im Namen von Herrn Cocilovo.

(Der mündliche Änderungsantrag wurde nicht akzeptiert.)

6.6. Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (A6-0267/2009, Edite Estrela)

– Vor der Abstimmung:

Edite Estrela, Berichterstatterin. – (PT) Frau Präsidentin, ich möchte gern die Dienste ersuchen, zu berücksichtigen, dass die portugiesische Version für alle Änderungsanträge authentisch ist.

Zweitens, ich möchte gerne bitten, dass die Reihenfolge der Abstimmung geändert wird, und dass über Änderungsantrag 46 der Kommission vor Änderungsantrag 83 abgestimmt wird, um die Kohärenz zu wahren.

Und schließlich möchte ich hervorheben, dass diese Richtlinie, die wir ändern werden, 17 Jahre alt und ganz klar veraltet ist. Die überarbeitete Richtlinie wird nicht vor Ende der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten. Mit anderen Worten, wir erlassen Gesetze für die Zukunft, nicht für die Gegenwart.

Insbesondere erlassen wir Gesetze zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und geben ihnen damit einen weiteren Grund, bei den Juniwahlen ihr Votum abzugeben.

Ich werde daher damit abschließen, indem ich meine Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus ersuche, meinen Bericht zu unterstützen.

Astrid Lulling, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, so wie die Dinge jetzt stehen, gibt es 89 Änderungsanträge zu diesem Bericht. Es ist absolut chaotisch und die Abstimmung, die wir abhalten werden, wird es uns nicht erlauben, eine wirklich objektive Aussprache mit dem Rat und der Kommission zu halten. Diese 89 Änderungsanträge unterscheiden sich ganz und gar voneinander. Ich schlage vor, dass wir diesen Bericht an den Ausschuss zurück verweisen, weil wir, wie das Frau Estrela erklärt hat, genug Zeit dafür haben.

(Lauter Beifall)

Präsidentin. – Frau Lulling, können Sie mir freundlicherweise bestätigen, ob Sie diesen Antrag im Namen Ihrer Fraktion stellen?

Astrid Lulling, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Ja, Frau Präsidentin, ich beantrage nie etwas außer im Namen meiner Fraktion!

(Lachen und Beifall)

Edite Estrela (PSE). – (PT) Frau Präsidentin, es macht keinen Sinn, diesen Bericht oder diesen Vorschlag an den Ausschuss zurück zu verweisen, weil er mit allen Fraktionen diskutiert wurde. Er wird vermutlich von einer Mehrheit in diesem Haus unterstützt. Er wurde auch mit der Kommission und dem Rat diskutiert.

Selbstverständlich haben Menschen unterschiedliche Meinungen. Wir wissen, dass der Rat und die tschechische Präsidentschaft leider eine sehr konservative Haltung gegenüber der Förderung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen eingenommen haben.

Ich ersuche daher das Haus, für die Vorschläge zu stimmen und meinen Bericht zu unterstützen, weil er den Bürgern weitere Gründe dafür liefern wird, sich aufzumachen und an den europäischen Wahlen teilzunehmen.

(Das Parlament beschloss, diese Angelegenheit an den Ausschuss zurück zu verweisen.)

6.7. Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (A6-0242/2009, Gabriele Stauner)

6.8. Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (A6-0261/2009, Eugenijus Maldeikis)

– Vor der Abstimmung über die legislative Entschließung:

Reimer Böge, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ganz schnell in Absprache mit dem Berichterstatter: Nachdem wir eine Einigung haben, müssen wir die Ziffern 2, 3 und 5 der legislativen Entschließung anpassen. Ich würde folgenden Text zu Ziffer 2 vorschlagen auf Englisch:

„Ist der Ansicht, dass der im Legislativvorschlag angegebene Referenzbetrag mit dem mehrjährigen Finanzrahmen vereinbar ist, da dieser geändert worden ist;“

In Absatz 3 sollte der erste Satz gestrichen werden, der Rest bleibt unverändert: „Weist darauf hin, dass jegliche Umschichtung, die sich ...“ usw.

Absatz 5: „Weist darauf hin, dass das Legislativverfahren abgeschlossen ist, da die Finanzierung des Programms vereinbart wurde;“

(Die mündlichen Änderungsanträge wurden angenommen.)

6.9. Banken: Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement (A6-0139/2009, Othmar Karas)

– Vor der Abstimmung:

Udo Bullmann, im Namen der PSE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Dieser Bericht war in mehreren Fraktionen heftig umstritten und, um die Fairness der Abstimmung zu gewährleisten, würde ich Sie gerne bitten, mir vor der Abstimmung über Erwägung 3 das Wort zu erteilen, damit ich mich zu der Reihenfolge der Abstimmungen äußern kann.

– Vor der Abstimmung über Erwägung 3:

Udo Bullmann, im Namen der PSE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Es geht um unterschiedliche Vorstellungen zur Regelung des Kernkapitals, und die Änderungsanträge 91 und 92 gehen insofern weiter, als sie eine klarere und präzisere Definition des Kernkapitals vornehmen, die uns in Zukunft weniger Arbeit machen wird. Deswegen beantrage ich, zunächst darüber abzustimmen und danach über Änderungsantrag 89 zu Erwägung 3. Ich hoffe, die Kollegen sind damit einverstanden, und bitte Sie gleichzeitig, zu akzeptieren, dass über Änderungsantrag 89 zu Erwägung 3 in namentlicher Abstimmung abgestimmt wird.

Othmar Karas, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Ich möchte festhalten, dass wir in der Debatte sehr deutlich festgestellt haben, dass die Änderungsanträge im Kompromiss in einer ausreichend detaillierten Form mitberücksichtigt sind. Daher bitte ich darum, dass wir bei dieser Reihenfolge bleiben. Gegen die namentliche Abstimmung habe ich nichts einzuwenden.

(Das Parlament nimmt Udo Bullmanns Antrag an.)

6.10. Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung (A6-0246/2009, Karsten Friedrich Hoppenstedt)

6.11. Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (A6-0185/2009, Janusz Wojciechowski)

– Vor der Abstimmung:

Janusz Wojciechowski, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, ich habe zwei oder drei kurze technische aber wichtige Punkte anzumerken.

Zuerst haben wir einen Block von Änderungsanträgen, die vom Landwirtschaftsausschuss vorgeschlagen wurden, unter ihnen Änderungsantrag 64. Über diesen Änderungsantrag sollte separat abgestimmt werden. Er bezieht sich auf die Frage der Schaffung des Nationalen Referenzzentrums, welcher ein wichtiger Bestandteil der gesamten Verordnung ist. Der Landwirtschaftsausschuss hat vorgeschlagen, die obligatorische Schaffung des Referenzzentrums auf nationaler Ebene aufzuheben. Als Berichterstatter finde ich, dass dies der allgemeinen Logik der gesamten Verordnung widerspricht. Ich schlage vor, über Änderungsantrag 64 getrennt abzustimmen.

Zweitens, bitte beachten Sie Änderungsantrag 28, welcher sich auf die kontroverste und emotionale Frage der rituellen Schlachtung bezieht. Ein Votum für diesen Änderungsantrag wird die Möglichkeit eines totalen Verbots der rituellen Schlachtung auf nationaler Ebene eliminieren. Ein Votum gegen Änderungsantrag 28 bewahrt die Möglichkeit dieses Verbots.

Der dritte Punkt betrifft Änderungsantrag 85. Die Kommission hat vorgeschlagen, die Dauer der Tiertransporte von Bauernhöfen und die Wartezeit in den Schlachthäusern auf 24 Stunden zu reduzieren. Ein Votum für Änderungsantrag 85 wird diese Reduzierung der Transportdauer eliminieren. Ein Votum gegen Änderungsantrag 85 wird den Vorschlag des Rates zur Reduzierung der Transportdauer unterstützen.

(Der Antrag wurde abgelehnt, da sich mehr als 40 Abgeordnete dagegen aussprachen.)

6.12. Die erneuerte Sozialagenda (A6-0241/2009, José Albino Silva Peneda)

- Vor der Abstimmung:

Philip Bushill-Matthews, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin, ganz kurz, ich hoffe, das Haus wird mir für diesen mündlichen Änderungsantrag in letzter Sekunde bezüglich Absatz 14 vergeben. Die Kolleginnen und Kollegen sind sich dessen wahrscheinlich bewusst, dass es sich um ein sehr heikles Thema handelt, und in manchen Sprachen und für einige Mitgliedstaaten ergeben sich daraus Probleme. Es ist wichtig, dass wir versuchen, am Ende die größtmögliche Unterstützung für diesen Bericht zu bekommen.

Die Empfehlung ist, dass wir anstatt Absatz 14 im jetzigen Wortlaut den ganzen Absatz mit einem Absatz, der bereits vom Haus akzeptiert wurde, ersetzen. Das war Absatz 23 der Entschließung des Parlaments vom 11. März 2009, der den Europäischen Rat vom Frühling 2009 bezüglich der Lissabon-Strategie betrifft, und der genau denselben Bereich abdeckt. Ich werde ihn nun vorlesen; es sind nur ein paar Sätze:

„stellt fest, dass einige Mitgliedstaaten das Konzept eines Mindestlohns eingeführt haben; glaubt, dass andere Mitgliedstaaten Nutzen aus der Untersuchung ihrer Erfahrung ziehen könnten; fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller auch künftig gegeben sind, insbesondere durch Regelungen wie Mindestlöhne, andere rechtliche und allgemeinverbindliche Regelungen oder Tarifvereinbarungen im Einklang mit nationalen Traditionen, die Vollzeitarbeitnehmern ein menschenwürdiges Leben mit ihrem Verdienst ermöglichen.“

Wie ich sagte, ist dies von Fraktionen in der Vergangenheit angenommen worden. Entschuldigen Sie, dass ich es jetzt einreiche. Der Berichterstatter ist damit einverstanden und ich hoffe, das Haus wird wenigstens erlauben, die mündlichen Änderungsanträge einzubringen.

(Der mündliche Änderungsantrag wurde akzeptiert.)

Jan Andersson (PSE). – (SV) Vielen Dank. Ich möchte nur ganz kurz etwas zur schwedischen Übersetzung sagen. In Absatz 13 und 36 wurde „Mindesteinkommen“ mit dem schwedischen Wort „minimilön“ übersetzt, was so viel heißt wie „Mindestlohn“. Es sollte „minimiinkomst“ heißen. Es gibt einen Unterschied zwischen „minimiinkomst“ und „minimilön“ und daher gibt es auch einen Fehler in Absatz 13 und Absatz 36 der schwedischen Übersetzung.

6.13. Aktive Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (A6-0263/2009, Jean Lambert)

*

* *

Präsidentin. – Ausnahmsweise, Kolleginnen und Kollegen und diejenigen, die darauf warten, Erklärungen ihres Votums abzugeben, sie werden verstehen, dass es jetzt bereits sehr spät ist. Wir sind heute alle schon sehr lange hier, und insbesondere unsere Dolmetscher. Es gibt eine sehr große Anzahl von Erklärungen zur Abstimmung und ich vermute, dass wir damit nicht bis 15 Uhr fertig werden. Aus diesem Grund treffe ich die Entscheidung, wie wir das schon früher gemacht haben, dass wir uns mit ihnen am Ende der Tagesordnung heute Abend zu beschäftigen.

Daniel Hannan (NI). – Frau Präsidentin, die Geschäftsordnung ist ganz klar, dass nach der Abstimmung jeder Abgeordnete das Recht hat, eine Erklärung seines Votums abzugeben, die bis zu sechzig Sekunden lang sein darf. Es ist mir klar, dass unsere Dolmetscher heute schon lange hier sind. Es ist mir klar, dass wir viele Leute von ihrer Mittagspause abhalten. Ich würde gerne einen Kompromiss vorschlagen, der von unserem Vizepräsidenten, Alejo Vidal-Quadras benutzt wurde, als dies das letzte Mal passierte, nämlich den Abgeordneten zu erlauben, eine Erklärung ihres Votums einer nach dem anderen abzugeben, was das Verfahren sehr beschleunigte.

Präsidentin. – Ich danke Ihnen, Herr Hannan. Wir haben diese Möglichkeit in Erwägung gezogen. Es sind so viele, dass ich überzeugt bin, es würde nicht funktionieren. Sie werden ihre Erklärungen zum Votum nach der Abstimmung machen können, das heißt heute Abend. Dafür entschuldige ich mich, aber es ist wirklich zu spät - und Sie wissen, wie sehr ich mich über Ihre Beiträge freue.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

- Vorschlag für einen Beschluss (B6-0268/2009)

José Ribeiro e Castro (PPE-DE), schriftlich. – (PT) Die Kommunikation des Europäischen Rates KOM(2007) 281 hat allen europäischen Institutionen eine Herausforderung gestellt: „Die Zeit ist gekommen, Brasilien als strategischen Partner und bedeutenden wirtschaftlichen Akteur und als eine führende, regionale Kraft Lateinamerikas zu sehen“. Diese Partnerschaft wurde am 4. Juli 2007 in Lissabon während der portugiesischen Präsidentschaft der Europäischen Union begründet. Am 12. März 2009 hat das Europäische Parlament eine Empfehlung an den Rat angenommen, die erklärte, dass „die strategische Partnerschaft einen regelmäßigen, strukturierten Dialog zwischen den Abgeordneten des brasilianischen Nationalkongresses und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments ermöglichen sollte.“

Trotz dieser Grundsatzerklärung und meinen Anträgen an die Präsidentin dieses Hauses, stelle ich mit Bedauern fest, dass das Parlament auf der anachronistischen Option besteht und Brasilien zur einzigen BRIC-Wirtschaft ohne selbständige parlamentarische Delegation macht. Das widerspricht der eigenen Entscheidung des Parlaments und zeigt ein beklagenswerte Unbeweglichkeit und kurzfristige Einstellung angesichts Brasiliens tatsächlicher Bedeutung in der Welt. Ich hoffe, dass zukünftige Abgeordnete dieses Parlaments, insbesondere portugiesische Abgeordnete, dabei helfen werden, diesen bedauernswerten Zustand zu ändern und die direkte und produktive Kommunikation mit dem brasilianischen Nationalkongress aufnehmen werden.

Ich habe dagegen gestimmt.

Francis Wurtz (GUE/NGL), schriftlich. – Die GUE/NGL-Fraktion hat sich dem Votum über die Anzahl der interparlamentarischen Delegationen enthalten, und zwar wegen der Erwähnung von „Kosovo“ in der Bildung einer „Delegation für Beziehungen mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo“.

Die Bildung einer Delegation für Beziehungen mit einem selbsternannten Staat, der das Ergebnis der Verletzung internationalen Rechts ist, begründet in sich eine De-facto-Verletzung des internationalen Rechts.

Die Enthaltung betrifft nicht alle anderen Delegationen, die in derselben Entscheidung erwähnt werden, die wir unterstützen.

- Bericht: Philippe Morillon (A6-0203/2009)

Glyn Ford (PSE), schriftlich. – Ich bin hocherfreut, hier heute über diesen Bericht abstimmen zu können, um eine Richtlinie und 11 veraltete Beschlüsse aufheben zu können und stelle fest, dass unser nächster Bericht von Herrn Morillon (A6-0202/2009) weitere 14 veraltete Verordnungen aufheben wird.

Ich beglückwünsche meinen Kolleginnen und Kollegen zu dieser Entscheidung, und wir täten gut daran, sie in allen unseren Ausschüssen und Kompetenzsphären zu wiederholen. Ich würde mich sicherlich dafür aussprechen, dass einige Verordnungen und Richtlinien eine vorbestimmte Gültigkeitsdauer haben sollten,

was die andauernde Annahme von Gesetzen und Verordnungen stoppen und die Last verringern würde, die in der Folge auf uns fällt.

- Bericht: Petya Stavreva (A6-0259/2009)

Katerina Batzeli (PSE), schriftlich. – (EL) Die Parlamentsfraktion PASOK hat für den Stavreva-Bericht gestimmt, weil er den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gibt, unterstützende Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums zu einer Zeit zu wählen, die sehr kritisch für ländliche Gebiete und für die Landwirte ist. Der Originaltext des Vorschlags Kommission wurde auch durch die von mir im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung eingebrachten Änderungsanträge verbessert.

Allerdings können auf keinen Fall opportunistische Reduzierungen der finanziellen Obergrenzen der allgemeinen Agrarpolitik mit der Begründung akzeptiert werden, dass sie ungenutzte Mittel besitzt. Der Haushalt der Gemeinschaft kann nicht unter Verwendung des Flexibilitätsmechanismus recycelt werden. Statt dieser Praxis wäre es politisch und materiell zweckmäßig, eine Erhöhung des Haushalts der Gemeinschaft zu diskutieren, um nicht die existierende Gemeinschaftspolitik zu beeinflussen, einschließlich der GAP, das dazu aufgerufen sein wird, die Finanzierung neuer politischer Richtlinien zu übernehmen, um die Krise zu bekämpfen und die Konkurrenzfähigkeit der EU zu verbessern.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gestimmt.

Ich unterstütze dieses Dokument, solange es 250 Millionen EUR zusätzlich dazu verwendet, die vorgesehenen Fonds für 2009 zu ergänzen und größere Flexibilität bei der Zuwendung und Verwendung finanzieller Mittel zur Entwicklung des Breitbandinternets im ländlichen Raum und für die Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen im Agrarsektor bietet.

Diese Aufstockung des ELER ist notwendig, besonders in diesen Krisenzeiten. Rumänien muss auf diesen Fonds durch die Implementierung tragfähiger Projekte zugreifen, mit dem Ziel, unsere Dörfer zu entwickeln und den Lebensstandard der Einwohner unseres ländlichen Raums zu erhöhen.

Zita Pleštinšká (PPE-DE), schriftlich. – (SK) Der Bericht über den Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), schriftlich. – (PL) Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums stellt eine große Chance für historisch unterentwickelte Regionen dar. Der Fonds bietet auch die Gelegenheit, das Missverhältnis zwischen alten und neuen Staaten der Europäischen Union zu verringern.

Bei der Verwaltung des Fonds müssen wir bedenken, dass die gemeinsame Agrarpolitik voller Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten ist. Unterschiede in Förderungsmitteln und daher auch im Einkommen der Landwirte führen zur Beibehaltung dieser Missverhältnisse und sogar zu deren Zunahme. Diese Missverhältnisse betreffen nicht nur die wirtschaftliche Situation der Bewohner des ländlichen Raums, sondern auch die gesamte Infrastruktur, einschließlich des Internetzugangs. Wir müssen uns deshalb bewusst sein, dass deutsche Landwirte zum Beispiel Förderungen erhalten, die doppelt so hoch sind wie die der polnischen Landwirte und dreimal so hoch wie die der rumänischen Landwirte.

Wir müssen auch bedenken, dass die Regionen, die die meiste Hilfe benötigen, in Rumänien, Bulgarien und an der westlichen Grenze Polens liegen.

- Bericht: Richard Corbett (A6-0273/2009)

Guy Bono (PSE), schriftlich. – (FR) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, der von meinem britischen Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament präsentiert wurde, Herrn Corbett, über die allgemeine Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments.

Ich unterstütze die Initiative des Präsidenten der Sozialdemokratischen Fraktion, Herrn Schulz, der versucht hat, diese Änderung dazu zu benutzen, den französischen Führer einer rechtsradikalen Partei davon abzuhalten, den Vorsitz der Versammlung bei der Eröffnungssitzung des neuen Parlaments zu übernehmen.

Aufgrund der neuen Bestimmungen wird die für den 14. Juli vorgesehene Eröffnungssitzung des Parlaments entweder durch den aus dem Amt scheidenden Präsidenten (im Falle seiner Wiederwahl) oder durch einen der scheidenden 14 Vizepräsidenten (ebenfalls im Falle ihrer Wiederwahl) entsprechend der Rangfolge geleitet.

Die europäische Demokratie hält an den Grundsätzen des Respekts und der Toleranz unter Menschen fest, die Herr Le Pen absichtlich missachtet, in dem er entschlossen ist, revisionistische Bemerkungen zu machen.

Glyn Ford (PSE), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, und insbesondere für die Änderungsanträge 51 und 52, welche die Bestimmung, dass der älteste Abgeordnete bei der Eröffnungssitzung des neuen Parlaments den Vorsitz übernimmt, mit einer „provisorischen Personenwahl“ ersetzen. Ich verstehe nicht, warum wir je diese bizarre Regel gehabt haben. Vielleicht hat der „Vater oder die Mutter“ des Hauses eine logische Erklärung. Der am längsten dienende Abgeordnete hat zumindest Erfahrung, auf die er/sie zurückgreifen kann als vielmehr nur auf sein/ihr Alter.

Dieses System wurde bereits von Herrn Le Pen und seiner Nationalen Front missbraucht, als im Jahre 1989 Claude Autant-Lara in dieses Parlament abgesetzt wurde und die Eröffnung dieser Institution mit einer langen und höchst beleidigenden Störung zur Farce werden ließ. Innerhalb einiger Monate war er abgetreten und hatte seine Funktion erfüllt, das Europäische Parlament zum Gespött werden zu lassen. Wir können Herrn Le Pen nicht 20 Jahre später eine zweite Gelegenheit geben, Europa in Verruf zu bringen.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Herrn Corbetts Bericht zielt darauf, die Geschäftsordnung des Parlaments mit dem allgemeinen Konsens und vorherigen Verhandlungen in Kleingruppen in Einklang zu bringen, was die Plenarversammlung in nichts anderes als ein Treffen verwandelt, bei dem Texte aufgezeichnet werden, die vorher von einer Handvoll Experten ausgedacht wurden. In der Folge ermöglicht die Einrichtung einer öffentlichen Schlussabstimmung über jeden Text nur ein Mindestmaß an Transparenz, welche die Bürgerinnen und Bürger von der Arbeit dieses Hauses erwarten können.

Allerdings ist dieser Bericht mehr als alles andere eine unerwartete Gelegenheit einen schwer fassbaren Änderungsantrag *in extremis* anzunehmen, und das trotz seiner Ablehnung im Ausschuss und trotz der Tatsache, dass er ausschließlich dafür verfasst wurde, eine einzelne Person davon abzuhalten, eine Pflicht zu erfüllen, die in den Parlamenten der ganzen Welt anerkannt ist: dass das älteste Mitglied der Wahl des Präsidenten während der Eröffnungssitzung vorsitzt. Eine ganz außergewöhnliche Aktion, das Verbrechen eines politischen Halunken! In einer Demokratie noch nie da gewesen!

Die Unterzeichner sind keine anderen als Herr Daul und Herr Schulz, die sich sicher darum bemühen sollten, in Deutschland bekannt zu werden und nicht in Frankreich. Dies ist ein zusätzlicher Beweis, als ob so ein Beweis vonnöten wäre, des andauernden, geheimen Einverständnisses zwischen der weichen rechten und der sektiererischen Linken, die hinsichtlich fast aller Texte, die in diesem Haus angenommen werden, gemeinsam stimmen.

Jean-Marie Le Pen (NI), *schriftlich*. – (FR) Nachdem der Änderungsantrag über das älteste Mitglied vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen abgelehnt wurde, stellen die beiden sozialdemokratischen Kumpane, Herr Schulz und Herr Daul, den gleichen Änderungsantrag in der Plenarversammlung.

Die Klassiker haben uns immer gelehrt, das Irren menschlich ist; auf einem Irrtum zu bestehen teuflisch ist.

Die Lehre wurde also ganz klar nicht gezogen. Die Arbeit des Europäischen Parlaments auf mein bescheidenes Selbst zu konzentrieren, grenzt an das Erbärmliche. In der Tat kommt die Missachtung unserer eigenen Geschäftsordnung in solch einem Ausmaß dem Säen der Keime des latenten Totalitarismus gleich.

Wann werden die Minderheitsfraktionen eliminiert werden? Wann werden widerspenstige Abgeordnete eliminiert werden?

Von Claude Autant-Lara bis zu Jean-Marie Le Pen sind wir zum Ausgangspunkt zurückgekehrt. 1989 wurde nach der außergewöhnlichen Rede des Filmemachers die des ältesten Mitglieds abgeschafft. Zwanzig Jahre später entledigt man sich des ältesten Mitglieds, um den Teufel Le Pen davon abzuhalten, den Vorsitz über die Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments zu führen.

Was für ein demokratischer Fortschritt, meine Damen und Herren!

Herr Schulz und Herr Daul geben mir ungewollt außerordentliche, kostenlose Publicity, die ich ganz sicher ausnutzen werde. Allein gegen die Welt, werde ich die Herausforderung annehmen und die wahren

Demokraten und ernsthaften Europäer als Zeugen aufrufen: Diese Maskerade und diese Ablehnung der Demokratie dient nicht Europa, sondern den parteipolitischen Interessen einer kleinen Clique von Politikern.

Patrick Louis (IND/DEM), schriftlich. – (FR) Als französischer Abgeordneter des Europäischen Parlaments und als Mitglied der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie entschied ich mich, den Änderungsanträgen 51 und 52 zu Herrn Corbetts Bericht nicht zuzustimmen.

Tatsächlich ist es vollkommen unangemessen, eine allgemeine Regel zu ändern, um sie einem speziellen Fall anzupassen.

Darüber hinaus werden diese Manöver den gegenteiligen Effekt haben als den, der beabsichtigt war, mit anderen Worten, sie werden den fehlenden Respekt herausstreichen, den viele Abgeordnete einigen ihrer Kolleginnen und Kollegen und den Kandidatinnen und Kandidaten entgegenbringen.

Außerdem kann derzeit nichts eine mit dem ältesten Abgeordneten unglückliche politische Fraktion davon abhalten, diesen mit einem älteren Abgeordneten zu ersetzen.

Astrid Lulling (PPE-DE), schriftlich. – (DE) Ich habe nicht für die generelle Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments gestimmt, weil im Bemühen, einen ältesten Abgeordneten mit Namen Le Pen als Vorsitzenden zu verhindern, eine unelegante, wahrhaft widersinnige Lösung gefunden wurde, obwohl es eine akzeptable Lösung für all jene gegeben hätte, die sich für eine Angleichung der Geschlechterpolitik aussprechen.

Wir hätten daher Artikel 11 mit folgendem Text ersetzen können: „Alternativ wird die Rolle des Präsidenten vom ältesten anwesenden männlichen Abgeordneten oder von der ältesten anwesenden weiblichen Abgeordneten bis zur Verkündung der Personenwahl des Parlaments übernommen. Die wechselweise Reihenfolge beginnt mit der ältesten weiblichen Abgeordneten.“

Auf diese Weise hätten wir den Vorsitz Le Pens als ältester Abgeordneter verhindern können, ohne die Geschäftsordnung dieses Hauses zu killen und ein Verfahren anzunehmen, das in keinem anderen Parlament eines demokratischen Landes besteht.

Das ist eine Schande. Persönlich habe ich mehr Vertrauen in die französische Wählerschaft. Ich hoffe, es wird die Wahl von Herrn Le Pen verhindern und diese Aktion daher als sinnlos erscheinen lassen.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Gerade die EU, die sich Demokratie, Toleranz und Meinungsfreiheit auf die Fahne heftet, scheint es selbst damit nicht so genau zu nehmen. Ganz gleich, ob beim Selbstbestimmungsrecht der Völker, bei Beitrittskriterien oder bei Lösungsansätzen für Probleme der Gegenwart, es wird mit zweierlei EU-Maß gemessen, je nachdem, was gerade genehm ist.

Und wer nicht den Vorgaben der *Political Correctness* entspricht, wer dem EU-Establishment nicht genehm ist, wer unliebsame Realitäten in der EU aufzeigt, der wird ausgegrenzt, für den sollen auf einmal andere Regeln gelten. Am Grundsatz „Idem ius omnibus“ – gleiches Recht für alle – darf nicht gerüttelt werden, wenn die EU nicht noch mehr in die politisch korrekte Scheinheiligkeit abgleiten will. Persönliche Animositäten dürfen nicht für quasi „Anlassgesetzgebung“ herangezogen werden.

Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich. – (PL) Die vom Berichterstatter vorgeschlagenen Änderungsanträge erlauben eine bessere Flexibilität der Regeln bezüglich des Registers der Dokumente des Europäischen Parlaments und vereinfachen die Geschäftsordnung. Darüber hinaus zielen einige darauf ab, die Geschäftsordnung an neue Regeln und die gegenwärtige Praxis anzupassen.

Eine der wichtigsten Änderungen ist es, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments die Macht zu geben, nationale Parlamente (von Staaten, die einen Vertrag über den Beitritt eines Staates zur Europäische Union abgeschlossen haben) einzuladen aus den Reihen ihrer eigenen Abgeordneten eine Anzahl von Beobachtern zu bestimmen, die gleich der Anzahl der zukünftigen Sitze ist, die diesem Staat im Europäischen Parlament zugewiesen würde. Diese Beobachter nehmen an den Sitzungen des Parlaments bis zum Inkrafttreten des Beitrittsvertrags teil, und haben das Recht, in den Ausschüssen und politischen Fraktionen zu sprechen. Sie haben kein Wahlrecht haben und stehen nicht für Positionen innerhalb des Parlaments zur Wahl.

Eine weitere Änderung der Geschäftsordnung regelt das Verfahren für gemeinsame Ausschusssitzungen und gemeinsame Abstimmungen. Die jeweiligen Berichterstatter erstellen einen einzelnen Berichtsentwurf, welcher überprüft wird, und über den von den beteiligten Ausschüssen bei gemeinsamen Sitzungen unter dem gemeinsamen Vorsitz der betroffenen Ausschussvorsitzenden abgestimmt wird.

Wichtige Änderungen unter der Perspektive des Fortschritts der parlamentarischen Verfahren betreffen die Vergabe der Redezeit und die Zusammenstellung der Rednerlisten, und ebenso Abänderungen im Hinblick auf die Schlussabstimmung über Rechtsvorschriften. Namentliche Abstimmungen erhöhen die Verantwortung der Abgeordneten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

- Empfehlung für die zweite Lesung Malcolm Harbour (A6-0257/2009)

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) In erster Lesung des Telekommunikations-Pakets durch das Europäische Parlament stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für die Änderungsanträge 138 und 166, die diskutiert worden waren. Dadurch stellte das Europäische Parlament klar, dass eine Gerichtsentscheidung notwendig ist, um jemandem vom Zugang zum Internet auszuschließen, und dass Benutzer das Recht zur freien Meinungsäußerung und auf Privatsphäre haben. Allerdings hat sich der Rat entschlossen, die Wünsche des Europäischen Parlaments zu ignorieren und die Änderungsanträge 138 und 166 zu streichen. Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben sich nun auf einen Kompromiss geeinigt. Die Änderungsanträge 138 und 166 sind in diesem Kompromiss nicht in ihrer Originalfassung enthalten. Daher haben wir in der heutigen Abstimmung gegen den Kompromiss gestimmt.

Die Juni-Liste und die dänische Juni-Bewegung sind sehr daran interessiert, dass die Änderungsanträge 138 und 166 in das Telekommunikations-Paket aufgenommen werden und haben daher eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, die als „Änderungsanträge für Bürgerrechte“ bezeichnet wurden und die Unterstützung einiger anderer Fraktionen innerhalb des Europäischen Parlaments erhalten haben. Hätten unsere Vorschläge die Unterstützung der Abgeordneten gewonnen, dann wäre eine Chance da gewesen, dass sich das Europäische Parlament und der Europäische Rat zuletzt doch über ein Telekommunikations-Paket geeinigt hätten, das einen ernsthaften Schutz der Rechte und der Privatsphäre der Internetbenutzer bietet.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Heute wird versucht, Wirtschaftsinteressen auf Biegen und Brechen durchzubringen. Plötzlich soll in einem Rahmengesetz zur Bereitstellung der Telekommunikation ein Feuerwerk an Copyright-Gesetzen Einzug finden. Es reicht, wenn die EU eine Pflicht zur Warnung der Kunden vor Gefahren der Verletzung „geistiger Eigentumsrechte“ einführt, die Sanktionen könnten dann auf nationaler Ebene geregelt werden. Im Nachhinein kann dann jeder dem anderen die Schuld zuweisen. Zudem haben im vorliegenden Bericht große Software-Entwickler versucht, einen Stolperstein für kleinere einzubauen.

Im Internet mag es Rechtsverstöße geben, wie Kinderpornographie, gegen die wir vorgehen müssen, aber es darf nicht dahingehend ausarten, dass im Namen der Wirtschaftsinteressen einiger Groß- und Multikonzerne der Datenschutz geopfert wird. Die ursprüngliche Idee des Telekom-Paketes war durchaus sinnvoll, bei der unüberschaubaren Menge an Änderungsanträgen könnte aber der eine oder andere im kritisierten Sinne gehaltene durchgerutscht sein.

- Empfehlung für die zweite Lesung Catherine Trautmann (A6-0272/2009)

Guy Bono (PSE), schriftlich. – (FR) Ich habe für Änderungsantrag 138 gestimmt, den ich im September letzten Jahres eingebracht hatte, und der von 88 % der Abgeordneten angenommen wurde.

Es freut mich sehr, dass er wieder von einer überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten aufrechterhalten wurde, und diese somit ihre Verpflichtung zur Verteidigung der Rechte der Internetbenutzer bekräftigt haben.

Einen Monat vor den europäischen Wahlen ist das ein starkes Signal. Im Gegensatz dazu, was die UMP-Fraktion und ihr Kulturminister zu denken scheinen, macht die Meinung des Europäischen Parlaments doch einen Unterschied.

Das ist ein weiterer Schlag ins Gesicht für Sarkozy und seine französische Regierung: Das Parlament hat zu Sarkozy „Nein“ gesagt, sowohl der Form wie dem Inhalt nach. Abgeordnete haben „Nein“ zur flexiblen Lösung als Reaktion und „Nein“ zu unzulässigem Druck gesagt, der von der französischen Regierung auf die primäre demokratische Institution auf dem europäischen Kontinent ausgeübt wurde.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Millionen von Europäern sind im Alltag auf das Internet angewiesen, ob direkt oder indirekt. Begrenzung, Eingrenzung oder Konditionierung des Internets würden einen direkten negativen Einfluss auf den Alltag der Allgemeinheit und viele Kleinunternehmen und KMUs haben, die direkt auf dieses Mittel angewiesen sind, um ihre Geschäfte auszuführen.

Es war deshalb wichtig, dass der Vorschlag unserer Fraktion angenommen wurde, durch unsere Stimme dafür, da dies die Freiheit des Meinungsaustauschs zwischen Benutzern beibehält, ohne dass dieser von Vermittlern kontrolliert oder gefördert werden muss.

Allerdings scheint es so, als ob der Rat nicht bereit ist, diese Abänderung zu akzeptieren, obwohl diese von einer Mehrheit im Parlament unterstützt wird, die sich gegen die Begrenzungsvereinbarung stellt, die in Verhandlungen mit dem Rat erreicht wurde. Es ist freilich ein kleiner Erfolg, angesichts der Tatsache, dass dadurch die Annahme eines schlechten Vorschlags verhindert wurde.

All jenen, welche die Bewegungsfreiheit im Internet und kostenlose Software verteidigen, muss eine Gratulation ausgesprochen werden. Das ist ein Kampf, den wir weiterführen werden, um sicherzustellen, dass die Rechte der Endbenutzer geschützt und der unbegrenzte Zugang der Endbenutzer zu Dienstleistungen gewährleistet ist.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (DE) Erstens, die Änderungsanträge, die die Rechte und Freiheiten der Bürger am besten schützen, sind in diesem Haus im Harbour-Bericht, der diesen Bericht ergänzt, nicht angenommen worden.

Als nächstes hat ein Problem mit der Reihenfolge der Abstimmung, das glücklicherweise gelöst wurde, eine Fragezeichen hinter die Art und Weise gesetzt, auf die hier ein bedeutendes politisches Problem gelöst werden kann: durch listiges, kleinliches politisches Manövrieren und dadurch, dass die Schuld auf die Verwaltung geschoben wird, die gar nichts dagegen tun kann.

Und schließlich weil die Unzufriedenheit von Herrn Toubon, der ein sichtbar begeisterter Fürsprecher des Hadopi-Gesetzes ist, durch die Annahme des Änderungsantrags 1, der Internetbenutzern auch als „Bono“-Änderungsantrag bekannt ist, von seiner Freude und Zustimmung abgelöst wurde, als Herr Trautmann verkündete, dass dieser Text in die dritte Lesung gehen würde, nachdem der allgemeine Kompromiss geändert und der klar demonstrierte Wille dieses Parlaments mit Füßen getreten worden war, wie das bei den Ergebnissen der Volksbefragungen in Frankreich, den Niederlanden, Irland ... der Fall war.

Herr Sarkozy und seine Freunde in den „höchsten Plätzen“ können etwas Luft holen. Die Bürgerinnen und Bürger für ihren Teil müssen weiter wachsam bleiben. Das am 7. Juli gewählte Parlament wird um die dritte Lesung verhandeln. Es ist ungewiss, ob die Sozialdemokraten, sobald sie ihre Sitze gesichert haben, auf der Seite der Freiheit verbleiben werden.

Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Das „Telekommunikations-Paket“, welches von der Kommission und vom Rat gefordert wurde, stellt eine potentielle Bedrohung für die Bürgerrechte dar. Die von uns eingebrachten Änderungsanträge forderten die Sicherung der Bürgerrechte, allgemeinen Zugang und Transparenz und Freiheit im Internet als einen Bereich, in dem Ideen ausgetauscht werden und nicht als Mittel, das von Politikern und Geschäftsleuten kontrolliert wird. Internetbenutzer sind Verbraucher, aber sie sind auch Bürger. Wir werden weiterhin für den Schutz der Freiheiten jeder einzelnen europäischen Bürgerin und jedes einzelnen europäischen Bürgers kämpfen.

Vladimir Urutchev (PPE-DE), *schriftlich*. – (BG) Während der heutigen Abstimmung über das elektronische Kommunikationspaket hat das Parlament gezeigt, dass es den Schutz der Verbraucherrechte wirklich als absolute Priorität ansieht.

Ungeachtet der Tatsache, dass ein relativ akzeptabler Kompromiss über gewisse Punkte in zweiter Lesung erreicht wurde, scheute die Mehrheit im Parlament nicht davor zurück, gegen die Abmachungen vorzugehen und bestand in überzeugender Weise auf ihrer ursprünglichen Einstellung gegen die möglichen Einführung von Restriktionen des Internetzugangs, außer wenn diese durch ein Gerichtsurteil vorgeschrieben werden, oder falls die öffentliche Sicherheit bedroht ist.

Tatsächlich wurde das gesamte Paket auf ein Schlichtungsverfahren reduziert, und seine Einführung verzögert sich. Aber nach der heutigen Abstimmung können wir es nicht versäumen, ein deutliches Signal an den Rat und die Kommission auszusenden.

Allerdings sollten wir anerkennen, dass, was heute passiert ist, dem aktiven Engagement der Menschen zu verdanken ist, die das Internet repräsentieren, die jedes Mittel verwendet haben, um ihre Haltung gegenüber den Abgeordneten auszudrücken und die verlangt haben, dass diese ihre Rechte schützen.

Ein derartiges Verhalten kann nur unterstützt werden.

Aus diesem Grund sollen wir alle zu dem Schluss kommen, dass wir den Menschen immer genau zuhören müssen, damit die EU-Gesetzgebung sich auch auf ihre Bedürfnisse konzentriert, während sie den bestmöglichen Schutz für die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger sicherstellt.

- Bericht: Francisca Pleguezuelos Aguilar (A6-0276/2009)

Carl Schlyter (Verts/ALE), schriftlich. – (SV) Ich stimme gegen diesen Bericht, da garantiert werden soll, dass Teile der verfügbaren Spektren für unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke verwendet werden und nicht an die großen Telekommunikationsunternehmen gehen sollen.

- Bericht: Astrid Lulling (A6-0258/2009)

Robert Atkins (PPE-DE), schriftlich. – Die britischen Konservativen unterstützen das Ende des Lohngefälles und anderer Formen der Diskriminierung zwischen Männern und Frauen. Gleichbehandlung in allen Erwerbsformen ist für eine gerechte und gleichwertige Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Dennoch sind die Konservativen davon überzeugt, dass die nationalen Regierungen und Parlamente am meisten davon profitieren werden, wenn sie sich auf eine Weise verhalten, die am effektivsten für ihre Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme ist.

Die Konservativen unterstützen die Einschätzung, dass Ehepartner von selbstständig Erwerbstätigen Zugang zu Krankengeld, Renten und Mutterschaftsrechten haben sollen. Allerdings finden wir, dass diese Entscheidungen am besten durch die Mitgliedstaaten getroffen werden.

Da die Forderung nach einem neuen Legislativvorschlag über gleiche Bezahlung auf der Basis von Artikel 141 Absatz 3 des EG-Vertrags durch die Verpflichtung der konservativen Fraktion abgedeckt wird, aus dem Sozialkapitel, das wir nicht unterstützen, auszutreten, haben wir uns entschlossen, uns der Stimme zu enthalten.

Avril Doyle (PPE-DE), schriftlich. – Dieser Bericht verbessert die Art und Weise, wie der Grundsatz der Gleichbehandlung auf selbstständig Erwerbstätige und ihre mitarbeitenden Ehepartner in der EU anwendbar ist. Allerdings bietet Irland bereits die Möglichkeit an, dass die Ehepartner von selbstständig Erwerbstätigen selbst selbstständige PRSI-Beitragszahler werden, wenn eine kommerzielle Partnerschaft zwischen den Ehepartnern nachgewiesen werden kann. Eine Person kann sich zum Beispiel dazu entscheiden, freiwillige Beitragszahlungen zu leisten, was ihr erlaubt, den eigenen Versicherungsschutz zu behalten, wenn sie das verbindliche PRSI-System verlässt. Die Sozialversicherung gehört in die nationale Zuständigkeit, und aus diesem Grund habe ich gegen Änderungsantrag 14 gestimmt. Da dieser Änderungsantrag zu Artikel 6 dieses Berichts angenommen wurde, habe ich mich zusammen mit meinen irischen Kolleginnen und Kollegen in der EPP-ED-Fraktion dazu entschlossen, mich bei der Schlussabstimmung der Stimme zu enthalten.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für Astrid Lullings Bericht über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, gestimmt, obwohl ich denke, dass er sehr viel weiter hätte gehen sollen, was die Bestärkung der Frauenrechte und den Schutz der Mutterschaft anbelangt. Die Arbeitsform der selbstständig Erwerbstätigen bleibt die einer Minderheit in Europa, welche 16% der arbeitenden Bevölkerung ausmacht. Nur ein Drittel der selbstständig Erwerbstätigen sind Frauen.

Dieser Vorschlag hätte die Hindernisse für den Zugang der Frauen zur selbstständigen Erwerbstätigkeit dadurch aus dem Weg räumen sollen, indem Maßnahmen oder spezielle Vorteile angeboten werden, die es leichter machen, eine selbstständige Erwerbstätigkeit auszuüben.

Ich glaube, dass mitarbeitende Ehepartner einen klar definierten beruflichen Status und Schutz ihrer sozialen Sicherheit genießen sollten, der dem der selbstständig Erwerbstätigen gleich kommt.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Sozialversicherungssysteme unterscheiden sich je nachdem, wo man sich in Europa befindet. Das ist kein Problem, obwohl viele das annehmen. Stattdessen ist es eine natürliche Folge der Tatsache, dass Länder verschieden sind und in öffentlichen, demokratischen Wahlen unterschiedliche politische Systeme gewählt wurden. Als Befürworter der zwischenstaatlichen EU-Zusammenarbeit ist es für uns ganz natürlich, den Wortlaut sowohl des Vorschlags des Rates für eine Richtlinie als auch den Bericht des Europäischen Parlaments abzulehnen, die beide das Ziel haben, der EU mehr Einfluss über die nationalen Sozialversicherungssysteme zu geben.

Allerdings sollte man hervorheben, dass die durchgreifenden Vorschläge primär Mindestanforderungen sicherstellen sollen. Daher halten die Formulierungen Mitgliedstaaten nicht davon ab, weiter zu gehen, falls sie das wünschen. Das ist eine positive Sache, nicht zuletzt aus schwedischer Perspektive. Diese Flexibilität und die Tatsache, dass die Gleichbehandlung von Frauen und Männern als fundamentales Prinzip einer gut

funktionierenden demokratischen Gesellschaft so klar betont wird, brachten uns dazu, für den Bericht insgesamt zu stimmen.

Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich. – (PL) Selbstständige machen gegenwärtig nur 16 % der arbeitenden Bevölkerung aus. Kaum ein Drittel der 32,5 Millionen selbstständig Erwerbstätigen sind Frauen.

Der Vorschlag, die Hindernisse des Zugangs der Frauen zur selbstständigen Erwerbstätigkeit aus dem Weg zu räumen, unter ihnen die Annahme von Maßnahmen, die spezielle Vorteile bieten, um es dem unterrepräsentierten Geschlecht zu erleichtern, eine selbstständige Tätigkeit auszuüben, sollten unterstützt werden.

Die Richtlinie 86/613/EWG hat nur sehr kleine Fortschritte für arbeitende Ehepartner von selbstständig Erwerbstätigen gebracht, im Hinblick auf Anerkennung ihrer Arbeit und angemessenen sozialen Schutz.

Die neue Richtlinie sollte mehr als alles andere eine obligatorische Registrierung der mitarbeitenden Ehepartner bieten, so dass diese nicht länger unsichtbare Arbeiter bleiben, und die Mitgliedstaaten verpflichten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass mitarbeitende Ehepartner Versicherungen abschließen können, die ihnen Gesundheitsschutz und Altersversorgung garantieren.

Obwohl die Mitgliedstaaten sich überhaupt nicht darüber einig sind, dass der gesetzliche Rahmen in diesem Bereich verbessert werden muss, hoffe ich, dass es möglich sein wird, schnell einen vernünftigen Konsens zu finden, so dass die Richtlinie in erster Lesung noch vor den europäischen Wahlen im Juni 2009 angenommen werden kann.

Unterstützen wir Initiativen für Gleichheit. dadurch, dass wir Menschen an die erste Stelle setzen, können wir eine gerechtere Gesellschaft schaffen.

- Bericht: Gabriele Stauner (A6-0242/2009)

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Bericht von Gabriele Stauner gestimmt, weil ich denke, es ist notwendig, die Aufgabe des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung dahingehend zu erweitern, alle Entlassungen, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst wurde, abzudecken.

Der Zweck des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist es, wirksame Unterstützung für die Arbeitnehmer zu leisten, die als Folge der Globalisierung entlassen wurden. Nach Annahme dieser Rechtsvorschrift kann das Geld dieses Fonds auch für Entlassungen verwendet werden, welche eine Folge der wirtschaftlichen und finanziellen Krise sind.

Der Kofinanzierungsanteil dieses Fonds ist 50 %, und diese Ziffer kann bis 2011 auf 65 % erhöht werden.

Der Maximalbetrag des jährlichen Finanzpakets, das durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zur Verfügung steht, beträgt 500 Millionen EUR, die dazu bestimmt sind, Menschen dabei zu helfen, eine Anstellung zu finden oder berufliche Schulungen oder Mobilitätsbeihilfen zu finanzieren.

Ich hoffe, dass auch Rumänien das Geld von diesem Fonds nutzen wird, um den Menschen zu helfen, die ihre Arbeitsplätze verlieren.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Diese teilweise Verbesserung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung bleibt hinter dem zurück, was in dieser ersten Krise, die wir jetzt erfahren, benötigt wird. Sie beachtet überhaupt nicht die Vorschläge, die wir gemacht haben, um die Beiträge der Gemeinschaft auf 85 % der Summe zu erhöhen, die auf Arbeitslose verteilt wird, oder den Betrag dieses Fonds sogar zu verdoppeln, um mehr Menschen abzudecken, die Unternehmungsschließungen zum Opfer fallen. Das ist der Grund, warum wir uns der Stimme enthalten.

Die geänderten Bestimmungen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, die heute angenommen werden, zielen darauf ab, diesem Fonds zu erlauben, effektiver im Hinblick auf die Kofinanzierung von Schulungen und Arbeitsvermittlung von Arbeitnehmern, die wegen der Wirtschaftskrise entlassen wurden, zu intervenieren. Die neuen Bestimmungen weiten den Anwendungsbereich des Fonds aus und erlauben eine temporäre Erhöhung des Kofinanzierungsanteils von 50 % auf 65 %, um durch den Fonds zusätzliche Unterstützung während der Finanz- und Wirtschaftskrise zu leisten. Allerdings haben Länder, die unter finanzielle Schwierigkeiten leiden, kaum Zugang zum Fonds, und zwar weil sie immer noch einen hohen Anteil an Kofinanzierung aufbringen müssen.

Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich. – (PL) Wir stehen gegenwärtig einer noch nie da gewesenen Krise gegenüber. Sie hat sich nicht nur auf die finanzielle Situation ausgewirkt, sondern auch auf die wirtschaftliche und soziale Situation, und sie hat nicht nur einige Mitgliedstaaten getroffen, sondern die gesamte EU und die ganze Welt.

Die Führer der Fraktion der Europäischen Sozialdemokraten haben eine gemeinsame Erklärung angenommen, die von den Staaten „einen ambitionierten Konjunkturbelebungsplan, um Arbeitsplätze zu sichern und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern“ fordert. Die einzige Lösung, die eine reale Wirkung auf die Wirtschaft haben wird, besteht darin, einen haushaltsmäßigen Stimulus zu gewähren, der dem Problem entspricht, dem wir gegenüberstehen, und über ganz Europa hinweg koordiniert wird. Unsere Priorität, die alles beeinflusst, was wir sagen und tun, ist es, Arbeitsplätze zu sichern, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und zur gleichen Zeit vernünftige umweltpolitische Entwicklungen zu fördern.

Wenn wir uns nicht neu bemühen, die Krise in Europa zu bekämpfen, wird die Arbeitslosigkeit auf 25 Millionen zu Beginn des Jahres 2010 steigen und der Zustand der öffentlichen Finanzen wird sich bedeutend verschlechtern.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) wurde im Jahre 2006 eingerichtet und wird bis 2013 in Kraft sein. Der Zweck des EGF ist es, Arbeitnehmer zu unterstützen, die in Folge der Globalisierung entlassen wurden. Der Höchstbetrag des Jahreshaushalts des Fonds ist 500 Millionen EUR und wird dazu benutzt, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu setzen, wie etwa die Unterstützung von arbeitssuchenden Menschen, in der Form von weiteren Zuschüssen für Fortbildungen und Mobilitätsbeihilfen.

Ich unterstütze die Idee einer Reduzierung der Anzahl der Entlassungen (auf 500), die erforderlich sind, um eine Intervention auszulösen.

- Bericht: Eugenijus Maldeikis (A6-0261/2009)

Laima Liucija Andrikiienė (PPE-DE), schriftlich. – (LT) Ich habe für den Bericht von Herrn Eugenijus Maldeikis über die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates über die finanzielle Unterstützung von Projekten im Energiebereich durch die EU gestimmt.

Es freut mich ganz besonders, dass eine große Mehrheit des Parlaments (526 Stimmen) für den Bericht gestimmt hat; sie haben dieses Dokument unterstützt.

Ich möchte noch einmal die Bedeutung unseres Beschlusses unterstreichen.

Wie Lettland, Estland und Polen ist mein Land Litauen schon seit 5 Jahren Teil der Europäischen Union, in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. In energiepolitischer Hinsicht ist es jedoch nach wie vor wie eine Insel ohne Brücken, die uns mit dem Energiemarkt der Gemeinschaft verbinden.

Mit der heutigen Entscheidung wendet das Europäische Parlament 175 Millionen EUR für die Konstruktion einer Energiebrücke auf, die Litauen und Schweden verbinden wird.

Wenn dieses Projekt realisiert ist, werden die Länder in unserem Raum, die 2004 Mitgliedstaaten der EU wurden, endlich ihre Energiemärkte an die skandinavischen Länder anbinden und dadurch an den EU-Markt.

Dies ist ein phantastisches Projekt, ein guter Anfang, und ich möchte mich bei allen meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die dafür gestimmt haben.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Bericht über einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich gestimmt.

Der Europäische Konjunkturbelebungsplan sieht Investitionen in der Höhe von 5 Milliarden EUR für Vorhaben im Energiebereich, Breitbandinternet und ländliche Entwicklungsmaßnahmen vor. 3,98 Milliarden werden in die Infrastruktur für Strom, Erdgas, Windkraft und für die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid investiert. Das Europäische Parlament unterstützt die Bereitstellung von 1,02 Milliarden EUR für ländliche Entwicklungsvorhaben.

Der Konjunkturbelebungsplan stellt 200 Millionen EUR für die Konstruktion der Nabucco-Gas-Pipeline zur Verfügung, die Erdgas aus dem Raum um das Kaspische Meer in die EU transportieren wird. Rumänien unterstützt dieses Projekt. Die Hauptpunkte, die für Rumänien interessant sind, sind unter anderem

Fördermittel dieses Fonds für Gasanbindungsvorhaben zwischen Rumänien und Ungarn (300 Millionen EUR) und zwischen Rumänien und Bulgarien (10 Millionen EUR) sowie für die Entwicklung der Ausrüstungsinfrastruktur, die es erlaubt, den Gasdurchfluss im Falle einer kurzzeitigen Unterbrechung der Versorgung umzukehren (80 Millionen EUR).

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für das Programm gestimmt, das finanzielle Unterstützung für Vorhaben im Energiebereich gewährt. Der Investitionsvorschlag des Europäischen Parlaments, der auf einer Vereinbarung mit dem Rat basiert, stützt sich auf drei Pfeiler, nämlich: Anbindung der Gas- und Stromnetze; Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid; Windkraftvorhaben im Offshore-Bereich. Als solches legt der Vorschlag Regeln und Methoden zur Bereitstellung finanzieller Hilfe fest, um Investitionen bei der Schaffung eines integrierten europäischen Energienetzes zu stimulieren und um gleichzeitig die Politik der Europäischen Union zu bestärken, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Sofortiges Handeln ist erforderlich, um die europäische Wirtschaft zu beleben, und es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, Maßnahmen zu setzen, die ein adäquates geographisches Gleichgewicht und schnelle Implementierung sicherstellen. In Portugal sind Netzanbindungsvorhaben (Infrastrukturen und Ausrüstung) antragsberechtigt, und gleiches gilt für Vorhaben, welche die Stromnetzverbindung mit Spanien verbessern.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Der Anspruch der Kommission, die Investitionen in die Energieinfrastruktur zu erhöhen ist das jüngste in einer langen Reihe von Beispielen für die Arroganz, mit der die Beamten in Berlaymont infiziert sind. Die vorgeschlagenen Investitionen sind sowohl weit reichend als auch kostspielig, und es muss noch bewiesen werden, dass alle diese Investitionen auf EU-Ebene behandelt werden sollten. Insgesamt belaufen sich die Investitionen auf 3,5 Milliarden EUR für 2009 und 2010 - Geld, das aus dem Haushalt der Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird. Sofern es Schweden betrifft, bedeutet das eine bedeutende Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um zusätzliche 1,4 Milliarden SEK. Die Tatsache, dass die Kommission nicht glaubt, genug Zeit zu haben, um eine gründliche Folgeneinschätzung eines solchen umfassenden Vorschlags durchzuführen, ist absolut erschreckend.

Der Berichterstatter des Berichts des Europäischen Parlaments scheint nicht zu sehr über diese Einwendungen besorgt zu sein. Stattdessen wird eine Erhöhung der Beihilfen von 3,5 Milliarden EUR auf fast 4 Milliarden EUR vorgeschlagen!

Unser Mandat für eine weniger kostspielige EU-weite Kooperation hat uns dazu gebracht, diese leichtfertige Verwendung der Gelder der Steuerzahler abzulehnen. Allerdings sollte betont werden, dass es sehr gute Gründe gibt, warum man weiter versuchen sollte, Wege zu finden, Technologien zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid weiter zu entwickeln. Wir haben gegen den Bericht insgesamt gestimmt.

Anders Wijkman (PPE-DE), schriftlich. – (SV) Der Vorschlag, ungefähr 4 Milliarden EUR für Vorhaben im Energiebereich innerhalb der Europäischen Energieprogramme zur Konjunkturbelebung bereitzustellen, ist ein guter Vorschlag. Allerdings stehen fossile Energieträger viel zu sehr im Mittelpunkt. Darüber hinaus herrscht ein kompletter Mangel an Unterstützung für Vorhaben zur Verbesserung der Effizienz des Energieverbrauchs. Im Frühstadium schlug die Kommission die Bereitstellung von 500 Millionen EUR für „nachhaltige“ Städte vor - ein Vorschlag, der allerdings zurückgezogen wurde.

Die Unterstützung für „nachhaltige Städte“ hätte weit reichende Vorhaben möglich gemacht, Fernwärme und Kraft-Wärme-Kopplung weiterzuentwickeln und wohnungsbauliche Verbesserungen zu erzielen. Solche Vorhaben wären kosteneffizient und würden die Emissionen reduzieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Es ist sehr bedauernd, dass die Gelegenheit, in Verbindung mit der Wirtschaftskrise, nicht wahrgenommen wird, diese Art von Maßnahmen mit neuem Leben zu erfüllen.

- Bericht: Othmar Karas (A6-0139/2009)

Udo Bullmann (PSE), schriftlich. – Die SPD-Europaabgeordneten haben dem Bericht Karas aus zwei Gründen nicht zugestimmt:

Erstens: Der Selbstbehalt bei der Verbriefung von Krediten ist ein wichtiges und richtiges Instrument, um Finanzinstitute am Geschäftsrisiko zu beteiligen. Dies setzt jedoch einen Selbstbehalt von nennenswerter Größe voraus. Der im Trilog vereinbarte Selbstbehalt von 5 Prozent erfüllt diese Voraussetzung nicht. Die EU-Kommission hatte im Konsultationsprozess ursprünglich 15 Prozent gefordert, sich dann aber dem Druck der Industrie gebeugt und 5 Prozent vorgeschlagen. Konservative und Liberale im Wirtschafts- und Währungsausschuss wollten selbst diese geringe Beteiligung am Geschäftsrisiko bei Vorlage einer

Garantieerklärung der Finanzinstitute noch für überflüssig erklären. Die SPD-Europaabgeordneten setzen sich für einen deutlich höheren Selbstbehalt ein und werden dieser Forderung auch bei zukünftigen Reformen der Eigenkapitalrichtlinien Nachdruck verleihen.

Zweitens: Die Definition von Kernkapital wie sie im Bericht Karas vorgenommen wird, verletzt die Wettbewerbsneutralität der Regelung. Sie sieht vor, dass stille Einlagen in Zukunft nicht mehr vollumfänglich als Kernkapital gelten, obwohl sie im Liquiditätsfall vollständig absorbiert werden können. Dies öffnet dem unfairen Wettbewerb gegen öffentliche Banken in Deutschland Tür und Tor. Wir stellen fest, dass stille Einlagen ein bewährtes und mit EU-Recht konformes Refinanzierungsinstrument sind. Da das Trilogergebnis klarstellende Änderungsanträge unsererseits nicht berücksichtigt, lehnen wir den Bericht ab.

Astrid Lulling (PPE-DE), schriftlich. – (DE) Ich beglückwünsche den Berichterstatter zu seinem Arbeitsfleiß, sowohl was die Substanz der Texte anbetrifft, wie auch zu den nachfolgenden Verhandlungen. Außerordentliche Umstände zwingen uns, rasche und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Ich kann das vorgeschlagene Ergebnis im Bereich der Verbriefung von Krediten akzeptieren. Die systematische Einführung standardisierter Kollegien der Aufsichtsbehörden ist ein bedeutender Fortschritt.

Seit dem Herbst hat der Berichtsentwurf durch seine Idee eines integrierten europäischen Aufsichtssystems den Weg geöffnet. Der Bericht der de Larosière-Gruppe und die Mitteilung der Kommission vom 4. März haben diese Idee nützlich entwickelt. Ich bin hocherfreut, dass diese Ideen auf generelle Zustimmung gestoßen sind.

Im Hinblick auf den Anwendungsbereich muss eines gesagt werden: Anstatt das einigermaßen vereinfachte Kriterium grenzüberschreitender Banken anzunehmen, ist es unter Umständen sinnvoller, die Banken, die von systemischer Bedeutung sind, als Zielgruppe zu sehen.

Letztere würden direkt der neuen Bankaufsichtsbehörde unterstehen. Die anderen Banken würden von einem Kollegium beaufsichtigt werden oder, im Fall von ausschließlich nationalen Banken, von ihrer nationalen Aufsichtsbehörde. Zum Zweck des Krisenmanagements sollten die systemischen Banken auch Bestimmungen der finanziellen Stabilität auf europäischer Ebene befolgen müssen.

Peter Skinner (PSE), schriftlich. – Ich gratuliere Herrn Karas. Das Votum ist aus vielen Gründen ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Zunächst handelt es sich um ein Paket, das vom Parlament empfohlen und verhandelt wurde. Ich habe an solchen Verhandlungen teilgenommen und weiß, wie schwierig solche Aufgaben sein können.

Zum zweiten hat es Substanz, das heißt die Gesetzgebung bietet einen besseren Schutz für britische und andere Bürgerinnen und Bürger in der ganzen EU.

Verbriefung von Krediten war die Methode, mit der die so genannten „toxic assets“ zwischen den Banken verteilt wurden, was große Verluste in vielen privaten und staatlichen Banken zu Folge hatte.

Die Idee der Einbehaltung des Urheber-Assets in der Höhe von bis zu 5 %, Gegenstand einer Prüfung nach Folgeneinschätzungen und internationalen Veränderungen, ist von großer Bedeutung.

Die Reduzierung von „Leveraging“ und die die Gewährleistung ausreichenden Eigenkapitals von Banken ist die Sicherheit gegen das Verhalten von Banken, das uns hart an den Rand eines finanziellen Desasters gebracht hat.

Herr Karas kann mit seiner Arbeit in den Verhandlungen zufrieden sein. Ich weiß, wie schwer es für das Parlament ist, Verbesserungen von Texten zu bekommen, aber diese Vereinbarung nach der ersten Lesung ist sehr vernünftig.

- Bericht: Karsten Friedrich Hoppenstedt (A6-0246/2009)

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wenn irgendjemand Zweifel über die wahren Ziele dieses Vorschlags haben sollte, müsste man nur den Wortlaut des Textes zitieren, der heute angenommen wurde, im Hinblick auf die Sicherstellung, der „Aufhebung der verbleibenden Barrieren für einen problemlos funktionierenden Binnenmarkt“. Außerdem macht Artikel 2 klar, dass „das allgemeine Ziel ist... die Bedingungen für das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern“.

Wieder muss es zumindest widersprüchlich erscheinen, dass nach dem Versagen des so genannten „Europäischen Konjunkturbelebungsplans“ und der ausgerufenen „Europäischen Solidarität“ der erste und bisher einzige Vorschlag für die Schaffung eines Unterstützungsprogramms der Gemeinschaft auf den der finanzielle Dienstleistungssektor gerichtet ist! Es scheint fast so, als ob wir nicht eine der einschneidendsten Krisen des Kapitalismus erleben, mit schlimmer werdender Arbeitslosigkeit, Vernichtung der Produktionskapazität, zunehmenden Ungleichheiten und wachsenden Schwierigkeiten für Arbeitnehmer und die Bevölkerung im Allgemeinen.

Die Vorschläge, die wir eingebracht haben - wie etwa die Erhöhung des Gemeinschaftshaushalts, die Schaffung von Unterstützungsprogrammen für den Produktionssektor und den Schutz der Arbeitsplätze durch Rechte und öffentlichen Hilfsleistungen - wurden abgelehnt. Aber wenn es um den Finanzmarkt und das „problemlose Funktionieren des Binnenmarktes“ geht, dann gibt es keinen Mangel an Fördermitteln der Gemeinschaft. Das ist nicht akzeptabel. Darum haben wir dagegen gestimmt.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Wir Euroskeptiker streben immer danach, die EU-Kooperation weniger kostspielig zu machen. Das Geld der Steuerzahler muss vernünftig verwendet werden. Es ist wichtig, dass wir besonders in diesen turbulenten Zeiten sorgfältig mit unseren gemeinsamen Ressourcen umgehen. Haushaltseinschränkungen müssen für uns gewählte Vertreter der Leitsatz bleiben.

Allerdings führt uns der gegenwärtige Bericht in eine völlig andere Richtung. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission für die Finanzierung wurde für unzureichend befunden, und binnen ganz kurzer Zeit schlugen die großen Fraktionen im Europäischen Parlament vor, dass die Aufwendungen für die finanziellen Aufsichtsbehörden verdoppelt werden sollen. Auf welcher Basis, könnten wir uns fragen. Wir haben es mit einem ausgewachsenen, globalen finanziellen Desaster zu tun, bei dem internationale Anstrengungen auf globaler Ebene unternommen werden müssen.

Überwachung der Finanzinstitutionen innerhalb der EU ist zurzeit nicht die Aufgabe der EU. Es ist wichtig, dies nicht zu vergessen. Aber der derzeitige Vorschlag verrät die Ambitionen der mächtigen politischen Elite. Mit vagen Hinweisen auf die Finanzkrise und ihre vorstellbaren Konsequenzen für die Aufsicht und Überprüfung handelt es sich hier um nicht mehr als einen unverschämten Versuch, die Position der EU zu stärken. Wir haben freilich kein anderes Mittel als gegen den Bericht und den alternativen Entschließungsantrag zu stimmen.

- Bericht: Janusz Wojciechowski (A6-0185/2009)

Martin Callanan (PPE-DE), schriftlich. – Obwohl ich ein überzeugter Befürworter des Tierschutzes bin, zögere ich, Praktiken zu verbieten wie den Import von Seehundprodukten, vorausgesetzt, dass gezeigt werden kann, dass das Leiden der Tiere bei der Tötung auf einem Mindestmaß gehalten wird.

Trotzdem gibt es einige Praktiken, die mir großen Grund zur Sorge bereiten, nicht zuletzt rituelle Schlachtungstraditionen bestimmter religiöser Gruppen. Wenn man die kulturelle Vielfalt Europas bedenkt, haben einige dieser Praktiken, die dem Respekt der EU für den Tierschutz zuwider laufen, Wurzeln geschlagen. In der Folge leiden Tiere unnötigerweise.

Ich akzeptiere, dass einige Religionen der Art und Weise, wie ein Tier geschlachtet wird, damit sein Fleisch verzehrt werden kann, fundamentale Bedeutung beimessen. Allerdings ist die Entwicklung eines Bewusstseins für Tierrechte und Tierschutz während der letzten 30 Jahre in Europa hart erkämpft worden, und wir sollten das nicht auf dem Altar der politischen Korrektheit opfern. Tiere, die durch rituelle Schlachtungsmethoden getötet werden, müssen zuerst betäubt werden, um das Leiden zu minimalisieren und die Werte des Tierschutzes, die wir hochhalten, weiter fördern.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich stimmte für diesen Bericht über den Schutz der Tiere zur Zeit der Tötung. Jedes Jahr werden in der Europäischen Union Millionen von Tieren getötet. Viele Tiere sind einer Behandlung ausgesetzt, die unnötiges Leiden mit sich bringt, nicht nur während der Aufzucht und dem Transport, sondern auch zur Zeit der Schlachtung oder Tötung und durch die damit verbundenen Tätigkeiten. Das Leiden der Tiere in Schlachthäusern muss verhindert werden, einschließlich dem jener Tiere, die für die Lebensmittelproduktion und andere Produkte aufgezogen werden.

Meiner Meinung nach ist der Vorschlag ausgeglichen und im Einklang mit den Zielen der Gemeinschaft, den Schutz und das Wohlergehen der Tiere zu sichern. Ich stimme zu, dass die industrielle Schlachtung von Tieren mit der nötigen Achtung für humanitäre Standards durchgeführt werden sollte und das von Tieren erfahrene Leiden beschränken muss.

Infolgedessen habe ich nicht für diesen Änderungsantrag gestimmt, der das Verbot aufhebt, Rinder durch eine Umkehrung oder unnatürliche Körperhaltung festzuhalten, weil dies meiner Meinung nach das Wohlergehen der Tiere beeinträchtigt.

Filip Kaczmarek (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Meine Damen und Herren, ich habe für den Wojciechowski-Bericht über den Schutz von Tieren während der Tötung gestimmt. Viele Leute wundern sich, wie es möglich ist, Tiere zu schützen, während sie getötet werden. Es klingt paradox, aber es ist möglich. Jeder, der die Tötung eines Tieres erlebt oder einen solchen Akt beobachtet hat, ist sich bewusst, wie schmerzhaft der Tod eines Tieres sein kann. Die Einführung neuer Rechtsvorschriften in diesem Bereich wird das unnötige Leiden von Tieren einschränken und aus diesem Grund ist dieses Gesetz notwendig.

Carl Lang (NI), schriftlich. – (FR) Durch die Bestätigung, dass Tiere ohne unnötiges Leiden geschlachtet werden müssen, außer im Fall religiöser Rituale, hat die Mehrheit des Hauses sowohl ihre Scheinheiligkeit als auch ihre Feigheit unter Beweis gestellt. „Religiöse Rituale“ beziehen sich hauptsächlich auf die rituelle Schlachtung, die insbesondere während des muslimischen Festes von Eid-al-Adha praktiziert wird, wenn Hunderten oder Tausenden von Schafen die Kehle durchgeschnitten wird.

Die gesetzliche Anerkennung solch einer Praxis ist Teil eines weitaus größeren Phänomens, das der Islamisierung unserer Gesellschaften. Unsere Gesetze und Gebräuche ändern sich zunehmend, um sich dem islamischen Sharia-Gesetz anzupassen. In Frankreich subventionieren mehr und mehr lokale Behörden indirekt die Errichtung von Moscheen. Speisekarten in Schulen werden zusammengestellt, um der islamischen Diät zu entsprechen. In einigen Städten, wie etwa Lille, haben die Schwimmbäder ausschließlich für Frauen reservierte Benutzungszeiten. Durch die Gründung der *Conseil français du culte musulman* im Jahre 2003 hat Herr Sarkozy als damaliger Innenminister den Islam in die französischen Institutionen eingeführt.

Um diese Entwicklungen zu stoppen, müssen wir die islamisch Korrekten ablehnen, den nichteuropäischen Migrationsfluss umkehren und ein neues Europa schaffen, ein Europa souveräner Nationen, ohne die Türkei, das die christlichen und humanistischen Werte seiner Zivilisation bekräftigt.

Cristiana Muscardini (UEN), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist bedauernd, dass das Europäische Parlament am Ende seiner Legislaturperiode im Hinblick auf einen so heiklen Punkt einen schizophrenen Ansatz gewählt haben soll, denn es ist tatsächlich schizophren, sich einerseits in die Zukunft zu projizieren, obwohl letztere Technologien einführt, die Gewalt und Vergewaltigung lehren und andererseits in die Vergangenheit zurückzufallen, um zu Stammesritualen zurückzukehren und diejenigen zu beschwichtigen, die Blutvergießen und mehr sinnloses Leiden in den Augen der Opfer sehen wollen.

Wir lehnen Stammeschlächtereien vehement ab, da sie den Konsens und die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Mitgliedstaaten außer Acht lässt.

Lydia Schenardi (NI), schriftlich. – (DE) Wir befürworten den Wunsch, die Richtlinie von 1993 in einer Weise zu ersetzen, welche die Bedingungen der Schlachtung in der gesamten Europäischen Union verbessert und standardisiert.

Wir befürworten ebenfalls den Grundsatz, gemäß dem Tiere nur mit Methoden geschlachtet werden sollten, die den augenblicklichen Tod oder Tod nach Betäubung sicherstellen, aber wir sind absolut gegen die Idee, Ausnahmen im Rahmen religiöser Riten zuzulassen.

Die öffentliche Meinung ist sehr empfindlich und lehnt unnötige, schmerzhaft Praktiken vollständig ab. Tolerieren wir sie dann im Namen der Religion, ungeachtet dessen, ob die Tiere vor der Tötung immobilisiert werden oder nicht?

Strenge Gesetze, welche die Verifizierung der Praktiken gewährleisten, müssen eingeführt werden, um sicherzustellen, dass Tiere betäubt werden und das Bewusstsein nicht mehr erlangen können bevor sie sterben, aber es wäre sogar noch besser, diese Praktiken vollkommen zu verbieten. Sie stammen aus einer anderen Zeit und können mit Recht als barbarisch bezeichnet werden.

Kathy Sinnott (IND/DEM), schriftlich. – Tiere vor Grausamkeit zu schützen ist eine äußerst wichtige Verantwortung. Allerdings werden einige der hier zur Verhinderung von Grausamkeit eingebrachten Vorschläge tatsächlich mehr Grausamkeit verursachen.

Ich verweise insbesondere auf den Vorschlag, alle Schlachtungen in Schlachthäusern durchzuführen. Landwirte wären gezwungen, Tiere zu verladen und zu transportieren, sogar wenn diese krank oder alt sind, und solche Handlungen würden den Tieren Schmerz und Stress bereiten.

Dieser Vorschlag trägt das Risiko ansteckender Krankheiten und Infektionen in sich. Manchmal ist es besser, Krankheiten durch Schlachtung am eigenen Hof in Schach zu halten, solange dies auf humanitäre Weise durchgeführt wird. Ich habe meine mündliche Erklärung nicht abgegeben.

- Bericht: José Albino Silva Peneda (A6-0241/2009)

Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE), schriftlich. – (SV) Unsere Fraktion der schwedischen Sozialdemokraten hat sich entschieden, für den Bericht (A6-0241/2009) und für die erneuerte soziale Agenda zu stimmen. Es ist ein guter Bericht und er legt neben anderen Dingen fest, dass wirtschaftliche Freiheiten und Regeln des Wettbewerbs niemals über fundamentale soziale Rechte triumphieren sollen.

Allerdings enthält der Bericht auch Bedingungen für ein Mindestlohnsystem. Wir Sozialdemokraten glauben, dass es für jeden wichtig ist, einen Lohn garantiert zu bekommen, von dem man leben kann, und wir sind der Überzeugung, dass die EU dies unterstützen soll. Dies ist besonders wichtig, um uns zu ermöglichen, das Problem der „arbeitenden Armen“ zu bekämpfen. Wie sich Mitgliedstaaten dann entschließen, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein anständiges Einkommen zu garantieren, und ob sie das durch die Gesetzgebung tun oder es den Sozialpartnern überlassen, es durch Kollektivverträge zu regeln, muss weiter von den Mitgliedstaaten selbst entschieden werden.

Robert Atkins (PPE-DE), schriftlich. – Die Konservativen unterstützen den Grundsatz des Mindestlohns im Vereinigten Königreich. Allerdings glauben wir, dass Sozialversicherungsmodelle und Mindestlohn auf nationaler Ebene festgelegt werden sollten.

Daher enthalten sich die Konservativen der Stimme in Bezug auf diesen Bericht.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Silva Peneda-Bericht über die erneuerte soziale Agenda gestimmt. Innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Sozialpolitik mit der Wirtschaftspolitik Hand in Hand geht und auf die Erholung der europäischen Wirtschaft abzielt. Die sozialen Modelle Europas sehen sich mehreren Herausforderungen gegenüber, nämlich dem demographischen Wandel und der Globalisierung, denen gegenüber sie nicht immun bleiben können. Daher müssen sie mit einer Langzeitperspektive modernisiert werden und gleichzeitig ihre ursprünglichen Werte bewahren.

Europa muss sich im Hinblick auf die Sozialpolitik jetzt umso mehr bemühen, da wir eine ernste Krise durchleben. Aber ich glaube, dass die erneuerte soziale Agenda der Kommission sehr unambitioniert ist, zu spät gekommen ist und den Herausforderungen, die sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise stellen, nicht wirklich gewachsen ist. Sozialpolitik und Arbeitsplatzpolitik müssen gestärkt werden, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu verringern oder zu vermeiden und die Europäer vor sozialer Ausgrenzung und dem Risiko der Armut zu bewahren.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Dieser Bericht enthält viele Widersprüche. PP Aber im Kern besteht er auf existierende Richtlinien des neoliberalen Kapitalismus, obwohl sie hier und da nicht so extrem sind, aber ohne Änderung der grundsätzlichen Politik, die der eigentliche Grund für die derzeitige wirtschaftliche und soziale Krise ist. Der Leitsatz ist wie immer derselbe. Die „Krise“ wird jetzt dazu benutzt, wieder das Rezept für „Mehr vom Gleichen“ zu „verkaufen“. Flexibilität, Binnenmarkt, öffentlich-private Partnerschaften und so weiter, und dabei wird die Tatsache ignoriert, dass die politischen Haltungen der EU ebenfalls Grund für die Krise sind und diese verschlimmert haben.

Die zutreffenden „Bedenken“, die im Bericht enthalten sind, stellen sich weder den Hauptursachen der identifizierten Probleme noch reagieren sie auf sie, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftspolitik, die Unsicherheit am Arbeitsmarkt, die Liberalisierung und die Privatisierung der öffentlichen Dienste usw.

Es gibt keine alternativen Lösungen, ganz besonders nicht im Hinblick auf die Stärkung des Staates in der Wirtschaft, in strategischen Sektoren und bei der Erweiterung qualitativ hochwertiger Dienste oder sogar beim Schutz höherer Löhne und Renten. Allerdings berücksichtigt der Bericht den Bedarf einer gerechteren Verteilung von Vermögen, aber ohne die Methoden zu benennen, mit denen dies erreicht werden soll und ohne einen Hinweis auf eine Absage an diese Politik, die soziale Ungleichheit noch verschlimmert hat.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (DE) Das soziale Resümee Ihres Europas ist ein gewaltiges Versagen. In Frankreich sind gerade furchtbare Zahlen herausgegeben worden: Die Armut ist innerhalb von 2 Jahren um 15 % angestiegen, die Zahl der armen Arbeitnehmer hat sich dramatisch vervielfacht, und die Zahl der hoch

verschuldeten Haushalte, deren Mittel seit langer Zeit unzureichend sind um die täglichen Lebenskosten zu decken, hat sich in der Folge exponentiell vermehrt. Außerdem befinden wir uns erst am Beginn dieser tiefen Krise.

Sie raten Bürgerinnen und Bürgern inständig „dem Wandel gegenüber offen zu sein“, wenn für Arbeiter Wandel gleichbedeutend ist mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze und der Garantie, dass sie keine neuen finden werden, dank Ihrer Politik. Sie sprechen von „sozial“, während der Gerichtshof die Rechte der Arbeiter im Namen des Wettbewerbs und der Dienstleistungsfreiheit mit Füßen tritt. Sie fügen Flexibilität hinzu, wenn es bloß Europeak für „Unsicherheit“ ist. Sie geben sogar vor, sich besonders um Frauen und Mütter zu kümmern, wenn Ihre idiotische „Geschlechter“-Politik den Verlust spezieller sozialer Rechte zur Folge hat wie diejenigen, die sie in Frankreich hatten, im Bereich der Renten und der Nachtarbeit.

Es ist keine Erneuerung der sozialen Agenda erforderlich, sondern eine tiefgreifende Änderung Ihres perversen Systems.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Dieser Bericht besteht darauf, dass Mitgliedstaaten für Modernisierung sorgen und ihre nationalen Sozialversicherungssysteme reformieren, Mindestlöhne einführen und die Stundenpläne in den Schulen überprüfen müssen. Außerdem soll es eine intensivere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen ihrer Unternehmen geben, und ein europäisches Jahr des Ehrenamts soll eingeführt werden. Dies sind ungewöhnlich extreme Beispiele dafür, wie die EU beabsichtigt, nationale Selbstbestimmung zu übernehmen.

Noch dazu enthält der Bericht zwei Hinweise auf den Lissabon-Vertrag, der immer noch nicht in Kraft getreten ist. Es handelt sich hier um einen unverschämten Ausdruck arroganter Macht! Die Folge ist, dass die demokratische Debatte über den Vertrag bloß als Schauspiel für die Galerie betrachtet wird und man ihr aberkennt, dass sie auch nur irgendeine Bedeutung für das Ergebnis hat.

Wir haben deshalb in der Schlussabstimmung gegen den Bericht gestimmt.

Carl Schlyter (Verts/ALE), schriftlich. – (SV) Prinzipiell ist es ein sehr guter Bericht mit vielen guten Aspekten, aber wegen wiederholter Forderungen nach Wachstum und der Forderung an Mitgliedstaaten, Mindestlöhne in Verbindung mit rechtlich verbindlichen sozialen Bedingungen einzuführen, die mit einem gewaltigen Machttransfer an die EU verbunden wären, enthalte ich mich der Stimme.

Anja Weisgerber (PPE-DE), schriftlich. – (DE) Die europäischen sozialen Modelle stehen während der derzeitigen Finanzkrise riesigen Herausforderungen gegenüber.

Die deutsche konservative Fraktion (CDU/CSU) gibt daher ihre Stimme für ein soziales Europa.

Aus diesem Grund unterstützen wir Herrn Silva Penedas Bericht über die erneuerte soziale Agenda.

Wir begrüßen ebenfalls sowohl die Tatsache, dass die Schaffung und Förderung neuer Arbeitsplätze in dieser Zeit der Krise höchste Priorität hat als auch, dass dem Willen Ausdruck verliehen wird, Maßnahmen im Bereich der Erziehung und Schulung mit dem nötigen Druck durchzuführen.

Europa muss einen sozialen Rahmen schaffen und Standards auf europäischer Ebene entwickeln.

Wir müssen in dieser Hinsicht sicher die Kompetenzen der Mitgliedstaaten beachten.

Aus diesem Grund sprechen wir uns gegen eine allgemeine Forderung zur Einführung eines Mindestlohns in allen Mitgliedstaaten aus, wie das ursprünglich im Absatz 14 des Berichts ausgedrückt wurde.

Die Einführung eines Mindestlohnes ist eine Entscheidung, die ganz allein im Ermessen der Mitgliedstaaten belassen werden soll.

Es freut uns daher, dass der mündliche Änderungsantrag zu diesem Absatz angenommen wurde.

Ausreichende Leistungen müssen garantiert werden, um jeder Person zu erlauben, ein würdevolles Leben zu führen, aber für Mitgliedstaaten bestehen diesbezüglich unterschiedliche Optionen.

Wir haben es in unserem mündlichen Änderungsantrag klar gemacht, dass neben der Einführung des Mindestlohnes auch den Kollektivverträgen und allgemein verbindlichen Bestimmungen oder einem vom Staat garantierten Mindesteinkommen Beachtung gezollt werden soll.

So beachten wir in gebührender Weise den Grundsatz der Subsidiarität.

- Bericht: Jean Lambert (A6-0263/2009)

Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE), schriftlich. – (SV) Wir, die schwedischen Sozialdemokraten, haben uns entschieden, für den Bericht (A6-0263/2009) über die aktive Einbeziehung der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen zu stimmen. Es ist ein guter Bericht, der in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise besondere Bedeutung hat, während die aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen notwendig sind, damit die Schwächsten der Gesellschaft nicht dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben.

Allerdings enthält der Bericht auch Bedingungen für ein Mindestlohnsystem. Wir Sozialdemokraten glauben, dass es für jeden wichtig ist, einen Lohn garantiert zu bekommen, von dem man leben kann, und wir sind der Überzeugung, dass die EU dies unterstützen soll. Dies ist besonders wichtig, um uns zu ermöglichen, das Problem der „arbeitenden Armen“ zu bekämpfen. Wie sich Mitgliedstaaten dann entschließen, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein anständiges Einkommen zu garantieren und ob sie das durch die Gesetzgebung tun oder es den Sozialpartnern überlassen, dies mit Kollektivverträgen zu regeln, muss weiter von den Mitgliedstaaten selbst entschieden werden.

Robert Atkins (PPE-DE), schriftlich. – Die britischen Konservativen unterstützen den Großteil des Berichts und die festgelegten Bestimmungen für die Unterstützung eines angemessenen Einkommens, unter Berücksichtigung der Arbeitsmärkte und dem Zugang zu Qualitätsdienstleistungen. Wir empfehlen auch einen positiven und inklusiven Ansatz bezüglich psychischer Gesundheit, körperlicher Behinderungen und dem Recht älterer Menschen auf einen Arbeitsplatz sowie eine harte Linie im Kampf gegen den Menschenhandel.

Allerdings unterstützen die Konservativen nicht das Konzept einer EU-Diskriminierungsrichtlinie. Außerdem können die Konservativen weder die Aufforderung unterstützen, einen Gesetzesrahmen für die Chancengleichheit bei der Einstellung von Arbeitnehmern einzurichten um die Diskriminierung bei der Einstellung von Arbeitnehmern und in beruflicher Hinsicht zu bekämpfen, noch ein EU-Ziel für Mindesteinkommensmodelle und beitragsgestützte Einkommensersatzmodelle, welche die Stützung von Einkommen im Ausmaß von mindestens 60 % des nationalen, mittleren ausgeglichenen Einkommens vorsehen. Aus diesen Gründen enthalten wir uns der Stimme. Diese Fragen sollten Angelegenheiten nationaler Kompetenzen sein.

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE), schriftlich. – Die PPE-DE-Fraktion unterstützt prinzipiell die Stoßrichtung des ursprünglichen Berichts von Herrn Jean Lambert. Aber im Ausschuss hat eine andere Fraktion unwesentliche Punkte in den Bericht eingebracht, welche nicht nur außerhalb des beabsichtigten Anwendungsbereichs des Berichts lagen, sondern auch für unsere Fraktion als inakzeptabel erkannt werden mussten. Sie haben das vorsätzlich getan, aus schäbigen parteipolitischen Gründen, um es uns unmöglich zu machen, den Bericht, wie er in der Plenarversammlung präsentiert wurde, zu unterstützen. Daher haben wir eine alternative Entschließung eingereicht, die alle Elemente ihres Berichts enthält, die wir unterstützen.

Martin Callanan (PPE-DE), schriftlich. – Dieser Bericht wirft die Frage auf: Wie integrieren wir Menschen in die Arbeitsmärkte, die gegenwärtig davon ausgeschlossen sind? Die Antwort ist ganz offensichtlich. Wir müssen mehr Arbeitsplätze in unseren Arbeitsmärkten schaffen.

Die Tatsache, dass sich die EU diese Frage überhaupt stellen muss, zeigt eines der grundsätzlichen Probleme mit Brüssel auf. Viel mehr Gewicht wird auf den Schutz des Arbeitsplatzes gelegt und fast kein Gewicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das europäische Sozialmodell ist in erster Linie für die Tatsache verantwortlich, dass so viele Europäer arbeitslos sind. Das europäische Sozialmodell ist das genaue Gegenteil dessen, was es sein soll: Es schafft eine zweipolige Arbeitsmarktwirtschaft, die für die arbeitenden Menschen Leistungen zur Verfügung stellt und die Chancen der Arbeitslosen verringert, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Der soziale Preis endloser EU-Bestimmungen ist ebenfalls immens und hält Arbeitgeber davon ab, neue Arbeiter einzustellen. So viel für den gerühmten EU-Plan, bis 2010 zur konkurrenzfähigsten Wirtschaft aufzusteigen.-

Um Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen, muss sich die europäische Wirtschaft in eine grundsätzlich andere Richtung bewegen. Die britischen Konservativen haben sich dazu verpflichtet, diese Richtungsänderung zu beschleunigen.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Dieser Bericht befasst sich mit einer Anzahl wichtiger Themen, mit denen sich im Grunde die Mitgliedstaaten und nicht die EU auseinandersetzen sollten. Das Europäische Parlament besteht darauf, dass es einen Grund gibt, warum EU-Ziele für

Mindesteinkommensgarantien und Mindestlöhne eingeführt werden sollen. Der Bericht enthält auch einen Hinweis auf den Lissabon-Vertrag (der noch immer nicht in Kraft getreten ist.) Daher haben wir gegen den Bericht gestimmt.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wurde um 14.40 Uhr unterbrochen und um 15.05 Uhr fortgesetzt.)

VORSITZ: FAU ROURE

Vizepräsidentin

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

10. Schlussfolgerungen der UN-Konferenz gegen Rassismus (Durban II - Genf) (Aussprache)

Präsident. – Der nächste Punkt sind die Aussagen des Rates und der Kommission zu den Beschlüssen der Konferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus (Durban II – Genf).

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen zunächst für diese Gelegenheit zur Bestandsaufnahme der Überprüfungskonferenz von Durban danken, von der ich weiß, dass sie von vielen heute hier anwesenden Abgeordneten genau verfolgt wurde.

Das Vorbereitungsverfahren auf die Konferenz war besonders komplex, da eine erhebliche Anzahl von Ländern angesichts der Geschehnisse im Jahr 2001 starke Bedenken hatten. Wegen ihrer Bedenken, dass die Konferenz als Plattform für Ausdrücke von Hass und Intoleranz in ihrer extremsten Form missbraucht werden würde, haben sich mehrere Mitgliedstaaten, einschließlich meines eigenen, dazu entschieden, sich von der Konferenz zurückzuziehen. Diese Bedenken wurden durch die Intervention eines UNO-Mitglieds gleich zu Beginn der Konferenz bekräftigt. Dies fanden wir nicht nur völlig inakzeptabel, sondern es stand auch im direkten Gegensatz zum Geist und Zweck der Konferenz.

Es ist ein unglücklicher Umstand, jedoch möglicherweise unausweichlich, dass dieser Vorfall und der nachfolgende Auszug aller Mitgliedstaaten sowie aller anderen UN-Mitglieder Schlagzeilen machte und somit die einstimmige Annahme des Ergebnisdokuments überschattete. Gleichzeitig denke ich, dass der sehr konstruktive und solide EU-Beitrag in der Vorbereitungsphase der Konferenz absolut anerkennenswert ist. Dies galt insbesondere in Bezug auf die Entwurfsarbeit des Ergebnisdokuments, bei der die EU eine maßgebliche Rolle spielte. Trotz der von mir genannten Ablenkungen ist die Tatsache, dass das endgültige Ergebnisdokument der Konferenz alle roten Linien der EU berücksichtigt, eine erhebliche Leistung dar.

Das Ergebnisdokument respektiert in vollem Umfang den bestehenden Rahmen zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere, was die Meinungsfreiheit angeht, und erfüllt viele unserer Anforderungen, wie beispielsweise die Notwendigkeit zur Vermeidung einer jeglichen Bezugnahme zur Diffamierung von Religionen sowie die Unterlassung der Aussonderung von Israel. Darüber hinaus wurde der Absatz zur Erinnerung an den Holocaust im Text bewahrt.

Wir müssen nun die Implikationen sowohl der Konferenz an sich als auch des Ergebnisdokuments für die EU überdenken. Wir müssen insbesondere festlegen, wie wir die Implementierung der Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, fördern wollen. Der Rat bleibt weiterhin äußerst besorgt über die Phänomene von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die wir heutzutage zu unseren wichtigsten Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte ansehen.

Ich weiß, dass dieses Parlament diese Bedenken vollständig teilt, und dass Sie an der Schaffung eines Großteils der gesetzgebenden Basis und der praktischen Werkzeuge zur Bekämpfung dieser Geißel maßgeblich beteiligt gewesen sind. Der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein kontinuierlicher Prozess, der sowohl politischen Willen als auch praktische Maßnahmen erfordert, nicht zuletzt im Bildungsbereich. Es

gibt ferner einen kontinuierlichen Bedarf zur Optimierung des Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses sowie zur Förderung der Toleranz.

Zwar gibt es Anzeichen dafür, dass die Antidiskriminierungsgesetzgebung der EU positive Wirkungen zeigt, der globale Fortschritt des Kampfes gegen diese Phänomene bleibt jedoch insgesamt gesehen bedauerlicherweise langsam. In der Tat ist dieser Trend in einer Reihe von Ländern sogar negativ. Wir haben Fälle gesehen, in denen die aktuelle Wirtschaftskrise rassistische und fremdenfeindliche Intoleranz überall auf der Welt anfeuert. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ist eine starke Politik gegen den Rassismus wichtiger denn je. Sowohl innerhalb Europas als auch im weiteren Kontext erleben wir einen Aufschwung gewaltsamer Angriffe auf Migranten, Flüchtlinge und Asylanten sowie gegen Minoritäten wie die Roma.

Die EU verfügt im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über einen starken *Acquis*. Diese beiden Phänomene sind unvereinbar mit den Prinzipien, auf denen die EU begründet wurde. Die EU hat alle Anzeichen von Rassismus wiederholt abgelehnt und verurteilt und wird dies auch weiterhin tun. Die EU wird innerhalb der durch die Verträge gesteckten Machtgrenzen fortfahren, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen, sowohl innerhalb der Union selber als auch im Rahmen unserer externen Aktionen.

Intern haben wir eine Gesetzgebung verabschiedet, die sowohl die direkte als auch die indirekte Diskriminierung auf der Grundlage von Rasse oder ethnischer Herkunft, am Arbeitsplatz, bei der Ausbildung und im Hinblick auf den Zugang zu Waren und Dienstleistungen untersagt. Die Gesetzgebung untersagt zudem auch die Diskriminierung aus anderen Gründen, wie u. a. Religion, Alter, sexuelle Neigung und Behinderungen, insbesondere am Arbeitsplatz. Die EU hat zudem eine Gesetzgebung verabschiedet, die Hasstiraden auf TV-Sendern verbietet und die „öffentlicher Aufhetzung zu Gewalt oder Hass gegen eine Gruppe von Menschen oder ein Mitglied einer derartigen Gruppe auf Grund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft“ strafbar macht. Dieselbe Gesetzgebung macht es zu einem Verbrechen, öffentlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu entschuldigen, zu leugnen oder zu in hohem Maß zu trivialisieren.

Extern schneidet die EU regelmäßig Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsthemen in ihren bilateralen politischen und menschenrechtsbezogenen Dialogen mit Drittstaaten wie Russland und China an. Wir haben zudem sichergestellt, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unseren Kooperationsstrategien, wie den Aktionsplänen im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik, integriert werden. Es passiert viel in den verschiedenen multilateralen Foren. Innerhalb des OSZE-Rahmens koordinieren die Mitgliedstaaten ihre Arbeit, um so sicherzustellen, dass die Verpflichtungen, die die 56 OSZE-Teilnehmerstaaten in diesem Bereich haben, respektiert und implementiert werden. Dies ist auch im Europarat und innerhalb des weiter gefassten UNO-Rahmens der Fall.

Diese Beispiele demonstrieren unser kollektives Engagement für die Bewältigung dieser Probleme sowohl intern als auch im breiteren Kontext mit den Partnern weltweit. Die Durban-Überprüfungskonferenz war Bestandteil dieser weiter gefassten Bemühungen. Es war nicht einfach und wurde eindeutig von denjenigen, die die Ergebnisse der Konferenz für ihre eigenen engstirnigen politischen Zwecke missbrauchen wollten, ruiniert. Aber abgesehen davon sollten wir die Tatsache begrüßen, dass sich die Aufmerksamkeit schlussendlich auf die fortwährende Notwendigkeit, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit anzugehen, sowie auf die Verpflichtung zur Ausrottung dieser Geißel, die wir eingegangen sind, und die von vielen anderen geteilt wird, gerichtet hat.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich freue mich über die Gelegenheit, an dieser Debatte teilnehmen zu dürfen. Die europäische Kommission hat die Vorbereitungen auf die Durban-Konferenz und die Suche nach einer gemeinsamen Position der Europäischen Union bezüglich der Teilnahme an dieser Konferenz mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Wir haben diesbezüglich den Aufruf des Parlaments - unseres Parlaments - berücksichtigt, das die Europäische Union dazu verpflichtet hat, aktiv an der Überprüfung des Rahmens des Beschlusses zum Fortschritt des Rats für Menschenrechte der Vereinten Nationen - und insbesondere der Rolle der Union - durch die Durban-Konferenz teilzunehmen - einen Beschluss, den Sie am 19. Januar verabschiedet haben.

Wie Ihnen bewusst ist, haben sich fünf Mitgliedstaaten gegen die Teilnahme an dieser Konferenz entschieden. Die Kommission hat beschlossen, ihre Teilnahme als Beobachter zuzusagen, da sie die Ansicht der Mehrheit der Mitgliedstaaten teilt, dass die roten Linien der Europäischen Union im Konferenzdokument eingehalten wurden.

Das letzte angenommene Dokument - das Ergebnis eines Kompromisses - ist kein optimaler Text, aber es enthält keine Diffamierung von antisemitischem Charakter, keine Diffamierung eines bestimmten Landes bzw. einer bestimmten Region auf der Welt, noch die Diffamierung einer Religion.

Die einstimmige Annahme des letzten Dokuments durch die 182 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bestätigt das Engagement der internationalen Gemeinschaft, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen. Dies erfolgt als Reaktion auf die beklagenswerten Versuche von einigen, die Konferenz zu antisemitischen Zwecken zu manipulieren, Versuche, auf die die Europäische Union bereits stark reagiert hat.

Auf jeden Fall haben die Ereignisse auf der Überprüfungskonferenz das langfristige Engagement der Kommission, ihr Möglichstes im Kampf gegen alle Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun, in keiner Weise geschwächt. Die Kommission verfolgt weiterhin entschieden ihre Politik des Kampfes gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus - sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union - im vollen Umfang der Macht, die ihr gemäß den Verträgen zusteht.

Ich muss sagen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dass ich persönlich die Implementierung des Rahmenbeschlusses zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sehr genau verfolgen werde. Ich werde die Umstellungen dieses Rahmenbeschlusses persönlich überwachen, und ich muss betonen, dass unsere Grundrechtsagentur künftig für uns ebenfalls ein Werkzeug zur Beobachtung all dieser Phänomene, die von uns viel Entschlossenheit verlangen, darstellen wird.

Wir können in der Tat hoffen, dass die nächste Konferenz der Vereinten Nationen nicht länger von inakzeptablen Reden besudelt sein wird, die wahre Aufhetzungen zu Hass und Rassismus sind. Nichtsdestotrotz ist es jedoch auch wahr, dass uns der schließlich auf der Konferenz erreichte Kompromiss einen Blick in eine positivere Zukunft gewährt.

Charles Tannock, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, der iranische Präsident Ahmadinejad hat kürzlich auf der UNO-Konferenz gegen Rassismus in Genf behauptet, dass Israel ein rassistisches Land sei. Es ist verlockend, ihn als populistischen Demagogen abzutun, den es nur nach Publizität verlangt, aber er hat in der Vergangenheit unverschämter Weise verlangt, dass Israel von der Landkarte verschwinden möge, und Israel wäre zweifelsohne das erste Ziel für die Atomwaffe, nach deren Bau es ihn so sehr verlangt. Wir sollten seine Intervention daher im Licht dieser unerbittlichen Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat sehen, der, meiner Ansicht nach zu Recht, Verbündeter und starker Partner der EU ist.

Bezüglich der Rassismus-Anschuldigungen ist es schwer, ein ethnisch vielfältigeres und weniger rassistisches Land als Israel zu finden, dessen Gesellschaft Araber, Armenier, Drusen und andere Minderheiten umfasst. Das Bild des Lufttransports äthiopischer Juden nach Israel in den 1980ern ist mir noch nachhaltig im Gedächtnis.

Israel verfolgt natürlich weiterhin eine offene Einwanderungspolitik basierend auf seinem Status als Heimat für das jüdische Volk auf der ganzen Welt, aber wir sollten auch die Position der israelischen Araber in der Gesellschaft berücksichtigen. Sie genießen demokratische Rechte und einen Lebensstandard, den arabische Länder ihren eigenen Bürgern nur selten bieten können. Ich habe den Verdacht, dass Ahmadinejad eigentlich versucht, die Aufmerksamkeit von der entsetzlichen und abscheulichen Statistik der Menschenrechtsverletzungen der islamischen Republik Iran abzulenken.

Im Iran werden Journalisten, die es wagen, das Regime zu kritisieren, weggesperrt, Israel hingegen hat Pressefreiheit. Im Iran werden Ehebrecher, Homosexuelle und jugendliche Straftäter hingerichtet, auch durch Steinigung, während Schwule und Lesben in Israel vollständigen rechtlichen Schutz genießen. Im Iran werden Minderheiten, wie Christen und Bahá'ís regelmäßig verfolgt, in Israel hingegen werden Minderheiten geschätzt und ihre Rechte geschützt.

Dennoch, trotz all dieser Beweise, würden viele Mitglieder dieses Hauses eher unseren demokratischen Verbündeten Israel kritisieren, als ein barbarisches und potenziell katastrophales Regime in Tehran anzuprangern.

Israel sollte wissen, dass es in diesem Parlament Freunde hat, Freunde, die wie ich die Menschenrechte achten und Fanatismus ablehnen. Offen gesagt ist es meiner Ansicht nach eine Schande, dass die EU-Mitgliedstaaten Delegationen nach Durban II entsendet haben, in dem vollen Wissen, dass Präsident Ahmadinejad anwesend sein und diese unverschämten Behauptungen aufstellen würde.

Ana Maria Gomes, im Namen der PSE-Fraktion. – (PT) Es gibt einige, die die Durban-Überprüfungskonferenz als einen Erfolg ansehen. Das Schlussdokument achtet in der Tat die fünf roten Linien, die die Europäische Union gezogen hat, und spiegelt einen wahrhaft globalen Konsens wider, ganz im Gegensatz zu den vorherigen Versionen, die zu einer Vielzahl von überaus intensiven Debatten geführt haben.

Leider ist es jedoch nicht dieses Dokument, das diejenigen, die von überall auf der Welt an den Debatten in Genf teilgenommen haben, in Erinnerung behalten werden. Sie werden sich in erster Linie an die tiefen Spaltungen erinnern, die von einer Konferenz bewirkt wurden, die einer Angelegenheit von universeller Bedeutung gewidmet war, nämlich dem Kampf gegen den Rassismus, und die die Aufmerksamkeit der Welt in Anspruch nahm.

Europa hat wieder einmal die Zerbrechlichkeit der europäischen Einheit bei den meisten politisch polarisierenden Themen demonstriert, wie dies definitiv der Fall bei dieser Konferenz war.

Nichts wäre politisch symbolträchtiger gewesen als der kollektive Auszug sämtlicher EU-Länder aus dem Konferenzsaal als Reaktion auf die provokativen und inakzeptablen Vorschläge des iranischen Präsidenten, der trotz der Änderung im Tonfall in Washington darauf besteht, sein Land auf Konfrontationskurs mit dem Westen zu bringen. Leider waren einige europäische Länder nicht mal im Konferenzsaal zugegen, um ihre Missbilligung für eine Rede kundzutun, deren alleiniges Ziel, wie vom UNO-Generalsekretär betont, darin bestand, zu beschuldigen, zu trennen und sogar aufzuhetzen.

Union bedeutet Stärke und die Europäische Union zeigte durch ihre geteilte Front Schwäche. Der Kampf gegen Rassismus und gegen die Aufhetzung zu Hass durch Präsident Ahmadinejad und andere hat Besseres verdient.

Sophia in 't Veld, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich möchte meinen Beitrag mit einer allgemeinen Bemerkung beginnen. Länder sind nicht rassistisch: Menschen sind rassistisch. Ich bin mir sicher, dass es viele Menschen im Iran gibt, die die Ansichten ihres Präsidenten nicht teilen, und ich denke, dass es in der Tat eine verpasste Gelegenheit war, dass sich Europa schwach, still, geteilt und abwesend gezeigt hat, dass es nicht im Namen der Menschen im Iran gesprochen hat, und dass es das Podium Menschen wie Herrn Ahmadinejad und seinen rassistischen Aussagen überlassen hat.

Ich persönlich war gegen den Boykott der Konferenz, ich denke jedoch, schlimmer noch war es, dass es keine europäische Strategie gab. Warum war Europa gespalten? Warum? Ich hätte gern eine Erklärung vom Rat - und ich habe diesbezüglich einen Änderungsantrag zum Germà-Bericht, den wir später besprechen werden, eingereicht - warum gab es keine europäische Strategie? Warum waren 27 europäische Länder unfähig, sich auf eine Strategie zu einigen? Falls und wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt - etwas, was der Rat unterstützt hat, dann müssen sich die 27 Länder stärker bemühen, eine gemeinsame Strategie zu finden.

Bezüglich der Angelegenheit der Religionsdiffamierung bin ich äußerst besorgt darüber, dass ein UNO-Gremium Beschlüsse fassen kann, die ein totales Verbot der Diffamierung von Religionen oder ein Verbot der Beleidigung von Religionen verlangen können. Meiner Ansicht nach wurde es zwar im endgültigen Beschluss wieder aufgeweicht, aber ich halte es noch immer für Besorgnis erregend, dass so etwas von der UNO kommen kann. Ich sehe es allerdings auch als Ironie an, dass sich dieses Haus noch immer schwer damit tut, Religionen zu kritisieren - nicht zu beleidigen, zu kritisieren - und insbesondere eine europäische Hauptreligion, und ich und mein Kollege Cappato haben einen weiteren Änderungsantrag zum Obiols i Germà-Bericht, in dem der Vatikan bezüglich seiner Haltung zu Kondomen im Kampf gegen AIDS kritisiert wird. Ich möchte den Rat erneut bitten zu erklären, was getan wurde, um eine europäische Strategie zu finden.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE-DE). - Frau Präsidentin, ich möchte erneut betonen, dass das Ergebnisdokument der Durban-Überprüfungskonferenz in allgemeinem Konsens angenommen wurde. Obgleich der Text, der das Ergebnis komplexer Verhandlungen darstellt, nicht optimal ist, was die neue Position anbelangt, bin ich jedoch der Ansicht, dass es wichtig ist, die Gespräche über das neue Dokument sowie über die häufig diskutierten Angelegenheiten, wie Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Stigmatisierung und Stereotypisierung von Menschen basierend auf ihrer Religion oder ihres Glaubens, fortzusetzen.

Wir sollten uns in nichtkonfrontierender Weise an einer weiteren Diskussion beteiligen, jedoch mit einer starken Reaktion auf inakzeptable Aussagen und Versuche, den Durban-Prozess für die Verkündung von rassistischer Ideologie zu missbrauchen. Es ist mein fester Glaube, dass der Durban-Prozess ohne eine starke

Position der Europäischen Union zum Schutz der Menschenrechte und zum Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine falsche Richtung einschlagen könnte.

Hélène Flautre (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, es ist ganz offensichtlich äußerst schade, dass die Opfer von Rassismus und Diskriminierung nicht im Mittelpunkt der Durban-Konferenz standen. Der Grund dafür ist natürlich der skandalöse Missbrauch der Konferenz durch den iranischen Präsidenten, die - und ich muss meinen Unmut darüber Ausdruck verleihen - eine Falle darstellte, in die mehrere EU-Mitgliedstaaten gerieten. Das ist das Problem.

Ich persönlich möchte den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für ihr Engagement, das sie dennoch und weiterhin zeigen, danken; wir haben Beschlüsse gefasst, die vollkommen ehrenvoll sind, selbst wenn sie unvollkommen sind. Ich möchte auch gern hören, wie der Vorsitz über die Anstrengungen spricht, die von den Mitgliedstaaten unternommen wurden - oder auch nicht - um zu gewährleisten, dass die Europäische Union auf dieser Konferenz nicht desorganisiert auftritt, einem äußerst kläglichen Sachverhalt.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin, die EU war ebenfalls vollständig in die Vorbereitungen für die Konferenz eingebunden und hat aktiv an der Entwurferstellung des Ergebnisdokuments mitgewirkt, um es so ausgewogen wie möglich zu konzipieren und sicherzustellen, dass die bestehenden Menschenrechtsnormen, insbesondere hinsichtlich der Meinungsfreiheit, eingehalten wurden.

Es gelang der EU auch, sicherzustellen, dass Israel im Text nicht ausgesondert wurde. Es ist zum großen Teil auf die vereinten Anstrengungen der EU zurückzuführen, dass wir am Ende einen Text erstellt haben, der unsere roten Linien respektiert, und dies unabhängig von der Tatsache, dass einige EU-Mitgliedstaaten beschlossen, in ihrer nationalen Funktion nicht an der Konferenz teilzunehmen.

Es sollte ferner hinzugefügt werden, dass die Länder, die der Konferenz fernblieben, nicht verhinderten, dass die Europäische Union als solche auf der Konferenz das Wort ergriff. Der Vorsitz hat die interne Koordination der EU-Teilnahme fortgeführt, einschließlich der Vorbereitung von zwei Erklärungen im Namen aller EU-Mitgliedstaaten, die von Schweden, dem kommenden Vorsitz, abgegeben wurden. Die Abschlusserklärung wurde im Namen von 22 Staaten abgegeben.

Die EU wird in der Zeit nach Durban analysieren, wie sie die Durban-Agenda künftig unterstützen wird. Die Tatsache, dass fünf von 27 Mitgliedstaaten letztendlich beschlossen, nicht an der eigentlichen Konferenz teilzunehmen, stellt keinesfalls das künftige Engagement der EU im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung in Frage. Wir haben in diesen Angelegenheiten einen festen *Acquis*, auf den wir uns auch weiterhin stützen werden. Wie bereits zu Recht angesprochen - und ich fasse es als eine Art von Kritik auf - waren wir am Ende unserer Vorbereitungen auf die Konferenz nicht wirklich in der Lage, eine gemeinsame Basis zu finden. Es gab nie eine gemeinsame Basis, daher gab es auch vor der Konferenz nie eine EU-Position. Es wurde per Konsens beschlossen, dass es nationale Positionen gab, daher verließen die Delegationen den Saal in ihrer jeweiligen nationalen Funktion.

Ich wiederhole, dass die Minister diese Angelegenheit bei der letzten Versammlung besprochen haben, und dass man daraus Lehren ziehen wird. Wir müssen darüber reflektieren und dann zurückkehren, da die EU auf dieser Konferenz nicht den „heroischen“ Weg eingeschlagen hat. Das ist zu beachten.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Ich danke Ihnen für all Ihre Redebeiträge. Letzten Montag erhielt Kommissarin Ferrero-Waldner einen Brief von Frau Pillay, der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, der auch allen Außenministern der Union zugestellt wurde.

In diesem Brief sprach Frau Pillay erneut das an, was sie bereits am 8. Oktober in Brüssel auf einer gemeinsam mit dem Europäischen Parlament organisierten Konferenz zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten gesagt hatte. Frau Pillay hält es für wichtig, eine gewisse Einheit in Bezug auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten auf der Welt wieder herzustellen, insbesondere was den Kampf gegen Rassismus anbelangt. Sie lädt alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ein, an der Implementierung des Programms der Vereinten Nationen zum Kampf gegen Rassismus mitzuwirken, zumal dies im Abschlussdokument der Durban-Konferenz definiert sei.

Ich denke, die Europäische Union muss über die Antwort auf diese Einladung nachdenken. Auf jeden Fall hat die Europäische Union eine Politik des aktiven Kampfes gegen den Rassismus eingeschlagen. Die Union muss wachsam und engagiert bleiben, sodass internationale Bemühungen in dieser Angelegenheit nachweislich wirksam bleiben können. Ich persönlich teile die hier vorgestellten Ansichten: Ein Europa mit einer Strategie, das nicht in desorganisierter Weise handelt, wäre gewiss in der Lage gewesen, diese Gelegenheit zum unisonen

Ausdruck seiner Opposition gegenüber inakzeptablen Erklärungen zu ergreifen. Möge uns dies eine Lehre sein. Ich bin dem Vorsitz dankbar für seine Aussage, dass uns dies eine Lehre sein möge und dass wir - gestärkt, so hoffe ich, durch die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon - in der Lage sein müssen, die externe Menschenrechtspolitik der Europäischen Union und somit das europäische Handeln in den multilateralen Gremien effektiver zu gestalten. Ich kann mich in dieser Angelegenheit nur den Reden anschließen, die eine Reihe von Abgeordneten gehalten haben, denen ich dafür dankbar bin. Ich möchte wiederholen: Dies muss uns ermutigen, die Angelegenheit zu durchdenken, um so künftig wirksamere Strategien auszuarbeiten.

Präsidentin. – Die Debatte ist geschlossen.

11. Jahresbericht über die Menschenrechte in der Welt 2008 und die EU-Politik in diesem Bereich (Aussprache)

Präsidentin. – Der nächste Punkt ist der Bericht (A6-0264/2009) von Herrn Obiols i Germà im Namen des Ausschusses für Außenpolitik zum Jahresbericht über die Menschenrechte in der Welt 2008 und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (2008/2336(INI)).

Raimon Obiols i Germà, Berichterstatter. – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte einige kurze Anmerkungen zum Inhalt dieses Jahresberichts über die Menschenrechte in der Welt und zur Rolle der Europäischen Union in diesem Bereich machen. Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass der Bericht in zwei Bereiche unterteilt ist: Im ersten wird die Situation der Menschenrechte in vielen Ländern und Regionen der Welt beschrieben und beurteilt, die leider negativ ist und oft an menschliche Tragödie grenzt oder diese Grenze sogar überschreitet. Der zweite ist eine Beurteilung basierend auf den Erfahrungen dieses Parlaments in der Vergangenheit bezüglich der Einnahme von Standpunkten als Reaktion auf verschiedene Probleme und auch basierend auf einem Wunsch seitens des Berichterstatters, dass dieser Bericht den allgemeinen Trend der Standpunkte und Handlungen der verschiedenen Institutionen der Europäischen Union repräsentieren möge und nicht nach Elementen des Diskords sucht, sondern im Grunde eher nach Aspekten der Übereinstimmung. Der Grund dafür ist, dass der Berichterstatter der Ansicht ist, dass die Erreichung von konvergenten Standpunkten für Macht und Effektivität bei dieser langsamen und schwierigen Aufgabe, den Status der Menschenrechte in der Welt zu verbessern, sorgt.

Es gibt auch einen zweiten Aspekt, den ich besonders betont habe. Dabei geht es um den Versuch, die speziellen Prioritäten zu identifizieren, oder mit anderen Worten darum, eine Übersicht dessen zu erhalten, was die grundlegenden Leitelemente für die Handlungen der Europäischen Union im Hinblick auf die Menschenrechte auf der Welt sein mögen.

Ich möchte zu diesem Thema neun Punkte aufzeigen, die von allen Beiträgen meiner Kolleginnen und Kollegen und von der allgemeinen Berichtsstruktur eindeutig ausgewählt wurden. Der erste zeigt, wenn man so will, eine dringende Priorität auf, mit einem Begriff für den Kampf um die endgültige Abschaffung der Todesstrafe in der Welt, der historisch gesehen ein wenig hochtrabend ist. Wie unsere Vorfahren in der Vergangenheit ihr Ziel erreichten, überall die Sklaverei abzuschaffen, sind wir der Ansicht, dass es heutzutage für unsere Generation absolut möglich ist, das historische Ziel der universellen Abschaffung der Todesstrafe weltweit zu erreichen, und dass die europäische Union dabei die Vorhut ist, der in dieser Angelegenheit eine Schlüsselrolle zukommt.

Zweitens wird das, was im Bericht als „Feminisierung des Kampfes um Menschenrechte“ bezeichnet wird, speziell hervorgehoben. Mit anderen Worten wird aufgezeigt, dass Frauen der Teil der Menschheit sind, der am meisten unter den Angriffen auf die Menschenrechte leidet, und dass die EU diese Tatsache besonders berücksichtigen und ihr besondere Priorität einräumen sollte. Diese Priorität umfasst auch den Bereich der Menschenrechte von Kindern, zu denen dieser Bericht mehrere Punkte enthält, die meiner Meinung nach recht interessant sind.

Drittens ruft der Bericht zu einer Synergie zwischen den Institutionen der Gemeinschaft auf. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass es eine Spezialisierung der Funktionen gibt – mehr *Realpolitik* im Rat oder unter Umständen in der Kommission, und mehr Prinzipien im Parlament – aber es muss ein Zusammenhang zwischen ihren Positionen herrschen, um die Effizienz zu verbessern.

Viertens wird die Notwendigkeit zur Erweiterung und Vertiefung des äußerst positiven Entwicklungstrends beim Dialog über Menschenrechte mit Nicht-EU-Ländern erwähnt.

Schließlich erwähnt der Bericht die Notwendigkeit, Allianzen innerhalb der internationalen Institutionen zu suchen, um Situationen wie die des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen zu vermeiden, wo die Präsenz der Europäischen Union in gewisser Hinsicht in der Minderheit ist.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin, ich möchte der Anerkennung des Rates für die Arbeit des Berichtstatters, Herrn Obiols i Germà, und des Unterausschusses für Menschenrechte des Parlaments Ausdruck verleihen. Herr Obiols i Germà, Sie waren uns ein unermüdlicher und wertvoller Partner bei unserer kollektiven Arbeit in punkto Menschenrechtsangelegenheiten innerhalb dieser Legislaturperiode.

Ihr Bericht bietet uns eine Gelegenheit, die Gesamtpolitik der Union auf dem Gebiet der Menschenrechte genauer zu untersuchen. Uns sind die Herausforderungen, denen wir in diesem Bereich gegenüberstehen, sehr wohl bewusst. Die Festigung der Beziehungen zwischen den EU-Institutionen hilft uns, diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Der Bericht bietet uns ein wertvolles Instrument, um auf die Dinge zurück zu blicken, die bereits erreicht wurden.

Der Bericht des Europäischen Parlaments betont die Relevanz des Jahresberichts der Europäischen Union über die Menschenrechte. Unser Versuch, den Bericht interessanter, lesbarer und nützlicher zu machen, war teilweise erfolgreich, es gibt jedoch noch deutliche Verbesserungsmöglichkeiten. Wir werden weiter daran arbeiten. Unser Bericht wird uns mit Sicherheit bei unseren Überlegungen weiterhelfen, wie wir generell die Kohärenz über die EU-Menschenrechtspolitik optimieren können. In dieser Angelegenheit werden bereits Gespräche geführt, und ich möchte Ihnen versichern, dass ungeachtet dessen, wie diese Gespräche ausgehen werden, wir uns nach Kräften bemühen werden, mehr Transparenz in unsere Arbeit in Menschenrechtsangelegenheiten zu bringen. Dies könnte durch eine wirksamere Nutzung von Internetquellen oder durch eine bessere Veröffentlichung des Jahresberichts geschehen.

Sie haben ferner betont, dass der Rolle der UN in diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Wir haben weiterhin koordinierte Anstrengungen in den internationalen Foren unternommen, insbesondere mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, wie im Andrikené-Bericht empfohlen, sowie mit dem Dritten Ausschuss der UN-Vollversammlung. Es wird sich um eine Verbesserung unserer Anstrengungen um freundlichen Kontakt in einer immer schwierigeren Umgebung bemüht. Dies ist nicht einfach, aber ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Erfolgen lenken.

Wir haben hart daran gearbeitet, sicherzustellen, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen an Glaubwürdigkeit gewinnt. 2009 kann als wichtiges Testjahr für die Funktion des Menschenrechtsrats angesehen werden. Die EU hat bei der 10. Sitzung des Menschenrechtsrats eine aktive Rolle gespielt und die Annahme einer Reihe wichtiger Initiativen gewährleistet, beispielsweise der Verlängerung der Mandate für Burma/Myanmar und die DVRK sowie den EU-GRULAC-Beschluss zu den Rechten von Kindern. Enttäuschenderweise haben wir die Wiedereinführung des Mandats eines unabhängigen Experten für die Demokratische Republik Kongo versäumt.

In der Generalversammlung wurde die Funktion des Dritten Ausschusses beim Schutz und bei der Förderung von Menschenrechten bestätigt, und die EU hat auf der 63. Sitzung der UNO-Generalversammlung eine aktive Rolle gespielt. Dies hat zu positiven Ergebnissen geführt, insbesondere beim Folgebeschluss zur Todesstrafe. Ein maßgeblicher Teil Ihres Berichts ist dieser Angelegenheit gewidmet. Wir haben diese Angelegenheit immer wieder, auch auf höchster Ebene, mit Partnern erörtert, die unsere Ansichten teilen, um den globalen Trend zu einer Abschaffung der Todesstrafe zu fördern. Diese Bemühungen werden fortgesetzt.

Lassen Sie mich nun einige Worte zu den EU-Richtlinien sagen. Nach der Revision der EU-Menschenrechtsrichtlinien und der Annahme neuer Richtlinien über Gewalt gegen Frauen liegt der Schwerpunkt nun auf einer wirksamen Umsetzung. Als Teil davon hat der Vorsitz einige Vorschläge vorgebracht, wie beispielsweise, dass Leitlinien an die Botschafter und Leiter von Kommissionsdelegationen gesendet werden sollen. Wir beabsichtigen ferner, diese Themen in unseren Dialogen und Beratungen mit Drittländern anzusprechen.

Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit auf die Rechte von Frauen, und ich weiß, dass Herr Obiols i Germà diesen Punkt besonders berücksichtigt. Dies ist eine unserer obersten Prioritäten. Wir arbeiten an der Durchführung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates, die wir als Leitsatz für ESVP-Operationen verwenden, und die uns zur Entwicklung einer Rahmenstruktur für Gleichstellungsstrategien befähigte.

Bezüglich der Menschenrechtsverfechter wird die EU weiterhin mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Die Arbeit auf offizieller Ebene innerhalb des Rats an der Möglichkeit, die Ausstellung

von Visa für Menschenrechtsvertechter zu erweitern, wird fortgesetzt. In Gesprächen mit Drittländern bleiben Meinungsfreiheit und das Ansprechen von Einzelfällen zentrale Punkte auf unserer Agenda.

Was Gespräche und Beratungen mit Drittländern anbelangt, wird die EU sich nach Kräften bemühen zu gewährleisten, dass diese Instrumente noch wirksamere Werkzeuge für die Umsetzung unserer Menschenrechtspolitik werden. Wir haben uns vor allem einverstanden erklärt, lokale Dialoge mit fünf lateinamerikanischen Ländern zu unterhalten - Brasilien, Kolumbien, Argentinien, Chile und Mexiko - und werden fortfahren, Dialoge mit den restlichen zentralasiatischen Ländern zu suchen.

Ich möchte noch einige Worte zum 27. EU-China-Menschenrechtsdialog sagen, der am 14. Mai in Prag stattfinden wird. Es muss sichergestellt sein, dass unsere Dialoge so produktiv wie möglich sind, und dass sie substantielle Ergebnisse liefern. Der EU-China-Menschenrechtsdialog ist der am längsten bestehende Dialog. Er muss sich anpassen und den Fortschritt in der Art, wie wir Menschenrechtsangelegenheiten angehen, widerspiegeln können. Beide unserer Institutionen folgen den Entwicklungen in China aufmerksam. Verschiedene Veranstaltungen, die in diesem Jahr geplant sind, ermöglichen uns, einen engen Kommunikationskanal mit unseren chinesischen Amtskollegen aufrecht zu erhalten. Dieser Dialog ist wertvoll. Wir freuen uns darauf, zunehmend greifbarere Ergebnisse dieser Gespräche zu sehen.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Förderung und Achtung von Menschenrechten weltweit eine unserer Hauptprioritäten in der Außenpolitik ist. Durch verantwortungsvolles Vorgehen und Erklärungen sowie durch unsere verschiedenen politischen Dialoge und Krisenmanagement-Aktionen arbeitet die EU für eine bessere Achtung der Menschenrechte weltweit. Um Ergebnisse zu erreichen, müssen wir einen konsequenten Ansatz zeigen. Dieses Parlament war an vorderster Front bei dem Drängen nach einer größeren Konsistenz auf allen Ebenen und wir begrüßen dies sehr.

Ich bin generell äußerst dankbar für die Arbeit dieses Parlaments und seiner Unterstützung der Menschenrechtsangelegenheiten. Der Wert des Sakharov-Preises als einem Instrument zur Förderung unserer gemeinschaftlichen Werte ist weithin anerkannt. Wir werden weiterhin das Ausmaß prüfen, in dem die Instrumente Menschenrechtsklauseln, Sanktionen und Dialog – die alle extensiv von diesem Parlament untersucht wurden – eine wirksame Rolle als Bestandteil unserer gesamten Außenpolitik spielen können, während die höchsten Standards bei der Achtung der Menschenrechte gewährleistet bleiben.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich nehme mit großer Freude an dieser Debatte über Ihren Bericht im Plenum teil, Herr Obiols i Germà. Ich vertrete meine Kollegin, Frau Ferrero-Waldner, die derzeit in Prag verhindert ist, wo sie am Gipfel zwischen der Europäischen Union und Kanada teilnimmt.

Zunächst einmal möchte ich Herrn Obiols i Germà für die Qualität seiner Arbeit danken. Danke, dass Sie Ihrem Bericht einen positiven Ton verliehen haben, der somit die Bemühungen aufzeigt, die über die Jahre von der Kommission und dem Rat unternommen wurden, um die Empfehlungen des Parlaments zu implementieren.

Ungeachtet ob im Rahmen der Dialoge über Menschenrechte oder der politischen Dialoge innerhalb von internationalen Gremien, die Institutionen haben sich bemüht, voran zu kommen und der Europäischen Union das Image eines Botschafters - eines inbrünstigen und glaubwürdigen Botschafters - für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten, grundlegenden Freiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verliehen.

Letztes Jahr, 2008, zeichnete sich durch die Feiern zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus, den alle europäischen Institutionen gemeinsam begingen. Es war auch das Jahr, in dem die Kommission zwei Prioritäten herausarbeiten konnte, nämlich Frauen und Kinder, und in dem ein institutionsübergreifender Ansatz gefördert wurde.

Wir haben versucht, mehrere allgemeine Empfehlungen umzusetzen, die in vorherigen Berichten aufgeführt sind, und die in dem Bericht, den wir heute prüfen, sehr gut wieder aufgenommen wurden. Wir haben uns darauf geeinigt, unsere Handlungen hinsichtlich der Anwendung der Richtlinien zu den Rechten von Kindern auf bestimmte Länder zu konzentrieren, und wir haben die Botschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft zur Überwachung dieser Aktionen mobilisiert. Wir haben somit die Führung im Kampf gegen eine der schlimmsten Formen der Verletzung von Menschenrechten und der Rechte von Kindern übernommen, mit anderen Worten, die Rekrutierung von Kindersoldaten und dem Leid, das Kindern in bewaffneten Konflikten zugefügt wird.

Erlauben Sie mir, ein paar Beispiele aufzuführen. Die Union nahm am 10. Dezember 2007 neue Richtlinien zu den Rechten von Kindern an. In der ersten Phase der Implementierung wird sie ihre Aufmerksamkeit auf die Gewalt gegen Kinder richten. Wir starten ein Pilotprogramm, das auf 10 Länder auf verschiedenen Kontinenten ausgerichtet ist. Diese Länder wurden ausgewählt, da sich ihre Regierungen bereits dem Kampf gegen Gewalt gegen Kinder verschrieben haben, und auch weil ihre Regierungen internationale Hilfe zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder benötigen. Im Juni 2008 hat der Rat der Europäischen Union diese Richtlinien zu Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, überarbeitet, um effektiver und globaler mit den kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf Kinder umgehen zu können.

In der Mitteilung der Kommission für Kinder im Rahmen der externen Aktionen der Europäischen Union wurden besondere Maßnahmen getroffen und ein konsistenter Ansatz wird empfohlen, um die Rechte von Kindern voranzutreiben und die Situation von Kindern auf der ganzen Welt zu verbessern. Die Mitteilung war Thema einer äußerst breit gefächerten Konsultation. Besondere Aufmerksamkeit wird den Nichtregierungsorganisationen geschenkt. Auf der Grundlage dieser Mitteilung und des diesbezüglichen Aktionsplans hat der Rat der Europäischen Union im Mai 2008 Beschlüsse verabschiedet, die die Außenpolitik in Bezug auf die Rechte von Kindern stärken.

2009 setzen wir den eingeschlagenen Weg mit den folgenden Initiativen fort. Im Juni wird die Kommission das Europäische Forum für die Rechte des Kindes in Brüssel abhalten. Dieses Forum konzentriert sich speziell auf Kinderarbeit. Wir werden uns bemühen, alle Interessenvertreter zusammenzubringen. Ich persönlich sehe dieses Forum als äußerst wichtig an. Im Juli werden der künftige schwedische Vorsitz und die Kommission ein NRO-Forum in Stockholm organisieren, das sich speziell mit Gewalt gegen Kinder befassen wird. Schließlich werden wir im Herbst einen Bericht über die Maßnahmen veröffentlichen, insbesondere über die Maßnahmen in Bezug auf den illegalen Handel, die von der Union zur Bekämpfung von Kinderarbeit ergriffen werden. Dies ist also ein Jahr, das das Engagement der Europäischen Union für Kinder weiter entwickeln sollte.

Ich wende mich nun den Rechten von Frauen zu. In den letzten Monaten hat die Europäische Union ihre Außenpolitik im Hinblick auf die Rechte von Frauen gefestigt. Die neuen Richtlinien zur Gewalt gegen Frauen und dem Kampf gegen alle Formen ihrer Diskriminierung empfehlen eine Reihe von Aktionen. Diese Aktionen profitieren vom Engagement und der Unterstützung der Missionen der Union sowie der Delegationen der Kommission.

Ich möchte auf die neueste Annahme des globalen Ansatzes der EU bei der Implementierung der Resolutionen 1325 und 1820 des UN-Sicherheitsrats durch die EU-Außenminister verweisen. Wir sollten uns auch an die positive Reaktion des UN-Generalsekretärs auf den gemeinsamen Aufruf 2008 von Frau Ferrero-Waldner und 40 Frauen erinnern, die wichtige Positionen auf internationaler Ebene bekleiden.

Dieser Aufruf forderte die Vereinten Nationen auf, eine Ministerkonferenz hinsichtlich der Prüfung der Resolution 1325 einzuberufen. Diese Ministerkonferenz ist nun für 2010 geplant. Natürlich werden wir mit dem künftigen schwedischen Vorsitz an der Vorbereitung der Standpunkte, die wir bei der Prüfung dieser Resolution einnehmen müssen, zusammenarbeiten.

Das ist alles, Herr Präsident; es gibt keinen Zweifel mehr, ich möchte jedoch erneut darauf hinweisen, dass die Stärkung der europäischen Politik zugunsten der Demokratie und der Menschenrechte natürlich ein hohes Maß an Synergie zwischen den Institutionen verlangt. Die Kommission ist bereit, entsprechend zu handeln. Sie möchte eine enge Zusammenarbeit, sodass unsere drei Institutionen einander wirklich gegenseitige Unterstützung bieten können. In dieser Hinsicht kann das Europäische Parlament eine wichtige Rolle spielen, da es laut Definition und Berufung am besten für die Unterdrückten und die Leidenden sprechen kann.

Dies sind die Punkte, die ich Ihnen nach der Rede des Vorsitzes aufzeigen wollte, und ich werde nun aufmerksam den Reden der Abgeordneten zuhören.

Laima Liucija Andrikiienė, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, ich möchte unserem Kollegen, Raimon Obiols, für seinen Bericht und seine EntschlieÙung danken. Der Entwurf der EntschlieÙung, über den wir im Außenpolitikausschuss abgestimmt haben, war ausgewogen. Kompromisse wurden erreicht. Eine lange Liste wichtiger Punkte zu Menschenrechten wurde vom Bericht abgehandelt, und ich hoffe, dass morgen eine große Mehrheit für die EntschlieÙung stimmt.

Nun möchte ich einige Punkte hervorheben und auf einen äußerst kontroversen Änderungsantrag vor der Plenarsitzung hinweisen. Ich spreche vom Änderungsantrag unserer ALDE-Kollegen. Wir alle sind uns einig, dass unsere Union auf Werten basiert, einschließlich christlichen Werten. Wie kann sich also jemand vorstellen, dass dieses Parlament seine Amtszeit damit beendet, den Papst, Benedict XVI, für seine Erklärungen zu verurteilen? Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Formulierung der Unterzeichner dieses Änderungsantrags absolut inakzeptabel ist und somit abgelehnt werden sollte.

Menschenrechtsvertefchter, ich schlage vor, dass wir, das Europäische Parlament, in der Resolution unsere Forderung wiederholen, dass alle Träger des Sakharov-Preises und insbesondere Aung San Suu Kyi, Oswaldo Payá Sardiñas, die kubanischen Damas de Blanco und Hu Jia Zugang zu europäischen Institutionen erhalten. Wir bedauern die Tatsache, dass keinem von ihnen die Teilnahme an der Zeremonie zum 20. Jahrestags des Sakharov-Preises gestattet wurde.

Und schließlich ist da noch der Kampf gegen den Terrorismus und für die Menschenrechte. Ich schlage vor, dass das Europäische Parlament die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auffordert, den Kampf gegen den Terrorismus unter voller Berücksichtigung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten als einer der Hauptprioritäten der Union und ein wesentliches Element ihrer externen Aktionen aufzunehmen. Die Erwähnung spezieller Namen in unserer Entschließung wäre kontraproduktiv

Richard Howitt, *im Namen der PSE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, ich möchte meinem Freund und Kollegen, Raimon Obiols i Germà, zu seinem Bericht gratulieren. Als einem der jährlichen Berichterstatter zum Thema Menschenrechte dieses Parlaments zu einem früheren Zeitpunkt des Mandats sowie als Vizevorsitzender der sozialistischen Gruppe unseres Unterausschusses für Menschenrechte möchte ich in dieser Debatte zum Ende der fünfjährigen Amtszeit dieses Europäischen Parlaments dem Haus in Erinnerung rufen, was wir erreicht haben.

Ich denke, dass wir uns gut mit den Delegationen des Parlaments abgestimmt haben, sodass die MdEPs in diesem Haus den Regierungen in unseren weltweiten Vertretungen schwierige Fragen stellen konnten, ein Prozess, an dem ich selbst voller Stolz teilnehme: von Kolumbien bis zur Türkei, von Georgien bis Kroatien. Ich bin sehr stolz auf die Arbeit des Ausschusses und der MdEPs in Bezug auf den Aufbau der Demokratie und der Wahlüberwachung. Meine eigenen Erfahrungen in Afghanistan, der demokratischen Republik Kongo, den palästinensischen Gebieten und in Angola sind für mich in den letzten fünf Jahren einige der speziellsten Erfahrungen gewesen.

Ich bin äußerst stolz auf die Tatsache, dass wir dieses Parlament - meiner Ansicht nach hervorragend - in Bezug auf den Menschenrechtsrat in Genf involviert und vertreten haben. Ich denke, wir konnten dort wirklich etwas bewirken. Wir haben versucht, Europa weg von der Blockmentalität zu bewegen und einen Kontakt zu anderen Regionen der Welt herzustellen. Und natürlich haben wir eng mit den Sonderbeauftragten und Berichterstattern zusammengearbeitet, einschließlich dem kürzlich stattgefundenen, von mir mitorganisierten Besuch des UN-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte, einem Themenbereich, der mir sehr am Herzen liegt.

Ich bin erfreut, dass wir die Kampagne propagiert haben und die Vorreiter für die Europäischen Gemeinschaften waren, sich zum ersten Mal bei einem Menschenrechtsinstrument, der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, zu registrieren. Ich bin ebenfalls hoch erfreut, Kommissar, dass dieses Parlament trotz der anfänglichen Opposition seitens der Kommission darauf bestand, dass wir eine separate Initiative in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte durchführen sollten, sodass unsere Basis für die Menschenrechte sichtbar und markant ist und auch in Ländern mit Regimen fortgesetzt wird, die sich den Menschenrechten widersetzen wollen.

Wir werden für unsere Arbeit für die Menschenrechte in diesem Haus häufig gelobt, aber ich lobe den Mut und die Courage der Menschenrechtsvertefchter, mit denen wir uns tagtäglich treffen und reden, die ihr Leben für die Werte und Standards riskieren, die in unserer Welt universell und uns allen kostbar sind.

Jules Maaten, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (NL) Frau Präsidentin, es ist stets schwierig, wenige Punkte in einer Entschließung wie dieser hervorzuheben, da sie sich ganz leicht in einen Weihnachtsbaum verwandeln kann. Der Berichterstatter hat jedoch hervorragende Arbeit geleistet und die Punkte, die er gerade angesprochen hat, wie die Todesstrafe, müssen in der Tat absolute Priorität bei all unseren Bemühungen auf dem Gebiet der Menschenrechte bleiben. Er hat somit vollkommen Recht mit seinen Ausführungen.

Ich denke ebenfalls, dass dem Thema der Involvierung von Frauen in Menschenrechtsangelegenheiten schon zu lange zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, zweifellos jedoch, was die Rolle von Frauen als

„Menschenrechtsverfechter“ anbelangt. Diesbezüglich geht meine Fraktion allerdings nicht so weit, Probleme bezüglich der Anwendung von sexistischer Sprache anzugehen. Ich denke nicht, dass man diese Probleme mit einer Art von *Neusprech* oder politischer Korrektheit lösen kann, es ist jedoch nur richtig, dass dieses Problem in die Agenda aufgenommen wurde.

Dasselbe gilt auch für Kinder. Die Entschließung nennt einige sehr treffende Dinge über Kinder, und ich beziehe mich hier insbesondere auf den Text über Kindersextourismus. Was dieses besondere Thema anbelangt haben wir zusammen mit einigen anderen MdEPs eine Kampagne gestartet, die bisher über 37.000 Menschen im Internet unterzeichnet haben. Leider haben wir noch immer eine Situation, in der hunderte von europäischen Männern jede Woche nach Südostasien, Lateinamerika und Afrika fliegen, um dort Kinder - manchmal sehr kleine Kinder - zu missbrauchen, und es ist wirklich höchste Zeit, dass Europa an dieser Front aktiv wird.

Ich bin erfreut zu sehen, dass Kommissar Barrot heute hier bei uns ist, da hauptsächlich er sich damit sehr stark befasst und einige sehr gute Vorschläge geliefert hat. Ich denke, das sendet ein wichtiges Signal aus.

Menschenrechte sind noch immer so etwas wie das Aschenputtel der europäischen Außenpolitik. Wenn Sie sich unsere Außenpolitik ansehen, stellen Sie fest, dass sie noch immer stark von Handelserleichterungen und ähnlichem dominiert wird. Ich denke, dass Menschenrechten eine sehr viel höhere Priorität eingeräumt werden muss. Darüber hinaus möchte ich insbesondere die Kommission aufrufen, der Angelegenheit der Internetzensur mehr Aufmerksamkeit zu schenken, da die Mitgliedstaaten der vier größten Gruppen dieses Hauses eine Initiative für ein Gesetz für globale Online-Freiheit gestartet haben, basierend auf den Vorschlägen, die vom US-Kongress vorgebracht wurden.

Ich verstehe, dass einige Kommissare, beispielsweise Frau Reding und Frau Ferrero-Waldner, daran Interesse gezeigt haben. Ich hoffe, dass wir diesbezüglich tatsächlich mit einigen konkreten Vorschlägen aufwarten können, und obgleich es wichtig ist, sofort zu handeln, müssen wir auch darauf vorbereitet sein, unseren europäischen Ansatz für Menschenrechte und Demokratie zu fördern.

Konrad Szymański, *im Namen der UEN-Fraktion*. – (PL) Frau Präsidentin, wir behandeln hier heute erneut einen Bericht zu Menschenrechten, der unter dem Diktat der Ideologie geschrieben wurde. Die heutige Ideologie des linken Flügels ist vollkommen blind gegenüber den Problemen der Religionsfreiheit in verschiedenen Teilen der Welt. Christen werden in China, in Indien, im Iran, in Vietnam, in Russland und seit neuestem auch in Pakistan verfolgt. Trotz der klaren Verfügungen des Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Artikels 9 der Europäischen Konvention ist die Linke nicht an Religionsfreiheit interessiert. Stattdessen konzentriert sich die Ideologie des linken Flügels pathologisch auf das Prinzip der Nichtdiskriminierung von sexuellen Minderheiten, das nicht so stark im Völkerrecht verankert ist.

Der Vorschlag der Gruppe des Bündnisses von Liberalen und Demokraten für Europa, den Heiligen Vater Benedict XVI für seine Aussagen in Afrika anzugreifen, ist eine echte Kuriosität. Es scheint so, als hätten die Liberalen das Prinzip der Trennung von Kirche und öffentlichem Leben vergessen, an das sie uns oft erinnert haben. Es stellt sich heraus, dass heutzutage die Liberalen diejenigen sind, die die Unterordnung von religiösen Institutionen unter den Staat und öffentliche Behörden fordern. Diese Forderung richtet sich gegen die Freiheit der Kirche und die Redefreiheit, und ein Annehmen dieses Vorschlags bedeutet, dass wir gegen den Bericht stimmen würden.

Hélène Flautre, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (FR) Frau Präsidentin, der von Herrn Obiols i Germà erstellte Jahresbericht ist hervorragend. Sein Ziel, wie das aller Aktivitäten, die in dieser Amtszeit des Parlaments vom Unterausschuss für Menschenrechte ausgeführt wurden, ist es, die Lücke zwischen Wort und Tat bei den externen Aktionen von Europa zu schließen und alle Ungereimtheiten und Schwächen in unserer Politik auszumerzen, angefangen mit den Mitgliedstaaten, die zu häufig mit dem Völkerrecht hadern. Es reicht, die Behandlung von Migranten zu erwähnen, die Kooperation mit den geheimen Flügen der CIA oder der Nicht-Ratifizierung internationaler Konventionen.

Auch die Anforderungen des Rates sind widersprüchlich. Wie ist es zu erklären, dass der Rat angesichts der anhaltenden Verletzungen, deren Zeuge wir werden, noch kein grünes Licht für die Implementierung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommens mit Israel gegeben hat? Unsere Politiken sind kompartimentalisiert. Ihnen fehlt daher häufig eine globale Perspektive, sie sind nicht integriert und unsere Instrumente sind nicht optimiert und nicht in eine korrekte Abfolge gebracht. Stellen Sie sich Folgendes vor: Der Rat hat eine Mitteilung zur Begrüßung des Unterausschusses für Menschenrecht mit Tunesien veröffentlicht, obgleich

wir auf Grund der Barrieren, die dieses Land errichtet, noch immer nicht in der Lage sind, die Menschenrechtsaktivisten in diesem Land zu unterstützen.

In unseren sukzessiven Eigeninitiativeberichten haben wir bestimmte Empfehlungen gegeben, wie beispielsweise den Entwurf von Menschenrechtsstrategien nach Ländern und die direktere Beteiligung von Mitgliedern an dieser Politik, und wir haben die Grenzen erfolgreich verschoben. Ich denke dabei beispielsweise an die Richtlinien zur Folter.

Heutzutage sind Menschenrechtsaktivisten besser geschützt, und ich begrüße die Tatsache, dass die Menschenrechtsklauseln nun im Rat und in der Kommission studiert werden. Darüber hinaus möchte ich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir für diese Klausel gern einen neuen Wortlaut hätten. Wir möchten die Implementierung eines Mechanismus zur Regulierung der Dialogeröffnung und dass dieser Mechanismus systematisch auf allen Verträgen der Europäischen Union erscheint.

Wir sind bereits seit fünf Jahren bereit, mit dem Rat und der Kommission an der Verbesserung der Unionspolitik zu arbeiten. Die Aufgabe wird ausgeführt, heute zumindest, und ich möchte mich herzlich bei Ihnen bedanken, da ihre Aufnahmebereitschaft und die all meiner Kollegen für diesen Erfolg und für die vermehrte Glaubwürdigkeit, die wir heute in diesem Bereich haben, ausschlaggebend war.

Erik Meijer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (NL) Frau Präsidentin, wir erleben weiterhin die Tatsache, dass in der Welt außerhalb von Europa Regierungen Menschen für Handlungen umbringen, die wir als nicht strafbar, oder allenfalls in geringem Maß strafbar ansehen. Wir haben noch immer Regime, die versuchen, sich an ihrer Macht festzuhalten und dazu auf Gewalt zurückgreifen. Wir haben noch immer Menschen, die diskriminiert werden und es gibt auch noch immer Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze in elendigen und erniedrigenden Umständen leben.

Es gibt noch immer Bevölkerungsgruppen ohne eigenen Staat, die glauben, dass die Regierung des Staates, in dem sie sich befinden, es vorzöge, wenn sie das Land verließen, um Platz für Menschen zu machen, die zur ansässigen Mehrheit gehören. Es gibt Regierungen, die kein Interesse an bestimmten Teilen ihrer Bevölkerung haben, und die sich weigern, sich mit deren Problemen zu befassen.

In Europa sind wir uns einig, dass dies inakzeptabel ist, aber wir legen weiterhin zweierlei Maßstäbe an. Länder, deren Freundschaften wir bewahren wollen, weil sie groß und wirtschaftlich mächtig sind, oder Länder, die wichtige Handelspartner sind, oder die wir als Verbündete ansehen, können sich mehr herausnehmen als kleine, machtlose Länder. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben. Ansonsten wird die Verlässlichkeit unserer Statistiken über Menschenrechtsverstöße in Frage gestellt.

Bastiaan Belder, im Namen der IND/DEM -Fraktion. – (NL) Frau Präsidentin, als Berichterstatter, der für die Überwachung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China zuständig ist, freut es mich ungeheuer zu sehen, dass sich die Absätze 80 und 87 des vorliegenden Berichts zu einem großen Teil mit der ernsthaften Situation der Menschenrechte in China befassen. Es gibt jedoch einen schweren Verstoß gegen die Menschenrechte in der Volksrepublik China, der nicht im Bericht auftaucht. Damit meine ich den politischen Missbrauch von psychiatrischen Maßnahmen gegen Dissidenten.

Diese Perversion der Gesundheitsfürsorge findet unter dem Namen *Ankang* statt, was erschreckend genug, „Gesundheit durch Ruhe“ bedeutet - und mehr als nur ein Körnchen Wahrheit enthält: Wen Sie Menschen mit Beruhigungsmitteln ausknocken, sind sie ruhig. Offiziell hat China stets allen Behauptungen über das in meinem Bericht erwähnte *Ankang*-System energisch widersprochen. Ich freue mich jedoch schon sehr darauf, Informationen von der Kommission zum politischen Missbrauch der Psychiatrie durch Beijing zu erhalten.

Ich fand es äußerst interessant, dass das tschechische Präsidentenamt gerade bekannt gegeben hat, dass für die nächste Woche eine Menschenrechtssitzung anberaumt wurde. Ich möchte daher das tschechische Präsidentenamt darum bitten, die Angelegenheit der politischen Psychiatrie in China auf die Tagesordnung für diese Sitzung zu setzen. Ich wäre äußerst dankbar, wenn Sie meinem Wunsch entsprechen würden, insbesondere angesichts der chinesischen Leugnungen.

Frau Präsidentin, ich möchte abschließend noch sagen, dass ich China vor einem Jahr persönlich besucht habe, und die Dinge am eigenen Leib erlebt habe, die den Mitgliedern der protestantischen Kirchen widerfahren sind. Jeder von ihnen, der auch nur im Ansatz versucht, mit einem Ausländer zu sprechen, wird mit langem Polizeigewahrsam oder präventiver Einschüchterung bestraft. Glücklicherweise wurden die drei Chinesen, mit denen ich später sprach, in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder freigelassen.

Solche Fälle lassen sich verhindern, wenn die Kommission und das Parlament angemessen handeln, wie Herr Jarzembowski ausgeführt hat. Ich bedanke mich bei ihm dafür, dass er dies erwähnt hat. Für mich ist dies ein überzeugender Beweis dafür, dass die Europäische Union effektiv sein kann, was den Schutz von Menschenrechten anbelangt. Das gibt uns Hoffnung für die Zukunft.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE-DE). – (ES) Frau Präsidentin, der uns von Herrn Obiols i Germà vorgelegte Bericht zu Menschenrechten in der Welt zeigt das umfassende und dauerhafte Engagement dieses Parlaments für die Sache der Menschenrechte in der Welt; wie ich bereits bei anderen Gelegenheiten gesagt habe, diese Sache darf nicht nur für eine Region, ein Land oder einen Kontinent gelten, sondern muss von globaler oder universeller Natur sein.

Der Bericht über den Status der Menschenrechte hat uns mit einer Situation in Ländern wie dem Iran, China oder Russland, in Guantánamo und in andern Ländern, wie beispielsweise Kuba, konfrontiert, in denen die Ausübung der grundlegenden Rechte nicht zugelassen wurde. Das fragliche Problem bezog sich darauf, dass die Gruppe, die als „Damas de Blanco“ (Damen in Weiß) bekannt sind, ihr eigenes Land weder verlassen noch in ihr eigenes Land einreisen durften, um den Sakharov-Preis in Empfang zu nehmen; ähnliche Missbräuche gibt es in anderen Ländern, wie beispielsweise in Nicaragua und Venezuela, die das Thema einer separaten Entschließung sein werden, über die morgen abgestimmt wird. Diese Situation zeigt uns, wie weit wir trotz unserer Bemühungen noch davon entfernt sind, eine Achtung der Menschenrechte in allen Regionen der Welt zu erreichen.

Frau Präsidentin, ich möchte gern auf den Änderungsantrag einiger meiner Kolleginnen und Kollegen zu sprechen kommen, die dieses Parlament gebeten haben, das Oberhaupt einer Institution zu verurteilen, die sich trotz all der Fehler, die ihr in über zwei Jahrtausenden unterlaufen sein mögen, und für die sie sich bei vielen Gelegenheiten entschuldigt hat, als wahrhaft entschlossener Verteidiger der Menschenwürde erwiesen hat. Die Tatsache, dass der Papst als geistlicher Führer von hunderten von Millionen Menschen und als dem Oberhaupt eines souveränen Staates seine Meinung zu einer heiklen aktuellen Angelegenheit nicht ehrlich und ohne dafür verurteilt zu werden, kundtun kann, erscheint mir, offen gesagt, als ein Akt der Intoleranz. Frau Präsidentin, ich glaube, dass der Änderungsantrag grotesk ist.

Ich habe mit den Verfassern dieses Änderungsantrags bei anderen Gelegenheiten zusammengearbeitet, aber ich denke, dass sie bei dem derzeitigen Änderungsantrag Adjektive und Nomen beziehungsweise Nebensächliches mit Grundsätzlichem verwechseln. Ich glaube, dass hier das grundsätzlich Richtige ist, die Meinung von anderen zu respektieren, selbst wenn sie nicht der eigenen entspricht, ohne dabei jemanden zu verurteilen, und, Frau Präsidentin, das bedeutet auch, die Schatten, die ein Bild wirft, nicht mit dem Bild an sich zu verwechseln.

Maria Eleni Koppa (PSE). – (EL) Frau Präsidentin, die Debatte im Europäischen Parlament über die Menschenrechte in der Welt ist einer der wichtigsten Punkte im politischen Prozess. Die Union kann jedoch ihren Einfluss, was die Verteidigung der Menschenrechte in der Welt anbelangt, nur geltend machen, wenn sie auf diesem Gebiet Maßstäbe von innen setzt.

Die Implementierung der Menschenrechtsklausel in alle Verhandlungen ist ein wichtiger Sieg, die Ergebnisse müssen jedoch in regelmäßigen Intervallen bewertet werden, sodass Richtlinien und Initiativen angepasst werden können.

Im allgemeinen Kontext ist die Abschaffung der Todesstrafe und der Folter noch immer unsere grundlegende Priorität, und die Union muss ihre Aktivitäten auf diesen Gebieten ausweiten. Und schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass 2008 mit den tragischen Ereignissen im Gazastreifen endete, wo ganz offen gegen die Menschenrechte verstoßen wurde, und wo von den israelischen Streitkräften experimentelle und verbotene Waffen eingesetzt wurden.

Im Europäischen Parlament haben wir die Verpflichtung, zu verlangen, dass diese Angelegenheit komplett aufgeklärt wird, um so die Untersuchungen eng zu überwachen und darauf zu drängen, dass die Verantwortung für alle Verletzungen von internationalem humanitärem Recht zugewiesen wird. Die internationale Gemeinschaft sollte nicht die geringste Toleranz gegenüber Kriegsverbrechen zeigen, egal wann und von wem sie begangen werden. Abschließend möchte ich noch unserem Berichterstatter für seine hervorragende Arbeit danken.

Milan Horáček (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Kollegen, Kolleginnen! Auch ich möchte dem Berichterstatter Obiols i Germà zu seinem sehr guten Bericht gratulieren.

Weltweit steht es in vielen Ländern sehr schlecht um die Achtung der Menschenrechte. Dies gilt auch für Europa, wenn wir zum Beispiel an Weißrussland denken. Daher muss die Europäische Union ihre Anstrengungen deutlich verstärken, indem die Menschenrechtspolitik in allen Bereichen implementiert und klare Maßstäbe vorgegeben werden. Nach unserem Verständnis sind die Menschenrechte unteilbar. Dies kann beispielsweise während der Verhandlungen zu einem neuen Abkommen mit Russland durch eine verbindliche Menschenrechtsklausel berücksichtigt werden, die auf alle Verhandlungsfelder Einfluss findet.

Weiterhin möchte ich noch einmal dafür eintreten, dass der Unterausschuss für Menschenrechte zu einem Hauptausschuss wird.

Tunne Kelam (PPE-DE). - Frau Präsidentin, die Menschenrechtssituation in der Welt sieht düster aus, und mehrere große Länder – wichtige Partner der EU – werden erwähnt. Daher ist es wichtig, dass die Entschließung des Parlaments darauf dringt, dass den Menschenrechten, insbesondere den politischen Rechten, bei der Verhandlung und Implementierung von bilateralen Handelsabkommen – selbst, wenn diese mit wichtigen Handelspartnern geschlossen werden – mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Frage lautet also: Was können wir in der Praxis tun, um die Situation zu verbessern? Vielleicht sollten wir mit Versuchen starten, Europa zu „entschröderisieren“. Demokratische Länder können jedoch ihren Teil an der Verantwortung für diese düstere Situation in großen Teilen der Welt nicht einfach abschütteln.

Nehmen wir beispielsweise Russland. In Bezug auf die Menschenrechtskonsultationen zwischen der EU und Russland ist der Beschluss des Parlaments verheerend. Der EU ist es nicht gelungen, einen Kurswechsel in Russland herbeizuführen, insbesondere nicht, was die Unabhängigkeit der Gesetzgebung sowie die Behandlung von Menschenrechtsverfechtern und politischen Gefangenen anbelangt. Der Khodorkovsky-Fall ist nur symbolisch. Ein Monat seines zweiten Prozesses hat den Umfang der Veränderungen in den letzten sechs Jahren aufgezeigt. Die Justiz in Straffällen wurde komplett der Staatsmacht untergeordnet.

Abschließend möchte ich noch auf die Mitteilung des Parlaments an den Rat, auf substantielle Weise zu reagieren, hinweisen, dies gilt insbesondere für Dringlichkeitsbeschlüsse des Parlaments. Das Europäische Parlament verkörpert auf bestmögliche Weise das demokratische Gewissen unseres Planeten. Es reagiert schnell und entschlossen auf menschliche Tragödien weltweit. Um jedoch einen wahren Einfluss auf die Menschenrechtssituation zu haben, erwarten wir die schnelle und positive Reaktion des Rats. Häufig liegt das Problem im Konflikt zwischen Werten und Wirtschaftsinteressen.

Georg Jarzembowski (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Die PPE-DE-Fraktion fordert die Regierung und die Kommunistische Partei Chinas auf, den kommenden Menschenrechtsdialog in konstruktiver Weise zu führen. Dies würde die Beziehungen zwischen der EU und China wesentlich entspannen. Wir haben ein echtes Interesse an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Aber dieser Dialog muss auch ehrlich geführt werden. Daher werden wir unsere berechtigten Forderungen an China aufrechterhalten müssen. So ist aus unserer Sicht der Bürgerrechtler Hu Jia unverzüglich freizulassen. So sind die Gespräche mit dem Dalai Lama als religiösem Führer der Tibeter wieder aufzunehmen. Und so ist die chinesische Region Tibet für Journalisten und UNO-Menschenrechtsexperten unverzüglich zugänglich zu machen.

Meiner Meinung nach hat die Volksrepublik China vor den Olympischen Spielen gezeigt, dass sie z. B. mehr Pressefreiheit gewähren kann, ohne die Stabilität des Landes zu gefährden. Jetzt sollte sie den Mut haben, neue Reformen anzugehen: Reformen über Umerziehungslager, Rechte der Angeklagten, Todesstrafe, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Diese Menschenrechte sollte sie echt angehen und mit uns den Dialog führen.

Robert Evans (PSE). - Frau Präsidentin, meinen herzlichen Glückwunsch an den Berichtersteller und an die anderen Kollegen. Aber dieser Bericht muss mehr als nur Worte auf Papier sein. Er muss ein Aktionsbericht sein. Absatz 1 lautet: „Berücksichtigt, dass sich die EU mehr in Richtung einer kohärenten und konsistenten Politik der Wahrung und Förderung von Menschenrechten weltweit bewegen muss“ und dass sie „dies effektiver“ tun muss. Ich möchte mit meinen Anmerkungen auf die Lage in Sri Lanka hinweisen und mehrere Punkte in diesem Bericht lassen sich hierauf anwenden.

Absatz 63 bezieht sich auf die Rekrutierung von Kindersoldaten, die ich, und ich bin sicher andere Kolleginnen und Kollegen ebenfalls, beklagenswert finde. Ich denke, Absatz 48 bezieht sich auf die Todesstrafe. Seit Jahresbeginn wurden ungefähr 5 000 Zivilisten bei Angriffen der srilankischen Regierung auf ihr eigenes Territorium getötet: Dies ist gleichbedeutend, würde ich sagen, mit der Todesstrafe und dem Tod unschuldiger Bürger. Die srilankische Regierung und ihr Militär werden einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen an

ihrem eigenen Volk angeklagt, angefangen von der Bombardierung von Krankenhäusern, über den Einsatz illegaler Waffen bis hin zur Verweigerung von humanitärer und medizinischer ...

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Andrzej Wielowieyski (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, ich verstehe die Motive meiner Kollegen von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa für den Änderungsantrag 2 im Kampf gegen AIDS sehr wohl, und ich möchte betonen, dass ich diese Motive generell teile.

Ich opponiere jedoch gegen diesen Änderungsantrag. Die katholische Kirche ist von den Mitgliedstaaten unabhängig und hat das Recht, auf ihre eigene Weise gegen AIDS zu kämpfen, selbst wenn wir der Ansicht sind, dies könnte auf bessere Weise geschehen.

Im Wesentlichen ist es gerade vor den Europawahlen nicht fair und auch nicht sinnvoll, den Papst heftig anzugreifen. Dies könnte zu tieferen Spaltungen in unseren Gesellschaften führen und bewirken, dass viele Menschen den Wert ihrer Teilnahme in Frage stellen.

Eine harte Verurteilung des geistlichen Oberhauptes von Millionen und Abermillionen von Gläubigen durch das Parlament wäre ein schwerer Fehler.

Árpád Duka-Zólyomi (PPE-DE). – (SK) Als jemand, der mit der kubanischen Situation äußerst vertraut ist, möchte ich einige Fakten in Bezug auf Kuba aufzeigen. Ich erachte es als unabdingbar, die Artikel 84 und 96 im Bericht zu behalten. In Artikel 84 bestätigt das Europäische Parlament erneut seinen Standpunkt in Bezug auf die kubanischen Träger des Sakharov-Preises, Oswaldo Paya Sardinias und die Gruppe der „Frauen in Weiß“. Der Artikel 96 begrüßt den Beginn eines Dialogs über Menschenrechte mit den lateinamerikanischen Ländern und fordert die Freilassung von politischen Gefangenen sowie die Einhaltung der Menschenrechte.

Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass die Tabelle im Bericht nur zwei Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Kuba enthält, es könnten jedoch noch Dutzende weitere hinzugefügt werden. Beispielsweise der 49-jährige Librando Linares Garcia, ein Opfer des „Schwarzen Frühlings“ und Ehemann einer der Frauen in Weiß. Er leidet im Gefängnis unter einer Vielzahl von Krankheiten, darunter eine Augeninfektion, die zu einem allmählichen Verlust des Augenlichts auf einem Auge geführt hat und sich nun auch auf das zweite Auge erstreckt. Dieser Mann erhielt im Gefängnis keine medizinische Versorgung.

Marios Matsakis (ALDE). – Frau Präsidentin, um andere auf glaubwürdige Weise kritisieren zu können, muss man sich zunächst einmal selbst kritisch gegenüberstehen. Wenn wir also demgemäß die Menschenrechtsverletzungen weltweit verurteilen, müssen wir stets die Menschenrechtsverletzungen im Hinterkopf behalten, die innerhalb der EU stattfinden.

Lassen Sie mich Sie an zwei Beispiele erinnern. Da ist zunächst einmal die Türkei, ein Kandidatenland auf EU-Mitgliedschaft. Es hält den nördlichen Teil Zyperns bereits seit 35 Jahren militärisch besetzt, nachdem es zuvor etwa 200 000 Menschen gewaltsam aus ihrem Zuhause vertrieben hat. In dem von der türkischen Armee besetzten zypriotischen Gebiet wurden mehr als 500 christliche Kirchen und Klöster zerstört und hunderte von christlichen Friedhöfen entweiht. Noch heute sind seit der türkischen Invasion von Zypern im Jahr 1974 1 600 EU-Bürger verschollen.

Und zweitens Großbritannien. Ein Mitgliedstaat hat in Zypern noch immer zwei Kolonien unter der Souveränität der britischen Krone: Die Gebiete von Akrotiri und Dhekelia. Tausende Zivilisten – EU-Bürger – die in diesen Gebieten leben, sind ...

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Sophia in 't Veld (ALDE). – Frau Präsidentin, ich bin etwas überrascht über die Einstufung meines Änderungsantrags als „grotesk“ und „inakzeptabel“. Ich denke, niemand steht über der Kritik – nicht einmal der Papst – und in diesem Haus haben wir die US-Knebel-Regel unter der Bush-Administration immer heftig kritisiert, die nicht so weit geht wie die Erklärungen des Papstes. Der Papst sollte wissen, dass er ein sehr wichtiger, einflussreicher religiöser Führer ist, und dass seine Worte Gewicht haben und direkt oder indirekt zum AIDS-Tod von Tausenden, ja sogar Millionen, führen können. Ich denke, es ist daher nur richtig, dass dieses Haus das kritisiert.

Und zweitens ist die EU schon immer eine treibende Kraft für Menschenrechte gewesen, wir verlieren jedoch an Glaubwürdigkeit. Über die letzten acht Jahre haben wir durch unsere Unterstützung der Art und Weise, in der die US gegen den Terrorismus gekämpft hat, unsere moralische Autorität verloren. Meiner Ansicht

nach ist es höchste Zeit, dass die EU dem Beispiel der Obama-Administration folgt und ihre Rolle im Kampf gegen den Terrorismus klar darlegt.

Jan Kohout, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin, bevor ich meine abschließenden Bemerkungen mache, möchte ich die Abgeordneten über das Ergebnis der Diskussion über den Vertrag von Lissabon im tschechischen Senat informieren.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Mehrheit der Senatoren zugunsten des Vertrages von Lissabon gestimmt hat.

(Beifall)

Vielen Dank. Dies ist ein kleiner Augenblick der Freude während unseres Vorsitzes.

Bleiben wir bei diesem Thema: Lassen Sie mich dem Berichterstatter erneut für seine Arbeit und für die schwierige Aufgabe der Ausarbeitung eines Entwurfs für diesen Bericht danken. Er hat mehrere Prioritäten identifiziert, bei denen ich bei meinen Bemerkungen kurz verweilen möchte.

Bezüglich der Todesstrafe ist klar, dass wir die Abschaffung zur Errungenschaft unserer Generation machen müssen.

Bezüglich der Rechte von Frauen sehe ich dieses Thema als besonders wichtig an, insbesondere angesichts der wachsenden Involvierung der EU in die ESVP-Operationen und -Missionen in Gegenden, in denen Frauen weiterhin bedroht werden und Opfer der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen sind. Ich denke dabei insbesondere an die Demokratische Republik Kongo und Afghanistan, wo wir EU-Einsätze haben, und wo wir definitiv alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um die Lage zu verbessern.

Eine der wesentlichen Herausforderungen, mit denen wir uns intern befassen müssen, ist die größere Verankerung von Menschenrechten in der ESVP und GASP; dies wurde auch während der Debatte erwähnt. Die Vorsitzenden, zusammen mit dem persönlichen Beauftragten für Menschenrechte des Hohen Vertreters des Generalsekretärs, haben die Verankerung der Menschenrechte in relevanten geografischen und thematischen Arbeitsgruppen sowie in den politischen Dialog, fortgesetzt.

Der Vorsitz setzt die Bemühungen der vorherigen Vorsitze zur Förderung der Verankerung von Menschenrechten in die Aktivitäten des Sonderbeauftragten sowie in die ESVP-Aktionen fort. In diesem Zusammenhang organisierte die persönliche Beauftragte von Herrn Solana, Frau Kionka, einen Workshop mit den EU-Sonderbeauftragten und den Hohen Vertretern zu Brennpunkten, der ihnen ein Instrumentarium für die Erleichterung der tagtäglichen Arbeit zur Förderung von Menschenrechten bereitstellen sollte.

Und schließlich haben wir den Kampf um universelle Menschenrechte als eine der wesentlichen Herausforderungen identifiziert, denen wir uns in den internationalen Foren gegenübersehen.

Meiner Ansicht nach müssen wir unsere Anstrengungen, die Regierungen zu erreichen, verdoppeln. Wir müssen aufstrebende Zivilgesellschaftsorganisationen und Menschenrechtsvertefcher, die intern die besten Botschafter für den Schutz von Menschenrechten sind, unterstützen. Demokratien schulden den aufkommenden Bewegungen von Bürgern, die, wie die Charta 77 zu ihrer Zeit in meinem Land, wichtige Instrumente für einen Wandel sein können, viel.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Ich möchte nach all diesen Rückschlägen zunächst diese guten Nachrichten begrüßen; sie machen den Weg für den Vertrag von Lissabon frei, den wir so sehr wollen, und der – und ich vergesse das in der Debatte nicht – die Charta der Grundrechte enthält.

Ich bin auch äußerst dankbar dafür, dass das Europäische Parlament in gewisser Hinsicht zu einem Resonanzboden für alle legitimen Anforderungen, die unter die Verteidigung der Menschenrechte fallen, geworden ist. Ich muss sagen, wir sind in Europa stolz darauf, ein Parlament zu haben, dass so sensibel auf alle Probleme der Welt reagiert, wie u. a. die Menschenrechte, die Rechte von Kindern und von Frauen, die unter Gewalt und Diskriminierung leiden müssen.

Sie erwähnten all diese aktuellen Aufgaben auf der Basis des hervorragenden Berichts unseres Berichterstatters, Herrn Obiols i Germà, dem ich erneut meinen Dank aussprechen möchte. Ich möchte noch sagen, wie sehr wir alle uns die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament wünschen und Frau Ferrero-Waldner hätte das Ausmaß dessen, wie sehr die Außenpolitik dieser Europäischen Union von einer Reihe von Werten inspiriert werden sollte - Werten, die auf die das Europäische Parlament in den verschiedenen Reden gerade aufmerksam gemacht hat - möglicherweise besser als ich ausgedrückt.

Gestatten Sie mir wiederum, über meine absolute Ablehnung der Todesstrafe und auch der Folter zu sprechen. An diesem Punkt möchte ich dennoch betonen, dass die Europäische Union heute ob der Tatsache erfreut ist, dass die Vereinigten Staaten unter Präsident Obama einen Schlussstrich unter bestimmte Exzesse ziehen, die möglicherweise im Kampf gegen den Terrorismus begangen wurden. Dies sind wichtige Neuigkeiten, die unsere Entschlossenheit im Kampf gegen alle Arten der Folter auf der Welt noch weiter stärkt. Dabei handelt es sich um eine persönliche Verpflichtung, die mir sehr am Herzen liegt.

Ich möchte ferner die Rolle der Europäischen Union in Bezug auf die Wahlhilfe bei einer Reihe von Wahlen und auf Beobachtungsmissionen hervorheben, die natürlich ebenfalls hilft, die Demokratie weltweit zu verteidigen und zu fördern. Wir wissen um die Beziehung zwischen Demokratie und der Achtung von Menschenrechten. Auch dies ist meiner Ansicht nach der Europäischen Union zuzuschreiben.

Ich hätte noch auf die konkreteren Fragen zu Kindern antworten können. Mir ist es gelungen, dass die Kommission die Prüfung der Rahmenentscheidung über den sexuellen Missbrauch von Kindern annimmt, sodass unsere Mitgliedstaaten unter anderem – da diese Angelegenheit bei der Rede angesprochen wurde – in der Lage sein werden, Sextourismus strafrechtlich zu verfolgen, selbst wenn die Straftaten nicht in Europa stattfanden. Dies macht den Weg zu einer äußerst wünschenswerten Bereinigung in diesem Bereich frei.

Ich kann nicht alle Antworten bieten, die Ihre hervorragenden Reden verdienen, Frau Präsidentin, aber ich muss dem Europäischen Parlament dafür danken, dass es in diesem Bereich so wachsam ist, was ultimativ das Beste unserer Europäischen Gemeinschaft aufzeigt – unsere Bindung an gemeinsame Werte.

Raimon Obiols i Germà, Berichterstatter. – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte nur schnell zwei Punkte ansprechen. Erstens, in Bezug auf die Menschenrechte ist die beste Politik zweifelsohne eine, die die Menschen vereinigt; wenn der Bericht also eine Botschaft enthält, die wichtiger ist als der Rest, ist es die Botschaft der Einheit. Dies bedeutet zunächst einmal die Einheit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, da wir diesbezüglich in letzter Zeit Probleme hatten, die schnellstmöglich behoben werden sollten; zweitens bedeutet es die Einheit zwischen den Institutionen; und drittens bedeutet es die Einheit oder Konvergenz zwischen den Ansätzen und Schwerpunkten.

Zwischen der *Realpolitik*, die bei einer Menschenrechtsverletzung zugunsten anderer Interessen wegsieht, und Halbherzigkeit liegt ein Weg des politischen Willens und der politischen Intelligenz – und diesem Weg müssen wir folgen.

Der zweite Punkt ist natürlich der, dass wenn wir alle die Effektivität wollen, die durch Einheit gewonnen wird, wird die Mehrheit bei der Abstimmung über diesen Bericht morgen umso größer und die künftige Implementierung umso wirksamer sein. Zu diesem Punkt möchte ich sagen, dass die grundlegende Priorität bei der Abstimmung über die Änderungsanträge die Suche nach der größtmöglichen Mehrheit im Haus sein sollte; nicht aus persönlichen Gründen, da die Berichte keinem Urheberrecht unterliegen, sondern auf Grund des Verlangens nach zukünftiger politischer Effektivität.

Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen statt.

Bevor wir zum nächsten Bericht kommen, möchte ich den Vorteil des Vorsitzes ein letztes Mal nutzen. Es handelt sich in der Tat um einen Bericht, der sich auf meinen eigenen Ausschuss bezieht, und, meine Damen und Herren, ich möchte den hier Anwesenden gern sagen, wie sehr ich die Arbeit mit Ihnen in den letzten 10 Jahren genossen habe, und dass die letzten fünf Jahre einfach außergewöhnlich waren.

Ich möchte besonders Kommissar Barrot danken, der uns mit seiner Güte unterstützt hat – ich sollte sagen, mit seiner gütigen Autorität – und ich bin auch dem Vorsitzenden unseres Ausschusses, Herrn Deprez, sowie all meinen Kollegen besonders dankbar.

Ich werde Sie nicht alle erwähnen, aber Frau HennisPlasschaert ist zugegen, Frau in't Welt ebenfalls, Frau Lambert ist hier und Herr Busuttil, Herr Masip Hidalgo und auch Frau Dührkop Dührkop; Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen danken und mich von Ihnen verabschieden. Vielleicht habe ich ja die Gelegenheit, Sie wieder zu sehen. Ich werde diesmal nicht den Vorsitz führen. Ich denke, ich werde einfach die Verantwortung für die Einleitung übernehmen und dann wird Herr McMillan-Scott übernehmen.

Wenn es Ihnen also nichts ausmacht ... Vielen Dank.

(Beifall)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Kinga Gál (PPE-DE), schriftlich. – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren.

Wenn wir die Situation der Menschenrechte im Jahr 2008 unter besonderer Berücksichtigung der EU-Politik bewerten, haben wir weiterhin Grund zur Besorgnis.

An diesem Punkt möchte ich gern die Situation der Rechte von Kindern hervorheben, bei der es sich um ein globales Problem handelt. Um die Achtung für die Rechte von Kindern zu gewährleisten, dürfen wir uns nicht auf bestimmte Rechtsverletzungen konzentrieren, sondern müssen auch indirekte Bedrohungen, wie beispielsweise Internetverbrechen oder Gewalt in den Medien, berücksichtigen.

Unsere Menschenrechtspolitik muss auf der Anerkennung basieren, dass Menschenrechtsverletzungen nichts sind, was üblicherweise in anderen Ländern geschieht. Leider gibt es auch eine Vielzahl von aktuellen Vorfällen innerhalb der EU.

Ich möchte speziell auf die Ereignisse in Budapest am 23. Oktober 2006 verweisen, als wir einen Massenverstoß gegen die Menschenrechte erlebten, als die Polizei bei einer friedlichen Gedenkfeier gewaltsam und missbräuchlich gegen unschuldige Menschen vorging. Beweise dafür liefert auch eine Bilderausstellung, die derzeit hier im Parlament besichtigt werden kann.

Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass sich derartige Vorfälle nicht wiederholen, und wir müssen erkennen, dass wir selbst innerhalb der Europäischen Union jeden Tag um die Förderung der Achtung von grundlegenden Menschenrechten und Freiheiten, Demokratie, Redefreiheit und Rechtsstaatlichkeit kämpfen müssen.

12. Europäischer Flüchtlingsfonds (2008 bis 2013) - Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern (Neufassung) - Anträge von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat auf internationalen Schutz (Neufassung) - Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten (Neufassung) - Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (Aussprache)

Präsident. – Der nächste Punkt ist die gemeinsame Aussprache über:

- den Bericht (A60280/2009) von Frau Dührkop Dührkop im Namen des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zu dem Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 im Hinblick auf die Aufhebung der Finanzierung bestimmter Gemeinschaftsmaßnahmen und die Änderung der Finanzierungsobergrenze für die geförderten Maßnahmen (KOM(2009)0067 – C6-0070/2009 – 2009/0026(COD)),

- den Bericht (A6-0285/2009) von Herrn Masip Hidalgo im Namen des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (Neufassung) (KOM(2008)0815 – C6-0477/2008 – 2008/0244(COD)),

- den Bericht (A6-0284/2009) von Frau Hennis-Plasschaert im Namen des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (KOM(2008)0820 – C6-0474/2008 – 2008/0243(COD)),

- den Bericht (A6-0283/2009) von Hr Popa im Namen des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von „EURODAC“ für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EG) Nr. [...] zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (KOM(2008)0825 – C6-0475/2008 – 2008/0242(COD)) und

- den Bericht (A6-0279/2009) von Frau Lambert im Namen des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur

Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (KOM(2009)0066 – C6-0071/2009 – 2009/0027(COD)).

Bárbara Dührkop Dührkop, *Berichterstatterin*. – (ES) Frau Präsidentin, mir wird die Ehre zuteil, diese gemeinsame Debatte über fünf äußerst wichtige Berichte zur Etablierung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik zu eröffnen.

Mein Bericht ist auf die Änderung des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) in Bezug auf die Neuzuweisung von Geldern zur Generierung eines europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen begrenzt, das den institutionellen Status einer Regulierungsbehörde haben wird. Eine der Zuständigkeiten der Agentur wird die Förderung und Optimierung der praktischen Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten sein, um so die Implementierung des gemeinsamen europäischen Asylsystems zu fördern.

Da einige der Aufgaben, die derzeit unter dem EFF zugewiesen und finanziert werden, nun vom Büro ausgeführt werden – dies gilt beispielsweise für die Förderung von „Good Practices“, die Dolmetsch- und Übersetzungsdienste sowie die Unterstützung der Entwicklung und Anwendung allgemeiner Statistiken mit dem Ziel der Transparenz und der nachhaltigen Ressourcenverwaltung – müssen einige der EFF-Gelder an das Büro überwiesen werden.

Gegenwärtige Bestimmungen besagen, dass diesen Aufgaben 10 % der Fondsressourcen zuzuweisen sind. Die Kommission schlägt uns vor, dass dieser Prozentsatz auf 4 % verringert, und dass die Ressourcenbilanz an das neue Büro übertragen wird. Auf diese Weise würde die finanzielle Zuweisung für den Zeitraum 2008-2013 von 628 Millionen EUR auf 614 Millionen EUR verringert. Wir stimmen der Kommission zu, dass diese Beträge für die erste Phase des Fonds bis 2013 ausreichend sind, für diesen Zeitpunkt ist eine Revision angesetzt.-

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat mich mit der willkommenen Aufgabe betraut, für die Zweckmäßigkeit der Schaffung dieses Büros zu argumentieren. Der Vorschlag wurde von den beiden betroffenen Ausschüssen einstimmig genehmigt: dem Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten und dem Ausschuss für den Haushalt. Obgleich das Parlament, wie wir wissen, hinsichtlich der Schaffung neuer Agenturen eher zögerlich ist, liegt seine Hauptaufgabe als Haushaltsautorität in der korrekten und angemessenen Verwaltung der zugewiesenen Mittel; in diesem Fall zur Gewährleistung einer praktischen Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, was Asylfragen anbelangt.

Wir alle wissen, dass die Akzeptanzraten für Asylanträge je nach Mitgliedstaat erheblich schwanken, was zu einer Vielzahl von Verwaltungsproblemen für die Asylanten aufnehmenden Mitgliedstaaten führt. Dies gilt insbesondere für Staaten, die sich an den südlichen Grenzen der Europäischen Union befinden und die sich regelmäßig von großen Menschenmengen überflutet sehen, die plötzlich an ihren Grenzen auftauchen, da es für diese auch notwendig ist, diejenigen unter all diesen Menschen herauszufinden, die wirklich auf Schutz angewiesen sind.

Ein Hilfsangebot in Bezug auf die Umsiedlung und den internen, freiwilligen Transfer von Asylsuchenden sind der beste Beweis für die und Ausdruck von Solidarität, den die Mitgliedstaaten zeigen sollten. Dies ist und sollte auch künftig das Hauptziel für die Schaffung dieses Büros sein.

Frau Präsidentin, dies ist das Ende meiner Rede zu dem Thema, mit dem wir derzeit befasst sind, und wie Sie möchte auch ich einige Minuten - meine letzten - für einige Abschiedsworte in Anspruch nehmen.

Dies ist meine letzte Rede in dieser Plenarsitzung. Wie Sie, Frau Präsidentin, möchte ich allen Abgeordneten dieses Hauses, meinen Fraktionskollegen, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten und meinen Mitgliedskollegen im Ausschuss für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre danken. Wir hatten Debatten, und wir waren uns nicht immer einig, aber ich glaube, dass wir am Ende immer gute Arbeit geleistet und mit in die Plenarsitzung dieses Parlaments gebracht haben.

Frau Präsidentin, als ich vor 22 Jahren zum ersten Mal hierher kam, kam ich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit ihren 12 Mitgliedstaaten an. Ich bin froh, dass ich nun eine Europäische Union mit 27 Mitgliedern verlasse. Es ist ein wahres Privileg, im Maschinenraum der europäischen Integration sein zu dürfen. Es war eine einzigartige, großartige Erfahrung. Frau Präsidentin, ich bin zudem der Ansicht, dass einer der größten Erfolge das „Nie wieder“ war, das die Grundlage für die europäische Einigung bildete. Ich denke, dazu können wir uns gratulieren.

Bei meinem Abschied bin ich nun sehr froh, die Gelegenheit für diese Erfahrung gehabt zu haben, und ich bitte um Ihr Verständnis, weil ich mich nun aus dieser Debatte verabschieden werden. Ich kehre ins Baskenland

zurück, wo wir einige historische Ereignisse erleben: Nach 30 Jahren unter einer baskischen nationalistischen Regierung werden wir mit Patxi López nun einen sozialistischen Präsidenten im Baskenland haben, und ich möchte meine politische Gruppe morgen, wenn er das Amt antritt, repräsentieren.

Nochmals vielen Dank und zum letzten Mal Lebewohl.

(Beifall)

Antonio Masip Hidalgo, Berichterstatter. – (ES) Frau Präsidentin, der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat Einwandererzentren in vielen Teilen Europas besucht – wie auch Sie, Frau Präsidentin, dies mit besonderem Eifer getan haben – und ist auf sehr unterschiedliche Bedingungen und untragbare Zustände gestoßen, die behoben werden müssen.

Asylsuchende sind nicht mit illegalen Einwanderern zu vergleichen. Asylsuchende flüchten vor Verfolgung; sie werden nicht von Wirtschaftsfaktoren angezogen, sondern sie werden von freiheitsfeindlichen Regimen ausgewiesen. Uns Spaniern ist dies deutlich bewusst, da so viele von uns als republikanische Flüchtlinge von Mexiko, Frankreich und anderen Ländern aufgenommen wurden.

Als über die Rückführungsrichtlinie debattiert wurde, wurde sehr deutlich gemacht, dass diese Gesetzgebung nicht für die künftige Gesetzgebung für die Aufnahme von Asylsuchenden gelten würde. Kollegen aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten sagten dasselbe. Meiner Ansicht nach ist es für Asylsuchende wichtig, dass sie Informationen in einer Sprache erhalten, die sie verstehen. Die Beschränkung der Bereitstellung von Informationen für den Asylsuchenden in einer Sprache, die er versteht, *oder wo davon ausgegangen wird, dass er sie versteht*, mindert die vorhandenen Anforderungen und wäre meiner Ansicht nach aus rechtlicher Sicht inakzeptabel, was die Interpretation der Menschenrechte anbelangt. Das Recht, ordnungsgemäß informiert zu werden, ist ein grundlegendes, da es die Basis für alle anderen Rechte darstellt.

Ich habe die finanziellen Kosten meines Vorschlags über materielle Unterstützung geprüft. Mein Vorschlag fordert eine Unterstützung für Asylsuchende, die einen adäquaten Lebensstandard gewährleistet, sie mit den erforderlichen Lebensmitteln versorgt und ihre körperliche und mentale Gesundheit gewährleistet. Um weniger zu bitten, würde meiner Ansicht nach die Würde der Asylsuchenden beleidigen.

Mein Vorschlag verdeutlicht den zweiten Grund für die Inhaftnahme (Artikel 8(2)(b)) und stellt ihn in eine Rahmenkonstruktion einer Vorbefragung in Übereinstimmung mit den Richtlinien für die Inhaftnahmen, wie sie von dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen ausgeführt wird. Ich schlage in Artikel 9(5)(1) zudem eine *ex officio* -Überprüfung der Inhaftnahme durch die Justizbehörden vor, wenn sich eine Änderung der Umstände ergibt oder wenn neue Informationen verfügbar werden, auf Anfrage des Asylsuchenden oder, wie ich zuvor ausgeführt habe, in Abwesenheit desselben automatisch.

Mündliche Änderung 2 und Kompromissänderung 5, angenommen vom Ausschuss, stellen die Frage einer Rechtsbeihilfe, insoweit wie notwendig und kostenlos, auf Anfrage des Asylsuchenden. Ich bitte um getrennte Abstimmung über diese beiden Punkte, um auf den Punkt der Rechtsbeihilfe zurückzukommen, die eher kostenlos ist, da ich glaube, im Recht zu sein.

Wenn schließlich die anfänglichen Vorschläge für Sozialleistungen für Einwanderer reduziert werden, wie dies andere Gruppen bei der Abstimmung im Ausschuss erreicht haben, denke ich, dass es notwendig ist, auch wenn wir uns derzeit in Krisenzeiten befinden, den wirksamen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Auf diese Weise erreichen Asylsuchende Unabhängigkeit, integrieren sich in die Gastgesellschaft und verringern die ihnen zugewiesenen sozialen Aufwendungen. Ich möchte mich ferner herzlich bei Herrn Barrot und seinem Ausschuss für all die Bemühungen im Verlauf dieser Richtlinie bedanken.

VORSITZ: Edward McMILLAN-SCOTT

Vizepräsident

Jeanine Hennis-Plasschaert, Berichterstatterin. – (Die Niederlande) Herr Präsident, gestatten Sie mir, zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen zu machen. Ich bin bei der Ausarbeitung der europäischen Asyl- und Immigrationspolitik in den letzten Jahren im Namen meiner Gruppe, der Gruppe der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, sehr stark involviert gewesen. Ich bin sicher, dass praktisch jeder den Nutzen und die Notwendigkeit einer derartigen Politik erkennen kann. Ein Europa ohne innere Grenzen sehnt sich doch regelrecht nach einem gemeinsamen Vorgehen auf diesem Gebiet. Andererseits möchte ich darauf hinweisen, dass die Normen, über die wir übereingekommen sind, und die von uns bis dato erzielten Ergebnisse

sehr stark im Kontrast zu den Zielen stehen, die im Tampere-Programm, dem Haager Programm und erst kürzlich im französischen Bündnis für Asyl und Immigration aufgeführt sind.

Das Problem ist, dass jedes Mal, wenn der Rat eine konkrete Entscheidung zu fällen hat, aus dem größten gemeinsamen Nenner plötzlich der kleinste zu werden scheint und die gewünschte Harmonisierungswirkung entsprechend nicht zustande kommt. Zusätzlich haben viele Mitgliedstaaten, wenn es um die Überführung in die nationale Gesetzgebung geht, sich nicht an die von uns vereinbarten Abmachungen gehalten, sowohl was den Zeitpunkt angeht als auch die Genauigkeit.

Dies hat in der Praxis zu enormen Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten geführt. Dies sorgt nicht nur für Verwirrung, sondern spielt auch in die Hände derer, die das System missbrauchen. Anscheinend hat der Rat entweder vollständig oder teilweise nicht verstanden, dass eine Verbesserung der Qualität und Sicherstellung einer größeren Konsistenz und Solidarität nicht nur im Interesse der Asylanten liegt, sondern ebenfalls im Interesse der Mitgliedstaaten selbst.

Was meinen eigenen Bericht anbelangt, würde ich gern Folgendes sagen: Die bestehende Dublin-Verordnung ist auch das Produkt eines unsicheren politischen Kompromisses, der im Rat erzielt wurde. Als Ergebnis haben wir jetzt einen Text, der zu viele mehrdeutige Passagen sowie Lücken enthält. Von ganzem Herzen unterstütze ich das Ziel der Kommission, ein einheitliches und wirkungsvolles Dublin-System zu erschaffen.

Meiner Ansicht nach ist der Paragraph 31 das wichtigste politische Element im vorgeschlagenen Neuentwurf. Wie ich im Prinzip gerade erst sagte, sehe ich im Mangel an Konsistenz und Solidarität auf Seiten des Rates den größten Stolperstein bei der Erreichung einer gemeinsamen Asyl- und Immigrationspolitik. Allein aus dieser Perspektive gesehen kann ich die Bestimmungen des Paragraphen 31 des Rats-Vorschlages sehr gut verstehen.

Es bleibt jedoch die Tatsache, dass das Dublin-System nicht entwickelt worden und auch nicht gewollt ist als ein Instrument zur Lastenteilung. Eine andere Sache, die absolut offensichtlich ist, ist der Umstand, dass das Dublin-System als solches sich nicht erwiesen hat als Antwort auf einen außergewöhnlichen Asylruck oder auf übergroße Lasten für gewisse Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund befürchte ich, dass der Vorschlag der Kommission, trotz aller guten Absicht, nicht zu einer größeren Konsistenz und Solidarität unter den Mitgliedstaaten beitragen wird.

Dürfte ich ebenso darauf hinweisen, dass den Mitgliedstaaten, die jetzt mit übergroßen Lasten aufgrund ihrer demografischen Situation oder möglicherweise ihrer geographischen Lage zu kämpfen haben, durch diesen Vorschlag nicht oder nur in unzureichendem Maße geholfen wird. Das bedeutet, dass das Problem der Solidarität in einem breiteren Kontext behandelt werden muss.

In den letzten Jahren ist es sonnenklar geworden, dass das, was die Mitgliedstaaten brauchen, eine Politik mit Zuckerbrot und Peitsche ist. Was mich angeht, so bedeutet dies, dass es ebenfalls Zeit ist, höchste Zeit sogar, dass wir einen Durchbruch erzielen, weil Solidarität unter Mitgliedstaaten auf irgendeine Weise durchgesetzt werden muss.

Ich weiß, dass gewisse Mitgliedstaaten, um es eher vorsichtig auszudrücken, ziemlich negativ auf die Vorschläge geantwortet haben, die durch den Ausschuss für Bürgerrechte, Justiz und Innenpolitik angenommen worden sind. Ich bin mir auch bewusst, dass ich mich hier auf vermintem Boden befinde hinsichtlich dem Initiativrecht der Kommission. Allerdings gilt, dass gerecht nun einmal gerecht ist, und, um offen und ehrlich zu sein, habe ich mittlerweile genug davon, immer nur schöne Worte in dieser Sache zu hören.

Ich bin sicher, dass das Stockholm-Programm des neu ernannten schwedischen Präsidenten ebenfalls höchstwahrscheinlich wunderbar formulierte Bestimmungen enthält, allerdings, wenn ich das einmal so sagen darf, Herr geschätzter amtierender Ratspräsident, möchte ich dazu raten, am besten nichts mit der Sache zu tun zu haben, da die Mitgliedstaaten in der täglichen Praxis dieser Sache schon bald wieder den Rücken zukehren werden.

Nicolae Vlad Popa, Berichterstatter. – (Rumänien) Mit dem Eurodac-IT-System der Gemeinschaft begann man im Januar 2003 zu arbeiten, und es ist konzipiert für den Vergleich der Fingerabdrücke von Asylbewerbern und gewissen Personen aus Drittländern oder staatenlosen Personen. Das System stellt die sichere, genaue und schnelle Anwendung der Dublin-Verordnung sicher, welche darauf abzielt, eine wirkungsvolle und praktikable Methode zur Bestimmung der Verantwortlichkeiten bei Asylbewerbungen in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen.

Eurodac ist eine rechnergesteuerte Datenbank, die die Fingerabdrücke aller Bewerber ab 14 Jahren für den internationalen Schutz beinhaltet. Der Zweck dieses Berichts ist es, das System wirkungsvoller zu gestalten und die Probleme zu lösen, die nach einer Beurteilung der ersten Betriebsjahre des Systems festgestellt worden sind. Wir haben eine Anzahl an wirkungsvollen und praktischen Lösungen der Probleme erstellt, die die Sammlung und die Übertragung der Fingerabdrucksdaten durch die Mitgliedstaaten betreffen.

Zur ersten Stufe gehört die Sammlung der Fingerabdrücke innerhalb von 48 Stunden nach Einreichung der Asylbewerbung, während die zweite Stufe das Einsenden der so erhaltenen Daten an das Eurodac-Zentralsystem durch die Mitgliedstaaten innerhalb von 24 Stunden vorsieht. Der Bericht enthält Bestimmungen, die es erlauben, dass die 48-Stunden-Frist in den folgenden Ausnahmefällen verlängert wird: wenn eine Quarantänedauer aufgrund einer ernsthaften ansteckenden Krankheit durchgeführt wird; wenn die Abdrücke zerstört sind; genauso wie in Fällen von höherer Gewalt, die korrekt nachgewiesen ist und für die Dauer, in der diese Umstände vorherrschen.

Der Bericht unterstützt die Idee, sobald wie möglich eine dezentralisierte Agentur zur Verwaltung von Eurodac, VIS und SIS II zu errichten, die sicherstellt, dass diese Systeme so wirkungsvoll wie möglich funktionieren. Diese Verwaltungsagentur wird einen gemeinsam erstellten Anforderungskatalog aufsetzen, der durch jeden erfüllt werden muss, dem der Zugang zur Eurodac-Infrastruktur und den Eurodac-Daten gewährt wird. Zusätzlich sind Bestimmungen eingeführt worden, die darauf abzielen, die Bereitstellung von Daten an unbefugte Drittländern zu verbieten, insbesondere dem Ursprungsland der Asylbewerber, um die Mitglieder der Asylbewerberfamilien vor den schwerwiegenden Konsequenzen zu schützen, denen diese möglicherweise ausgesetzt sein könnten.

Bei der Abfassung des Berichts haben wir ein paar Regelungen dargelegt, die sicherstellen werden, dass das System so wirkungsvoll wie möglich funktioniert, während gleichzeitig persönliche Daten und Menschenrechte geschützt werden.

Schließlich möchte ich mich bedanken bei den Schatten-Berichterstattern, mit denen wir hervorragend zusammengearbeitet haben sowie bei unseren Kolleginnen und Kollegen vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Innenpolitik, die mit großer Mehrheit für den Bericht gestimmt haben. Auch möchte ich den Autoren der Novellen danken. Ich möchte die außergewöhnlich gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Rates und der Europäischen Kommission erwähnen, denen ich ebenfalls danken möchte.

Jean Lambert, Berichterstatter. – Herr Präsident, wir haben vorher von Frau Dührkop Dührkop etwas über den Europäischen Flüchtlingsfonds und die Änderungen gehört, die bei diesem vorgebracht wurden, um die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen zu unterstützen, und ich bin der Berichterstatter für die Verordnung, die sich mit diesem Vorschlag befasst - dem Unterstützungsbüro für Asylfragen.

Die Vorstellung ist, dass es sich hierbei um ein Büro handelt, das die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der - wir würden sagen Qualität (wir wissen, dass einige Mitgliedstaaten sich mit diesem Konzept der Qualitätsverbesserung schwer tun) der Lieferung der Entscheidungsfällung bei Asylanträgen unterstützt; dieses Büro hat aber ebenfalls zum Ziel, zur Entwicklung der Konsistenz in den Mitgliedstaaten beizutragen sowie jene Länder zu unterstützen, die sich immer wieder unter besonderem Druck befinden, entweder durch einen anhaltenden Zustrom an Menschen in diese Länder oder aus anderen Gründen.

Wir haben bereits von einigen Personen von den Problemen gehört, die zwischen den Mitgliedstaaten durch den Mangel an Konsistenz bei der Entscheidungsfällung bei Asylanträgen verursacht werden, und dieser Umstand ist sicherlich teilweise mitverantwortlich für die Schwierigkeiten, die es mit dem Dublin-System gibt.

Was wir aber sehen möchten, ist diese Verbesserung, und ein Teil hiervon ist, Schulungen anzubieten. Wir befürworten, dass die UNHCR-Richtlinien auch hierzu gehören - möglicherweise als Ausgangspunkt, selbst wenn sie nicht leiten können - und dass Mitgliedstaaten in der Lage sein sollten, auf Erfahrungen zurückzugreifen, dass das Büro in der Lage sein sollte, gemeinsame Schulungen anzubieten oder, wenn möglich, spezifische Schulungen für Mitgliedstaaten, sofern der Bedarf da ist, wobei auf Erfahrungen aus dem Kreis der Mitgliedstaaten selbst zurückgegriffen wird, aber ebenfalls vom UNHCR und, möglicherweise, den in Frage kommenden Nichtregierungsorganisationen (NROs).

Wir dachten an einem Punkt, wir hätten möglicherweise eine Vereinbarung hierüber bei der ersten Lesung, aber die Zeit und auch unser Wunsch, das Maßnahmenpaket zusammen zu halten, wenn wir uns das gemeinsame europäische Asylsystem ansehen, bedeuten, dass wir nicht so weit gekommen sind. Wir haben

hierüber aber beträchtliche Diskussionen zwischen den Schatten-Berichterstattern und auch mit dem Rat gehabt, und dies erklärt einige der gerade vor uns liegenden Änderungen, von denen gewisse technischer Natur sind, was das Einbringen von Dingen angeht, die normalerweise in der Regelung zu finden sind, die in dem ursprünglichen Vorschlag übergangen worden sind.

Für das Parlament ist die Rolle des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) innerhalb des Unterstützungsbüros für Asylfragen von entscheidender Bedeutung. Wir hätten auch gern, dass Nichtregierungsorganisationen eng mit dem Büro im beratenden Bereich verbunden sind und möglicherweise auch involviert sind im Angebot von Schulungen oder auch bei der eigenen Schulung in den Fällen, in denen sie Teil der Lieferung eines Asylsystems in einen Mitgliedstaat sind.

Es zeigt sich jedoch, dass das Parlament etwas größere Schwierigkeiten hat, mit dem Rat eine Übereinkunft zu finden. Wir sehen, dass das Parlament ziemlich eng involviert ist in der Ernennung des Direktors, wobei man vielleicht die EU-Agentur für Grundrechte als unser Modell hierfür sieht. Die andere Streitfrage ist, wie es Jeanine in ihrer Einführung des Dublin-Systems angedeutet hat, die Frage, wie stark wir tatsächlich auf Mitgliedstaaten sehen können, die sozusagen von einem Ausgangspunkt aus kooperieren, was die Sache eher verpflichtend als freiwillig macht. Damit sind dies im Moment gewiss die beiden großen Probleme.

Wir freuen uns, dass der Rat angedeutet hat, unsere Änderungen hinsichtlich der Schulungen als solche und darüber hinaus das Einbringen externen Sachverständs, beispielsweise bei der gegebenenfalls nötigen Deutung, annehmen zu können.

Wir glauben also, dass wir uns in dieser Sache vorwärts bewegen, aber wir werden sehen - wenn wir möglicherweise Anzeichen aus der Kommission darüber erhalten, wie wir die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verbessern können - exakt wie weit wir mit diesem Vorschlag kommen werden.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (Frankreich) Herr Präsident, das Ziel der Legislativvorschläge, zu denen Sie gerade Ihr Urteil abgegeben haben, ist die Errichtung eines wirklich gemeinschaftlichen Asylsystems, welches einen größeren Schutz bietet, wirkungsvoller und einheitlicher ist.

Ich danke den fünf Berichterstattern ganz herzlich für ihre umfangreiche und hervorragende Arbeit. Dies ist das erste Mal, dass das Parlament sein Urteil als Mitgesetzgeber bei Asylproblemen abgegeben hat. Man muss sagen, dass eine fruchtbare Arbeitsbeziehung soeben begonnen hat. Ich freue mich zu sehen, dass das Parlament die Ziele der Kommissionsvorschläge in weiten Teilen unterstützt. Diese Unterstützung ist sehr wichtig, wenn wir die gewissen Mängel bei den gesetzgebenden Instrumenten aus der ersten Phase überwinden sollen. Damals wurden sie lediglich nach Beratung des Parlaments angenommen.

Ich würde jedoch gern einige der vorgeschlagenen Änderungen kommentieren, die Anlass zur Sorge geben und es wert sind, besondere Aufmerksamkeit zu erhalten. Als erstes wende ich mich an Herrn Popa. Was Eurodac angeht, so stimme ich mit seinen Vorschlägen grundsätzlich überein. Jetzt möchte ich mich Herrn Masip Hidalgo zuwenden und über den Zugang zu den Aufnahmebedingungen reden. Ich werde eine Änderung bei der heiklen Frage der Gleichwertigkeit der materiellen Unterstützung, die Asylbewerbern angeboten wird, und der Mindest-Sozialhilfe, die Einheimischen garantiert wird, annehmen.

Für die Kommission jedoch muss es einen Bezugsindikator geben. Dieser Indikator wird die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichten, Asylbewerbern Sozialhilfe zukommen zu lassen, wird aber die Einführung klarer Regeln gestatten, um die Menschenwürde der Asylbewerber nicht zu verletzen und uns und folglich der Kommission dabei zu helfen, den Antrag auf gemeinsame Normen in jedem Mitgliedstaat zu überwachen.

Das Gleiche gilt für das Prinzip der Gleichheit mit Staatsangehörigen bezüglich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für Menschen mit speziellen Bedürfnissen. Auch hier kann ich die Änderung akzeptieren, ich hätte aber auch gern, dass ein Bezugsindikator beibehalten wird, da der Kommissionsvorschlag darauf abzielt, die aktuellen Mängel beim Schutz der Gesundheit gefährdeter Personen abzustellen. Zum Thema Aufnahmebedingungen sind dies alle Punkte. Ich danke Herrn Masip Hidalgo nochmals für seine hervorragende Präsentation.

Jetzt wende ich mich der Dublin-Verordnung zu. Ich bin auch Frau Hennis-Plasschaert dafür dankbar, dass sie uns eine sehr gute Präsentation ihres Berichts über die Überarbeitung der Dublin-Verordnung gegeben hat. Ich möchte das Augenmerk auf ein Problem lenken, das für mich eine sehr große Bedeutung hat. Die Familienzusammenführung und das Problem der unbegleiteten Minderjährigen. Das Dublin-System ist oft kritisiert worden wegen der negativen Auswirkungen, die es möglicherweise auf Asylbewerber hat, besonders im Falle von Familien und gefährdeten Personen.

In ihrem Vorschlag wollte die Kommission sicherstellen, dass Familien in der Praxis nicht getrennt werden und dass Minderjährige nicht übergeben werden, außer um ihre Familien wieder zu treffen. Die Änderungen, die diese Haltung ändern, können nicht unsere Unterstützung bekommen. Ich möchte die Frage der Solidarität betonen, die Gegenstand einiger Änderungen ist, die im Rahmenwerk der Dublin-Verordnung vorgelegt wurden.

Ich möchte zuerst unserer Berichtsteratterin, Frau Hennis-Plasschaert, ebenso dem Parlament, für die Einführung der Wahlmöglichkeit danken, die Verbringungen von Asylbewerbern auszusetzen, wenn ein Mitgliedstaat auf Schwierigkeiten trifft. Es ist jedoch schwierig, im Rahmenwerk der Dublin-Verordnung weiter zu gehen, da diese Regelung, Frau Hennis-Plasschaert, kein Instrument als solches für die Verteilung der Asylbewerber unter den Mitgliedstaaten sein kann. Ich habe Ihren Ruf nach Solidarität tatsächlich gehört, und die Kommission kann eine Änderung der Regelungspräambel akzeptieren, um ein politisches Signal zur Schaffung von verbesserten, formalen Solidaritätsmechanismen zu geben.

Tatsächlich bin ich entschlossen, zu einem späteren Zeitpunkt konkrete Instrumente zur Steigerung der Solidarität auf der Ebene der Europäischen Union vorzuschlagen und den Druck auf die Asylsysteme in einigen Mitgliedstaaten zu senken. Wir müssen zu einer gerechteren Verteilung der Nutznießer internationalen Schutzes unter den Mitgliedstaaten gelangen. Die Union hat dem Europäischen Flüchtlingsfonds bereits erlaubt, Pilotprojekte in diesem Bereich zu unterstützen. Außerdem wird das Unterstützungsbüro, wenn es funktionsfähig ist, in der Lage sein, denjenigen Mitgliedstaaten, die sie anfordern, fachmännische Unterstützung zukommen lassen. Sie zeigen jedoch mit Ihrem Finger auf ein Problem, nämlich das Bedürfnis nach Solidarität und mehr Konsistenz unter den verschiedenen Mitgliedstaaten.

Ich werde mich jetzt dem Unterstützungsbüro zuwenden. Vielen Dank, Frau Dührkop Dührkop und Frau Lambert, für Ihre bemerkenswerte, schnelle und effektive Arbeit, da die Kommission erst am 18. Februar ihre Vorschläge präsentierte. In diesem Fall brauche ich wirklich die Unterstützung des Parlaments, um das Büro schnell einzurichten, und ich stelle mit Zufriedenheit fest, dass der Vorschlag über den Zusatz zum Europäischen Flüchtlingsfonds unterstützt wird.

Einige Aspekte der Frage zum Unterstützungsbüro sollten kommentiert werden. Die Frage der Solidarität ist ganz offensichtlich der Kern der Sorgen des Parlaments, sie macht auch mir zu schaffen. Ich nehme den Entwurf des Zusatzes zur Kenntnis, der fordert, dass das Büro die Etablierung einer verbindlichen Vorgehensweise zur Verteilung der Personen, die internationalen Schutz empfangen, unterstützt. Der Vorschlag der Kommission gibt den Text des Pakts zu Einwanderung und Asyl wieder, der ein freiwilliges System vorsieht.

Wie ich jedoch gerade erst in einer der vorhergehenden Antworten gesagt habe, wird die Lösung, während die Kommission an einer koordinierteren Vorgehensweise arbeitet, nicht leicht sein. Das Büro wird zwischenzeitlich die internen Wiederverteilungs-Vorgehensweisen, so wie sie definiert sind, unterstützen, ungeachtet dessen, wie diese aussehen. Die Verordnung zur Errichtung des Büros ist nicht der richtige Ort, um Gesetze über die Gründungsprinzipien dieser Vorgehensweisen zu erlassen, aber die Kommission wird nochmals, wie bei der Dublin-Verordnung, eine Ergänzung in der Präambel akzeptieren.

Außerdem glaubt die Kommission, dass das externe Mandat des Büros nicht auf Umsiedlungsaktivitäten und regionale Schutzprogramme beschränkt sein sollte. Zusätze, die das Mandat des Unterstützungsbüros beschränken, müssen vermieden werden. Es gibt Zusätze mit dem Ziel der radikalen Änderung des Verfahrens zur Ernennung des Direktors des künftigen Büros. Vorsicht! Das durch diese Zusätze vorgeschlagene Verfahren könnte die Ernennung des Direktors erheblich verzögern. Dieses Büro muss auf jeden Fall schnell und effektiv errichtet werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Formel ist die horizontale Formel, die gegenwärtig bei 20 Aufsichtsämtern, die in den ersten Bereich fallen, angewandt wird. Wir würden es bedauernswert finden, uns von einer harmonisierten Formel zu verabschieden, wenn eine horizontale Diskussion innerhalb der zwischeninstitutionellen Gruppe über Agenturen geführt wird, an der das Parlament teilnimmt.

Ich komme zum Ende. Ich habe bereits viel Ihrer Zeit in Anspruch genommen, aber die Arbeit des Parlaments ist so wichtig, dass ich gern eine detaillierte Antwort geben möchte. Einige haben die Vorschläge zu Dublin und den Aufnahmebedingungen als zu großzügig kritisiert. Einige sagen: „Ja, aber dieses Europa des Asyls wird ein Leuchtsignal für unbegründete Asylanfragen sein.“ Andere haben sich natürlich auf das Prinzip der Subsidiarität berufen. Offen gesagt, ich teile diese Kritik nicht. Nur die echte Harmonisierung der europäischen Asylbestimmungen entlang klarer Normen, die die Gerechtigkeit und Wirksamkeit fördern, wird Europa in die Lage versetzen, seinen Wunsch in die Praxis umzusetzen, diejenigen zu schützen, die diesen Schutz auch wirklich benötigen, während Missbrauch vermieden wird, der durch mehrdeutige, ungleich angewandte Normen gefördert wird. Die Erfahrung zeigt uns, dass in den Fällen, in denen Mitgliedstaaten Asylanträge

auf objektive und professionelle Weise bearbeitet haben, keine Leuchtsignalwirkung erzeugt wurde, ganz im Gegenteil. Ich glaube, dass es keine Inkompatibilität gibt zwischen dem Kampf gegen den Missbrauch der Verfahren und dem Erhöhen der Schutznormen.

Zum Abschluss möchte ich dem Parlament danken für seine Tätigkeit als Mitgesetzgeber bei der heiklen Asylfrage. Ich sage dies sehr einfach aber ehrlich, sogar vor dem Präsidenten. Wir brauchen das Europa-Parlament wirklich, um Akzeptanz für diese Asylpolitik zu erhalten. Dies ist eine Politik, die im Einklang steht mit unseren europäischen Werten, die manchmal tatsächlich Ängste und Kritik hervorrufen können, selbst wenn dies alles Teil des humanitären Geists und der humanitären Tradition unseres Kontinents ist.

Deshalb bin ich, Herr Präsident, allen Mitgliedern und speziell den fünf Berichterstattern für ihre hervorragende Arbeit äußerst dankbar.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, diese neue Arbeitsphase, die zur Errichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems führen soll, wird erhebliche Anstrengungen auf Seiten des Parlaments und des Rates erfordern.

Der Rat unterstützt voll und ganz das Bedürfnis, eine stärkere Harmonisierung auf dem Gebiet des Asyls zu erreichen. Der Europäische Rat hieß den Fortschritt willkommen, der bis dato auf dem Gebiet des Asyls erzielt wurde, als er den europäischen Vertrag über Immigration und Asyl annahm, aber er anerkannte auch, dass wichtige Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen blieben, was die Gewährung von Schutz angeht und die Form, in der dieser Schutz gewährt wird.

Während er wiederholte, dass die Gewährung von Schutz und des Flüchtlingsstatus' in der Verantwortung jedes Mitgliedstaates liegt, hat der Europäische Rat auch angezeigt, dass die Zeit zur Ergreifung neuer Initiativen zur Fertigstellung der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems gekommen ist, das im Haager Programm vorgesehen ist, um auf diese Weise einen höheren Schutzgrad zu bieten, wie dies von der Kommission in ihrem Vorgehensplan zum Asyl vorgeschlagen wird.

Der Rat heißt deshalb die vier wichtigen Legislativvorschläge willkommen, welche die Kommission zwischen Dezember und Februar 2009 zu diesem Zweck vorlegte und welche den Kernpunkt unserer heutigen Debatte darstellen.

Diese Vorschläge handeln von den Aufnahmebedingungen für Bewerber für den internationalen Schutz, die so genannte Dublin-Verordnung, und Eurodac, die alle im Dezember letzten Jahres vorgelegt wurden sowie dem Vorschlag zur Errichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, der dieses Jahr im Februar vorgelegt wurde.

Diese Vorschläge sind in der kurzen Zeit, seit sie vorgelegt worden sind, bereits Thema intensiver Diskussionen im Rahmen der Ratsversammlungen gewesen. Das Wesen der Vorschläge und die Komplexität der Probleme, mit denen sie sich beschäftigen, bedeutet, dass die Prüfung noch nicht auf allen Ebenen des Rates abgeschlossen ist.

Deshalb kann ich, was den Rat betrifft, keine feste Position angeben in Bezug auf die Zusätze, welche das Parlament in den Entwurfsberichten vorschlägt. Ich kann sagen, dass der Rat sich alle Elemente des Parlamentsberichts genau ansehen wird, mit der Absicht, Fortschritte bei diesen wichtigen Maßnahmen im kürzest möglichen Zeitrahmen zu erzielen.

Insbesondere will ich hoffen, dass wir frühzeitig Fortschritte bei zwei Vorschlägen machen, deren Gültigkeitsbereich beschränkter ist. Dies sind die Vorschläge, die sich auf die Errichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen und den Zusatz der Eurodac-Verordnung beziehen. Diese sind folglich auch die Vorschläge, bei denen die Diskussion innerhalb der Ratsgremien am weitesten gediehen ist, und bei denen es bereits möglich ist zu sagen, dass es einen beträchtlichen Grad an Zustimmung zwischen den Ansichten des Rates und denen des Parlaments gibt.

Die Errichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen wird den Austausch an Informationen, Analysen und Erfahrungen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern und helfen, die praktische Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen, die für die Untersuchung der Asylanträge verantwortlich sind, weiter zu entwickeln. Es wird auch das gemeinsame Wissen der Herkunftsländer nutzen, um dabei behilflich zu sein, nationale Praktiken, Verfahren und folglich Entscheidungen miteinander in Einklang zu bringen. Sowohl der Rat als auch das Parlament sind für die Einrichtung eines solchen Büros. Der Präsident glaubt, dass der Vorschlag Gegenstand einer frühen Vereinbarung zwischen dem Parlament und dem Rat

auf einer für beide Institutionen akzeptablen Basis sein kann und sollte. Wie die ehrenwerten Mitglieder wissen, wird dieser Vorschlag begleitet von einem Vorschlag zur Änderung des Europäischen Flüchtlingsfonds. Da sein Zweck die Sicherstellung der Finanzierung des Unterstützungsbüros ist, sollten beide Instrumente gleichzeitig angenommen werden.

Der Rat hofft auch, dass eine frühe Vereinbarung bezüglich der Eurodac-Verordnung möglich sein könnte, da nur ein paar technische Verbesserungen von der Kommission vorgeschlagen werden, und diese sollten zum besseren Funktionieren des Systems beitragen.

Die bis jetzt im Rahmen des Rates stattgefundenen Diskussionen bezüglich der anderen beiden Vorschläge - die Zusätze zur Aufnahmebedingungen-Richtlinie und die so genannte Dublin-Verordnung - zeigen an, dass die durch diese Vorschläge aufgeworfenen Fragen unzweifelhaft komplexer und schwieriger sind.

Die Kommissionsvorschläge in Bezug auf die Aufnahmebedingungen-Richtlinie sind, wie die ehrenwerten Mitglieder wissen, dafür gedacht, die bestehende Richtlinie mit der Absicht zu ergänzen, die durch die Kommission in den letzten Jahren identifizierten Mängel zu beheben. Die Kommission denkt, dass der Ermessensspielraum, der den Mitgliedstaaten durch die geltende Richtlinie gewährt wird, zu groß ist, und dass dieser Umstand das Ziel der Sicherstellung entsprechender Empfangsbedingungen für Asylbewerber in allen Mitgliedstaaten unterminiert hat. Aus diesem Grund hat die Kommission eine Anzahl an Zusätzen vorgeschlagen, die sich um Dinge drehen wie etwa den Zugang zu Beschäftigung durch Asylbewerber, verbesserte materielle Aufnahmebedingungen, verbesserte Bedürfnisbefriedigung gefährdeter Personen und Rückgriff auf Haft.

Die Dublin-Verordnung, das heißt die Verordnung, welche die Kriterien und Methoden festlegt zur Bestimmung, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags verantwortlich ist, ist gedacht zur Verhinderung des Missbrauchs von Asylverfahren in Form von mehrfachen Anträgen, die von der gleichen Person in verschiedenen Mitgliedstaaten eingereicht werden. Die Kommission schlägt jetzt eine Anzahl an Zusätzen vor, die abzielen auf die Effektivitätserhöhung des aktuellen Systems und ebenso bessere Schutznormen für Asylbewerber sicherstellen sollen. Der Vorschlag enthält ebenfalls eine Methode zur Aufschiebung von Verbringungen in Fällen, in denen ein Mitgliedstaat besonderen Druck auf sein Asylsystem erfährt, welches nicht gestattet, Asylbewerbern entsprechende Schutznormen und Empfangsbedingungen zu bieten.

Die detaillierte Prüfung der Kommissionsvorschläge über die Aufnahme und Dublin ist im Rat gerade im Gange. Der Rat muss seine Position bei einer Anzahl an Fragen, die in den beiden Vorschlägen behandelt werden, noch definieren, und eine Diskussion über gewisse Schlüsselfragen befindet sich noch im Gange. Zu diesen gehören die Frage des Beschäftigungszugangs und der Haft im Kontext der Aufnahmebedingungen-Richtlinie und wie man am besten auf die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten antwortet, die sich mit einem besonderen Druck im Zusammenhang mit der Dublin-Verordnung konfrontiert sehen. Es ist dem Präsidenten bereits klar, dass mehr Arbeit auf Ratsebene nötig sein wird, um die nötige Zustimmung zu diesen Vorschlägen unter den Mitgliedstaaten zu erhalten, welche es diesem ermöglichen würde, in Diskussionen mit dem Parlament zu treten mit dem Ziel, eine Vereinbarung zwischen den beiden Institutionen zu erreichen. Das bleibt natürlich unser Ziel und das Parlament kann sicher sein, dass der Rat die Ansichten des Parlaments, die durch in den relevanten Entwurfsberichten vorgeschlagene Zusätze dargestellt werden, vollständig berücksichtigt werden.

Sowohl der Rat als auch das Parlament stehen hinter der Errichtung eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das ein hohes Maß an Schutz bietet und effektiv funktioniert. Deshalb stehen wir vor einer wichtigen Herausforderung bei der Suche nach den richtigen Lösungen, die uns in die Lage versetzen werden, dieses Ziel zu erreichen. Ich bin zuversichtlich, dass der Wille sowohl auf Seiten des Rates als auch des Parlaments da ist, um dies zu ermöglichen, und vor diesem Hintergrund wird der Rat jetzt eine detaillierte Untersuchung der Parlamentsvorschläge bei allen vier dieser Instrumente durchführen.

Simon Busuttil, *Ersteller des Gutachtens des Etatausschusses*. – (MT) Wie meine Kollegin Jeanine Hennis-Plasschaert richtig sagte, und an dieser Stelle möchte ich hier hierzu gratulieren, ist dieses Paket aufgebaut auf dem Prinzip der Solidarität. Solidarität muss für diejenigen da sein, die Schutz verdienen, aber ebenso erstmals Solidarität mit den Ländern, die eine unverhältnismäßig große Last tragen. Diese Solidarität wird gerade eingeführt nach der Zustimmung zu dem Vorschlag der Kommission, die Dublin-Verordnung im Falle von Ländern, die eine unverhältnismäßig große Last tragen, auszusetzen. Die gleiche Solidarität ist auch zu finden in dem Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Einführung einer lastenteilenden Methode, die nicht mehr freiwillig sondern überall rechtlich bindend ist.

Unsere Anstrengungen für die Solidarität werden jedoch durch das, was gerade draußen in der Welt vor sich geht, unterlaufen, und die Leute können nicht verstehen, wie wir hier über Solidarität reden können, während draußen in der Welt jeder versucht, seine Verantwortlichkeit auf einen anderen abzuwälzen. Genau im jetzigen Augenblick, während wir all dies in dieser Kammer diskutieren, findet etwas Schwerwiegendes zwischen Malta und Italien statt, und dieses Vorkommnis ist das dritte dieser Art innerhalb von ein paar Tagen.

Zwei Boote, die Richtung Lampedusa fahren und 130 Immigranten befördern, sind gerade vor Lampedusa, Italien jedoch weigert sich, hinauszufahren und sie zu retten. Gemäß Internationalem Recht müssen diese Personen zum nächstliegenden Hafen eskortiert werden, und wie Vizepräsident Barrot zum Zeitpunkt des ersten Vorkommnisses sagte, ist der nächstliegende Hafen in diesem Fall der von Lampedusa. Herr Präsident, das Verhalten Italiens oder, besser gesagt, das des italienischen Ministers Maroni, ist illegal nach internationalem Recht, übervorteilt Malta und ist inhuman, was all die betroffenen Immigranten angeht. Dieses Verhalten ehrt in keiner Weise Italien, und diese Situation, Herr Präsident, ist auch deshalb schlimm, weil sie eine gefährliche Botschaft aussendet, die lautet, dass man keine Immigranten retten sollte, weil man in diesem Fall die Last der Aufnahme auf den eigenen Schultern zu tragen hat. Dies ist eine äußerst gefährliche Botschaft.

Deshalb wende ich mich jetzt dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Barrot, zu und bitte ihn, ohne Verzögerung hier einzugreifen und diese Situation zu entschärfen. Ich möchte ihn auch bitten, darauf zu bestehen, dass Italien seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt, und ich bitte ihn ebenfalls, allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union klar zu machen, dass es sich hier nicht einfach um ein Problem zwischen Malta und Italien handelt, sondern dass es hier um die Verantwortung jedes Einzelnen geht und die Verantwortung folglich von allen getragen werden sollte. Herr Präsident, wenn wir hier keine Solidarität in der Praxis zeigen, dann werden wir das Vertrauen, das zwischen uns liegt, aushöhlen und wir werden auch das Vertrauen aller europäischen Bürger verlieren. Wenn wir wirklich an Solidarität glauben, dann können wir nicht erlauben, dass nationaler Egoismus die Oberhand gewinnt. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Vielen Dank.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, im Namen der Fraktion PPE-DE. – (Spanien) Herr Präsident, ich möchte der Berichterstatterin, Frau Hennis-Plasschaert, zu ihrer Bereitschaft gratulieren, in den Dialog und Verhandlungen über diesen Bericht zu treten.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Asyl eine moralische Pflicht für die wohlhabenderen Länder ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass trotz der ernststen wirtschaftlichen Umstände, die wir gerade erfahren, Solidarität ein bedeutendes Element ist, das unsere Asyl- und Immigrationspolitik bestimmen muss. Solidarität mit denen, die aus gutem Grund um unseren Schutz bitten, und Solidarität mit denen unserer Gemeinschaftspartner, die aufgrund geographischer Umstände und ihrer Größe mit dem größten Migrationsdruck zu kämpfen haben.

In diesem Bereich ist das „Asylpaket“ ein Instrument, das sowohl notwendig als auch äußerst wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der immigrationspolitischen Vorgehensweisen in der Europäischen Union. Ich würde jedoch gern darauf hinweisen, dass Maßnahmen, die so wichtig sind wie diese, mit der wir es heute zu tun haben, mehr Bedenk- und Abwägungszeit bedürfen. Der enge Manövrierspielraum, den wir als Ergebnis der uns auferlegten Fristen hatten, ist absolut nicht ausreichend.

Der Vorschlag enthält verschiedene Aspekte, die sicherlich in nächster Zukunft überprüft werden müssen. Ich beziehe mich hier auf die Lage der Asylbewerber, die Fälle, in denen sie möglicherweise inhaftiert werden, den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Begriffen „Verwahrung“ und „Haft“, den Einrichtungen, in denen sie möglicherweise inhaftiert werden, die Formulierung der Ausnahmen bei der Überführung, die Existenz von Ausnahmen zum allgemeinen Prinzip, wobei festgelegt wird, welches Land verantwortlich ist für die Berücksichtigung des Antrags, die spezifischen Einzelheiten, wer Teil der „Kernfamilie“ ist, und die Hilfestellung, die Mitgliedstaaten zuteil werden sollte, die mit einer größeren Last an Anträgen zu kämpfen haben.

Trotz dieser Fragen und angesichts der Geschwindigkeit, mit der wir gearbeitet haben, können wir sagen, dass im Allgemeinen ein ausgeglichener Bericht angenommen worden ist. Es handelt sich um ein ausgeglichenes Paket, das die Mehrheit der Sorgen meiner politischen Gruppe wiedergibt, insbesondere jene, die die Rechte der Menschen, die um internationalen Schutz bitten, garantieren und jene, die zur Unterstützung derjenigen Mitgliedstaaten, die mit einer größeren Anzahl an internationalen Anträgen zu kämpfen haben, konzipiert sind.

Ich würde gern mit der Erinnerung daran abschließen, dass das Recht auf wirksamen Rechtsschutz ein Grundrecht ist, verankert in den Verfassungen und insbesondere in Paragraph 47 der Grundrechtecharta der Europäischen Union. Die Judikative sollte deshalb der höchste Garant der individuellen Rechte der Menschen sein, die internationalen Schutz suchen. Um dies zu erreichen, wird es nötig sein, dass Bewerber, die ihn möglicherweise benötigen, Rechtsbeistand zuteil wird.

Herr Präsident, ich will nun zum Ende kommen, indem ich Sie dringend um die Errichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen bitte und um die Hilfe, die durch den Europäischen Flüchtlingsfonds geleistet werden kann.

Roselyne Lefrançois, im Namen der Fraktion der PSE. – (Frankreich) Herr Präsident, als Schattenberichterstatter bei der Umgestaltung der Dublin-Verordnung möchte ich der Europäischen Kommission für die Qualität des uns vorgeschlagenen Textes danken. In der Tat wird das Dublin-System erheblich verbessert, insbesondere in Bezug auf die Achtung der Grundrechte jener, die internationalen Schutz suchen.

Zu den Höhepunkten dieser Fortschritte gehört die Stärkung des Grundsatzes der Einheit der Familie; die zusätzliche Aufmerksamkeit, die Minderjährigen zuteil wird und das Konzept der besten Interessen des Kindes. die Garantie der besseren Information und der Berufungsmittel für diejenigen, die internationalen Schutz suchen; die strenge Begrenzung der Haftanwendung. und die Option, Verbringungen an Mitgliedstaaten, deren Aufnahmemöglichkeiten unter besonderem Druck stehen, oder die kein entsprechendes Schutzniveau bieten, vorübergehend aufzuschieben.

Als der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres abstimmte, gelang es uns, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) und der Europäischen Demokraten abzublocken, die einige dieser Bestimmungen loswerden wollte, einschließlich der, die die Haft für Asylbewerber regelt. Es handelt sich hier tatsächlich um eine wesentliche Garantie für uns, da die Personen, die internationalen Schutz suchen, keine Kriminellen sind und es deshalb keinen Grund gibt, sie einzusperren.

Einige der Punkte in dem Bericht bleiben jedoch problematisch, nicht zuletzt die Frage, welche Sprache verwendet werden sollte, um dem Bewerber Informationen mitzuteilen. Unserer Ansicht nach muss es sich dabei um eine Sprache handeln, die Letzterer verstehen wird und keine, die er oder sie angeblich versteht. Ich möchte noch beifügen, dass in den Fällen, in denen eine Person inhaftiert ist, dies etwas ist, für das die Europäische Menschenrechtskonvention sorgt.

Wir hätten auch gern, dass Anträge von Minderjährigen, von denen sich kein Elternteil auf dem Gebiet der Europäischen Union befindet, von dem Mitgliedstaat untersucht werden, bei welchem der letzte Antrag eingereicht worden ist um zu vermeiden, dass Minderjährige von einem Staat in einen anderen überführt werden. Dies war im Ausgangstext der Kommission vorgesehen, aber die Fraktion der Europäischen Volkspartei opponierte gegen diesen Vorschlag mit Unterstützung des Berichterstatters.

Schließlich scheint es meiner Ansicht nach wesentlich, da die Dublin-Verordnung nicht abzielt auf die Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Untersuchung von Anträgen auf internationalen Schutz, dass andere Instrumente geschaffen werden, um so, wie Sie, Kommissar Barrot, sagten, die Solidarität mit den Mitgliedstaaten, die sich an den äußeren Grenzen der Union befinden, zu stärken.

Jeanine Hennis-Plasschaert, im Namen der Fraktion der ALDE. – (Die Niederlande) Wie ich bereits in meiner ersten Rede vor dem Haus gesagt habe, gibt es immer noch enorme Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, und die gewünschte Harmonisierung ist in dieser Hinsicht tatsächlich ein Misserfolg gewesen. Wir können dies nicht länger leugnen. Die Richtlinien sorgen für eine Anzahl an Verfahrensnormen und nicht für ein standardisiertes Verfahren. Aufgrund der vielen Unterschiede, die wir jetzt versuchen, miteinander in Einklang zu bringen, stimmt die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa ziemlich deutlich für eine pragmatische Vorgehensweise.

Soweit wir betroffen sind, ist die weitere Annäherung der Gesetze der Mitgliedstaaten, natürlich einschließlich der Leitlinien für eine korrekte Durchsetzung, der einzige Weg nach vorn, aber, nochmals, dies muss mit den notwendigen Realitätsprüfungen und einer pragmatischen Überzeugung gekoppelt sein.

Wir halten die Errichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen und das Durchführen der vorgeschlagenen Umgestaltung der Richtlinie für die Aufnahmebedingungen und die EURODAC-Verordnung für wesentlich in diesem Kontext. Es ist deshalb schade, und ich wende mich hierfür an die Kommission, dass wir noch immer auf die Veröffentlichung sowohl der Umgestaltung als auch der Anerkennungs-Richtlinie

warten müssen. Ihre Veröffentlichung ist für den 24. Juni geplant. Vom Standpunkt eines größeren Zusammenhalts und besserer Gesetzgebung aus gesehen wäre es jedoch logischer gewesen, wenn diese beiden Vorschläge dem aktuellen Asylpaket beigelegt worden wären.

Ich akzeptiere, dass es der Rat ist, der das letzte Wort in dieser Angelegenheit haben wird. Gestatten Sie mir jedoch, die Tatsache nochmals zu betonen, dass ein größerer Zusammenhalt, bessere Qualität und größere Konsistenz und Solidarität wichtig sind für alle Mitgliedstaaten. Ich werde unsere Besuche an die äußeren Grenzen Europas und insbesondere an die wohl bekannten Krisenherde nicht so schnell vergessen. In dieser Hinsicht steht die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union seit einiger Zeit auf dem Spiel. Darf ich Sie deshalb auffordern, Ihre Versprechen zu halten!

Mario Borghesio, *im Namen der UEN*. – (Italien) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vor kurzem hörte ich einige sehr ernste und sogar verleumderische Aussagen, die ein maltesischer Kollege gegen die italienische Regierung und Minister Maloni im Besonderen machte.

Das, was gerade in Malta gespielt wird, ist tatsächlich nicht ganz klar, und ich werde mich sofort erklären. Ich möchte es nicht dreckiges Spiel nennen, einfach aus Respekt, der einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gegenüber zu zollen ist, aber unser Kollege hätte ehrlich sagen müssen, dass Malta immer darauf aus war, seine exzessive Ausdehnung der territorialen Gewässer beizubehalten, die sich bis zur Insel Lampedusa ausdehnen. Die italienische Regierung hat Malta bei vielen Gelegenheiten darum gebeten, seine Ausdehnung der territorialen Gewässer einzuschränken. Malta zieht es vor, es so zu halten, wie es ist, damit es seine Forderung nach Beiträgen von der Europäischen Union ebenso hoch halten kann.

Deshalb sollte die ganze Wahrheit gesagt werden. Die Wahrheit über die Fähigkeit und Bereitschaft Italiens, die Rechte der Immigranten, die an diesem illegalen Handel teilnehmen und Opfer davon sind, willkommen zu heißen, zu schützen und sicherzustellen, ist so schreiend offensichtlich und gut dokumentiert, dass es für mich nicht notwendig ist, sie hochzuhalten.

Um auf den springenden Punkt dieses Berichts zu kommen, möchte ich betonen, dass es unsere Pflicht ist – anstatt mit diesen Streitereien fortzufahren, die den Hahnenkämpfen in Manzoni's berühmtem Roman ähneln – es ist die Pflicht unserer Mitgliedstaaten, nicht den Lockrufen der Weltverbesserer, die vielleicht mit Scheinheiligkeit und sehr spezifischen politischen und wirtschaftlichen Interessen gespickt sind, nachzugeben, sondern uns selbst sehr zu zwingen, das geheiligte Prinzip des Asyls anzuwenden und dabei keinen Deut jenen nachzugeben, die es für unsaubere Zwecke benutzen möchten, die nicht im Einklang stehen mit den edlen Prinzipien, die es inspirieren, und seine Ausbeutung zu verhindern, die exakt solche kriminellen Organisationen begünstigt, die den Handel mit illegalen Immigranten organisieren und ausbeuten, auf den wir uns in der vorliegenden Situation beziehen.

Ich wiederhole: Es ist unsere Pflicht, nichts vorzugeben, keine Argumente auszusuchen, die ausgenutzt werden können, sondern eine gemeinsame Vorgehensweise zu finden, so weit zu gehen, um zu kämpfen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das Recht auf Asyl hochgehalten wird und nicht zum Recht der Ausbeuter und organisierten Verbrechersyndikate wird, die edle und gute Gesetze benutzen, um ihr abscheuliches Ziel der Ausbeutung der Menschen aus Entwicklungsländern zu erreichen.

Jean Lambert, *im Namen der Fraktion der Verts/ALE*. – Herr Präsident, auch ich bin im Schatten bei diesem Paket und ich würde gern das aufnehmen, was Herr Díaz de Mera García Consuegra über die moralische Pflicht hier gesagt hat. Außerdem, wenn wir über die rigorose Anwendung reden, wie dies von einigen Mitgliedern erwähnt wurde, dann sind einige unter uns mehr darum besorgt, dass die Anwendung der Regeln tatsächlich gerecht ist, und dass sie nicht dazu führt, dass schutzbedürftige Menschen diesen Schutz nicht erhalten. Einer der Punkte über dieses Paket ist der, wie wir es verbessern und sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten auf dem gleichen hohen Niveau tätig sind.

Was die Aufnahme der Asylbewerber-Umgestaltung angeht, so begrüßen wir in starkem Maße die ursprünglichen Vorschlag der Kommission und möchten gewisse Teile davon beibehalten, nicht zuletzt diejenigen, welche den Zugang zum Arbeitsmarkt und entsprechende Einkommensunterstützung betreffen, über die wir vorher abgestimmt haben. Ich bedauere sehr, dass mein eigenes Land, das Vereinigte Königreich, aussteigt aufgrund dieser beiden Vorschläge. Das ist eine wirkliche Schande im wahrsten Sinne des Wortes.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist natürlich auch von wesentlicher Bedeutung, nicht nur bei Notfällen, sondern ebenso bei der dauerhaften Gesundheitsversorgung, insbesondere für diejenigen, die beispielsweise gefoltert worden sind und aus diesem Grund Hilfe für ihr mentales Wohlergehen benötigen.

Auch was die Dublin-Umgestaltung angeht, so heißen wir den ursprünglichen Vorschlag willkommen, wir unterstützen die Aufschiebemethode und werden tatsächlich so stimmen, dass die breitest mögliche Definition der Familienzusammenführung beibehalten wird.

Giusto Catania, *im Namen der Konföderalen Fraktion der GUE/NGL. – (Italien)* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, recht emotional bewegt halte ich heute meine letzte Rede in dieser Parlamentsperiode, und ich möchte beginnen mit den Dingen, die in dieser Kammer gesagt worden sind, als Kommissar Barrot aufgefordert wurde, zu intervenieren und diese Angelegenheit beizulegen, bei der allzu oft Mitgliedstaaten involviert sind, die gern vorgeben, dass das Schicksal der Asylbewerber in der Verantwortung anderer liegt.

Erst vor einigen Minuten sahen wir, wie der Schwarze Peter zwischen Italien und Malta weitergegeben wurde, genauso wie wir vor wenigen Tagen etwas hörten über das Boot *Pinar*, welches zu lange auf See war, was zum Tod von Menschen führte, die wahrscheinlich hätten überleben können. Aus diesem Grund, glaube ich, reden wir über Asyl. Wir reden über dieses echte Bedürfnis, dieses Engagement, das Mitgliedstaaten bei der Aufnahmepolitik zeigen müssen.

Ich heiße die Vorschläge, die durch meine Kollegen, Herrn Masip Hidalgo und Frau Hennis-Plasschaert, über den Zusatz zur Aufnahme-Richtlinie und die Dublin-Verordnung vorgelegt wurden, in höchstem Maße willkommen. Beide Vorschläge bewegen sich in Richtung Verbesserung des Aufnahmesystems der Europäischen Union für Asylbewerber.

Ich glaube, dass wir eine Verpflichtung haben, die Gleichwertigkeit der Europäer und Asylbewerber zu betonen, weil das Asyl nicht etwas ist, das Mitgliedstaaten den Menschen gewähren, die vor Kriegen fliehen, Asyl ist eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten, und es ist das Recht dieser Menschen, in unseren Ländern zu bleiben mit all den Rechten, die die europäischen Bürger genießen. Deshalb glaube ich, dass dies ein Orientierungspunkt für die Zivilisation unserer politischen Initiative und unserer Gesetzgebungsfähigkeit ist.

Aus diesem Grund stimme ich den Zusätzen zu dieser Richtlinie und dieser Regelung zu, ich glaube, dass wir das Asylrecht allen jenen garantieren müssen, die darum bitten, weil die Zukunft der Europäischen Union von unserer Aufnahmequalität abhängt. Ich glaube, dass dies ein Punkt sein sollte, der die bloße Idee dessen definiert, was wir für die Europäische Union halten.

Johannes Blokland, *im Namen der Fraktion IND/DEM. – (Die Niederlande)* Herr Präsident, morgen, am letzten Tag, an dem sich diese Zusammensetzung des Hauses trifft, werden wir abstimmen über ein Paket an Vorschlägen zur Verbesserung unserer Asylpolitik. Nach fünf Jahren des Debattierens und des Besuchs von Asylantenheimen wird es höchste Zeit, dass wir endlich mit konkreten Maßnahmen aufwarten. Wenn man uns, nach all dem, noch länger auf die Durchführung warten lässt, wird die Schlussreaktion wirklich eher zu spät gekommen sein.

Wegen der Ereignisse der Jahre 2005 und 2006 mussten wir uns um die illegale Immigration kümmern, aber dabei ist der Asylbewerber im wahrsten Sinne des Wortes über Bord gefallen. Obwohl ich für die Errichtung einer Agentur für Zusammenarbeit bin, habe ich doch einige Bedenken hinsichtlich ihrer Form und Aufgabe. Wie bekommen wir eine verlässliche Liste sicherer Ursprungsländer? Welche Quellen werden wir benutzen, um eine solche Liste zu erstellen? Wie können wir den Informationsquellen, die aus den Ländern kommen, die nicht sicher sind, entsprechenden Schutz bieten? Können derartige Quellen öffentlich bekannt gegeben werden, und wie glaubwürdig wird eine solche Liste für einen unabhängigen Richter sein? Ich würde gern vom Rat hören, wie wir dieses Problem vermeiden könnten.

Warum haben wir die praktische Zusammenarbeit nicht an Frontex delegiert? Die Aufgabe dieser Agentur ist begrenzt, und sie wäre sehr wohl in der Lage, sich um diese Aufgabe zu kümmern, wenn wir ihre Finanzausstattung verbessern würden. Auf diese Weise wären wir auf jeden Fall auch fähig, adäquat auf die eigentlich zugrunde liegenden Tatsachen zu antworten, um die sich Frontex bereits kümmert. Basierend auf unserer Erfahrung mit den illegalen Grenzübertritten der Asylbewerber und Immigranten könnten wir dann die richtigen Vorkehrungen für die Aufnahme von Asylbewerbern treffen. Für mich scheint das eine sehr praktische Lösung zu sein.

Hubert Pirker (PPE-DE). - Herr Präsident, Herr Kommissar! Von den vorliegenden Entwürfen unterstütze ich sehr gerne den Verordnungsentwurf zum Unterstützungsbüro, den Flüchtlingsfonds und die Verordnung zu EURODAC.

Ich möchte mich aber mit der Richtlinie zur Aufnahme von Flüchtlingen und mit der Dublin-Verordnung kritisch auseinandersetzen – und da bin ich offensichtlich der Einzige bei der bisherigen Diskussion, der das macht!

Die Aufnahmerichtlinie ist ja dazu geschaffen, dass wir Flüchtlingen – wirklichen Flüchtlingen – möglichst rasch optimale Hilfe zuteil werden lassen. Mit den Änderungsvorschlägen, die hier vorliegen, scheint mir aber ein Weg eingeleitet zu werden, der eine Einladung ist, eine Einwanderung über einen Asylantrag zu versuchen, das heißt, letzten Endes eine Einladung zum Asylmissbrauch darstellt, wenn Sie das so interpretieren wollen.

Warum? Alle Asylwerber sollten rasch Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Ich vertrete folgende Ansicht: Es ist Sache der Mitgliedstaaten, diese Entscheidung zu treffen. Hier wird vorgeschlagen, dass der Personenkreis, der einen Asylantrag stellen darf, auf Personen ausgeweitet wird, die psychische Probleme haben – ja, ich kenne viele Leute, die psychische Probleme haben, aber nicht alle haben dann tatsächlich das Recht auf Asyl –, oder auf alle älteren Menschen usw. Es sind unbestimmte Rechtsbegriffe, die verwendet werden, und ich akzeptiere auch nicht, dass allen Asylbewerbern gleich wie den eigenen Staatsbürgern Sozialhilfe gewährt werden sollte, wo noch dazu etwa 95 Prozent dann in der Folge überhaupt kein Asyl bekommen. Das ist, glaube ich, der falsche Weg, der mit diesen Änderungsvorschlägen hier eingeschlagen wird. Ich werde daher mit der ÖVP-Delegation dagegen stimmen.

Bei der Dublin-Verordnung verhält es sich in einigen Punkten ähnlich, weil nämlich damit das Asylshopping gefördert wird. Wenn es nämlich mit dieser neuen Klausel, die hier als Ermessensklausel eingeführt wird, quasi ermöglicht wird, dass sich ein Asylbewerber das Land aussucht, in dem er seinen Asylantrag stellt – natürlich sofern das genehmigt wird – führt dies eben zu einem Asylshopping.

Zum anderen halte ich es für problematisch, die Überstellungen vorübergehend auszusetzen. Ich verstehe die Situation von Malta sehr, aber ich glaube, der Weg, dort Unterstützungsteams rasch zu Hilfe kommen zu lassen, hilft mehr, als diesen Weg zu gehen, der hier vorgeschlagen worden ist. Wir müssen schauen, dass wir Flüchtlingen rasch helfen, aber Asylmissbrauch in jeder Form vermeiden.

Claude Moraes (PSE). - Herr Präsident, wenn ich darf, dann möchte ich sofort einen anderen Blickwinkel vorstellen, der da lautet, dass das Asylpaket und die fünf Berichtersteller, die sich sehr darum gekümmert haben, die Unterstützung des gesamten Hauses verdienen.

Wir haben einen Schatten beim Eurodac und den Lambert-Vorschlägen, und ich denke, wir haben bei der Zusammenstellung des Pakets exzellent zusammengearbeitet. Beispielsweise bei der Eurodac-Frage - die heikle Frage des Asylbewerber-Fingerabdrucks - wir hatten Verbesserungen hinsichtlich der Art, wie Fingerabdrucksdaten genutzt werden und bei der Verbesserung der Rolle und der Klärung der Befugnisse des Europäischen Datenschutzbeauftragten.

Wir würden gern die Hauptbezüge zu mehr Paragraphen der Grundrechte-Charta und der Menschenwürde und Kinderrechte, und dem guten Beschluss zur Sprachen- und Asylbewerberfrage sehen, die schon sehr gut von Antonio Masip Hidalgo und Rosalyne Lefrançois aufgeworfen wurde.

Zum Lambert-Bericht, der ein Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen errichtet, glauben wir, dass dies ein bedeutender Schritt nach vorn zu einer Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten ist, die das gemeinsame Europäische Asylsystem Realität werden lässt. Die Sozialistische Fraktion unterstützt diesen Bericht, aber wir haben auch Zusätze vorgelegt. Wir möchten eine größere Transparenz und Rechenschaftspflicht sehen, da ich glaube, dass dies dem Berichtersteller auch vorschwebt. Wir möchten die entsprechende Beteiligung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der Nichtregierungsorganisationen, und ich habe Zusätze hinzugefügt, durch die ein hohes Prüfungsniveau des Europäischen Parlaments in das System eingeführt wird.

Ich verstehe, was die Kommission über den schnellen Entschluss und die Errichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen sagt, aber die Rechenschaftspflicht und Transparenz und Qualität der Asylinformationen sind ebenfalls sehr wichtig. Um gut zu arbeiten, muss das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen die nützlichste, transparenteste und objektivste Information regelmäßig prüfen. Mit diesen Sicherheitsklauseln werden wir eine starke Ergänzung zu einem gerechten und ausgeglichenen gemeinsamen Europäischen Asylsystem haben.

Bogusław Rogalski (UEN). – (Polen) Herr Präsident, die Grundrechtecharta der Europäischen Union, die Europäische Übereinkunft zum Schutz der Menschenrechte und die Entscheidungen des Ständigen

Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte enthalten erschöpfende Informationen über Asylrechte. Es ist ein Grundrecht, wenn es zu einer Verfolgung im Geburtsland einer Person aus Gründen der Rasse, Religion, des ethnischen Ursprungs, der politischen Meinung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten politischen Gruppierung kommt und dies ist ziemlich häufig der Fall in der heutigen Welt. Menschen dieses Recht zu verleihen, sollte auch bedeuten, ihnen das Recht zu geben, ihr Leben zu entwickeln. Dies muss eine grundsätzliche Bedingung sein.

Um dies zu erreichen, sollten wir Menschen, die um Asyl nachgesucht haben, den Zugang zum Arbeitsmarkt geben, weil dies der beste Weg ist, den Asylbewerbern die Möglichkeit zu geben, unabhängig zu sein. Dies verhindert auch die soziale Isolierung und hilft dem Asylbewerber, die Kultur des Gastlandes besser kennen zu lernen. Menschen, die sich um Asyl beworben haben, sollte der Zugang zu der größten Bandbreite an Verfahrensbeistand garantiert werden, und hierzu gehört das Recht auf qualitativ hochwertigen Rechtsbeistand, um es ihnen zu erleichtern, ihre Rechte verstehen zu können.

Adamos Adamou (GUE/NGL). - (Griechenland) Herr Präsident, das Eurodac-System wird benutzt zur Sammlung von Fingerabdrücken der Asylbewerber. Obwohl wir anerkennen, dass gerade ein Versuch unternommen wird, das vorherige funktionelle Rahmenwerk des Eurodac zu verbessern, haben wir noch immer Zweifel bei zwei Hauptproblemen: Erstens, der Achtung der Grundrechte der Menschen, die einer besseren Zukunft wegen nach Europa kommen, da es sich bei diesen Aufzeichnungen eigentlich um „Euro-Polizei-Aufzeichnungen“ handelt, mit denen wir uns kategorisch nicht einverstanden erklären. Zweitens, ob die gerade angenommenen Maßnahmen im Einklang stehen mit den Grundprinzipien der Union selbst, wie etwa dem Schutz persönlicher Daten, und ob die getroffenen Maßnahmen im Einklang stehen mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Wir sind nicht einverstanden mit der Fingerabdruckmethode bei Kindern im Alter von 14 Jahren.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen, mit denen wir nicht einverstanden sind, halten Asylbewerber davon ab, einen anderen Mitgliedstaat um eine zweite Chance zu bitten, wenn sie vom ersten zurückgewiesen werden, und dies zu einer Zeit, von der wir alle wissen, dass die Asylbewerbungsverfahren immer einen gewissen Grad an Subjektivität beinhalten, der sich als nachteilig für eine Person herausstellen kann, die bereits schikaniert worden ist.

Da dies meine letzte Rede vor diesem Haus ist, möchte ich mich bei Ihnen, meinen Kollegen, und dem Personal für ihre Zusammenarbeit bedanken.

Catherine Boursier (PSE). - (Frankreich) Herr Präsident, Herr Barrot, sehr geehrte Damen und Herren, auch ich freue mich, dass ich meine Meinung über eine solch bedeutende Debatte wie der des Asylpakets geben darf, speziell am vorletzten Tag der Parlamentsperiode.

Durch unsere verschiedenen Anstrengungen und trotz der Annahme der ersten Phase des Europäischen Asylsystems sind uns die anhaltenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten bewusst geworden, wenn es um die Anerkennung des Flüchtlingsstatus geht.

Uns muss auch klar sein, trotz der bedeutenden Fortschritte, die durch die Richtlinie in Bezug auf die Aufnahmebedingungen gemacht worden sind - wie dies insbesondere von meiner Kollegin, Frau Lefrançois, erwähnt worden ist, deren Ansichten ich vollkommen unterstütze - uns muss klar sein, dass die Mitgliedstaaten immer noch zu viel Manövrierspielraum in dieser Frage haben. Deshalb bestehe ich darauf, dass auf diesem Gebiet - vor allem auf diesem Gebiet - eine Möglichkeit gefunden wird, die europäische Solidarität anzuwenden.

Schließlich möchte ich, jetzt noch mehr als früher, darauf hinweisen, dass Asylbewerber und diejenigen, die internationalen Schutz benötigen, verletzlich sind und ihnen daher besondere Aufmerksamkeit zuteil werden muss. Dies bedeutet insbesondere, dass sie nicht inhaftiert werden sollten.

Die Debatte über die Rückführungs-Richtlinie ist hiermit beendet; Wir haben alle übereingestimmt. Es besteht kein Bedarf, diese Debatte erneut zu eröffnen, wenn wir über das Asyl diskutieren.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. - (Frankreich) Herr Präsident, ich möchte allen Rednern und insbesondere den Berichterstattern noch einmal danken. Ich möchte lediglich ein oder zwei Bemerkungen anbringen, die erste geht die Sprachenfrage an und ist insbesondere an Frau Lefrançois gerichtet. Ich muss sagen, dass die Kommission dachte, dass der Vorschlag, dem zufolge die Asylbewerber in einer für sie wahrscheinlich verständlichen Sprache informiert werden müssen, ausgewogen sei. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, den Asylbewerbern entsprechende Informationen zu geben, während es ermöglicht wird, potenzielle Missbrauchsfälle auf Seiten der Asylbewerber zu bekämpfen.

Ich würde jetzt gern dem Parlament danken. Sie werden mir jedoch erlauben, meine Verwunderung insbesondere über die Rede von Herrn Pirker zum Ausdruck zu bringen. Herr Pirker, ich kann es Ihnen nicht gestatten, den Vorschlag der Kommission zu verdrehen. Wenn ich Sie sagen höre, dass die Dublin-Überarbeitung zu einem „Einkaufs-„Forum führen könnte, so kann ich dies nicht gestatten, dies ist nicht möglich und nicht wahr. Der Vorschlag der Kommission ändert die Prinzipien nicht, auf denen das Dublin-System basiert. Asylbewerber werden nicht in der Lage sein, den Asylstaat auszuwählen, obwohl es stimmt, dass der verantwortliche Staat auf der Grundlage von objektiven Kriterien bestimmt wird, aber hierbei fließen humanere Überlegungen ein, insbesondere die Familienzusammenführung.

Ich kann, als ein Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten nicht glauben, dass Sie nicht an das Problem der Familienzusammenführung denken. Ich kann es nicht erlauben, dass Sie diesen Vorschlag verdrehen. Auch für die Kommission handelt es sich darum, klare Garantien aufzustellen, damit ein Missbrauch des Systems vermieden wird. Wir haben unter anderem eine Methode eingeführt, um gefährdete Personen zu identifizieren. Natürlich müssen die Mitgliedstaaten die gerechte und ausgewogene Durchführung der Prinzipien, die wir vorgeschlagen haben, sicherstellen.

Ich will Herrn Blokland auch sagen, dass es wichtig ist, den Auftrag von Frontex nicht mit dem des Unterstützungsbüros zu verwechseln. Es gibt hier eine unterschiedliche Aufgabenstellung, wobei unterschiedliche Fähigkeiten benötigt werden, wenn wir wirklich möchten, dass Asylanträge in Europa mit der nötigen Strenge und Humanität bearbeitet werden.

Ich kann nicht glauben, dass das Europäische Parlament unfähig ist, eine breite Übereinstimmung auf der Grundlage der durch die Berichterstatter geleisteten Arbeit zu finden. Natürlich gehören Sie verschiedenen politischen Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen und philosophischen Ausrichtungen an, aber lassen Sie uns nicht vergessen, dass dieses Europa, das Zeuge von Verfolgung und manchmal großen Risiken wurde, die das Leben der Verfolgten in Gefahr brachten, kein Vorbild auf diesem Gebiet ist. Hier handelt es sich nicht um idealistisches Predigen. es handelt sich darum, dass wir unseren Werten treu bleiben. Darauf bestehe ich. Ich persönlich benötige sehr breite Unterstützung vom Europäischen Parlament.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, in meinen letzten Bemerkungen möchte ich betonen, dass der Rat den Wunsch des Parlaments willkommen heißt, zu einem frühen Zeitpunkt Fortschritte bei diesen wichtigen Akten zu machen und der Anerkennung ihrer Bedeutung für ein richtiges Funktionieren des gemeinsamen Europäischen Asylsystems.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Rat bei seiner Arbeit, die sich im Rahmen der relevanten Ratsgremien fortsetzen wird, die Position, die das Parlament bei diesen Vorschlägen eingenommen hat, sorgfältig bedenken wird. Der Rat wird insbesondere die Zusätze des Parlaments detailliert untersuchen in Hinsicht auf die Feststellung, ob eine Übereinkunft über die Vorschläge, bei denen die Arbeit schon sehr weit gediehen ist, möglich ist.

Lassen Sie mich auch einen Kommentar abgeben über das Solidaritätsprinzip. Ein paar ehrenwerte Mitglieder haben zu Recht darauf hingewiesen, dass einige Mitgliedstaaten aufgrund ihrer geographischen und demographischen Situation tatsächlich einen besonderen Druck auf ihre Asylsysteme spüren.

In diesem Licht hat der Europäische Rat das Solidaritätsprinzip im Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl, der im Herbst 2008 angenommen wurde, betont. Der Pakt fordert deutlich Solidarität auf einer freiwilligen und koordinierten Grundlage für eine bessere Neuverteilung von Empfängern internationalen Schutzes ebenso wie genehmigte Gesetzgebung, wie etwa der Teil des Programms „Solidarität und Steuerung der Migrantenströme“ und sieht die Finanzierung von Aktivitäten vor, an denen die Mitgliedstaaten teilnehmen können, wiederum auf freiwilliger Grundlage.

Es sollte angemerkt werden, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen bei innergemeinschaftlichen Verbringungen hilfreich sein kann durch Erleichterung des Informationsaustausches bei derartigen Verbringungen. Außerdem kann das Büro helfen durch den koordinierten Einsatz von Beamten aus anderen Mitgliedstaaten in Mitgliedstaaten, die unter besonderem Druck stehen. Diese Verordnung kann jedoch nicht als eine Rechtsgrundlage für die Schaffung einer innergemeinschaftlichen Verbringungsmethode dienen.

Lassen Sie mich am Ende meiner Bemerkungen noch sagen, dass weitere Arbeit in diesem Bereich noch vor uns liegt, da die Kommission bereits angekündigt hat, weitere Legislativvorschläge zum Zweck der Fertigstellung des Europäischen Asylsystems vorzulegen. Diese Vorschläge werden Asylverfahren und die Qualifikationsnormen und den Status für die Qualifikation von Bewerbern als Flüchtlinge ebenso betreffen

wie die Erstellung von Umsiedlungsplänen für Personen unter dem Schutz des UN-Flüchtlingskommissariats. Wir müssen so schnell wie möglich Fortschritte erzielen, während sichergestellt wird, dass Geschwindigkeit nicht auf Kosten der Qualität geht. Dies ist ein Punkt, bei dem ich zuversichtlich bin, dass wir alle übereinstimmen.

Antonio Masip Hidalgo, Berichterstatter. – (Spanien) Kommissar Barrot, Sie haben meine Unterstützung; um was Sie das Haus bitten, das haben Sie schon zumindest vom Berichterstatter erhalten, und Sie erhalten es direkt von der ersten Zeile meines Berichts an. Ich würde auch gern sagen, dass Sie uns heute Nachmittag in Ihren beiden Reden eine Rechts-, Moral- und Geschichtslektion erteilt haben.

Einer der Redner bezog sich auf den wirksamen Rechtsschutz. Natürlich ist wirksamer Rechtsschutz ein Grundprinzip. Aus diesem Grund bitte ich darum, dass Asylbewerber in einer für sie verständlichen Sprache informiert werden müssen und nicht in irgendeiner Sprache. Findet dies nicht statt, dann wird es keinen wirksamen Rechtsschutz geben und bitte widersprechen Sie hier nicht, weil Sie sich gegen Grundprinzipien des Rechts richten würden, auf die Sie sich vorher noch berufen haben.

Nicolae Vlad Popa, Berichterstatter. – (Rumänien) Das Land, aus dem ich komme, Rumänien, wurde bis 1989 von einem totalitären kommunistischen Regime regiert, das man sogar als kriminell beschreiben könnte. Dieses Regime ging mit seinen Bürgern um, als würden sie sich in einem großen Gefängnis befinden. Nichtsdestotrotz riskierten Zehntausende ihr Leben, indem sie aus dem Land flüchteten und um politisches Asyl baten. Ich kenne eine große Zahl dieser Leute und ich weiß, wie wichtig internationaler Schutz ist, insbesondere der Schutz, den die Institution des politischen Asyls bietet.

Es ist für uns jedoch unerlässlich, in der Lage zu sein, echte Asylbewerber zu identifizieren, deren Anträge auf politisches Asyl tatsächlich vollauf gerechtfertigt sind. Durch die Verbesserung des Registrierungssystems können wir natürlich diese Fälle viel schneller lösen. Gleichzeitig würde ich jedoch gern ein anderes Problem diskutieren, das mit Netzwerken zu tun hat, genauer ausgedrückt mit den kriminellen Aktivitäten der Netzwerke, die Asylbewerber illegal einschleusen. Diese Netzwerke erhalten riesige Geldsummen aus dem Transport von Asylbewerbern in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ich glaube auch, dass der Kampf gegen diese kriminellen Aktivitäten eine vorrangige Sorge von uns sein muss, und eine Strategie, um sie zu bekämpfen, muss gefunden werden.

Jean Lambert, Berichterstatter. – Herr Präsident, ich begrüße die allgemeine Unterstützung, die wir heute Nachmittag für das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen gehört haben und möchte den Kolleginnen und Kollegen für ihre Zusammenarbeit und die Arbeit, die wir dafür geleistet haben, recht herzlich danken.

Wir hoffen, dass dieses Büro so bald wie möglich errichtet wird. Sein Ziel ist es natürlich, das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern, da sich die Leistung der Asylsysteme auf der Grundlage der praktischen Zusammenarbeit zwischen Experten, der Schulung und allem, was hier involviert ist, verbessert. Vielleicht werden wir, wenn das Vertrauen stärker ist, erleben, dass Mitgliedstaaten sich weniger Sorgen machen wegen der Tatsache, dass sie möglicherweise zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, um Verpflichtungen zu erfüllen.

Ich begrüße die Klarheit des Kommissars in Bezug auf die verschiedenen Aufträge des Unterstützungsbüros für Asylfragen und Frontex. Diese haben einen äußerst unterschiedlichen Charakter mit äußerst unterschiedlichen Zielen, obwohl die Zusammenarbeit und die Leistung bei ihnen natürlich wichtig sind. Einer der Aspekte, der angesprochen worden ist, ist derjenige der Information über Drittländer - die Ursprungsländer derjenigen, die internationalen Schutz suchen. Natürlich ist dies eines der Dinge, um das sich das Unterstützungsbüro für Asylfragen kümmern wird: wie man sich diese Informationen aus einer Vielzahl von Quellen in einem standardisierteren Format beschafft und vielleicht einem Format, bei dem die Menschen ein größeres Zutrauen haben, dass die Informationen nicht politisch benutzt werden.

Ich glaube, es ist für viele von uns so etwas wie ein großes Wunder, wie ein Land Menschen aus Tschetschenien als Flüchtlinge mit einer ziemlich hohen Aufnahmequote aufnimmt, während ein anderes benachbartes Land nicht eine einzige Person aus Tschetschenien aufnimmt. Viele von uns können dies absolut nicht glauben, wenn sie über die gleichen Informationen verfügen. Das Vertrauen in die Qualität der Informationen und die Weise, in der diese dann durch die Mitgliedstaaten benutzt werden können, ist ebenfalls ein äußerst wichtiger Teil der verbesserten Zusammenarbeit, die wir erleben werden. Wir freuen uns darauf zu erleben, wie dies entstehen wird.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (Frankreich) Herr Präsident, obwohl ich nicht in der Lage bin, eine vollständig zufrieden stellende Antwort zu geben, möchte ich nicht, dass die Fragen von Herrn Busutti,

den italienischen Mitgliedern, die gesprochen haben - Herr Borghezio, Herr Catania - und allen anderen unbeantwortet bleiben; Ich möchte jedoch sagen, dass das Problem, dem wir im Mittelmeer gegenüberstehen, eines ist, das nicht Malta und Italien allein angehen können. Die Europäer müssen sich wirklich der immer tragischeren und dramatischeren Situation bewusst werden, die hier beschrieben worden ist.

Ich persönlich bin in Lampedusa und auf Malta gewesen. Ich traf die beiden Minister in Brüssel, als sich der erste Vorfall ereignete. Wir waren Gott sei Dank in der Lage, eine Lösung zu finden. Ich werde jedoch die Frage wieder mit allen Innenministern bei der nächsten Besprechung des Rates Justiz und Inneres Anfang Juni aufwerfen.

Wir werden, so weit wie möglich, versuchen, Malta und Italien zu helfen, es stimmt aber, dass Europa und alle Mitgliedstaaten eine Situation in den Griff bekommen müssen, die nicht zwei Mitgliedstaaten allein überlassen werden kann.

Wir müssen uns deshalb mit dieser Sache befassen. Darum wurde so viel Vertrauen in diese Diskussion gesetzt, die jetzt stattgefunden hat und die das Bedürfnis nach stärkerer Solidarität unter den Europäern aufgezeigt hat.

Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung wird am Donnerstag, dem 07. Mai 2009, stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), schriftlich. – (Rumänien) Eurodac ist ein Schlüsselinstrument bei der Verwaltung der Daten der Bewerber für internationalen Schutz und Immigranten, die entweder inhaftiert worden sind für illegales Überschreiten der Grenze oder die sich weiterhin im Gastland aufhalten, obwohl ihre Aufenthaltsgenehmigung im Land des Mitgliedstaats abgelaufen ist.

Die Reform der Eurodac-Verordnung wird Schwierigkeiten lösen, die verbunden sind mit der Wirksamkeit ihrer Rechtsverordnungen, wie etwa Verzögerungen von einigen Mitgliedstaaten bei der Sendung von Fingerabdrücken an das zentrale Eurodac-System, Austausch von Daten bei anerkannten Flüchtlingen in einem bestimmten Mitgliedstaat und die ungenaue Bezeichnung der Behörden, die Zugang zur Eurodac-Datenbank haben.

Ich glaube, dass ein wirksamerer Gebrauch der Eurodac-Datenbank nur erreicht werden wird, wenn Eurodac die gleiche technische Plattform wie die SIS II und VIS verwendet. Das Biometrische Abgleichssystem muss das gleiche sein wie bei SIS, VIS und Eurodac, um seine Kompatibilität sicherzustellen und die Kosten niedrig zu halten.

Ich fordere die Kommission auf, die Legislativvorschläge einzureichen, die zur Errichtung einer Agentur notwendig sind, die verantwortlich ist für die Verwaltung dieser drei IT-Systeme, damit diese Hilfsprogramme an einem Ort zusammengebracht werden können, wodurch auf Dauer eine optimale Synergie zwischen diesen sichergestellt wird und eine Verdoppelung und Inkonsistenz vermieden werden.

Toomas Savi (ALDE), schriftlich. – Herr Präsident, ich begrüße die Idee der Errichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen sehr, da sich die Situation in Drittländern, speziell in Afrika und dem Mittleren Osten, stetig verschlechtert. Ich erhebe Widerspruch gegen Begriffe wie „Festung Europa“, die isoliert wären von den Problemen der Dritten Welt, viele von denen direkt oder indirekt durch die früheren Kolonialherren verursacht worden sind. Europa kann seinen Verpflichtungen gegenüber den Ländern, die einst schonungslos ausgebeutet worden sind, nicht den Rücken zukehren.

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen wird für eine koordinierte Vorgehensweise bei der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik sorgen. Ich stimme dem Solidaritätsprinzip innerhalb Europas zu, wenn es um Asylbewerber geht. Die Grenzen einiger Mitgliedstaaten stellen die äußere Grenze der Europäischen Union dar, und deshalb werden sie konstant durch Immigrantenströme beeinträchtigt.

Hoffentlich wird das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen dabei behilflich sein, die Last der betroffenen Mitgliedstaaten zu erleichtern.

13. Sektorspezifische bilaterale Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern über Fragen des auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendenden Rechts - Bilaterale Abkommen zwischen

Mitgliedstaaten und Drittländern über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Entscheidungen in Ehe- und Unterhaltssachen sowie in Fragen der elterlichen Verantwortung - Entwicklung eines Raums der Strafgerichtsbarkeit in der EU (Aussprache)

Präsident. – Der nächste Punkt ist die gemeinsame Aussprache über

- der Bericht von Tadeusz Zwiefka, im Namen des Ausschusses für Recht, über bilaterale Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern, die sektorale Fragen betreffen und anwendbares Recht bei vertraglichen und nichtvertraglichen Verpflichtungen behandeln, über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss sektorspezifischer bilateraler Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern, die Fragen des auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendenden Rechts behandeln (KOM(2008)0893 – C6-0001/2009 - 2008/0259(COD)) (A60270/2009).

- der Bericht von Gérard Deprez, im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, über bilaterale Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern, über Urteile und Entscheidungen in ehelichen Angelegenheiten, elterliche Verantwortung und Fürsorgepflichten, über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates, zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss bilateraler Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern in Teilbereichen des Familienrechts, die die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Entscheidungen in Ehe- und Unterhaltssachen sowie in Fragen der elterlichen Verantwortung und das anwendbare Recht in Unterhaltssachen betreffen (KOM(2008)0894 – C6-0035/2009 – 2008/0266(CNS)) (A60265/2009).

- der Bericht von Maria Grazia Pagano, im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über die Entwicklung eines Raums der Strafgerichtsbarkeit in der EU, mit einem Vorschlag für eine Empfehlung des Europaparlaments an den Rat zur Entwicklung eines Raums der Strafgerichtsbarkeit in der EU (2009/2012(INI)) (A60262/2009).-

Tadeusz Zwiefka, Berichterstatter. – (Polen) Herr Präsident, Kommissar, zuerst möchte ich dem Berichterstatter des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, Herrn Deprez, allen Schattenberichterstattern und den Vertretern der Tschechischen Präsidentschaft und der Europäischen Kommission ganz herzlich danken für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Trotz unserer zuerst ziemlich weit voneinander entfernten Verhandlungspositionen haben wir es geschafft, einen Kompromiss zu finden, der es uns hoffentlich erlauben wird, in der ersten Lesung zu einer Verständigung mit dem Rat zu kommen.

Der Vorschlag für eine Verordnung schafft eine Methode, auf deren Grundlage Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, bilaterale Vereinbarungen mit Drittländern auf dem Gebiet der rechtlichen Zusammenarbeit in Zivil- und Wirtschaftsangelegenheiten neu zu verhandeln, zu verhandeln und abzuschließen. Eine analoge Methode ist vorgesehen in Bezug auf bilaterale Vereinbarungen auf dem Gebiet der Rechtsprechung, Anerkennung und Durchsetzung von Urteilen und Entscheidungen in ehelichen Angelegenheiten, elterlicher Fürsorge und Fürsorgepflichten. Dies ist eine Antwort auf das praktische Problem, welches sich ergab als Folge von Gutachten 1/03 des Europäischen Gerichtshofs über das neue Übereinkommen von Lugano, gemäß dem die Gemeinschaften befugt sind, externe Vereinbarungen in gleichem Ausmaß abzuschließen, in dem sie das Mandat benutzen zur Annahme von Rechtsmitteln auf dem Gebiet der rechtlichen Zusammenarbeit in Zivilfällen laut Paragraph 61(c) des EG-Vertrags.

Das vorgeschlagene Instrument legt ein spezielles Verfahren fest. Aus diesem Grund muss das gesetzliche Rahmenwerk der vorgeschlagenen Methode streng begrenzt sein in Bezug auf Umfang und Zeit. Die erste Bedingung ist erfüllt durch die Begrenzung der vorgeschlagenen Verordnung auf bilaterale Vereinbarungen auf den Gebieten der Rechtsprechung und Anerkennung und Durchsetzung von Urteilen und Entscheidungen in Zivil- und Wirtschaftsangelegenheiten. Die zweite Bedingung ist erfüllt durch die „Auflösungsklausel“, im Einklang mit welcher eine Vereinbarung, die gemäß dieser Methode geschlossen wird, automatisch ihre Gültigkeit in dem Moment der Schließung einer Vereinbarung zwischen den Gemeinschaften und einem Drittland verliert.

Zugegebenermaßen sehe ich das Bedürfnis, in den rechtlichen Rahmen die Leistung externer Kompetenzen auf dem Gebiet einzuschließen, zu dem das spezifische Recht der vertraglichen und nichtvertraglichen Verpflichtungen und ebenso der ehelichen Angelegenheiten gehört. Es würde jedoch notwendig erscheinen klarzustellen, dass die vorgeschlagene Methode nicht nur bei sektoralen Vereinbarungen angewandt wird, die durch den begrenzten Umfang dieses Vorschlags bestimmt sind, sondern auch auf andere Vereinbarungen,

wie etwa bilaterale Abmachungen und regionale Vereinbarungen zwischen einer begrenzten Anzahl von Mitgliedstaaten und benachbarten Drittländern - natürlich nur in sehr begrenzten Fällen, die spezifische Angelegenheiten angehen und mit der Absicht der Lösung lokaler Probleme.

Ich war skeptisch, was das Bedürfnis zur Aufstellung der „Auflösungsklausel“ am 31. Dezember 2014 anbelangt, wenn die Europäische Kommission, entsprechend der vorgeschlagenen Verordnung, einen Bericht über die Anwendung der Entschließung bis zum 01. Januar 2014 vorlegen muss. Außerdem ist das Verfahren der Vertragsverhandlung mit Drittländern oftmals kompliziert und langwierig und lässt Mitgliedstaaten nicht viel Zeit, das neue Verfahren anzuwenden. Deshalb gestattet der Kompromissvorschlag für die Verordnung, die am 31. Dezember 2019 abläuft, einen umfassenderen und wirksameren Gebrauch des Verfahrens durch die Mitgliedstaaten.

Trotz der abweichenden Meinung der Europäischen Kommission bin ich der Ansicht, dass die Kommission in ihrem Bericht über die Anwendung der Verordnung diese im Zusammenhang mit anderen Legislativinstrumenten, wie etwa der Brüssel-I-Verordnung, vorlegen sollte. Die vorgeschlagene Methode, die eine Zwei-Stufen-Kontrollfunktion auf Seiten der Kommission beinhaltet, wird zweifellos der Sicherung des Zusammenhalts mit dem *Acquis* dienen. Ich habe jedoch versucht, die größtmögliche Flexibilität in dem vorgeschlagenen Verfahren und eine Verkürzung der Zeiten, die als Reaktionszeit der Kommission gedacht sind, und auch eine Verringerung der bürokratischen Last zu erreichen. Die demokratische Legitimierung und die Rolle des Europaparlaments stehen keinesfalls in Zweifel, und deshalb bestehe ich auch darauf, dass das Europaparlament und die Mitgliedstaaten auf jeder Stufe über die Absicht eines Mitgliedstaates zur Aufnahme von Verhandlungen mit einem Drittland bis zur Schließung eines Vertrages informiert werden.

Ich möchte betonen, dass das Verfahren zum Abschluss bilateraler Vereinbarungen mit Drittländern uns eine einzigartige Gelegenheit verschafft, zu zeigen, dass die Europäische Union fähig ist, Probleme ihrer Bürger in deren Interesse zu lösen, was besonders wichtig ist im Kontext der Wirtschaftskrise und des wachsenden Euroskeptizismus in vielen Mitgliedstaaten. Folglich müssen wir, Herr Präsident, trotz gewisser Differenzen bei der Herangehensweise in einem spezifisch rechtlichen Sinne, hier unseren Pragmatismus zeigen, während wir natürlich den gemeinschaftlichen Besitzstand respektieren.

VORSITZ: HERR VIDAL-QUADRAS

Vizepräsident

Gérard Deprez, *Berichterstatter*. – (FR) Herr Präsident, Kommissar, wie Herr Zwiefka gerade sagte, diskutieren wir gleichzeitig zwei Berichte, die von unterschiedlichem Umfang sind, aber derselben Logik angehören und identischen Verfahren unterliegen.

Der erste, für den Herr Zwiefka der Berichterstatter ist – und ich möchte ihm für die von ihm erwiesene Höflichkeit und für seine Geduld angesichts einiger meiner Forderungen danken – bezieht sich auf einen Vorschlag für eine Verordnung unter dem Mitentscheidungsverfahren. Der zweite, für den ich der Berichterstatter bin, umfasst einen Vorschlag für eine Verordnung, der lediglich eine Anhörung des Europäischen Parlaments vorsieht.

Im Wesentlichen, Herr Präsident – und dieser Meinung bin ich auch – sind die Probleme, die wir mit diesen zwei Instrumenten zu lösen versuchen, ernst und sehr häufig wirklich tragisch. Jeder von uns hat von Fällen gehört oder kennt Fälle, in denen eine Ehe mit einer Person aus einem Drittland gescheitert ist und in denen der Vater oder häufiger die Mutter nicht mehr das Recht hat, die Kinder zu sehen, die vom Ehegatten in sein Herkunftsland oder anderswohin gebracht worden sind, und manchmal nicht in der Lage ist, deren Aufenthaltsort zu ermitteln. Das Gleiche gilt für die Möglichkeit des Erhalts von Unterhaltszahlungen.

Diese Themen sind eindeutig real, ernst und tragisch. Es besteht ein dringendes, legitimes Bedürfnis zu versuchen, eine Lösung hierfür zu finden, insbesondere durch die Aushandlung von Abkommen mit Drittländern.

Doch was ist der Ursprung des Themas, das wir heute behandeln? Warum müssen sich die europäischen Institutionen mit diesem Problem befassen? Die Antwort ist einfach. Für all diese Angelegenheiten fallen die Aushandlung und der Abschluss von Abkommen mit einem oder mehreren Drittländern unter die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft. Der ausschließliche Gemeinschaftscharakter dieser Angelegenheiten wird ausdrücklich durch Entscheidungen des Gerichtshofs und die Gutachten der Juristischen Dienste bestätigt. Dies bedeutet, dass das, was sehr einfach zu sein schien, tatsächlich etwas komplizierter und sensibler ist. Somit lautet die Frage jetzt folgendermaßen: Ist es angesichts des aktuellen Stands der

Verträge und der Rechtsprechung des Gerichtshofs rechtlich möglich, den Mitgliedstaaten die Ausübung einer der ausschließlichen Kompetenzen der Gemeinschaft zu gestatten und, falls ja, unter welchen Bedingungen?

Herr Präsident, ich bin persönlich kein großer Rechtsexperte. Ich bin überhaupt kein Rechtsexperte, aber ich habe in den gegenwärtigen Verträgen keine Rechtsgrundlage gefunden, die der Gemeinschaft ausdrücklich erlauben würde, zu Gunsten der Mitgliedstaaten ganz oder teilweise auf ihre ausschließlichen Kompetenzen zu verzichten. Dies bedeutet, dass ich für meinen Teil weiterhin sehr irritiert und sehr skeptisch bin, was den Grundsatz des uns vorgeschlagenen Mechanismus schlechthin angeht.

Dennoch muss ich zugeben, dass die Gutachten der Juristischen Dienste unserer Institutionen so manche Tür geöffnet haben. Das ist sehr klar. Zum Beispiel, Kommissar, das Gutachten des Juristischen Dienstes Ihrer Institution, und ich zitiere: „räumt ein, dass die Ausübung der Zuständigkeit der Gemeinschaft in den Außenbeziehungen durch die Mitgliedstaaten in Ausnahmefällen und unter bestimmten Bedingungen sowohl in Bezug auf Form als auch auf Inhalt rechtlich möglich ist“. Der Juristische Dienst des Europäischen Parlaments ist wesentlich weniger explizit, obwohl er einige Möglichkeiten anbot.

Diese sehr genauen und restriktiven Rechtsgrundsätze bildeten die Grundlage der von mir eingebrachten Änderungsanträge und der Verhandlungen, an denen ich teilnahm und die im Trilog mit dem Rat und der Kommission erfolgten. Ich bin mir, ich wiederhole es, der Tragödien, die einige unserer Mitbürger erleiden, sehr bewusst und ich bin entschlossen, große Anstrengungen zu unternehmen, um ihnen zu helfen. Daher habe ich schließlich dem mit dem Rat und der Kommission ausgehandelten Kompromiss zugestimmt, aber ich möchte sehr deutlich machen, Herr Präsident, Kommissar, dass die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft als solche erhalten bleiben muss. Die Mitgliedstaaten dürfen nicht durch die Genehmigung zahlloser Ausnahmen und die Ausweitung des Anwendungsbereichs letzten Endes eine ausschließliche Gemeinschaftskompetenz zurückfordern. Das ist die Linie, die ich angenommen habe und in Zukunft verteidigen werde.

Maria Grazia Pagano, Berichterstatterin. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich allen herzlich danken, all meinen Kollegen und Beamten, die einen Beitrag zur Verbesserung des Textes geleistet haben, über den wir morgen abstimmen werden. Mein besonderer Dank geht an Herrn Demetriou, dessen bisherige ausgezeichnete Empfehlung als Ausgangspunkt für meinen Bericht diente.

Bei meiner Arbeit war ich mir stets sehr der Notwendigkeit bewusst, nützliche Leitlinien für den Aufbau eines authentischen Europäischen Raums für rechtliche Zusammenarbeit zu liefern, und ich hoffe, ja ich bin überzeugt, dass meine Arbeit erneut nützlich für den bevorstehenden schwedischen Ratsvorsitz sein kann, der mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert sein wird, das Stockholm-Programm zu entwerfen.

Ich begann mit zwei Überlegungen bei der Erstellung des Textes: Die erste war, dass Strafprozesse zahlreiche und bedeutende Auswirkungen auf die Grundfreiheiten, sowohl für die Opfer des Verbrechens als auch für Verdächtige und Angeklagte, haben. Die Priorität, die dieses Parlament nicht versäumen darf hervorzuheben, und der Kernpunkt meines Berichts ist daher ein Schwerpunkt auf der Achtung der Menschenrechte.

Viel Raum wurde in der Empfehlung genau der Verteidigung der Grundrechte gewidmet, mit besonderem Augenmerk auf Opferschutz, Haftbedingungen, Rechten von Häftlingen und Verfahrensgarantien, einschließlich des Rechts auf eine Rechtsbelehrung und auf Unterstützung durch einen amtlich bestellten Rechtsanwalt, des Beweisrechts, des Rechts, über die Art der und die Gründe für die Anklage informiert zu werden und Zugang zu den einschlägigen Dokumenten in einer verständlichen Sprache zu erhalten, und schließlich des Rechts auf einen Dolmetscher.

Die zweite Überlegung, auf die ich meinen Bericht gründete, ist - wie aus dem Bericht über die Umsetzung des Den Haag-Programms für 2007 ersichtlich ist - die, dass das Umsetzungsniveau hinsichtlich der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen etwas gering war, wenn auch zufrieden stellende Entwicklungen in anderen Sektoren wie Zusammenarbeit in Zivilsachen, Grenzschutz, Einwanderung und Asylpolitik verzeichnet wurden.

Es ist daher klar, dass etwas mehr getan werden muss. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung, der Eckpfeiler der gegenseitigen Zusammenarbeit, ist sehr weit davon entfernt, zufrieden stellend anerkannt zu werden. Wir müssen zur Wurzel des Problems vordringen, wobei wir die Gründe für diese enttäuschend niedrige Zunahme identifizieren müssen, damit wir die wirksamsten Lösungen vorbereiten können.

Ich glaube, dass die Hauptursachen im Mangel an wechselseitigem Bewusstsein und Vertrauen zwischen den Staaten liegen, und in dem Bericht lege ich daher den Schwerpunkt auf Weiterbildung, Bewertung, Informationsaustausch und empfehlenswerte Verfahren.

In Bezug auf die Weiterbildung dürfen wir sicherlich nicht die beträchtlichen Fortschritte übersehen, die insbesondere auf den Weiterbildungsbeitrag des Europäischen Netzes für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten zurückzuführen sind. Wir müssen meines Erachtens dennoch über das gegenwärtige Weiterbildungsmodell hinausgehen, das hauptsächlich auf nationalen Postgraduierten-Schulen basiert, um eine stärkere gemeinsame Kultur der Rechtspflege zu schaffen, die noch fehlt. Daher habe ich die Notwendigkeit der Annäherung an ein gut organisiertes europäisches Weiterbildungsinstitut für Richter und Rechtsanwälte mit angemessenen Mitteln hervorgehoben, auf die Notwendigkeit der Vermeidung sinnloser Doppelarbeit zwischen bestehenden Einrichtungen verwiesen und die wichtige Rolle der nationalen Schulen betont.

Zweitens: Wir brauchen einen wirksameren Gesamtbewertungsmechanismus für Justiz, Justizbehörden und die Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union. Der Bericht schlägt daher die Einrichtung einer Sachverständigengruppe zur dauerhaften Überwachung der Anwendung des Gemeinschaftsrechts und der Qualität und Effektivität des Gerichtswesens nach dem Vorbild des Schengener Systems zur gegenseitigen Begutachtung vor. Ihr Zweck besteht auch darin, sämtliche Schwächen im System und gesetzgeberische Mängel bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zu identifizieren, um dem europäischen Gesetzgeber alle Informationsmittel zur Verfügung zu stellen, die für eine ordnungsgemäße politische und regulatorische Bewertung benötigt werden.

Die Verwendung neuer Technologien, die für die Datensammlung sehr wichtig sind, verstärkt schließlich bestehende Datenbanksysteme und den Informationsfluss. Ich hoffe, dass die morgige Abstimmung eine Wiederholung des ausgezeichneten Ergebnisses sein wird, das im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres erzielt wurde.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, ich möchte natürlich den drei Berichterstatlern danken und werde mich zuerst an Herrn Zwiefka und Herrn Deprez wenden. Die Kommission ist offensichtlich froh, dass Kompromisse erzielt worden sind. Abgesehen davon ist es richtig, dass seit Februar intensive Verhandlungen stattgefunden haben und dass wir somit eine Einigung in erster Lesung über die zwei Vorschläge erzielt haben, die Ende 2008 von der Kommission eingereicht wurden.

Dies ist ein sehr sensibler Bereich für alle beteiligten Institutionen - Kommission, Rat, Europäisches Parlament - wie Herr Deprez so gut hervorgehoben hat. Ich danke allen Parteien für das Erreichen eines Textes, der, wie uns scheint, die institutionellen Vorrechte der Kommission respektiert und gleichzeitig eine Antwort auf die legitimen Erwartungen der Mitgliedstaaten und des Parlaments zu sein scheint.

Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass dies ein außerordentliches Verfahren ist, welches in Umfang und Zeit beschränkt ist, und dass die ausschließliche Kompetenz der Gemeinschaft in den betreffenden Angelegenheiten in jedem Fall weiterhin respektiert werden muss. Ich nehme diesbezüglich eine feste Haltung ein und ich stimme damit überein, was Herr Deprez sagte, als er darauf hinwies, dass die Mitgliedstaaten die Situation nicht dahingehend ausnutzen dürfen, gewisse Kompetenzen zurückzufordern und die Kommission zu animieren, in irgendeiner Weise die Absicht, Vorschläge zu machen, aufzugeben.

Ich glaube, dass wir uns in dieser Angelegenheit völlig einig sind. Abgesehen davon wird diese Flexibilität den Mitgliedstaaten auch erlauben, dort wo die Gemeinschaft ihre Kompetenz nicht ausübt, von einem institutionellen Rahmen zu profitieren, um Bürgern zu helfen, Zugang zum Gerichtswesen in Drittländern zu erhalten, insbesondere im Bereich der Familienrechte. Es stimmt auch - Herr Zwiefka und Herr Deprez haben dies angedeutet - dass wir über die Vorschriften bezüglich Ehescheidung, des Sorgerechts für Kinder, Umgangsrechten und Unterhaltsverpflichtungen nachdenken müssen sowie über die schmerzhaften Situationen, die entstehen können, weil es keine universell auf diese Bereiche anwendbare Gesetzgebung auf internationaler Ebene gibt.

Der Vorschlag zu dem Gesetz, das auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anwendbar ist, könnte auch eine positive Wirkung auf die Lösung sehr konkreter, sehr spezifischer Probleme haben, wie zum Beispiel diejenigen im Zusammenhang mit Straßen- und Flussverkehr oder der Verwaltung von Flughäfen, die sich an den Grenzen mehrerer Staaten befinden, wie der Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg. Davon abgesehen ist dies eine weitere Anwendung dieses institutionellen Rahmens, der einmal mehr die Ausnahme bleiben muss.

Ich möchte in jedem Fall den Berichterstattern des Rechtsausschusses und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres für die Arbeit, die sie vollbracht haben, danken, und ich bedanke mich außerdem für ihr Verständnis, welches das Erzielen dieser Einigung vor dem Ende der Amtszeit dieses Parlaments ermöglicht hat.

Ich werde jetzt den Bericht von Frau Pagano erwähnen, mit dessen Ansatz und Inhalt ich übereinstimme. Ich begrüße die zunehmende Beteiligung des Parlaments im Bereich der Strafgerichtsbarkeit, nicht nur im Hinblick auf Rechtsstreitigkeiten, sondern auch in Bezug auf die Gestaltung der Zukunft des Europäischen Strafrechtsraums.

Danke Frau Pagano für Ihre Unterstützung unserer derzeitigen Arbeit, da wir das Stockholm-Programm vorbereiten und eine Mitteilung veröffentlichen werden, die Empfehlungen für den Zeitraum 2010 bis 2014 enthält. Ich bin erfreut, dass Ihr Bericht den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung voll und ganz unterstützt. Dank des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung hat die Union große Erfolge erzielt, einschließlich des Europäischen Haftbefehls, und all dies ist ein Entwurf für einen echten Strafrechtsraum.

Der Bericht befasst sich zudem mit den Fragen, die sich bei der Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung ergeben, und es ist wahr, dass die Umsetzung und die vollständige und konsequente Anwendung der vielen bestehenden Instrumente, die auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung basieren, überwacht werden müssen. Es stimmt aber auch, dass es keine gegenseitige Anerkennung geben kann, wenn das gegenseitige Vertrauen zwischen den Justizbehörden der Mitgliedstaaten nicht größer wird. Dies ist wirklich der Hauptbestandteil gegenseitiger Anerkennung. Daher bin ich dem Europäischen Parlament dankbar, dass es sich für die Schaffung einer wirklichen gemeinsamen Kultur der Rechtspflege einsetzt, wie Sie gerade gesagt haben, Frau Pagano.

Sie haben zu Recht auf der Entwicklung von Weiterbildungsmöglichkeiten für die Organe der Rechtspflege, von Weiterbildung in den europäischen Mechanismen, von Beziehungen zum Gerichtshof, der Verwendung von Instrumenten der gegenseitigen Anerkennung, rechtlicher Zusammenarbeit und von Rechtsvergleichung bestanden. In diesem Punkt stimme ich völlig mit Ihrem Bericht überein, da ich der Meinung bin, dass im Stockholm-Programm die Weiterbildung von Richtern und der Austausch von Richtern unter den Mitgliedstaaten der Schlüssel zur Zukunft dieses Europäischen Rechtsraums sein wird, den wir uns so wünschen.

Offensichtlich wird das Justizforum, das ein Treffpunkt für die verschiedenen Netze von Rechtspraktikern ist, auch genutzt werden, um eine wesentliche Rolle bei der Sensibilisierung der Praktiker für die europäische Dimension ihrer Aktivitäten zu spielen, und, mit Unterstützung der Union, werden diese Praktiker zusammenarbeiten müssen, um einen wahren Austausch empfehlenswerter Verfahren sicherzustellen.

Die Kommission stimmt auch mit dem Vorschlag des Berichts - wirklich, vielen Dank - für einen Bewertungsmechanismus überein, der nicht nur auf die Umsetzung der Instrumente der Union beschränkt sein wird, sondern auch allgemeiner den Zustand des Gerichtswesens in den Mitgliedstaaten abdecken wird.

Er wird dessen Effektivität, Geschwindigkeit und Achtung der Garantien für eine Verteidigung bewerten. Diesbezüglich wurde die Arbeit bereits mit der von dem Justizminister der Niederlande vorgebrachten Idee eingeleitet, einen Bewertungsmechanismus zu schaffen, um zu messen, wie die Justiz in Bezug auf die Einhaltung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit operiert, wobei natürlich der bestehende Apparat verwendet wird und Mehrwert hinsichtlich der politischen Überwachung eingebracht wird. Diese Bewertungen werden die Abgabe von Empfehlungen ermöglichen.

Die Kommission befürwortet außerdem die verstärkte Beteiligung des Europäischen Parlaments an ihren Bewertungsmechanismen. Herr Deprez, dies wäre eine Gelegenheit, das Parlament in die Arbeit der Sachverständigengruppen einzubeziehen, die wir dieses Jahr und in den kommenden Jahren einrichten werden.

Anschließend erwähnten Sie die Umsetzung der neuen Eurojust-Entscheidung. Auch hier stimmen wir mit dem in dem Bericht vorgeschlagenen Ansatz über den Nutzen eines Durchführungsplans und von Sitzungen von Sachverständigen mit den Mitgliedstaaten überein. Dank dieser Dinge werden wir die neue Eurojust-Entscheidung schnell umsetzen können.

Schließlich besteht der Bericht auf der vernünftigen Verwendung neuer Technologien. Die europäische Strategie für die e-Justiz wurde eingeleitet, um das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien im Bereich der Justiz zu nutzen.

So ist es, ich kann dem Europäischen Parlament nur für seine Arbeit danken und für die Beratungen, an denen es zusammen mit uns in diesem Bereich teilgenommen hat. Ich bin auch überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen wird, diesen Strafrechtsraum zu schaffen, diesen Rechtsraum, der eine Gemeinschaft von Bürgern charakterisieren sollte, die völlig zu Recht Anspruch auf ein qualitativ hochwertiges Gerichtswesen haben, egal in welchem Mitgliedstaat sie sich befinden.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, ich begrüße diese Gelegenheit, über diese drei wichtigen Gesetzesvorlagen zu sprechen, und bin den Berichterstattern dankbar für die umfassende Arbeit, die in ihre Berichte geflossen ist. Ich möchte zuerst Anmerkungen zu den ersten zwei Vorlagen machen und mich dann der dritten Vorlage zum Thema der Weiterentwicklung der Strafgerichtsbarkeit innerhalb der EU zuwenden.

Das Ziel der beiden Vorlagen, die von den Berichten von Herrn Zwiefka und Herrn Deprez abgedeckt werden, besteht darin, ein Verfahren einzurichten, das den Mitgliedstaaten das Aushandeln und Abschließen von Vereinbarungen mit Drittländern zu Aspekten der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen erlauben wird, was unter die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fällt.

Die erste Vorlage, die dem Mitentscheidungsverfahren unterliegt, deckt anwendbares Recht in vertraglichen und außervertraglichen Schuldverhältnissen ab. Die zweite, die dem Konsultationsverfahren unterliegt, deckt gewisse Angelegenheiten im Bereich des Familienrechts ab.

Ich möchte unterstreichen, dass das durch die beiden künftigen Verordnungen eingeführte Verfahren so ausgelegt ist, dass es die Integrität des Gemeinschaftsrechts sicherstellt. Vor Genehmigung der Aushandlung einer Vereinbarung wird die Kommission überprüfen, dass die beabsichtigte Vereinbarung das Gemeinschaftsrecht nicht unwirksam macht oder das ordnungsgemäße Funktionieren des durch seine Vorschriften geschaffenen Systems nicht aushöhlt. Die Kommission wird auch überprüfen, dass die beabsichtigte Vereinbarung die von der Gemeinschaft beschlossene Außenpolitik nicht untergräbt.

Es könnte in der Tat argumentiert werden, dass dadurch, dass es den Mitgliedstaaten ermöglicht wird, Vereinbarungen mit Drittländern auszuhandeln und abzuschließen, die mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind, der Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts auf Länder außerhalb der Europäischen Union ausgeweitet wird.

Das durch die zwei Vorlagen geschaffene Verfahren wird in erster Linie die Aushandlung und den Abschluss von bilateralen Abkommen zwischen einem Mitgliedstaat und Drittländern betreffen. Es wird jedoch in bestimmten Fällen auch für die Aushandlung und den Abschluss von Regionalabkommen zwischen mehr als einem Mitgliedstaat und/oder mehr als einem Drittland gelten. Soweit Regionalabkommen betroffen sind, wird das durch die Vorlage im Bereich des Familienrechts geschaffene Verfahren für die Änderung oder die Neuaushandlung zweier bereits bestehender Abkommen zwischen den nordischen Staaten gelten. In der Vorlage im Bereich des anwendbaren Rechts werden tatsächlich nur wenige regionale Vereinbarungen in seinen Anwendungsbereich fallen. Diese könnten beispielsweise den Betrieb eines Flughafens in einem Grenzgebiet, gemeinsame Wasserstraßen von zwei oder mehr Ländern oder grenzüberschreitende Brücken und Tunnel abdecken.

Das in den zwei Vorlagen geschaffene Verfahren basiert auf einem hohen Maß an Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission. Ein Mechanismus wird für den Umgang mit denjenigen Situationen zur Verfügung gestellt, in denen die Kommission aufgrund ihrer Bewertung zu dem Schluss gelangt, dass die Aushandlung oder der Abschluss einer Vereinbarung nicht genehmigt werden sollte. In solchen Situationen werden der betreffende Mitgliedstaat und die Kommission in Diskussionen eintreten, die zum Ziel haben, gemeinsam eine Lösung zu finden.

Die Präsidentschaft hofft und erwartet, im Namen des Rats, dass es möglich sein wird, eine Einigung in erster Lesung über die Vorlage im Bereich des anwendbaren Rechts zu erzielen. Es haben konstruktive Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat stattgefunden, während denen es den drei Institutionen gemeinsam gelungen ist, mehrere schwierige Fragen zu lösen.

Da die Vorlage im Bereich des anwendbaren Rechts zum größten Teil identisch mit der Vorlage im Bereich des Familienrechts ist, versteht es sich von selbst, dass die an der ersten Vorlage vorgenommenen Änderungen in der zweiten Vorlage übernommen wurden, auch wenn diese Vorlage nicht dem Mitentscheidungsverfahren unterliegt. Es ist im Interesse der guten Rechtsetzung sehr wünschenswert, die Parallelität zwischen den zwei Texten zu erhalten.

Ich möchte mit ein paar Anmerkungen zur Empfehlung des Parlaments zur Entwicklung der Strafgerichtsbarkeit der EU, die Gegenstand des Berichts von Frau Pagano ist, schließen.

Der Rat stimmt der Bedeutung der gegenseitigen Anerkennung als einem Eckpfeiler der justiziellen Zusammenarbeit innerhalb der EU voll und ganz zu. Wir sind der Meinung, dass sie sowohl - durch die Annahme weiterer Rechtsinstrumente in der Zukunft - ausgeweitet als auch durch eine wirksamere Umsetzung der bisher angenommenen Instrumente zur gegenseitigen Anerkennung vertieft werden sollte.

In diesem Zusammenhang möchte der Rat das Parlament darauf aufmerksam machen, dass er dabei ist, die vierte Runde der gegenseitigen Begutachtungen zur praktischen Umsetzung des Europäischen Haftbefehls und der Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten abzuschließen.

Im Kontext dieser Reihe gegenseitiger Begutachtungen haben Sachverständige auch die Fragen im Zusammenhang mit der Wechselwirkung zwischen einerseits dem Europäischen Haftbefehl und allgemeiner dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung und andererseits dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit untersucht. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss jedoch auch gegen einen anderen Grundsatz, der dem Parlament ebensoviel bedeutet, abgewogen werden - nämlich das Subsidiaritätsprinzip. Die Realität sieht so aus, dass die Justizbehörden in verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Ansichten dazu haben, was eine schwere Straftat darstellt.

Der Rat freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Parlament und der Kommission zur Einrichtung eines Systems für horizontale und kontinuierliche Bewertung und Umsetzung der Strategien und Rechtsinstrumente der EU.

Zum Thema der juristischen Aus- und Fortbildung teilt der Rat die Meinung des Parlaments, dass es notwendig ist, eine echte Kultur der Rechtspflege in der EU, *unter anderem* durch die Förderung von direkten Austauschen zwischen Richtern, Staatsanwälten und Justizmitarbeitern der verschiedenen Mitgliedstaaten, zu unterstützen und das Europäische Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten aktiv weiterzuentwickeln.

Der Rat teilt außerdem die Ansicht des Parlaments hinsichtlich der Notwendigkeit einer schnellen und wirksamen Umsetzung der neuen Eurojust- und Europol-Entscheidungen.

Abschließend möchte ich dem Parlament für die umfassende und detaillierte Arbeit danken, die in die drei Berichte geflossen ist, die uns heute Nachmittag vorliegen.

Gérard Deprez, *Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*. – (FR) Herr Präsident, ich möchte sicherlich nicht im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, sondern eher im Namen meiner Fraktion diesen kurzen Moment nutzen, um meiner außergewöhnlich positiven Reaktion auf den Bericht von Frau Pagano Ausdruck zu verleihen. Glückwünsche zu Ihrem Bericht, Frau Pagano! Ich bin der Meinung, dass Sie beim Verfassen dieses Berichts eine außergewöhnlich detaillierte Liste von Punkten erstellt haben, die, Kommissarin, ein wichtiger Bestandteil des Stockholm-Programms sein sollte, das die Kommission, wie ich weiß, aktiv vorbereitet.

Erlauben Sie mir, neben dem, was bereits über die Bedeutung der Bewertung der Aus- und Fortbildung von Richtern gesagt wurde, zwei Themen hervorzuheben, die von grundlegender Bedeutung für die Frage des gegenseitigen Vertrauens und der Kern dessen sind, was in Zukunft gegenseitige Anerkennung werden könnte. Erstens, die Unabhängigkeit der Justiz. Mehrere EU-Mitgliedstaaten haben derzeit keine Justiz, die von der politischen Macht oder anderen Mächten unabhängig ist. Dies ist ein Skandal, und dieser Skandal muss aufhören.

Zweitens, Verfahrensgarantien. Solange wir nicht sicher sein können, dass in einigen Ländern Personen, die des Begehens gewisser Arten strafbarer Handlungen verdächtigt oder angeklagt werden, von ähnlichen Verfahrensgarantien profitieren, wie sie in anderen Ländern existieren, wird es schwierig sein, eine breite Akzeptanz für den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung zu erreichen. Dies ist ein grundlegendes Thema, das ich in diese Debatte einführen wollte. Glückwunsch, Frau Pagano!

Csaba Sógor, *im Namen der Fraktion PPE-DE*. – (HU) Die nationalen Grenzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen wurden, trennten Gemeinschaften und Familien. Ich möchte Ihnen von einem Beispiel hierfür nahe bei uns hier in Europa berichten. Szelmenc gehörte früher zu Ungarn. Ein Teil davon, Nagyszelmenc, befindet sich jedoch derzeit auf dem Territorium eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, der Slowakei, während der andere Teil, Kisszelmenc, in der Ukraine liegt.

Vor dem 23. Dezember 2005 gab es noch nicht einmal einen Grenzübergang zwischen den zwei Dörfern. 60 Jahre lang lebten Eltern, Kinder und Verwandte völlig voneinander getrennt, sodass sie sich jahrzehntelang nicht treffen konnten. Die EU gab ihnen die mit Spannung erwartete Gelegenheit, diese Situation zu beenden, indem sie einen Grenzübergang öffnete. Das gerade erwähnte Beispiel ist nur eines von vielen hunderten oder tausenden und liefert gleichzeitig ein überzeugendes Argument dafür, warum wir diesen Bericht jetzt diskutieren.

Der Verordnungsentwurf stellt ein Verfahren zur Rechtsprechung zur Verfügung, das zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern in Bezug auf Ehesachen, elterliche Verantwortung und Unterhaltsverpflichtungen anzuwenden ist. Die Verordnung wird dem Gemeinschaftsrecht nicht vorgehen, sondern ist nur anzuwenden, wenn der jeweilige Mitgliedstaat nachweist, dass aufgrund wirtschaftlicher, geografischer, kultureller oder historischer Beziehungen, insbesondere zwischen dem Mitgliedstaat und dem betreffenden Drittland, ein bestimmtes Interesse daran besteht, ein bilaterales sektorales Abkommen mit dem Drittland zu unterzeichnen. Die Kommission stellt gleichzeitig fest, dass das vorgeschlagene Abkommen nur einen beschränkten Einfluss auf die einheitliche und konsequente Anwendung bestehender Gemeinschaftsvorschriften und auf die Funktionsweise des auf der Grundlage der genannten Verordnungen umgesetzten Systems hat.

Ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Deprez, dafür danken, dass er sich dieses wichtigen Themas angenommen hat, welches das Leben von Bürgern, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU wohnen, beeinflusst, insbesondere weil dieses Dokument ein Gleichgewicht zwischen der gesetzlichen Rechtsprechung der Gemeinschaftsinstitutionen und der Nationalstaaten erreicht.

Manuel Medina Ortega, *im Namen der Fraktion PSE*. – (ES) Herr Präsident, ich bin der Meinung, dass die Vorschläge für Verordnungen, die uns von der Kommission eingereicht wurden, wichtig und notwendig sind, und andererseits war es auch wichtig und notwendig für uns im Europäischen Parlament, auf dem Grundsatz zu bestehen, auf dem die beiden Berichterstatter, Herr Zwiefka und Herr Deprez, bestanden haben, nämlich dem Grundsatz der Zuständigkeit der Gemeinschaft.

Dies ist eine Frage der Zuständigkeit der Gemeinschaft, wobei es aus praktischen Gründen empfehlenswert ist, dass die Mitgliedstaaten weiterhin gewisse Verantwortlichkeiten ausüben, aber, wie Herr Barrot sagte, sollten diese in Umfang und Zeit beschränkt sein. Es besteht keine Option, die Ausübung der Zuständigkeit der Gemeinschaft abzulehnen, und weder der Rat, die Kommission noch das Parlament haben die Befugnis, auf diese Zuständigkeiten der Gemeinschaft zu verzichten.

Nach der Feststellung, dass es sich hierbei um ein außerordentliches Verfahren handelt, bin ich der Meinung, dass die debattierten und eingebrachten Änderungsanträge, von denen ich glaube, dass sie morgen vom Parlament angenommen werden, die Annahme dieses Maßnahmenpakets in erster Lesung ermöglichen werden. Ich hoffe jedoch auch, dass wir seitens der Kommission in der nächsten Phase und darüber hinaus mit der Ausarbeitung eines wirklichen europäischen Systems für Privatrecht fortfahren können. Dies wird zunehmend notwendig, wie zum Beispiel Herr Sógor in der vorausgehenden Rede herausgestellt hat. Wir reden über Probleme, welche die Menschen direkt betreffen, und in dem Maße, in dem wir ihre Probleme lösen können, werden die Menschen realisieren, dass die Europäische Union eine Funktion hat.

Abschließend, Herr Präsident, möchte ich meinen Kollegen, Herrn Deprez und Herrn Zwiefka, gratulieren sowie der Kommission und dem Rat für ihre Bereitschaft danken, mit uns in dieser Frage zusammenzuarbeiten.

Sarah Ludford, *im Namen der Fraktion ALDE*. – Herr Präsident, ich möchte Frau Pagano für ihren ausgezeichneten Bericht und ihre Zusammenarbeit beim Entwurf von Kompromissänderungsanträgen, die zum Beispiel einige meiner Vorschläge berücksichtigt haben, danken.

Ich denke, dass das Europäische Parlament ein deutliches Zeichen bezüglich seiner Bestrebungen für einen künftigen Europäischen Strafrechtsraum setzt. Hierbei werden zwei Ziele verfolgt - Verbrecher vor Gericht zu bringen und die Rechte von Angeklagten und Opfern aufrechtzuerhalten. Der Bericht hebt zu Recht zentrale Fragen hervor wie die Notwendigkeit der Überwachung der Umsetzung der Gesetzgebung; die Förderung der Aus- und Fortbildung von Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern; und neue Gesetzgebung zur Sicherstellung von Verfahrensgarantien, wie Gérard Deprez hervorgehoben hat.

Der Europäische Haftbefehl ist ein wirksames Instrument, um Verbrecher vor Gericht zu bringen, und ich bedauere sehr, dass die britischen Konservativen dagegen waren. Wir müssen jedoch sicherstellen - und die Regierungen müssen sicherstellen - dass Europäische Haftbefehle nicht für banale Angelegenheiten wie die Verfolgung von Personen, die ein Schwein gestohlen oder eine Hotelrechnung nicht bezahlt haben, missbraucht werden. Sie dürfen auch nicht für Ausforschungsaufträge für Vernehmungen missbraucht

werden, anstatt des ordnungsgemäßen Schwerpunkts auf der Rückkehr zum Zweck der Anklage und Verfolgung.

Der Europäische Haftbefehl - wie andere gesagt haben - und die gesamte Strafgerichtsbarkeit basieren auf gegenseitigem Vertrauen. Die Mitgliedstaaten müssen daher zeigen, dass sie dieses Vertrauen verdienen, indem sie hochwertige Rechtssysteme haben und beispielsweise die Europäische Menschenrechtskonvention und Straßburger Gerichtsurteile beachten. Wir können keine Menschen über Europäische Haftbefehle in ein EU-Land zurückbringen, die dann zur Folter in ein Drittland zurückgeschickt werden. Wenn eine Auflehnung gegen Straßburg erfolgt, dann muss sich auf die Grundrechtsgarantien im Europäischen Haftbefehl berufen werden. Ich denke, die EU-Regierungen haben sich vor der Herausforderung gedrückt, die wesentlichen Unterschiede in den Rechtssystemen und die lückenhafte Achtung von fairen Verfahren und Menschenrechten anzugehen.-

Wir müssen auch versuchen sicherzustellen, dass die Qualität der Gesetzgebung im Bereich der Strafgerichtsbarkeit in Zukunft besser ist. Nach Lissabon - ich freue mich, dass der tschechische Senat den Lissabon-Vertrag ratifiziert hat - wird es hoffentlich weniger Pressepräsentationen zu Vorschlägen der Mitgliedstaaten geben, die zu nichts führen und, selbst wenn sie genehmigt werden, niemals ordnungsgemäß umgesetzt werden. EU-weite Justiz- und hohe Rechtsstandards sind von großer Bedeutung für unsere Bürger, wenn sie in andere Länder reisen, dort arbeiten und Unternehmen gründen und wenn Personen sich in einer Fremdsprache ausdrücken müssen. Es war höchste Zeit, dass wir sichergestellt haben, dass jeder, der in das Strafgerichtsbarkeitssystem eines anderen Mitgliedstaats gerät, über seine Rechte belehrt wird und angemessene Rechtshilfe, Dolmetscher- und Übersetzungsdienstleistungen erhält.

Abschließend bin ich sehr enttäuscht, dass die britische Regierung zu denjenigen gehörte, die eine Maßnahme zu Verfahrensrechten blockiert haben. Ich hoffe, dass sie es sich in Zukunft anders überlegen wird.

Luca Romagnoli (NI). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich stimme teilweise mit den drei Berichten, die wir diskutieren, überein.

Der Bericht von Herrn Zwiefka ist leichter zu schlucken, weil er das Verfahren für die Aushandlung und den Abschluss bilateraler Abkommen zu sektoralen Aspekten zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Ländern homogen und, alles in allem, transparenter macht.

Bezüglich des Berichts von Herrn Deprez stimme ich im Wesentlichen mit der zweiten Hälfte überein, die sich auf die notwendige Kohärenz bezieht, die von der Kommission verlangt wird, wenn wir beabsichtigen, eine Gemeinschaftspolitik betreffend die Außenbeziehungen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit zu entwickeln. Wenn es jedoch um die Möglichkeit der Mitgliedstaaten geht, die Abkommen selbst abzuschließen, bin ich als Nationalist natürlich erfreut darüber und hoffe, dass es kein Verfahren ist, das notwendigerweise in Umfang und Zeit beschränkt ist.

Schließlich muss ich ehrlich sagen, dass ich einige Zweifel hinsichtlich Frau Pagano's Empfehlung des Europäischen Parlaments habe. Ich bin ihr dankbar dafür, dass sie die Nutzung der *e-Justiz* herausgestellt und unterstützt hat, umso mehr weil ich für die Erstellung des Berichts verantwortlich war. Außerdem bin ich noch denjenigen zu Dank verpflichtet, die an der Sicherstellung von dessen Erfolg mitgewirkt haben. Mein Bewusstsein in Bezug auf Themen betreffend die Grundfreiheiten von Opfern und auch von Verdächtigen und Angeklagten sowie die Notwendigkeit der Umsetzung der juristischen Aus- und Fortbildung von Richtern und Betreibern veranlassen mich jedoch anzumerken, dass wir in diesem Bereich noch einen weiten Weg vor uns haben - zumindest in Italien. In Bezug auf den Europäischen Haftbefehl wandeln sich meine Zweifel zudem, offen gesagt, zu gänzlichem Widerstand. Dennoch danke ich den Berichterstattern für ihre kompetente und präzise Arbeit zu diesen Themen.

Panayiotis Demetriou (PPE-DE). - (EL) Herr Präsident, auch ich möchte den drei Berichterstattern, Herrn Zwiefka, Herrn Deprez und Frau Pagano, gratulieren. Ich möchte insbesondere Frau Pagano zu ihrem Bericht als Schattenberichterstattegratulieren und ihr für ihre freundlichen Worte und gleichzeitig für ihre enge Zusammenarbeit mit mir in Bezug auf den Bericht danken. Ich möchte außerdem meine Zufriedenheit darüber äußern, dass die Kommission der Kommissarin zufolge fast alle Punkte akzeptiert, die in diesem Bericht enthalten sind. Somit unterstütze ich den Bericht von Frau Pagano und natürlich alles, was sie heute hier gesagt hat, voll und ganz.

Kommissarin, es sind 10 Jahre vergangen, seit der Europäische Rat in Tampere angekündigt hat, dass er das strategische Ziel angenommen hat, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union zu schaffen, 10 Jahre seit der Mitteilung, dass der Eckpfeiler der justiziellen Zusammenarbeit die

gegenseitige Anerkennung von und Vertrauen in Entscheidungen der obersten Gerichte ist. Ich muss sagen, dass wenig in diese Richtung unternommen worden ist.

Während im Fall des Zivilrechts mehrere Themen gefördert worden sind, hat im Fall des Strafrechts fast Stillstand geherrscht. Wir hoffen, dass mit der Annahme des Vertrags von Lissabon größere Fortschritte in diese Richtung erzielt werden.

Kommissarin, sogar dieser Vorschlag zu Verfahrensmindestgarantien ist nicht vorangebracht worden und unsere Bitte - und diese Worte werden auch an den Rat gerichtet - ist, dass Sie ihn vorantreiben. Ich werde damit schließen, dass es natürlich Unterschiede zwischen den Rechtssystemen gibt, aber es gibt auch Raum für Konvergenz. Daher muss die Empfehlung zur Einrichtung eines Ausschusses von Weisen zur Untersuchung sämtlicher Unterschiede und Ähnlichkeiten im Recht umgesetzt werden, damit wir spezifische Sachverständigenempfehlungen zur Konvergenz unseres Rechts und gegenseitiges Vertrauen in die Rechtssysteme haben.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE). – (PL) Herr Präsident, im Bereich der Ziviljustiz gibt es neben dem gemeinschaftlichen Besitzstand eine Reihe bilateraler Abkommen, die von den Mitgliedstaaten mit Drittländern abgeschlossen wurden. Gemäß Artikel 307 des EG-Vertrags müssen die Mitgliedstaaten alle Bestimmungen, die in derartigen Abkommen vorhanden sein können und die mit dem Besitzstand unvereinbar sind, beseitigen.

In seinem Gutachten 1/03 von Februar 2006 hat der Gerichtshof festgestellt, dass die Gemeinschaft die ausschließliche Zuständigkeit erworben hat, um internationale Abkommen mit Drittländern zur Rechtsprechung sowie zur Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen abzuschließen. Somit stellt sich die Frage, ob alle bestehenden oder vorgeschlagenen bilateralen Abkommen mit diesen Ländern und zu diesen Angelegenheiten durch Gemeinschaftsabkommen ersetzt werden sollten. Oder sollten die Mitgliedstaaten weiterhin berechtigt sein, diese Abkommen abzuschließen, wo kein Gemeinschaftsinteresse betroffen ist?

Dieses Verfahren, das eine Ausnahme zu der Regel darstellt, muss jedoch sehr spezifisch festgestellten Bedingungen bezüglich des Umfangs des Mechanismus und der Zeit, wann es in Kraft ist, unterliegen. Es ist daher wichtig, dass die Kommission eine Strategie und Prioritäten festsetzt, wobei sie die Entwicklung der Gemeinschaftspolitik betreffend Außenbeziehungen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen im Auge behält.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, ich werde mich kurz fassen, weil ich nur meine Zufriedenheit darüber äußern kann, wie das Parlament dazu beigetragen hat, diesen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, den wir in der Union schaffen wollen, zu beleuchten. Ich begrüße alles, was gesagt worden ist, insbesondere zum Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung, der uns selbst zum gegenseitigen Vertrauen zwischen Richtern zurückbringt.

Es stimmt, wie sehr gut erklärt worden ist, dass es Spielraum für Konvergenz der Rechtssysteme gibt, der insbesondere durch Mindeststandards im Fall von Strafverfahren formalisiert werden sollte. Ich glaube wirklich, dass all das den Weg für ein gutes Stockholm-Programm ebnet, und ich möchte dem Parlament dafür danken.

Ich kann im Übrigen bestätigen, dass es tatsächlich möglich sein wird, einen institutionellen Rahmen für bilaterale Abkommen zu finden, aber dass die Gemeinschaft und die Kommission ausschließliche Zuständigkeit haben müssen. Das ist das, was ich sagen kann. Ich möchte die Debatte nicht verlängern. Es gibt noch viele Dinge zu sagen.

Vor allem bin ich dem Parlament dankbar, und ich muss sagen - da ich nicht noch einmal sprechen werde - dass meine Erfahrung als Kommissar insofern eine großartige Bereicherung sein wird, als ich wirklich der Meinung bin, dass ein gutes Bündnis zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament oft - ich entschuldige mich beim Vorsitz dafür, dass ich dies herausstelle, aber es ist die Wahrheit - das allgemeine europäische Interesse hervorheben und fördern kann.

Ich bin natürlich dem Vorsitz für seine Unterstützung dankbar. Es muss Synergien zwischen den drei Institutionen geben; mein Dank richtet sich jedoch an das Europäische Parlament, das uns heute Abend erneut einfach einen sehr guten Bericht abgegeben hat. Danke, Frau Pagano!

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, diese Debatte ist äußerst interessant gewesen und es scheint, dass wir sehr nahe daran sind, eine Einigung in erster Lesung über die Vorlage im Bereich des

anwendbaren Rechts zu erzielen. Darf ich sagen, dass es nicht nur eine Einigung gibt, sondern eine faire und ausgewogene Einigung. Dies, denke ich, veranschaulicht ausgezeichnet die gute Zusammenarbeit zwischen dem Parlament, der Kommission und dem Rat.

Ich bin überzeugt, dass die Mitgliedstaaten das durch die beiden künftigen Verordnungen eingerichtete Verfahren gut nutzen werden und dass es ihnen erlauben wird, einen angemessenen Rechtsrahmen für ihre Beziehungen mit bestimmten Drittländern, mit denen sie spezifische Verbindungen haben, bereitzustellen.

Wie ich zuvor betont habe, hat die Einigung in erster Lesung über die Vorlage im Bereich des anwendbaren Rechts Auswirkungen auf die andere Vorlage im Bereich des Familienrechts, da die beiden Texte zum größten Teil identisch sind. Durch die Einigung in erster Lesung haben wir daher auch den Weg für eine frühe Annahme der anderen Vorlage geebnet. Dies ist in der Tat eine wünschenswerte Entwicklung.

Viele Mitgliedstaaten haben enormes Interesse daran, Abkommen mit Drittländern in Familienrechtsangelegenheiten, wie Sorgerecht für Kinder, Umgangsrechte und Unterhaltsverpflichtungen, zum Beispiel wegen bestimmter historischer oder gesellschaftlicher Verbindungen mit diesen Ländern, abschließen zu können.

Schließlich möchte ich im Namen des Rats dem Parlament für seine inspirierenden Empfehlungen zur Entwicklung der Strafgerichtsbarkeit in der EU danken, die Gegenstand des Berichts von Frau Maria Grazia Pagano sind. Ich möchte dem Parlament für diese fruchtbare Debatte und für das ausgezeichnete Ergebnis danken.

Tadeusz Zwiefka, Berichterstatter. – (PL) Herr Präsident, als wir mit dieser Arbeit begannen, waren wir uns bewusst, dass wir uns auf dünnem Eis bewegten. Einerseits war da die außergewöhnliche Natur und die ungewöhnliche Bedeutung der Rechtsinstrumente, an denen wir arbeiteten. Andererseits bestand ein Bewusstsein für das Verstreichen von Zeit und das unvermeidliche Nahen des Endes dieser Amtszeit des Europäischen Parlaments, und drittens und letzten Endes gab es eine Erwartung, sowohl seitens der Mitgliedstaaten als auch seitens der Bürger der Europäischen Union, dass zumindest zu einem genau festgelegten Zeitpunkt Hilfe für sie zur Verfügung gestellt würde, um Angelegenheiten zu lösen, die für sie so schwierig und gleichzeitig so wichtig sind.

Nur dank unseres Willens, ein gutes Ergebnis zu erzielen, natürlich unter vollständiger Achtung des Gemeinschaftsrechts, und unseres Willens, ein Instrument zu entwickeln, das in das Rechtssystem der EU passt, und dank unseres Wunsches, gut zusammenzuarbeiten, konnten wir die Phase erreichen, in der wir heute die Debatte abschließen, was wahrscheinlich dazu führen wird, dass wir in erster Lesung erfolgreich sein werden.

Daher möchte ich noch einmal meinen aufrichtigen Dank an Herrn Deprez aussprechen für seine redlichen Bemühungen, uns vom Überschreiten gewisser Grenzen abzuhalten. Außerdem möchte ich Herrn Kohout aufrichtig für die ungewöhnlich dynamische Arbeit der Vertreter des tschechischen Ratsvorsitzes danken und Kommissar Barrot für die wirklich perfekte Zusammenarbeit der Vertreter der Kommission. Darüber hinaus möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen danken, die heute hier gesprochen haben und die während unserer Arbeit zu deren letztendlichem Erfolg beigetragen haben, und auch unseren Mitarbeitern, insbesondere allen Bediensteten des Rechtsausschusses, die wirklich enorm viel Herzblut und harte Arbeit in den letztendlichen Erfolg investiert haben.

Gérard Deprez, Berichterstatter. – (FR) Herr Präsident, ich werde keine zwei Minuten brauchen. Ich glaube - als Antwort darauf, was ich als eine Aufforderung des Rats und einen Wunsch von Herrn Zwiefka betrachte - dass wir, da wir gut zusammengearbeitet haben, soweit es von mir abhängt, morgen eine Einigung in erster Lesung erzielen werden. Daher werde ich in den Abstimmungsanweisungen, die ich meinen politischen Freunden geben werde, diesen raten, für den Text der Einigung zu stimmen, die wir mit dem Rat und der Kommission ausgehandelt haben, unabhängig, könnte ich hinzufügen, von meinen persönlichen Gefühlen und von den Verbesserungen, die ich an diesem Text gerne vorgenommen hätte.

Abgesehen davon, Herr Präsident, da ich etwas Zeit übrig habe, möchte ich diese nutzen, um nicht länger über unsere Berichte zu sprechen, sondern um dem Minister mitzuteilen, wie glücklich ich bin, dass heute der tschechische Senat seine Zustimmung zum Vertrag von Lissabon gegeben hat. Ich glaube, dass dies neben der Arbeit, die wir erledigt haben, die gute Nachricht, der Hauptteil der guten Nachricht, des Tages ist.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei allen, die daran gearbeitet haben, weil wir alle wissen, dass die Umstände nicht einfach gewesen sind. Es gab starken Gegenwind in Ihrem Land. Die aktuellen politischen Ereignisse machten die Dinge nicht notwendigerweise leichter, und ich möchte Sie daher bitten, unsere Dankbarkeit sowohl an die Behörden als auch an die Menschen in Ihrem Land weiterzugeben. Heute haben Sie der europäischen Sache gut gedient!

Maria Grazia Pagano, Berichterstatterin. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte dem Rat für die Unterstützung der Grundsätze danken und vor allem, falls er es mir erlaubt, Kommissar Barrot, mit dem ich sehr lohnende Austausche hatte, die äußerst nützlich bei der Arbeit waren, die wir nachfolgend in die Kammer gebracht haben. Ich möchte auch denjenigen Mitgliedern herzlich danken, die an diesem Bericht gearbeitet haben, mir Ideen geliefert und natürlich ihre ganze Erfahrung zum Tragen gebracht haben, zunächst und vor allem Herrn Demetriou, Frau Ludford und dem ausgezeichneten Herrn Deprez.

Ich wollte sagen, dass Herr Demetriou, Frau Ludford und Herr Deprez den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Sie identifizierten die Herausforderung, vor der die Europäische Union steht, weil das Erreichen einer kollektiven europäischen Kultur der Rechtspflege - was natürlich heißt, die von Herrn Deprez erwähnten Faktoren ernsthaft zu bekämpfen - die Schaffung der Unabhängigkeit der Justiz, die Bereitstellung von Garantien und die Beseitigung der Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Rechtssystemen die Herausforderungen sind, die uns erwarten. Ich glaube trotzdem, dass die Arbeit, die wir getan haben, uns erlaubt, optimistisch zu sein.

Ich möchte Herrn Romagnoli sagen - ich sage dies aus meiner eigenen Sicht, die auch seine sein sollte - dass im Wesentlichen aufgrund der Art und Weise, wie die Situation gesehen wird, definitiv Pessimismus in Italien herrscht, aber wir müssen optimistisch sein wollen. Und die Arbeit, die auch Sie, Herr Romagnoli, getan haben und der Beitrag, den Sie zu dem Bericht geleistet haben, bedeutet, dass wir gemeinsam die Europäische Union aufbauen können und dass die Europäische Union auch für uns Italiener eine Realität ist.

Präsident. – Die Debatte ist geschlossen.

Die Abstimmung wird morgen, Donnerstag, um 12 Uhr stattfinden.

(Die Sitzung wurde ein paar Momente ausgesetzt)

VORSITZ: HERR DOS SANTOS

Vizepräsident

14. Fragestunde (Anfragen an den Rat)

Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde (B6-0231/2009).

Die folgenden Fragen sind dem Rat eingereicht worden.

Herr Kohout vertritt hier den Rat. Ich würde diese Gelegenheit gern nutzen, um die durch den tschechischen Senat getroffene Entscheidung zu begrüßen, welche uns sehr hoffnungsfroh stimmt, dass der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird.

Präsident. – Frage Nr. 1 von **Manuel Medina Ortega** (H-0205/09).

Betrifft: Schutz europäischer künstlerischer Werke.

Da europäische künstlerische Werke gerade von einer sogar noch im Wachsen begriffenen Unmenge an Raubkopien unterminiert werden, sei die Frage erlaubt, welche Maßnahmen der Rat vorschlägt, um diesbezüglich für einen echten Schutz zu sorgen? <BRK>

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, vielen Dank für Ihre freundlichen Worte, die Sie an die Tschechische Republik und den Senat gerichtet haben. Wir freuen uns auch sehr, dass das Grüne Licht für den Lissabonner Vertrag jetzt viel stärker als noch vor ein paar Stunden leuchtet.

Als Antwort auf die erste Frage würde ich gern sagen, dass der Rat die durch den Abgeordneten zum Ausdruck gebrachten Sorgen teilt, die sich auf die Notwendigkeit beziehen, sich in umfassender Weise um das Problem des Raubkopierens gesetzlich geschützter Werke zu kümmern. Dieses Problem ist sowohl vom Europaparlament als auch vom Rat als eine Priorität der Politik im Kontext der gesamten Anstrengungen,

die für den Schutz und die Förderung der europäischen Kreativen und folglich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu leisten sind, identifiziert worden.

Das Europaparlament und der Rat haben die Richtlinie 2004/48/EG angenommen, welche ein Gemeinschafts-Rahmenwerk zur Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte einführt und sie arbeiten gerade an einem Vorschlag für eine Richtlinie über strafrechtliche Maßnahmen, die abzielt auf die Sicherstellung der Durchsetzung derartiger Rechte.

Der bereits geltende Rechtsrahmen liefert den Mitgliedstaaten eine solide Grundlage, um einen wirksamen Schutz der geistigen Eigentumsrechte einschließlich der Bekämpfung der Raubkopien durchzusetzen. Außerdem stehen die Europäische Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten in anhaltenden Verhandlungen über beispielsweise dem Entwurf über die Anti-Fälschungs-Handelsvereinbarung, um den Schutz der geistigen Eigentumsrechte auf internationaler Ebene wirkungsvoller zu gestalten. -

Am 25. September 2008 nahm der Rat einen Entschluss an, der durch die Mitgliedstaaten und die Kommission im Kontext eines umfassenden europäischen Anti-Fälschungs- und Anti-Raubkopierplans konkret durchzuführende Maßnahmen festlegt. Außerdem nahm der Rat im November 2008 eine Reihe von Schlussfolgerungen als Antwort auf die Kommissionsmitteilung von Januar 2008 über kreative Online-Inhalte im Binnenmarkt an, wobei unter anderem die Notwendigkeit zur Förderung und Erleichterung rechtmäßiger Online-Angebote an urheberrechtlich geschütztem Material als wichtigem Mittel zur wirkungsvollen Bekämpfung von Raubkopien beleuchtet wurde.

Auf dem Gebiet des Zolls hat der Rat die Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die bekanntermaßen derartige Rechte verletzen, angenommen. Diese Verordnung legt die Bedingungen dar, gemäß denen die Zollbehörden in Fällen eingreifen dürfen, bei denen Waren im Verdacht stehen, geistige Eigentumsrechte zu verletzen und die von den Behörden zu ergreifenden Schritte, wenn sich herausstellt, dass Waren illegal sind.

Insbesondere hat die Gemeinschaft eine Reihe von Zoll-Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen, wie etwa die mit China unterzeichnete Vereinbarung, um die Kooperation mit den Zollbehörden von Drittländern *unter anderem* für den Kampf gegen Fälschungen und raubkopierte Waren zu verbessern und zu erleichtern. Diese Vereinbarungen sind praktische Mittel und Methoden der Kooperation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Zollbehörden der Partnerländer. Diese Vereinbarungen werden ständig angewendet und aktualisiert im Rahmen des Gemischten Ausschusses für Zusammenarbeit im Zollbereich, der gemäß diesen Vereinbarungen eingerichtet wurde.

Auf multilateraler Ebene trägt der Rat aktiv zur Arbeit bei, die unter der Federführung der Weltzollorganisation betrieben wird.

Als Letztes nahm der Rat einen Entschluss über den EU-Zollaktionsplan zur Bekämpfung von Verletzungen der geistigen Eigentumsrechte für die Jahre 2009-2012 an, der auf die oben erwähnten Entschlüsse des Rates vom 25. September 2008 folgt.

Der Rat bleibt offen für die Untersuchung künftiger Initiativen, die abzielen würden auf die Stärkung des Kampfes gegen das Fälschen und Raubkopieren, um auf diese Weise Rechteinhabern einen größeren Schutz zu bieten. Der Rat begrüßt alle ähnlichen Anstrengungen seitens des Europaparlaments, um dieses Ziel zu erreichen.

Manuel Medina Ortega (PSE). – (ES) Vielen Dank für Ihre Antwort, Herr Präsident. Ich glaube, dass der Rat wirklich versteht, was das Problem ist, aber ich bestehe auf diesem Punkt und frage Sie, Herr amtierender Ratspräsident, ob der Rat sich der Tatsache bewusst ist, dass das europäische kulturelle Schaffen im Moment unterhalb des Mindestniveaus liegt.

Das Gesetz der Europäischen Union über den Schutz künstlerischer Werke ist das eines unterentwickelten Landes und folglich fällt unser Ausstoß an kulturellen Leistungen auf ein Niveau, das man in unterentwickelten Ländern findet. Dies ist insbesondere auffallend auf dem audiovisuellen Sektor, auf dem die Mehrheit des Ausstoßes augenblicklich außerhalb Europas stattfindet, hauptsächlich in den USA, weil dieses Land künstlerische Werke schützt. Wenn Europa künstlerische Werke nicht schützt, werden wir sie nicht bekommen. Ist sich der Rat der Verantwortung bewusst, die er im Moment trägt?

Paul Rübig (PPE-DE). - Meine Frage betrifft Folgendes: Frau Trautmann wurde ja heute mit ihrem Kompromissänderungsantrag zum Telekom-Paket hier im Parlament überstimmt, das heißt also, dass sie

Präsident Sarkozy mit seiner Lösung „*Three strikes – out*“ in Position gebracht hat. Wie beurteilt die tschechische Präsidentschaft die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament in Bezug auf die europäischen Kulturschaffenden, die ja ihre Rechte im Internet verteidigen wollen?

Jan Kohout, *amtierender Ratspräsident*. – (CS) Herr Präsident, ich würde den Abgeordneten einfach gern versichern, dass der Rat sich wohl bewusst ist, dass es sich hier um eine ernste Aktivität und eine echte Bedrohung für die kulturelle Vielfalt der Europäer und der Europäischen Union handelt. Ich glaube, es geht klar aus der Liste der Maßnahmen hervor, die der Rat in den vorhergehenden Monaten und Jahren durchgeführt hat, dass diese Probleme eine Priorität gewesen sind und weiterhin bleiben werden, selbst im Rahmen des umfassenden europäischen Planes, der spezifische Aktionsziele gesetzt hat, wie etwa die Errichtung des Europäischen Fälschungs- und Raubkopien-Observatoriums. Ich glaube, dass man in diesem Zusammenhang sagen sollte, dass dem Rat seine Verantwortung klar ist, dass er sich des ernststen Charakters des vorliegenden Problems bewusst ist und dass er entschlossen ist, diesbezüglich besondere Maßnahmen zu ergreifen. Was das Telekommunikationspaket angeht, so haben sowohl die vorherige als auch unsere Präsidentschaft sehr viel Energie in dieser Angelegenheit investiert. Wir sind enttäuscht, dass der gesamte Kompromiss, einschließlich dieser Anti-Raubkopien-Verordnung, nicht genehmigt worden ist. Ich würde gern der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass das vereinbarte Telekommunikationspaket schließlich nach weiteren Verfahren verabschiedet wird. Nichtsdestotrotz bin ich aus den durch den Abgeordneten erwähnten Gründen darüber enttäuscht, dass das Paket heute nicht verabschiedet worden ist.

Präsident. – Frage Nr. 2 von **Gay Mitchell** (H-0207/09)

Betrifft: Klimawandel

Wie stellt der Rat unter Berücksichtigung der wohlbekannten Skepsis des tschechischen Präsidenten Václav Klaus bezüglich des Klimawandels sicher, dass die Meinungen der überwältigenden Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten und der Bürger, die die wissenschaftliche Aufrichtigkeit des durch den Menschen verursachten Klimawandels unterstützen, respektiert werden, und zwar spezielle in Bezug auf die Vorbereitungen für den Klimagipfel in Kopenhagen und die bevorstehende schwedische Präsidentschaft?

Jan Kohout, *amtierender Ratspräsident*. – Letzten März entwickelten der Rat und die Frühjahrstagung des Europäischen Rates eine neue Position für die internationalen Klimawandel-Verhandlungen weiter, insbesondere angesichts der Konferenz in Kopenhagen.

Auf dieser Versammlung vom 19.-20. März 2009 betonte der Rat seine Überzeugung, dass die Wirtschaftskrise und die politischen Maßnahmen als Antwort darauf eine Gelegenheit darstellten, die notwendigen Wirtschaftsreformen durchzuführen und gleichzeitig Reformen in Richtung einer sicheren und nachhaltigen kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Wirtschaft zu beschleunigen.

Die Schlussfolgerungen der Präsidentschaft aus der Tagung des Europarates vom März dieses Jahres besagten, dass die Europäische Union darum bemüht bleibt, eine führende Rolle zu spielen und eine globale und umfassende Klimavereinbarung im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen zu erreichen, die darauf angelegt ist, die globale Erwärmung auf unter 2° Celsius zu begrenzen.

Um dies zu erreichen, erinnerte der Europarat an das Engagement der EU zu einer 30%-igen Emissionssenkung, da ihr Beitrag zu einer derartigen Vereinbarung vorsah, dass andere Industrieländer sich festlegen auf vergleichbare Emissionssenkungen, und dass fortgeschrittene Entwicklungsländer entsprechend ihrer Verantwortung und ihren jeweiligen Fähigkeiten ihren Beitrag leisten. Der Europarat wird diese Probleme auf seiner Versammlung im Juni weiter diskutieren.

Avril Doyle (PPE-DE), *stellvertretend für den Verfasser*. – Ich würde gern der tschechischen Präsidentschaft für ihren Vorsitz des Ausschusses und die Meinungen zu diesem Thema danken.

Als ich vorhin einen Ihrer Kollegen fragte, ob ich jetzt Zusicherungen haben könnte, da wir uns der entscheidenden Versammlung nähern, dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen - 15. Konferenz der Vertragsstaaten zur Klimarahmenkonvention in Kopenhagen in diesem Dezember, dass wir die enthusiastische Unterstützung der tschechischen Regierung für eine adäquate und vollkommen gleichberechtigte globale Vereinbarung zur Reduzierung der Kohlenstoffemissionen weltweit haben werden?

Sie begannen Ihre Präsidentschaft mit dem Ruf, Klimaskeptiker zu sein. Können Sie jetzt bestätigen, dass Sie Konvertiten sind, und dass Sie dem legislativen Klima- und Energiepaket, das im vergangenen Dezember durch dieses Parlament mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde, vollkommen zustimmen?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Herr Präsident, als Antwort auf die Frage würde ich gern zuerst sagen, dass wir – im Sinne der tschechischen Regierung und der Tschechischen Republik – niemals skeptisch wegen des Klimawandels gewesen sind. Ich glaube nicht, dass das, was ich in meiner Rede sagte über gewisse Entschliefungen, die vom Europarat auf seiner Tagung im März angenommen wurden über gewisse Maßnahmen, die von früheren Europaräten angenommen wurden und von der tschechischen Regierung besucht wurden und über die Regierung, die mit diesen Schlussfolgerungen einverstanden war, in irgendeiner Weise anzeigen kann, dass entweder die aus dem Amt scheidende Regierung oder die neue Regierung, die am Freitag ihr Amt antreten wird, ihre Meinungen in dieser Angelegenheit in irgendeiner Weise geändert haben. In diesem Sinne können wir sagen, dass wir dem eingeschlagenen oder durch die vorherigen Räte dargelegten Kurs folgen werden, und unsere Ambitionen sind, dass die EU ihr Bestes beim bevorstehenden Gipfel im Juni geben wird, um fortzuschreiten bei der Vorbereitung des Mandats des Europarates und dem Verhandlungsrahmenwerk für Kopenhagen trotz aller damit verbundenen Probleme und Schwierigkeiten. Ich spürte in der Frage eine Anspielung auf die tschechische Präsidentschaft, aber ich kann Ihnen kategorisch und ehrlich sagen, dass in Prag vor zwei Tagen ein Gipfel mit Japan stattgefunden hat, unter Vorsitz des Präsidenten Klaus im Namen der EU, und wenn Sie dort irgendetwas gesehen haben, das nicht im Einklang stand mit der einheitlichen EU-Meinung über das Klima, dann lassen Sie es mich bitte wissen, obwohl ich genau weiß, dass nichts dergleichen stattgefunden hat. In diesem Licht gesehen, betrachte ich diese Sorgen als verständlich, aber im Prinzip nicht völlig gerechtfertigt, und ich hoffe, ich habe sie erfolgreich beseitigen können.

Präsident. – Frage Nr. 3 von **Avril Doyle** (H-0210/09)

Betrifft: Der Lissabonner Vertrag und die tschechische Präsidentschaft

Könnte der Rat bitte seinen Kommentar abgeben zu einem möglichen Zeitplan zur Ratifizierung des Lissabonner Vertrags durch die Tschechische Republik?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Herr Präsident, in Ihrer Einführung zu meiner Rede heute machten Sie eine Ankündigung, in welcher Sie der Tschechischen Republik zu der Tatsache gratulierten, dass ihr Senat heute den Lissabonner Vertrag mit einer klaren Stimmenmehrheit angenommen hat. Ich glaube, dass dies – momentan – die beste Antwort ist auf die vorliegende Frage ist.

Avril Doyle (PPE-DE), - Vielen Dank dem tschechischen Minister und Glückwünsche über ihn an den Vorsitzenden und alle Mitglieder des Tschechischen Senats. Jetzt haben sowohl das Ober- als auch das Unterhaus für die Genehmigung der Ratifizierung gestimmt.

Sie sehen mich vielleicht als ein irisches Mitglied dieses Hauses und sagen: Ist das der Esel, der den anderen Langohr schimpft? Wir haben immer noch unsere Arbeit in Irland zu erledigen. Die Polen und die Deutschen müssen auch noch ein bisschen aufräumen.

Darf ich Sie aber darum bitten, mir anzuzeigen, wann und ob Ihr Präsident Klaus wahrscheinlich die Wünsche des Oberhauses und des Unterhauses annehmen und die vollständige Ratifizierung des Vertrages genehmigen - oder abzeichnen - wird, wenn Sie so wollen? Nochmals vielen Dank. Ich freue mich über das heutige Ergebnis in Ihrem Senat.

Paul Rübzig (PPE-DE). - Herr Präsident! Ich gratuliere der tschechischen Ratspräsidentschaft zur Entscheidung im Senat. Trotzdem muss ich feststellen, dass wir in Europa natürlich mit vielen Bereichen des Zusammenspiels zwischen den Institutionen unzufrieden sind und deshalb diesen Reformvertrag in den letzten acht Jahren verhandelt haben. Wäre es vielleicht möglich, auch in Tschechien eine Debatte zu führen, was tatsächlich an diesem Vertrag stört und welche Alternativen Herr Präsident Klaus der europäischen Bevölkerung anbieten könnte, um die derzeitige Unzufriedenheit, auf die er ja lautstark hinweist, zu überwinden, und welche Lösungsansätze er sehen würde? Derzeit ist nur bekannt, dass er die Reform verhindern will, aber keine positiven Vorschläge unterbreitet.

Bernd Posselt (PPE-DE). - Herr Präsident! Nachdem Präsident Klaus aus reiner Egozentrik dem nationalen Ansehen seines Landes geschadet hat, möchte auch ich der tschechischen Präsidentschaft gratulieren und sagen: Es war eine erstklassige Präsidentschaft und ich bin glücklich, dass sie mit der Ratifikation des Vertrags, was das Parlamentarische betrifft, endet.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Herr Präsident, ich möchte Ihnen für Ihre würdigen Worte und Ihre Glückwünsche zur Bewilligung des Lissabonner Vertrags durch unseren Senat danken. Präsident Klaus hat seine eigenen Ansichten und wir in der Tschechischen Republik respektieren seine Meinung, die

Teil des demokratischen Meinungsspektrums ist. Was die Debatte über den Lissabonner Vertrag angeht, so erwies diese sich als sehr intensiv, und aus diesem Grund hat der Senat den Lissabonner Vertrag bis jetzt nicht genehmigt, nach langen Diskussionen über das Thema. Die große Stimmenmehrheit - 54 Senatoren von den 80 anwesenden - haben zu Gunsten des Vertrags gestimmt, einschließlich der Senatoren der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) (die Partei, die Präsident Klaus einst gründete), was zeigt, dass es einen „Eurorealismus“ in der Tschechischen Republik gibt, dass es ein sehr starkes Gefühl der Mitverantwortung für Europa und für die EU sowie einen Willen gibt, den Prozess der europäischen Integration fortzuführen und eine aktive Rolle dabei zu spielen. Was die konstitutionelle Anordnung für die Genehmigung durch beide Kammern des Tschechischen Parlaments anbelangt, so ist dies wirklich eine Vorbedingung für die Ratifizierung, die dann in der Unterzeichnung durch den Präsidenten gipfelt. In dieser Hinsicht setzt die Verfassung keinerlei Fristen, und ich möchte zu diesem Zeitpunkt nicht über das Datum spekulieren, bis zu dem der Vertrag durch den Präsidenten unterzeichnet sein wird. Die Situation ist für uns jetzt ziemlich neu, sogar in der Tschechischen Republik selbst. Dies ist eine Riesenerleichterung für uns, und wir freuen uns natürlich sehr. Wir werden natürlich weitere Konsultationen und Gespräche führen, die darauf abzielen, die Ratifizierung innerhalb der kürzest möglichen Zeit fertig zu stellen.

Präsident. – Frage Nr. 4 von **Bernd Posselt** (H-0213/09)

Betrifft: Kroatien, Mazedonien und Südosteuropa.

Wie hoch schätzt der Rat die Wahrscheinlichkeit von Zugangsverhandlungen mit Kroatien und einer Fristsetzung für Verhandlungen mit Mazedonien vor dem Jahresende und das Konkretisieren der Aussichten eines EU-Zugangs der südosteuropäischen Staaten einschließlich Kosovo ein, das zwischen Kroatien und Mazedonien liegt?

Jan Kohout, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident, die Verhandlungen mit Kroatien sind in eine wichtige und anspruchsvolle Phase getreten. Seit dem Start dieser Verhandlungen sind 22 Kapitel geöffnet worden, von denen sieben vorläufig geschlossen worden sind. Voraussagen über den Abschluss des Verhandlungsprozesses können keine getroffen werden. Wie Sie wissen, wird das Fortkommen der Verhandlungen hauptsächlich bestimmt durch den kroatischen Fortschritt hinsichtlich der Eröffnungs- und Abschlusskriterien sowie die Erfüllung der Anforderungen des Verhandlungsrahmens und die Erfüllung der Verpflichtungen Kroatiens gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

Die Durchführung der überarbeiteten Zugangspartnerschaft ist auch wichtig für die Vorbereitung einer weiteren Integration in die Europäische Union. Volle Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien, einschließlich des Zugangs zu Dokumenten, bleibt wesentlich im Einklang mit dem Verhandlungsrahmenwerk. In diesem Zusammenhang sollte man sich ins Gedächtnis zurückrufen, dass der Rat wiederholt zum Ausdruck brachte, dass im Einklang mit dem Rahmenwerk und der Zugangspartnerschaft Anstrengungen für gute nachbarschaftliche Beziehungen fortgeführt werden müssen - insbesondere die Arbeit, um Lösungen für bilaterale Fragen mit Nachbarstaaten zu finden, und zwar speziell Grenzfragen.

Die Präsidentschaft bedauert, dass die Grenzfrage mit Slowenien die Geschwindigkeit der Zutrittsverhandlungen mit Kroatien beeinträchtigt und der Fortschritt entspricht nicht dem verzeichneten früheren Fortschritt. Wie Sie wissen, hat die Präsidentschaft, zusammen mit den früheren und neu gewählten Präsidentschaften und der Kommission, bedeutende Erleichterungsanstrengungen gemacht, um Fortschritte bei dieser Frage zu erzielen. Ferner führte der Rat (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) im April eine nützliche Diskussion durch, um eine Bestandsaufnahme der Situation zu machen.

Was die frühere jugoslawische Republik Mazedonien angeht, möchte ich an die Entscheidung des Europarates vom Dezember 2005 erinnern, ihr den Status eines Kandidatenlandes zu gewähren, wobei insbesondere die Anforderungen des Stabilisierungs- und Verbindungsprozesses und Kriterien für die Mitgliedschaft und Durchführung der Prioritäten in der Partnerschaft, der substanzielle Fortschritt, der bei der Fertigstellung des Rahmenwerks gemacht wurde, das bezogen ist auf das Rahmenabkommen von Ohrid ebenso wie seine Erfolgsbilanz bei der Durchführung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens einschließlich seiner handelsbezogenen Bestimmungen seit 2001 berücksichtigt werden.

Entsprechend dem Europarat vom Juni 2008 werden weitere Schritte durch die frühere jugoslawische Republik Mazedonien in ihrer Entwicklung hin zur EU möglich sein, vorausgesetzt, dass die Bedingungen, die im Dezember 2005 in den vom Europarat aufgestellten Schlussfolgerungen dargelegt wurden, die Kopenhagener Politikriterien und die hervorragenden Schlüsselprioritäten der Zugangspartnerschaft erfüllt werden. Das Aufrechterhalten guter nachbarschaftlicher Beziehungen, einschließlich einer ausgehandelten

und gegenseitig annehmbaren Lösung des Hauptproblems bleiben die wesentlichen Punkte. Das Abhalten von freien und gerechten Wahlen ist entscheidend. Gemäß der Vorbewertung der Wahlbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte, waren die am 22. März und 5. April abgehaltenen Wahlen gründlich durchorganisiert und erfüllten die meisten internationalen Verpflichtungen und Normen.

Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorn für die Demokratie in dem Land. Wir ermutigen den neuen Präsidenten und die Regierung, in ihren Anstrengungen zur Erreichung von Fortschritt in ihrem Land zum Vorteil aller Bürger und die Regierung, sich auf die Reformagenda zu konzentrieren, wie beispielsweise die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, den wirtschaftlichen Fortschritt und den Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen.

Was andere Länder des westlichen Balkens angeht, so ist ein beträchtlicher Fortschritt auf die EU-Mitgliedschaft hin in den letzten Jahren erzielt worden, dieser ist aber auch ungleich gewesen, und Herausforderungen bleiben bestehen. Der Rat ist bereit, Anstrengungen zur Erfüllung dieser Herausforderungen zu unterstützen, insbesondere durch die Durchführung der Stabilisierungs- und Assoziierungsverträge und durch die Gewährung beträchtlicher finanzieller Unterstützung. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess bleibt das Gesamtrahmenwerk für die europäische Perspektive des westlichen Balkans. Durch die Erzielung eines soliden Fortschritts und die Durchführung politischer Reformen und durch die Erfüllung der notwendigen Bedingungen und Anforderungen sollten die verbleibenden potenziellen Kandidaten auf dem westlichen Balkan einen Kandidatenstatus entsprechend ihrer eigenen Meriten erreichen, mit der EU-Mitgliedschaft als höchstem Ziel.

Im Dezember 2008 reichte Montenegro seinen Antrag auf Mitgliedschaft ein. Am 23. April dieses Jahres bat der Rat die Kommission darum, ihr Gutachten über den Antrag vorzubereiten, sodass der Rat dann weitere Entscheidungen treffen kann. Am 28. April reichte Albanien seinen Antrag auf Mitgliedschaft ein. Anträge von anderen Ländern könnten zu einem späteren Zeitpunkt eingehen.

Der Rat erinnert an die Bereitschaft der Europäischen Union, bei der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kosovo durch eine klare Perspektive im Einklang mit der europäischen Perspektive der Region behilflich zu sein. Der Rat begrüßt die Absicht der Kommission, im Herbst 2008 eine Studie vorzulegen, die die Mittel untersucht, die politische und sozioökonomische Entwicklung des Kosovo zu fördern. Der Rat setzt sich ein für die Stärkung der Kontakte der Völker untereinander, wie beispielsweise die Aufhebung der Visa-Anforderungen, wenn die in den Plänen zur Visaliberalisierung definierten Bezugsmarken erreicht sind, ebenso wie die Förderung des Austauschs von Studenten und Berufsanfängern.

Während das Eigentumsprinzip gestärkt wird, betont die EU die Wichtigkeit der regionalen Zusammenarbeit und gutnachbarschaftlicher Beziehungen unter den westlichen Balkanländern. Die regionale Zusammenarbeit und die europäische Agenda sind miteinander verbunden. Je mehr westliche Balkanländer miteinander kooperieren, desto mehr integrieren sie sich in die europäischen Strukturen. Dies findet deshalb statt, weil die europäische Zusammenarbeit zu einem gemeinsamen Verständnis in der Region und zum Finden von Lösungen für Probleme von gemeinsamem Interesse beiträgt, so etwa in den Bereichen Energie, Transport, Handel, dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption, der Flüchtlingsrückführung und den Grenzkontrollen.

Bernd Posselt (PPE-DE). - Vielen Dank für die sehr gute und sehr ausführliche Antwort!

Drei ganz kurze Zusatzfragen:

Erstens: Halten Sie es für denkbar, dass noch unter der tschechischen Präsidentschaft neue Kapitel mit Kroatien eröffnet werden?

Zweitens: Werden Sie noch in diesem Jahr ein Datum für Mazedonien nennen?

Drittens: Wie sieht der Zeitplan für die Visa-Erleichterungen aus?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Herr Präsident, bezogen auf die erste Frage hinsichtlich der Freigabe des Verhandlungsprozesses war, wie ich dies bereits in meiner Eröffnungsrede zum Ausdruck brachte, einer der Tagesordnungspunkte der letzten Besprechung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen genau diesen Problemen gewidmet. Wir glauben fest daran, dass ein Fortschritt in dieser Angelegenheit während der aktuellen Präsidentschaft ebenso erreicht wird wie eine Vereinbarung zur Erleichterung des Abschlusses der Verhandlungskapitel, die für den Abschluss vorbereitet worden sind. Eines der Hauptziele dieser Präsidentschaft bestand von Anfang an darin, die Blockade in dieser Situation zu

entfernen. Eine Lösung nimmt gerade Gestalt an, und wir hoffen, dass sie für alle beteiligten Parteien akzeptabel sein wird, wobei es dadurch möglich wird, Fortschritte bei den Verhandlungen zu erzielen.

Was die Frage hinsichtlich der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien betrifft, so sollte man anmerken, dass wir momentan nicht erwarten, dass ein Datum festgelegt wird oder andere Besonderheiten während dieser Präsidentschaft endgültig festgelegt werden. Wir fassen keine Visum-Liberalisierung in der ersten diesjährigen Sitzung ins Auge, aber wir glauben, dass bis zum Jahresende oder dem Beginn des nächsten Jahres die Bürger aus einer ganzen Anzahl von Ländern des westlichen Balkans, die die Kriterien fast oder bereits erfüllen, möglicherweise ohne Visum aus einem der Länder des westlichen Balkans in die Europäische Union reisen könnten. Es ist hier schon bei mehreren Gelegenheiten betont worden, dass es eine der Prioritäten unserer Präsidentschaft ist, die Länder des westlichen Balkans und die Europäische Union näher zusammen zu bringen. Wir haben beträchtliche Anstrengungen auf die Erreichung dieses Ziels verwendet, und wir möchten die gleichen, wenn nicht sogar größere Anstrengungen auf diese Priorität in den uns verbleibenden zwei Monaten verwenden.

Präsident. – Frage Nr. 5 von **Claude Moraes** (H-0215/09)

Betrifft: Schutz der am stärksten Gefährdeten in der Wirtschaftskrise.

In den Schlussfolgerungen seiner Versammlung vom 19. und 20. März erklärte der Europarat, dass beim Angehen der sozialen Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise 'besondere Aufmerksamkeit den am stärksten Gefährdeten und den neuen Risiken Ausgrenzung gegeben werden sollte.

Auf welche Weise konzentriert sich der Rat auf den Schutz der am stärksten Gefährdeten, wie etwa neue Migranten, ältere Menschen, sesshafte ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und die Obdachlosen davor, dass sie nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden? <BRK>

Jan Kohout, *amtierender Ratspräsident*. – Wie der Abgeordnete sehr gut in seinem Gemeinschaftsbericht über sozialen Schutz und soziale Einbeziehung, der dem Europäischen Rat auf dessen Versammlung am 19-20. März eingereicht wurde, erklärte, betont er die Notwendigkeit angemessener sozial orientierter Vorgehensweisen nicht nur zur Abschwächung der ungünstigen sozialen Auswirkungen auf die am stärksten Gefährdeten sondern auch, um die Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft als Ganzes abzufedern.

Dies beinhaltet die Angleichung der Leistungen, wo nötig, zur Sicherstellung einer angemessenen Unterstützung für die Empfänger. Insbesondere umfassende aktive Einbeziehungsstrategien, die Maßnahmen kombinieren und ausgleichen und den Arbeitsmarktzugang zu Qualitätsdiensten und angemessenen Mindesteinkommen einschließen, müssen durchgeführt werden.

Man muss die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Durchführung von umfassenden Strategien gegen die Armut und die soziale Ausgrenzung von Kindern fördern, einschließlich einer zugänglichen und erschwinglichen Kinderbetreuung.

Dauerhafte Arbeit ist nötig, um die Obdachlosigkeit als einer äußerst ernsthaften Form des Ausschlusses anzugehen, zur Förderung der sozialen Einbeziehung von Migranten und um sich, beispielsweise, mit den vielfachen Nachteilen, denen sich die Roma gegenübersehen und ihrer Anfälligkeit für soziale Ausgrenzung zu befassen.

Wachsamkeit wird auch benötigt, da neue Risikogruppen, unter ihnen junge Arbeiter und Arbeitsmarkt-Neuzugänge ebenso wie neue Risiken, auftreten können.

Was die spezifische Lage der älteren Leute, ethnischen Minderheiten und Behinderten anbelangt, so hat der Rat bereits Gesetze angenommen, die darauf abzielen, diese Bevölkerungsgruppen und andere Gruppen gefährdeter Personen vor Diskriminierung zu schützen. Rats-Richtlinie 2000/78/EG legt einen allgemeinen Rahmen für die Gleichbehandlung bei Beschäftigung und Beruf fest und verbietet Diskriminierung aus Gründen der Religion oder des Glaubens, der Berufsunfähigkeit, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung bei Beschäftigung und Beruf. Rats-Richtlinie 2000/43/EG führt das Prinzip der Gleichbehandlung von Personen durch, ungeachtet des rassischen oder ethnischen Ursprungs bei einer großen Anzahl an Bereichen einschließlich Beschäftigung, Selbstständigkeit, Berufsausbildung, sozialer Sicherheit, Bildung und Zugang zu Waren und Diensten einschließlich Unterbringung.

Zusätzlich untersucht der Rat derzeit eine neue Kommissionsvorlage, die darauf abzielt, den Schutz gegen Diskriminierung sogar noch weiter auszudehnen. Die Vorlage für eine Rats-Richtlinie über die Durchführung des Prinzips der Gleichbehandlung von Personen, ungeachtet deren Religion oder Glauben, Alter oder

sexueller Ausrichtung würde den Schutz gegen Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glaube, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung auf Bereiche jenseits der Beschäftigung ausdehnen. Am 02. April 2009 stimmte das Europaparlament für die Kommissionsvorlage gemäß dem Beratungsverfahren, und Diskussionen über die Entwurfsrichtlinie finden weiterhin im Rat statt.

Gestatten Sie mir, daran zu erinnern, dass der Rat und das Parlament im letzten Frühjahr erfolgreich eine Einigung in erster Lesung über den Vorschlag der Kommission zur Schaffung eines Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung für 2010 aushandelten. Zu dieser Zeit hätten nur wenige von uns das Ausmaß der bevorstehenden Wirtschaftskrise einschätzen können. Allerdings ist es jetzt im Nachhinein klar, dass die Kommission, der Rat und das Parlament absolut richtig darin lagen, sich auf die Probleme der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu konzentrieren.

Schließlich untersucht der Rat eine Reihe von Entschließungsentwürfen über die Chancengleichheit von Männern und Frauen der Altersgruppe über 50, die von der tschechischen Präsidentschaft vorgelegt wurden. Es wird erwartet, dass diese Entschließungen durch den Rat im Juni angenommen werden. Dies wird eine weitere Gelegenheit für den Rat sein, seinen Einsatz für die Sicherstellung, dass unsere älteren Mitbürger aktiv am Leben teilnehmen können und würdevoll im Alter leben, nochmals zu bekräftigen.

Im Rahmen der aktuellen EU-Präsidentschaft ist die Konferenz über soziale Dienstleistungen betitelt mit „Soziale Dienstleistungen“: ein Werkzeug zur Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts wurde dieses Jahr im April in Prag abgehalten. Die Konferenz betonte die Bedeutung der sozialen Dienstleistungen für die aktive Einbeziehung von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Der Bereich der sozialen Dienstleistungen wird auf der einen Seite aufgrund von ökonomischen und demografischen Veränderungen das wichtige Feld der neuen Arbeitsgelegenheiten werden, insbesondere für Frauen und ältere Arbeitnehmer, und er hilft auf der anderen Seite den Nutzern der sozialen Dienstleistungen, selbst ihre Arbeitsplätze zu behalten.

Die Konferenz führte grundsätzliche Startpunkte für weitere gesamteuropäische Diskussionen über die Rolle der sozialen Dienstleistungen in der Gesellschaft ein. Obwohl die Arten, soziale Dienstleistungen zu liefern, die Kompetenzteilung und das Konzept der finanziellen Nachhaltigkeit in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich geregelt sind, gab es viel Übereinstimmung unter den Konferenzrednern über die Rolle und die Ziele der sozialen Dienste.

Bei den Entschließungen der Konferenz, die weiter ausgearbeitet und dann mit dem Ziel der Annahme durch den BESO-Rat im Juni verhandelt werden wird, wird die Rolle der sozialen Dienste als einem bedeutenden Instrument der Sozialpolitik betont.

Die Notwendigkeit eines integrierten Konzipierens und Erbringens von sozialen Dienstleistungen und die Berücksichtigung individueller Kundenbedürfnisse werden ebenso unterstrichen. Die wichtige Rolle der Behörden bei der Sicherstellung von Qualität, dem Zugang zu und der Nachhaltigkeit sozialer Dienstleistungen wird erwähnt und es wird erklärt, dass das Investieren in soziale Dienstleistungen, insbesondere in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, sich auszahlt und es das Wachstumspotenzial und den Zusammenhalt der Volkswirtschaften und Gesellschaften stärken kann. Es wird auf die Bedeutung der informellen Pflege hingewiesen und die so genannte „geteilte Pflege“, eine Kombination aus sowohl formeller als auch informeller Pflege, scheint optimal und am wirkungsvollsten zu sein.

In den Konferenzschlussfolgerungen wird die Bedeutung der Förderung eines Systems der lebenslangen Schulung und der Kapazitätsbildung zur Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen erwähnt. Nicht zuletzt wird der Schutz der Rechte, die Würde und die speziellen Bedürfnisse der Nutzer sozialer Dienstleistungen betont.

Emine Bozkurt (PSE), stellvertretend für den Verfasser. – (NL) Herr Präsident, ich möchte der tschechischen Präsidentschaft ganz herzlich für die Beantwortung meiner Frage danken. Mich hat es gefreut zu hören, dass die Frage der Ausdehnung der Richtlinie zur Anti-Diskriminierung auf Waren und Dienstleistungen ein Hauptpunkt in Ihren Antworten auf die Fragen über den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung der am stärksten gefährdeten Gruppen war. Gestatten Sie mir, Ihnen mitzuteilen, wie sehr ich dies zu schätzen weiß.

Meine Frage an Sie ist, bedeutet dies auch, dass der Text, den dieses Haus im April genehmigte, die volle Unterstützung der tschechischen Präsidentschaft hat, und welche praktischen Schritte haben Sie, der

amtierende Präsident, unternommen um sicherzustellen, dass diese Richtlinie auch so schnell wie möglich durch die Mitgliedstaaten und den Rat angenommen wird? Vielen Dank.

Justas Vincas Paleckis (PSE). – (LT) Auch ich möchte Ihnen für Ihre umfassende Antwort danken. Das Problem der sozialen Ausgrenzung ist weit verbreitet und facettenreich, weil viele Leute heutzutage, meiner Meinung nach, einfach Problemen des Überlebens gegenüberstehen. Ist der Rat bereit, die Nahrungsmittelhilfe zu erhöhen? Die Nahrungsmittelhilfe ist auch eine sehr wichtige Angelegenheit, zum Zeitpunkt da diese Krise tobt, und es scheint mir, dass wir ihr eine größere Aufmerksamkeit schenken sollten.

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Ich möchte Ihnen für Ihren Beifall für meine vorhergehende Antwort und meine Anstrengungen danken, Ihnen eine wirklich erschöpfende Antwort auf die gestellte Frage zu geben. Was die zusätzliche Frage angeht, so muss gesagt werden, dass ich nicht in der Lage bin, Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt hierauf eine absolut klare Antwort zu geben. Nichtsdestotrotz sollte auch angemerkt werden, dass alle sich auf soziale Ausgrenzung beziehenden Fragen, ebenso wie diejenigen, welche den Kampf gegen die Armut in diesen Krisenzeiten betreffen, einschließlich der von Ihnen erwähnten Richtlinie, ganz normal auf der Tagesordnung stehen und in den Arbeitsgruppen des Rates intensiv diskutiert werden. Was die Nahrungsmittelhilfe angeht, so kann es sein, dass ich das Ziel der Frage missverstanden habe, aber im Rat haben wir die Nahrungsmittelhilfe primär für die Entwicklungsländer diskutiert, mit anderen Worten, die am schlimmsten von der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie von der vorigen Nahrungsmittelkrise betroffenen Länder. Was die Lage in der Europäischen Union angeht, so wird gerade kein derartiges Thema diskutiert. Nichtsdestotrotz sind wir uns der Verantwortung der Europäischen Union bewusst hinsichtlich der am wenigsten Erfolgreichen oder derer, die in der aktuellen Lage bedeutend mehr Hilfe benötigen, und dieses Thema wird auch auf der Tagesordnung einer Ministerversammlung für die Entwicklungszusammenarbeit stehen.

Präsident. – Frage Nr. 6 von **Marie Panayotopoulos-Cassiotou** (H-0217/09)

Betrifft: Europäischer Beschäftigungspakt

Wie sieht der Rat den Vorschlag, einen Europäischen Beschäftigungspakt anzunehmen, der ein wichtiges Mittel darstellen könnte bei der Bewahrung des sozialen Zusammenhalts und der Förderung des Wachstums und der wirtschaftlichen Erholung der EU, die an den Auswirkungen der weltweiten Krise leidet?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Der Rat hat keine Vorlage von der Kommission für eine Europäische Beschäftigungssteuer erhalten. Deshalb ist der Rat nicht in der Lage, die der Abgeordneten diesbezüglich gestellte Frage zu beantworten. Jedoch teilt der Rat die Bedenken der Abgeordneten in ihrer Frage und denkt, dass es wichtig ist, den sozialen Zusammenhalt beizubehalten und das Wachstum und die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union zu fördern, die an den Auswirkungen der weltweiten Krise leidet.

In diesem Rahmenwerk würde die Präsidentschaft gern daran erinnern, dass Mitgliedstaaten zuallererst verantwortlich bleiben für die Konzeption und Durchführung der Beschäftigungspolitik. Nichtsdestotrotz zollt der Rat dieser Beschäftigungspolitik spezielle Aufmerksamkeit, insbesondere jetzt, da sich Europa einer Finanz- und Wirtschaftskrise gegenüber sieht und neue frühe Beschäftigungsleitlinien im Einklang mit dem Vertrag annimmt.

In diesem Sinne möchte die Präsidentschaft daran erinnern, dass der Europarat im Dezember letzten Jahres einen gesamteuropäischen Erholungsplan beschlossen hat, der sich *unter anderem*, mit Beschäftigungsfragen befasst, die das Ergebnis der Finanzkrise sind. Der Plan besteht aus sofortigen Budgetmaßnahmen, die sich auf 200 Milliarden EUR belaufen und auf der einen Seite Gemeinschaftsmaßnahmen umfassen, die sich auf 30 Milliarden EUR belaufen und auf der anderen Seite nationale Maßnahmen beinhalten, die sich auf 170 Milliarden EUR belaufen.

Der Europarat unterstützte auch die Idee einer schnellen Aktion durch den Europäischen Sozialfonds als Unterstützung für die Beschäftigung, speziell zum Vorteil der am stärksten gefährdeten Gruppen der Bevölkerung, wie etwa der Unterstützung einer Politik der Flexibilität und Sicherheit sowie von Vorgehensweisen, die Arbeitsübergangsperioden erleichtern und den Mitgliedstaaten, wo nötig, die Gelegenheit geben, Ausgaben des Europäischen Sozialfonds neu zu programmieren, um ihre Beschäftigungsstrategien zu stärken.

Man sollte sich auch daran erinnern, dass zusätzlich zum Europäischen Sozialfonds der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ebenfalls Gemeinschaftshilfen zur Ergänzung von nationalen Aktionen liefert, einschließlich Aktionen auf regionaler und lokaler Ebene. Dieser Fonds, der durch den Rat

im Jahre 2007 ins Leben gerufen wurde, kümmert sich um spezifische Krisen europäischen Ausmaßes, die verursacht wurden durch die Globalisierung, und er sorgt für einmalige, zeitlich beschränkte individuelle Unterstützung, die direkt zugeschnitten ist auf beschäftigungslose Arbeiter.

Eine Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wird gerade vorbereitet, und der Europarat forderte im März 2009, dass schnell eine Vereinbarung gefunden wird. Der Rat begrüßt die Vereinbarung über eine Annahme in der ersten Lesung dieser Überarbeitung und richtet sich nach der der heutigen Abstimmung im Plenum.

Der Europarat vereinbarte im März auch einige zusätzliche Maßnahmen, wie etwa die folgenden: Das Entfernen von Barrieren, während die Schaffung von neuen verhindert wird und das Erreichen eines voll funktionsfähigen Binnenmarktes. Die weitere Reduzierung von Verwaltungslasten. Die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Industrie, um eine starke industrielle Basis beizubehalten und für Branchen, die stark ausgerichtet sind auf den Mittelstand und die Innovation. Die Förderung von Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Forschung, Bildung und Schulung. Und die Beschleunigung und Verbesserung der Investitionsqualität in Forschung, Wissen und Bildung.

Schließlich möchte der Präsident daran erinnern, dass die Initiative der aktuellen Präsidentschaft, ein Beschäftigungsgipfel, am 7. Mai in Prag organisiert wird. Gestern hatte der stellvertretende tschechische Premierminister für europäische Angelegenheiten, Herr Vondra, die Gelegenheit, in diesem Plenum zu dieser Frage im Namen der Präsidentschaft zu sprechen.

Marie Panayotopoulos-Cassiotou (PPE-DE). – (EL) Herr Präsident, ich danke dem amtierenden Ratspräsidenten für seine Antwort. Meine Frage war auf der genau gleichen Wellenlänge. Sollten nicht von Zeit zu Zeit alle programmierten Mittel - insbesondere als Ergebnis der Krise - koordiniert werden unter einem Hut, was ich eine „Vereinbarung über Beschäftigung“ nenne, sodass sie für die Europäer Früchte tragen, die von Millionen Euros hören - Sie erwähnten die Summe von 200 Milliarden EUR- aber nicht sehen, dass dieses Geld in wirksame Aktionen investiert wird, die ihnen einen Weg aus der Arbeitslosigkeit und der Armut weisen?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Herr Präsident, ich muss sagen, ich stehe allem, was hier gesagt worden ist, wohlwollend gegenüber, und ich bin überzeugt davon, dass der bevorstehende Gipfel, der „Beschäftigungsgipfel“ in Prag, eine weitere Gelegenheit bieten wird für das Erstellen und Vorlegen von Initiativen, auf die der Europarat im Juni zurückkommen wird, und auf dem man sich genau auf die Themen konzentrieren wird, die wir hier behandelt haben, mit anderen Worten, Fragen, die sich auf die Beschäftigungsfolgen der Wirtschaftskrise beziehen.

Präsident. – Frage Nr. 7 von **Justas Vincas Paleckis** (H-0219/09)

Betrifft: Gesundheitsfürsorge im Ausland

Die neue Patientenmobilitäts-Richtlinie (KOM(2008)0414), über die vom Parlament im April debattiert werden soll, wird gemeinsame Bestimmungen über die Rückzahlung von im Ausland empfangenen Gesundheitsleistungen festlegen. Mitglieder des Europaparlaments versuchen sicherzustellen, dass Patienten aus EU-Ländern Gelegenheit bekommen, sich im Ausland in Behandlung zu begeben (wie etwa durch vorherige Rückzahlung teurer Gesundheitsleistungen, damit diese nicht nur den Wohlhabenden zur Verfügung stehen), während der Rat vorschlägt, dass diese Rechte begrenzt werden, und dass die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, welche Gesundheitsleistungen, die ihre Bürger im Ausland erhalten, für eine Rückzahlung in Frage kommen würden.

Wie können diese sich gegenüberstehenden Positionen des Parlaments und des Rates nach Ansicht des Rates vereinigt werden? Welche möglichen Kompromissvorschläge fasst der Rat ins Auge?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, die Präsidentschaft, die aufbaut auf der durch die französische Präsidentschaft ausgeführten Arbeit, diskutiert aktiv über die Vorlage für eine Richtlinie des Europaparlaments und des Rates über die Ausübung der Patientenrechte bei grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung.

Das Ziel der Präsidentschaft ist es, Lösungen zu finden, die die richtige Balance finden zwischen den Rechten der Patienten bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsfürsorge und der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation und Erbringung von Gesundheits- und medizinischen Leistungen.

Wie die Präsidentschaft während der Plenardebatte am 23. April 2009 erklärte, sollten Patienten, die in andere Mitgliedstaaten reisen, vollständige Informationen und qualitativ hochwertige medizinische Leistungen erhalten. Aber ist auch wichtig sicherzustellen, dass die Richtlinie die Prinzipien der Klarheit, der gesetzlichen Gewissheit und der Subsidiarität erfüllt. Diskussionen dauern noch an im Rat, es ist also unmöglich vorauszusagen, ob eine politische Vereinbarung unter der aktuellen tschechischen Präsidentschaft erreicht werden kann. Die aktuellen Diskussionen im Rat lassen jedoch darauf schließen, dass ein System der vorherigen Genehmigung wahrscheinlich auf bestimmte Arten von medizinischen Leistungen beschränkt sein wird. Dies wird eine Option für Mitgliedstaaten sein, die sie nutzen können oder auch nicht. Diese Möglichkeit wurde durch den Europäischen Gerichtshof unter gewissen Bedingungen anerkannt.

Der Rat überlegt auch, ob er ein System der vorherigen Genehmigung mit Maßnahmen versehen soll, die abzielen auf Transparenz und vollständige Information der Patienten über ihre Rechte in Bezug auf den Empfang von grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung.

Auf der anderen Seite legt die Richtlinie ein Mindestniveau dessen fest, was die Mitgliedstaaten ihren Patienten garantieren müssen hinsichtlich der Rückzahlung der Kosten beim Empfang grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung. Dies ist der gleiche Betrag, der zu zahlen wäre für die gleiche Behandlung in dem Mitgliedstaat ihrer Herkunft. Die Mitgliedstaaten hält nichts davon ab, ihren Patienten, die medizinische Leistungen im Ausland erhalten, eine vorteilhaftere Form der Rückzahlung, sogar im Voraus, zukommen zu lassen. Dies hängt jedoch von der nationalen Vorgehensweise der Mitgliedstaaten ab.

Nichtsdestotrotz ist jedoch in den Fällen, in denen eine Person eine geplante Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat benötigt und es hierfür objektive medizinische Gründe gibt, bereits eine Verordnung (EG) 883/2004 in Kraft, gemäß der der Patient die medizinischen Leistungen erhält, ohne tatsächlich selbst die Kosten hierfür zu tragen.

Gemäß dem Bericht, über den im Plenum des Parlaments am 24. April 2009 abgestimmt wurde, hat das Europaparlament auch das vorherige Genehmigungssystem als Planungs- und Verwaltungsmethode anerkannt, wenn es transparent, voraussehbar und nichtdiskriminierend ist und der Patient klare Informationen erhalten hat.

Der Rat wird alle Ergänzungen sorgfältig prüfen und überlegen, wie er sie in seiner jetzigen Lage in Betracht ziehen kann, um so in zweiter Lesung zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Justas Vincas Paleckis (PSE). – (LT) Nochmals vielen Dank für Ihre umfassende und, ich würde sagen, hoffnungsvolle Antwort. Es ist sehr gut, dass die Bedingungen zum Erhalt medizinischer Hilfe, sowohl im Heimatland als auch im Ausland, gerade harmonisiert werden. Es ist jedoch ganz klar falsch, dass eine Menge von der Zahlungsfähigkeit des Patienten abhängt. Die Patienten, die nicht in der Lage sind, für die Kostendifferenz zwischen ihrem Heimatland und den Kosten im Ausland aufzukommen, werden nicht in der Lage sein, hiervon zu profitieren.

Die Tschechische Republik, die die Präsidentschaft von Frankreich übernommen hat, ist noch immer ein junges Land und ich würde gern fragen: Gab es Unterschiede in der Art, wie die neuen und die alten Mitgliedstaaten dieses Problem angegangen sind?

Jan Kohout, amtierender Ratspräsident. – (CS) Herr Präsident, ich möchte meinen Dank für den zusätzlichen Kommentar des Abgeordneten aussprechen. Wir merken uns das und wir werden es berücksichtigen. Ich glaube, er hat ein großes Problem identifiziert, aber zum jetzigen Zeitpunkt kann die Frage nicht auf klare und einfache Weise gelöst werden. Ich sehe dies als ein Problem, das durch den Rat bei weiteren Diskussionen über diese Fragen angegangen werden sollte.

Präsident. – Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

Das beschließt die Fragen an den Rat.

Im Namen des Parlaments möchte ich der tschechischen Präsidentschaft und dem Minister für ihre Kooperation danken.

(Die Sitzung wurde aufgelöst um 20 Uhr und fortgesetzt um 21 Uhr).

VORSITZ: HERR MARTÍNEZ MARTÍNEZ*Vizepräsident***15. Neue Aufgaben und Zuständigkeiten des Parlaments bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon - Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Entwicklung des institutionellen Gleichgewichts der Europäischen Union - Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon - Die finanziellen Aspekte des Vertrags von Lissabon - Umsetzung der Bürgerinitiative (Aussprache)**

Präsident. - Wir werden die Sitzung mit einem sehr wichtigen Thema fortsetzen: Die gemeinsame Debatte über den Vertrag von Lissabon, welche die folgenden Berichte berücksichtigt:

- Herrn Leinens Bericht (A6-0145/2009) für den Ausschuss für Konstitutionelle Fragen über die neue Rolle und die neuen Aufgaben des Parlaments bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon (2008/2063(INI)),
- Herrn Dehaenes Bericht (A6-0142/2009) für den Ausschuss für Konstitutionelle Fragen über die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Entwicklung des institutionellen Gleichgewichts der Europäischen Union (2008/2073(INI)),
- Herrn Broks Bericht (A6-0133/2009) für den Ausschuss für Konstitutionelle Fragen über die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten unter dem Vertrag von Lissabon (2008/2120(INI)),
- Frau Guy-Quints Bericht (A6-0183/2009) für den Ausschuss für Haushalt über die finanziellen Aspekte des Vertrags von Lissabon (2008/2054(INI)), und
- Frau Kaufmanns Bericht (A6-0043/2009) für den Ausschuss für Konstitutionelle Fragen, welcher die Kommission auffordert, einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umsetzung der Bürgerinitiative vorzulegen (2008/2169(INI)).

Wie Sie sehen können, sind dies fünf extrem wichtige Berichte, die ein höchst aktuelles Thema behandeln, und wir sollten auch berücksichtigen, dass der Senat der Tschechischen Republik, wie Sie wissen, der Ratifizierung des Vertrags mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt hat.

Jo Leinen, Berichterstatter. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzte Nachtsitzung dieser Wahlperiode gehört der Aussprache über den Lissabon-Vertrag. Wir wissen, dass viele Nachtsitzungen dieser vorangegangen sind, um zu dem Ergebnis eines Reformvertrages und der Ratifizierung in 26 Parlamenten der Mitgliedstaaten zu kommen.

Ich sage: Glückwunsch und Anerkennung für die Kolleginnen und Kollegen im tschechischen Senat, die doch mit einer deutlichen Mehrheit heute Ja zu diesem Vertrag gesagt haben, und Dank an alle, die mitgeholfen haben, dass dieser Stolperstein aus dem Weg geräumt ist.

(Beifall)

Ja! Beifall an den tschechischen Senat von Straßburg nach Prag! Wir sind sehr zufrieden mit diesem Ergebnis.

Ich bin sehr optimistisch, dass wir gegen Ende des Jahres die Ratifizierung abschließen können. Man darf zwar den Tag nicht vor dem Abend loben, aber alles spricht jetzt doch dafür, dass wir 27 Ratifizierungen bekommen. Umso richtiger war es, dass der Ausschuss für konstitutionelle Fragen diesen Optimismus immer hatte und auch beibehalten hat. Nicht nur der Europäische Rat, nicht nur die Kommission – auch das Europäische Parlament muss sich auf das Inkrafttreten des Vertrages vorbereiten. Ich bin sehr froh, dass dieses Haus quasi als Schlussakt dieser Wahlperiode vier eminent interessante und wichtige Berichte annimmt – nein, sogar fünf Berichte, da die Kollegin Guy-Quint über den Haushaltsansatz auch einen Bericht zu Lissabon gemacht hat.

Ich sehe, dass dieses Haus kontinuierlich und auch in schwierigen Zeiten am Reformvertrag festgehalten hat. Das hat nicht jeder so getan. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass es hier im Haus viele Zögerer und Zweifler darüber gab, ob wir überhaupt noch über Lissabon reden dürfen. Man hat ja auch diese Debatte in der Abendsitzung versteckt. Wir hätten sie ruhig auch am Tag abhalten können. Es ist nicht wirklich der

Würde dieses Hauses angemessen, so eine Debatte in die Nachtsitzung zu verschieben. Wir wissen, warum das passiert ist. Man wollte nicht, dass dieses Haus vor größerem Publikum noch einmal seinen Willen bekräftigt, dass wir diesen Vertrag brauchen, dass wir ihn wollen und dass wir auch an ihn glauben. Da hat es Zweifler bis in die höchsten Spitzen dieses Parlaments gegeben, was für mich völlig unverständlich und letztendlich auch nicht akzeptabel ist.

Ich habe den Bericht über die neue Rolle des Parlaments nach dem Vertrag übernommen und man kann sagen, dieses Parlament wird einer der Gewinner des Reformvertrages sein. Wir machen einen Quantensprung in der demokratischen Kontrolle, sei es bei der Gesetzgebung, sei es bei der Haushaltskontrolle und der Haushaltsentscheidung, sei es auch bei der Kontrolle und sogar der Wahl der Exekutive, der Kommission, sei es bei der Zustimmung zu internationalen Verträgen oder auch bei neuen Initiativrechten, die wir bekommen: Prominentestes Beispiel ist das Recht des Europäischen Parlaments, auch Vertragsänderungen anzuregen – ein Privileg, das bisher nur den Mitgliedstaaten und ihren Regierungen vorbehalten war. Die Mitentscheidung als Regel bringt uns auf gleiche Augenhöhe mit dem Ministerrat: Agrarpolitik, Fischereipolitik, Forschungspolitik, Strukturverordnungen – vieles wird jetzt auch in der Mitverantwortung und in der Mitentscheidung dieses Hauses liegen. Wir haben neue Kontrollbefugnisse, neue Rechte auf Unterrichtung, neue Initiativrechte.

Ich danke auch Ihnen, Frau Vizepräsidentin Wallström, Sie waren immer an unserer Seite. Das ist heute ein guter Tag, und mit den vier Berichten schließen wir quasi mit einem Schlussakt eine Periode voller Engagements für die Reform der Europäischen Union. Ich wünsche, dass das mit dem neuen Parlament zum endgültigen Finale kommt und wir auf der neuen Grundlage gestärkt in die neue Wahlperiode eintreten können!

(Beifall)

Jean-Luc Dehaene *Berichterstatter.* -(NL) Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren, die Billigung des Vertrags von Lissabon durch den tschechischen Senat ist ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung der Ratifizierung des Vertrags. Es ist deshalb eine gute Sache, dass das Europäische Parlament heute Abend einer Reihe von Berichten zustimmt, welche den Standpunkt des Parlaments hinsichtlich der Umsetzung des Vertrags darstellen. Letztendlich muss das Parlament genauso gut vorbereitet sein wie die anderen Institutionen, bevor es Gespräche und Verhandlungen mit ihnen über die Umsetzung und Anwendung des Vertrags aufnimmt.

Dies ist umso wichtiger für das Parlament, da seine Befugnisse unter diesem Vertrag wesentlich erweitert werden. Deshalb liegt es sehr im Interesse des Parlaments, dafür zu sorgen, dass es a) gut vorbereitet ist, seine neuen Aufgaben voll auszuführen – wie es in Herr Leinens und Frau Guy-Quints Berichten dargestellt ist, und dass es b) eine klare Haltung hinsichtlich seiner Beziehung zu den anderen Institutionen einnimmt, was Thema meines Berichts ist.

Der Vertrag von Lissabon stärkt das institutionelle Gleichgewicht in der Union und verleiht ihm mehr Klarheit. Der Vertrag über die Europäische Union, dessen Annahme wir erhoffen, stellt ein offizielles Ende der Säulenstruktur dar. Zudem wird die Europäische Union Rechtspersönlichkeit erwerben; Gemeinschaftsinstitutionen werden zu Unionsinstitutionen, und Rollen und Befugnisse jeder der Institutionen werden durch den Vertrag klar definiert sein. Der Vertrag wird dadurch auch der doppelten Stellung des Europäischen Rats ein Ende setzen, indem es ihn zu einer autonomen Institution der Union macht.

Obwohl sie noch immer vielen Ausnahmen unterliegt, wird die Anwendung des Verfahrens der Mitentscheidung, welches das normale Gesetzgebungsverfahren wird, und welches auch Billigung des Haushalts einschließen wird, dem Parlament eine sehr wichtige Rolle verleihen. In der Tat sind die Befugnisse des Rats und des Parlaments im Vertrag identisch formuliert worden. Dadurch stärkt der Vertrag die Gemeinschaftsmethode und verwandelt sie in die Unionsmethode. Zudem wird diese Methode auf die ehemalige Säule Justiz und Inneres ausgedehnt werden.

In meinem Bericht habe ich die Tatsache hervorgehoben, dass robuste Koordinierung von Gesetzgebungs- und Haushaltsarbeit erforderlich sein wird, wenn die Institutionen effizient agieren sollen. Der Bericht fordert Programmplanung der gesetzgeberischen Arbeit, was die mehrjährige Vorausschau des Haushaltsplans einschließt. Die Rolle des Rats Allgemeine Angelegenheiten innerhalb des Ministerrats wird sehr wichtig sein, insoweit er der das Werkzeug des Ratsvorsitzes für den Dialog mit dem Parlament werden muss. Die Rolle der Kommission als Initiatorin ist auch klar aufrechterhalten; Leider ist geplant, die Anzahl der Kommissare zu reduzieren, um zu einem kleineren Kollegium zu kommen. Dies wird die Kommission zwingen, ihre interne Organisation umso mehr zu stärken, wenn sie als Kollegium funktionieren soll.

Ein bedeutendes neues Merkmal ist, dass die Doppelrolle des neuen Hohen Vertreters und Vizepräsidenten der Kommission hinsichtlich auswärtiger Angelegenheiten, Außenbeziehungen und Sicherheit wesentlich sein wird. In meinem Bericht habe ich hervorgehoben, dass es sehr in seinem oder ihrem Interesse läge, eng mit der Kommission zusammen zu arbeiten, damit die gesamten außenpolitischen Mittel der Kommission mobilisiert werden können.

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass wir nach den Wahlen eine sehr schwierige Übergangsphase haben werden, sowie einen schwierigen Übergang vom Vertrag von Nizza, welcher zuerst angewandt werden muss, zum Vertrag von Lissabon, welcher hoffentlich bis Ende des Jahres angenommen wird. Ich ersuche das Parlament und den Rat, noch einmal gemeinsam zu überlegen, wie wir diesen Zeitraum organisieren könnten, und ich verstehe nicht, warum dies noch nicht mehr der Fall war. Ansonsten riskieren wir, nach den Wahlen in einer Situation zu enden, in der wir nicht genau wissen, was passieren soll. Da solch eine Situation niemandem zugute kommen würde, lassen Sie uns klar hierüber einig sein.

Elmar Brok, Berichterstatter. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Vertreter der tschechischen Ratspräsidentschaft, meine Damen und Herren! In der Tat – und das haben meine Vorredner gesagt – ist dies ein großer Augenblick, nicht weil unsere Berichte hier diskutiert werden, sondern weil heute feststeht, dass die Parlamente von 26 Ländern den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben, und dass nur noch in einem Land ein Referendum, das zugesagt ist, durchgeführt werden muss.

Dass die Parlamente von 26 Ländern ratifiziert haben, zeigt, dass dieser Vertrag von Lissabon ein Vertrag der Parlamente ist. Denn es hat viele Fortschritte im Laufe des Vereinigungsprozesses der Europäischen Union gegeben, aber es hat keinen Vertrag wie diesen Vertrag von Lissabon gegeben, in dem die Parlamente – sowohl das Europäische Parlament wie die nationalen Parlamente – gestärkt worden sind, die Demokratie gestärkt worden ist, ein Bürgerbegehren eingeführt worden ist und das Subsidiaritätsprinzip durch Stärkung der nationalen Parlamente politisch und rechtlich gestärkt worden ist.

Und deswegen wundert es mich manchmal, dass diejenigen, die sich zu Erfindern der Demokratie aufschwingen, gerade diesen Vertrag bekämpfen. Sie bekämpfen diesen Vertrag von Lissabon, weil sie für den europäischen Einigungsprozess keine demokratische Legitimation zulassen möchten, weil ihnen die europäische Einigung insgesamt zuwider ist und sie Angst haben, dass dieses Europa durch mehr Demokratie und Transparenz und auch einen Zuwachs an Entscheidungsfähigkeit, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, an Popularität gewinnen könnte. Und deswegen erzählen sie die Lügen, die sie erzählen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass ich der tschechischen Ratspräsidentschaft und insbesondere Ministerpräsident Topolánek danken möchte, der in einer für ihn persönlich schwierigen Situation, die er nicht zu verantworten hat, am letzten Tag seines Amtes darum gekämpft hat, dass im tschechischen Senat eine ausreichende Mehrheit zustande gekommen ist.

Und es war ja keine knappe Mehrheit, die Mehrheit betrug 54:20. Das ist ein Riesenvorsprung für diejenigen, die zum Vertrag von Lissabon Ja gesagt haben. Und ich hoffe, nachdem alle 26 Volksvertretungen entschieden haben, dass nicht administrative Leute durch Verweigerung ihrer Unterschrift den demokratischen Prozess unterbrechen werden. Und ich gehe davon aus, dass die Zusagen, die sie gegeben haben, auch eingehalten werden und dass diese Verträge unterzeichnet werden.

Wir sehen ja auch an den Diskussionen in diesem Wahlkampf, dass die Finanzkrise gezeigt hat, dass jedes Land für sich allein in dieser globalen Ordnung verloren ist. Aus diesem Grund ist es außerordentlich wichtig, dass dies auch in Irland erkannt wird und dass man – wenn ich den Meinungsumfragen glauben darf – hier zu neuen Überlegungen kommt, damit so auch die Interessen Irlands wahrgenommen werden. Ich bin sicher, dass dieser Vertrag durch die Sozialklausel, durch die Festlegung auf eine soziale Marktwirtschaft und nicht auf einen Raubtierkapitalismus – also durch eine Festlegung im sozialen Sinne – auch ein Vertrag für die kleinen Leute ist. So können wir gemeinsam unsere Interessen in dieser Welt wahrnehmen.

Damit wir wirklich eine Kontrolle durchführen können gegenüber einer administrativen Bürokratie, den nationalen Regierungen, der Kommission oder dem Ratsapparat hier in Brüssel und Straßburg, müssen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten herstellen.

Es gibt einen großen Teil von gemeinsamen Aufgaben in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Rechts- und Innenpolitik, bei der Kontrolle von Europol. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, die den nationalen Parlamenten durch ihr Vetorecht zur Verfügung stehen. Mit den orangen und gelben Karten und dem Klagerecht haben sie Möglichkeiten im Bereich der Subsidiaritätskontrolle, und als Mitglied des Rates können

sie ihre Regierung stärker kontrollieren und sind auf diese Weise demokratisch doppelt legitimiert. Aus diesem Grunde sind das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente – und hier machen wir in unserem Bericht eine Reihe von konkreten Vorschlägen – nicht Gegner in diesem Prozess, sondern Alliierte, die gemeinsam Europa demokratisch kontrollieren und voranbringen wollen und die es nicht zu einem Europa der Apparate verkommen lassen wollen. Deswegen ist der Vertrag von Lissabon gut und richtig, und die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament werden dieser Verantwortung gerecht werden.

Catherine Guy-Quint, Berichterstatterin. – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, es ist mir eine große Freude, heute Abend den Bericht über finanzielle Aspekte des Vertrags von Lissabon vorzustellen, der im Ausschuss für Haushalt seit einiger Zeit bereit liegt. Dies wird der letzte Haushaltsbericht dieser parlamentarischen Amtszeit sein, und mein letzter parlamentarischer Bericht.

Ich bin vor allem erfreut zu sehen, dass das Parlament den Mut hatte, unsere Berichte im „Lissabon“-Paket vorzustellen, um dem Versprechen, welches den Bürgern gegeben wurde, sie über die Konsequenzen dieses Vertrags zu informieren, nachzukommen. Ein besser informierter Bürger ist ein Bürger, der in vollem Wissen um die Fakten wählt. In diesem Parlament über den Vertrag von Lissabon zu sprechen, ist kein Leugnen der Demokratie, eher im Gegenteil. Seine Umsetzung wird bedeutende Folgen für die Haushaltsbefugnisse der Institutionen sowie finanzielle Folgen haben.

Die Reform ist in der Tat wichtig für das Parlament. Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass außer der Einführung mehrjähriger Finanzrahmen das Haushaltsverfahren seit 1975 praktisch unverändert geblieben ist. Es war deshalb unerlässlich für den Ausschuss für Haushalt, diese Änderungen zu analysieren und zu überprüfen, dass diese die für unsere Institution benötigten Bedingungen waren, ihre Rolle als Haushaltsbehörde beizubehalten und sogar zu stärken. Das sind die Grundzüge dieses Berichts: Vereinfachung und Verdeutlichung der Herausforderungen des Vertrags, die den Haushalt betreffen.

Mein Hauptanliegen war es, die Befugnisse der parlamentarischen Institution zu verteidigen. Zukünftige Mitglieder dürfen nicht ihrer Befugnisse in zukünftigen Haushaltsverfahren und zukünftigen Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen beraubt werden.

Diese wesentlichen Änderungen sind dreierlei Natur. Zuerst Änderungen der Primärrechtsvorschriften. Das neue Haushaltsverfahren bringt echte Fortschritte und neue Herausforderungen für das Parlament mit sich, wie erstens die Aufhebung der Unterscheidung zwischen vorgeschriebenen Ausgaben und nicht vorgeschriebenen Ausgaben. Danach eine einzige Lesung für das Haushaltsverfahren mit der Einführung eines Rückgriffmechanismus für den Fall, dass der Rat den gemeinsamen Standpunkt ablehnt, die Einführung eines Vermittlungsausschusses, welcher verantwortlich ist, den gemeinsamen Standpunkt vorzubereiten und einen engen Zeitplan für den Vermittlungsausschuss. Zudem stärken Änderungen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens die Rolle des Parlaments. Dieser Rahmen wird restriktiver sein. Um verabschiedet zu werden, ist Einstimmigkeit im Rat und Zustimmung des Europäischen Parlaments notwendig. Ich würde hinzufügen, dass seine Verabschiedung das Ergebnis eines vollkommen neuen und außerordentlichen Verfahrens ist.

Was die neuen finanziellen Vorausschauen betrifft, wollen wir, dass sie eine fünfjährige Lebensdauer haben, die mit der Amtszeit des Parlaments und der Kommission übereinstimmt. Die Kommissare können so hinsichtlich ihrer Haushaltsentscheidungen stärker zur Rechenschaft gezogen werden. Mitentscheidung wird auf die Annahme der Haushaltsverordnung und deren Anwendungsverfahren ausgeweitet. Leider verbleibt die Entscheidung über eigene Mittel jedoch beim Rat. Das Parlament wird lediglich befragt, außer was die Anwendungsverfahren betrifft.

Die Haushaltsdisziplin kehrt deshalb teilweise zum Parlament zurück, welches den mehrjährigen Finanzrahmen ablehnen kann. Dies ist ein echter Fortschritt. Die Herausforderung für das neue Parlament ist es, zu wissen, was unter dem Verfahren der neuen Haushaltsordnung verhandelt werden wird, über welche das Parlament die Verantwortung teilt, und was unter die Rechtsvorschriften für die neue Verordnung über das Interinstitutionelle Abkommen fällt, welche das Parlament lediglich abzulehnen oder zu akzeptieren berechtigt sein wird.

Zuletzt werden die neuen Verantwortlichkeiten der Union neuen Finanzierungsbedarf schaffen. Zuerst wird es ein Außenbeziehungen-Paket geben, vor allem mit der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und des Hohen Vertreters, Vizepräsident der Kommission, und danach die neuen Strategien: Energie, Raum und Tourismus, Forschung, Zivilschutz, Zusammenarbeit der Verwaltungen und Sport.

Meine Damen und Herren, wie Sie verstanden haben werden, sind die im Vertrag enthaltenen Änderungen wichtig.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berichterstatterin. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist meine letzte Rede im Plenum des Europäischen Parlaments, und ich freue mich, als Berichterstatterin zur europäischen Bürgerinitiative das Wort zu haben. Ich hoffe, dass das Parlament morgen, am letzten Sitzungstag dieser Wahlperiode, ein politisches Zeichen setzen wird, ein Zeichen für mehr Bürgernähe, und endlich ein Projekt auf den Weg bringen wird, das mir seit Jahren am Herzen liegt.

Zunächst eine Vorbemerkung in eigener Sache. Mit Bedauern musste ich zur Kenntnis nehmen, dass sich weder meine Fraktion noch meine Partei – vorsichtig ausgedrückt – für die europäische Bürgerinitiative erwärmen konnten. Während einerseits keine Gelegenheit ausgelassen wird, das Demokratiedefizit in der EU zu beklagen, verweigert man sich andererseits den ernsthaften Schritten, das europäische Projekt demokratischer zu machen. Ein solches Agieren ist weder glaubwürdig noch zukunftsfähig. Es blockiert den Fortschritt in Europa, den die Bürgerinnen und Bürger so nachhaltig einfordern, und all das kann und will ich nicht akzeptieren.

Vor dem Ende meines Mandats möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der PPE-DE-Fraktion, der PSE-Fraktion, der Liberalen Fraktion und der Grünen Fraktion bedanken, die mich bei meinem Bericht unterstützt haben. Danken möchte ich Jo Leinen, dem Vorsitzenden des konstitutionellen Ausschusses, sowie insbesondere allen Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie Schattenberichterstattern dieser vier Fraktionen. Ich danke Euch dafür, dass wir über Partei- und Ländergrenzen hinweg so gut zusammengearbeitet haben, und dafür, dass wir gemeinsam das europäische Integrationsprojekt voranbringen konnten.

Verehrte Vizepräsidentin der Kommission, werte Frau Wallström! Die im Vertrag von Lissabon enthaltene Bestimmung über die Bürgerinitiative ist zweifellos ein Meilenstein im europäischen Integrationsprozess. Denn es stimmt: In der Europäischen Union vereinigen wir nicht Staaten, sondern wir wollen Menschen vereinen. Diesem Anliegen wird in einer neuen Qualität entsprochen, wenn die Bürgerinnen und Bürger wie in Artikel 11 Absatz 4 des neuen EU-Vertrags vorgesehen erstmals selbst unmittelbar am europäischen Gesetzgebungsprozess beteiligt werden. Eine Million Bürgerinnen und Bürger werden dann dasselbe Recht haben, die Kommission zur Vorlage eines bestimmten Verordnungs- oder Richtlinienentwurfs aufzufordern, wie es der Rat bereits seit 1957 und das Europäische Parlament seit 1993 besitzen.

In meinem Bericht legt das Parlament zentrale Eckpunkte und Leitlinien für eine zukünftige Verordnung über die Bedingungen und Verfahren für eine europäische Bürgerinitiative vor. Und, Frau Vizepräsidentin, ich erwarte von der Kommission, dass sie im Falle des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrags nicht nur so schnell wie möglich einen Vorschlag vorlegt, sondern dass sie möglichst den Leitlinien meines Berichts folgt. Insbesondere sollte sich die Kommission der Sicht des Parlaments anschließen, was eine erhebliche Anzahl von Mitgliedstaaten im Sinne von Artikel 11 Absatz 4 des neuen EU-Vertrags darstellt. In meinem Bericht wird die Zahl 7 vorgeschlagen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass hier nicht nach Belieben irgendeine Zahl festgelegt wird, denn sie muss einerseits die damit verbundene Beschränkung des Rechts der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auf gleichberechtigte Teilhabe an einer Bürgerinitiative ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit rechtfertigen können, und sie muss sich andererseits am Zweck orientieren. Das heißt, mit der Festlegung der Mindestzahl der Staaten muss gewährleistet sein, dass bereits der Ausgangspunkt des europäischen Rechtsetzungsprozesses in hinreichendem Maße vom europäischen Allgemeinwohlinteresse und nicht von nationalen Partikularinteressen bestimmt ist.

Außerdem bitte ich, besonderes Augenmerk auf die Ausgestaltung des Verfahrens zu richten, insbesondere auf die Frage der Zulässigkeitsprüfung einer Bürgerinitiative. Bürgerfreundlichkeit und Rechtssicherheit müssen als Kriterien an oberster Stelle stehen. Wenn Unionsbürgerinnen und Unionsbürger den europäischen Gesetzgebungsprozess mitbestimmen und eine Bürgerinitiative auf den Weg bringen wollen, dann ist es im Kern eine Frage der Fairness, dass sich die zuständigen Unionsorgane so frühzeitig wie möglich und vor allem verbindlich dazu äußern, ob die geplante Initiative die rechtlichen Voraussetzungen des Vertrags erfüllt. Dies sollte unbedingt noch vor der Sammlung der Unterstützungsbekundungen erfolgen, denn auch die Mitgliedstaaten, die hierfür Ressourcen zur Verfügung stellen, brauchen Rechtssicherheit.

Abschließend möchte ich daran erinnern, dass die Bestimmungen zur Bürgerinitiative nicht vom Himmel fielen. Sie fanden sich so bereits im Verfassungsvertrag, denn sie sind im Verfassungskonvent – einige der Kolleginnen und Kollegen waren mit dabei – in enger Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen entwickelt worden. Ihre Aufnahme in den Verfassungsentwurf des Konvents war weder ein Selbstläufer noch ein Zufallsprodukt. Sie war vielmehr das Ergebnis intensiver Beratungen von Konventsmitgliedern mit demokratiepolitisch engagierten Nichtregierungsorganisationen. Und inzwischen – das wissen Sie – liegt diese Idee schon sechs Jahre lang auf Eis. Ich finde, es ist höchste Zeit, dass diese Idee nach so langer Zeit endlich zum Leben erweckt wird, denn es ist höchste Zeit für direkte Demokratie im geeinten Europa!

(Beifall)

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. Herr Präsident, erlauben Sie mir bitte zuerst, ein besonderes „Dankeschön“ an alle Berichterstatter zu richten. Ich bewundere Ihr Engagement und Ihre, mit Verlaub, Beharrlichkeit, sehr. Vielleicht kommt es daher, dass ich in Ihrem Bestehen auf der Behandlung dieser Themen im Parlament erkenne, was mein Mann Sturheit nennen würde, dass ich mich mit Ihnen sehr wohl fühle und mit Ihnen allen eine ausgezeichnete Zusammenarbeit aufgebaut habe.

Ein besonderes Dankeschön an diejenigen unter Ihnen, die gehen werden. Sie waren nicht nur sehr gute Mitarbeiter und Partner in all diesem, sondern auch gute Freunde, die Spaß verstehen. Vielen Dank. Ich denke, Frau Kaufmann, dass Sie stolz darauf sein können, bei der was ich Einrichtung und Aufladung von Stromleitungen zwischen Bürgern und den Europäischen Institutionen nenne – neue Stromleitungen aufstellen und laden, geholfen zu haben. Ich finde, das ist eine erstaunliche Leistung.

Ich bin natürlich erfreut, heute Abend an dieser Debatte teilnehmen zu können, an dem Tag an dem die Tschechische Republik ihre parlamentarische Ratifizierung des Vertrags von Lissabon vollendet hat. Die heutige Stimmabgabe erhöht die Anzahl der Mitgliedstaaten, deren Parlamente den Vertrag befürwortet haben, auf 26. Ich denke, dass diese Debatte eine gute Gelegenheit bietet, die europäischen Bürger an die Rolle, die der Vertrag von Lissabon darin gespielt hat, eine demokratischere und verständlichere Europäische Union zu schaffen, zu erinnern.

In einer Zeit der Wirtschaftskrise ist es wichtiger denn je, ein gut arbeitendes Europa zu haben, welches das richtige System hat, Demokratie zu sichern. Der Vertrag würde den demokratischen Institutionen der EU, am offensichtlichsten diesem Parlament, die Befugnisse erteilen, die sie benötigen. Er würde der EU helfen, mit größerer Einheit und Stimmigkeit auf der Weltbühne zu handeln. Er würde Europa erlauben, die Schlüsselherausforderungen, mit denen wir heute in Gebieten wie Klimawandel und Energiesicherheit konfrontiert sind, effizienter anzugehen.

Die Berichte, die wir heute Abend diskutieren, werden auch helfen sicherzustellen, dass, mit dem gegenwärtigen Vertrag, die Umsetzung des Lissabon-Vertrags schneller und reibungsloser verlaufen wird.

Gute Zusammenarbeit zwischen den Institutionen wird entscheidend für die Sicherung maximalen Nutzens durch den Vertrag sein, und die Kommission hat sich verpflichtet, partnerschaftlich mit dem Parlament und den anderen Institutionen zu arbeiten, damit dies geschieht.

Der irische Volksentscheid war eine scharfe Erinnerung an die Notwendigkeit, die Angelegenheit Europa in der nationalen Debatte zu verankern. Die wesentlichen Bedenken, die dieser Wahl zugrunde liegen, verdienen es, ernst genommen zu werden – und genau das ist beim Europäischen Rat letzten Dezember geschehen. Die Rechtsgarantien und die Entscheidung über die Größe der Kommission zeigen den Respekt, den Europas politische Führung dem Ergebnis in Irland zollt, sowie den Willen, zu verstehen, warum sie „Nein“ gestimmt haben, und auf diese Bedenken zu reagieren. Es hat aber auch gezeigt, dass sie davon überzeugt geblieben sind, dass dieser Vertrag richtig für Europa ist.

Das ist auch weshalb seit der Stimmabgabe acht weitere Mitgliedstaaten ihre parlamentarischen Verfahren abgeschlossen haben, mit acht weiteren „Ja“.

Die Berichte des Parlamentes ergeben eine umfassende Analyse der wichtigsten Aspekte des Vertrags. Der zugrunde liegende Ansatz ist es, ehrgeizig im Hinblick darauf zu sein, was der Vertrag für die EU erreichen kann – ein von der Kommission vollkommen geteilter Ansatz.

Besonderer Wert der Berichte liegt darin, unser Denken darüber, wie der Vertrag in der Praxis funktionieren soll, zu vertiefen. Auf ihre unterschiedliche Weise zeigen die fünf Berichte alle ein starkes, selbstbewusstes Parlament, welches nach Wegen sucht, das Potential des Vertrags, Wirksamkeit, Effizienz und Verantwortlichkeit von EU-Maßnahmen zugunsten von Wählern und Bürgern zu optimieren.

Herrn Dehaenes Bericht legt viele wichtige Details dar, und die Kommission teilt weitestgehend seine Interpretationen des Vertrags. Die große Stärke des Berichts liegt in der Klarheit, mit welcher er zeigt, dass Umsetzung des Vertrags nicht bedeutet, eine Institution auf Kosten einer anderen zu stärken – die Europäische Union kann nur liefern, was die Bürger erwarten, wenn alle Institutionen stark sind und effizient zusammen arbeiten.

Der Bericht schenkt der Frage des Übergangs besondere Aufmerksamkeit, und es hätte viele Vorteile gehabt, wenn der Vertrag schon vor diesem Jahr des institutionellen Übergangs in Kraft gewesen wäre. Leider war

dies nicht möglich. Deshalb ist ein pragmatischer und flexibler Ansatz notwendig, ein vernünftiges künftiges Vorgehen, welches die Notwendigkeit, dieses Jahr jedes institutionelle Vakuum zu vermeiden, sowie die Bedeutung, sicherzustellen, dass die nächste Kommission die volle Befugnis eines demokratischen Auftrages genießen wird, sowie die Notwendigkeit, die Rolle des Parlamentes anzuerkennen, berücksichtigt. Der Dehaene Bericht beschreibt ein Modell, das uns allen helfen wird, den künftigen Weg zu finden.

Herrn Dehaenes Bericht fordert Berücksichtigung von Gleichgewicht der politischen Kräfte und ausgewogener Vertretung von Frauen und Männern, zusammen mit geographischem und demographischem Gleichgewicht bei der Ernennung der höchsten EU Stellen. Im heutigen Europa, in dem über 50 % Frauen sind, sind diese im politischen Leben noch immer unterrepräsentiert. Diese Kommission hat, wie Sie wissen, die bisher höchste Anzahl an Kommissarinnen. Trotzdem ist dies nicht genug. Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern zu verbessern, sollte ein Ziel bei der Ernennung der neuen Kommission sein: Ein Ziel, das erreicht werden kann, wenn die Unterstützung des nächsten Parlaments stark ist.

Ich hoffe auch, dass wir mehr Frauen im Europäischen Parlament und in den höchsten EU Stellen haben werden. Ohne sie versäumen wir alle ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Ideen.

Frau Guy-Quints Bericht geht eine andere wichtige Frage an: Die Organisation des Ablaufs der Finanzplanung zur besten Nutzung des EU Haushaltsplans, wobei Geld in politische Prioritäten gesteckt wird. In einer Zeit, in der der Druck auf die öffentlichen Finanzen stark ist, müssen wir die richtigen Verfahren etabliert haben, um beste Leistung für das Geld zu liefern. Das Gleichgewicht zwischen Stabilität und Reaktionsfähigkeit in der Haushaltsplanung ist entscheidend für eine wirksame EU Planung, und die Kommission wird hierauf in der Haushaltsprüfung zurückkommen.

Herrn Leinens Bericht zeigt wie der Vertrag die Arbeit des Parlaments beeinflussen wird, und der Bericht deckt sehr gründlich die Folgen für das Parlament hinsichtlich neuer Politikgebiete, neuer Befugnisse und neuer Verfahren ab. Er betont zum Beispiel die Bedeutung der Gewährleistung angemessener Kontrollen der Maßnahmen im Außenbereich der Union, und wir sind sicherlich offen dafür, die dafür geeigneten Verfahren auszumachen. Allerdings können diese Verfahren erst bewilligt werden, wenn der Vizepräsident und Hohe Vertreter sein Amt angetreten hat.-

Hierzu, wie in vielen anderen der angesprochenen Themen – einschließlich Ausschussverfahren und delegierte Handlungen – freuen wir uns auf ausführlichere Austausche mit dem Parlament über die Umsetzung all dieser angesprochenen Themen.

Lassen Sie mich mich Frau Kaufmanns Bericht zuwenden, welcher deutlich erklärt, wie die Bürgerinitiative Demokratie in der Union ein neues Ausmaß verleihen kann. Bürgern wird es möglich sein, die Kommission zu ersuchen, neue politische Initiativen voranzubringen. Dies ist eines der Gebiete, auf denen die Kommission vorhat, schnell zu handeln, sobald der Vertrag in Kraft ist – auch auf Grundlage von Konsultation - um die Erwartungen von Interessengruppen und von Bürgern zu verstehen. Das Denken der Kommission liegt sehr mit Frau Kaufmanns Empfehlungen auf einer Linie.

Einige Gebiete sollten wir allerdings noch weiter diskutieren. Wir wollen das richtige Gleichgewicht zwischen einem Verfahren, welches für Bürger einfach ist, und einem, welches dafür sorgt, dass Initiativen Legitimität und Gewicht haben.

Was zum Beispiel die Mindestanzahl an Mitgliedstaaten betrifft, sollten wir auch die im Vertrag vorgesehene Art von Verfahren näher widerspiegeln.

Schließlich behandelt Herrn Broks Bericht ein Gebiet, in welchem sowohl das Parlament als auch die Kommission in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat: Die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten. Dieses Parlament hat den Weg für den Einsatz von Konferenzen zwischen Parlamenten bereitet und einige praktische Wege gefunden, ein echtes Netzwerk von Parlamenten zu schaffen.

Die Kommission hat, wie Sie wissen, einen völlig neuen Dialogmechanismus mit nationalen Parlamenten eingerichtet, und dies ist ein Gebiet, auf dem viel Fortschritt gemacht worden ist. Seit 2006 hat die Kommission nationalen Parlamenten nicht nur Diskussionspapiere sondern auch Gesetzgebungsvorschläge mit Bitte um Antwort geschickt. Bis jetzt haben wir ungefähr 400 Stellungnahmen erhalten und darauf geantwortet, und wir haben auch die Anzahl an direkten Kontakten gewaltig erhöht, mit über 500 Treffen zwischen Kommissaren und nationalen parlamentarischen Einrichtungen seit die Kommission ihr Amt angetreten hat. So werden laut dem Bericht die neuen Bestimmungen des Vertrags über nationale Parlamente voll auf den Trend der letzten Jahre abgestimmt sein, und ich denke, sie werden die Europäische Familie der Parlamente noch weiter verfestigen.

Zusammengefasst veranschaulichen diese Berichte, wie der Vertrag von Lissabon europäische Demokratie vertiefen und den europäischen Bürgern Ergebnisse liefern würde. Das ist eine hervorragende Botschaft, die wir mit in die Wahlen des Europäischen Parlaments nehmen können, sowie eine hervorragende Starttrampe für die Vorbereitung der Umsetzung des Vertrags selbst.

Präsident. - Bevor ich das Wort an die Referenten weitergebe, werde ich mir ein bestimmtes Maß an Freizügigkeit erlauben, welche, wie ich denke, jemandem, der den Vorsitz der Sitzung in dieser Phase der Amtsperiode und zu so später Stunde führt, eingeräumt werden kann, denn es ist wahr, dass diese spätnächtlichen Sitzungen einen Vorteil haben.

Ich möchte ihnen mitteilen, dass ich vorhabe, sofort dem Präsidenten des Parlaments und dem Büro einen Vorschlag zukommen zu lassen, dass sie eine Veröffentlichung vorbereiten, welche den Vertrag von Lissabon selbst, die fünf Berichte und die dazugehörigen Entschlüsse enthält, sowie die Eröffnungsreden der Berichterstatter und der Kommissarin.

Ich glaube, dass ein solches Dokument, übersetzt in die 23 Amtssprachen der EU und verteilt an die Männer und Frauen der 27 Mitgliedstaaten, ein sehr wichtiges Dokument für das Verstehen der Bedeutung des Vertrags von Lissabon selbst sein würde, sowie für das Verstehen der Bemühungen und Tätigkeiten des Parlaments. Es wäre auch eine wohl verdiente Anerkennung der fünf Berichterstatter, vor allem von Frau Guy-Quint und Frau Kaufmann, die uns mitgeteilt haben, dass sie das Parlament verlassen werden, die aber in unserem Gedächtnis immer präsent sein werden und welchen wir immer unsere Dankbarkeit aussprechen werden.

Michael Gahler, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.* – Herr Präsident! Zur Feier des Tages habe ich mich jetzt – wie Sie sehen – bewusst auf den Platz vom Kollegen Zahradil gesetzt.

Für den auswärtigen Ausschuss möchte ich unterstreichen, dass wir den künftigen Vizepräsidenten der Kommission und hohen Beauftragten als voll rechenschaftspflichtig gegenüber dem Parlament betrachten, schon deshalb, weil er – wie alle anderen Kommissare auch – das Vertrauen des Parlaments benötigt, um ins Amt zu kommen. Die derzeitige Praxis des regelmäßigen politischen Dialogs im Plenum und im auswärtigen Ausschuss muss bei der in einer Person fusionierten Doppelfunktion erhalten bleiben.

Da wir in unserer großen Mehrheit ein einheitlicheres und tatkräftigeres Handeln der Union im außenpolitischen Bereich wollen, wird der künftige Inhaber dieses Amtes ja auch ein Eigeninteresse haben, sich der Unterstützung des EP für sein Tun zu versichern. Die politischen Planungen und Positionen unserer Exekutive können regelmäßig im auswärtigen Ausschuss auch in der Form erörtert werden, dass der künftige Vorsitzende des PSK dort zu Themen Auskunft gibt, die im PSK erörtert werden. Diese Praxis muss auf Anforderung auch für die Sonderbeauftragten gelten.

Künftig sollten auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Entsendebeschlüsse parlamentarisch erörtert werden, um so eine höhere demokratische Legitimation für Einsätze in Drittstaaten zu erlangen.

Was den Europäischen Auswärtigen Dienst betrifft, sind wir der Auffassung, dass das EP in vollem Umfang an den Vorbereitungsarbeiten beteiligt werden muss. Wir sagen deutlich, dass dieser Dienst verwaltungsmäßig der Kommission zugeordnet sein sollte.

Wir wollen im Übrigen auch erreichen, dass sich künftig der Leiter einer EU-Delegation in einem Drittland vor seiner endgültigen Bestätigung dem auswärtigen Ausschuss stellen muss. Ich denke, wenn jemand schon gegenüber den eigenen Abgeordneten keinen guten Eindruck hinterließe, könnte man ihn schwerlich ins Ausland schicken.

Darüber hinaus fordern wir, dass das gesamte auswärtige Handeln der Union einschließlich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik künftig aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden sollte. Und für den nächsten Vertrag nach Lissabon wünsche ich mir allerdings auch, dass dann auch die gemeinsamen Militärausgaben in diesem Haushalt erscheinen.

Andrew Duff, *Berichterstatter für die Stellungnahme des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.* – Herr Präsident, wie vorige Referenten es erwähnt haben, ist die Entwicklung der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einer der höchsten Preise, der zukünftig als Ergebnis des Vertrags in unserer Reichweite liegen wird. Nationale Parlamente sind also durch die Änderungen in Vorbereitung sehr betroffen.

Natürlich behalten sie nationale Verantwortlichkeiten für nationale Sicherheit, aber sie sollten auch verpflichtet sein, eine führende Rolle in enger und regelmäßiger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament dabei zu spielen, eine gemeinsame europäische Politik genau zu untersuchen und zu formulieren zu versuchen, indem sie ihre eigenen Minister für deren Leistung im Rat kritisieren und hinterfragen, und Presse und Publikum etwas dieser neuen Realität mitteilen, nämlich dass Außenpolitik am besten gemacht wird, indem man das gemeinsame europäische Interesse sucht, findet und vorhersagt.

Thijs Berman, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Entwicklung*. – (NL) Herr Präsident, der tschechische Senat hat heute den Vertrag von Lissabon akzeptiert. Nun ist nur noch Irland an der Reihe, könnte man sagen, und dann werden wir einen Vertrag haben, welcher auch meinem Ausschuss für Entwicklung mehr Gelegenheiten bringen wird, bessere Politik zu machen.

Dennoch wäre es ein riesiger Fehler, nun Druck auf Irland auszuüben. Dies ist eine Union unabhängiger Staaten und die Iren haben die Freiheit, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Jedweder Druck von außen wird das Risiko erhöhen, dass die ganze EU zerplatzt, da, trotz all der hübschen und selbstgefälligen Worte, die heute in diesem Parlament gefallen sind, die Europäische Union eine tiefe Vertrauenskrise erlebt. Diese Art von Krise kann nur durch Ergebnisse gelöst werden, durch Sozialpolitik, Investition in wirtschaftliche Besserung, die Beschaffung sauberer Energien für unser Klima, der Schutz sozialer Rechte, hier und andernorts auf der Welt, aber wir müssen bei der Verwirklichung von all diesem das Recht jedes Mitgliedstaates anerkennen, für sich selbst wirksame Lösungen zu finden.

Zusammenarbeit ist notwendig, und das stimmt sicherlich auch in der Krise, aber Sie müssen auch das Vertrauen haben, sich selbst treu zu bleiben. Deshalb wäre Druck auf Irland nicht angemessen, weder für die Iren noch für den Rest Europas. Lassen Sie die EU sich bescheiden verhalten, dann kann sie von großen Ambitionen profitieren.

Danutė Budreikaitė, *Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Entwicklung*. – (LT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte betonen, dass der Vertrag von Lissabon der Europäischen Union mehr Gelegenheiten bieten wird, die Initiative hinsichtlich der Ausarbeitung von Entwicklungskoordinierungspolitik zu ergreifen, damit Aufgaben wirksamer vergeben und Hilfe wirksamer geleistet wird. Jedoch bedeutet dies auch, dass die EU Institutionen, einschließlich des Parlaments, mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Zur erfolgreichen Umsetzung von Entwicklungszusammenarbeit sind angemessene Verwaltungsstrukturen wesentlich, um die bestehenden Unstimmigkeiten der Strukturen der Generaldirektionen und der Zuständigkeiten innerhalb der Kommission bezüglich Politik- und Haushaltsaspekten zu beseitigen, und die alleinige Zuständigkeit der Generaldirektion für Entwicklungszusammenarbeit zu geben.

Da für Entwicklungskoordinierungspolitik das übliche Verfahren vorgesehen ist, ist es wesentlich, die Aufgabe des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit des Europäischen Parlaments sehr genau zu definieren. Der Vertrag von Lissabon wird eine bessere Umsetzung von Zielen der Entwicklungskoordinierungspolitik möglich machen, mit dem Ziel, Armut in der Welt zu verringern und letztendlich zu tilgen.

Georgios Papastamkos, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Internationalen Handel*. – (EL) Herr Präsident, als Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Internationalen Handel möchte ich hervorheben, dass die durch den Vertrag eingeführten Änderungen im Bereich der Gemeinsamen Handelspolitik im Ganzen zur Erhöhung seiner demokratischen Legitimität, zur Transparenz und Wirksamkeit der außenpolitischen Maßnahmen der Union beiträgt. Ich möchte besonders die Neufestlegung des institutionellen Gleichgewichts innerhalb der Union durch die Beförderung des Europäischen Parlaments zum Gesetzgebungsorgan, welches mitentscheidet, im Sinne der Festlegung des Anwendungsrahmens der Gemeinsamen Handelspolitik, betonen. Die Zustimmung des Parlaments wird auch für den Abschluss aller Handelsvereinbarungen notwendig sein.

Dennoch möchte ich das Ungleichgewicht zwischen den Zuständigkeiten des Parlaments im Innen- und Außenbereich betonen, *in foro interno* und *in foro externo*, im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Handelspolitik, da der Vertrag von Lissabon das Parlament nicht mit dem Recht ausstattet, den Auftrag der Kommission, ein Handelsabkommen zu verhandeln, zu bewilligen. Wenn man berücksichtigt, dass das Parlament trotzdem berechtigt ist, Voraussetzungen für seine Billigung von Handelsabkommen der Union zu bestimmen, bin ich der Auffassung, dass ein erweiterter Rahmenvertrag hierbei für die Beziehungen zwischen dem Parlament und der europäischen Kommission notwendig ist.

Zuletzt möchte ich den Bedarf eines ernsthafteren Dialogs zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten hervorheben, da die Union für alle unter die Gemeinsame Handelspolitik fallenden

Themen alleine zuständig sein wird. Alle Handelsabkommen werden Abkommen mit der Union sein, und es wird keine Abkommen gemischter Natur mehr geben, die sowohl von der Union als auch von den Mitgliedstaaten abgeschlossen wurden.

Evelyn Gebhardt, Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. – Herr Präsident! Auch in meinem Ausschuss, dem Binnenmarktausschuss, sehen wir die enormen Vorteile, die wir durch den Lissabon-Vertrag haben und nicht missen möchten, und zwar im Bereich des Verbraucherschutzes. Es ist sehr interessant, dass in diesem Lissabon-Vertrag der Verbraucherschutz zu einer Querschnittsaufgabe gemacht worden ist, was diesem Bereich natürlich eine sehr viel größere Kraft gibt. Dieser Bereich ist ja gerade für die Bürgerinnen und Bürger von ganz besonderer Wichtigkeit, denn da können wir den Bürgern täglich zeigen, was sie von der Europäischen Union haben. Die Bürgerinnen und Bürger fragen ja immer wieder: Was haben wir denn eigentlich von der Europäischen Union? Dass dies jetzt in Artikel 12 und nicht in Artikel hundertundnochwas verankert ist, ist auch wichtig, denn es bedeutet, dass die Wertigkeit des Verbraucherschutzes sehr stark erhöht wurde.

Ich denke, dass es sehr schön ist, wenn wir in Zukunft den Lissabon-Vertrag haben. Ich bin sehr froh, dass heute auch der Prager Senat zugestimmt hat, der so ganz klar zum Ausdruck gebracht hat: Ja, wir sind für dieses Europa, für ein soziales Europa, für ein Europa der Bürger, das wir für die Zukunft rüsten wollen. Vielen Dank, dass wir dies heute noch zum Ausdruck bringen können. Ganz besonders Ihnen, Frau Kaufmann, vielen Dank für Ihre sehr gute Arbeit im Konvent. Sie haben dort etwas sehr Wichtiges geleistet!

Oldřich Vlasák, Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Regionale Entwicklung. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Namen des Ausschusses für Regionale Entwicklung möchte ich eine territoriale Perspektive in die Diskussion über den Vertrag von Lissabon einführen. Es ist Tatsache, dass einzelne Gebietskörperschaften, Gemeinden und Regionen in zunehmendem Umfang mit dem Einfluss europäischen Rechts und europäischer Politik zu Recht kommen müssen. In diesem Zusammenhang hat eine Studie der Universität von Utrecht gezeigt, dass Gemeinschaftseinrichtungen jährlich über 100 Vorschriften verabschieden, welche direkten Einfluss auf Verwaltungseinrichtungen auf Gemeindeebene haben. Siebzig Prozent der Gesetzgebung und Maßnahmen, die wir hervorbringen, müssen tatsächlich in Regionen, Städten und lokalen Gemeinschaften umgesetzt werden.

Deshalb könnte der umstrittene Vertrag von Lissabon aus Sicht der lokalen Gemeinschaften positiv erscheinen. Tatsächlich beinhaltet der Vertrag von Lissabon ein Protokoll über Subsidiarität, in anderen Worten ein Protokoll, nach welchem die Verabschiedung einer Norm auf höherer Ebene – also in diesem Fall auf europäischer Ebene – nur gerechtfertigt ist, falls eine solche Maßnahme nachweislich wirksamer und notwendiger ist. Nach dem Vertrag sind wirksamere Konsultationen mit lokalen und regionalen Behörden und deren Verbänden notwendig. Eine andere Vorschrift, die eingeführt werden würde, ist die Verpflichtung der Kommission, finanzielle und verwaltungstechnische Belastungen jeder neuen Rechtsvorschrift so weit wie möglich zu verringern. Diese Maßnahmen sollten sicherstellen, dass Brüssel den echten Problemen, welchen Bürgermeister ausgesetzt sind, mehr Aufmerksamkeit schenken kann, und besser darauf eingestellt ist, diese Probleme zu lösen. Ich möchte auch gerne betonen, dass dies ziemlich sicher nicht die letzte Änderung des Primärrechts ist, welche wir diskutieren werden. Deshalb sollten wir beginnen, sorgfältig über die Änderungen nachzudenken, welche notwendig sind, um die gesetzlichen Grundlagen der EU verständlich, dauerhaft, und nützlich für alle Bürger zu gestalten.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht über positive und negative Aspekte des Vertrags von Lissabon urteilen. Sie alle wissen, dass die Ansicht der Tschechischen Republik kritisch, aber realistisch ist. Dies ist durch die heutige Debatte im Senat des Parlaments der Tschechischen Republik bestätigt worden, welcher dann, später am Tag, den Vertrag bewilligte.

Johannes Voggenhuber, Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. – Herr Präsident! Ich spreche für den LIBE-Ausschuss. Ich bin ein bisschen irritiert, denn ich hätte auch gerne die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses gekannt, aber Herr Berman hat seine Redezeit dazu verwendet, uns davor zu warnen, auf das irische Volk Druck auszuüben.

Diese Geisteshaltung hat offenbar auch dazu geführt, dass wir heute Nacht diskutieren. Ich frage mich, ob dieses Parlament überhaupt noch das Recht hat, mit seinen Bürgerinnen und Bürgern zu reden, Argumente auszutauschen, die Ergebnisse seiner Arbeit – einer zehnjährigen Arbeit – am Verfassungsprozess zu verteidigen, oder ob wir für diesen Dialog des Druckausübens und der Erpressung beschuldigt werden. Es ist schon ein bisschen eine skurrile Welt!

Ich hätte mir gewünscht, das Parlament hätte diesen Vertrag viel heftiger, viel offensiver, viel offener gegenüber den Bürgern verteidigt und das nicht alles den Regierungen überlassen, die sehr oft ein recht gespaltenes Verhältnis zu den Fortschritten dieses Vertrages haben.

Manche Euroskeptiker, Herr Präsident, behaupten, die Demokratiefortschritte dieses Vertrags seien gering und eigentlich seien sie ein Feigenblatt für das sich dahinter verbergende dunkle und finstere Europa. Ich glaube, ein einziger Blick auf den Bereich der inneren Sicherheit, Justiz und Polizei, seine Vergemeinschaftung, die parlamentarische Mitbestimmung, die Geltung der Charta straft diese Behauptungen Lügen und demaskiert sie als Irreführung, als Propaganda, als Ignoranz.

Dieser Bereich ist für mich immer der vielleicht ärgerlichste Ausdruck des Demokratiedefizits in der Union gewesen. Ich habe nie zu den Menschen gehört, die die Gewaltenteilung eher für ein historisches philosophisches Prinzip gehalten haben als für ein Grundprinzip der Demokratie. In diesem Bereich hat der Lissabon-Vertrag eine sehr entscheidende, zukunftsweisende Antwort gegeben. Es ist der grundrechtssensibelste Bereich. In Wahrheit haben in diesem Bereich Polizeiminister – hinter verschlossenen Türen – ohne Kontrolle der Gerichte oder des Europäischen Gerichtshofs und ohne Geltung eines umfassenden Kodex der Grund- und Freiheitsrechte über Polizeigesetze befunden. Das ändert sich! Und das ist ein gewaltiger Fortschritt in Richtung einer europäischen Demokratie! Und das, Herr Kollege Berman, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, das zu verteidigen, ist unsere Pflicht und nicht die Ausübung von Druck!

(Beifall)

Präsident. - Ich habe das Vergnügen, das Wort an meinen Landsmann, Herrn Carnero González, weiterzugeben. Er ist ein weiteres Mitglied, das in der nächsten Amtszeit nicht mehr bei uns sein wird, und ich möchte ihm gerne öffentlich für die gewaltigen Bemühungen und die sehr lobenswerte Arbeit, die er in der auf genau dem Gebiet und zu dem Thema, das wir hier behandeln, geleistet hat.

Carlos Carnero González, Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Petitionen. - (ES) Vielen Dank, Herr Präsident, und mein Freund, für diese gütigen Worte, die offensichtlich gefühlsmäßig ergreifend sind zu einem Zeitpunkt, an dem ich zum letzten Mal in dieser Amtszeit in diesem Parlament bin, um all denen, mit welchen ich die Ehre hatte, zusammenzuarbeiten, für ihre Mitarbeit zu danken, und um um Vergebung für eventuelle Fehler zu bitten. Ich habe versucht, mein Bestes für die Bürger meines Landes und alle Europäer zu tun, und manche Phasen während dieser Arbeit waren wirklich außerordentlich, wie zum Beispiel der europäische Konvent.

Eigentlich sprechen wir heute über Bürgerschaft, und ich spreche im Namen des Ausschusses für Petitionen. Welcher Ausschuss in diesem Parlament ist den Bürgern näher als der Ausschuss für Petitionen? Er wahrt eines der wichtigsten Rechte europäischer Bürger, nämlich das Recht auf Petition.

Das Thema ist folgendes: Sollte das Parlament in vielen Ländern bekannt sein, so ist dies auf das Ausüben des Rechts auf Petition zurückzuführen. Wir, als Mitglieder des Ausschusses für Petitionen, wissen das, und eigentlich weiß es das ganze Parlament. Der Vertrag von Lissabon, welcher die Europäische Union demokratischer und effizienter macht, bringt neue Elemente, wie die Charta der Grundrechte, und neue Instrumente, wie die Bürgerinitiative, mit sich.

Die Herausforderung ist, Verwechslungen zu vermeiden, zum Beispiel zwischen dem Recht auf Petition und dem Recht der Bürgerinitiative. Ich möchte betonen, dass Bürger zum Beispiel durch eine Petition verlangen können, dass das Parlament die Kommission auffordert, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, so dass wir in Zukunft eine europäische Bürgerinitiative haben könnten, welche die Kommission auffordert, ein Gesetzgebungsverfahren einzurichten, und eine Petition, auf dem Recht auf Petition basierend, die an den relevanten Ausschuss in diesem Parlament adressiert ist, und das Parlament auffordert, die Kommission dahingehend zu kontaktieren. Wir müssen diesen Widerspruch vermeiden und eine Synergie anstreben, die beide Wege stützt – Wege, welche die Bürgerschaft innerhalb der EU konkreter gestalten.

Natürlich wäre der Ausschuss für Petitionen gerne an der Verwaltung dieses Rechts der Bürgerinitiative beteiligt. Natürlich wären alle Ausschüsse gerne beteiligt, aber ich möchte darum bitten, dass dieses Recht so effizient wie möglich genutzt werden kann. Ich glaube, dass dies auch eine Anerkennung eines Tages wie heute wäre, der so wichtig ist: Der Vertrag von Lissabon ist vom Senat der Tschechischen Republik ratifiziert worden, es fehlt also nur noch ein Schritt, bevor der Vertrag Wirklichkeit wird, und eigentlich, bevor dieser Vertrag - der Erbe der Europäischen Verfassung und der beste von der EU hervorgebrachte Text soweit - in Kraft tritt.

Wenn wir hierbei erfolgreich sind, werden wir alle Anwesenden – angefangen bei den Mitgliedern des europäischen Konvents, die heute Abend anwesend sind – einen riesigen Beitrag zum Nutzen den es hat, ein Mitglied diese Parlaments zu sein, geleistet haben.

Maria da Assunção Esteves, im Namen der PPE-DE -Fraktion. – Herr Präsident, dies ist meine letzte Rede im Plenum, sie ist deshalb etwas anders.

Der Tag wird kommen, an dem föderale und internationale Parlamente sich zusammentun werden, um die Welt zu regieren. Der Traum von einer gemeinsamen Menschheit ohne Grenzen kommt genau hier zustande, an diesem Ort der Repräsentation, wo Freiheit stärker wird und Demokratie sich weiter ausbreitet. Die vorhersehende Idee der Aufklärung von einer Union der Völker ist der Anfang der Magie in unseren Räumlichkeiten und unseren Debatten. In dieser Union wird Machiavelli schwächer, da wir die Souveränität der Machthaber durch die Souveränität der Menschen ersetzen konnten. Das Paradigma des Weltbürgertums lebt in unseren Institutionen und in unseren Entscheidungen und beeinflusst nun Maßnahmen mit.

Eine neue, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Sicht von Recht und Politik entsteht gerade, und die postnationale Identität nimmt Form an in den Straßen Europas. Die erhabene Würde des Menschen ist nun das Prinzip, welches nationales und internationales Recht zusammenbringt. Es ist die höchste Regel für unsere ursprüngliche Koordinierung. Die Europäische Union und ihr Parlament stellen eine in der Geschichte der Menschheit noch nie da gewesene moralische Sicht dar – eine Sicht der Kollektivmoral, welche in die Strategie der europäischen Staaten eingetreten ist und ihre Integration begründet hat.

Das gegenseitige Engagement der europäischen Völker ist wahrhaft die Akzeptanz ihrer gemeinsamen Menschlichkeit. Tatsächlich fielen Isolation und Egoismus an jenem Tag des Vertrags von Rom. Nun kommt Gerechtigkeit gerade aus der Tugend der Politik hervor, wie eine Brücke zwischen Kant und Aristoteles, zwischen Freiheit und Zufriedenheit. Die Völker Europas wissen, dass die einzige Legitimität die der Menschenrechte ist, und dass Macht einzig den Mächten gehört, die diese anerkennen. Sie wissen, dass die Emanzipation der Geschichte einzig durch ein Projekt politischen Teilens und globaler Gerechtigkeit möglich ist.

Der Tag wird kommen, an dem die Völker Asiens, Nord- und Südamerikas und Afrikas zusammenkommen werden. Die Würde des Menschen wird alle Kulturen durchqueren, von Goethe bis Pessoa, von Bach bis Tchaikovsky, von Mohammed bis Buddha. Menschenrechte als universales Gesetz, als gemeinsame Regel jenseits aller Unterschiede, und Europa braucht, um ein Beispiel zu sein, mehr Verfassung, mehr Dezentralisierung, mehr Politik, mehr Erweiterung.

In diesem Moment des Abschiednehmens möchte ich Ihnen sagen, wie stolz ich bin, ein solches Abenteuer mit Ihnen geteilt zu haben.

(Beifall)

Präsident. - Vielen Dank, Frau Esteves, für Ihre Rede, Danke für Ihre Arbeit über die vergangenen Jahre, und viel Glück und Zufriedenheit für die Zukunft.

Jo Leinen, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Sie haben gesagt, Sie würden dem Präsidenten und dem Präsidium vorschlagen, dass wir die fünf Berichte und die wesentlichen Begründungen in einer Broschüre zusammenfassen. Das ist eine ausgezeichnete Idee, die ich nur begrüßen kann. Ich würde empfehlen, dass wir darin auch den Bericht Corbett/Méndez de Vigo aufnehmen, der die Grundlage für unsere Arbeit zum Lissabon-Vertrag war. Dazu hatten wir damals 500 Ja-Stimmen – ein Rekordergebnis. Das gehört dazu, das war der Startpunkt für diesen Versuch, nach dem Verfassungsvertrag doch noch den Reformvertrag zu bekommen. Ich finde die Idee sehr gut, Sie haben dazu unsere volle Unterstützung.

Sie haben schon einigen gedankt, die leider nicht mehr bei uns sind. Ich kann sagen, dass alle Mitglieder des Ausschusses für konstitutionelle Fragen richtig mitgearbeitet haben. Wir waren immer ein Ausschuss mit hoher Beteiligung. Ich will an dieser Stelle noch einmal denen danken, die heute hier anwesend sind: Johannes Voggenhuber, ein wirklicher Eckpfeiler unserer Arbeit für Demokratie und Bürgerrechte. Sylvia Kaufmann ist schon mehrfach genannt worden, die sich mit ihrer Meinung gegen viele Widerstände in ihrem politischen Umfeld wirklich durchgesetzt hat. Carlos Carnero González war immer dabei. Er hat für die Verfassung gekämpft, in Spanien auch für das Referendum. Assunção Esteves war immer sehr aktiv. Alain Lamassoure hat viel geleistet, auch für den Verfassungsvertrag. Und nicht zu vergessen – obwohl sie nicht im Ausschuss ist – Catherine Guy-Quint. Sie hat wirklich wesentliche Arbeit im Haushaltsausschuss geleistet und immer hinter der Idee gestanden, dass das Parlament mehr Zuständigkeiten und mehr Rechte bekommen soll. Also

Dank an alle. Ich habe die hier Anwesenden erwähnt, die uns beim nächsten Mal fehlen werden. Wir versprechen, dass wir ihre Arbeit fortsetzen werden.

Ich will als Sprecher der PSE noch zwei Bemerkungen zu den Berichten machen. Wir haben uns, was den Bericht Kaufmann angeht, sehr stark dafür gemacht, dass die Bürgerinitiative kein Placebo und kein Alibi ist, sondern ein ernsthaftes konstitutionelles Instrument, mit dem die Bürger ein Thema auf die Agenda in Brüssel bringen können. Ich glaube, wir werden auch in der Umsetzung dafür Sorge tragen, dass dies so bleibt. Die Kommission sollte sehr bald nach der Neukonstituierung ihr Initiativmonopol wahrnehmen und eine Gesetzesvorlage bringen.

Zum Bericht Dehaene will ich noch einmal auf die Übergangszeit eingehen. Wir wollen den Geist von Lissabon bereits bei den Konsultationen für den Vorschlag des Rates zum neuen Kommissionspräsidenten haben. Aber das ganze Kollegium und damit letztendlich auch der Präsident wird erst nach Inkrafttreten des Vertrags bestätigt. Also wir werden quasi zweimal über den Kommissionspräsidenten abstimmen. Das sollte man wissen. Das bringt einfach diese Übergangssituation mit sich. Ich finde sehr gut, was Kollege Dehaene für die Programmierung einer Wahlperiode herausgearbeitet hat. Ausgangspunkt ist das Votum der Bürger bei den Europawahlen. Danach folgen alle Personalentscheidungen, politischen Programme und auch die Finanzierung der EU. Ausgangslage ist das Votum des Souveräns, des Bürgers in der EU. Das finde ich sehr gut. Vielen Dank, Jean-Luc Dehaene!

Andrew Duff, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, Churchill hat gesagt: „Verschwende nie eine Krise.“

Nun, wir befinden uns heute in einer Wirtschaftskrise, einer Klimakrise, einer Krise internationaler Instabilität, und uns ist klar, zumindest in unserer Fraktion, dass diese Krisen in hohem Maße das Argument stärken, der EU eine bessere Fähigkeit zuzugestehen, international tätig zu werden.

Der Vertrag ist die logische Antwort auf diese Herausforderung. Es ist der beste Vertrag, der zu diesem Zeitpunkt vereinbart werden kann. Es ist ein guter Vertrag; Historisch ist er sicher auf Augenhöhe mit Maastricht. Er baut Demokratie auf und gestaltet die Regierung der EU repräsentativer, leistungstärker und wirksamer.

Es ist auch ein reformerischer Vertrag. Er behebt die meisten der Probleme, unter denen der gegenwärtige Vertrag von Nizza leidet. Man muss kein militanter Föderalist sein – wie ich es bin – um dies zu sehen, aber man muss ein guter Demokrat sein, um es zu verstehen: Erstens, dass wir ein integriertes Europa brauchen, um unsere Antwort auf die Globalisierung zu formulieren, und zweitens, dass eine postnationale Demokratie kein Ersatz für, sondern eine Ergänzung der historischen nationalen Demokratien ist.

Konservative und nationalistische Gegner des Vertrags sollten uns erklären, warum sie es vorziehen, bei der gegenwärtigen, ineffizienten und ungeschickten Union zu bleiben, und warum sie für den Nationalstaat den unsinnigen Anspruch auf nationale Souveränität beibehalten wollen, wenn es eigentlich darauf ankommt, die Interdependenz zwischen Staaten und Bürgern funktionsfähig zu machen – eine Interdependenz, die in diesem Vertrag veranschaulicht und verwurzelt ist.

Dieser Vertrag ist ein großer verfassungsrechtlicher Schritt voran für Europa, und ich bin stolz, an seinem Entwurf teilgehabt zu haben. Ich werde bis zum Ende dafür kämpfen, dass er in Kraft tritt und erfolgreich und schnell verwirklicht wird.

Johannes Voggenhuber, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin! Wenn ich in die Runde schaue, habe ich ein wenig den Eindruck, die Bewohner des konstitutionellen Elfenbeinturms durften heute ihre Gespräche ins Plenum des Hauses verlegen. Ausgemacht war es anders! Ausgemacht war eine große Debatte des Europäischen Parlaments über die Folgen des Lissabon-Vertrags.

Wäre es nicht schön gewesen, wenn dieses Parlament heute Vormittag zur selben Zeit wie der tschechische Senat diesen Vertrag diskutiert hätte, hier eine Aussprache gehabt hätte, und vor den Bürgerinnen und Bürgern Europas klar gemacht hätte, dass dieser Vertrag das Werk der europäischen Parlamente war – vom Konvent angefangen bis zum heutigen Tag –, dass diese Reform nicht von einem Europa der Eliten aufgestülpt wurde, sondern dass sie eine gemeinsame große Arbeit war?

Wenn daran etwas gescheitert ist, dann ist es nach meiner Erfahrung nach 15 Jahren an den Regierungen gescheitert, nicht an den Parlamenten! Ja, jetzt sind wir alle narben- und ordenbedeckt. Ich halte meine letzte Rede nach 15 Jahren, es war ein langer Weg, es war eine große Ehre. Ich durfte – mit Andrew Duff zusammen – auch einer der Berichterstatter dieses Hauses sein – sowohl zur Grundrechtecharta als auch zur Verfassung.

Ich muss sagen – und ich denke, dass ich da auch für die anderen Mitglieder des Konvents spreche –, wir fühlten uns immer getragen von der Zustimmung dieses Europäischen Parlaments. Wir haben uns weit vorgewagt, manche Visionen gewagt, die Kopfschütteln hervorgerufen haben, den Widerstand der Regierungen, manches Veto, fast den Abbruch des Konvents provoziert hätten, aber man kann sagen, die treibende Kraft, die visionäre Kraft in diesem Prozess waren die Parlamente. Und damit war dies ein erster Sieg auch des Europas der Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich vielleicht heute – weil wir voneinander wissen, wie wir über die Fortschritte dieses Vertrags denken – einen Blick in die Zukunft werfen. Als die Regierungskonferenz über das Ergebnis des Konvents herfiel und den Legislativrat gestrichen und wieder Ratsgesetze eingeführt und den dritten Teil angeklebt hat – und alle diese Dinge, die uns heute so sehr zu schaffen machen –, hatte ich die Idee eines *First Amendment* zu dieser Verfassung in einer weiteren Zukunft.

Einer der wichtigen Kardinalpunkte dieses Vertrags ist das Initiativrecht des Europäischen Parlaments, sein Antragsrecht zur Einberufung eines Konvents zur Abänderung der Verfassung. Und wir sind hier noch nicht am Ende des Weges angelangt. Im Konvent hat man uns oft, wenn wir für unsere Visionen gestritten haben, gesagt: „Ach, Ihr mit Eurem Vergleich zum Konvent von Philadelphia, da bräuchte Europa ja eine große Krise! Ohne eine große Krise ist das ja niemals zu bewerkstelligen, eine wirkliche europäische Demokratie zu schaffen, ein wirkliches politisches Gemeinwesen zu schaffen. Da bräuchten wir ja eine große Krise!“ Die dachten wahrscheinlich an die nächsten hundert Jahre. Aber wir haben sie! Wir haben diese Krise! Und jetzt plötzlich fragen die Bürger, warum wir keine *Economic Governance* haben! Und sie fragen, warum wir nicht wenigstens in fiskalpolitischen Eckpunkten und Unternehmenssteuern und Transaktionssteuern ein Mindestmaß an gemeinsamem, europäischem ökonomischem Recht haben! Und die Menschen fragen nach dem sozialen Europa! Ja, wir kamen von den Barrikaden nicht herunter, es hieß einfach *Njet* vonseiten der Regierungen. Heute fragt ganz Europa: Wo sind denn die Kompetenzen für die Europäische Union, die soziale Marktwirtschaft, eine gerechte Verteilung zu verteidigen? Inzwischen werden Billionen bis in die nächste Generation ausgegeben. Und wir haben keine demokratische Kompetenz, keine Rechtsgrundlage, ein soziales Europa zu entwickeln.

Ich werde jeden Tag gefragt, wie das eigentlich mit militärischen Aktionen im Namen Europas ist. Da machen ein paar Nationalstaaten auf 19.-Jahrhundert-Kabinettspolitik mit militärischen Aktionen. Sollten wir nicht darüber nachdenken, dass dieses Haus zustimmen muss, bevor eine militärische Aktion im Namen Europas stattfinden kann? Und die Bürgerinitiativen: Auch da wurden die konstitutionellen Änderungen ausgenommen. Warum? Warum kann es nicht eine Bürgerinitiative geben, die eine Vertragsänderung, eine Weiterentwicklung der europäischen Verfassung verlangt?

Ich denke, wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Die Zaghaftheit und Schüchternheit dieses Parlaments gegenüber dem Rat ist ein großes Hindernis.

(Zwischenruf)

Ich glaube, dass wir kämpferischer werden sollen. Ich hoffe, dass dieses Haus die Rechte des Lissabon-Vertrags mit großem Selbstbewusstsein und in großer Loyalität zu den Bürgerinnen und Bürgern wirklich für sich beansprucht, verwirklicht und dann darüber nachdenkt, wie das Ganze noch ein großes Stück besser in Richtung einer europäischen Demokratie und einer europäischen Sozialordnung entwickelt werden kann. Ich gebe meinen Traum nicht auf, Herr Präsident!

(Zwischenruf)

Ich gebe meinen Traum nicht auf, meinen Kindern oder deren Kindern wenigstens sagen zu können: „*Vive la République d'Europe!*“

(Beifall)

Tobias Pflüger, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Die Reden zeigen, dass der Lissabon-Vertrag offensichtlich nicht rational, sondern emotional gesehen wird. Warum wartet man nicht auf das neue Parlament und lässt dann das neue Parlament diskutieren und wartet ab, ob der Lissabon-Vertrag überhaupt kommt? Nein, es gibt hier welche, die völlig auf diesen Vertrag fixiert sind und uns immer und immer wieder die angeblichen Vorteile erklären wollen.

Burkhard Hirsch, der Altliberale, hat es sehr schön formuliert. Er sagte: „Man sollte aufhören, die Iren als regendurchnässte Schafhirten zu betrachten, die als einzige Europäer nicht in der Lage waren, die Segnungen des Vertrags von Lissabon zu begreifen. Die Referenden wären auch andernorts negativ ausgefallen, weil

man die Zustimmung der Wähler zu einem Vertrag, weder bekommen kann, noch bekommen sollte, den auch ein gutwilliger Leser nicht mehr verstehen kann.“

Der Lissabon-Vertrag regelt eben nicht nur das Verhältnis der EU-Institutionen zueinander, nein, der Lissabon-Vertrag macht politisch inhaltliche Festlegungen. Und das ist zentral. Einige dieser Inhalte: So werden zum Beispiel in diesem Lissabon-Vertrag in Artikel 43 Absatz 1 Kampfeinsätze der Europäischen Union festgeschrieben. Es gibt eine militärische Solidaritätsklausel im Artikel 222 Absatz 1a, wo es heißt, „alle zur Verfügung stehenden Mittel“ sollen mobilisiert werden, „um terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“. Damit wird die Europäische Union zu einem Militärbündnis, und es gibt sogar die Möglichkeit eines Militäreinsatzes im Inneren. So ist auch in Artikel 43 Absatz 1 von der „Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ die Rede.

Es gibt eine ganze Reihe von Regelungen in diesem Bereich, es gibt die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, die ein militärisches Kern-Europa ermöglicht, es gibt für die NATO eine Rolle in diesem Vertrag, und „die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. In Zukunft – wenn dieser Vertrag kommen sollte, was ich nicht hoffe – gibt es einen Anschubfonds (Artikel 41): Der EU-Haushalt könnte auch für Militärisches genutzt werden. Das zum Bereich der Außen- und Militärpolitik.

Für den Bereich der Wirtschaftspolitik ist die wirtschaftliche Logik des Lissabon-Vertrags genau die wirtschaftliche Logik, die zur Wirtschaftskrise geführt hat: „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Genau das würde man heute so nie mehr formulieren.

Ich habe den Eindruck, dass die Menschen – vor allem aus der so genannten EU-Elite, die diesen Vertrag wollen, eigentlich in der Vergangenheit leben. Die Bedingungen haben sich sehr grundlegend verändert. Was wir brauchen, ist ein neuer Vertrag für eine neue Zeit. Irland hat entschieden. Das Referendum wurde klar entschieden. Es gab ein Nein und damit ist dieser Vertrag tot. Jetzt soll plötzlich ein zweites Mal abgestimmt werden! Wer würde denn in Frankreich sagen, als Herr Sarkozy gewählt wurde, man sollte jetzt einfach noch einmal wählen, weil einem der Herr Präsident Sarkozy nicht gefällt? Ich will ganz klar sagen: Es gibt gute Gründe gegen diesen Vertrag, die rein rational sind, und deshalb sollte es bei dem bleiben, was in Irland formuliert wurde, nämlich: Nein heißt Nein. Das heißt, der Lissabon-Vertrag ist tot, und ich verstehe nicht, warum wir ihn heute in diesem Kontext diskutieren.

Es gibt eine Machtverschiebung innerhalb dieses Lissabon-Vertrages in Richtung der großen Mitgliedstaaten. Ich sage es ganz deutlich: Wir als Internationalistinnen und Internationalisten verteidigen die europäische Idee gegen diejenigen, die die EU zu einer Militärmacht und zu einem reinen Wirtschaftsbandnis machen wollen. Wir brauchen einen anderen Vertrag als diesen Lissabon-Vertrag, und das heißt, einen Vertrag, der tatsächlich friedensorientiert ist, und nicht einen Vertrag wie diesen, der im Kern ein Militärvertrag ist!

Vielen Dank!

Nils Lundgren, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – Herr Präsident, Ich gehe davon aus, dass wir alle so lange sprechen dürfen, wie wir möchten. Ich werde vielleicht ein oder zwei extra Minuten benötigen, und werde sie gerne in Anspruch nehmen.

im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (SV) Ich werde jetzt zu meiner eigenen Sprache wechseln. Die Art, wie Europas politisches Establishment den Vertrag von Lissabon handhabt, wird der Nachwelt in zweierlei Hinsicht als Blamage in Erinnerung bleiben: Erstens hinsichtlich des politischen Verfahrens, ihn durchzusetzen, und zweitens hinsichtlich des eigentlichen Ziels und des Inhalts des Vertrags. Blicken wir zurück nach Laeken 2000 – dort wurde uns gesagt, dass wir einen Vorschlag für eine verfassungsrechtliche Lösung ausarbeiten sollten. Dies sollte uns ein geschlosseneres Europa und engagierte Bürger bringen, da wir Bedenken hatten, dass die Bürger in Wirklichkeit eine niedrige Meinung über die EU hatten. Der europäische Konvent, unter Führung von Valéry Giscard d'Estaing, brachte etwas ziemlich anderes hervor. Das europäische Volk wollte dies nicht, und das französische und niederländische Volk sagte „Nein“. Jeder weiß, dass die Menschen in Großbritannien, Dänemark, und vielen anderen Ländern „Nein“ gestimmt hätten, wenn sie die Möglichkeit bekommen hätten. Versuche wurden unternommen, dies zu umgehen – ein neuer Vertrag tauchte auf, der derselbe ist, von dem aber behauptet wird, er sei es nicht, wenn es gerade passt, und diese Behauptung wird immer noch aufrechterhalten. Wenn nun die Menschen in Irland „Nein“ zu was wir jetzt den Vertrag von Lissabon nennen sagen, haben wir die Frechheit, eine Untersuchung über die Gründe dieser verkehrten Abstimmung durchzuführen. Das ist ziemlich unglaublich, und es gab überhaupt keine Debatte darüber. Sie klopfen sich alle gegenseitig auf die Schulter und erzählen, wie gut dies ist, obwohl Sie wissen, dass es eine Blamage ist.

Mein zweiter Einwand ist folgender: Ein verfassungsrechtlicher Vertrag, eine Verfassung, ist nicht da, um politische Entscheidungen schneller zu machen. Eigentlich genau im Gegenteil – er ist da, um politische Entscheidungen schwieriger zu machen. Verfassungen sind da, um sicherzustellen, dass die, die im Moment nur durch Zufall gewählt werden, nicht irgendwelche Entscheidungen so treffen können, wie es ihnen gerade passt. Es sollte kompliziert sein. So ist die amerikanische Verfassung. Dies ist eine Tradition französischer Bürokratie, sicherzustellen, dass eine Behörde schnell Entscheidungen über Gott und die Welt treffen kann, ohne sich Sorgen über den Einfluss der Öffentlichkeit machen zu müssen. Dies ist beängstigend und eine Schande für die EU.

Präsident. - Herr Lundgren, ich bin sicher, dass Sie bemerkt haben, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen Ihnen aufmerksam zugehört haben, still und ohne zu reden, wie Sie, als Sie während der Reden der anderen Mitglieder gesprochen haben – aber das ist die Art, auf die verschiedene Menschen Demokratie verstehen.

Roger Helmer (NI). - Herr Präsident, ich hatte gehofft, Herr Pöttering würde vielleicht heute Abend den Vorsitz haben, da ich ihm öffentlich dafür danken wollte, dass er mir vor ein paar Jahren die Gelegenheit gegeben hat, die EVP-Fraktion zu verlassen. Ich bin erfreut, dass meine konservativen Kolleginnen und Kollegen in Kürze alle die EVP-Fraktion verlassen werden – ein Ziel, auf das ich 10 Jahre hin gearbeitet habe.

Wir sind alle hier, um über den Vertrag von Lissabon zu diskutieren – deshalb hätte ich Herrn Pöttering daran erinnert, dass ihn sein eigenes Land, Deutschland, noch nicht ratifiziert hat. Wir in der EU behaupten, eine Union der Werte zu sein, die auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruht, doch wir missachten die Demokratie. Wir gehen rücksichtslos über die Wünsche der Wähler und Wählerinnen hinweg. Wir haben die Ergebnisse der Volksentscheide in Dänemark über Maastricht, in Irland über Nizza, in Frankreich und Holland über die Verfassung abgelehnt, und tun nun dasselbe bei Irlands Abstimmung über Lissabon. Wir missachten die Erwartungen unserer Wähler gänzlich. Soviel zur Demokratie!

Was die Rechtsstaatlichkeit betrifft, so sind wir nicht besser. Wir setzen auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon Pläne um und geben aus, bevor dieser ratifiziert ist. Dies ist kaum weniger als ein unblutiger Coup d'Etat. Herr Pöttering sagt, dass eine Million irischer Wähler 450 Millionen Europäern nicht im Weg stehen können. Er hat recht. Dann sollen die 450 Millionen über den Vertrag abstimmen. Großbritannien wird „Nein“ stimmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden Frankreich und Deutschland „Nein“ stimmen, aber Sie wagen es nicht, die Menschen abstimmen zu lassen, da Sie ihre Antwort schon kennen. In Großbritannien wurden außer acht alle 646 MP gewählt, weil sie einem Volksentscheid wohl gesonnen waren, unsere diskreditierte Labour-Regierung hat jedoch ihr Versprechen skandalös gebrochen.

Lassen Sie mich meine Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig benachrichtigen. Wir in der Britischen Konservativen Partei werden einen Volksentscheid über Lissabon zu einem Schlüsselthema in unserem Wahlprogramm machen. Wie werden einen Volksentscheid liefern und diesen jämmerlichen und blamablen Vertrag mausetot machen.

Alain Lamassoure (PPE-DE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die europäische Integration liefert uns gelegentlich Symbole, die anonyme Handlungsträger wie uns bewegen. Die letzte Abstimmung der parlamentarischen Amtszeit wird deshalb über den letzten Änderungsantrag stattfinden, der gemeinsam von MdEP und nationalen MP dem europäischen Konvent vorgeschlagen wurde: Die Schaffung einer Bürgerinitiative auf der Ebene der Europäischen Union.

Lassen Sie uns ihre Bedeutung nicht unterschätzen. Der Vertrag von Lissabon gibt den Bürgern selbst, gewöhnlichen Bürgern, dieselbe Befugnis zu politischer Initiative wie unser Parlament sie hat. Unsere Eigeninitiative-Berichte gestatten uns, die Kommission zum Handeln aufzufordern, uns eine Rechtsgrundlage vorzuschlagen, um eine neue Politik einzuführen oder eine bestehende anzupassen. Nun, die Bürger werden jetzt dasselbe tun können, wenn sie ausreichend viele sind und sie aus einer bedeutenden Anzahl von Mitgliedstaaten kommen.

Ich gratuliere Frau Kaufmann zu der Art, auf die sie daran gearbeitet hat, den für ein Thema wie dieses offensichtlich notwendigen Konsens zu finden. Ihre Klärungen des Vertrags und der Verfahrensgarantien sind vernünftig. Die bedeutende Anzahl auf ein Viertel der Mitgliedstaaten festzusetzen, stimmt mit der für Regierungen gewählten Lösung im Rahmen des Gebiets Freiheit, Sicherheit und Recht überein.

Dieses neue Recht der europäischen Bürger gibt es in dieser Form in keinem unserer Länder. Die Union wird deshalb sicherstellen, dass Schritte in Richtung direkte Demokratie unternommen werden. Nicht mal in Frankreich, um ein Beispiel zu nennen, trauen wir uns, so weit zu gehen. Wir haben unsere Verfassung letztes Jahr reformiert, aber eben dieses Recht auf gemeinsame Petition auf die lokale Ebene beschränkt.

Lassen Sie uns hoffen, dass unsere politischen Parteien sich gegenseitig an ihrer Vorstellungskraft messen, und den besten Nutzen aus diesem neuen Recht ziehen, und lassen Sie uns vor allem hoffen, dass, über die Parteien hinaus, die Zivilgesellschaft dieses Recht ergreift: Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Studenten – vor allem die mit Erasmus-Stipendien – Grenzarbeitnehmer, all die europäischen Bürger, die in einem anderen Land als ihrem eigenen leben, und die finden, dass die Gesetze, die wir hier verabschieden, vor Ort leider schlecht angewandt werden.

In dieser Union des freien Verkehrs sind die einzigen Grenzen, die bleiben, die unserer politischen Debatten. Erneut gibt es leider keine europäische Wahlkampagne, sondern 27 nationale Kampagnen, die auf einem europäischen Vorwand basieren.

Der Wirtschaftsraum existiert, die einheitliche Währung existiert, ein einziger europäischer Himmel existiert, aber ein einheitlicher politischer Raum muss noch geschaffen werden. Dies ist die echte Herausforderung für den Vertrag von Lissabon und die Bürgerinitiative ist sicherlich eine der Bestimmungen, die am besten geeignet ist, dieser Herausforderung zu begegnen.

Adrian Severin (PSE). - Herr Präsident, die durch die tschechische Ratifizierung des Lissabonner Vertrags hervorgerufene Hoffnung wird heute Abend durch die quasi verschwörerische Atmosphäre dieser Tagung überschattet.

Manche haben gefürchtet, dass wir durch die schlechte und schnelle Vorbereitung der ordnungsgemäßen Umsetzung des Vertrags bestimmte Unionsbürger kränken würden. Ich glaube dass wir, im Gegenteil, die Bürger kränken, indem wir die Wahrheit darüber, was Europa wirklich ist und sein könnte, verschleiern, und einen offenen und vernünftigen Dialog mit ihnen verweigern.

Genauso ist beleidigend, Respekt für eine Minderheitenmeinung zu zeigen, während wir die Mehrheitsentscheidung ignorieren – sowohl für die gegebene Mehrheit als auch für die allgemeinen Grundsätze einer Demokratie, die wir alle zu schätzen behaupten.

Der schriftliche Text eines Vertrags ist nicht genug. Man muss diesen Text in einer klaren Weise interpretieren, die seinen Sinn erhellt, und so die beste Umsetzung möglich macht. Das genau tun die heute vorgestellten Berichte. Sie behandeln folgendes: Erstens die Parlamentarisierung der Union; zweitens die Vergemeinschaftung der europäischen Institutionen; drittens die Einrichtung eines interinstitutionellen Gleichgewichts als Garantie für ein grenzüberschreitendes System gegenseitiger Kontrolle; viertens die Sicherung von Kohärenz und Zusammenhalt der Legislative auf Unionsebene durch Europäisierung der nationalen Parlamente und nicht durch Nationalisierung des Europäischen Parlaments; fünftens die Bündelung von Instrumenten und Strategien zum Wohle der institutionellen Funktionsfähigkeit; und sechstens die Verbesserung von Repräsentanz, Transparenz und Beteiligung auf EU-Ebene. --

In diesem Sinne werden wir eine „demos“ entstehen sehen können, die das bisherige Gehäuse der europäischen Verfahren mit Inhalt füllen, und sie somit für die Bürger bedeutungsvoll machen wird.

Das einzige, was man noch tun kann, ist eine Lösung zu finden, um zwischen den Wahlen zum neuen Parlament und dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags eine Brücke zu schlagen. Ich hoffe, dass das Verantwortungsbewusstsein und die Solidarität unserer irischen Kolleginnen und Kollegen uns helfen werden, dies zu erreichen, und unseren Zeitplan einzuhalten.

VORSITZ: HERR ONESTA

Vizepräsident

Andrzej Wielowieyski (ALDE). – (FR) Herr Präsident, Kommissar, ich glaube, dass Herrn Dehaenes Bericht, der sehr wichtig und wertvoll ist, mit Bezug auf die Arbeit und, vor allem, die Verantwortlichkeiten des Europäischen Rates, ergänzt werden sollte. Dieses wichtige Organ wird in den Rang einer Institution erhoben und stellt im politischen Bereich eine führende Kraft dar.

Deshalb sollte man ihm besondere Aufmerksamkeit schenken. Seine Handlungen werden der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofes in gleicher Weise unterworfen wie die der Europäischen Zentralbank. Ich schlage im Namen meiner Fraktion auch vor, einen Zusatz zu erstellen, der diese zusätzliche Verantwortung widerspiegelt. Da seine Gesetzgebungsfunktionen begrenzt sind, fällt diese Verantwortung im Wesentlichen unter Paragraph 265, der Untätigkeit behandelt. Ich glaube, dass die Verpflichtungen des Europäischen Rates, aus Mangel an Vertragseinzelheiten, wahrscheinlich in einer interinstitutionellen Vereinbarung genau zu erklären sind.

Der Bericht von Frau Kaufmann ist deshalb sehr wichtig, weil er eine wirkliche Öffnung gegenüber den Bürgern darstellt. Die größte Schwäche, die wir aufzeigen könnten, als wir mit einer Herausforderung für die Zukunft der Union konfrontiert wurden, wäre es, eine Leere, eine Distanz zwischen der Union und den Bürgern zu schaffen. Für sie ist die Union ein entferntes und unbekanntes Objekt, obwohl sie fühlen, dass sie sie benötigen. Meine Fraktion, die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, glaubt, dass diese Leere nur wirksam gefüllt werden kann über regelmäßige, auf einer breiten Grundlage stattfindende Konsultationen der Bürger.

Wir haben weder die Zeit gehabt, unsere Arbeit fertig zu stellen, noch unsere Debatte über diese Frage abzuschließen. Nichtsdestotrotz kann die Bürgerinitiative, wie dies Herr Lamassoure bereits festgestellt hat, gemäß dem Vertrag ein Hauptinstrument zur Schaffung eines öffentlichen europäischen Raumes sein, den wir unbedingt brauchen. Er wird tatsächlich die öffentliche Debatte zwischen den Bürgern und der Union fördern, und dies wiederum wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wecken, was für uns entscheidend ist.

Trotzdem jedoch ist seine Handhabung eine große Herausforderung für die europäischen Institutionen, speziell für die Kommission, wobei die Glaubwürdigkeit dieses neuen Instruments für die Mitgliedstaaten auf dem Spiel steht, die die neue Praxis akzeptieren und die Infrastruktur liefern müssen und, natürlich, für die Bürger, die dieses neue Instrument zum Wohl der direkten Demokratie annehmen müssen.

Milan Horáček (Verts/ALE). - Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin! Auf die heutige Entscheidung des tschechischen Senats, die wir mit sehr großer Freude begrüßen und zu der wir herzlich gratulieren, reagierte Präsident Klaus unter anderem mit der Behauptung, der Lissabon-Vertrag sei trotzdem tot, weil er durch das Referendum in Irland abgelehnt wurde.

Damit reitet er als politischer Zombie eine Attacke gegen Mehrheitsentscheidungen des eigenen Parlaments und des Senats und bestätigt seine unrühmliche und sektiererische Haltung auch in anderen Bereichen der Politik. Zum Glück macht er sich nach den positiven Abstimmungen nur selbst lächerlich. Wir Grüne stehen dem europäischen Integrationsprozess positiv und konstruktiv gegenüber, natürlich auch mit kritischen Bemerkungen, wo es notwendig ist.

Nochmals herzlichen Dank dem tschechischen Senat, dem Parlament und der Regierung!

Bastiaan Belder (IND/DEM). - (NL) Herr Präsident, der Bericht des Herrn Delaene bereitet mir gemischte Gefühle. Auf der einen Seite begrüße ich die Tatsache, dass er gelegentlich das Bedürfnis verspürt, die Dinge ernsthaft zu analysieren, und hier beziehe ich mich auf die Paragraphen 14 und 26, bei denen er sich auf die Dominanz des Europäischen Rates und die Probleme bezieht, die mit dem neuen Präsidentschaftssystem innerhalb des Rates verbunden sind.

Auf der anderen Seite bin ich enttäuscht von diesem Bericht, weil die Analyse des Berichterstatters nicht ausreichend ins Detail geht. Insbesondere ist dies der Fall in den letzten 12 Paragraphen, in denen er die Außenpolitik diskutiert; alle institutionellen Ungewissheiten sind weggeschrieben worden, obwohl die institutionellen Konsequenzen dieser Doppelrolle nicht gänzlich bekannt sind. Deshalb kann ich nicht verstehen, wie der Berichterstatter zu der allgemeinen Einschätzung kommt, dass das neue System für eine stärkere institutionelle Ausgeglichenheit in der Union sorgen wird.

Ich erkenne an, dass der Vertrag von Lissabon eine Verbesserung in gewissen Bereichen darstellt. Jedoch lenkt dies nicht von der Tatsache ab, dass es genau die ungewissen Konsequenzen dieses Vertrages sind, die sich als die Achillesferse des Lissabon-Vertrages für die institutionelle Ausgeglichenheit der Union herausstellen werden, etwas, das der Berichterstatter nicht mitbekommen hat.

Jana Bobošíková (NI). - (CS) Sehr geehrte Damen und Herren, auf dieser Sitzung tun wir etwas, was man in unserem Land „die Rechnung ohne den Wirt machen“ nennt. Wir werden abstimmen über die Beziehungen zwischen den Institutionen der Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und ihren Parlamenten, als ob der Vertrag von Lissabon in Kraft wäre. Ich würde gern wiederholen, dass der Vertrag von Lissabon noch weit von seiner Ratifizierung entfernt ist. Mitglieder des Parlaments sollten sich darüber bewusst sein und sollten diese Information vor ihren Bürgern nicht zurückhalten. Jede demokratisch denkende Person muss sich vergegenwärtigen, dass nicht einmal die aggressivsten Angriffe gegen Politiker, die den Vertrag von Lissabon nicht unterschrieben haben, etwas ändern werden.

Folglich würde ich gern Herrn Cohn-Bendit sagen, dass seine anstößigen Aussagen, mit denen er behauptet, dass Präsident Klaus von der Tschechischen Republik beabsichtigt, Senatoren des Parlaments in meinem

Land zu bestechen, nicht nur dem Präsidenten gegenüber einen Affront darstellen, sondern auch den Bürgern der Tschechischen Republik gegenüber. Derartige Anschuldigungen sind ein Affront gegenüber den Prinzipien der freundschaftlichen internationalen Beziehungen genauso wie gegenüber dem einfachen menschlichen Anstand. Aus diesem Grund bitte ich Herrn Cohn-Bendit, entweder seine Korruptionsbehauptungen zu beweisen oder sich öffentlich bei Präsident Klaus dafür zu entschuldigen.

Richard Corbett (PSE). - Herr Präsident, dieses Berichtspaket zeigt, dass im Falle des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrages - und dies gilt natürlich unbeschadet der Entscheidung der Iren - wir eine Union haben werden, die mehr Gelegenheiten zur Teilnahme, mehr Zurechenbarkeit, mehr Demokratie und mehr gegenseitige Kontrolle haben wird. Das ist die zentrale Botschaft, die wir heute Abend ausgeben können, ob dies mit Hilfe des Leinen-Berichts ist, der die stärkere Rolle dieses gewählten Parlaments innerhalb des institutionellen Systems zeigt; der Brok-Bericht zeigt die neuen Möglichkeiten zur Teilnahme für nationale Parlamente; der Dehaene-Bericht befasst sich mit der besonderen Rechenschaftspflicht der Führungsbereiche der Institutionen und wie wir eine mögliche Übergangsperiode gestalten werden; der Guy-Quint-Bericht zeigt auf, dass es keine Teile des europäischen Haushalts geben wird, die von der parlamentarischen Kontrolle ausgespart werden; und es gibt natürlich den Kaufmann-Bericht über die Bürgerinitiative.

Meine Fraktion wird all diese Beschlüsse unterstützen, und wir sind stolz darauf, dies zu tun, ich möchte dies nur mit einer besonderen Ausnahme sagen, und dies ist der Kaufmann-Bericht, den wir als einen ersten Schritt ansehen: das Vorlegen einer ersten Betrachtung, wie dies in Zukunft vonstatten gehen könnte. Wir müssen aber vorsichtig sein - und ich stimme dem zu, was der Kommissar bereits gesagt hat - dass wir kein System erstellen, das für die Bürger zu schwierig ist oder das über zu viele bürokratischen Hindernisse verfügt, um das Recht ausüben zu können. Wir haben aber viel Zeit, darauf zurück zu kommen, sollte der Vertrag tatsächlich in Kraft treten.

Wir sprechen an dem Tag, an dem wir die 26. parlamentarische Ratifizierung erreicht haben. Ich weiß, dass die britischen Konservativen daran nicht interessiert sind. Sie plaudern ohne Zweifel über etwas anderes, aber das ist eine wichtige Tatsache.

Sechszwanzig Ratifizierungen durch parlamentarische Verfahren: 26 „Ja“ zu dem Vertrag; ein „Nein“. Ich würde vorschlagen, dass es in dieser Situation der 26 „Ja“ und des einen „Nein“ nicht undemokratisch ist, wie es einige Leute gesagt haben, sich dieses Ergebnis anzusehen und das Land zu fragen, das mit „Nein“ gestimmt hat, ob es bereit ist, sich die Sache nochmals zu überlegen angesichts der Ratifizierung der anderen. Es bleibt ihre Wahl, dies zu tun. Ich glaube aber, dass es ziemlich vernünftig ist, dass man in Irland selbst zu der Schlussfolgerung gelangt ist, dass man sich die Sache möglicherweise noch ein Mal überlegen wird, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Und es obliegt uns, das zu tun, was wir tun können, um uns um die Sorgen zu kümmern, wegen derer mit „Nein“ gestimmt wurde. Das muss Teil der Antwort sein, und es ist schließlich das, worüber die Union übereingekommen ist.

Alle anderen Mitgliedstaaten - weil es die Mitgliedstaaten sind und nicht bloß die hieran beteiligten europäischen Institutionen - sind übereingekommen, sich um die Sorgen zu kümmern, damit die 27. Ratifizierung erreicht werden kann.

Was wir aus dieser Sache lernen können, umfasst einen breiteren Rahmen. Unsere Grundregeln in der Europäischen Union, die durch die Mitgliedstaaten unterzeichneten und ratifizierten Verträge, können nur durch Zustimmung jedes einzelnen dieser Mitgliedstaaten geändert werden. Das ist eine sehr hohe Hürde. Dies zeigt, dass diejenigen, die behaupten, dass wir rücksichtslos über die demokratische Rechenschaftspflicht hinweg gehen und die Ansichten der Menschen ignorieren würden, völlig falsch liegen. Es ist sehr einfach, jeden Schritt nach vorn, jede Reform der europäischen Institutionen zu blockieren. Diese Euroskeptiker da drüben benötigen nur einen Sieg von 27. Die Würfel sind zu ihren Gunsten gezinkt und nicht zu Gunsten derer, die gern eine viel schnellere Integration hätten, wie etwa Herr Duff. So ist es nun einmal.

Sie geben auch Referenden an, die ein „Nein“-Ergebnis erbracht haben. Ich stelle fest, dass sie nur die Referenden angeben, die ein „Nein“-Ergebnis erbracht haben. Sie bringen es nie fertig, das spanische Referendum, das luxemburgische Referendum zu erwähnen. Ich glaube, wenn Sie sich die Geschichte der europäischen Integration ansehen, dann hat es dort etwa 32 (wenn ich mich richtig erinnere) Referenden in den Mitgliedstaaten gegeben, wobei 26 oder 27 davon ein „Ja“ und nur eine Handvoll ein „Nein“ erbracht haben. Aber immer, wenn es ein „Nein“-Ergebnis gegeben hat, dann war es unmöglich, es zu überstimmen, ohne dass man auf die Sorgen zurück gekommen ist und sich um diese gekümmert hat, die dabei zum Ausdruck gebracht worden sind und man das betreffende Land gefragt hat, ob es sich seine Entscheidung nicht nochmals überlegen wolle; ob es seine Meinung nicht ändern wolle.

Ich finde im Bezug auf Demokratie nichts falsch daran, dies allmählich aufzubauen, sozusagen Schritt für Schritt, über den Konsens aller Mitgliedstaaten, diese Union aufzubauen, an der wir nun seit mehr als einem halben Jahrhundert arbeiten, dass wir stolz darauf sein sollten, dass wir 27 Länder haben, die auf einem Kontinent zusammen arbeiten, dessen Geschichte zeigt, dass er allzu oft von der Glut des Nationalismus zerrissen wurde, die einige wieder anfachen wollen.

Anne E. Jensen (ALDE). - (DA) Herr Präsident, die Teilnahme an der Debatte am heutigen Abend stellt eine in gewisser Weise spezielle Erfahrung dar. Fünf Jahre lang habe ich eng zusammengearbeitet mit Catherine Guy-Quint. Wir beide waren Koordinatoren des Haushalts unserer jeweiligen politischen Fraktionen. Wir haben während dieser Zeit unsere Schlachten ausgetragen, aber meistens haben wir zusammen gekämpft im Geiste der Kooperation, von der die Arbeit im Haushaltsausschuss geprägt ist.

Sie hören auf, Catherine, und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, Ihnen offizieller zu danken für die Zeit, die wir zusammen verbracht haben. Ich habe sehr viel gelernt! Mein Französisch hat sich verbessert und ich habe auch eine Menge von Ihrem Stil gelernt, den ich mittlerweile sehr respektiere. Sie sind nüchterner als ich es bin, aber das ist manchmal nötig!

An diesem Abend übergibt das ausscheidende Parlament an das neue Parlament, das vom 4. bis 7. Juni gewählt wird. Wenn die Wähler in Irland im Oktober mit „Ja“ stimmen und der Lissabon-Vertrag Ende des Jahres in Kraft tritt, werden wir wegen der weit reichenden Konsequenzen für die Parlamentsarbeit schnell handeln müssen. Nicht zuletzt im Bereich der Haushalte. Dies ist gut und klar im Bericht von Frau Guy-Quint beschrieben. Sie haben erstklassige Arbeit geleistet und übergeben diese nun an die neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Das Parlament wird formell am Aufbau eines mehrjährigen Finanzrahmens beteiligt sein, aber wir haben es immer noch nicht geschafft, eine Änderung in diesem Rahmenzeitraum von sieben auf fünf Jahre sicherzustellen, sodass sie mit der Amtsperiode der Kommission und des Parlaments übereinstimmt. Dies würde uns befähigen, immer bei der Gestaltung dieser Rahmen behilflich zu sein. Das Parlament hätte das Sagen über den gesamten Haushalt, einschließlich des Agrarhaushalts. Ich glaube, dass es gut wäre für die Bauern und die Bürger der EU, wenn die Diskussionen hinsichtlich der Landwirtschaftspolitik dadurch bedeutend offener gestaltet würden und der Kuhhandel hinter verschlossenen Türen durch offene und demokratische Debatten ersetzt würde. Keiner kann im Voraus sagen, wie das Ergebnis aussehen würde für die landwirtschaftlichen Ausgaben, aber es würde unzweifelhaft die Erhaltung und Entwicklung von Plänen verhindern, wenn sie unseren Bürgern nicht klar und logisch erklärt werden können.

Das jährliche Haushaltsverfahren wird gerade geändert, und letztes Jahr haben wir die neuen Arbeitsanforderungen im parlamentarischen Haushaltsausschuss ausprobiert. Da wir nur eine Lesung haben, der Verhandlungen zur Erreichung eines Abkommens folgen, zwingt uns das, alles früher und viel sorgfältiger vorzubereiten. Das ist im Grunde keine dumme Idee. Ich denke, dass der letztjährige allgemeine Versuch zu neuer Disziplin gute Ergebnisse hervorbrachte.

Der Lissabon-Vertrag verleiht dem Parlament neue Haushaltskompetenzen und neue Arbeitsmethoden, und der Bericht von Frau Guy-Quint liefert dem kommenden Parlament eine hervorragende Arbeitsgrundlage. Ich hoffe und glaube, dass wir es schaffen werden, den Lissabon-Vertrag anzunehmen, wodurch sichergestellt wird, dass die Arbeit der EU offener und wirkungsvoller wird.

Michael Henry Nattrass (IND/DEM). - Herr Präsident, seit den 1970er Jahren haben britische Politiker geschworen, dass die EU sich nicht um politische Dominanz oder einen Verlust der Souveränität dreht, die EU-Präsidenten sagen allerdings, dass wir unsere Souveränität zusammen gelegt und ein europäisches Reich haben, das 75 % unserer Gesetze erlässt.

Mit diesem Vertrag verabschieden wir uns mit seiner Unterzeichnung von unserer Fähigkeit, uns selbst zu regieren, eine BBC-Umfrage besagt jedoch, dass 84 % der Briten keine weitere Machtaufgabe wünschen. Wie die Pilze werden die Briten im Dunkeln gelassen und mit Mist gefüttert. Die Konservativen gaben durch die PPE-DE-Fraktion ihre Zustimmung zu der „Ja“-Kampagne in Irland, dann versprachen sie unaufrichtigerweise, ein Referendum zu erlauben - aber nur, wenn Irland wieder mit „Nein“ stimmt. Hinter dem Rücken der Briten und ohne Mandat haben die Parteien in Westminster ihr Land verkauft, während die Umfragen zeigen, dass 55 % die EU verlassen möchten. Niemals zuvor sind auf dem Gebiet der Politik so viele von so wenigen betrogen worden.

Roberto Fiore (NI). - (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Millionen Europäer, Briten, Italiener und Franzosen möchten kein Europa, das auf politisch korrekten Haltungen basiert, auf Laissez-Faire-

und antisozialen Einstellungen, wie wir es gesehen haben bei dem Bolkestein-Entwurf über totalitären und jakobinischen Zentralismus, oder auf einer laienhaften, freimaurerischen und falschen marxistischen Haltung.

Ich glaube, dass Europäer sehr interessiert sind an echten sozialen Freiheiten, an solchen, die Familien, Gemeinschaften und sozialen Einrichtungen die Gelegenheit bieten, wirklichen Fortschritt zu erzielen und an einem Europa, das basiert auf Subsidiarität und insbesondere auf sozialen Einrichtungen und einer tief verwurzelten christlichen und römischen Sicht der Geschichte. Dieses Europa steht im krassen Gegensatz zu dem des Lissabon-Vertrages, das von den starken Mächten und den Lobbies gewollt wird, die tatsächlich die Lage radikal zu zentralisieren wünschen.

Wir glauben, dass die Europäer schließlich abstimmen und diesen Vertrag ins Meer werfen müssen.

Paul Rübig (PPE-DE). - Herr Präsident, sehr geehrte Kommissarin Wallström, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass diese Debatte sehr wichtig ist, weil wir heute von verschiedenen Seiten gehört haben, dass Kompetenz nach Europa abgegeben wird. Das stimmt aus der Betrachtung der Nationalstaaten, aber Faktum ist, dass die Nationalstaaten damit auch eine Möglichkeit bekommen, in den anderen 26 Mitgliedstaaten für gleiche Rechtsbedingungen zu sorgen. Dieses Rationalisierungsprojekt Europa, dass wir nicht in 27 Mitgliedstaaten völlig unterschiedliche Rechtsordnungen haben, sondern dass wir uns bemühen, einen einheitlichen Rechtsrahmen zu kreieren, ist ein großer Fortschritt und gibt unseren Ministern, aber auch unseren Abgeordneten wesentlich mehr Rechte und Möglichkeiten, sich für die europäischen Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.

Wenn ich auch oft Unzufriedenheit in den Rängen hier im Parlament orte, und wenn ich nun zurückblicke und sehe, dass die Reihen der Gegner leer sind und sie sich in ihrer großen Mehrheit nicht an dieser Debatte beteiligen, so muss ich doch feststellen, dass natürlich auch wir Kritik an den Institutionen haben und Verbesserungen wollen. Gerade diese Verbesserungen haben wir in den letzten acht Jahren intensiv diskutiert. Wir wollen ganz einfach erreichen, dass die Beziehungen zwischen den Institutionen und zwischen den Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden. Man kann sich heute nicht hinstellen und sagen, ein seit über acht Jahren andauernder Reformprozess soll gestoppt werden, ohne auch nur irgendeine Alternative anzubieten – das ist der wahre Skandal an dieser Debatte!

Wir brauchen dringend die klare Ausrichtung, worum es in diesem Vertrag geht. Dieser Vertrag gibt uns neue Ziele. Wir bekommen endlich eine repräsentative und partizipative Demokratie mit der entsprechenden Bürgerinitiative, wir bekommen neue Kompetenzen in Umweltschutz und Klimawandel. Als ob ein Nationalstaat diese Probleme für sich alleine lösen könnte! Das ist ja gerade bei Luft, Wasser und in verschiedenen anderen Bereichen gar nicht möglich. Wir sollen uns auch gemeinsam um Freiheit, Sicherheit und Vollbeschäftigung kümmern. Gerade angesichts der Krise ist diese Kompetenz für die Europäische Union besonders wichtig.

Aber auch neue Rechtsgrundlagen sind wichtig. Angesichts der kritischen Energiesituation brauchen wir eine Rechtsgrundlage für die Energiepolitik. Auch im Bereich der Handelspolitik sehen wir bei Betrachtung der internationalen Handelsfragen, wie dringend wir hier eine gute Lösung für unsere europäischen Bürgerinnen und Bürger brauchen, ganz abgesehen von Raumfahrt und geistigem Eigentum. Und für unsere Gegner ist vielleicht auch die Austrittsklausel nicht ganz unwichtig. Ich glaube, dass die neuen Kontrollbefugnisse und Verfahren dieses Parlament stärken werden, und ich bin dafür, dass wir diese Debatte noch viel intensiver führen, weil viele noch immer nicht gesehen haben, welche Chancen dieses neue Europa bietet.

Libor Rouček (PSE). – (CS) Meine sehr geehrten Damen und Herren, als ein Mitglied aus der Tschechischen Republik freut es mich heute sehr, da wir die Auswirkungen des Lissabon-Vertrages diskutieren, dass die Tschechische Republik den Lissabon-Vertrag mit einer riesigen Mehrheit von 54 zu 20 Stimmen genehmigt hat. Auf diese Weise hat man den Willen der Tschechen zum Ausdruck gebracht, den Lissabon-Vertrag in Kraft treten zu lassen. Dieser Wille ist bereits durch das Unterhaus des Tschechischen Parlaments, das Abgeordnetenhaus, zum Ausdruck gekommen. Zur gleichen Zeit hinterfragt jedoch der Präsident der Republik den Willen der Menschen, wobei der Wille klar durch das Abgeordnetenhaus und den Senat zum Ausdruck gekommen ist.

Václav Klaus, der Präsident der Tschechischen Republik, sagte: „Ich muss meine Enttäuschung darüber, dass einige Senatoren nach dem bisher ungekannten Niveau an politischem und Mediendruck, sowohl zuhause als auch im Ausland, ihre vorher in der Öffentlichkeit bekannt gegebenen Ansichten geändert – und auf diese Weise ihre politische und staatsbürgerliche Integrität aufgegeben - und ihre Zustimmung zum Lissabon-Vertrag gegeben haben. Sie haben den langfristigen Interessen der Tschechischen Republik den Rücken gekehrt, die

ihren eigenen Interessen und den kurzfristigen Interessen der aktuellen Politiker untergeordnet worden sind. Dies liefert einen sehr betrüblichen Beweis für ein weiteres Versäumnis eines Hauptbereichs unserer politischen Elite. Ich werde jetzt abwarten, ob eine Gruppe der Senatoren – von denen einige bereits ihre diesbezügliche Absicht bekundet haben – das Verfassungsgericht um eine weitere Prüfung des Lissabon-Vertrages in Bezug auf unsere Verfassung bittet. Wenn dies geschieht, dann werde ich meine eigene Entscheidung über die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages zurück halten, bis das Verfassungsgericht sein Urteil verkündet hat.“

Wir sind hier, um die Auswirkungen des Lissabon-Vertrages auf die Entwicklung des institutionellen Gleichgewichts der Europäischen Union zu diskutieren. Ich finde jedoch, dass wir hier auch das institutionelle Gleichgewicht der Tschechischen Republik diskutieren sollten - und dies sollte auch von tschechischen Abgeordneten und Senatoren getan werden. Die Tschechische Republik ist eine parlamentarische Demokratie. Trotz dieser Tatsache hat die Tschechische Republik einen Präsidenten, der den Willen des Abgeordnetenhauses nicht respektiert, der den Willen des Senats nicht respektiert, und der handelt wie ein absolutistischer Monarch oder Diktator aus dem Land, das er so heftig kritisiert und an das er so oft erinnert, die frühere Sowjetunion. Unseren Euroskeptikern können wir viel sagen über den Stand der Demokratie in Europa, über den Stand der Demokratie in unserem Land und über das Verhalten des Präsidenten, den Sie so sehr bewundern.

Kyösti Virrankoski (ALDE). - (FI) Herr Präsident, der Lissabon-Vertrag wird das Haushaltsverfahren der Europäischen Union radikal reformieren. Der mehrjährige Finanzrahmen wird verpflichtend werden, die Klassifizierung der Ausgaben in obligatorische und nichtobligatorische wird wegfallen, und die Haushaltsverfahren werden verkürzt werden.

Ich unterstütze den fünfjährigen Finanzrahmen für die Amtsperiode des Europäischen Parlaments und der Kommission. Es wird zu wirksamerer Arbeit führen und den Institutionen erlauben, ihre eigenen Vorgehensstrategien aufzustellen.

Der Entwurf des Haushalts wird ein schwieriger Prozess. Man beginnt sich zu fragen, wer ein derart kompliziertes System entwickelt haben könnte. Bis jetzt ist es klar gewesen, welche Institution über die endgültigen Zahlen des Haushalts entscheidet. Es muss einen Konsens über jede Einzelheit geben, was sehr intensive Verhandlungen im Vermittlungsausschuss bedeuten kann.

Für das Parlament heißt das, dass das neue Verfahren eine Verstärkung der verfügbaren Arbeitskräfte erfordern wird. Sonst wird es nicht vollständig in der Lage sein, seine Macht beim Haushaltsentwurf im Allgemeinen oder bei der Verwaltung der EU im Besonderen auszuüben.

Schließlich möchte ich den Berichterstattern und insbesondere Frau Catherine Guy-Quint für ihre hervorragenden Berichte und, allgemeiner ausgedrückt, für ihre exzellente Kooperationsfähigkeit über die Jahre hinweg danken.

Elmar Brok, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich danke für die Möglichkeit, etwas vorgezogen einige Bemerkungen zu machen.

Diese Debatte hat ein hohes Maß an Überzeugung quer durch alle Fraktionen und Nationen gezeigt und auch die Stärke unseres Ansatzes deutlich gemacht, dieses Europa nach vorne zu bringen. Wenn ich einige sehr kritische Redner aus dem angelsächsischen Bereich höre, dann erinnere ich mich daran, dass gerade von dort in den letzten Monaten besonders viele Hilfeschreie kamen, die Finanzkrise gemeinsam zu bewältigen. Ich bin sicher, dass diese Herren auch einmal begreifen werden, dass sie Thesen auf einer Grundlage vertreten, die Winston Churchill schon vor 60 Jahren verlassen hatte.

Wir kommen jetzt in eine ganz entscheidende Phase. Wir sollten nach den Entscheidungen, die wir mit so breiter Zustimmung im Europäischen Parlament getroffen haben und die wir in Prag so überzeugend gefunden haben, jetzt nicht in Triumphalismus verfallen. Denn es wird eine wichtige Arbeit für uns sein, in aller Bescheidenheit der irischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, in Souveränität und Freiheit ihre Entscheidung zu treffen – eine Entscheidung, die Irland in Verantwortung für den ganzen Kontinent in souveräner Freiheit zu treffen hat. Ich glaube, dass wir dafür auch instrumental sein sollten, dass dies möglich wird. Ich hoffe, dass der Europäische Rat Ende Juni die Voraussetzungen dafür schaffen wird, dass dann auch diese letzte Etappe gegangen werden kann und den Iren die Voraussetzungen gegeben werden, die sie benötigen, um sich noch einmal mit dieser Frage zu beschäftigen.

Proinsias De Rossa (PSE). - Herr Präsident, ich begrüße diese Debatte. Es schien eine Zeitlang, dass sie nicht zustande kommen könnte. Ich bin froh, dass sie stattfindet, und sie findet statt dank der Beharrlichkeit meiner

Kolleginnen und Kollegen. Es ist für dieses Haus absolut angebracht, sich in verantwortlicher und vernünftiger Weise um den Übergang für die mögliche - abschließende - Ratifizierung des Lissabon-Vertrages zu kümmern. Es wäre töricht von uns, dies nicht zu tun. Ich werde zu Ende dieses Jahres hart daran arbeiten, dass es zu einer „Ja“-Abstimmung kommt - ob ich nun in dieses Haus gewählt werde oder nicht - und ich bedauere, dass eine ganze Anzahl meiner Freunde nicht da sein wird, ich werde sie vermissen.

Aber ich möchte heute Abend insbesondere der Tschechischen Republik für ihre Abstimmung mit „Ja“ danken, weil sie heute für die Zukunft gestimmt hat. Ich glaube, dass es äußerst wichtig ist, dass wir diese Botschaft vermitteln können: dass die Vereinigung Europas und der Aufbau eines vereinten Europas sich um die Zukunft der Menschen in Europa dreht.

Nirgendwo sonst in der Welt außerhalb Europas haben wir 27 souveräne Mitgliedstaaten, die an der Entscheidungsfällung über die Grenzen hinweg im gemeinsamen Interesse ihrer Völker beteiligt sind. Nirgendwo sonst reichen unabhängige Staaten ihre gemeinsamen Entscheidungen zur Genehmigung und Ergänzung bei einem direkt gewählten multinationalen Parlament ein. Diese unsere Union ist einzigartig. Es handelt sich um ein einzigartiges demokratisches Experiment. Sie ist nicht ohne Fehler. Sie muss reformiert werden, und tatsächlich sind die Reformen des Lissabon-Vertrages die Reformen, denen wir zu diesem Zeitpunkt zustimmen können. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Parlamente - und tatsächlich auch künftige Räte - weitere Reformen identifizieren und über sie übereinkommen werden.

Aber Europa braucht auch eine neue Richtung. Es muss sein Engagement zum sozialen Wohlergehen unserer Völker wieder bestätigen und die beinahe ausschließliche Besessenheit mit der Marktliberalisierung wieder ausgleichen, die wir im Laufe des letzten Jahrzehnts gehabt haben. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die politische, soziale und wirtschaftliche Orientierung dieser Union angetrieben wird durch die von der Wählerschaft getroffenen Entscheidungen: In allgemeinen Wahlen, in europäischen Wahlen und durch die Kommissionen, die wir gemeinsam auswählen und einsetzen. Die Europäische Union ist der Ort, an dem wir die Streitigkeiten beilegen, die junge Männer früher dadurch lösten, dass sie einander in den Schützengräben umbrachten. Es ist eine große Ehre für mich, Teil dieses Parlaments zu sein, in dem wir die Kraft der Waffen durch die Kraft des Arguments ersetzt haben.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Euroskeptiker die Uhr zurückdrehen. Dass die Entscheidung eines Mitgliedstaates, der weniger als 1 % der Bevölkerung dieser Union repräsentiert, sie zum Stillstand bringt, ist ein Zeichen dafür, wie labil unsere Konstruktion ist. Es ist aber auch ein Zeichen der Stärke der Union, dass wir überleben können und es den Völkern Europas erlauben, diese Entscheidungen unabhängig zu treffen. Wir müssen, so glaube ich, versuchen, den Traum eines Europas mit unseren Menschen wieder neu zu beleben. Wir müssen vermeiden, hinuntergezogen zu werden von den zornigen alten Männern, die auf den hinteren Bänken politisch ganz rechts außen aufstehen und uns anschreien und uns sagen, wie undemokratisch wir doch seien, dabei ist dies tatsächlich ein Parlament, das durch die Europäer gewählt worden ist, um für die Europäer Entscheidungen zu fällen.

Costas Botopoulos (PSE). – (FR) Herr Präsident, dies ist tatsächlich ein feierlicher Tag; das Lissabon-Paket - wie es genannt wird - kommt jetzt schließlich ins Parlament; Der tschechische Senat hat ein Hoffnungszeichen ausgesendet; Viele melden sich zum letzten Mal zu Wort, die Emotionen sind greifbar. Wir sind dabei, diese parlamentarische Amtsperiode zu Ende zu bringen, und viele von uns sind ziemlich emotional berührt. Eine wahrlich historische Atmosphäre beherrscht diese spätabendliche Sitzung des Parlaments.

Als ein Janus-Mitglied - halb verfassungsmäßig, halb haushaltsmäßig - möchte ich etwas spezifischer sprechen über den Bericht von Frau Guy-Quint über das neue Haushaltssystem und über die Auswirkungen, die der Lissabon-Vertrag auf dieses neue System haben wird. Wie bereits gesagt worden ist, ist es vor allem ein demokratischeres System. Fortan wird man über alle Ausgaben - den gesamten Haushalt - gemäß dem Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Rat und dem Parlament entscheiden.

Es ist ebenfalls, und dies ist noch wichtiger, ein politischerer Haushalt, da wir - wie es Frau Guy-Quint nennt - ein interinstitutionelles strategisches Programmieren haben, mit anderen Worten, alle Einrichtungen der Europäischen Union kommen darin überein, den Haushalt aufzustellen. Dies ist jedoch ein System, das noch Ungewissheiten enthält.

Wird das Parlament beispielsweise wirklich seine in der Theorie gestärkte Rolle spielen? Wird es diese neue Macht genießen, da es auch Probleme gibt? Wir verfügen über weniger Zeit; Es gibt nur eine Lesung; es liegt deshalb am Parlament, diese Gelegenheit - und dies ist eine Herausforderung an sich - seine Rolle zu spielen, zu ergreifen. Wird die fünfjährige Haushaltsperiode mit der fünfjährigen Amtsperiode des Parlaments

zusammenfallen oder durch diese akzentuiert werden? Dies ist nicht sicher. Auch bei dieser Frage müssen wir uns anstrengen.

Es gibt auch verpasste Gelegenheiten. Wir haben die Gelegenheit verpasst, uns selbst mit mehr Mitteln auszustatten, wir haben die Gelegenheit verpasst - bitte geben Sie mir noch 10 Sekunden, da wir uns in einer formellen spätabendlichen Sitzung befinden - eine neue Haushaltsphilosophie einzuführen.

Um abzuschließen, möchte ich noch betonen, dass wir uns vor Herausforderungen befinden. Die Herausforderung des Übergangs - es ist nicht einfach, direkt in ein neues System überzugehen - und die Herausforderung der Flexibilität - wir benötigen mehr Flexibilität, wenn wir uns den Krisen stellen sollen.

Ich werde schließen mit dem Wunsch, dass all dies mit der Durchführung des Lissabon-Vertrages weitergeführt werden könnte.

Präsident. – Da ich selbst ein Janus-Mitglied bin und im gleichen Ausschuss sitze wie Sie, Herr Botopoulos, hatte ich keine andere Wahl als Ihnen diese 40 Sekunden zu geben.

Justas Vincas Paleckis (PSE). – (LT) Ich glaube, dass wir alle, die wir an dieser spätabendlichen Sitzung teilnehmen, an diese Versammlung noch lange denken und unseren Kindern und Enkeln noch von ihr erzählen werden. Selbst an diesem Abend können wir alle fühlen, wie das europäische Schiff durch die Stürme der Finanzkrise hin- und hergeschüttelt wird. Es ist klar, dass der Motor dieses Schiffes, der Vertragsmechanismus, zu schwach ist und sofort ausgewechselt werden muss.

Der Vertrag von Lissabon ist die stärkere Maschine, die wir zur Bewältigung der Krise benötigen. Deshalb stimme ich mit den Berichten überein, über die gerade debattiert wird, und ich stimme mit meinen Kolleginnen und Kollegen überein, die betonen, dass es nicht sehr demokratisch ist, wenn der Felsen eines einzigen Referendums das gesamte europäische Schiff zum Sinken bringen kann, wenn ein Staatsführer sich vorstellen kann, dass er der Einzige ist, der im Schritt läuft und die Meinungen der anderen 26 Staaten keine Rolle spielen. Ich glaube, dass die irischen Wähler ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen werden über das, was gerade in Europa und in der Welt geschieht.

Avril Doyle (PPE-DE). - Herr Präsident, ich bin heute Abend der letzte auf der Rednerliste für die Europäische Volkspartei/Europäischen Demokraten, und als irischer MdEP glaube ich, dass es hierfür gute Gründe gibt.

Dürfte ich, zuallererst, allen Berichterstattern der fünf Berichte danken. Es freut mich, dass wir die Gelegenheit haben, sie zu diskutieren, und ich habe über meine politische Fraktion gefordert, wie meine anderen irischen Kolleginnen und Kollegen auch, dass wir in die Lage gelangen, die wir heute Abend hier vorfinden, in der wir nämlich über die fünf wichtigsten Berichte diskutieren können.

Darf ich zu Anfang klar machen, dass das, was ich zu dieser heutigen abendlichen Debatte sage, in meinem nächsten Satz komplett zum Ausdruck kommt. Es wäre nicht angemessen und wird auch nicht beabsichtigt, die Entscheidung der irischen Bevölkerung im anstehenden zweiten Referendum über den Lissabon-Vertrag, die erst Anfang der Woche durch unseren Taoiseach Brian Cowan TD. angekündigt worden ist, in irgendeiner Weise vorweg zu nehmen oder als selbstverständlich anzusehen.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom letzten Dezember enthalten ein Maßnahmen-Paket, das sich aus Recherchearbeiten ergab, die unserem Referendum vom letzten Juni folgten. Maßnahmen, auf die Sorgen der irischen „Nein“-Wähler zu antworten, so wie sie durch unseren Taoiseach der Ratsbesprechung im letzten Dezember neben einem Plan dargelegt wurden, der dazu beitragen soll, den Vertrag bis zum Ende des Jahres 2009 in Kraft treten zu lassen.

Dieses Paket beinhaltet die Beibehaltung des Prinzips eines Kommissars pro Mitgliedstaat, die Bestätigung der Bedeutung, die die Union den Arbeiterrechten und anderen sozialen Fragen beimisst, und eine Reihe legaler Garantien zur Steuerneutralität und den Bestimmungen der irischen Verfassung in Bezug auf das Recht auf Leben, Bildung und Familie.

Auf der Besprechung des Europäischen Rates im Frühjahr informierte unser Taoiseach Partner darüber, dass im Einklang mit der im Dezember vereinbarten Zeitachse detaillierte Arbeiten zur Ausführung dieser Bestimmungen bereits durchgeführt werden und bis Mitte 2009 beendet sein sollten. -

Wenn unsere Regierung mit dem Ergebnis komplett zufrieden ist, hat der Taoiseach zugestimmt, die Ratifizierung des Vertrages bis zum Ende der Amtsperiode der aktuellen Kommission, von der meines Wissens

erwartet wird, Ende Oktober abzutreten, anzustreben. Ich hoffe aufrichtig darauf, dass das Versprechen eines Referendums Anfang Herbst allerspätestens Anfang Oktober bedeutet.

Angeichts der Vergrößerung der Macht des Europäischen Parlaments, die im Lissabon-Vertrag vorgesehen ist, ist es verständlich, dass seine Abgeordneten die institutionellen und verfahrensmäßigen Auswirkungen des Vertrages bedenken sollten, daher auch die heutige abendliche Debatte über die fünf Berichte.

Die Berücksichtigung dieser fünf Fragen durch das Europäische Parlament heute Abend findet zu einem Zeitpunkt statt an dem, wie ich meinem Skript für heute Abend entnehmen kann, vier Mitgliedstaaten - Irland, die Tschechische Republik, Deutschland und Polen - ihr Ratifizierungsverfahren noch abzuschließen haben. In technischer Hinsicht ist das richtig, aber meine Glückwünsche heute Abend gehen an die Tschechische Republik - insbesondere an den tschechischen Senat - für die vollständige Genehmigung des Parlaments dafür, ihrem Präsidenten die Ratifizierung des Vertrages im Namen der tschechischen Bevölkerung hoffentlich zu erlauben. Ich hoffe, dass er den Willen ihres Parlaments akzeptiert. So, wie ich es sehe, ist es zu einer juristischen Überprüfung weitergeleitet worden. Ich hoffe, es handelt sich lediglich um eine technische Verzögerung.

Damit der Vertrag in Kraft tritt, müssen ihn natürlich alle Länder ratifizieren, und es ist natürlich richtig, wenn man sagt, dass 26 europäische Parlamente – 26 Parlamente der Mitgliedstaaten – „Ja“ gesagt haben, und bis jetzt sind die Iren die einzigen, die dies getan haben.

Ich akzeptiere vollkommen, dass das Parlament es wünscht, die in diesen Unterlagen und diesen Berichten aufgeworfenen Fragen so gründlich wie irgend möglich zu untersuchen, ohne jegliche Störung oder Vorwegnahme des ausstehenden Ratifizierungsverfahrens.

Darf ich sagen, dass ich gegen das opportunistische Meckern von ein paar euroskeptischen Fossilien auf unseren Hinterbänken bin, und was sie sagen, sollte als das angesehen werden, was es ist. Meine Botschaft an sie ist klar: Sich aus einer souveränen irischen herauszuhalten, weil niemand den irischen Wählern zu sagen hat, was sie zu tun haben.

Darf ich, da dies mein letzter Beitrag im Parlament ist, Ihnen und der ganzen Präsidentschaft, der Kommission, der tschechischen Präsidentschaft und allen Kolleginnen und Kollegen dafür danken, was äußerst lohnende 10 Jahre für mich als Mitglied des Europäischen Parlaments gewesen sind. Ich freue mich auf eine „Ja“-Abstimmung seitens der irischen Bevölkerung in unserem zweiten Referendum im Oktober.

Mairead McGuinness (PPE-DE). - Herr Präsident, es ist schön, heutzutage ganz oben auf irgendeiner Liste zu sein. Darf ich, da Avril ihre Rede beendet hat, ihr alles Gute wünschen, da sie aus dem Europäischen Parlament ausscheidet. Um ihr gegenüber fair zu sein, sie hat den Fossilien nach der Abstimmung über den Lissabon-Vertrag wirklich einen guten Schlag versetzt, und man wird sie noch lange in Erinnerung behalten wegen ihrer phantastischen Formulierung. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Avril und hoffe, dass Sie im Ruhestand aktiv an der „Ja“-Kampagne für Lissabon beteiligt sind.

Es ist eine sehr interessante Debatte gewesen. Mein Körper und mein Geist wollten nach Hause gehen und schlafen, aber das Ganze war einfach zu gut, um es zu verpassen und zu wichtig - weil ich Iren bin - um nicht hier zu sein. Lassen Sie mich das sagen - und ich spreche jetzt zu den Wählern: Sie befinden sich am Steuer. Sie haben die Wahl. Sie können stimmen für die Ansichten von ein paar zornigen alten Männern - und ich spreche hier von Männern und Frauen, aber hauptsächlich Männern - aus den Reihen der Extremen in diesem Parlament und den Extremen in der Europäischen Union, auf der Linken und Rechten, und wir werden viel Lärm und viele Gelegenheiten für Farbfotos und allerlei Schlagzeilen haben, aber es wird in diesem Haus nicht gearbeitet werden. Oder Sie können sowohl bei den Parlamentswahlen als auch bei der Abstimmung über den Lissabon-Vertrag für positive Menschen stimmen, die hart arbeiten, die keine Schlagzeilen produzieren aber für einen guten Zweck hier sind.

Ich glaube, die Iren wissen, dass die Situation jetzt anders ist. Sie sind in der letzten Debatte hereingelegt worden. Wir haben seit der „Nein“-Abstimmung eine bessere Diskussion gehabt und ich möchte sie eindringlich bitten, für ihre Zukunft, für die Zukunft meiner Kinder und für die Zukunft der Europäischen Union mit „Ja“ zu stimmen.

Siiri Oviir (ALDE). - (ET) Wir bleiben heute Abend hier – tatsächlich ist es bereits Abend - um die Durchführung des Lissabon-Vertrages zu diskutieren. Das Treffen der Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Vertrages und die Tatsache, dass dies rechtzeitig gemacht wird, ist ein Zeichen von Verantwortung. Gute Vorbereitungen für die Durchführung eines Vertrages, der so wichtig ist wie dieser, schaffen Vertrauen, dass

die Europäische Union gut funktioniert und dies wird sie in die Lage versetzen, die Aufgaben wirkungsvoller zu erledigen, von denen die Bürger der Europäischen Union erwarten, dass sie von ihren Vertretern gelöst werden.

Vielleicht sind die gerade ergriffenen Schritte nicht groß genug. Einige Bürger glauben, dass die Charta der Grundrechte zu phrasenhaft ist, aber der Lissabon-Vertrag ist nichtsdestotrotz ein wichtiger Schritt nach vorn. Es ist eine Antwort auf die geänderten Bedürfnisse der Europäischen Union. Durch die Unterstützung des Vertrages haben die durch die Völker der 26 Mitgliedstaaten gewählten Parlamente dies getan.

Die heutigen Berichte zeigen, dass die Europäische Union in kreativer Weise zuversichtlich ist, nachdem sie pragmatisch die Planung der Übergangsphase vollzogen hat. Durch Pessimismus und Hinhaltenaktik können wir nichts Neues erschaffen. Ich danke den Berichterstattern für ihren Mut und ihre Fähigkeit, die nötigen Dokumente zu erstellen.

Zita Plešinská (PPE-DE). – (SK) Sehr geehrte Damen und Herren, wir können nicht behaupten, dass der Lissabon-Vertrag der beste Vertrag ist, den sich die 27 Mitgliedstaaten der EU wünschen könnten, aber es ist der Beste, auf den sich die Europäische Union der 27 einigen konnte. Bis jetzt waren alle Verträge solche der EU der 15 Mitgliedstaaten, und deshalb würde ich gern die politische Botschaft des Lissabon-Vertrages betonen, die die EU der 27 auf die Startlinie bringt, damit wir die EU künftig nicht mehr in alte und neue Mitgliedstaaten einteilen.

Das Europäische Parlament hat gezeigt, dass es in der Lage ist, Durchführungsentscheidungen zu fällen, und aus diesem Grund ist es richtig, dass der Lissabon-Vertrag das Parlament mit mehr Macht ausstattet, mit anderen Worten, mehr Macht den gewählten Vertretern der europäischen Bürger. Wenn der Lissabon-Vertrag in allen EU-Mitgliedstaaten in Kraft tritt, dann führt er zu Veränderungen, zu denen ein Ende des aktuellen Systems der wechselnden Präsidentschaften im Rat gehört. Wesentlich wichtiger ist es, dass die EU eine gemeinsame Energiepolitik betreiben wird, was sich insbesondere während der Gaskrise als notwendig erwiesen hat.

ich begrüße die heutige Entscheidung des tschechischen Senats, den Lissabon-Vertrag zu genehmigen. Dies ist ein sehr wichtiges Signal aus dem tschechischen Parlament an die EU während der tschechischen Präsidentschaft.

Daniel Hannan (NI). - Herr Präsident, im Laufe der vergangenen 16 Monate habe ich 77 Mal in dieser Kammer gesprochen und jede Rede mit dem Aufruf beendet, den Menschen den Lissabon-Vertrag zur Abstimmung vorzulegen. *Pactio Olisipio censenda est.*

Ich habe dies als Huldigung an Cato den Älteren getan, der deshalb berühmt wurde, weil er jede Rede mit einem Aufruf nach Zerstörung von Karthago beendete. Manchmal ist es etwas anstrengend für mich gewesen, so ein Ende nach einem ganz anderen Thema zu wählen, aber nicht heute Abend.

Es ist außergewöhnlich, einigen Beiträgen zugehört zu haben. Nicht allen. Es gab einige ehrenwerte und demokratisch eingestellte Pro-Europäer in dieser Kammer, aber einige der Reden waren gespickt mit derartiger Verachtung, derartiger Arroganz, derartiger Geringschätzung für die öffentliche Meinung, dass jetzt, da die EU und tatsächlich auch die Mitgliedstaaten beginnen, etwas über den politischen Wert von YouTube zu lernen, man nichts Besseres tun kann als diese gesamte Debatte als Parteiwahl-Sendung für die verschiedenen „Nein“-Kampagnen auf YouTube zu stellen.

Ich bin an diese unheimlichen Worte von Bertolt Brecht erinnert worden: „Wäre es in diesem Fall nicht einfacher, das Volk aufzulösen und an seine Stelle ein anderes zu wählen?“ Und alle Redner sagen weiterhin, dass die Parlamente ratifiziert haben. Sie machen einfach Werbung für die Kluft, die zwischen der politischen Klasse und dem Volk in jedem Mitgliedstaat besteht.

Cato der Ältere wurde verspottet und nieder geschrien, und die anderen Senatoren öffneten seine Stimme nach. Wissen Sie was? Am Ende taten sie, was er sagte.

Paul Rübig (PPE-DE). - Herr Präsident! Gerade hat mein Vorredner bewiesen, wie schwierig die Weiterentwicklung der Demokratie in Europa ist, wenn man sieht, dass in Irland die Hälfte der Bevölkerung nicht zur Wahl gegangen ist, weil die Materie sehr komplex ist und nicht jeder ein Verfassungsrechtler sein will. Von jenen wiederum, die zur Wahl gegangen sind, hat die Hälfte dagegen gestimmt, weil sie den Vertrag nicht gelesen hat. Wie sollen wir also in Europa je eine Reform weiterentwickeln, wenn es uns nicht gelingt, die Verantwortlichen dazu zu bewegen, ihrer Verantwortung tatsächlich nachzukommen?

Hier haben die Kommissarin Wallström und ihr Team eine ganz besondere Verantwortung. Es geht darum, die europäische Bevölkerung, diejenigen, die sich dafür interessieren, zu informieren, ihnen alle Informationen zugänglich zu machen, so dass hier qualifiziert diskutiert werden kann. Wir müssen weit mehr die europäische Öffentlichkeit suchen und sie informieren und ihr mitteilen, wie wichtig die Reform ist, um dieses Europa weiterzuentwickeln. Hier treffen wir uns.

Richard Corbett (PSE). - Herr Präsident, ich bin nur darüber verwundert zu hören, dass die nationale parlamentarische Ratifizierung irgendwie nicht rechtmäßig sein soll, denn, wenn dies der Fall ist, lassen Sie mich diesbezüglich nur das Beispiel meines eigenen Landes nehmen, das niemals in seiner gesamten Geschichte einen internationalen Vertrag mittels eines Referendums ratifiziert hat.

In diesem Fall, wenn es also illegal ist, dass nationale Parlamente einen Vertrag ratifizieren, dann ist der NATO-Vertrag, der Vertrag der Vereinten Nationen, der der Welthandelsorganisation, jegliche Verpflichtung, die Großbritannien jemals eingegangen ist mittels eines internationalen Vertrags, ebenso illegal. Deshalb verstehe ich dieses Argument nicht, dass die nationale parlamentarische Ratifizierung irgendwie undemokratisch ist.

Bernard Wojciechowski (IND/DEM). - (PL) Herr Präsident, Kommissar, in Polen werden wahrscheinlich nur 13 % der Wählerschaft bei der Europawahl wählen. Das wird wahrscheinlich der geringste Prozentsatz in der gesamten Europäischen Union sein. Warum? Bitte sehen Sie sich in der Kammer um. Es gibt hier keine Vertreter der beiden führenden politischen Parteien Polens, bei einer derart wichtigen Debatte. Das ist genau die Haltung dieser Parteien zu den Wahlen und zu europäischen Angelegenheiten - eine absolut mangelnde Mitwirkung.

Die Debatte über Europa, es gibt in Polen keine ernsthafte Debatte. Wie kann sie auch existieren, und ich betone dies nochmals, wenn während dieser Debatte nicht ein einziger Vertreter entweder der regierenden oder der Oppositionspartei hier anwesend ist. Man könnte den Eindruck bekommen, dass der führende Teil der politischen Klasse Polens nicht an europäischen Angelegenheiten interessiert ist. Das ist, was die Wähler denken, und das ist, was viele jungen Leute in Polen denken, Leute, mit denen ich geredet habe und die, beispielsweise, am Lissabon-Vertrag interessiert sind. Es gibt keine derartige Antwort von der politischen Klasse.

Ewa Tomaszewska (UEN). - (PL) Entschuldigen Sie! Ich muss protestieren! Ich bin ein Mitglied der Gesetz- und Gerechtigkeits-Partei, der größten Oppositionspartei. Die Aussage, dass hier niemand ist von dieser Partei, ist falsch.

Syed Kamall (PPE-DE). - Herr Präsident, vielen Dank dafür, dass Sie mir diese Gelegenheit geben. Ich glaube, dies war eine interessante Debatte, gleich welcher Meinung man ist beim europäischen Projekt und beim Lissabon-Vertrag.

Es gab jede Menge Referenzen an alte Männer und alte Fossilien, aber lassen Sie mich darüber reden aus der Perspektive, in der ich sitze. Für mich, ich sehe eine ältere Generation von Politikern hier, die verharren in der Denkweise der 1950er Jahre - sehr stark verharren in einer 1950er-Lösung auf Probleme und Herausforderungen, denen die Welt gegenübersteht. Wenn Sie sich in der Kammer umsehen, dann sehen Sie viele ältere Leute, die alle zugunsten des Lissabon-Vertrages sprechen, die alle die Iren und andere Länder verdammen, die mit „Nein“ auf die ursprüngliche Verfassung und mit „Nein“ auf den Lissabon-Vertrag stimmten. Wir sehen sogar alte kampfgeprobte Männer, die jetzt darüber reden, die Gewehre niederzulegen und zugunsten von Frieden zu sprechen.

Ja, in den 1950er-Jahren war es eine Nachkriegslösung auf das, was vorher stattgefunden hatte, aber wir müssen uns mit der Welt bewegen. Wenn man über demokratische Rechenschaftspflicht spricht, dann darf man eine Sache nicht vergessen. Als wir mit der Verfassung begannen, waren die Regeln so, dass jedes Land sie zu ratifizieren hatte oder sie wurde fallen gelassen. Als wir mit dem Lissabon-Vertrag anfangen, waren die Regeln die gleichen. Jedes Land hatte ihn zu ratifizieren oder er wurde fallen gelassen. Lassen Sie uns also den Lissabon-Vertrag erst nach vorn bringen, wenn jedes Land ihn ratifiziert hat. Wenn Sie wirklich eine richtig demokratische Debatte möchten, dann geben Sie den Leuten in Großbritannien eine Wahlmöglichkeit. Möchten sie die Vision, die Herr Corbett vorschlägt, und zwar die Vereinigten Staaten von Europa, oder eine losere Freihandelsvision eines Europas, die meine Partei unterstützt?

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. - Herr Präsident, ich möchte den Abgeordneten für diese interessante Debatte danken, in der es bei einer Reihe von Punkten Übereinstimmungen gegeben hat, teilweise gab es eine Wiederholung wohlbekannter Argumente für und gegen den Vertrag und teilweise eine sehr

interessante Debatte darüber, was Demokratie ausmacht. Dies ist das erste Mal, dass ich etwas über totalitäre Systeme gehört habe, die in einer Reihe von Mitgliedstaaten Referenden zulassen, und warum einige Referendenergebnisse vergessen werden oder nicht zählen - hauptsächlich solche, die zu einem „Ja“ geführt haben.

Es ist auch eine Debatte über die Rechtmäßigkeit gewesen. Ich finde es immer noch sonderbar - und dies habe ich davor auch gesagt - dass ein Parlament wie dieses mitteilen sollte, dass eine Entscheidung durch ein nationales Parlament undemokratisch ist oder nicht zählt oder illegal ist. Was die Kommission betrifft, so war sie immer der Meinung, dass ungeachtet dessen, welches System man wählt - eine Abstimmung durch ein Referendum oder durch eine Parlamentsentscheidung - dieses demokratisch legitimiert ist. Ich glaube nicht, dass eine andere Position möglich wäre.

Jeder Europäer, der dieser Debatte zuhört, würde wünschen, dass wir zu diesen Berichten zurückgehen würden, die tatsächlich einige ernsthafte Bedenken darüber wiedergeben, wie wir Entscheidungen treffen, über die geltenden Regeln, darüber, wie man die demokratische Funktionsweise dieser Europäischen Union stärken kann, darüber, wie man das Budget richtig verwenden kann, um die Ressourcen unseren politischen Prioritäten zukommen zu lassen. Alle diese Dinge werden in diesen wichtigen Berichten behandelt.

Dies handelt auch davon, wie man Entscheidungen auf wirkungsvolle und hoffentlich schnellere Art trifft. Ich fand die Einmischung durch Herrn Lundgren absolut verblüffend. Glauben wir wirklich, dass der Zweck darin besteht, die Dinge zu verlangsamen und die Entscheidungsfällung abzubremesen, wenn man es mit einer Wirtschaftskrise zu tun hat, wie wir sie gerade erleben? Die Menschen erwarten von uns, dass wir Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und des Wachstums ergreifen, die sich mit dem Klimawandel und der Energiekrise beschäftigen und die die Probleme anpacken, die sich aufgrund der Immigration und der Sicherheit ergeben - all diese Dinge. Das ist auch die Grundlage für diese Berichte. Aus diesem Grund sind wir hier und auf diese Weise erlangen wir die demokratische Legitimierung - wenn wir zeigen, dass wir handeln können und dass wir schnell handeln können. Ich glaube auch nicht, dass uns irgendeine arrogante, snobistische Einmischung, die uns über dieses und jenes belehrt, helfen würde. Es dreht sich wirklich um das Anpacken dieser Probleme, die heute nicht nationalen Charakter haben. Sie gehen Europa an und sind international ausgerichtet, und wir verfügen über moderne geltende Regeln.

Wir brauchen eine demokratischere Union, die es den Bürgern erlaubt, die Initiative zu ergreifen. Wir hören nie etwas darüber von denen, die dagegen sind. Wir hören nie, dass sie etwas über die demokratische Stärke des Lissabon-Vertrages sagen; das fehlt ganz klar. Diese Berichte geben uns eine gute Grundlage und eine gute Plattform, um unsere Arbeitsmethode zu reformieren. Von der Seite der Kommission aus betrachtet sind wir natürlich bereit, nachzuziehen und an all den Einzelheiten zu arbeiten um sicherzustellen, dass wir dies schnell durchführen können.

Bezüglich Irlands ist der letzte Punkt, dass nach diesem „Ja“ im tschechischen Senat alle Augen natürlich wieder auf Irland und auf die Möglichkeit der Ratifizierung bis zum Ende des Jahres gerichtet sein werden. Die Frage der Rechtsgarantien ist hier natürlich von wesentlicher Bedeutung, und sowohl der Inhalt als auch das Timing sind sehr wichtig. Wir auf Kommissionsseite sind sehr zuversichtlich, dass der EU-Rat in der Lage sein wird, diese Frage zu klären, und ich weiß außerdem, dass gerade sorgfältige Vorbereitungen stattfinden und wir auf Kommissionsseite werden ebenfalls, wenn wir die Gelegenheit erhalten, unseren Beitrag leisten.

Vielen Dank und vielen Dank ebenfalls dafür, dass dies teilweise eine soziale Veranstaltung ist, bei der Leute sich gegenseitig für die gute Zusammenarbeit danken und all jenen, die das Haus verlassen, viel Glück wünschen. Ich glaube, wir werden uns alle im Wahlkampf auf die eine oder andere Weise wieder sehen.

(Beifall)

Präsident. – Kommissar, im Namen des Parlaments, da es die letzte Abendsitzung ist, glauben Sie mir bitte, wenn ich sage, dass wir uns wirklich der Brillanz unserer Berichte während der gesamten parlamentarischen Amtsperiode bewusst gewesen sind. Nochmals vielen Dank.

Jo Leinen, Berichterstatter. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin! Ich danke Frau Doyle für ihren Beitrag aus irischer Sicht, die ich voll und ganz unterstütze. Die irische Bevölkerung soll eigenständig ohne Druck von außen – sehr wahrscheinlich im Oktober – entscheiden, ob die Garantien, die jetzt beim Juni-Gipfel ausgehandelt werden, ihre Bedenken wegnehmen – die Hauptsorgen, die mit dem Vertrag verbunden waren – und ob sie unter diesen Umständen den anderen 26 Ländern folgen und den Reformschritt für die Europäische Union mitmachen kann.

Ich hoffe, dass die Unabhängigkeit der Meinungsbildung in Irland auch von dem großen Nachbarland Großbritannien respektiert wird. Denn beim ersten Referendum sind zahlreiche Vertragsgegner aus Großbritannien in Irland herumgefahren, und vor allen Dingen hat die europhobe britische Boulevardpresse ihren Beitrag zur Verunsicherung der Bevölkerung geleistet. Das sollte man auch mal sagen, dass diese Leute dann beim zweiten Referendum Respekt vor der eigenständigen Meinungsbildung der Bevölkerung in Irland haben sollen!

Das war eine große Debatte, eine wichtige Debatte! Mit dem heutigen Tag haben also die Parlamente in 26 Ländern Ja gesagt. Das sind über 7 800 Volksvertreter, die gefunden haben, dass dieser Vertrag gut ist, dass er uns weiterbringt. 350 Volksvertreter haben in den 26 Ländern Nein gesagt. Das können ja nicht alles Dummköpfe und Wirrköpfe sein! Ich meine also, so schlecht kann der Vertrag nicht sein, wie er hier teilweise auch in diesem Haus mit Stereotypen immer wieder etikettiert wird. Wer sagt, dies wäre eine Militärunion, der erkennt das erste Ziel der EU, nämlich dem Frieden zu dienen – auf dem Kontinent und auch weltweit. Und wer sagt, es würde eine neoliberale Wirtschaftsverfassung festgelegt, der hat den Vertrag nicht gelesen. Das ist der sozialste Europavertrag, den es bisher gegeben hat!

Danke allen, Frau Vizepräsidentin, Ihnen, den Kollegen! Und ich hoffe, das neue Parlament wird das machen, was in den Berichten steht, nämlich den Vertrag anwenden und umsetzen. Vielen Dank!

Jean-Luc Dehaene, Berichterstatter. – (NL) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir haben heute Abend eine wirklich gute Debatte gehabt. Dies zeigt, dass das Europäische Parlament bereit ist für die Durchführung des Lissabon-Vertrages und dass wir keineswegs versuchen, der Entscheidung des irischen Volkes zuvorzukommen. Ich glaube jedoch, dass eine weitere wichtige Sache, die sich am Vorabend der Wahlen gezeigt hat, ist, dass das Parlament eine klare Stellung bezogen hat, was dazu geführt hat, dass es gut positioniert ist für weitere Verhandlungen über diesen Vertrag.

Ich möchte all meinen Kolleginnen und Kollegen für ihre Unterstützung danken. Ich möchte auch das ergänzende Wesen der fünf Berichte betonen und stelle fest, dass sie tatsächlich einen einheitlichen ganzen Hintergrund der parlamentarischen Position darstellen. Gestatten Sie mir, damit abzuschließen, dass ich noch den Punkt anspreche, den ich bereits zu Beginn angesprochen habe: Ich bin beunruhigt über die Situation nach den Wahlen und über den Übergang vom Nizza-Vertrag zum Lissabon-Vertrag.

Ich möchte immer noch behaupten, dass wir vor den Wahlen ein Übereinkommen zwischen dem Parlament und dem Rat vermitteln sollten. Andernfalls mache ich mir Sorgen, dass wir uns in eine ziemlich peinliche Situation bringen werden, und das wäre im Interesse von niemandem. Eine derartige Übereinkunft muss klar genug für das Parlament und den Rat sein, um genau zu wissen, wo sie in der schwierigen vor uns liegenden Übergangsperiode stehen.

Catherine Guy-Quint, Berichterstatterin. – (FR) Herr Präsident, diese Debatte ist wirklich interessant und leidenschaftlich gewesen. Erlauben Sie mir jedoch, einen humorvollen Blick zu werfen auf das, was Herr Kamall gerade gesagt hat, weil es absolut entzückend ist, uns alte Leute zu nennen - und deshalb Fossilien - da wir uns zurückziehen, um Platz zu machen für Jüngere.

Was ich jedoch all jenen sagen wollte, die diesen Vertragsentwurf verteufelt haben, ist dies: Verwechseln Sie nicht Demokratie mit Demagogie! Sehen Sie, acht Jahre lang haben wir in diesem Parlament, in Europa, nicht in einem Psychodrama aber in einer politischen Tragödie gelebt, in der Europa herumzappelt, und wir können klar sehen, dass wir die aktuellen Probleme vermeiden.

Diese Debatte verstärkt meine Überzeugung, dass dieser Vertrag durchgeführt werden muss, trotz aller Schwierigkeiten, die angesprochen worden sind, weil durch seinen Inhalt für Transparenz gesorgt wird. Er wird uns Demokratie bringen, und wir alle brauchen diesen demokratischen Schock, um das europäische Projekt wieder zu konzentrieren auf Politik, und die Politik des 21. Jahrhunderts angewandt wird auf die heutige Welt.

Der Haushalt ist in dieser Hinsicht nur ein Werkzeug, aber es wird uns in die Lage versetzen sicherzustellen, dass die Institutionen wieder ausbalanciert werden können, und wir werden durch diese Transparenz fähig sein, die Haltung des Parlaments, der Kommission und vor allem des Rates zu erfahren. Dieser politische Wille ist unentbehrlich. Diese Transparenz ist unentbehrlich im Kampf gegen den Krebs der nationalen Eigennützigkeit, der am europäischen politischen Projekt so viele Jahre lang genagt hat.

Diese Transparenz wird hoffentlich allen europäischen Bürgern ihren Glauben wieder zurückgeben, und wird uns befähigen, Informationen besser zu entwickeln, weil dies sehr schwer ist. Frau Wallström, Sie arbeiten schon seit Jahren daran, Sie beginnen, hier Fortschritte zu machen, und Sie müssen ausharren.

All das erfordert Überzeugung, Zeit und, vor allem, politischen Mut, der uns fehlt. Wir müssen diesen politischen Mut und diesen Utopismus wieder erlangen, den Utopismus der Gründungsväter der Europäischen Union, derer, die dachten, Frieden könnte aus Krieg heraus entstehen. Auf unsere eigene Art müssen wir heute, im 21. Jahrhundert, diese Herausforderung annehmen, und eines der Werkzeuge, das uns dabei helfen wird, ist der Lissabon-Vertrag. Lasst uns die Utopie und die Utopie für den Frieden wieder einfordern!

Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung wird morgen um 12 Uhr Mittag stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Sebastian Valentin Bodu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Es ist nur ein kleiner Schritt hin zur Annahme des Lissabon-Vertrages zu machen, wenn er einmal in Kraft getreten ist, wird er die Europäische Union und ihre 500 Millionen Bürger viel enger zusammen bringen. Rumänien, ein Land, das ich hier im Europäischen Parlament vertrete, war einer der ersten Staaten, der den Vertrag ratifiziert hat, weil alle seine Politiker an die europäische Integration glauben.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden nicht im Einklang mit dem Lissabon-Vertrag organisiert, aber sogar diese Tatsache unterstreicht, wie demokratisch und repräsentativ die Institution der Europäischen Gemeinschaft und wie wichtig jeder der Mitgliedstaaten ist.

Europäische Institutionen, einschließlich des Parlaments, sind derzeit viel zu abstrakt für die Bürger der Gemeinschaft. Die Bedeutung des Parlaments im Entscheidungsfällungsprozess der EU hat mit jedem europäischen Vertrag zugenommen. Der Lissabon-Vertrag stellt keine Ausnahme dar, er erschafft ein Parlament mit einer greifbar höheren Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren.

Der Vertrag wird die EU näher an ihre Bürger heranbringen. Wir alle wissen, wie schwierig es ist, die Probleme der Gemeinschaft in das Bewusstsein der Bürger in den Ländern zu bringen, aus denen wir kommen. Die Tatsache, dass die MdEPs, die jeder Mitgliedstaat direkt wählt, mit größerer Macht ausgestattet werden, ist derzeit die ideale Lösung, eine in der Welt einzigartige Institution näher zu ihren Menschen zu bringen.

Cristian Silviu Buşoi (ALDE), schriftlich. – (RO) Ich möchte es zuerst begrüßen, dass der tschechische Senat zugunsten des Lissabon-Vertrages gestimmt hat, wodurch der gesamte Ratifizierungsprozess einen Schritt nach vorn macht. Ich glaube, dass es wünschenswert ist, den Vertrag so bald wie möglich durchzuführen, da er sicherstellen wird, dass die EU wirkungsvoller, transparenter und vor allem demokratischer arbeitet.

Ich unterstütze die Schlussfolgerungen des Berichterstatters in Bezug auf die Neuorganisation des Europäischen Parlaments, und ich hoffe, dass die Erkenntnisse der parlamentarischen Arbeitsgruppe die bedeutendere Rolle des Europäischen Parlaments widerspiegeln werden, wie dies im Vertrag dargestellt wird.

Ich möchte ein paar Kommentare über das Verfahren zur Ernennung der Europäischen Kommission anbringen. Grundsätzlich unterstütze ich den Zeitplan, der vorgeschlagen wurde für die Ernennung der Kommission, aber ich denke, dass gewisse Stadien wahrscheinlich verkürzt werden könnten, damit die europäischen Institutionen nicht monatelang gelähmt sind, wenn wir Europawahlen haben. Aufgrund der nicht pünktlich stattgefundenen Ratifizierung des Lissabon-Vertrages ist es wünschenswert, dass nach den Wahlen im Jahre 2009 Ernennungen mittels eines Verfahrens durchgeführt werden, das dem im Lissabon-Vertrag genannten viel näher kommt. Das Problem ist jedoch komplex, weil wir, bis wir das Ergebnis der irischen Abstimmung kennen, die Notwendigkeit im Hinterkopf haben müssen, gemäß dem Vertrag von Nizza zu handeln, der gegenwärtig gültig ist.

Dushana Zdravkova (PPE-DE), schriftlich. – (BG) Sehr geehrte Damen und Herren, laut meinem Kollegen, Herrn Elmar Brok, gibt der Bericht über die Beziehungen mit den nationalen Parlamenten eine hervorragende Übersicht über die Aufgaben, mit denen sich das Europäische Parlament nach der letzten Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch alle Mitgliedstaaten befassen muss. Die Stärkung der nationalen Parlamente im Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union wird die Umstellung der europäischen Gesetzgebung in die nationale Gesetzgebung nicht nur beschleunigen, sie wird die EU-Bürger auch mit einem weiteren Mittel zur Teilnahme an der Regierung versehen.

Die bisher erzielten positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit in der COSAC müssen als eine Grundlage für die Erhöhung der Teilnahme der Parlamentarier aus allen Mitgliedstaaten benutzt werden. Ich glaube, dass es besonders wichtig ist, dass wir bei diesem Vorhaben ebenso Vertreter der Parlamente in den Kandidatenstaaten für den Beitritt zur Europäischen Union aufnehmen. Dies wird uns dabei helfen, ihren Beitritt zur EU zu einem einfacheren und glatteren Prozess werden zu lassen. Diese Frage wird weder im Bericht noch im Lissabon-Vertrag behandelt, aber ich glaube, dass das Parlament Wege finden wird, um dies zu erreichen.

Schließlich möchte ich noch betonen, dass nationale Parlamente ihre administrativen Kapazitäten verstärken werden müssen um sicherzustellen, dass die Finanzierung zur vollständigen Ausübung ihrer neuen Macht ausreicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

16. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Präsident. – Wir werden jetzt zu den heutigen mündlichen Erklärungen zur Abstimmung weitergehen. Ich bin sicher, hier werden sich einige unter Ihnen sehr aufregen, aber es gibt sehr viele Mitglieder, die sich hier für eine Rede angemeldet haben, und ich glaube, sie sind anwesend.

- Bericht: Petya Stavreva (A6-0259/2009)

Inese Vaidere (UEN). – (LV) Herr Präsident, es war nicht wirklich klar, über welchen Bericht ich jetzt sprechen konnte. Ich meldete mich an, um über den Bericht von Frau Stauner, Herrn Maldeikis und Herrn Corbett zu sprechen. Ja, ich würde gern etwas sagen. Es ist einfach so, dass ich nicht sofort reagiert habe.

Herr Präsident, bei diesem 5 Milliarden-Euro-Paket, dessen überwiegender Teil in die ländliche Entwicklung geflossen ist, möchte ich ganz besonders die Tatsache betonen, dass es sehr wichtig ist, sich nicht nur die offiziellen Indikatoren anzusehen, sondern ebenso die wirklichen Bedürfnisse der ländlichen Entwicklung. Das Breitband ist in allen Mitgliedstaaten wichtig, aber es gibt Mitgliedstaaten, wie etwa mein eigenes, in dem Verbesserungen der Straßeninfrastruktur ebenso wie andere Maßnahmen zur Erhaltung der Landschaft benötigt werden. Ich bitte Sie dringend, mehr in die Richtung der Konvergenz- und Kohäsionspolitik zu sehen, und jenen Mitgliedstaaten mehr Unterstützung zukommen zu lassen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind und die sich möglicherweise auf einem niedrigeren Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung befinden als ältere Mitgliedstaaten. Vielen Dank.

Zita Pleštinšká (PPE-DE). – (SK) Der Stavreva-Bericht ist einer von drei Berichten, die eingebunden sind in das kombinierte 5 Milliarden-Euro-Paket. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise können wir erkennen, dass uns die flüssigen Mittel fehlen, um in Projekte auf dem Energiesektor und in die ländliche Entwicklung zu investieren, die die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise erlitten. Ich begrüße die Tatsache, dass das Europäische Parlament die vorgeschlagene Regelung innerhalb des Rahmens des Europäischen Wirtschaftserholungsplans verabschiedet hat, durch die allen Mitgliedstaaten 1,5 Milliarden EUR durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zugewiesen worden sind.

Ländliche Gebiete können Projekte durchführen, die darauf abzielen, Breitband-Internetlinks zu entwickeln. Der Boden spielt eine zentrale Rolle auf dem Agrarsektor, und die Benutzung und Verwaltung von Agrarland ist außerordentlich wichtig bei der Lösung neuer Probleme, zu denen der Klimawandel, die erneuerbaren Energiequellen, Wassermangel und die Biodiversität gehören.

Ich möchte die Mitgliedstaaten aufrufen, nicht zu warten sondern ihre nationalen Pläne möglichst schnell, pünktlich und detailliert aufzustellen und transparente Informationen über die neuen Gesetzesbestimmungen zu liefern. Zur gleichen Zeit müssen sie beschleunigte und vereinfachte Verfahren sowohl für die Ausgaben als auch für das Berichtswesen annehmen.

Neena Gill (PSE). - Herr Präsident, mein Wahlkreis in den West Midlands umfasst sowohl städtische als auch ländliche Gebiete, und die Versorgung mit Breitband in den ländlichen Gebieten ist regelrecht erschreckend. Lassen Sie mich das Beispiel einer Stadt an der walisischen Grenze, Knighton, geben, deren Unternehmer durch schlechte Verbindungen im Stich gelassen werden, und die alle sagen „Rettet mich“. Einer meiner Wähler wollte eine Firma gründen, die Online-Dienste anbietet - was besonders wichtig war,

da er behindert ist und die Arbeit von zuhause war für ihn das Beste, um dies tun zu können. Leider ist die Verbindung wegen des Monopols sehr langsam und dem Betreiben einer Firma nicht förderlich.

Diese Finanzierung ist deshalb entscheidend für ländliche Gebiete und für die wirtschaftliche Erholung, und ich wollte sicherstellen, dass sie in allen Mitgliedstaaten gerecht verteilt wird, wobei Gebiete Priorität genießen sollten, in denen die Breitband-Abdeckung nicht durchführbar ist. Ich rufe alle Parteien dazu auf, wegen dieses Punkts schnell zusammen zu kommen und diese ungerechte digitale Teilung ein für alle Mal hinter sich zu lassen.

*

* *

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). - Herr Präsident, zu einem Antrag zur Geschäftsordnung sagten Sie absolut richtig, dass es schon spät ist, und ich danke den Dolmetschern, dass sie geblieben sind. Aber wir haben es uns nicht ausgesucht, hier so spät zu sein: Dies war eine Anordnung der Präsidentschaft etwas früher am heutigen Tage - es war eine unglaublich willkürliche Anordnung, was noch nie vorgekommen ist - die Erklärungen zur Abstimmung aufzuschieben bis nach der Debatte anstatt, wie dies in unserer Verfahrensordnung steht, dies nach der durchgeführten Abstimmung zu tun.

Wir sind nun deshalb heute Abend hier, weil der im Vorsitz befindliche Präsident zu der Zeit gegen unsere eigene Verfahrensordnung verstoßen hat, und wir alle, die wir jetzt unsere Erklärungen zur Abstimmung abzugeben versuchen, tun nun, was uns rechtlich möglich ist, um unsere Stimme zu erheben in einem Parlament, das nicht wirklich gern auf Minderheiten hört.

Präsident. - Herr Heaton-Harris, ich will einen Punkt in der Verfahrensordnung für Sie klarstellen. Es ist tatsächlich nach der Abstimmung, aber nicht direkt nach der Abstimmung. Der Unterschied macht es uns möglich, die Dinge zu interpretieren.

Wir kommen jetzt zu einem Bericht, bei dem ich sehr glücklich darüber bin, dass Herr Heaton-Harris hierzu eine Stellungnahme abgeben wollte, da es sich um den Bericht von Herrn Onesta handelt.

*

* *

- Bericht: Gérard Onesta (A6-0027/2009)

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). - Herr Präsident, seltsamerweise respektiere ich mittlerweile den Verfasser dieses Berichts, und ich wollte über die Petitionen im Allgemeinen reden, weil sie mir sehr genutzt haben. Während die Leute die Institutionen Europas nicht verstehen, und während die Leute etwas Angst vor ihnen haben, benötigen sie manchmal eine Möglichkeit, um einen Streit anzumelden. Die Art, in der wir hier in der Vergangenheit Petitionen angemeldet haben, war etwas ungeschickt, hat ihnen aber die Möglichkeit gegeben, ein Problem auf einer etwas anderen Bühne vorzubringen, wenn sie möglicherweise schon viele andere Gelegenheiten probiert haben. Ich habe hierher Petitionen von Leuten aus meinem gesamten Wahlkreis vorgebracht. Der „Earls Barton Seven“ war einer meiner berühmtesten Fälle.

Der Punkt ist, dass das Petitionsverfahren wahrscheinlich das einzige Verfahren ist, das es wirklich Wert ist, hier verteidigt zu werden. Andere Regeln und Verfahren und viele der anderen Ausschüsse werden bedeutungslos, wenn man sie mit der Bedeutung des Petitionsausschusses vergleicht.

- Bericht: Richard Corbett (A6-0273/2009)

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). - Herr Präsident, wie Herr Corbett möchte ich die Ergebnisse eines zweiten Referendums in Irland nicht vorwegnehmen und ganz gewiss möchte ich die Abstimmung in der Region Yorkshire and the Humber bei den kommenden Europawahlen nicht vorwegnehmen. Aber ich wünsche Herrn Corbett alles Gute, was er auch macht, nachdem er diesen Ort im Juli verlassen wird. Ich frage mich, was das Parlament ohne seinen Verfahrens-Berichterstatter tun wird, den Mann, der es hinter den Kulissen beinahe allein verstanden hat, die Macht kleinerer Gruppen und die Stimme der Minderheiten an diesem Ort auszuschalten.

Dieser Bericht ist vielleicht nicht so schlecht, aber, weil er nicht so schlecht ist, ist er es wert, weiter untersucht zu werden, weil die Veränderungen in der Verfahrensordnung, nüchtern betrachtet, absolut gerecht sind. Was wirklich zählt ist, was sie in der Praxis erreichen und wie sie von der Präsidentschaft und vom Büro

umgesetzt werden. Wenn es um das Paket über die Verfahrensordnung geht und seine Anpassung an den Lissabon-Vertrag, dann frage ich mich wirklich, ob er den Bogen nicht überspannt hat.

Syed Kamall (PPE-DE). - Her Präsident, vor ein paar Wochen diskutierten wir über den Bericht über totalitäre Regime. Damals wies ich darauf hin, dass es in der Tat ein gemeinsames Band geben würde, das den Nationalsozialismus und den sowjetischen Sozialismus verbindet, und das war der Sozialismus als solcher.

Wir wissen, dass der Berichterstatter, Herr Corbett, an das europäische Projekt glaubt. Er redet nicht darum herum, dass er an die weitere politische und wirtschaftliche Integration glaubt. Er möchte die Vereinigten Staaten von Europa oder eine Föderale Republik Europa. Bei dem Versuch, diese Ziele zu erreichen, fordert er jedoch die Unterdrückung der Meinungen der Minderheiten und zerstört beinahe im Alleingang das Prinzip der Redefreiheit.

Ich weiß, dass er sich nicht sehr um das Prinzip der Redefreiheit kümmert. Wenn man sich diesen Bericht ansieht, dann wäre jeder schlimme Diktator aus dem letzten Jahrhundert stolz gewesen, Herrn Corbett an seiner Seite gehabt zu haben.

Daniel Hannan (NI). - Herr Präsident, seit 2004 habe ich viele Kolleginnen und Kollegen aus den Beitrittsländern hier gehabt, und ich bin stolz, einige von ihnen meine Freunde nennen zu können. Wenn wir über die schlechten Zeiten reden, in denen sie lebten, dann ist die Sache, die mir am meisten auffällt, die Art und Weise, mit der sie sagen, das wirklich Erschreckende am Leben in den Comecon-Staaten war nicht die fehlende Demokratie und auch nicht das Fehlen der Eigentumsrechte, sondern das Fehlen eines sicheren Rechtsstaats. Wenn Sie ein lästiger Kritiker des Regimes waren, wurden Sie nicht vor Gericht gestellt. Ihr Leben wurde Ihnen einfach schwer gemacht - Ihr Führerschein verschwand auf mysteriöse Weise in der Post, Ihre Kinder erhielten einfach keine Studienplätze an der Universität, Sie waren nur in der Lage, niedere Tätigkeiten zu erhalten.

Was mir Sorgen macht, ist die Tatsache, dass sich eine ähnliche Doppelmoral langsam in unseren Institutionen breitzumachen droht. Als Václav Klaus hierher kam, heulten und schnatterten Mitglieder ihm gegenüber wie gebeutelte Affen, und keiner wurde irgendwie dafür getadelt. Aber als wir zugunsten eines Referendums protestierten, wurden 14 von uns mit einer Geldstrafe belegt. Tugendhafte Christdemokraten können beinahe offenen Betrug begehen und ungestraft davonkommen, aber als ein österreichischer Euroskeptiker Leute photographierte, die sich für eine Versammlung eintrugen, die nicht dort war, wurde er zu einer Geldstrafe von mehreren tausend Euro verurteilt, da er tatsächlich ein Formular falsch ausgefüllt hatte. Möglicherweise denken Sie, dass dies nicht der richtige Ort für mich ist, dies zu sagen. Ich habe nicht unter diesem System gelebt, aber Václav Klaus, und wenn er davor warnt, zu ihm zurück zu gehen, dann sollten wir, so glaube ich, zuhören. -

Richard Corbett (PSE). - Herr Präsident, ganz offen gesagt, ich habe niemals in meinem Leben mehr Unsinn gehört als jetzt, da über diesen Bericht gesprochen worden ist. „Diktatur und Manipulation“? Warum eigentlich bekam er eine so große Mehrheit, wenn es ein so negativer Bericht war?

Der erste Fehler, den seine Kritiker gemacht haben, ist, dass in ihm der Lissabon-Vertrag oder die Durchführung des Lissabon-Vertrages nicht genannt werden. Dieser Teil wurde beiseite gelegt, damit sich das nächste Parlament damit beschäftigt und man sich nicht heute damit beschäftigt. Seine Kritiker scheinen den Bericht nicht einmal gelesen zu haben.

Was die Aussage betrifft, er sei darauf ausgelegt, Minderheiten zum Schweigen zu bringen, so gibt es nicht einen einzigen Zusatz in dem Bericht oder überhaupt in einem Verfahrensordnungsbericht, den ich erstellt habe, der diese Wirkung hat. Dieses Parlament ist ein Parlament der Minderheiten, im Gegensatz zu einigen nationalen Parlamenten, die von einer einzigen Partei oder von der Exekutive dominiert werden. Dies ist ein Parlament, in dem jeder eine Minderheit darstellt, und diese Diversifizierung möge noch lange andauern.

Was die Kommentare über das Niederschreien Václav Klaus' angeht, die nichts mit diesem Bericht zu tun haben, so weiß ich, dass ein paar Abgeordnete während seiner Rede nach draußen gegangen sind, aber als der portugiesische Premierminister hier war, da haben Sie versucht, ihn beim Reden zu stoppen. Sie haben ihn nieder geschrien. Er war nicht einmal in der Lage, seine Rede zu halten, weil Sie nicht wollten, dass er seine pro-europäische Botschaft herüberbringt.

Deshalb weise ich das, was gesagt worden ist, auf das Entschiedenste zurück. Es tut mir Leid, ich habe meine Zeit aufgebraucht, deshalb kann ich keine Erklärung zur Abstimmung geben, die ich eigentlich geben wollte, was heißen sollte, dass ich froh bin, dass mein Bericht in seiner Gesamtheit angenommen worden ist, außer

einem kleinen Fehler, der, so glaube ich, auftrat, als die Abstimmungsliste der EVP falsch war. Hoffentlich können wir das im nächsten Parlament korrigieren.

Inese Vaidere (UEN). – (LV) Herr Präsident, ich möchte die Tatsache betonen, dass das Europäische Parlament eine Institution ist, die die Demokratie sowohl in Europa als auch intern, innerhalb des Parlaments, fördert. Leider gab es verschiedene Punkte in diesem Bericht, verschiedene Diskussionslinien, die ich nicht unterstützen konnte. Obwohl sie durch die besten Absichten inspiriert wurden, glaube ich nicht, dass wir im Europäischen Parlament eine Regelung unterstützen sollten, die restriktiv und gegen eine einzelne Person gerichtet ist. In ähnlicher Weise glaube ich nicht, dass es der Förderung der Demokratie dienlich ist, wenn man dem Präsidenten des Europäischen Parlaments das Recht gibt zu entscheiden, ob eine schriftliche Aussage zugelassen werden darf oder nicht. Schließlich haben die Abgeordneten ein Recht, ihre Meinung zu äußern. Auf ähnliche Weise können Debatten, bei denen Blaue Karten benutzt werden, möglicherweise zu einer Verrechnung der internen Partei-Ergebnisse werden. Bedauerlicherweise habe ich mich gezwungen gefühlt, gegen diese Vorschläge des Europäischen Parlaments zu stimmen. Vielen Dank.

- Empfehlung für eine zweite Lesung Malcolm Harbour (A6-0257/2009)

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Es ist nicht immer der Fall, dass vor jedem Bericht unsere Briefkästen voll sind mit interessantem Material für und gegen eine Sache, und dies ist ein Grund sowohl für Sorgen als auch für Bedenken wegen Ungerechtigkeit. Ich habe für die gemeinsame Position zugunsten der Verabschiedung des Berichts gestimmt, weil ich damit zufrieden bin, dass den Vorschlägen Unterstützung zuteil wird, die besagen, dass bei Maßnahmen, die den Zugang der Benutzer zum Internet beeinflussen, grundsätzliche Rechte zu respektieren sind. Fragen des Schutzes der Privatsphäre und Fragen des Verbraucherschutzes, die zusammenhängen mit der elektronischen Kommunikation, wurden ebenfalls in gleicher Weise gelöst.

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). – Herr Präsident, dieser Bericht geht an den Kern dessen, was Menschen glauben, dass sie von der Europäischen Union bekommen. Viele Menschen in Großbritannien dachten, sie würden ein wirtschaftlich orientiertes, handelsbasiertes Europa bekommen, und dies wäre ein Europa der Arbeitsplätze. Herr Leinen hat uns heute bereits mitgeteilt, dass es eigentlich mehr ein soziales Europa sei.

Das, was wir getan haben in den Harbour- und Trautmann-Berichten, war grundsätzlich auszuwählen. Wir haben gewählt, dass wir keine weitere Binnenmarktmaßnahme haben wollten. Tatsächlich haben Menschen, die uns geschrieben haben aus Sorge wegen dieses Berichts, den Punkt, dass es sich um eine Binnenmarktmaßnahme handelt, nicht mitbekommen.

Wenn Sie vor diesem Bericht Dinge illegal herunter geladen haben - etwa Musik oder Filme - konnte Ihr Internetanbieter Sie einfach abschalten und Ihr Konto fristlos löschen. Mit dem Bericht hätte der Kompromissvorschlag bedeutet, dass er Sie kontaktieren musste und Sie dies abstreiten konnten. Jetzt, mit dem Paket, das angenommen wurde - das wahrscheinlich auf Jahre hinaus im Schlichtungsverfahren bleibt - haben wir eine Situation, bei der Sie vor Gericht ziehen müssen, um zu beenden, was möglicherweise wirklich illegale und ekelhafte Sites sind, und das ist sicherlich nicht das, was die Europäer wollten.

Syed Kamall (PPE-DE). – Herr Präsident, ich würde wirklich gern meine Abstimmung erklären, besonders den Teil bezüglich der Privatsphäre des Harbour-Berichts. Ich glaube, zu einer Zeit, in der wir versuchen, das richtige Gleichgewicht zwischen nationaler Sicherheit und bürgerlichen Freiheiten zu bekommen, haben viele von uns Angst, dass immer mehr Regierungen immer mehr persönliche Daten über uns sammeln. Fast jeden Tag lesen wir in der britischen Presse Geschichten darüber, dass unser großer Bruder, die Labour-Regierung, immer mehr persönliche Daten über Einzelpersonen sammelt und wenn dann bewiesen wird, dass diese unschuldig sind, werden diese Daten nicht zurückgegeben. Aber dank eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs werden jetzt Daten einiger unschuldiger Leute zurückgegeben.

Es ist interessant, dass wir auch über die Tatsache gesprochen haben, dass Verbrauchern mitgeteilt werden muss, wenn es zu einer unbefugten Nutzung persönlicher Daten auf den elektronischen Kommunikations-Netzwerken kommt. Es fehlt hier insofern etwas, als wir noch nicht darüber gesprochen haben, was passiert, wenn die Dienste eines Informationsunternehmens, wie etwa Google oder Facebook, persönliche Daten verlieren, und ich freue mich, dass wir in diesem Bericht gefordert haben, dies weiter zu untersuchen.

Ewa Tomaszewska (UEN). – (PL) Herr Präsident, das Telekommunikationspaket war eine Regelung, die unsere Bürger veranlasst hat, ungewöhnlich aktiv zu sein. Internetnutzer, die sowohl zusammen als auch allein agieren, waren entscheidend bei der Verteidigung ihrer Rechte, freien Zugang zu Informationen zu

erhalten und ohne externe Beschränkungen im Internet aktiv zu sein. Es ist ein Luxus für ein MdEP, von direkten Signalen zu erfahren, was die Wähler erwarten, und dank der Wähler habe ich dieser Abstimmung ausreichend Bedeutung beigemessen. Dies stärkt die Hoffnung für ein Europa der Bürger, und dass Europa nicht nur für die Funktionäre existieren wird. Ich möchte gern all denjenigen danken, die uns e-Mails darüber gesendet haben.

Leider beging ich, als Ergebnis der Kontroverse in der Anfangsphase der Abstimmung, zwei Mal einen Fehler bei meiner Abstimmung, aber glücklicherweise hat dies im Endergebnis keinen Unterschied ausgemacht.

- Empfehlung für die zweite Lesung Catherine Trautmann (A6-0272/2009)

Siiri Oviir (ALDE). - (ET) Die Verabschiedung eines gesetzlichen Rahmens befähigt uns, die Fortschritte für die Bürger der Europäischen Union zu konsolidieren, die gemacht wurden auf dem Gebiet der ständigen Hochgeschwindigkeits-Internetverbindungen und kabellosen Kommunikation und der Entwicklung der Dienste mit hohem Mehrwert und um eine 100%-ige Abdeckung mit Breitbandinternet zu erreichen. Wir brauchen gesetzliche Bestimmungen, die die Rechte Einzelner zur Benutzung des Internets regeln. Dies waren die Positionen, die mich dazu gebracht haben, den Bericht von Frau Trautmann zu unterstützen.

Daniel Hannan (NI). - Herr Präsident, ich bemerke, dass Brüssel jetzt seine Hände auf das Internet bekommen möchte. Kommissarin Reding sagt, dass es nicht hinnehmbar sei, dass das Internet durch eine Privatfirma geregelt wird und, schlimmer noch in ihren Augen, dass dies eine Privatfirma sei mit einer vertraglichen Beziehung mit dem US-Handelsministerium.

Dies ist die gleiche Kommissarin Reding, der, in einem ziemlich überfüllten Feld, das albernste Argument eingefallen ist, das ich im Verlauf der letzten Amtsperiode von der Kommission gehört habe, als sie sagte, dass wir einen gemeinsamen .eu-Domänennamen bräuchten, um das Internet zugänglicher für Frauen zu machen.

Das Internet funktioniert. Das aktuelle System der Domänennamen und Registrierungen funktioniert brillant. Können Sie eine einzige EU-Vorgehensweise nennen, die halb so erfolgreich ist wie das Internet? Die gemeinsame Agrarpolitik? Die gemeinsame Fischereipolitik? Ich glaube nicht. Das Plädoyer der Anklage ist abgeschlossen.

- Bericht: Astrid Lulling (A6-0258/2009)

Siiri Oviir (ALDE). - (ET) Es ist klar, dass wir die Notwendigkeit des Prinzips der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die als Einzelunternehmer arbeiten und der Ehegatten, die sie unterstützen, wirkungsvoller durchführen müssen. Vor zweiundzwanzig Jahren wurde eine entsprechende Richtlinie verabschiedet. Das Europäische Parlament und die Kommission haben stetig gefordert, dass diese Richtlinie überprüft werde, weil die Zeit ihren Tribut gefordert hat.

Heute haben wir den Punkt erreicht, an dem wir Ergänzungen zur Richtlinie verabschiedet haben, und eine neue Richtlinie wurde verabschiedet, die die Lage der unterstützenden Ehegatten verbessert, ob das in der Landwirtschaft, im Handwerk, kleinen und mittleren Betrieben oder den freischaffenden Berufen ist. Ich begrüßte diese Entscheidung und unterstützte den Bericht.

Präsident. – Nach meiner Uhr haben wir gerade den letzten Tag unserer Gesetzgebungsarbeit begonnen. Herr Heaton-Harris, Sie haben die Ehre.

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). - Herr Präsident, eine Frage, über die im Feminismus eine anhaltende Diskussion geführt worden ist, ist diejenige der zu Hause bleibenden Mutter. Lassen Sie mich versuchen, diese Frage in zeitgenössischen Worten auszudrücken, wobei mir eine Dame hilft, deren Name Kristen McCauliff ist.

Eine Frage, über die im Feminismus eine anhaltende Diskussion geführt worden ist, ist diejenige der zu Hause bleibenden Mutter. In der dritten Staffel der Simpsons, „Homer Alone“, wird die gleiche Frage angesprochen. Es beginnt mit einer gestressten Marge und zeigt eine beschleunigte Version ihrer täglichen Arbeit. Wie ein perfekter Sturm der Kombination von Späßen im Radio, starkem Verkehr, einem rüden Dränger und Maggie, die ihre Milchflasche total über Marge und im Auto vergießt, bringen sie an einen Punkt, an dem sie genug hat, sie ihr Auto mitten auf der Brücke anhält und sie auf diese Weise den Verkehr in beiden Richtungen total zum Stehen bringt. Der Lokalreporter Kent Brockman kreuzt auf, um über die Situation zu berichten. An diesem Punkt werden die Geschlechterfragen, die diskutiert werden in Ann Crittendens *Der Preis der*

Mutterschaft, ans Licht gebracht, wie Brockman sagt, „Eine überarbeitete und in ihrer Arbeit nicht entsprechend gewürdigte Hausfrau hat genug gehabt und ihr Auto auf einer Brücke geparkt“.

Ich könnte jetzt weitermachen mit dieser speziellen Simpson-Episode, aber ich habe tatsächlich keine Zeit dafür, und ich werde den Rest schriftlich einreichen, weil es sich lohnt, es zu lesen.

Präsident. – Es tut mir Leid, dass wir keine Erklärungen zur Abstimmung auf Video haben können; Das wäre wunderbar gewesen.

Syed Kamall (PPE-DE). - Herr Präsident, ich werde nicht einmal versuchen, dies zu verfolgen, sondern werde einfach Herrn Heaton-Harris beglückwünschen, da er heute Abend - oder letzte Nacht, je nach dem, wie Sie es sehen - seine letzte Rede an diesem Ort gehalten hat, und ich weiß, dass Sie beispielsweise dankbar dafür sind.

Wir alle müssen die äußerst wichtige Rolle anerkennen, die Frauen, insbesondere Gattinnen, in Kleinbetrieben spielen, besonders was Selbstständige angeht. Ich selbst war, bevor ich gewählt wurde, selbstständig, und meine Frau spielte eine entscheidende Rolle in dieser Firma.

Es ist absolut korrekt, dass wir dies anerkennen, und wenn man über Frauen in Kleinbetrieben spricht, dann möchte ich mit den Worten dieses großen Philosophen John Lennon schließen. Er sagte: „Frau, ich kann meine gemischten Gefühle über meine Gedankenlosigkeit kaum zum Ausdruck bringen. Schließlich stehe ich für immer in Deiner Schuld. Und Frau, ich möchte versuchen, meine innersten Gefühle und meine Dankbarkeit dafür zum Ausdruck zu bringen, dass Du mir die Bedeutung von Erfolg gezeigt hast“.

Neena Gill (PSE). - Herr Präsident, im aktuellen Wirtschaftsklima ist es, glaube ich, entscheidend, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun, diejenigen Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen, die zu unserer Wirtschaft ihren Beitrag leisten möchten. Aus diesem Grund hat die EU in der Vergangenheit Gesetzesvorlagen für den Mutterschafts- und den Vaterschaftsurlaub eingebracht.

Die Arbeit von neun Uhr bis siebzehn Uhr ist keine Option für alle. Deshalb gibt es viele Leute, die selbstständig sind - viele davon sind Frauen, die oftmals übersehen werden. Besserer Mutterschutz würde den Ehegatten in der Landwirtschaft, im Handel und in den kleinen Betrieben helfen und die Frauen ermuntern, sich in diesen wichtigen Branchen zu engagieren, in denen sie gegenwärtig unterrepräsentiert sind.--

Es heißt Jetzt oder Nie für sie - Ehegatten oder Lebenspartner, denen man einen klaren, definierten Berufsstatus geben muss und die profitieren müssen von zumindest gleichwertigem sozialen Schutz als selbstständige Arbeiter. Es gibt kein „Zurück zum Absender“ für sie. Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass mithelfende Ehefrauen Mitglieder der Kranken- und Berufsunfähigkeitsversicherungspläne und der Rentenversicherungen werden können. -

Wir müssen den Hohn beenden, dass Frauen ihre Rechte verlieren, wenn sie sich um jemanden kümmern oder ein Kind gebären.

- Bericht: Gabriele Stauner (A6-0242/2009)

Inese Vaidere (UEN). – (LV) Herr Präsident, im Großen und Ganzen unterstütze ich die Verwendung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, und es ist eine gute Sache, wenn wir denjenigen zu helfen in der Lage sind, die in Schwierigkeiten geraten sind. Ich weiß jedoch nicht, ob diejenigen, die in Schwierigkeiten geraten sind, immer in den am meisten entwickelten Ländern zu suchen sind. Ob es nun deutsche, französische oder spanische Autohersteller sind, mir scheint, als ob mit ähnlichem Versagen und ähnlichen Schwierigkeiten auch Leute in den weniger entwickelten Staaten, in den kleinen Mitgliedstaaten, zu kämpfen haben. Wenn zig Menschen ihre Arbeit verlieren, und dies in einem Land mit einer Bevölkerungszahl von 2,3 Millionen, dann ist dies ebenso bedeutend, als wenn zehnmal so viele Leute ihre Arbeit in den großen Mitgliedstaaten verlieren. Deshalb würde ich es sehr begrüßen, wenn dieser Fonds mehr den kleinen Mitgliedstaaten zugute kommen würde, den Mitgliedstaaten mit einem geringeren Lebensstandard und in denen die Gefahr der Arbeitslosigkeit größer ist. Vielen Dank.

*

* *

Richard Corbett (PSE). - Herr Präsident, angesichts dessen, was Sie vorher gesagt haben, dass es schon nach Mitternacht ist und die damit verbundenen Kosten für das Parlament, werde ich von der Fortsetzung meiner Rede absehen. Aber ich frage mich nur, ob Sie uns eine Zahl nennen könnten, wie viel diese drei Herren uns

heute Abend gekostet haben mit ihren Erzählungen über die Possen von Herrn Homer Simpson und andere Dinge, die für unsere Debatten völlig irrelevant sind.

Präsident. – Wenn ich die Regel noch richtig im Kopf habe, haben unsere Freunde, die Dolmetscher, wenn sie über Mitternacht hinaus arbeiten müssen, Anspruch auf eine spezielle Pause. Wir müssen deshalb neue Teams herholen, damit wir ihnen eine wohlverdiente Pause gönnen können.

Um 23.59 Uhr gilt die Regel nicht, aber um 12.01 Uhr gilt sie, aber ich kenne die genauen Kosten nicht.

*

* *

- Bericht: Gabriele Stauner (A6-0242/2009)

Ewa Tomaszewska (UEN). – (PL) Herr Präsident, ich unterstütze den Berichtsentwurf von Frau Stauner, wie ich während der Debatte gesagt habe. Ich bin dafür, es einfacher zu machen, den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu nutzen. Ich bin sehr besorgt, dass nur 3 % des Fonds bis jetzt genutzt worden sind. Es war meine Absicht, für den Bericht zu stimmen, und ich bitte darum, dies festzuhalten. Glücklicherweise änderte mein Fehler nichts am Endergebnis der Abstimmung. Ich möchte meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir auch die Berichte von Herrn Peneda und Frau Lambert angenommen haben.

- Bericht: Eugenijus Maldeikis (A6-0261/2009)

Neena Gill (PSE). - Herr Präsident, wir unterstützten diesen Bericht, weil es die richtige Methode ist, wirtschaftliche Schwierigkeiten zu beseitigen. Wir müssen diese Situation nutzen, uns nicht in uns selbst zurückzuziehen und zu sagen „Rettet mich“, sondern um neue Praktiken und Technologien zu entwickeln, die uns befähigen werden, stärker als in der Vergangenheit zu werden.

Herr Präsident, da ich mich selbst und Sie kenne, weiß ich, dass das Augenmerk meiner Fraktion, das Investieren in Energieeffizienz und die Unterstützung von Versuchen zur Schaffung intelligenter Städte, eine phantastische Gelegenheit für uns alle darstellt und eine Vision für die Zukunft ist. Kombiniert mit Bestimmungen zur Energiesicherheit, Emissionssenkung und der Schaffung von Arbeitsplätzen nimmt dieser Bericht eine ganzheitliche Haltung ein, die die beste Möglichkeit dafür ist, dass die Wirtschaft künftig wächst und gedeiht.

Einige Mitglieder des Europäischen Parlaments und einige politischen Parteien weisen die Idee einer hohen Investition zu diesem Zeitpunkt zurück. Ihre visionäre Kurzsichtigkeit verschlägt mir den Atem und wird auf lange Sicht nur Schaden anrichten. Wir können jetzt klar erkennen, was getan werden muss, und deshalb dränge ich die Regierung des Vereinigten Königreichs, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, das Geld durch dieses Paket zur Verfügung zu stellen.

Inese Vaidere (UEN). – (LV) Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte sowohl zu diesem Bericht als auch zu dem Plan, die Finanzhilfe der Gemeinschaft für Projekte auf dem Energiesektor zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung, eine sehr positive Bewertung abgeben. Es ist klar, dass mit der Energie verbundene Projekte unsere Zukunft sind und jene Länder, die sich auf die Niedrigemissions-Wirtschaft einstellen und die besser in der Lage sind, erneuerbare Energiequellen einzuführen, der Konkurrenz überlegen sein werden. In diesem Zusammenhang sorgt die kurze Frist zur Einreichung und Evaluierung von Projekten für Sorgen, weil sie möglicherweise für zusätzliche Schwierigkeiten für die neuen Mitgliedstaaten sorgt. In ähnlicher Weise würde ich gern die Vorschläge der Kommission und ein detailliertes Programm darüber sehen, wie man Geldbeträge anhäufen kann, die dann Energieeffizienzprojekten zufließen. In ähnlicher Weise sollten wir nachdenken über die Isolierung der Gebäude, die einen bedeutenden Beitrag nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler Ebene machen würden. Ich hätte gern, dass lokale, regionale und Einzelaktionen unterstützt werden. Vielen Dank.

Daniel Hannan (NI). - Herr Präsident, bei diesen ganzen Gesprächen über Konjunkturpakete und Erholungsprogramme vergessen wir einen ziemlich wichtigen Teil des Bildes. Um Geld in eine Wirtschaft zu pumpen, muss man dieses Geld zuerst aus der Wirtschaft herausaugen. Der einseitige Weg, in dem wir dies diskutiert haben, hat bei dem jüngsten G20-Gipfel eine Spitze erreicht, als die weltweiten Führer sich damit brüsteten, eine Billion Dollar in die Weltwirtschaft gepumpt zu haben.

„In die Weltwirtschaft“. Wo kamen sie her, wenn nicht - im weitesten Sinne - aus der Weltwirtschaft? Aus den Saturn-Ringen? Dem roten Boden des wütenden Mars? Über was wir also wirklich reden, ist das Geld aus den Taschen der Steuerzahler, welches wir den Bürokratien geben, nationalen oder internationalen, um es in unserem Namen auszugeben.

Wenn das wirklich die bessere Vorgehensweise wäre, wenn wir alle besser bedient wären mit staatlichen Funktionären, die für uns entscheiden, wie wir unsere Wohlstandsmittel ausgeben, hätten wir den Kalten Krieg verloren und wir würden diese Debatte in Russland abhalten.

- Bericht: Othmar Karas (A6-0139/2009)

Syed Kamall (PPE-DE). - Herr Präsident, darf ich damit abschließen, indem ich allen Dolmetschern und Ihnen allen danke.

Ich glaube, es ist wichtig, den Bericht im Kontext zu sehen, in dem er geschrieben ist. Dies wird einer aus einer ganzen Reihe an Berichten sein, die wir über die finanzielle Situation sehen werden, jedoch scheinen wir, wie mein Kollege Dan Hannan gesagt hat, am Thema vorbei zu diskutieren.

Wie fing die Krise an? Eigentlich begann sie in den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Hypothekenproblem. Wie begann das Hypothekenproblem? Weil Banken ermutigt wurden, nicht kreditwürdigen Kunden Geld zu leihen oder gezwungen wurden, Geld zu leihen. Was also taten wir - überall auf der Welt, nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika - wir haben einen Schuldenberg angehäuft.

Wenn es um das Anpacken dieses Schuldenbergs geht, bevorzuge ich die Jimi-Hendrix-Haltung mehr noch als Anreize und spezielle Finanzregelungen, die Innovationen im Keim ersticken. Als er einen Schuldenberg sah, sagte er: „Gut, ich stehe auf neben einem Berg und ich trage ihn ab mit der Kante meiner Hand. Ich stehe auf neben einem Berg und ich trage ihn ab mit der Kante meiner Hand“. Ich glaube, daraus können wir alle etwas lernen.

- Bericht: Janusz Wojciechowski (A6-0185/2009)

Siiri Oviir (ALDE). - (ET) Ich unterstützte die Verabschiedung des Berichts von Herrn Wojciechowski, weil ich glaube, dass wir dadurch ein bestehendes Beispiel für Heuchelei beseitigt haben. Wir stehen nämlich auf für die Leben verschiedener Tiere, die außerhalb Europas leben, was natürlich lobenswert ist, aber wir sehen nicht, was bei uns im Land passiert. Das Ziel dieses Berichts war es, genau diesen Widerspruch zu beseitigen, und jetzt können wir die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten harmonisieren, die zu Standards der Tierwohlfahrt beim Schlachten oder Töten führen. In diesem Bericht wird von einem guten Gewissen gesprochen.

Daniel Hannan (NI). - Herr Präsident, nicht zum ersten Mal und sicher nicht zum letzten Mal frage ich, was das mit der Europäischen Union zu tun hat.

Methoden des Tierschlachtens spiegeln unterschiedliche kulturelle, nationale und religiöse Traditionen wider, und es zeigt eine außergewöhnliche Anmaßung unsererseits, in dieses heikle Feld zu trampeln.

Ich möchte die mir verbleibende Zeit nutzen - da dies, wie Sie gesagt haben, unser letzter Gesetzgebungstag vor der Wahl ist - um Ihnen zuerst einmal zu danken, Herr Onesta, für Ihre Nachsicht und Ihre gute Laune während dieser Sitzung, und ich möchte auch dem Personal, den Saaldienern und den Dolmetschern meinen Dank aussprechen. Wenn diese Verlängerung der Sitzung bis nach Mitternacht tatsächlich zu diesen außergewöhnlichen Kosten geführt hat, dann hoffe ich vor allem, dass einiges davon in ihre Überstunden geflossen ist. Sie zeigen eine Professionalität, von der viele Mitglieder dieses Parlaments noch etwas lernen könnten. Zweitens möchte ich die Präsidentschaft bitten, sich nochmals die Ordnung anzusehen. Der Grund, warum wir hier sind, ist, dass der Abstimmung nicht die Erklärungen zur Abstimmung gefolgt sind, wie dies in Regel 163 ausdrücklich verlangt wird. Diese besagt, dass im Falle, eine Debatte ist geschlossen worden, jedes Mitglied das Recht haben soll, eine Erklärung zur Abstimmung in höchstens 60 Sekunden vorzubringen. Es beunruhigt mich wirklich, dass wir nicht beachtet haben, was unsere Verfahrensordnung klar vorgibt.

Wenn wir diese Regel ändern möchten, dann ist dies gut so. Es gibt eine Methode, um dies durchzuführen. Solange dies jedoch das ist, was die Regel besagt, obliegt es uns, ihr in Buchstabe und Geist zu genügen.

Präsident. - Bitte verzeihen Sie mir, dass ich Ihnen widerspreche, Herr Hannan, aber der Ausschuss für Verfassungsangelegenheiten diskutierte die Frage vor sehr langer Zeit: „Wenn die Aussprache einmal abgeschlossen ist“ bedeutet nicht „sofort nach dem Ende der Aussprache“.

Wir sind momentan in dem Stadium „Wenn die Aussprache einmal abgeschlossen ist“, aber ich bin mir sicher, Sie werden zu mir zurückkommen, um dies zu ergänzen - ich vertraue auf Sie.

Ewa Tomaszewska (UEN). – (PL) Herr Präsident, das rituelle Schlachten von Tieren, durch welches sie extrem leiden, ist unvereinbar mit unserer Zivilisation. Ich glaube nicht, dass irgendeine Religion, die darauf aus ist, Gutes zu tun, etwas Derartiges von ihren Anhängern verlangen könnte. Derartiges Schlachten ist eine Sitte wilder und primitiver Stämme, und wir sollten ihm nicht zustimmen. Wenn religiöse Toleranz als ein Argument benutzt werden soll, dann sollten wir hinzufügen, dass es Religionen in der Welt gibt, die rituelles Töten von Menschen praktizieren. Werden wir dem auch zustimmen? Ist das unsere Wertegemeinschaft?

Die Zurückweisung von Ergänzung 28 hätte zumindest die Möglichkeit zur Beibehaltung und Einführung eines Verbots derartiger Praktiken in besonderen Mitgliedstaaten eröffnet. Die Annahme der Ergänzung 28 offenbart das echte blutrünstige Gesicht dieses Parlaments. Ich stimmte für den Bericht als Ganzes, aber ich tat dies nur, weil andere Bestimmungen die Lage der zur Schlachtung vorgesehenen Tiere verbessern.

Neena Gill (PSE). – Herr Präsident, die Tötungszeit ist eine der wichtigsten, aber möglicherweise eine der heikelsten Fragen, für die wir in diesem Haus Gesetze erlassen können. Aber wir können nicht einfach daran vorbeigehen, weil viele meiner Wähler in den West Midlands darüber besorgt sind, dass die Gesetzgebung ihre religiösen Rechte beeinträchtigen wird.

Die Entscheidung darüber, ob ein Tier vor dem Schlachten betäubt werden sollte oder nicht, ist nichts, das man hier entscheiden sollte, sondern auf der Ebene der Mitgliedstaaten, durch einen offenen Dialog und Beratungen mit den Religionsgemeinschaften.

Wir müssen uns langsam bewegen und dürfen nicht hetzen. Dies scheint mir die beste Haltung in dieser Frage zu sein. Die Rolle dieses Hauses ist es nicht, Normen und Werte aufzuerlegen, sondern die Ansichten seiner Wähler zu vertreten und zu reflektieren und ein Gleichgewicht hinzubekommen. Wir können dies gemeinsam ausarbeiten. Während die meisten MdEPs es vorziehen würden, wenn alle Tiere vor dem Schlachten betäubt würden, sollten wir das Recht der Religionsgemeinschaften, Fleisch zu essen, das im Einklang mit ihrem Glauben getötet wurde, aufrecht halten.

Schließlich, Herr Präsident, möchte ich Ihnen für all jene danken, die heute Abend hier sind, weil ich glaube, dass nur die Einsamen heute Abend hier sind, und wir sind Ihnen alle hoffnungslos ergeben, weil das der Grund ist, warum wir heute Abend hier sind.

- Bericht: José Albino Silva Peneda (A6-0241/2009)

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Die europäischen Sozialmodelle stehen derzeit vor vielen Problemen, beispielsweise demographischen Veränderungen und der Globalisierung, die auch die zur Diskussion stehenden Modelle beeinflussen. Aus diesem Grund müssen die europäischen Sozialmodelle angesichts der langfristigen Entwicklungen modernisiert werden, während gleichzeitig ihre Anfangswerte beibehalten werden.

Im Kontext der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist es äußerst wichtig, dass die Sozialpolitik Hand in Hand geht mit der Wirtschaftspolitik. Damit diese Methoden wirksam sind, müssen sie demokratisch strukturiert sein, das heißt, auf dem Prinzip beruhen, dass man sich von den Wurzeln nach oben arbeitet, und sie müssen auf der lokalen Ebene durchgeführt werden, das heißt, näher an den Bürgern. Der Vorschlag war im Geiste dieser Prinzipien, und aus diesem Grund unterstütze ich den Bericht, der unter der Führung von Herrn Silva Peneda vorbereitet worden ist.

- Bericht: Jean Lambert (A6-0263/2009)

Präsident. – Frau Oviir, Sie ärgern mich nicht im Geringsten, außerdem freue ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass Sie die letzte Rednerin zum letzten Bericht sind.

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Manchmal ist es gut, die Erste zu sein, und manchmal ist es gut, die Letzte zu sein. Ich möchte Folgendes erwähnen: In der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise wird der Arbeitsmarkt der Europäischen Union durch die Wirklichkeit kontrolliert, dass immer mehr Leute arbeitslos werden, was wiederum die Gesamtzahl der Einzelpersonen erhöht, die in Europa an Armut und Entfremdung leiden. Heute ist es sehr wichtig, dass die soziale Beteiligung und die verbundene Arbeitsmarktpolitik auch durch eine integrierte und gemeinschaftliche Haltung im Konjunkturplan für die europäische Wirtschaft verfolgt werden.

Wir haben ausführlich über Flexibilität in der Arbeitsmarktpolitik gesprochen. Es ist höchste Zeit, dass wir auch über Flexibilität in der Sozialpolitik sprechen. Damit meine ich, dass die Arbeitspolitik und die Politik der Gewährung sozialer Hilfen verbunden werden sollten. Die aktuelle Situation erfordert dies. Der Bericht unterstützte die aktive Beteiligung der Arbeitslosen, und ich hielt es für sehr positiv, für die Verabschiedung dieses Berichts zu stimmen.

Präsident. – Frau Oviir, Ihr Fan-Club ist bis zum Ende geblieben.

Die nächste Sitzung wird in Kürze beginnen, weil es schon Donnerstag, der 07. Mai 2009 ist, der letzte Tag der sechsten Gesetzgebungs-Amtsperiode des Europäischen Parlaments.

17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

18. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 12.20 geschlossen).